270000
9
1915-1916
1/X. - 15/III.
Volkswirtschaft
A
Allgemeines
9.

Kölnische Zeitung
1./X. 1915.

71

Vom östlichen Schauplatz.

Im österreichisch-ungarischen Verwaltungsgebiet Russisch-Polens.

✡ **Wien**, 24. Sept. Der Generalsekretär der Österreichisch-ungarischen Bank, Edler v. Schmid, hat eine Erkundungsreise durch das österreichisch-ungarische Verwaltungsgebiet in Russisch-Polen gemacht, um die wirtschaftlichen Verhältnisse dieses Gebietes kennen zu lernen. In Dombrowo besuchte er die Kohlengruben, deren Anlagen er wieder völlig hergestellt und in Betrieb vorfand. Sie liefern gegenwärtig ein Reinerträgnis von 2 Millionen Kronen, in das sich die deutsche und die österreichisch-ungarische Verwaltung teilen. Die geförderte Kohle ist sehr gut. Infolge des günstigen Ergebnisses dieser Kohlenwerke ist das Gouvernement Kielce aktiv. In Tschenstochau bilden das Kloster und der Berg Jasna Gora eine österreichische Enklave, die Stadt und die umliegenden industriellen Bezirke befinden sich in deutschem Besitz. Die Kupfergruben von Kielce, unter russischer Herrschaft wegen der reichern Erträge der Uralbergwerke seit langer Zeit außer Betrieb, dürften voraussichtlich in zwei Monaten wieder in Betrieb gesetzt werden. Nach dem Urteil des österreichischen Bergrats Gstettner sind die Erze dieser Gruben bis zu 60 v. H. kupferhaltig und werden zusammen mit großen requirierten Vorräten an Kupfer, Glocken und Leitungen alles für die Heeresverwaltung nötige Kupfer liefern.

Mit dem Wachsen des Vertrauens der Bevölkerung in die österreichische und deutsche Verwaltung nimmt das wirtschaftliche Leben allmählich wieder normale Gestalt an. Viele während des Krieges geschlossene Industrieunternehmen beginnen wieder zu arbeiten. Große Vorräte an Baumwolle, Lebensmitteln und andern Waren sind in Polen von den beiden Heeresverwaltungen in Beschlag genommen und teils bar, teils mit Requisitionsscheinen bezahlt worden. Diese sind im Umlauf und werden voll bewertet. In den Gasthäusern sind die Tarife in Kronen, Mark und Rubel ausgestellt. Österreichisch-ungarische und deutsche Banknoten laufen als bares Geld um. Es wird streng darüber gewacht, daß das Publikum im Geldverkehr nicht übervorteilt wird. Zur Einbürgerung der österreichisch-ungarischen Währung und zur Versorgung der Bevölkerung mit den nötigen Zahlungsmitteln sowie zur Regelung des Verkehrs mit diesen sollen Zweigstellen der österreichisch-ungarischen Bank eingerichtet werden. Die Eisenbahnen, die im Kriege natürlich großen Zerstörungen ausgesetzt waren, werden von der Heeresverwaltung sofort wieder instand gesetzt und können bereits eine Woche nach Übernahme der Verwaltung wieder tadellos arbeiten. Die Bevölkerung empfindet nach der russischen Gewalt- und Aussaugerwirtschaft die Ordnung und stramme Zucht der neuen Verwaltung als eine Wohltat.

Neues Wiener Tagblatt
3./X. 1915

Wirtschaftliche Wochenchronik.

26. September. Sperre der ungarischen Maisernte. — Errichtung von Preisprüfungsstellen in Deutschland. — Verbot der englischen Ausfuhr nach China.

27. September. Der französische Finanzminister Ribot kündigt im Senat die demnächst bevorstehende Emission einer großen Kriegsanleihe an. — Errichtung einer Melassezentrale in Wien.

28. September. Verordnung betreffend die Inanspruchnahme von Metallgeräten aus Kupfer, Messing und Nickel für Kriegszwecke in Oesterreich. Gleiche Verordnung in Ungarn. — Höchstpreise für Blech- und Gußwaren als Ersatz für die requirierten Metallgeräte.

29. September. Abschluß der englisch-französischen Anleihe in Amerika. Emission von 500 Millionen Dollars fünfprozentiger Schatzscheine, die das Morgankonsortium zum Kurse von 96 übernimmt. — Verkaufseinschränkung von Baumwollgarn und Zwirn in England.

30. September. Die Staatsschulden-Kontrollkommission genehmigt einstimmig die Emission der dritten österreichischen Kriegsanleihe in Form von 5½prozentigen Schatzscheinen. — Rückgang der französischen Rente auf 66.50. — Abwicklung der seit Ultimo Juli 1914 schwebenden Pariser Börsenengagements.

1. Oktober. Das Ergebnis der dritten deutschen Kriegsanleihe durch nachträglich hinzugekommene Zeichnungen auf 12,101 Millionen Mark erhöht. — Nach Pariser Berichten soll die bevorstehende französische Anleihe 10 Milliarden Franken fünfprozentiger Rente zum Emissionskurs von 95 betragen.

2. Oktober. Die Oesterreichisch-ungarische Bank beschließt für die dritte Kriegsanleihe in Oesterreich und Ungarn dieselben Begünstigungen wie für die beiden früheren Kriegsanleihen. — Der Prospekt der neuen ungarischen Kriegsanleihe für den 10. d. angekündigt. — Nach amtlicher Budapester Mitteilung sind alle kompetenten Faktoren darin einig, die Ausgleichsverhandlungen möglichst früh aufzunehmen.

Hamburger Fremdenblatt

9./X. 1915.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Vorgänge am Balkan und die Börse. — Bulgariens finanzielle Beziehungen zu den Zentralmächten. — Staatsschuld Bulgariens. Finanzen der Balkanstaaten. — Zur Börsenlage. — Aus dem heimischen Wirtschaftsleben. — Deutschlands finanzielle Kraft. — Die dritte österreichisch-ungarische Kriegsanleihe.

Hamburg, 9. Oktober.

Das Ultimatum Rußlands an Bulgarien, das einen neuen Abschnitt des Weltkrieges einleitet, bewirkte, daß man auch in Börsenkreisen den Vorgängen am Balkan wieder größere Aufmerksamkeit zuwandte. Im Mittelpunkt des Interesses stand Bulgarien, wo alle Drohungen, Lockungen und Versprechungen des Vierverbandes an der staatsmännischen Klugheit des Zaren Ferdinand gescheitert waren, der von Beginn des Weltkrieges an eine weitsichtige Politik verfolgt hatte, die ihm im Interesse seines Landes einen engen Anschluß an die siegreichen Zentralmächte vorschrieb, mit denen sein Land schon seit längerer Zeit in lebhaften finanziellen Beziehungen steht.

Es sei hier nur an die Anfang des Jahres 1910 unter der Führung von österreichischen Banken zur Ausgabe gelangte bulgarische Anleihe von 100 Millionen Franken erinnert, an der sich auch die Hamburger Bankwelt rege beteiligte. Weiter hat dann Bulgarien erst neuerdings mit einer deutsch-österreichischen Bankengruppe, an deren Spitze die Disconto-Gesellschaft stand, eine finanzielle Transaktion abschließen können, indem die genannte Gruppe die Option auf den ersten Teil der im vergangenen Jahre, unmittelbar vor Ausbruch des Weltkrieges, vereinbarten 5%igen Bulgarischen Staatsanleihe von 500 Millionen Franken in Höhe von 250 Millionen Franken ausgeübt hat. Die Bankengruppe hatte nämlich im Juli vorigen Jahres der bulgarischen Regierung einen Vorschuß von 120 Millionen Franken gewährt gegen 7%ige am 1. August dieses Jahres fällig gewordene Schatzwechsel, womit zwei Optionen auf die Staatsanleihe von 250 Millionen Franken verknüpft waren. Die Option auf die erste Serie von 250 Millionen Franken lief bis zum Fälligkeitstage der Schatzwechsel, also bis 1. August dieses Jahres, während die Option auf die zweite Serie von 250 Millionen Franken erst innerhalb zweier Jahre, vom Tage der Ausgabe der ersten Serie an gerechnet, auszuüben ist. Inzwischen hat die Bankengruppe im Februar dieses Jahres der bulgarischen Regierung einen weiteren, mit 7½% zu verzinsenden Vorschuß gegen Schatzscheine bewilligt, deren Erlös zum Teil für budgetäre Zwecke, zum Teil zur Abtragung von Fälligkeiten bestimmt war.

Was die Staatsschuld Bulgariens anbelangt, so hat diese zwar durch die Balkankriege eine wesentliche Steigerung erfahren, da sie sich von 688 Millionen Franken am 1. September 1912 mit allen Kriegslasten auf 1904 Millionen Franken, also nahezu auf das Dreifache erhöhte, dieser Betrag ist jedoch im Hinblick auf die noch großenteils unausgebeuteten wirtschaftlichen Kräfte und Einnahmequellen Bulgariens als keineswegs drückende Belastung anzusehen, da diesen Staatslasten auch wertvoller Staatsbesitz gegenübersteht.

Seit Ausbruch des Weltkrieges haben sich übrigens die Finanzen aller Balkanstaaten mehr oder weniger verschlechtert, abgesehen von denen der Türkei, die von Deutschland auch finanziell kräftig unterstützt worden ist. Stark gelitten dürfte besonders die Finanzlage Griechenlands haben, und zwar hauptsächlich infolge des rigorosen Vorgehens Englands, das in gewohnter Weise Griechenland für seine ihm nicht genehme politische Haltung strafen wollte. Sollten die beiden entwicklungsfähigen Häfen Saloniki und Kawalla für längere Zeit von Engländern und Franzosen zu Mittelpunkten kriegerischen Operationen gewählt werden, so dürfte der gesamte Handel Griechenlands für längere Zeit lahmgelegt sein. Griechenland würde sich also nur selbst schädigen, wenn es den Vierverband unterstützen wollte.

Wenn auch die Börse die weitere Gestaltung der Dinge am Balkan durchaus zuversichtlich beurteilte, so bewahrte die Spekulation doch auf den meisten Gebieten starke Zurückhaltung, so daß das Geschäft immer mehr zusammenschrumpfte. Dazu kam, daß die Abbausorgen jede weitere Unternehmungslust hemmten, und man in erster Linie darauf bedacht war, die laufenden Engagements zu verringern. Unter diesen Umständen blieben sowohl günstige wie ungünstige Meldungen aus dem heimischen Wirtschaftsleben ohne Eindruck.

Von beachtenswerten Vorgängen im deutschen Montangewerbe seien hier nur kurz erwähnt die Verlängerung der Stabeisen- und Walzdraht-Konventionen, die Erhöhung der Verkaufspreise für Draht, die Heraufsetzung der Schraubenpreise, die Beschlüsse des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats vom 5. Oktober betreffend die Richtpreise für November und Dezember sowie die Beteiligungsanteile für Oktober in Kohlen, Koks und Briketts, und schließlich die in dem Jahresbericht der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. seitens der Verwaltung zum Ausdruck gebrachte Hoffnung, mit dem nächsten Abschluß die Dividendenzahlung wieder aufnehmen zu können.

Auf dem Gebiete des deutschen Bankwesens fanden die in der Aufsichtsratssitzung der Deutschen Bank vom 6. Oktober über den Geschäftsgang und die Lage des Instituts im ersten Halbjahr 1915 gemachten Mitteilungen lebhafte Beachtung, da aus ihnen ersichtlich ist, daß die Erträgnisse in dem genannten Zeitraum nicht geringer gewesen sind als in dem ersten Semester 1914, das sich noch der Segnungen des Friedens zu erfreuen hatte. Interessant ist auch für die Beurteilung der Lage am heimischen Geldmarkt der Hinweis, daß die Einlagen bei dem Institut andauernd weiter gestiegen sind.

Als ein weiterer Beweis für die deutsche Finanzkraft sei auch die Tatsache angeführt, daß auf die dritte Kriegsanleihe bis zum 2. Oktober einschließlich bereits 4 560 141 852 Mk. eingezahlt worden waren. Um die Bedeutung dieser Zahlungsbereitschaft unseres Volkes in ihrem ganzen Umfange würdigen zu können, muß man bedenken, daß bis zum 18. Oktober nur rund vier Milliarden Mark eingezahlt zu werden brauchten. Die Wirkung dieser verblüffenden und schnellen Zahlungen dürfte sich u. a. auch an den Ziffern der nächsten Reichsbankausweise zeigen. Da die Einzahlungen auf die Kriegsanleihe so rasch und in solchen Mengen eingehen, ist das Reich imstande, umfangreiche Summen an Schatzwechseln zu tilgen, wodurch der Status eine wesentliche Entlastung erfahren muß.

Inzwischen ist jetzt auch in Oesterreich-Ungarn die dritte Kriegsanleihe zur Zeichnung aufgelegt worden. Wie bei der zweiten österreichischen Kriegsanleihe beträgt auch bei der dritten die Verzinsung 5½%. Der Zeichnungspreis ist auf 93,60% festgesetzt worden, gegenüber einem solchen von 95,25% bei der vorhergehenden Anleihe. Die neue ungarische Kriegsanleihe wird in 6%iger Rente bestehen und dem Publikum zum Preise von 97,50% angeboten werden. Wie den beiden ersten Anleihen der verbündeten Donaumonarchie dürfte auch der dritten ein voller Erfolg beschieden sein, zumal sich der Erwerb für die Zeichner diesmal noch vorteilhafter stellt. Die Dauer der Zeichnung ist bei der österreichischen Kriegsanleihe auf den langen Zeitraum vom 7. Oktober bis 6. November bemessen worden. Bei der ungarischen Anleihe soll die Zeichnung am 11. Oktober beginnen.

Neues Wiener Tagblatt
10/X. 1915

Der Volkswirt.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

4. Oktober. Der Beginn der Subskription auf die dritte ungarische sechsprozentige Kriegsanleihe wird auf den 17. Oktober festgesetzt. — Auf die dritte deutsche Kriegsanleihe noch vor dem Fälligkeitstermin der ersten Rate bereits 5 Milliarden Mark eingezahlt.

5. Oktober. Die Schuld des französischen Staates an die Bank auf 6900 Millionen Franken gesteigert. — Ankündigung eines bei der Bank von England aufzunehmenden russischen Handelskredits von 20 Millionen Pfund Sterling.

6. Oktober. Der Handel der in Amerika aufgenommenen englisch-französischen Anleihe an der Londoner Börse nicht gestattet. — Höchstpreise für Gerbstoffe in Oesterreich.

7. Oktober. Erster Tag der Subskription, nach bereits zahlreich eingelaufenen Voranmeldungen auf die dritte österreichische Kriegsanleihe. Subskriptionspreis für die in fünfzehn Jahren mit 100 rückzahlbaren 5½prozentigen Schatzscheine 93.60, beziehungsweise mit Berücksichtigung der von den Banken gewährten halbprozentigen Bonifikation 93.10. — Beschlagnahme von Rohgummi und Automobilpneumatiks.

8. Oktober. Anmeldepflicht für die Rapsvorräte. — Regelung des Getreideverkehrs in Rumänien. — Die Differenzenzahlungen an der Pariser Börse verweigert.

9. Oktober. Im Geschäftsbericht der Postsparkasse wird mitgeteilt, daß das Ergebnis der ersten österreichischen Kriegsanleihe durch nachträgliche Zeichnungen von 2135 Millionen auf 2200·7 Millionen erhöht worden ist. — Weitere Vermehrung der Schuld des französischen Staates an die Bank von Frankreich auf 7100 Millionen Franken. — Neue Kriegsanleihen in England, Frankreich und Kanada angekündigt.

Frankfurter Zeitung
12./X. 1915

I
5

Das Wirtschaftsideal der Magyaren.

K Wien, Anfang Oktober.

Die wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen Ungarn und Oesterreich leiden noch heute an den Nachwirkungen alter Fehler, die das gegenseitige Verhältnis weit über ihre Geltungsdauer hinaus vergiftet haben. Weil der magyarische Adel auf alten Steuerprivilegien als auf einem geheiligten nationalen Besitztum beharrte, sah sich die Wiener Zentralregierung zur Aufrechterhaltung einer die ungarische Volkswirtschaft schwer schädigenden Zwischenzoll-Linie an der ungarischen Grenze gezwungen, um so aus Ungarn den notwendigen Anteil an den allgemeinen Staatslasten zu gewinnen. Und weil die Wiener Zentralregierung eine durchgreifende Reform dieser Dinge, wie gerade das magyarische Interesse sie verlangte, aus reaktionärer Scheu vor Umwälzungen irgend welcher Art unterließ, solange die Zeit günstig war, wurde sie mitschuldig daran, daß die Reform, als sie dann doch vorgenommen wurde, dem magyarischen Bewußtsein als eine gegen sein Land gerichtete Maßnahme der Wiener Fremdherrschaft erschien.

Es gab schon im achtzehnten Jahrhundert, zur Zeit des Josefinischen Merkantilismus und Zentralismus, einen Moment, wo das einheitliche Wirtschaftsgebiet aller habsburgischen Staaten mit Einschluß Ungarns vor der Tür zu stehen schien. Als 1755 für die deutschen Erblande der Habsburger alle Zwischenzölle gefallen waren, hatte die Wiener Regierung zwar zunächst ihre merkantilistische Politik auf diese Erblande beschränkt und Ungarn lediglich als Absatzgebiet für österreichische Waren behandelt, — eben im Hinblick auf das ungarische Adelsprivileg, das eine Besteuerung Ungarns nach österreichischem Muster und damit auch eine gleichmäßige volkswirtschaftliche Fürsorge für beide Reichsteile verhinderte. Schon Kaunitz aber erkannte, daß die Vereinheitlichung des gesamten Wirtschaftsgebietes der Dynastie eine „höchst erwünschliche und allgemein ersprießliche Sache" sein würde und daß man „diesen großen Endzweck stets vor Augen haben und durch die Hinwegräumung der in Ungarn noch entgegenstehenden Hindernisse ununterbrochen darauf arbeiten sollte". Im Sinne dieses weitblickenden Programms hatte Josef II. begonnen, die ungarischen Zollverhältnisse umzugestalten; da aber das Fortbestehen des Adelsprivilegs seine besten Absichten behinderte, gelangte er lediglich zu Teilreformen, die niemanden befriedigten. In Ungarn sah man nur die zentralistische Seite der Angelegenheit und lehnte sich dagegen auf,; Josef selbst sah sich noch kurz vor seinem Tode genötigt, die Reformen zurückzunehmen.

Eine lange Zeit des Stillstandes folgte, in der die großen Gedanken der Josefinischen Zeit wie verschüttet waren. Unter Franz und Ferdinand I. ging die Wiener Politik jeder radikaleren Aenderung des wirtschaftspolitischen Status aus dem Wege. Daß die Steuerverfassung Ungarns jeder planvollen Politik zur Entwicklung der ungarischen Volkswirtschaft im Wege stand, war ein allgemein anerkannter Satz; aber ebenso festgewurzelt war die Anschauung, daß an dieser Verfassung nicht gerüttelt werden solle. Man fürchtete sich vor den Kräften, die man durch eine Antastung des ständischen Regimes in Ungarn entfesselt hätte, und behalf sich lieber mit dem, was man besaß. Die Magyaren hatten sich unterdes auf ihr wirtschaftliches Interesse besonnen. Sie standen unter dem Einfluß der Lehre von Adam Smith und verlangten immer dringender den Fall der Zwischenzoll-Linie und die Einbeziehung Ungarns in das von der Wiener Politik gehegte Wirtschaftsgebiet. In den Jahren 1802 und 1807 und wieder 1829 faßte der ungarische Reichstag Beschlüsse, die diese Forderung aussprachen; in den dreißiger Jahren entfaltete der vielgereiste Graf Szechenyi seine verdienstvolle Tätigkeit zur Modernisierung der ungarischen Volkswirtschaft, und jetzt begann sich die öffentliche Meinung Ungarns sogar gegen die Steuerfreiheit des Adels zu wenden, die man lange Zeit als eine gottgegebene Tatsache hingenommen hatte. Die Erfolge des deutschen Zollvereins, der 1834 gegründet worden war und 1839 erneuert wurde, fanden in Ungarn ein mächtiges Echo; das Oedenburger Komitat propagierte 1840 den Anschluß des gesamten Habsburger Reichs an den Zollverein, und Ludwig Kossuth, der magyarische Nationalheld, lehnte zwar diesen Vorschlag ab, aber noch im Jahre 1842 veröffentlichte er eine Schrift, die für die Nachahmung des deutschen Beispiels innerhalb der Habsburger Staaten und somit wiederum für die Beseitigung der ungarischen Zoll-Linie eintrat. Wenn damals die Wiener Regierung zugegriffen hätte, so hätte sie alles haben können, die Steuerreform und das einheitliche Wirtschaftsgebiet, und sie hätte in Ungarn eine unschätzbare moralische Eroberung gemacht. Aber sie verspätete sich um zehn Jahre.

Während sie nämlich noch zwischen dem Anschluß an den deutschen Zollverein (der zuerst an dem ungarischen Adelsrecht und nachher an der Weigerung Preußens scheiterte) und der Schaffung eines internen Zollverbandes schwankte, war in Ungarn mit reißender Schnelligkeit ein neues Wirtschaftsideal aufgekommen. Graf Szechenyi und andere waren die Exponenten einer Wiedergeburt des nationalen Geistes in Ungarn gewesen, die auf allen Gebieten zu kräftigerer Betätigung drängte und sich bald von ihren Urhebern emanzipierte. Eine ungeheure Wirkung übte im Jahre 1841 das Erscheinen des „Nationalen Systems der politischen Oekonomie" von Friedrich List. Die Schutzzoll-Lehre, die dieses Werk verkündete, eigneten sich die Magyaren begeistert an, aber sie bezogen sie nun nicht mehr auf das gesamte Habsburger Gebiet, sondern beschränkten die Anwendung auf Ungarn. Zwei Jahre, nachdem Kossuth seinen Landsleuten zugerufen hatte: „Die Zwischenzoll-Linie zwischen uns und Oesterreich möge fallen!", war er einer der leitenden Männer des neugegründeten ungarischen Schutzvereins, dessen Zweck der systematische Ausschluß aller österreichischen Waren vom ungarischen Markt war. Jetzt erklärte er, daß die Aufhebung der Zwischenzölle Ungarn „in den Abgrund führen müßte", und ganz in Uebereinstimmung mit dieser Auffassung richteten die ungarischen Stände eine beinahe revolutionäre Vorstellung an die Krone, in der alle früheren Wünsche über Bord geworfen wurden: das selbständige ungarische Wirtschaftsgebiet war mit einem Male zum Ziel der nationalen Sehnsucht geworden. Jetzt endlich erkannte man in Wien, daß die alten Methoden unbrauchbar geworden waren; man entschloß sich nachzuholen, was man durch zwei Menschenalter versäumt hatte, die Modernisierung der ungarischen Steuerverfassung und die Beseitigung des Zwischenzolls. Aber die verhängnisvolle Entwicklung war bereits so weit fortgeschritten, daß es der Revolution und der Gegenrevolution bedurfte, um diese Reform zu verwirklichen, und daß die Reform, als sie schließlich im Jahre 1850 durchgesetzt wurde, den Ungarn ein verhaßtes Geschenk war. Der Ausgleich von 1867 bestätigte sie zwar, aber das naive magyarische Bewußtsein vergaß ihre Entstehung aus der Zeit des strengsten Zentralismus und Absolutismus nicht.

*

Rudolf Sieghart, der Gouverneur der Oesterreichischen Bodenkreditanstalt, hat über die Geschichte der österreichisch-ungarischen Zwischenzoll-Linie jüngst eine Arbeit veröffentlicht („Zolltrennung und Zolleinheit". Wien, Manzsche Verlagsbuchhandlung. 413 Seiten), die gegenwärtig, wenige Jahre vor der Erneuerung des wirtschaftlichen Ausgleichs zwischen den beiden Reichshälften und im Augenblick des großen Krieges der Zentralmächte, außerordentlich zeitgemäß ist. Aus einer Darstellung, die zum erstenmal die Geschehnisse im Zusammenhang und auf Grund der aktenmäßigen Quellen wiedergibt und die reich an interessanten Zügen ist, ersteht vor dem Auge des Lesers das ganze Elend einer hundertjährigen Kette von unfruchtbaren Reibungen, blinden Erbitterungen und folgenschweren Unterlassungen; ein längeres Schlußkapitel zieht sehr eindringlich die Lehre aus den geschichtlichen Erfahrungen. Man sollte meinen, daß der Krieg eine günstige Disposition zur Beherzigung dieser Lehre geschaffen und daß diese Disposition auch bis zur Erneuerung des Ausgleichs, bei der sich die Vorgänge der letzten Erneuerung nicht wiederholen dürfen, und über sie hinaus anhalten müsse.

Frankfurter Zeitung
12./X. 1915

Das Wirtschaftsideal der Magyaren.

Das Buch verficht entschieden die österreichisch-ungarische Zolleinheit, und zwar nicht nur vom österreichischen, sondern ebenso vom ungarischen Standpunkt aus. Es widerspricht durchaus den beiden Grundauffassungen radikaler magyarischer Wirtschaftspolitiker, daß nämlich die alte Zwischenzoll-Linie dem Zwecke gedient habe, die Entwicklung der österreichischen Industrie auf Kosten der ungarischen zu heben, und daß ein neuer Zwischenzoll anderer Art nötig sei, um der ungarischen Volkswirtschaft die rechte Blüte zu bringen. In Wahrheit hat, so legt Sieghart dar, die zollpolitische Regelung aus dem Vormärz im Grunde überhaupt keine volkswirtschaftliche, sondern nur eine finanzielle Funktion gehabt; die Zollgemeinschaft mit Oesterreich aber hat Ungarns wirtschaftliche Kraft gewaltig gesteigert, und sie allein wird ihren weiteren Aufschwung sichern. In dem engen Rahmen Ungarns konnte das Listsche Ideal nicht erfüllt werden; erst Oesterreich und Ungarn zusammen bilden für den Ausbau eines modernen Industriestaats ein gerade noch genügend großes Konsumgebiet; getrennt würden sie zu unfertigen Mittelmächten herabsinken, die zwischen dem deutschen, dem italienischen und dem russischen Wirtschaftsgebiet zur Machtlosigkeit verurteilt wären. Die Zoll- und Rechtsgemeinschaft zwischen Oesterreich und Ungarn ist darum „die erste und ausschlaggebende Bedingung für den wirtschaftlichen Aufschwung beider Staatsgebiete gewesen; sie ist in einem Zeitalter, dessen Hauptmerkmal die Wirtschaftlichkeit ist, zugleich das primum et essentiale dieses Staatswesens überhaupt". Für die Landwirtschaft liegt es ja auf der Hand, wie ideal für sie ein Zustand gewesen sein muß, der ihr zwei Vorteile zugleich gewährte, die einander sonst ausschließen: den freien Zutritt zum österreichischen Markt und auf diesem Markt außerdem die volle Preisprämie der Agrarzölle. Aber auch die Industrie hat, wie das Sieghartsche Buch darlegt, bedeutende Fortschritte gemacht und wenn ihre Entwicklung, absolut betrachtet, hinter der in Oesterreich weit zurückbleibt, so hat sich doch immerhin — auch dies widerspricht der allgemeinen Auffassung in Ungarn — der Abstand zwischen der ungarischen und der österreichischen Industrie verringert. Sollte man aber wirklich retrospektiv über den Segen oder Unsegen der Zollgemeinschaft noch zweifelhaft sein, so schafft doch das sechzigjährige Bestehen der Gemeinschaft für die Zukunft eine unwiderrufliche Tatsache. Wie will man die Volkswirtschaften zweier Länder, die so aufs innigste miteinander verwachsen und ineinander verschmolzen sind, trennen, ohne daß beide, zum mindesten langsam, verbluten?

Allen diesen Erwägungen und Erfahrungen verschließen die magyarischen Anhänger der Zolltrennung ihr Ohr. Es tritt für sie zurück hinter dem einen, der Vorstellung von der Reichtum spendenden Zaubermacht der Industrie und des modernen Kapitalismus, zu deren Entfaltung es einer selbständigen ungarischen Wirtschaftspolitik und eines Zollschutzes gegen Oesterreich bedürfe. Die tiefste Quelle für die Anziehungskraft des Gedankens der Zolltrennung liegt freilich anderswo; sie liegt außerhalb aller wirtschaftlichen Gesichtspunkte auf dem politisch-staatsrechtlichen Boden. Für das magyarische Bewußtsein ist das selbständige Wirtschaftsgebiet ein Symbol der absoluten staatlichen Unabhängigkeit, des ungarischen Vollstaates, der das nationale Ideal fast aller Magyaren ist. Die Verbindung der wirtschaftlichen mit diesen hochpolitischen Momenten ist es, die eine Verständigung über die zollpolitischen Fragen von jeher so schwer gemacht und das Urteil über sie so verwirrt hat. Seit dem achtzehnten Jahrhundert erschien der Kampf der ungarischen Stände gegen den Staat als ein Kampf der „Nation" gegen „Wien", und die notgedrungene Abwehrpolitik Wiens weckte in Ungarn maßlose Erbitterung, als wäre es wirklich der Wiener Politik ausschließlich darauf angekommen, Ungarn politisch zu germanisieren und wirtschaftlich als Kolonialland auszubeuten. Die Stände selbst gerieten allmählich immer mehr in die westeuropäische Vorstellungswelt des nationalen Freiheitskampfes gegen den Absolutismus, und diese Gedanken wurden schließlich so mächtig über sie, daß der führende Teil des Adels willig auf die Privilegien verzichtete, die ursprünglich der eigentliche Kern des Streites gewesen waren. Soll jetzt in der Frage des ungarischen Wirtschaftsgebietes wieder einmal die politische Idee die wirtschaftlichen Ueberlegungen besiegen? Das Interesse der in Ungarn herrschenden Schicht des grundbesitzenden Adels steht der zollpolitischen Trennung durchaus entgegen; trotzdem hat die Tendenz der Schaffung eines selbständigen Zollgebiets in den letzten zehn Jahren unverkennbar an Intensität gewonnen, und fast sieht es so aus, als wolle sie aus einer überwiegend agitatorischen eine praktisch politische Forderung werden. Damit könnte das Magyarentum eines Tages vor eine sehr gefährliche Alternative gestellt werden; aber — anders als bei der Aufhebung des Steuerprivilegs —, dann würde nicht nur über das Interesse einer Kaste, sondern über die wirtschaftliche Zukunft der ganzen Nation die Entscheidung fallen.

Es fragt sich, was den Magyaren letzten Endes das Wichtigste ist: wollen sie in erster Linie und um jeden Preis den ungarischen Vollstaat und das in diesem Postulat einbegriffene selbständige, durch autonome Zölle geschützte Wirtschaftsgebiet, dann müssen sie auf die Vorteile des österreichisch-ungarischen Großbetriebes, vor allem den österreichischen Markt und Kredit, verzichten. Wollen sie aber diese Vorteile sich wahren und somit die Wirtschaftsgemeinschaft aufrechterhalten, so ist es ein gefährliches Spiel, dauernd die Idee der wirtschaftlichen Selbständigkeit als Pressionsmittel gegen Oesterreich oder zu Zwecken der innerpolitischen Taktik zu benutzen. Die junge Bewegung zur Schaffung eines Wirtschaftsbundes zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland hat allerdings in der Vorstellung ungarischer Wirtschaftspolitiker noch eine dritte Möglichkeit eröffnet, die gewissermaßen die Quadratur des Zirkels wäre. Wenn der deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsbund zustande käme und innerhalb des großen Wirtschaftsgebiets eine ungarische Unterabteilung, geschützt durch Zwischenzölle, sich bildete, hätte Ungarn dann nicht die doppelte Sicherung, die bisher schon seiner Landwirtschaft beschieden war, auch für seine Industrie errungen: die Sicherung vor der österreichischen Konkurrenz und die Bevorzugung auf dem österreichischen Markt; hätte es dann nicht beides, den Großbetrieb und die Selbständigkeit? Der Gedanke ist fein, aber vielleicht zu fein; denn ist es denkbar, daß die Oesterreicher auf ihn eingehen werden? Werden ihn nicht vielmehr aller Wahrscheinlichkeit nach auch diejenigen Oesterreicher ablehnen, die die Rechte und die Unabhängigkeit Ungarns durchaus anerkennen und vollkommen einverstanden damit sind, wenn innerhalb des gemeinsamen Wirtschaftsgebiets die reichen Möglichkeiten ungarischer Industrieförderung nach Kräften ausgenützt werden?

Vossische Zeitung
13/X. 1915

Aus Bulgariens Wirtschaftsleben.*)

Bedeutender als die Ausfuhr ist die Einfuhr Bulgariens, denn die Handelsbilanz des Landes ist seit Jahren passiv. Die Haupteinfuhrartikel sind Textilwaren, Maschinen, Instrumente, Metalle, Kolonialwaren, Oele und Fette, Lederwaren. Freilich hat das bulgarische Wirtschaftsleben, das sich bis 1913 in aufsteigender Kurve befand, infolge der Balkankriege einen argen Stoß erlitten, so daß die Statistik der letzten Jahre kein richtiges Bild von dem bulgarischen Außenhandel und seinen Entwicklungmöglichkeiten vermittelt. Aber auch die eine völlige Verschiebung zeigenden Ziffern von 1913 lassen klar erkennen, daß Bulgarien wirtschaftlich schon längst zu den Zentralmächten hinneigt, und daß die Entente, die so geräuschvoll auf dem Balkan im allgemeinen und in Bulgarien im besonderen aufzutreten beliebt, aus ihren ökonomischen Interessen im Lande jedenfalls keine Berechtigung hierzu herzuleiten vermag. Denn diese Interessen sind im Vergleich mit denen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns ziemlich unbedeutend, wie aus nachstehender Zusammenstellung ersichtlich ist:

	Einfuhr:			Ausfuhr:		
	1911	1912	1913	1911	1912	1913
	in Millionen Francs					
Deutschland	40	44	37	23	25	17
Oesterreich-Ungarn	48	51	55	11	16	14
England	30	32	17	24	16	8

Einen nicht unwesentlichen Anteil am bulgarischen Außenhandel hat die Türkei. Dagegen ist der Warenaustausch zwischen Bulgarien und Frankreich in Einfuhr und Ausfuhr ziemlich belanglos.

Die Gesamteinfuhr in den Jahren 1911 bis 1913 hat sich von 199 Millionen im Jahre 1911 auf 213 Millionen in 1912 erhöht, um im Jahre darauf, infolge des Balkankrieges, auf 171 Millionen zu sinken. Noch bedeutendere Verschiebungen zeigen die Ausfuhrziffern, die von 185 zunächst auf 156 und im Jahre 1913 auf nur 93 Millionen herabgegangen sind. Auffallend und erfreulich ist die Tatsache, daß Deutschlands Beteiligung am bulgarischen Außenhandel, von den durch die Balkankriege hervorgerufenen Störungen abgesehen, stetig im Wachsen begriffen ist. Es sind kaum 25 Jahre verflossen, daß Bulgariens Einfuhr aus Deutschland etwa 3 Millionen, Bulgariens Export nach Deutschland sogar nur ½ Million Francs betragen hat. Die Zunahme ist also sehr beträchtlich. Die Haupteinfuhrartikel Bulgariens aus Deutschland sind Textilwaren, Maschinen sowie chemische Produkte, wie ja überhaupt sämtliche Balkanländer diese Erzeugnisse vornehmlich von uns beziehen.

Die Entwickelung des bulgarischen Außenhandels zeigt sonach, mit der durch kriegerische Verwicklungen und deren Folgen bedingten Einschränkung, ein im ganzen erfreuliches Bild. Freilich wäre diese Entwickelung nicht in diesem Maße, zum mindesten nicht in dem Tempo möglich gewesen, wenn dem Lande nicht in Warna, Burgas und Dedeagatsch, sowie in Rustschuk überaus günstige, gut entwickelte See- bezw. Donauhäfen für seine Verschiffungen von Getreide und anderen Bodenerzeugnissen zur Verfügung ständen. Aber auch zu Lande sind die Verkehrsmittel ausgezeichnet. In seinen Eisenbahnen von fast 2800 Kilometer Länge besitzt Bulgarien ein nach Umfang und Beschaffenheit hervorragendes Verkehrsmittel, wie es in gleicher Weise in den übrigen Balkanländern kaum zu finden ist. Der Ausbau dieses Eisenbahnnetzes ist seitens derRegierung unermüdlich betrieben worden, und es ist zu einem guten Teil dieser Einrichtung zuzuschreiben, daß Handel und Verkehr des Landes sich auch unter den bekannten widrigen Umständen in der bisherigen Weise zu entwickeln vermochten. Der Eifer, mit dem sich die bulgarische Regierung, aller äußeren und inneren Schwierigkeiten ungeachtet, den Ausbau der Eisenbahnen angelegen sein ließ, hat sogar hin und wieder zu Kommentaren geführt, die der Regierung eine Verkennung der Lage vorwarfen. Die großen, in die Bahnen gesteckten Kapitalien würden, so argumentierten die Kritiker, von weit größerem Nutzen sein, wenn sie zur Befriedigung dringenderer Bedürfnisse des Landes Verwendung fänden. Die Regierung hat sich durch derartige Angriffe nicht irre machen lassen und den Ausbau des Bahnnetzes weiter emsig betrieben. Und wenn sie auch, was vielleicht richtig sein mag, damit der ökonomischen Entwickelung des Landes vorangegangen ist, anstatt ihr, nach altem volkswirtschaftlichem Rezept zu folgen, so hat sie doch, allen Kritikern zum Trotz, recht behalten, denn sie hat mit dem systematischen Ausbau der Verkehrseinrichtungen unzweifelhaft auch strategische Zwecke verfolgt. Welche Bedeutung dieser Wirtschaftspolitik gerade im gegenwärtigen Augenblick zukommt, braucht nicht besonders betont zu werden.

Freilich — die Durchführung dieser zielbewußten und beinahe großzügig zu nennenden Pläne wäre nicht möglich gewesen, wenn die Regierung nicht einen bedeutenden Teil ihrer Einnahmen und den größten Teil der im Auslande aufgenommenen Anleihen dem gedachten Zweck systematisch nutzbar gemacht hätte. Und wenn ihr nicht von den Banken des Landes eine verständnisvolle und mächtige Unterstützung zuteil geworden wäre.

Wer sich vor die Aufgabe gestellt sieht, die bulgarischen Finanzen kritisch zu würdigen, wird in erster Linie die schwere Belastung berücksichtigen müssen, die ihnen aus den Balkankrieg n erwachsen ist.

Hatte die bulgarische Staatsschuld am 1. September 1912 die vergleichsweise niedrige Summe von 688 Millionen Francs betragen, so hatten die Kriegskosten des Jahres 1913 diese Ziffer um mehr als 1200 Millionen anschwellen lassen, so daß die Staatsschuld mit einem Schlage auf 1900 Millionen Francs, d. i. auf annähernd das Dreifache ihres früheren, normalen Standes, angewachsen war. Für ein kleines Land wie Bulgarien ist diese Summe sicherlich eine schwere Belastung, die aber angesichts der erwiesenen wirtschaftlichen Kräfte des Landes und ihrer Entwicklungsmöglichkeiten durchaus unbedenklich ist. Diese Auffassung wurde auch von der deutschen und österreichisch-ungarischen Bankwelt geteilt, als sie im Juli 1914 mit Bulgarien eine Schatzscheinanleihe in Höhe von 120 Millionen Francs abschloß und damit die französische haute finance, die sich selbst um das Zustandekommen des Geschäfts heiß bemüht hatte, aus dem Felde schlug. Zwar sind von den hergegebenen 120 Millionen für Bulgarien damals wenig übrig geblieben, weil allein 75 Millionen für die Rückzahlung eben fällig werdender österreichischer Schatzscheine, für die Abtragung einer Kontokorrentschuld bei einer russischen Bank sowie für Kuponseinlösungen sofort in Abzug kamen. Aber diese Schatzscheinemission war mit zwei Optionen auf je 250 Millionen 5prozentige Anleihe zu 84 verknüpft. Die Option auf die ersten 250 Millionen ist am 1. August d. J. abgelaufen, an dem gleichen Tage, an dem die Schatzwechsel fällig wurden. Die unter Führung der Diskonto-Gesellschaft stehende Gruppe hat die Option auf den ersten Teil der Anleihe ausgeübt, während ihr für ihre Entschließungen in bezug auf deren zweite Hälfte eine vom Tage der Ausgabe der ersten Reihe an zu rechnende zweijährige Frist zugestanden ist. Neben diesen Operationen hat das Bankenkonsortium der bulgarischen Regierung im Februar d. J. einen neuen Vorschuß gegen Schatzscheine gewährt, dessen Erlös für die Erfüllung laufender Verpflichtungen Verwendung fand.

*) Siehe auch den Artikel in Nr. 511.

War die Tatsache der Verdrängung der französischen Bankwelt aus Bulgarien durch die deutsche an sich schon ein hervorragender finanzieller und — — politischer Erfolg, so wuchs die Bedeutung des Anleiheabschlusses mit der deutschen Gruppe in dem Maße der ihr auf Grund der Anleihe zugestandenen wirtschaftlichen Vorteile. Nicht nur wurde dem abschließenden Bankenkonsortium der Bahnbau Haskovo—Porto Lagos nebst Hafenbau in diesem Platze übertragen: auch eine Beteiligung an den staatlichen Kohlenbergwerken Pernik und Bobordol, die die einzigen im Lande sind, und von denen Bobordol überhaupt noch nicht ausgebeutet war, war im Anleihevertrage vorgesehen worden. Daß diese wirtschaftlichen Zugeständnisse wertvoll sind, darüber herrscht wohl nirgends ein Zweifel.

Was der deutschen und österreichisch-ungarischen Bankwelt den Erfolg erleichtert hat, war der Umstand, daß sie durch eigene Gründungen in Sofia vertreten ist. Die Gruppe der Disconto-Gesellschaft hat in der Banque de Crédit eine eigene Niederlassung, wie auch die österreichische Gruppe in der Banque Balkanique, die ungarische (Pester Ungarische Kommerzial-Bank) in der Banque Générale de Bulgarie eine wirksame Vertretung ihrer Interessen besitzt. Daneben ist eine Anzahl rein bulgarischer Institute und Bankfirmen vorhanden.

Wenn sich heute Bulgarien entschlossen auf die Seite der Zentralmächte stellt, so sind wir berechtigt, diese Schwenkung als einen bedeutenden militärischen, politischen und wirtschaftlichen Erfolg zu begrüßen. Der wirtschaftliche Erfolg hat dem politischen und militärischen den Weg geebnet. Und es ist nicht zu viel gesagt, daß hier dem in der deutschen Bankwelt vertretenen deutschen Kaufmann die Rolle des Pioniers zugefallen ist. Er hat die Aufgabe glänzend gelöst. Wenn das durch die Balkankriege heruntergekommene Land sich so schnell wieder zu erholen vermochte, wenn der Gesundungsprozeß in einem Tempo vor sich ging, welches das Erstaunen und die Bewunderung Europas erregte, so ist solches neben der Tüchtigkeit des bulgarischen Volkes und der Besonnenheit seiner Regierenden dem Weitblicke der deutschen und österreichischen Finanzwelt zuzuschreiben, die dem Lande in großzügiger Weise die Mittel lieferte, deren es zu seiner wirtschaftlichen, militärischen und politischen Wiedergeburt bedurfte.

Die an dieser Stelle veröffentlichten Aufsätze dürften genügen, um darzutun, daß Bulgarien ein Landreicher Entwicklungsmöglichkeiten ist. Auf sie sei das deutsche Kapital hiermit nachdrücklichst hingewiesen. Was dem rumänischen Petroleum recht ist, sollte dem bulgarischen Bergbau billig sein. Kein Zweifel, daß der deutsche Kaufmann hier ein weites Feld beiderseitig ersprießlicher Tätigkeit finden wird!

Kölnische Zeitung
14./X. 1915

Wirtschaftliche Probleme Rumäniens.

* **Bukarest**, 5. Okt. (Telegr.) Seit dem Scheitern der Pläne des Finanzministers Costinescu, die in nicht weniger bestanden als in der Absicht, die Zentralmächte auszuhungern, beschäftigen sich die amtlichen und wirtschaftlichen Kreise mit der Frage, wie dem Übelstand abzuhelfen sei, daß die Vorräte an Getreide im Land stetig wachsen und der Zufluß an Geld immer kleiner wird. Zuerst dachte man, daß einige Erleichterungen für die Ausfuhr nach den Zentralmächten genügen würden, um einen raschen Abfluß der aufgehäuften Vorräte zu ermöglichen. Die Hoffnung schlug infolge der geringen Leistungsfähigkeit der rumänischen Verbindung über Land und der inzwischen erfolgten Grenzsperre an einzelnen Punkten fehl. Die rumänische Ausfuhr ging immer vorwiegend den Seeweg, und in Fachkreisen gab man sich gleich nach der Kursschwenkung der rumänischen Ausfuhrpolitik keinen Täuschungen über die geringen Aussichten hin, welche die Ausfuhr zu Land bietet. Auch Versuche, das rumänische Getreide über Griechenland hinaus zu bringen, hatten nicht den gewünschten Erfolg. Gleichzeitig dachte man an Maßregeln, sich selbst zu helfen. Als Grundlage wählte man die passive Resistenz, indem man an den einmal herrschenden Preisen festzuhalten dachte, Lagerhäuser für das im Land bleibende Getreide zu bauen versprach und die Gewährung von Vorschüssen an die Landwirte auf breiterer Grundlage in Aussicht nahm. Eine Besserung der Lage ist bisher nicht erreicht worden. Im Grunde konnte dies auch nicht der Fall sein, denn alle vorgeschlagenen Mittel können vielleicht in einem sehr beschränkten Umfang eine Erleichterung bringen, das Übel aber selbst nicht beseitigen. Dieses Übel hat seine Wurzeln in der mißtrauischen und unfreundlichen Politik Rumäniens gegen die Zentralmächte, die es ihm auch nicht gestattet, die Lösung insofern beherzt anzustreben, als es die Freimachung der Donau fördert. Man hatte sich die längste Zeit in der Hoffnung gewiegt, daß die Dardanellen schließlich doch fallen würden und daß dann mit einem Schlag die wirtschaftliche und die finanzielle Sorge erledigt sein würde. Heute findet sich diese Hoffnung nur noch sehr vereinzelt, und die es zunächst angeht, die Landwirte, wollen, daß ganz unabhängig von allen politischen Erwägungen und Träumen die Krisis gelöst werde. Die über das ganze Land verteilten landwirtschaftlichen Vereine entsandten kürzlich ihre Präsidenten in die Hauptstadt, und in einer gestern abgehaltenen Versammlung wurden die Mittel besprochen, die zu einer Besserung führen könnten. Es wurden zwei Grundsätze aufgestellt, die richtunggebend sein sollten. Einrichtung des ganzen Verkaufs von Getreide an das Ausland in der Art, wie es in den kaufenden Ländern, also den Mittelmächten der Fall ist, und Erhöhung der Vorschüsse an die Landwirte. Es käme also da in erster Linie die Gründung einer Art Verkaufsgesellschaft in Frage, die andern Mitteilungen aus landwirtschaftlichen Kreisen zufolge im Einklang mit den staatlichen Behörden die Bedingungen zu studieren hätte, unter denen das Ausland geneigt ist, das rumänische Getreide abzunehmen. Dem Staat fiele hierbei in erster Linie die Aufgabe zu, alle Beschränkungen fallen zu lassen, die er andauernd gegen die Ausfuhr, beispielsweise in der Erhebung einer in Gold zu zahlenden Ausfuhrtaxe, aufrechthält. Seine wichtigste Aufgabe aber wäre, die vorhandenen Ausfuhrwege offen zu halten und die Öffnung neuer zu fördern.

Die organisatorischen Schwierigkeiten für eine Lösung auf dieser Grundlage liegen in einem Land wie Rumänien offen zutage. Es gälte die vielen Sonderinteressen unter einen Hut zu bringen und sich vor allem daran zu halten, daß die Einrichtung immer unter dem Gesichtspunkt zu arbeiten hätte, daß die einzigen Abnehmer des rumänischen Getreides heute doch nur die Zentralmächte sein können. Damit wird wieder das Wesen der Sache berührt: Wenn die Rumänen eine aufrichtige, ehrliche Verständigung mit den Zentralmächten wünschen, und auch in der Lage sind, sie einzuhalten, müssen sie alle Hindernisse wegräumen, die sie selbst bisher gegen eine solche aufgerichtet haben. Das weitere wird dann von Erwägungen abhängen, deren Mittelpunkt heute allerdings nicht in Bukarest, sondern in Berlin und Wien liegt. Die Gewährung von ausreichenden Krediten an die Landwirte spielt insofern eine nebensächliche Rolle, als sie nur bestimmt ist, dem drohenden Geldmangel abzuhelfen. Wie groß er nach Ansicht der Landwirte werden kann, geht aus dem Verlangen hervor, daß zur Belehnung des eingelagerten Getreides Scheine ausgegeben werden sollen, wenn die Darlehnskassen nicht ausreichen sollten, was gewiß der Fall werden wird, wenn die Ausfuhr auf der heute erreichten Höhe noch einige Zeit verbleiben wird. Da die Höhe der Barmittel im Land, auch die des Staates, in erster Linie von der Ausfuhr abhängt, so ist die Rückwirkung auf die finanzielle Lage des Staates sowohl als auch des Volkes für den Fall leicht zu übersehen, falls die heutige Lage andauern sollte. Es mag aber immerhin etwas zu weit gegangen sein, wenn man wie die der Regierung feindlichen Blätter tun, heute schon von einem finanziellen Zusammenbruch Rumäniens sprechen wollte.

Die Zeit
15./X. 1915

Volkswirtschaft

... und kaufmännische Interessen.

Bulgarien und Oesterreich-Ungarn.

Die wirtschaftlichen Beziehungen.

In dem Streben, die Donau zu erreichen und eine unmittelbare Grenze an Oesterreich-Ungarn zu finden, ist eines der wichtigsten Kriegsziele Bulgariens gelegen. Damit wird zugleich ein klares verkehrspolitisches Programm ausgedrückt. Der zum überwiegenden Teil in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung kommt es schmerzlich zum Bewußtsein, daß ihr die gegenwärtige Absperrung von den Zentralmächten uneinbringlichen Schaden verursacht; ungeheure Mengen von Getreide, die Oesterreich-Ungarn und Deutschland sehr gut brauchen würden, für die ein Preis erzielt werden könnte, wie niemals zuvor, und wie er wohl auch nicht so bald wieder erreicht werden dürfte, sind zu Hause aufgespeichert und können, durch fremde Gebiete behindert, den Weg zu den Kauflustigen nicht finden. Ein solcher Zustand läßt von selbst die Sehnsucht nach dem uralten Handelsweg der Donau und nach einer zu den Zentralmächten unmittelbar führenden Verbindung durch das modernste Verkehrsmittel, die Eisenbahnen, aufkeimen.

In letzterer Beziehung könnte man zwar der Ansicht sein, eine direkte Eisenbahnverbindung zwischen zwei Reichen wäre nur zu Kriegszeiten dringend geboten, im Frieden sei es bei dem Vorhandensein eines internationalen Bahnverkehrs, eines Weltverkehrs, praktisch von keiner weittragenden Bedeutung, wenn die Güterbewegung von einem Reiche in das andere auch auf den Gleisen über ein Stück fremdstaatlichen Gebietes erfolgt. In den Tarifen sei die Möglichkeit gegeben, solche Schwierigkeiten leicht zu überwinden. Aber was für den Seeverkehr, was für die Freiheit der Meere gelten mag — daß sie nämlich in Friedenszeiten ohnehin besteht und nicht gefährdet wird —, gilt nicht für den Bahnverkehr. Der ist auch während des Friedens Gegenstand eines beinahe ununterbrochenen, ganz unauffälligen, in aller Heimlichkeit, aber dennoch mit aller Heftigkeit geführten Kampfes. Verkehrserleichterungen, Tarifbegünstigungen, wie Ausnahmstarife, Einfuhrtarife, Exporttarife, Refaktien usw. bilden wirksame Kampfmittel. Sie ermöglichen es jedem, auch dem kleinsten Staate, den über seinen Bereich im Transitwege vor sich gehenden Verkehr der ihm benachbarten Staaten in jedem beliebigen Verkehrszweige und jederzeit zu erschweren oder lahmzulegen. Es bedurfte daher nicht erst eines theoretischen Nachweises, wie er von zwei Oesterreichern in ausgezeichneter Weise erbracht worden ist, um darzutun, daß die Tarifpolitik vollständig befähigt ist, die Bestrebungen der Handelspolitik zu fördern oder ihnen entgegenzuarbeiten. Mithin geschieht es nur in richtiger Erkenntnis dieser Tatsachen, in voller Würdigung der zukünftigen Stellung, die Bulgarien im internationalen Verkehr, in der Weltwirtschaft einzunehmen berechtigt ist, wenn der Staat den freien Weg zur Donau erreichen, sich bis zu den Grenzen unserer Monarchie erstrecken will.

Für Oesterreich kann dies nur von großem Vorteil sein. Dabei soll keineswegs an bloße Probleme der Zukunft gedacht werden, zu denen als Folge des gegenwärtigen Völkerringens auch die Schaffung innigerer Handelsbeziehungen zwischen den jetzt miteinander verbündeten Staaten gehört. Ganz abgesehen von diesem Umstand ist eine regere Geschäftsverbindung mit Bulgarien um so wünschenswerter, als derzeit unser Außenhandel mit diesem Reich hinter dem mit anderen Balkanstaaten (Griechenland teilweise ausgenommen) zurücksteht. So belief sich im Jahre 1913 nach Quantitäten (in Tausenden von Meterzentnern) unsere

von, beziehungsweise nach:	Einfuhr	Ausfuhr
Bulgarien	445	1019
Griechenland	1041	993
Rumänien	7695	6411
Serbien	563	2551
Türkei (europäische und asiatische) . .	595	3245

Nach dem Werte (in Tausenden von Kronen gerechnet) belief sich in demselben Jahre Oesterreichs

von, beziehungsweise nach:	Einfuhr	Ausfuhr
Bulgarien	10.963	38.646
Griechenland	21.390	35.234
Rumänien	95.653	127.999
Serbien	22.748	55.519
Türkei	67.692	160.463

Daraus ersehen wir, daß unsere Einfuhr aus Bulgarien weit geringer ist als die Ausfuhr Oesterreichs nach Bulgarien. Dieses anscheinend überaus günstige handelspolitische Verhältnis wird aber in seinem Werte sehr stark herabgedrückt durch die uns während des Krieges in empfindlicher Weise zum Bewußtsein gebrachte Tatsache, daß Oesterreich auf die Zufuhr landwirtschaftlicher Produkte aus dem Ausland in weitaus höherem Maße, als bisher angenommen wurde, angewiesen ist, und daß auch Ungarn mit seiner erfreulicherweise fortschreitenden Industrialisierung naturgemäß immer weniger befähigt erscheint, die Kornkammer Oesterreichs zu bilden. Wir müssen daher schon im Interesse einer besseren Ernährungsmöglichkeit unserer Bevölkerung einen handels- und verkehrspolitischen Anschluß an Bulgarien anstreben, auf eine reichliche Einfuhr agrarischer Produkte aus diesem so überaus fruchtbarem Lande bedacht sein und es ruhig hinnehmen, wenn daraus ein Nachstehen der Ausfuhr- hinter den Einfuhrziffern folgen würde. Das auf einer Unterernährung der Bevölkerung aufgebaute Aktivum der Handelsbilanz ist durchaus nicht erstrebenswert.

Für Bulgarien selbst würde sich daraus eine bedeutende Erhöhung und eine rationellere Ausnützung des Bodenertrages, eine Steigerung der Viehzucht, eine Verbesserung der teilweise noch rückständigen Produktionsbedingungen,

Neues Wiener Tagblatt
17./X. 1915

11

Der Volkswirt.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

10. Oktober. Subskriptionseinladung auf die dritte ungarische Kriegsanleihe. Subskriptionstermin vom 18. Oktober bis 17. November. — Amtliches Ersuchen an die Besitzer entbehrlicher Gold- und Silbergegenstände, dieselben den österreichischen Münzämtern zu verkaufen.

11. Oktober. Auf die dritte deutsche Kriegsanleihe eine Woche vor dem ersten Einzahlungstermin bereits 6803 Millionen Mark eingezahlt. — Errichtung einer Reichskartoffelstelle in Deutschland zur Regelung der Kartoffelversorgung. In der Schweiz wird eine Zentrale für Kartoffeleinfuhr errichtet. — Verlängerung des türkischen Moratoriums bis zum Jahresschlusse.

12. Oktober. Namhafte Zeichnungen in Deutschland auf die österreichische und ungarische Kriegsanleihe. Infolgedessen Besserung der österreichisch-ungarischen Valuta. — Der Sterlingskurs in New-York wieder rückgängig.

13. Oktober. Ministerpräsident Graf Stürgkh teilt einer Abordnung der wirtschaftlichen Korporationen mit, daß im Schoße der Regierung interne Vorarbeiten für den Ausgleich mit Ungarn und für die künftigen Handelsverträge stattfinden. — Als Repressalie für das gegen das deutsche Vermögen gerichtete Vorgehen des feindlichen Auslandes wird von der deutschen Reichsregierung die Sperre des gesamten feindlichen Vermögens in Deutschland verfügt. — Bildung einer Verkaufskommission für das Getreide in Rumänien.

14. Oktober. Gebührenbefreiung bei Hypothekardarlehen zum Zwecke der Zeichnung auf die Kriegsanleihe. — Verordnung über die Ueberwachung von Unternehmungen oder Zweigniederlassungen, die vom feindlichen Ausland aus geleitet werden. — Zeitweilige Aufhebung der Schweinezölle in Oesterreich-Ungarn. — Das definitive Ergebnis der dritten deutschen Kriegsanleihe ist 12,101 Millionen Mark. — Der Betrag der in den letzten Monaten nach den Vereinigten Staaten zurückgeströmten amerikanischen Werte wird auf 3½ bis 4 Milliarden Mark geschätzt.

15. Oktober. Ablehnung des Südbahnüberein[kommens] durch das Oberlandesgericht. Die Südbahn ergreift den Rekurs an den Obersten Gerichtshof. — Die englische Handelsbilanz für die ersten neun Monate schloß mit einem Passivum von 285 Millionen Pfund Sterling.

16. Oktober. Der englische Unterstaatssekretär der Finanzen schätzt das diesjährige Defizit auf 1285 Millionen und das nächstjährige (Fiskaljahr 1915/16) auf 1438 Millionen Pfund Sterling.

Hamburger Fremdenblatt
19./X. 1915.

Wiener Wirtschaftsbrief.

Man schreibt uns aus Wien:

Hier sieht man dem Ausfall der vor wenigen Tagen aufgelegten dritten Kriegsanleihe ebenso erwartungsvoll entgegen, wie dem Fortgang der kriegerischen und politischen Ereignisse. Die Zeichnungen, die heute schon allein auf die österreichische Anleihe (Ungarn zählt besonders) vorliegen, werden auf eine Milliarde geschätzt, und man ist überzeugt, daß das Gesamtergebnis der dritten Kriegsanleihe das der beiden vorhergegangenen in demselben Verhältnis übersteigen wird, wie das im Deutschen Reich der Fall gewesen ist.

Wenn auch bei uns das Wirtschaftsleben lange nicht in dem Maße entwickelt ist, wie „draußen“ (das Nationalvermögen Oesterreich-Ungarns wird nur auf den dritten Teil des deutschen geschätzt), so hat sich doch die Wirkung der englischen „Kontinentalsperre“ in ganz analoger Weise fühlbar gemacht, jedenfalls ganz anders, als man sich das in Rom und London gedacht hat. Die Erschwerung der Einfuhr hat Oesterreich-Ungarn gezwungen, mit seinen eigenen Mitteln hauszuhalten, und das hat nicht die Vernichtung der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit der Monarchie zur Folge, sondern ihre Gesundung. Oesterreich-Ungarn wurde gezwungen, sich dem Idealzustande der wirtschaftlichen Autarkie, der Selbstversorgung, zu nähern. Es deckt heute den Verbrauch seiner Bevölkerung und seinen Heeresbedarf im wesentlichen aus eigenen Mitteln. Starke Importe sind nur aus Deutschland zu verzeichnen, aber in dieser Beziehung befindet sich Oesterreich-Ungarn in einer viel günstigeren Lage, als der Vierverband gegenüber seinem wucherischen Hauptlieferanten, den Vereinigten Staaten. Deutschland ist nicht nur der politische Verbündete der habsburgischen Monarchie, es hat auch ein ehrliches Interesse an ihrer wirtschaftlichen Gesundung und Kräftigung. Es sei nicht verhehlt, daß das stete Steigen des Markkurses in den letzten Wochen unter den österreichischen Importeuren lebhafte Besorgnis hervorrief; hat sich doch die Brünner Handelskammer veranlaßt gesehen, deswegen eine Kundgebung an die Regierung zu richten und die Aufnahme einer großen Markanleihe in Deutschland zu verlangen, die ausschließlich der Befriedigung des effektiven Warengeschäftes, mit Ausschluß jeder Effektenspekulation, zu dienen hätte. Die Abhilfe kam aber in spontaner Weise aus Deutschland selbst, da dort Bankwelt und Publikum ein lebhaftes Interesse für die neue österreichische Kriegsanleihe bekundeten und namhafte Beträge zeichneten. Dadurch entstand eine große Nachfrage nach Kronenwährung, und deren Kurs ging sprunghaft um mehrere Prozent in die Höhe.

Die Erschwerung der Einfuhr hat die Oesterreicher, die in glücklichen Tagen gern aus dem Vollen leben, zu manchen Einschränkungen gezwungen. Sie sind aber dabei nicht verhungert, wie das die Irredentisten in Italien gern gesehen hätten, sondern, wie Bürgermeister Weiskirchner dieser Tage in einer Rede an seine Wiener hervorhob, eher noch gesunder geworden. Aber auch wenn sich nach Friedenschluß die Schleusen des Wohllebens wieder öffnen sollten — die Bevölkerung kann das, was sie im Verlauf von bisher fünfzehn Kriegsmonaten an Essen und Trinken versäumt hat, beim besten Willen nicht mehr nachholen. Hier sind buchstäblich Milliarden erspart worden. Man muß zugeben, daß es dabei nicht ganz ohne soziale Ungerechtigkeit abgegangen ist. Was die Konsumenten sich abgespart haben, ist den landwirtschaftlichen Produzenten und den Zwischenhändlern als Gewinn in den Schoß gefallen. Aber aus dem Lande ist das Geld nicht gekommen. Von hierher stammen zum größten Teile die Milliarden, die der Staat bei seinen Kriegsanleihen einheimst. Schon Ende vorigen Jahres wurde die Summe, die der landwirtschaftlichen Bevölkerung aus dem Mehrerlös ihrer Erzeugnisse zugeflossen ist, auf drei Milliarden geschätzt. Heuer werden es noch weit mehr sein. Auch die Industrie und die Gewerbetreibenden, die für den Heeresbedarf arbeiten, haben goldene Tage. In Wien allein soll es 600 neugebackene Millionäre geben.

Die Geldflüssigkeit ist nie größer gewesen, und die Banken machen glänzende Geschäfte. Welche Kapitalkraft dabei manche Institute erreicht haben, zeigt der Wiener Bankverein, der allein auf eigene Rechnung 40 Millionen österreichische und 10 Millionen ungarische Kriegsanleihe gezeichnet hat. Von weiteren imponierenden Zeichnungen sind zu erwähnen die der Allgemeinen Pensionsanstalt für Angestellte mit 75 Millionen Kronen, die des Kaisers Franz Josef mit 20 Millionen, des Erzherzogs Friedrich mit 12 Millionen. Auch aus den Kreisen der Feudalaristokratie, über deren Zurückhaltung bei den ersten beiden Kriegsanleihen nicht mit Unrecht geklagt worden ist, liegt schon eine ganze Reihe höherer Zeichnungen vor. Den Ausschlag sollen aber diesmal die kleinen Sparer auf dem Lande geben. An sie wendet sich die mit Hochdruck betriebene Aufklärungsarbeit der privaten Sparkassen und der staatlichen Postsparkassen. Auch die Kriegsgetreidegesellschaft, durch die ja jetzt die Bauern am meisten Geld verdienen, beteiligt sich durch das weitverzweigte Netz an der Werbearbeit, die bis in die letzte Hütte und das fernste Alpental dringt. Oesterreich-Ungarn soll auch diesmal auf wirtschaftlichem Gebiete ebenso siegen, wie auf dem Schlachtfelde.

E. P.

Fremdenblatt 22./X. 1915

I

14

Rede des Herrenhausmitgliedes Paul Ritter v. Schoeller.

(Plenarsitzung der niederösterreichischen Handelskammer vom 21. Oktober.)

Die Wiener Handels- und Gewerbekammer hielt gestern eine öffentliche Plenarsitzung. Der Präsident, Herrenhausmitglied Paul R. v. Schoeller, gab der tiefen Trauer der Kammer über das Hinscheiden des Erzherzogs Ludwig Salvator Ausdruck und hielt hierauf folgende Ansprache:

Die Aufgaben der Kammer.

Wie ich in unserer letzten Sitzung vor dem Sommer die Ehre hatte anzukündigen, haben uns die abgelaufenen Monate mit großen und wichtigen Arbeiten beschäftigt, zu denen immer neue Aufgaben von gleicher Wichtigkeit hinzutreten. Es ist unser gesetzliches Recht, wir betrachten es aber auch als unsere Pflicht, auch ohne besondere Aufforderung zu jenen wichtigen Wirtschaftsfragen Stellung zu nehmen, die durch die großen historischen Umwälzungen auf die Tagesordnung gestellt werden. Wir haben die Pflicht, in diesen ernsten Stunden die Interessen der von uns vertretenen Kreise mit allem Nachdrucke zu wahren. Wir tun es getreu der Tradition der Kammer, sich hiebei nicht von kleinlichen Sondergesichtspunkten leiten zu lassen, sondern immer das Wohl der gesamten Volkswirtschaft unseres Staates im Auge zu behalten, das ja die Grundlage auch alles Fortschrittes im einzelnen ist.

Das wirtschaftliche Verhältnis zum Deutschen Reich.

So sind wir gemäß Ihrem Beschlusse in der letzten Sitzung an die Erörterung unseres zukünftigen wirtschaftlichen Verhältnisses zum Deutschen Reiche herangetreten und sind nun in der Lage, nach eifriger Vorarbeit unsere Entschließung kundzugeben, welche sich für eine möglichst innige wirtschaftspolitische Annäherung an das Deutsche Reich ausspricht und Richtlinien für eine derartige Annäherung vorzuzeichnen sucht. Ein Grundgedanke dieser Entschließung ist, daß nur ein Zusammenschluß großer Wirtschaftsgebiete zu einem machtvollen gemeinsamen wirtschaftspolitischen Vorgehen imstande ist, uns in Zukunft vor wirtschaftspolitischer Feindschaft entsprechend zu schützen, unsere Kräfte im Interesse der Bevölkerund sowohl als auch unserer Staaten und ihrer Wehrkraft ausgiebig zu entfalten und die Wege wirtschaftlicher Expansion, die unsere Heere jetzt mit so viel Mut und Anstrengung nach dem Südosten eröffnen, auch mit Erfolg zu begehen. Wenn wir diesen Grundgedanken als maßgebend für unser Verhältnis zu einem Staate erachten, mit dem uns bisher nur politische und militärische Bundesgenossenschaft verband, die allerdings ihre unaustilgbare Besiegelung in diesem Weltringen erfahren hat, so darf diese grundsätzliche Auffassung wohl umso weniger außer acht von jenen beiden Staaten gelassen werden, die bisher durch ihre Geschichte, durch das geheiligte Band der gemeinsamen Dynastie, aber auch durch ihre bisherige gemeinsame Wirtschaft verbunden waren, von Oesterreich und Ungarn

Der österreichisch-ungarische Ausgleich.

Darüber kann heute kein ernsthafter Staatsmann und Volkswirt, und zwar ebensowenig in Ungarn wie auch in Oesterreich, im Zweifel sein — und der Krieg hat es zur Genüge bewiesen, daß die Gemeinsamkeit unserer Wirtschaft eine unentbehrliche Grundbedingung der Großmachtstellung der Monarchie und als solche in gleicher Weise im Interesse Oesterreichs und Ungarn gelegen ist. Wir freuen uns, diese Auffasung auch von maßgebender ungarischer Seite offen anerkannt zu sehen und begrüßen es, wenn dies von meinem geehrten Kollegen, dem Präsidenten der Budapester Handelskammer, erst kürzlich geschehen ist — die Frage einer Zwischenzollinie als unzeitgemäß bezeichnet wird. Damit ist bereits die Hauptgrundlage für den künftigen Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn gegeben, der gemäß den gesetzlichen Bestimmungen derzeit wieder zur Erörterung steht. Wir müssen aus diesem grundlegenden Gedanken nun aber auch die notwendigen Folgerungen im einzelnen ziehen. Die weitaus wichtigste und gleichzeitig die Voraussetzung für die wirklich wertvolle und dauernde Verständigung mit anderen Staaten, insbesondere aber mit dem Deutschen Reiche ist die, daß die Wirtschaftsgemeinsamkeit zwischen Oesterreich und Ungarn einen gesicherten und dauernden Charakter erhalten muß, daß das Wirtschaftsleben der Monarchie und damit auch deren politische Geltung nicht den fortwährenden Erschütterungen ausgesetzt wird, welche die Folge unserer bisherigen Ausgleichsfristen waren. Im Interesse der Gesamtmonarchie, im Interesse ihrer Großmachtstellung, aber ebenso im wohlerwogenen Interesse des Wirtschaftslebens Oesterreichs und Ungarns liegt die Abschließung eines Ausgleiches auf lange Dauer. Noch nie hat die Geschichte den Boden hiefür besser vorbereitet, als jetzt; noch nie ist die Notwendigkeit hiezu eine größere gewesen. Als zu Beginn dieses Jahres unsere Truppen gemeinsam mit den ungarischen auf den Kämmen der Karpathen im härtesten hingebungsvollen Ringen einem übermächtigen Feinde den Zugang zu Ungarn wehrten, als sie dann gemeinsam die östlichen österreichischen Kronländer befreiten und siegreich den Feind in sein eigenes Land verfolgten, bei der gemeinsamen Verteidigung gegen den verräterischen Bundesgenossen von einst, bei der gemeinsamen Grenzwacht an der Donau und Save und im jüngsten erfolgreichen Vordringen, das uns mit unseren bulgarischen und türkischen Bundesgenossen vereinigen und die Bahn nach dem Orient politisch und wirtschaftlich freimachen soll, sind Oesterreich und Ungarn fester als je ineinander gewachsen. In hellem Jubel hat vor kurzem erst die Wiener Bevölkerung den Ungarn und Kroaten ihre Sympathie und herzliche Freundschaft bezeugt, wie es durch lange Jahre vorher nicht geschehen ist. Es wäre schweres Unrecht und arge Kurzsichtigkeit, wenn wir diese wertvollen Ergebnisse einer großen und bedeutenden Zeit vorübergehen lassen wollten, ohne dauernd oder wenigstens für lange Zeit zu beseitigen, was so oft zu kleinlichen Mißverständnissen, zu Hader und Entfremdung geführt hat, den Wirtschaftsstreit. Wir müssen also die Festlegung der wirtschaftlichen Gemeinsamkeit und die Abschließung eines Ausgleiches auf lange Dauer mit allem Nachdrucke, den wir unserem Votum zu geben vermögen, anstreben. Damit ist aber auch die Frage der weiteren Behandlung des Ausgleiches im gegenwärtigen Augenblicke gegeben. Ein Ausgleich auf lange Dauer muß die Neuerungen berücksichtigen, die uns die Weltgeschichte in den nächsten Monaten und nächsten Jahren auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete bringen wird. Wir müssen alle vorzeitigen Bindungen vermeiden, die uns hindern würden, diesen neuen Tatsachen und den neuen Erfordernissen entsprechend Rechnung zu tragen.

Wir könnten uns mit Ungarn über die Hauptfrage der Gemeinsamkeit unserer Wirtschaft und ihrer staatsfinanziellen Grundlagen allerdings bereits heute einigen. In einer Reihe von Einzelfragen, deren Erledigung von den kommenden Ereignissen abhängt, wird jedoch eine Einigung erst in einem späteren Zeitpunkte erfolgen können. Hiefür provisorische Abmachungen zu treffen, ist heute noch nicht notwendig, da ja derzeit und bis Ende 1917 der gegenwärtige Ausgleich in Geltung ist. Die Frage kurzfristiger, provisorischer Maßnahmen wird erst dann dringlich, wenn wider Erwarten bis gegen Ende 1917 eine Klärung nicht erfolgt. Die Verlängerung der gegenwärtigen Vereinbarungen, die nach den bisherigen Erfahrungen in vielen Punkten nicht mehr allen berechtigten Wünschen entsprechen und durch die nächste Zukunft wahrscheinlich weiter beeinflußt werden, für einen längeren Zeitraum, oder mit anderen Worten etwa die Verlängerung des bisherigen Ausgleiches mit geringfügigen Aenderungen bereits heute auf weitere zehn Jahre, wie dies von verschiedenen Seiten zur Besprechung gestellt wurde, müßte als derzeit absolut unnötig, aber auch wegen der damit eintretenden Bindungen als unseren Interessen unbedingt widersprechend nachdrücklichst abgelehnt werden. Dagegen scheint es zweifellos am Platze, daß heute bereits die maßgebenden Stellen, und zwar, wie wir zu fordern berechtigt sind, in Fühlung mit den wirtschaftlichen Vertretungen, alle einschlägigen Fragen einem genauen Studium unterziehen, einen umfassenden Plan für die zukünftigen Vereinbarungen aufstellen und den Abschluß eines die Interessen der Monarchie befriedigenden Ausgleichswerkes in dem Zeitpunkt vorbereiten, in dem dieses Problem reif geworden sein wird. Gleichzeitig müßte eine grundsätzliche Verständigung mit der Regierung des Deutschen Reiches erfolgen, damit wieder im Interesse der Gesamtmonarchie im unserem zukünftigen Ausgleich bereits auf jenen Plan Rücksicht genommen werden kann, über den sich die beiden Reiche nach unseren Wünschen und Vorschlägen einigen sollen.

Wenn der ernste Wille zu einer Verständigung mit Ungarn einerseits und mit dem Deutschen Reiche anderseits vorhanden

Die Rede des Präsidenten Mitglieds Karl Ritter v. Schoeller

ist, dann fehlen — dessen sind wir gewiß — hiefür weder bei uns, noch in den anderen Staaten die Kräfte und kundigen Persönlichkeiten, noch mangelt es an der Zeit zur Durchführung.

Die Approvisionierungsfrage.

Soweit unsere Mitwirkung in Betracht kommt, werden wir immer gerne bereit sein, all unser Können und unsere Erfahrungen in den Dienst der Sache zu stellen. Diese Bereitwilligkeit ist bei uns aber nicht nur hinsichtlich der Zukunftsfragen zu finden, sondern auch die harten Erfordernisse des Tages haben uns immer dienstbereit und arbeitswillig gefunden. Eine der brennendsten und schwierigsten Fragen ist die der Approvisionierung. Wenn hier auch die Kammer in keiner anderen Weise zur Mitarbeit herangezogen wurde, so hat sie doch versucht, durch emsige Arbeit gemeinsam mit der Gemeinde Wien in der Handelspolitischen Kommission an den jeweiligen Tagesereignissen auf diesem Gebiete Stellung zu nehmen und praktische Vorschläge zu fördern. So namentlich in den Fragen des Getreideverkehres, der Milchversorgung, der Versorgung in Fleisch, Eiern und Kartoffeln, in den Fragen der Heranziehung der Forste für Streu- und Futtergewinnung, der Aufhebung der Verzehrungssteuer usw. Es muß allerdings gesagt werden, daß unsere mannigfachen Anregungen nicht immer auf fruchtbaren Boden gefallen sind und daß das Unterbleiben der rechtzeitigen Mitwirkung der Fachkreise in dem tatsächlichen Erfolge verschiedener Approvisionierungsverordnungen auch deutlich zum Ausdruck gekommen ist.

Die Rohstoffversorgung.

Zu etwas unmittelbarer Mitwirkung in die Kammer in den Angelegenheiten der Versorgung des Heeres und der Industrie mit den notwendigen Rohstoffen gelangt, indem sie hier sowohl an der Gründung der verschiedenen Einkaufsgesellschaften mitarbeitete, als auch sich durch ihre Vertreter an deren Tätigkeit beteiligte. Auf beiden Gebieten, dem der Approvisionierung und dem der Rohstoffversorgung, handelt es sich für uns heute nicht nur um Aufgaben der Kriegszeit, sondern hier werden eine Reihe von großen Schwierigkeiten auch noch über das Ende des Krieges hinaus bestehen, deren Ueberwindung rechtzeitig vorbereitet werden muß.

Wir beschäftigen uns im Schoße der Kammer bereits mit bezüglichen Studien und Vorarbeiten und werden nicht ermangeln, im gegebenen Zeitpunkte mit entsprechenden Vorschlägen hervorzutreten.

Die Auslandsbeziehungen.

Eine ununterbrochene und emsige Tätigkeit wird den Fragen unserer Auslandsbeziehungen zugewendet. Kann auch die Exportförderungstätigkeit der Kammer, der wir im Frieden soviel Arbeit und Mittel zugewendet haben, im gegenwärtigen Zeitpunkte nur in beschränktem Ausmaße aufrechterhalten werden, so beschäftigen wir uns doch unentwegt mit der Wahrung der Interessen unserer Industrie und Kaufmannschaft im feindlichen Auslande sowie in den bereits eroberten Gebieten und in den neutralen Staaten. Die Kammer hat die auf diesem Gebiete erschienenen Gesetze, Verordnungen und sonstige Vorschriften der wichtigsten in Betracht kommenden Staaten gesammelt. Diese sehr wertvolle Sammlung, deren Verfasser, Herrn Dr. Perels, besondere Anerkennung gebührt, ist bereits in zweiter Auflage unter dem Titel „Der Wirtschaftskrieg" erschienen und den Herren wohlbekannt. Der durch die wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen der Kammer erwachsende Auskunftsdienst hat einen sehr bedeutenden Umfang angenommen. Was insbesondere den Verkehr mit Russisch-Polen betrifft, so haben wir uns sehr eingehend mit der Anbahnung und Verdichtung der Geschäftsbeziehungen mit diesem Gebiete beschäftigt und sind bestrebt, die vielen bestehenden Schwierigkeiten — Ausfuhrverbote, Beschränkung des Reise- sowie des Brief- und Telegrammverkehrs — durch enge Fühlungnahme mit den in Betracht kommenden Behörden zu erleichtern. Die Militärverwaltung in Russisch-Polen kommt hiebei den Anregungen der Kammer in verständnisvoller Weise entgegen, was umso dankbarer begrüßt werden muß, als die bestehenden bureaukratischen Hemmnisse im allgemeinen sehr groß sind. Namentlich seit dem Bestande der rührig und umsichtig geleiteten Auskunftsstellen in Krakau und Petrikau nimmt der kommerzielle Verkehr mit dem okkupierten Gebiete in recht erfreulicher Weise zu. Angesichts des dringenden, vielseitigen Bedarfes wäre nur wünschenswert, daß diesen Auskunftsstellen größere Kontingente vom Finanzministerium zugewiesen würde, soweit dies die Rücksichtnahme auf den Bedarf im österreichischen Inland erlaubt. Ueber Anregung der Kammer entsendet das Handelsministerium in diesen Tagen einen Delegierten zur Wahrung der österreichischen kaufmännischen Interessen nach Russisch-Polen, welchem vor allem die Aufgabe zufällt, die Eintreibung von Forderungen durch persönliche Intervention bei den Schuldnern zu fördern und sonstige kommerzielle Maßnahmen zu treffen, welche sich zur Sicherung der heimischen wirtschaftlichen Interessen als notwendig erweisen. Für die Pflege mit dem Orient versucht die Kammer — wie die geehrten Herren einem auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehenden Antrage entnehmen können, der die Förderung der orientalischen Sprachen sowie des Bulgarischen und Neugriechischen betrifft — bereits jetzt praktische Vorkehrungen zu treffen.

Das öffentliche Lieferungswesen.

Nach wie vor ist die Mitwirkung der Kammer auf dem Gebiete des öffentlichen Lieferungswesens eine außerordentlich intensive. Ein besonders wichtiger Gegenstand in diesem Belange war die Beurteilung der Verordnung vom 12. Juni 1915 über Militärlieferungsverträge. Die großen Bedenken, welche in den Kreisen der Produktion und des Handels, aber auch der die Kriegslieferungen finanzierenden Kreditinstitute rege geworden sind, kamen besonders ausdrucksvoll in einer zweitägigen, im Juli abgehaltenen Enquete, die vom Permanenzkomitee veranstaltet wurde, zum Ausdrucke. Das Permanenzkomitee nahm die Ergebnisse dieser Beratung zum Anlasse, um bei sämtlichen beteiligten Zentralstellen eine Abänderung der kaiserlichen Verordnung oder zumindest die Erlassung einer Durchführungsverordnung zu beantragen, und formulierte auch eine Reihe von konkreten Wünschen. Diese Aktion führte bereits insoferne zu einem Erfolg, als im September eine Durchführungsverordnung des Kriegsministeriums erschienen ist, in welcher mehrere Anträge des Permanenzkomitees, selbstverständlich jedoch nur solche, welche im Wege einer bloßen Durchführungsverordnung verwirklicht werden konnten, ihre Beachtung fanden.

Das Permanenzkomitee, welches sich auch mit dieser Durchführungsverordnung beschäftigte und ihre Erlassung mit Genugtuung begrüßte, hat beschlossen, diese hochwichtige Angelegenheit weiter im Auge zu behalten, und soferne die praktische Handhabung der kaiserlichen Verordnug doch die befürchteten Schwierigkeiten ergeben würde, unverweilt auf seine gestellten Anträge auf Abänderung der kaiserlichen Verordnung selbst zurückzukommen.

Die Kriegsanleihe.

Der kurze Ueberblick, den ich — und zwar nur über einige der wichtigsten Kammeragenden — hier zu geben versuchte, soll zeigen, wie bereit Handel, Industrie und Gewerbe sind, auch ihre Aufgaben im Kriege voll zu erfüllen. Wir können mit ruhiger Ueberzeugung sagen, daß unsere Erwerbstände nicht nur in der gemeinsamen Arbeit, sondern auch jeder einzelne für sich seine Pflicht gegen den Staat in dieser schweren Zeit nach Kräften erfüllt hat. Dies beweist die rege Teilnahme der industriellen und kaufmännischen Kreise an den Zeichnungen für die Kriegsanleihe. Wieder handelt es sich darum, dem Staate die Mittel für die Fortführung des großen Kampfes, für die Verteidigung des Vaterlandes, für die Begründung einer glücklichen Zukunft zur Verfügung zu stellen. Wir können es diesmal bereits mit dem festen Bewußtsein tun, daß dank der opfervollen Hingabe unseres Heeres die Gefahr des feindlichen Einbruches beschworen ist und es sich jetzt darum handelt, den Erfolg unserer Waffen festzuhalten und auf ihn einen ehrenvollen, unsere Interessen wahrenden Frieden zu begründen. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir nicht unterlassen, auch weiterhin all unsere Kräfte anzuspannen. In diesem Sinne richte ich an alle Kreise von Industrie, Handel und Gewerbe die dringende Aufforderung, wieder aus vollen Kräften dazu beizutragen, daß das Ergebnis der dritten Kriegsanleihe eine machtvolle Kundgebung für die Leistungsfähigkeit unseres Staates, sowie für das Selbstvertrauen unserer Bevölkerung wird. An Sie aber, meine sehr verehrten Herren, stelle ich die Bitte, jeder in seinem Wirkungskreise gleichfalls im Sinne dieser Aufforderung tätig zu sein.

Die Rede des Präsidenten wurde stellenweise durch Zustimmungskundgebungen, insbesondere an jenen Stellen, die sich mit der zukünftigen Gestaltung unseres Verhältnisses zu Ungarn befaßten, unterbrochen und erntete lebhaften Beifall. Die Kammer beschloß weiter, dem unter dem Vorsitze des Prinzen Franz von und zu Liechtenstein stehenden österreichischen Komitee für bulgarische Kriegsfürsorgezwecke den Betrag von 3000 Kronen zuzuwenden.

Die Zeit
24./X. 1915

Der Umbildungsprozeß im Wirtschaftsleben und unsere Handelspolitik.

Von Hofrat Universitätsprofessor Béla Földes,
Mitglied des ungarischen Reichstages.

Es ist wohl jedem klar, daß die Neuordnung der internationalen Handels- und Wirtschaftspolitik eine ganze Reihe höchst wichtiger und höchst schwieriger Probleme aufwerfen wird. Steht ja die europäische Welt vor einer neuen, großen, bedeutungsvollen Periode. Politisch, territorial, wirtschaftlich, völkerrechtlich und staatsrechtlich wird die neue Zeit ein ganz eigenartiges, von der Vergangenheit wesentlich verschiedenes Gepräge haben. Der Krieg hat frühere Bestrebungen begraben und wird neue Bestrebungen hervorrufen: Bündnisse sind zerrissen worden und neue Bündnisse werden geknüpft werden; wirtschaftliche Verbindungen sind gelöst und neue werden geschaffen, sind zum Teil schon während des Krieges entstanden oder geplant. Produktion, Verkehr, Konsumtion, alles wird in anderen Bahnen wandeln.

Aus dieser Tatsache folgt, daß wir großen, schwierigen Aufgaben gegenüberstehen. Zumal auf dem Gebiete der internationalen Handelspolitik — diese im weitesten Sinne genommen. Schon die Vorstudien hierzu, Sammlung des Materials, Beratungen usw. werden naturgemäß viel Zeit in Anspruch nehmen. Selbst der vom Standpunkt der Handelspolitik als Nebenfragen zu betrachtenden Probleme gibt es eine ganze Reihe. Nehmen wir nur die Valutafrage; sie allein wird an die Staatsweisheit große Anforderungen stellen. Vom Standpunkt der speziellen Handelspolitik werden wir vollständig Tabula rasa haben. Vorerst gilt es, das handelspolitische Verhältnis zwischen Ungarn und Oesterreich zu regeln entsprechend dem engen Bündnis beider Staaten, ohne aber die Entwicklungsfähigkeit und die Expansion der ungarischen Volkswirtschaft zu gefährden; Ungarns Leistungen im Kriege haben den vollen Beweis geliefert — sofern ein solcher notwendig war —, daß wir ein volkswirtschaftlich starkes Ungarn schaffen müssen, wozu die volle Entfaltung der Produktivkräfte nötig ist. Dann müssen wir unser Verhältnis zu Deutschland regeln entsprechend der engen Bundesfreundschaft, die der Krieg gefestigt hat; dann haben wir Handelsverträge zu schaffen mit anderen uns im Krieg verbündeten Staaten, dann mit den Neutralen und endlich mit der übrigen Welt. Den politischen Beziehungen entsprechend, muß die Handelspolitik jeder Gruppe gegenüber anders geregelt werden, individuell charakteristisch sein. Welche kolossale Arbeit muß hier geleistet werden!

Natürlich wäre es gut, diese Arbeit sobald als möglich zu beginnen. Sagen wir, schon morgen. Ist das aber möglich? Ich will gar nicht davon reden, daß ja der Krieg in diesem Moment noch mit furchtbarer Vehemenz wütet, die gesamten europäischen Staatengebilde in der Schwebe sind. Kann man eine Handelspolitik festsetzen, ehe die Staaten vollständig kristallisiert sind, ehe wir deren Territorien, Bevölkerungszahl, Bevölkerungsethnos, die Grenzen kennen, die Nachbarn, den Lauf der Flüsse, Meeresufer usw. Wir wissen heute auch entfernt nicht, welche Kosten der Krieg verursachen wird, zu deren Deckung ja auch die Zolleinnahmen in kräftiger Weise heranzuziehen sein werden, was also auf die Ausgestaltung der Zölle von primärer Bedeutung sein wird. Wer will sich heute unterfangen, einen Zolltarif festzustellen? Müssen ja die Tarifposten in einem bestimmten Verhältnis zu den Preisen stehen. Nun haben wir so exzeptionelle Preise, die gar keinen Anhaltspunkt für die Zukunft bieten. Würden wir die heutigen exorbitant hohen Preise zur Basis nehmen, dann würde der Tarif, sofern wir, was ja zu hoffen, zu vernünftigen Preisen zurückkehren, zu hohe Zölle fixieren; würde man jene Preise zum Ausgangspunkt nehmen, die vor dem Kriege waren, wie wenn doch die Preise nach dem Kriege keine entsprechende Depression zeigen, was ja auch möglich, da die merkwürdige Mechanik der Preise beim Sinken eine geringere Elastizität zeigt; dann aber würden wieder die Zölle zu hoch ausfallen.

Man könnte allerdings einige Fragen von geringerer Bedeutung, zum Beispiel zolltechnische Fragen usw., in Angriff nehmen. Damit wäre ja aber doch nicht viel gewonnen, da diese auch später rasch ihre Erledigung finden.

Aus alledem sind wir gezwungen, den Schluß zu ziehen, daß wir es für unmöglich halten, heute den Wiederaufbau der Zollpolitik in Angriff zu nehmen. Was speziell den Handels- und Zollvertrag zwischen Ungarn und Oesterreich betrifft, so verpflichtet der gegenwärtig in Kraft bestehende Vertrag die Regierungen, die Verhandlungen wegen Erneuerung des Vertrages nach Ablauf des Jahres 1915 in Angriff zu nehmen. Wir glauben nicht, daß unter den heutigen Verhältnissen damit viel getan ist; wir haben aber nichts Wesentliches dagegen einzuwenden, und dann schadet es ja nie, wenn Regierungen es für höchst notwendig erachten, Gesetze einzuhalten. Die Beratungen der Regierungen werden gleich am Anfang der Schwierigkeit begegnen, die in dem Umstand liegt, daß ja das Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn eng beeinflußt wird von den Eventualitäten unserer Handelsbeziehungen zu Deutschland. Das Dilemma, ob wir erst mit Deutschland oder erst unter uns ins reine kommen sollen, hat viel Kopfzerbrechen verursacht. Wir betrachten diesen Fall als einen der generatio aequivoca. Die Verhandlungen müssen eben parallel gepflogen werden. Anders können wir uns die Sache nicht vorstellen. Wir glauben nicht, daß hierfür die Voraussetzungen gegeben sind, und so wird eventuell die Arbeit der Bevollmächtigten zur Ausarbeitung des österreichisch-ungarischen Handelsbündnisses pour le roi de Prusse sein.

Aber selbst für den Fall, daß die beiderseitigen Regierungen in irgendeinem Elaborat kompromittieren würden, wäre damit nicht viel getan. Die betreffenden Gesetze würden heute gar keine Aussicht haben, von den Parlamenten in Verhandlung gezogen zu werden. Vom österreichischen Parlament brauchen wir nicht zu reden; aber auch das ungarische Parlament kann diese Arbeit nicht leisten. Es ist bloß künstlich zur Erledigung der während des Krieges und ausschließlich im Zusammenhang mit den Bedürfnissen des Krieges zu erledigenden Arbeiten prolongiert worden. Mit welchem Recht würde dieses auf dem Aussterbeetat befindliche und mit Aether künstlich am Leben erhaltene Parlament ein Gesetz erledigen, das eine neue Welt aus dem Chaos des Weltkrieges schaffen und ins Geleise bringen soll? Solange nur ein Funke von politischer Moral lebt, ist das natürlich als ausgeschlossen zu betrachten.

Auf die Detailfragen glaube ich diesmal nicht eingehen zu sollen. Einen Punkt ausgenommen. Verschiedene Organe der öffentlichen Meinung in Oesterreich und einzelne Politiker beschäftigen sich mit Vorliebe mit der Frage der Dauer des zu schließenden Handelsbündnisses. Man spricht von einer zwanzigjährigen, ja sogar von einer fünfundzwanzigjährigen Dauer. Das heißt, beiläufig für die erste Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts oder wenigstens für den Kern dieses Zeitabschnittes. Nun stehen wir aber, wie oben bemerkt, was die Handels- und Wirtschaftspolitik betrifft — denn um diese wird es sich handeln —, einer ganzen Reihe von x gegenüber. Ist es da statthaft, der Zukunft die freie Bahn zu verlegen, den Sprung ins Allerdunkelste zu wagen? Ich glaube auf diese Frage entschieden mit Nein antworten zu müssen, und zwar aus rein sachlichen Motiven, die politischen ganz außer Augen gelassen. Der Krieg hat die ganze europäische, ja außereuropäische Handels- und Wirtschaftspolitik umgestoßen, hat den Rahmen der Staatsansprüche und des Staatskredits kolossal erweitert, hat den Geldumlauf arg in Mitleidenschaft gezogen. Wir haben ein Leben des Staatssozialismus einerseits, der schonungslosesten Ausbeutung durch das Finanzkapital andererseits. Die Verhältnisse werden nur langsam sich klären, heute sind sie auch nicht in Umrissen erkennbar. Der provisorischen Natur der Zustände kann nur eine provisorische Ordnung oder die definitive Ordnung innerhalb der bisherigen Zeitdauer entsprechen. Es müssen sich erst dauernde Zustände entwickeln, bevor die großen volkswirtschaftlichen Fragen für Generationen entschieden werden können. Dazu bedarf es noch vieler Erfahrung, vieler Beobachtungen. Das ganze Wirtschaftsleben befindet sich in einem der gewaltigsten Umbildungsprozesse, die je die Menschheit erlebt hat. Wer würde sich unterfangen, die gärende Masse in fixe Formen zu bannen?

Neues Wiener Tagblatt
24./X. 1915

17

Der Volkswirt.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

17. Oktober. Schaffung einer Organisation durch die Postsparkasse zur Erleichterung der Zeichnungen der Haus- und Grundbesitzer auf die Kriegsanleihe. — Verbot der Rübenverwendung in der Spiritusindustrie.

18. Oktober. Verlängerung des französischen Moratoriums bis 31. Dezember. — Italienische einjährige sechsprozentige Dollarschatzscheine im Betrage von 25 Millionen Dollar in Amerika begeben.

19. Oktober. Die Absatzziffern der österreichischen Eisenwerke für den Monat September zeigen bei Stabeisen nahezu das Doppelte, bei Schienen nahezu das Dreifache des vorjährigen Septemberabsatzes. — Forderung der englischen Handelskammern, daß durch Beschränkung der Einfuhr und Hebung der Ausfuhr die Handelsbilanz und die Wechselkurse verbessert werden.

20. Oktober. Nach offiziellen Mitteilungen sind die Einnahmen der österreichischen Staatsbahnen in ununterbrochenem Steigen begriffen. Dies lasse einen Rückschluß auf eine günstige Lage des gesamten Wirtschaftslebens vollauf gerechtfertigt erscheinen. — Abänderung der ungarischen Höchstpreise für Wolle. — Schweizerisches Baumwoll- und Garnausfuhrverbot.

21. Oktober. Auf die dritte deutsche Kriegsanleihe bereits am ersten Einzahlungstermin 8269 Millionen, das ist 68 Prozent statt der erst fälligen 30 Prozent, eingezahlt. — Verordnung betreffend die Inanspruchnahme der Schafwollvorräte in Oesterreich für Kriegszwecke. — Generaldirektor Ballin spricht sich sehr zuversichtlich über die künftige Gestaltung der deutschen Handelsschiffahrt aus.

22. Oktober. Konferenzen der österreichischen und der ungarischen Minister über Approvisionierungsfragen. — Neue Kriegssteuern in Italien. — Höchstpreise für Butter in Deutschland.

23. Oktober. Große Zeichnungen in Deutschland auf die österreichische und ungarische Kriegsanleihe. Infolgedessen Besserung der österreichisch-ungarischen Valuta. — Sperre landwirtschaftlicher Maschinen in Ungarn. Maximalpreise für ungarischen Hanf. — Ausgabe besonderer italienischer Schatzbons zur Bezahlung der Lieferanten. — Nach dem Septemberausweis des amerikanischen Außenhandels wurde in diesem Monat um 146 Millionen Dollar mehr ausgeführt als eingeführt.

Neues Wiener Tagblatt
25./X. 1915

18

Die Armee im Dienste der Kultur.

Wien, 24. Oktober. Aus dem Kriegspressequartier wird geschrieben: Als unsre Truppen Südostgalizien und die Bukowina von der Fremdherrschaft befreit hatten, erwuchs ihnen neben der militärischen, eine nicht minder hohe kulturelle Aufgabe: Die wiedergewonnenen Kronländer und ihre heimkehrenden Bewohner vor den schädlichen wirtschaftlichen Folgen der feindlichen Invasion zu schützen.

Vor allem war die Bestellung der Felder nötig, später die Einbringung der Ernte.

Oft schon knapp hinter der Kampflinie, noch im Wirkungsbereiche des feindlichen Feuers, begann die Kulturarbeit der Truppen. Den Dnjester und den Pruth entlang arbeiteten Tausende von Soldaten in den eroberten Gebieten als Feldarbeiter, Tausende von Pferden und Fuhrwerken stellte die Armee zu Anbau- und Erntezwecken zur Verfügung.

Der Erfolg dieser Arbeit ist ein ersichtlicher. Der Großteil der Ernte ist unter Dach, und das Land aufs neue bestellt.

Auch die technischen Truppen hatten reichlich Gelegenheit, sich auf kulturellem Gebiete zu betätigen, indem sie die vom Feinde beschädigten oder zerstörten Straßen, Brücken und Eisenbahnen wiederherstellten oder neue bauten.

Heute ist die Bukowina mit der Hauptlinie Dornawatra-Felsöborgo den ungarischen Staatsbahnen angeschlossen, während die zweite Linie Jakobeny-Borsa den unmittelbaren Kontakt in die Marmaros herstellt. Vorerst hauptsächlich militärischen Zwecken dienend, werden diese Bahnlinien der Allgemeinheit in späteren Zeiten von bleibendem Nutzen sein.

Das Straßennetz erfuhr, durch die Operationen bedingt, eine wesentliche Erweiterung und Verbesserung; besonders im schwierigen Waldgebirge der Karpathen waren Tausende von Arbeitern am Werke, um bei Eis, Schnee und Frühjahrswässern neue Wege über das 1000 bis 1600 Meter hohe Gebirge zu bahnen.

An Stellen, wo früher nur schmale Pfade für Fußgänger führten, können nunmehr auch Fuhrwerke jederzeit das Gebirge überqueren.

Zahllose Brücken, die der Feind entweder verbrannt oder gesprengt hatte oder deren Tragfähigkeit gering war, wurden neu gebaut, verstärkt oder verbessert.

Die Trinkwasserfrage, welche speziell in dem ebeneren Teile Ostgaliziens eine stete Kalamität bildete und der Herd fast nie verlöschender Epidemien war, fand im Bereiche der Armee Pflanzer eine zielbewußte und energische Lösung.

Bereits bestehende Brunnen wurden gereinigt und hergerichtet, Rammbrunnen und Tiefbohranlagen erschlossen. Auch sonst war das Militär an der Verbesserung der hygienischen und sanitären Einrichtung fortgesetzt tätig.

Reinigungs- und Assanierungsmaßnahmen, namentlich in den von den russischen Truppen verwüsteten und niedergebrannten Orten wurden zahlreich durchgeführt.

In von Cholera bedrohten Gegenden wurde die Zivilbevölkerung durch Militärärzte geimpft.

Industrieanlagen aller Art, deren Betrieb von militärischer und volkswirtschaftlicher Bedeutung ist, wurden binnen kurzem instand gesetzt und arbeiten heute unter militärischer Leitung.

So wurden zahlreiche Mühlen retabliert und in eigenen Betrieb genommen, auch die vom Feinde zerstörten Anlagen zur Gewinnung des Erdöls wurden sofort nach Besetzung des betreffenden Territoriums mit militärischen Mitteln raschest wiederhergestellt und der geregelte Abschub des für die Kriegsführung und die Volkswirtschaft so wertvollen Materials bewirkt.

Die zivilisatorische Tätigkeit der Armee hat die Anerkennung der politischen Behörden und der ganzen Bevölkerung des Landes gefunden, die deutlich gewahr wurde, daß sie der Armee nicht nur den Schutz ihrer Grenzen, sondern auch werktätige Förderung ihres materiellen Wohles zu verdanken hat.

Hamburger Fremdenblatt
30./X. 1915

20

Krieg und Kriegsnot.

Die neuen Vorschriften über den Verbrauch von Lebensmitteln stellen hohe Ansprüche an den guten Willen der beteiligten Kreise. Sie werden nur dann volle Wirkung ausüben, wenn sie als lauter, unausweichlicher Appell an das Gewissen aller aufgefaßt werden und so ihre Auswirkungen weit hinaus über die unmittelbar und zunächst betroffenen Kreise erstrecken. Die Regierung konnte ihr auf Einschränkung des Fleischgenusses abzielendes Gebot nur auf die der öffentlichen Aufsicht zugänglichen Gast- und Speisewirtschaftsbetriebe erstrecken. Der Verbrauch des Hauses mußte ihrer unmittelbaren Einwirkung entzogen bleiben, wollte sie nicht in ganz unerträglicher Weise in das innere Leben der Familie eingreifen, noch dazu auf die Gefahr hin, Tag für Tag ihre Anordnung umgangen und damit dem Fluch der Lächerlichkeit preisgegeben zu sehen. Gleichwohl würde es eine völlige Verkennung der Lage sein, würde man die Maßregel mit der Einschränkung des Gasthausfleischverbrauchs erfüllt erachten wollen. Er bildet nur einen verschwindenden Minderteil des Gesamtverbrauchs, trifft auch nur die, die ihren Familienverhältnissen nach auf die Wirtshausernährung angewiesen sind. So angesehen, würde die Regelung deshalb eine nicht gerechte Einseitigkeit, dazu eine Unzulänglichkeit darstellen, da sie die Flüssigmachung der an sich durchaus zureichenden Fleischvorräte zu einer angemessenen Verteilung über unser ganzes Volk in allen seinen Teilen nicht gewährleisten würde. Sie wendet sich aber, worauf schon gestern unser Berliner Vertreter hinwies, in ihrer eigentlichen Abzweckung gerade an die nicht vom Gasthauskonsum lebenden privaten Haushaltungen, und unter ihnen wieder vornehmlich an die Kreise, die ihrer Vermögenslage nach den Fleischgenuß zum hauptsächlichsten Teil ihrer täglichen Ernährung machen konnten. Ihnen ruft sie, von Reichs wegen erlassen und von der großen Oeffentlichkeit des deutschen Volkes getragen, in nicht überhörbarer Weise zu, daß es heute jedermanns Pflicht ist, daß es vaterländische Forderung an jeden ist, im Fleischverbrauch zu überschlagen und einzuteilen, damit so alle an den Vorräten ihren Anteil bekommen. Als Appell an alle, nein gerade an die gutgestellten und besitzenden Kreise, will die Anordnung gewertet sein, daß sie freiwillig um der großen Sache des Vaterlandes und des Volkswohles in ihren Privathaushaltungen das tun, was für die öffentlichen Speiseanstalten zwangsweise gefordert wurde: Selbstbeschränkung üben, um der andern willen. An den Gemeinsinn, an das vaterländische Gefühl wendet sie sich, und die selbstgewählte Beschränkung des Fleisch-, Fett- und Butterverbrauchs der Privathaushaltungen wird der Beweis sein, wie stark die vaterländische Gesinnung in unsern Häusern ist.

Auf dem Kartoffelmarkt allerdings hat, wie vordem auf dem Getreidemarkt, der Weckruf an die Allgemeinheit versagt. Es wurde die Festsetzung von Höchstpreisen erforderlich, und wir werden ihr das Urteil nicht versagen, daß sie mit ihrer Teilung in Produzenten-, Großhandels- und Kleinhandelspreisen unter gleichzeitiger Normierung des zwischen ihnen gestatteten Spielraumes das Richtige getroffen hat. Werden die festgesetzten Preise auch in etwas höher sein, als die in Friedenszeiten üblichen, so werden wir berücksichtigen, daß die Kartoffel zurzeit infolge der allgemeinen Verteuerung des Lebensunterhalts und des Fortfalls der ausländischen Futtermittel schon als Futtermittel für den produzierenden Landmann erhöhten Wert hat. Die Landwirtschaft aber wird, einer gestern in der „Deutschen Tagesztg." erfolgten Veröffentlichung des Bundes der Landwirte zufolge, sich mit den festgesetzten Preisen einverstanden erklären und sie mit Rücksicht auf das Gesamtwohl hinnehmen. Zu wünschen ist nur, daß eine Wiederholung der im Vorjahre beklagten und jetzt auch von der offiziellen Vertretung des Bundes der Landwirte gerügten Verheimlichung von zur Beschlagnahme freien Vorräten durch einzelne Landwirte nicht wieder erfolgt. Es bleibt nicht aus, daß ein vereinzeltes vaterlandsloses Verhalten verallgemeinert und damit dem ganzen Landwirtsstande untilgbarer Makel angeheftet wird. Im eigenen Interesse werden deshalb die landwirtschaftlichen Vertretungen und Vereine und auch der Bund der Landwirte handeln, wenn sie in ihren Kreisen mit allem Nachdruck solch schnödes Verhalten brandmarken und ihm auf das nachdrücklichste entgegenwirken. Handelt es sich doch um die zukünftige, auch bei der Gesetzgebung sich auswirkende Beurteilung und Wertung der Landwirtschaft. Von solchem aufklärenden, mahnenden und tadelnden Raten der landwirtschaftlichen Kreise in ihrer eigenen Mitte aber glauben wir in der Vergangenheit nicht genug gehört zu haben.

Immerhin werden wir auch nach diesen so erfreulichen Verordnungen des Reichskanzlers sparen und mit einer gegen vordem verteuerten Lebenshaltung zu rechnen haben. Wir werden diese Kriegsnot aber hinnehmen als ein notwendiges, aber nicht uns vernichtendes, aufzehrendes Uebel. Sie durchzukämpfen, ist der Kriegsdienst, den wir Heimvolk für das Vaterland zu leisten haben, durch dessen siegreiches Ueberstehen wir uns des Heeres draußen würdig erweisen sollen, das unter so unsagbaren Mühen und Anstrengungen, unter solchem Verzicht auf Lebensgenuß und Lebensfreude, unter solchem Einsetzen an Gesundheit und Leben für uns und unsere Zukunft diesen Kampf ums Dasein des deutschen Volkes durchficht. Und — wir sagen es nicht, um zu beschwichtigen, sondern um neuen Mut und neue Frische zum Durchhalten zu geben — wir können diese Kriegsnot durchdauern, weil unser deutsches Volk in böserer, unvergleichlich schlimmerer Lage bereits seine Stärke zum Tragen bewiesen hat. Denken wir an die früheren furchtbaren Kriege, die auf Deutschlands Boden tobten, den Dreißigjährigen, Siebenjährigen, die Freiheitskriege. Damals landauf, landab das deutsche Land eine Stätte der Verwüstung, ausgeplündert durch die Züge einer wilden Soldateska, ausgesogen durch die auferlegten Kriegslasten, seiner Bevölkerung beraubt durch den Todeszug verheerendster Seuchen, die Vergangenheit vernichtet, die Zukunft zerstört. Und doch hielt das starke, tüchtige, schöne deutsche Volk stand. Ein neues Sich-Recken und -Strecken, und wieder stand es da zukunftssicher, gegenwartsfroh. Wollen wir, so stark umschirmt gegen den Feind draußen durch unser tapferes Heer, so sicher auf dem Boden eines geordneten, die gute, große Zukunft in sich bergenden Wirtschaftslebens stehend, unsere „Not" auch nur entfernt vergleichen mit der Not jener Tage, durch die der Weg zum Reichtum und Wohlstand von deutscher Stärke dennoch wiedergefunden wurde? — So gewiß wir einst abrechnen wollen mit denen, die in vaterlandsverräterischer Gesinnung uns jetzt ausbeuten wollten, so gewiß werden wir heute im Blick auf unser Wirtschaftsleben alle einig sein in dem Entschluß:

Wir wollen durchhalten!

Neues Wiener Tagblatt
31./X. 1915

Wirtschaftliche Wochenchronik.

24. Oktober. Auf die dritte deutsche Kriegsanleihe wurden bisher 8732 Millionen Mark eingezahlt. — Nach einer Meldung der „Times" ist das englische Schatzamt am Ende der Anleihegelder angelangt. — Der Aktivsaldo der amerikanischen Handelsbilanz pro 1915 von englischer Seite auf 400 Millionen Pfund Sterling geschätzt.

25. Oktober. Steigerung der österreichischen Schatzscheine an der Amsterdamer Börse um vier Prozent. — Aus Deutschland werden Vorarbeiten für die Kriegsgewinnsteuer gemeldet. Dieselbe ist als Kriegsvermögenszuwachssteuer gedacht. — Neuerlicher Rückgang des Sterlingkurses in New-York auf nahezu seinen tiefsten bisherigen Stand.

26. Oktober. Herstellung der direkten Verbindung Oesterreich-Ungarns und Deutschlands mit Bulgarien und der Türkei. Ununterbrochene Transportmöglichkeit trotz fortdauernden Krieges.

27. Oktober. Nach offiziellem Ausweis bedeutende Zunahme der österreichischen Kohlenproduktion im September. — Ausfuhrbegünstigung für Getreide in Rumänien.

28. Oktober. Erhöhung der Eisengußpreise. — Infolge der amerikanischen Munitionslieferungen für England und Frankreich zeigt der Quartalsausweis des Stahltrusts eine Steigerung der Einnahmen auf 38·7 Millionen Dollar (gegen 22 Millionen Dollar im Vorjahre). — Rückgang der französischen Rente unter 66.

29. Oktober: Ungarische Verordnung betreffend die Requirierung der Mehl- und Getreidevorräte. — Fortgesetzte Entwertung des Rubels.

30. Oktober: Mindestpreise für rumänisches Ausfuhrgetreide. — Aus New-York wird eine Rekordhöhe der amerikanischen Eisenbonjunktur gemeldet.

Die Zeit Abendbl.
2./XI. 1915

Die wirtschaftliche Lage Dänemarks.

Eine Rede des Ministerpräsidenten Zahle.

Aus Kopenhagen, 2. d., wird uns telegraphiert: Ministerpräsident Zahle sprach hier über Dänemark während des Krieges in einer im neuen Rathaus abgehaltenen Versammlung. Er sagte, daß der Krieg nicht weit von der dänischen Grenze geführt werde und daß es ein Glück sei, daß Dänemark nicht mitgerissen wurde. Trotzdem seien aber die Lebensbedingungen im Lande verändert und die Regierung müsse vorsichtig handeln, damit das Land neutral bleiben könne und auch nicht durch den Krieg ökonomisch geschädigt werde. Es gebe keine Parteipolitik mehr und Hurrarufe. Das dänische Volk und die dänische Regierung müßten eine absolut neutrale Politik beobachten.

Die Regierung habe die Aufgabe, den Handelskrieg, den Dänemark bis jetzt noch nicht gekannt habe, zu vermeiden. Die schwierigen Aufgaben der Finanzpolitik seien als gelöst anzusehen. Alles ging normal von statten. Das Budget hat sich nicht verändert, die Einnahmen und die Ausgaben seien ungefähr gleich, die neue Vermögenszuwachssteuer brachte 1,200.000 Kronen. Das Moratorium werde langsam abgebaut. Auch wurden besondere Vorkehrungen getroffen, um die Bevölkerung mit Lebensmitteln und die Industrie mit Rohstoffen zu versorgen. Es wurden Maximalpreise gegen die Preistreibereien festgesetzt.

Der Redner schloß mit der Bemerkung, die Regierung müsse das Volk vor dem Kriege schützen. Dieser Aufgabe sei sie auch gewachsen.

Die Zeit
3./XI. 1915

Die Teuerung in Frankreich.

Die selbstbewußten Handwerker.

Die Teuerung in Frankreich nimmt von Tag zu Tag immer größere Dimensionen an. Wir berichteten vor kurzem, mit welch ernsten Schwierigkeiten die französische Hausfrau im Haushalt zu kämpfen hat. Nur die Luxuswaren wiesen keinerlei Preissteigerungen auf. Dagegen sind die Preise der Lebensmittel auf den Märkten heute bereits zwei- bis dreimal so teuer als vor dem Kriege. Als krasses Beispiel führt ein französisches Blatt den Fall einer einfachen Hausfrau an, die vor dem Krieg ein Dutzend Eier für 1 Frank 50 Centimes (etwas weniger als 1 Krone 50 Heller) kaufte, ein Pfund Fleisch für 1 Frank 40 Centimes, einen Kohlkopf für 20 Centimes und einen halben Liter Bohnen für 60 Centimes erhielt. Dies machte eine Gesamtsumme von 3 Franken 70 Centimes (etwa 3 Kronen 50 Heller) aus. Heute zahlt sie für dieselben Lebensmittel (ein Dutzend Eier 2 Franken, ein Pfund Fleisch 2 Franken, ein Kohlkopf 65 Centimes, ein halber Liter Bohnen 1 Frank) einen Betrag von 5 Franken 65 Centimes (etwa 5 Kronen 30 Heller).

Stürmische Szenen auf den Märkten sind heute in Frankreich nichts Seltenes. Oft und oft protestieren die Frauen gegen die unerhörten Preissteigerungen. Camembert zum Beispiel ist von 70 Centimes auf 1 Frank 25 Centimes gestiegen. Allgemein ist die Klage über den Mangel an Kontrolle seitens der Behörden, die den Preistreibereien ruhig zusehen. Die armen Leute jammern, daß die Kapitalisten die Lage ausbeuten, die Kapitalisten wieder behaupten, die trägen Reservistenfrauen seien an der Teuerung schuld, weil sie sich weigern, ihre Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen und sich mit der vom Staat bewilligten Unterstützung von 1 Frank 25 Centimes dem faulen Leben hingeben. Zwischen diesen beiden steht der Mittelstand, der keine staatliche Unterstützung erhält und dessen Einkommen meist sehr reduziert ist. Diese Leute machen besonders böse Zeiten mit.

Eine weitere Kalamität für die französische Hausfrau ist die Schwierigkeit, Handwerker zu bekommen. Der Wasserhahn im Badezimmer ist gebrochen und sie schickt nach dem Monteur. Er kommt oder er kommt auch nicht. Erscheint er wirklich, so läßt er sich mindestens das Doppelte des üblichen Preises zahlen und zuckt nur die Achseln, wenn man einen schwachen Protest zu äußern wagt. Die Schornsteinfeger werden angefleht, die Oefen zu kehren, bevor der Winter sich mit seiner ganzen Rauheit einstellt, aber viele Hausfrauen, die des Schornsteinfegers schon anfangs September sicher zu sein glaubten, warten noch immer sehnsüchtig auf sein Kommen. Ist die elektrische Klingel verdorben, so wird sie auch weiter so bleiben müssen. Der Schlosser ist heutzutage weder für Geld noch für gute Worte zu haben. „Wie viele Schwierigkeiten könnten," so schreibt eine Pariser Zeitung, „beseitigt werden, wenn unter den nicht einberufenen Arbeitsleuten mehr guter Wille vorhanden wäre!"

Neue Leiden beginnen, wenn die Hausfrau Gegenstände einkaufen geht, die man in der Hauswirtschaft immer wieder erneuern muß: Besen, Bürsten, Fußbodentücher und alle die vielen Sachen, die man auch in Kriegszeit neu kaufen muß, wenn man sein Haus sauber halten will. Da war es die kleine Hausfrau seit je gewohnt, ihre Bedürfnisse lieber bei den bescheidenen Geschäftsleuten ihrer Nachbarschaft zu decken als bei den großen Firmen. Und die kleinen Händler wußten auch jede Kundschaft zu schätzen. Heute aber sind sie wie verwandelt. Sie treiben die Preise in die Höhe und zeigen nicht die mindeste Beflissenheit, ihre Stammkundschaft besonders rücksichtsvoll zu bedienen, denn sie wissen zu gut, daß alles, was nötig ist, doch gekauft werden muß, und haben alle Angst vor der Konkurrenz verloren, weil diese gleichfalls nicht billiger ist und Mangel gerade an den meistbegehrten Waren leidet. Ob es sich um Seife oder Benzin, um Briefpapier oder Teller handelt — überall die gleiche Erfahrung: der zwei- bis dreifache Preis gegen normale Zeiten.

Neues Wiener Tagblatt
7./XI. 1915

24

Der Volkswirt.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

31. Oktober. Auf die dritte deutsche Kriegsanleihe bisher 9908 Millionen Mark eingezahlt. Die Kriegsdarlehenskasse nur mit 590 Millionen in Anspruch genommen. — Verordnung betreffend die Einschränkung der Branntweinerzeugung in Oesterreich.

1. November. Als Vorbereitung für den weiteren Abbau der Berliner Börsenengagements vom vorigen Jahre wird eine Probeliquidation angeordnet. — Eine innere russische Anleihe von einer Milliarde Rubel angekündigt.

2. November. Der englische Premierminister Asquith bezeichnet in einer Parlamentsrede die Finanzlage Englands trotz des Reichtums seiner Hilfsquellen als ernst.

3. November. Die Wiedereröffnung der Donauschiffahrt auf den seit Ausbruch des Krieges versperrten Strecken teilweise bereits angebahnt. — Der Bayerische Industriellenverband nimmt Stellung für einen engeren handelspolitischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn. — Die Schließung der italienischen Börsen für weitere drei Monate angeordnet.

4. November. Die türkische Regierung erhält von Deutschland einen Vorschuß von 6 Millionen türkischen Pfund. — Frankreich nimmt in Amerika ein Darlehen von 15 Millionen Dollar zu 7 Prozent auf und Rußland 5 Millionen Dollar zu einem noch höheren Zinsfuß.

5. November. Höchstpreise für Milch und Schweinefleisch in Deutschland.

6. November. Schluß der Subskription auf die dritte österreichische Kriegsanleihe.

Die Zeit
14./XI. 1915

Deutschlands Wirtschaftsleben im Kriege

Von Oberverwaltungsgerichtsrat Schiffer,
Mitglied des deutschen Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses.

Mit „Business as usual" ist es nichts. Davon haben sich jetzt wohl auch die Engländer selbst überzeugt, obwohl ihnen diese Einsicht recht spät gekommen ist und sehr sauer geworden sein mag. Denn gerade die Zuversicht, daß der Krieg das Geschäft nicht stören, vielleicht sogar noch beleben würde, hat ihnen den idealen Entschluß, um Belgien und des Rechtes, und beileibe nicht etwa um des eigenen Nutzens willen sich am Kriegsspiel zu beteiligen, gewiß nicht unwesentlich erleichtert und ihrem leitenden Staatsmann das beinahe gotteslästerliche Wort in den Mund gelegt, daß England kaum mehr leiden werde, wenn es in den Krieg einträte, als wenn es ihm fern bleibe. Ihre Zuversicht hat sie betrogen. Zwar werden während des Krieges und durch den Krieg auch Geschäfte, sogar zahlreiche und gute Geschäfte gemacht, aber nicht von den Engländern, sondern von anderen Völkern, in erster Reihe von den Amerikanern. Stetig steigt der Goldstrom, der von England nach Amerika geht; ebenso stetig sinkt der Sterlingkurs, und der Zinsfuß der äußeren und inneren Anleihen Englands hat eine Höhe erreicht, die in der Gleichung seiner Volks- und Finanzwirtschaft bisher eine unbekannte Größe war.

Aber man weiß sich zu trösten, oder tut doch wenigstens so. Die Summe der Aufwendungen ist groß, indes noch größer das Ziel, das mit ihnen erreicht werden soll: die wirtschaftliche Niederzwingung Deutschlands. Sie entscheidet den Krieg, den Deutschland nicht weiter führen kann, wenn ihm Geld, Munition und Lebensmittel ausgehen, und sie gewährleistet den Siegespreis, der in der Ausschaltung Deutschlands als Wettbewerbers im Welthandel besteht. Dann steigt der Tag empor, an dem jeder Engländer um so viel reicher ist, als Deutschland ärmer geworden, an dem Albion auf einem Berg von Leichen als Siegeszeichen die silberne Kugel niederlegen kann, mit der es den Sieg errungen. Schien es nicht ganz sicher, daß dieser Tag kommen müsse, und zwar sehr rasch? Ein Land, das mit allen Fasern und Fäden seines Seins mit der Weltwirtschaft verknüpft ist — mußte es nicht erliegen, wenn alle diese Fasern und Fäden plötzlich durchschnitten werden? Ein wirtschaftlicher Organismus, dessen Blutumlauf und Stoffwechsel im Geben und Nehmen auf andere Organismen angewiesen ist — muß er nicht zugrunde gehen, wenn Blut- und Stoffzufuhr plötzlich stocken?

„Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!" Der Vers mochte den Engländern verheißungsvoll ins Ohr klingen, als die politische Einkreisung Deutschlands, die schon längst vollendet war, sich in die militärische und wirtschaftliche umsetzte. Und in der Tat — die Räder standen still. Aber nur für einen Augenblick: nur so lange, als erforderlich war, um die Transmissionen ab- und umzustellen, die Treibriemen umzulegen, die Hebel und Wellen neu zu regulieren. Dann dröhnte die Erde, rauchten die Essen, pochten die Hämmer, kreischten die Sägen wie zuvor. Wir wissen aus der Naturgeschichte, wie wundersam sich manche Organismen den veränderten Daseinsverhältnissen anpassen, ihre Organe umbilden und auf sie einstellen können. Die Wirtschaftsgeschichte wird einst das gleiche Wunder von dem Organismus der deutschen Industrie berichten. In dem Augenblick, in dem es klar war, daß sie imstande sei, den Bedarf an Munition und anderen Kriegsmitteln durch Aenderung ihrer Produktionstätigkeit zu befriedigen, war es aber auch klar, daß die Absperrung nunmehr für uns in vielen und wichtigen Beziehungen nicht sowohl schädlich als nützlich und förderlich war. Nun waren wir mit unserem Kriegsbedarf nicht von dem Wollen und Können des Auslandes abhängig, sondern der eigenen Kraft gewiß, und nur der eigenen Erwägung unterworfen; nun gab es keine Arbeitslosen, die auf Gassen und Straßen herumlungerten, sondern nur fleißige Arbeiter, die die Fabriken füllten, nun erhielten sie nicht ein Almosen als Armenunterstützung, sondern ihren redlich verdienten Arbeitslohn ausgezahlt. Nun wanderte auch kein Gold über die Grenzen, sondern blieb bei uns, häufte sich in der Reichsbank, eine Sicherheit für die Gegenwart und eine unschätzbare Reserve für die Zukunft, mit der wir dereinst unseren friedlichen, mit Schulden nicht belasteten Wirtschaftsverkehr wieder metallisch fundieren und dadurch sehr schnell das Disagio unserer Währung ausmerzen werden. Nur manche Kreise des städtischen Mittelstandes haben den Anschluß an diese großartige Entwicklung nicht erreicht und befinden sich vielfach in schwerer Lage: sie sind der staatlichen Fürsorge während der Dauer und nach Beendigung des Krieges besonders bedürftig und können auf sie rechnen.

Ganz anders, aber wahrlich nicht einfacher gelagert ist die Ernährungsfrage. In ihr kommt allerdings eine Umformung und Umordnung der Produktion nicht oder doch weitaus nicht in erster Reihe in Betracht. Vielmehr kann es sich für sie in der Hauptsache höchstens um die Vermehrung und Ausdehnung der Erzeugung und die Steigerung ihrer Ergiebigkeit handeln. Dagegen ist von der Konzentration, die bei der Herstellung und dem Absatz des industriellen Kriegsbedarfes in weitestem Umfange gegeben ist, bei ihr kaum die Rede; die Produktion und ganz besonders der Konsum befinden sich vielmehr in durchaus diffusem Zustande. In ihn von Staats wegen einzugreifen, trug man lange, vielleicht zu lange Zeit hindurch Bedenken; selbst dann noch, als man nicht mehr daran zweifeln konnte, daß eigene Ueberlegung, Be-

Die Zeit
14./XI. 1915

Deutschlands Wirtschaftsleben im Kriege.

Lehrung, Ermahnung und Warnung nicht ausreichten, die Bevölkerung von sich aus in ihrer Lebensführung und Lebenshaltung zu einer verständigen Berücksichtigung der Sachlage zu veranlassen. Aber man fürchtete eine Beunruhigung der öffentlichen Meinung und Stimmung; man scheute gewagte Schritt auf einem ebenso empfindlichen wie beinahe noch unerforschten Gebiete; man entbehrte aber auch wirklich nicht bloß nennenswerter praktischer Erfahrungen, sondern auch und vornehmlich der unumgänglich notwendigen sachlichen Voraussetzungen, ohne deren Erfüllung solche Schritte sehr leicht zu gefährlichen Experimenten werden können. Den Mittelpunkt dieser Voraussetzungen bildet die zuverlässige Kenntnis von den vorhandenen Beständen. Ohne sie ist ein Vorgehen auf diesem Teile unseres Wirtschaftslebens nicht viel mehr als ein Sprung ins Dunkle. Sie ist die Grundlage für das Strecken der Vorräte, also die gesteigerte Nutzbarkeit von verbrauchbaren Sachgütern durch Hinzufügung von Surrogaten; in noch höherem Grade für die Einführung von Höchstpreisen. Zunächst muß man wissen, ob die Gegenstände, denen sie auferlegt werden sollen, in genügender Menge da sind, neu hergestellt und verkauft werden. Sonst führen sie leicht dazu, daß diese Gegenstände vom Markte verschwinden, ausbleiben, abwandern, anderweit verwendet oder überhaupt nicht mehr erzeugt werden. Daß Höchstpreise für sich allein alles andere eher als ein Allheilmittel für wirtschaftliche Nöte sind, hat man allmählich gemerkt. So wirksam sie in Verbindung mit weiteren Maßnahmen sein können, so sehr bedürfen sie auch deren zu ihrer Ergänzung. Bei ihrer Festsetzung wird man die sachlichen und örtlichen Nachbargebiete nie aus dem Auge verlieren dürfen, wenn man nicht die Preise zwar auf der einen Seite niedrig halten, auf der anderen, an anderen Orten und in anderen Waren aber emporschnellen lassen will. Oft sind die Widerstände gegen sie nur zu brechen, die Versuche, sie zu umgehen, nur zu vereiteln, wenn Durchsuchungen, Beschlagnahme, Enteignung, Verkaufs- und Produktionszwang, Kontingentierung zu ihnen hinzutreten. Dieses komplizierte Gebäude von Erwägungen und Maßregeln muß eine einigermaßen sichere Unterlage haben, wie sie nur durch Bestandsaufnahmen beschafft werden kann. Solche haben denn bei uns auch in größerer Anzahl stattgefunden; sie erstrecken sich auf Nahrungs- und Futtermittel aller Art, auf Schweine und andere rohe Naturerzeugnisse, auf Heiz- und Leuchtstoffe. Aber sie kosten Zeit und liefern keineswegs immer sichere Ergebnisse, wofür die Kartoffel ein Musterbeispiel darbietet. Jedoch auch da, wo die Ergebnisse an sich brauchbar waren, wurde ihre Verwertung nicht ganz selten durch mehr oder minder plötzlich eintretende, außerhalb ihrer liegende Umstände gehindert oder erschwert. Eine jähe Steigerung des Heeresbedarfes, das Nebeneinander des Einkaufes von militärischen oder bürgerlichen Stellen verschiedenster Ordnung, ohne Zusammenhang und ohne vorherige Verständigung, das Einsetzen oder Ausbleiben von Einfuhren aus neutralen Ländern oder eroberten Plätzen und Gebieten — dieses und manches andere macht nur zu oft die schönsten Berechnungen zuschanden. Die Arbeit selbst, die geleistet wird, ist ungeheuer und verdient volle Anerkennung. Mehr noch als die vom Staate improvisierten Organisationen aber haben die Gemeinden, auf die wie gewöhnlich ein großer Teil der Last abgeschoben wurde, einen uneingeschränkten Anspruch auf die Dankbarkeit des Staates, von der nur zu wünschen ist, daß sie sich nicht in Worten erschöpfen, sondern dazu führen möge, das in dieser schweren Zeit in die Kommunalverwaltungen gesetzte und von ihnen glänzend bewährte Vertrauen auch im Frieden durch eine entsprechende Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Gemeinde zu betätigen. Weitaus am glattesten und glücklichsten und erfolgreichsten vollzog sich die radikalste Maßregel, die überhaupt getroffen wurde: die Ein- und Durchführung des Kartensystems für Brot und Mehl. Wenn alle Stränge reißen, wird man dieses System sicherlich auch für andere Dinge, etwa für Fett und Fleisch, Milch, Butter und Petroleum in Anwendung bringen, und man kann sich höchstens fragen, warum erst alle Stränge reißen müssen, ehe man es tut. Noch nicht gelungen ist eine nachhaltige und umfassende Bekämpfung und Unterdrückung des Wuchers in seinen verschiedenartigen Formen; eine Aufgabe, die keineswegs lediglich wirtschaftlicher Natur ist, sondern auch um des Rechtes und des Rechtsgefühls des Volkes willen gelöst werden muß. Sie ist deshalb auch nicht eine bloße Kriegsaufgabe, sondern muß schlimmsten Falles auch noch nach Beendigung des Krieges in Angriff genommen und durch Maßregeln mit rückwirkender Kraft, die über eine Kriegsgewinnsteuer hinausgehen, einer durchgreifenden Lösung entgegengeführt werden. Außerhalb der Schar der Verbrecher, die sich in dieser Weise an Volk und Vaterland versündigen, ist allseitig guter Wille wenigstens insoweit vorhanden, als man die Anordnungen der Obrigkeit, ohne die es allerdings nicht abgeht, im allgemeinen willig auf sich nimmt und befolgt. Um so peinlicher freilich empfindet man verfehlte Maßnahmen. Wie unangebracht war die Massenabschlachtung der Schweine im Frühjahr 1915, und ähnliches, wenn auch nicht ganz so Uebles, geschah doch auch sonst. Verzögerungen zeitigten Verärgerung, Mißgriffe erzeugten Mißstimmung. Auch sind wir sicherlich noch nicht am Ende unserer wirtschaftlichen Irrungen und Wirrungen. Aber man kann ruhig darüber reden. Sieghaft über allen Fehlern, die gemacht worden sind, gemacht werden und auch in Zukunft werden gemacht werden, steht das Bewußtsein, das schon nicht mehr auf bloßer Ueberzeugung, sondern auf objektiven Tatsachen beruht, daß wir als ganzes Volk mit allem Notwendigen völlig ausreichend versehen und versorgt sind. Nicht mehr um die Beschaffung, sondern nur noch um die Verteilung handelt es sich. Wenn sie als unzulänglich angegriffen wird und ihre Mängel hie und da, von Zeit zu Zeit eine tiefergehende Erregung hervorrufen, so geht doch diese Erregung niemals so weit, um irgendeinen Teil unseres Volkes daran zweifeln zu lassen, daß wir wirtschaftlich durchhalten, auch wirtschaftlich der Zukunft mit vollster Ruhe und Zuversicht entgegensehen können. Englands Plan ist auch in diesem Punkte endgültig gescheitert. Unsere Feinde werden uns weder durch den Tod noch durch die Not bezwingen.

Die Not! Sie lehrt beten; aber auch arbeiten: Ora et labora. Und Not macht erfinderisch. Was hat die deutsche Wissenschaft in diesen Monaten allein auf dem Gebiete der organischen und anorganischen Chemie als Erfinderin geleistet! Schon wieder stehen wir unmittelbar vor neuen Offenbarungen. In immer größerem Umfang wird der Ersatz für fehlende oder knappe Rohstoffe geliefert. Das ist unendlich bedeutungsvoll für den Krieg, aber nicht bloß für ihn. Auch in den Tempel des Friedens und der Friedenswirtschaft werden wir ganz anders eintreten, als wir ihn verlassen hatten. In wesentlichen Beziehungen vom Ausland unabhängiger und auf uns selbst gestützt, können wir auch friedliche Wirtschaftskämpfe mit dem Gefühl gesteigerter Sicherheit aufnehmen. Auch das ist ein Erfolg, den wir der englischen Einkreisungspolitik danken. Mit dem Schwert des Geistes zerhauen wir die Ketten, mit denen brutale Gewalt uns einzuschnüren sucht; und dieses Schwert werden wir kühn und siegreich noch schwingen, wenn das Schlachtschwert längst wieder in der Scheide ruhen wird.

Neues Wiener Tagblatt
14./XI. 1915

Wirtschaftliche Wochenchronik.

7. November. Nach den bis zu diesem Tage eingelangten Berichten der Zeichenstellen haben die Anmeldungen auf die dritte österreichische Kriegsanleihe den Betrag von 3300 Millionen Kronen überschritten. — Die amerikanische Baumwollernte wird auf 10·5 Millionen Ballen gegen 15·9 Millionen des Vorjahres geschätzt.

8. November. Vorratsaufnahme der Metalle in Rumänien. Eventuelle Requisition derselben.

9. November. Erhöhung der Branntweinsteuer zugunsten der Kronländer. Errichtung einer Spirituszentrale in Wien. Höchstpreise für denaturierten Spiritus. — Der Jahresabschluß der Kruppwerke in Essen ergibt einen Reingewinn von 86·4 Millionen Mark (gegen 33·9 Millionen im Vorjahre). Hievon werden 23·7 Millionen zur Errichtung einer Nationalstiftung für Familien gefallener oder schwerverwundeter Krieger verwendet.

10. November. Bisheriges Ergebnis der dritten österreichischen Kriegsanleihe 4015 Millionen Kronen. — Der englische Außenhandel in den ersten zehn Monaten dieses Jahres schließt ab mit einem Handelspassivum von 314 Millionen Pfund Sterling. — Die englische Regierung verlangt im Unterhause einen neuen Kriegskredit von 400 Millionen Pfund.

11. November. Der französische Finanzminister Ribot bringt in der Deputiertenkammer eine Vorlage ein betreffend die Emission einer 5prozentigen, bis Ende 1930 unkonvertierbaren Rente in unbeschränktem Umfange. — Das englische Parlament votiert die neue Kriegsanleihe von 400 Millionen Pfund.

12. November. Anzeigepflicht und Anbotzwang für bestimmte Baumwollmaterialien. — Votierung der französischen Rentenanleihe in der Deputiertenkammer.

13. November. Regelung des Abtransports rumänischen Getreides nach Oesterreich-Ungarn und Deutschland. — Neuer türkischer Zolltarifentwurf an Stelle des bisherigen 15prozentigen Wertzolles.

Neue Freie Presse
17/XI 1915

Die Eröffnung des Donauweges.

Wien, 16. November.

Mit der Besetzung Belgrads und Semendrias, dem Uebergang der Armee Gallwitz über die Donau, dem Vordringen der Bulgaren und der Vereinigung der deutschen und bulgarischen Heere an der serbischen Nordfront ist das gesamte Donauufer in seiner ganzen Ausdehnung vom Feinde gesäubert. In der allerkürzesten Frist darf auf die Wiederherstellung der Schiffahrtsverbindung von Regensburg bis nach den bulgarischen Donauhäfen gerechnet werden, von wo die Bahnlinie weiter nach Konstantinopel führt. Rumänien hat mit dem Eintritt Bulgariens in den Krieg seine Donauhäfen zwar gesperrt, allein das Land wird sich der namhaften wirtschaftlichen Vorteile, welche ihm die Wiedereröffnung der Donaustraße bietet, nicht freiwillig begeben wollen. Rumänien verfügt bekanntlich über außerordentlich große Exportüberschüsse aus seiner letzten Getreideernte, die noch durch namhafte Vorräte, namentlich an Futtermitteln, aus seiner vorjährigen Ernte vergrößert werden. Die Getreideausfuhr aus Rumänien, die sich in normalen Jahren zum weitaus größten Teile donauabwärts auf dem Seeweg vollzieht, müßte mit der Sperre der Dardanellen und der Donau ins Stocken geraten, da der Fahrpark der rumänischen Eisenbahnen den Anforderungen des Getreideexports nicht gewachsen ist. Verläßlichen Schätzungen zufolge harren in Rumänien rund 300.000 Waggons Getreide der heurigen Ernte und zirka 150.000 Waggons Vorräte der vorjährigen des Abtransportes. Die Frachtraten und die Speichermieten in Rumänien sind ganz erheblich gestiegen, und man darf annehmen, daß die Aussicht auf eine raschere Abstoßung des Exportgetreides, um das sich die Wohlfahrt des Landes dreht, in Rumänien als Erleichterung empfunden wird.

Aehnlich liegen die Verhältnisse in Bulgarien, wo die Handelskreise seit Beginn der Erntearbeiten bereits mit allem Nachdruck die schleunigste Eröffnung der Donaustraße gefordert haben. Auch für Bulgarien ist die Verwertung seiner landwirtschaftlichen Produktion im Ausfuhrhandel eine wirtschaftliche Lebensfrage. Geht auch hier ein überwiegender Teil von Aus- und Einfuhr normaler Weise über die Seehäfen, vor allem über Varna und Burgas, so hat die Donau doch eine eminente Bedeutung im bulgarischen Außenhandel, der sich zu ungefähr 25 bis 30 Prozent auf dem Donauwege abzuspielen pflegt. Demzufolge war Bulgarien in den letzten Jahren auch darauf bedacht, die Eisenbahnverbindungen des Landes mit seinen Donauhäfen zu vermehren. Die bulgarischen Donauhäfen Rustschuk, Sistow und Somovit sind durch Schienenwege mit dem bulgarischen Bahnnetz verbunden und durch die in Bau begriffene Linie Mezdra-Widdin werden auch die beiden Donauhäfen Widdin und Lom durch die Eisenbahn mit dem Landesinnern in Verbindung gebracht. Späterhin sollen auch die drei kleineren bulgarischen Donauhäfen Nikopol, Rahova und Silistria Eisenbahnanschlüsse erhalten. Die heurige bulgarische Ernte ist sehr gut ausgefallen und Bulgarien ist in der Lage, beträchtliche Mengen von Brotgetreide, Hülsenfrüchten und Futtermitteln an das Ausland abzugeben, von welch letzteren der weiße Mais besondere Erwähnung verdient, der wegen seiner Qualität stets besser als der gewöhnliche gelbe Mais bezahlt wird. Von großer Bedeutung ist auch der Export Bulgariens an Geflügel und Geflügeleiern sowie an Fellen und Häuten, Artikel, die regelmäßig in Oesterreich-Ungarn und Deutschland ihre wichtigsten Abnehmer zu finden pflegen. Der weniger bedeutende Vieherport Bulgariens, bei dem Schafe die Hauptrolle spielen, richtet sich hingegen zumeist nach der Türkei.

Von nicht geringerer Bedeutung wie für den Export der unteren Donauländer wird die Wiedereröffnung der Donauschiffahrt für ihren Import sein. Die Sachlage wird allerdings kaum die Aufnahme der normalen Ausfuhr nach Bulgarien und Rumänien gestatten, der Export wird sich in bescheideneren Grenzen halten müssen, weil in wichtigen Zweigen, wie in der Textilindustrie, Rohstoffmangel und Eigenbedarf dem Exporte Schranken auferlegen. Aber die Eisenindustrie und verschiedene Industriezweige, die nicht für Heereslieferungen in Anspruch genommen sind, wie die keramische und Glasindustrie zum Beispiel, werden von der Möglichkeit, die gelichteten Lager der Balkankundschaft wieder zu füllen, ungesäumt Nutzen ziehen können.

Schafft uns und unseren Bundesgenossen an der unteren Donau die Freimachung des Stromes in wirtschaftlicher Hinsicht Luft und Bewegungsfreiheit, so ist wohl in absehbarer Zeit eine Vergrößerung dieses Spielraumes auch über die Donaumündungen hinaus zu gewärtigen. Haben wir die Donau und auch den Eisenbahnweg über serbisches Gebiet nach Bulgarien, so dürften sich später Mittel ergeben, um auch die Schiffahrt auf der untersten Donau und von dort nach Konstantinopel vor allfälligen Gefahren zu sichern. Damit wäre die breiteste Verbindung mit dem Osten hergestellt, welche große Aussichten in wirtschaftlicher wie auch in anderen Beziehungen eröffnet. Die Befreiung der Donau ist auf alle Fälle eines der wichtigsten Kriegsereignisse, das ohne Zweifel bestimmt ist, bedeutsame Folgen nach sich zu ziehen und das Kriegsende näherzurücken. In London, Paris und Petersburg hat die siegreiche Offensive, die im Norden Serbiens einsetzte, nur deshalb solche Bestürzung erregt, weil man ihre Tragweite in politischer und strategischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht richtig einzuschätzen weiß. Mit der Freiheit der Donau stürzt ein wichtiger Tragpfeiler der englischen Kriegführung, die sich plötzlich in Gegenden gefährdet sieht, die sie vor aller Bedrohung sicher wähnte.

Fremdenblatt
18/XI. 1915

Wirtschaft und Verwaltung nach dem Kriege.

In der Gesellschaft österreichischer Volkswirte hielt gestern abends Universitätsprofessor Dr. J. Jastrow (Berlin) einen Vortrag über „Wirtschaft und Verwaltung nach dem Kriege."

Der Vortragende führte die Veränderung des deutschen Wirtschaftslebens durch den Krieg auf folgende Hauptsachen zurück: Aufhören der Ausfuhr, Erschwerung der Einfuhr, Entblößung des Arbeitsmarktes in einem vorher nie gekannten Umfange. Die Rückbildung dieser drei Momente werde die wirtschaftliche Lage beim Friedensschluß bestimmen. Die Freigabe der Ausfuhr werde verschieden wirken, je nachdem in einer Industrie Vorräte liegen geblieben sind oder aber ob ein Hunger nach Einfuhr von Rohstoffen bestehen werde. Dieses Verlangen werde zu dem direkten Einfuhrbedürfnis der Konsumenten hinzutreten. Wie würde sich die Lage stellen, wenn man der Entwicklung freien Lauf ließe? Ein ungeheurer Andrang auf Eisenbahn- und Schiffsraum, steigende Frachten, Verlegenheiten der nicht befriedigten Industrien; in volkswirtschaftlicher Beziehung passive Handelsbilanz, und zwar zu steigenden Preisen. Die Wirkung würde nicht etwa abgeschwächt durch billige Löhne, sondern im Gegenteil noch verschärft durch die mangelnde Konsumkraft der Arbeiter, die den inneren Markt und damit die Grundlage der Exportindustrie schwäche, durch diese den Arbeitsmarkt weiter desorganisiere und dieselben Wirkungen in beständig wiederholtem Zirkel erneuere. Trotzdem würden alle diese Uebelstände im Laufe der Zeit sich von selbst ins Gleichgewicht bringen. Aber die Länge dieses Zeitraumes, die Schwere der Reibungen und Stauungen sei kaum zu berechnen. Um dem entgegenzutreten, sei gegenwärtig das wichtigste, sich über die Reihenfolge der Maßregeln möglichst frühzeitig klar zu werden. Vor allem andern müsse dafür gesorgt werden, daß nicht der gesamte Produktionsprozeß durch Stauungen im Transportwesen in Unordnung gerate und es werde zur Gewinnung eines Ueberblicks die Schaffung einer Zentralstelle notwendig sein. Die Rohstoffgesellschaften dürften nicht plötzlich aufhören, sondern müßten weiter über der Verteilung der Rohstoffe — aus fortdauernden militärischen und auch sozialpolitischen Rücksichten — ihre Hand halten. Privatwirtschaftlich werde die Rückbildung der vielgerühmten Anpassung den Einzelnen vor überaus schwierige Aufgaben stellen und hier werde zum mindesten Rat und Auskunfterteilung geboten werden müssen. Die Ueberführung jener Millionen von Soldaten auf den landwirtschaftlichen und industriellen Arbeitsmarkt schaffe diesem eine Aufgabe von nie dagewesener Größe.

Allen Wirtschaftszweigen gemeinsam sei die Neuregelung der Geld- und Kreditverfassung. Hier sei daran festzuhalten, daß das Ziel das deutsche System der Banknoteneinlösung gegen Gold sei, wiewohl unter bedeutender Förderung des Scheck- und Ueberweisungsverkehrs, für eine ausgiebig bemessene Uebergangszeit sei jedoch das österreichische System der Devisenpolitik zu empfehlen.

Der Vortragende betonte sodann, daß unsere Verwaltung sich der ihr plötzlich erwachsenen Aufgaben in höchst bewundernswerter Weise gewachsen gezeigt habe. Das allgemeine Geschrei nach „Organisation" übersehe, daß es schließlich einen Punkt gebe, wo auch Individuen und Individualität zu ihrem Rechte kommen müssen. Ein Volk, das vor lauter Organisationsplänen verabsäume, kräftige Individuen auszubilden, könne schließlich auch keine wirkungsvolle Organisation haben, weil nichts wirkungsvolles mehr da sei, um die Pläne und Rahmen auszufüllen. Gewiß werde man die Verwaltungsmaßnahmen während der Kriegszeit durcharbeiten und sehr vieles finden, was für die Zukunft zu beherzigen sei. Ferner werde man solche Organisationen, die ohnedies schon vorhanden sind, in viel weiterem Umfange tatsächlich anerkennen; daß Gesetzgebung und Verwaltung sich gegenüber so gewaltigen Organisationen, wie den Syndikaten der Unternehmer und den Gewerkschaften der Arbeiter blind stellen, werde in Zukunft aufhören. In allem übrigen aber lasse sich durch gute Ausbildung der Theorie, durch Pflege der Verwaltungswissenschaft im Sinne Lorenz v. Steins und durch eine viel reichlicher als bisher betriebene Statistik der tatsächlichen Zustände so viel an Vorarbeit leisten, daß die zukünftigen Verwaltungsmänner bei Wiederholung derselben Probleme schon dadurch von selbst besser gerüstet als diesmal dastehen würden.

Die größten Aufgaben, die die Verwaltung in Zukunft zu lösen haben werde, liegen auf dem Gebiete der Bevölkerungs- und Handelspolitik.

Wenn wir aus diesem Kriege siegreich hervorgehen, so sei dies schließlich das Verdienst unserer Frauen, die Kinder zur Welt gebracht haben, was die Französinnen sich bereits abgewöhnt hätten. Für die Zukunft liege eine große Gefahr darin, daß bisher die Frauenbewegung genötigt gewesen sei, die wirtschaftliche Unabhängigkeit der unverheiratet bleibenden Mädchen ganz besonders zu betonen und daß diese daher unter den Führerinnen der Frauenbewegung die Hauptrolle spielen. Noch schlimmer seien die Ehen, die unter Lebensbedingungen eingegangen würden, bei denen die Frau die Geburt eines Kindes gar nicht wünschen könne.

Auf das Gebiet der Handelspolitik übergehend, streifte Redner die gegenwärtig für das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn schwebenden Fragen der Zollunion, Zollbevorzugung 2c. und erklärte, daß wichtiger als alles die sofortige Einsetzung eines gemeinschaftlichen Organs mit sachverständigen Beiräten sei.

Der Vortrag wurde von dem zahlreichen Auditorium mit lebhaftem Beifall ausgezeichnet.

Pester Lloyd

18/XI. 1915

Graf Khuen-Héderváry über die wirtschaftliche Zukunft Ungarns.

Budapest, 17. November.

Geheimer Rat Graf Karl Khuen-Héderváry hat sich über die wirtschaftliche Zukunft Ungarns gegenüber dem Mitarbeiter des „Világviac" wie folgt geäußert:

Auf die Frage, ob Ungarn eine Kolonie braucht, oder ob sich seine volkswirtschaftliche Entwicklung nach den Balkanländern oder nach dem Orient ausdehnen soll, kann ich nur mit der durch die volkswirtschaftliche Wissenschaft fundierten These antworten, daß die Koloniegründung durch die Uebervölkerung und die Ueberproduktion des Mutterlandes verursacht wird und durch sie motiviert erscheint. In Ungarn waren diese Vorbedingungen auch vor dem Kriege nicht vorhanden und nach dem Kriege werden wir voraussichtlich so viele Investitionen bewerkstelligen müssen und infolge des Blutverlustes wird sich so reichliche Arbeitsgelegenheit für die Uebriggebliebenen bieten, daß wir kein Menschenmaterial für die Kolonisierung besitzen werden. Dem gegenüber gewährt die durch den Krieg geschaffene neue Lage der ungarischen wirtschaftlichen Exploitation einen so weiten Spielraum, daß unsere wirtschaftlichen Kräfte in vollem Maße beschäftigt werden können. Ungarn prädestiniert seine geographische Lage, kulturell und wirtschaftlich die Vermittlerrolle zwischen dem Westen und dem Osten zu spielen. Es ist eine interessante Erscheinung des Weltkrieges, daß der kulturelle und nationalökonomische Prozeß, der zwischen dem Donaubecken und dem Orient seit Jahrtausenden besteht und der infolge des Einbruches der Türken nach Europa in Stockung geriet, heute gerade unter aktiver Mitwirkung der Türken durch die Türkei wieder in Fluß gerät.

Was die wirtschaftlichen Möglichkeiten speziell zwischen der Türkei und Ungarn anlangt, so hat mir der Professor der Orientalischen Handelsakademie Dr. Julius Germanus, der die letzten drei Monate im Auftrage der unter meiner Leitung stehenden Ungarischen Kommission für den Roten Halbmond in der Türkei verbracht hat, hierüber folgendes gemeldet:

In Ungarn erblicken viele die türkische Hilfe darin erschöpft, daß sie fortwährend die türkisch-ungarische Brüderlichkeit betonen. Wir müssen von dem Bewußtsein durchdrungen sein, daß die Türken bei gleichen Preisen gern in kommerzielle Verbindung mit uns treten würden, daß uns aber die Devise von der Brüderlichkeit sehr wenig nützen würde, wenn wir unter nachteiligeren Bedingungen mit fremden Waren konkurrieren müßten. Wir müssen daher in erster Reihe jene Zweige entwickeln, die heute bereits unsere spezielle Produktion bilden und in denen wir gerade deshalb konkurrenzfähig sind. Die Türkei ist ein landwirtschaftlicher Staat, aber sie kultiviert ihren Boden in primitiver Weise und mangelhaft. Man pflügt dort mit Holzpflügen, kennt die Dreschmaschine nicht und benützt statt ihrer die aus dem Altertum übriggebliebenen Dreschflegel. Welch großer Spielraum erschließt sich hier der Entwicklung der ungarischen landwirtschaftlichen Maschinenindustrie. Es ist jedoch von Wichtigkeit, daß unsere landwirtschaftlichen Fabriken nicht bloß in der Hauptstadt der Türkei und in Smyrna Lager unterhalten, sondern daß sie auch Maschinenbestandteile und Maschinenausrüstungsgegenstände auf Lager halten und in den größeren wirtschaftlichen Zentren Kleinasiens das erforderliche Maschinistenpersonal zur Verfügung stellen. Neben den landwirtschaftlichen Maschinen würden auch die ungarischen Mühlenindustrie-Maschinen reichlichen Absatz finden, die bereits weltberühmt sind. Ein weiter Spielraum erschließt sich der ungarischen Unternehmungslust auch in der Errichtung und Einrichtung von Zuckerfabriken. Der Boden Kleinasiens und namentlich jene Gegenden, die nahe zum Meeresufer liegen, eignen sich sehr zur Produktion von Zuckerrüben. Die speziellen wirtschaftlichen Verbindungen zwischen der Türkei und Ungarn können nur durch lokale Agenturen abgewickelt werden, welche die lokalen Verhältnisse, Sitten und Bedürfnisse kennen. Wir müssen die Konkurrenzfähigkeit der ungarischen Industrie und die Kraft der Kreditgewährung ungarischer Unternehmungen heben. In dieser Beziehung kann ich mich auch auf den Ausspruch unseres Botschafters, des Markgrafen Pallavicini berufen, wonach der ungarischen Industrie ihre hervorragenden Qualitäten, ihre entsprechende Repräsentierung und ihre Konkurrenzfähigkeit in der Türkei siegreich Bahn brechen werden. Im Laufe des Krieges ist der ganzen Welt die hervorrragende Leistungsfähigkeit der Skodaschen Kanonen bekannt geworden. Nach dem Kriege werden viele Länder ihren Bedarf aus der Pilsener und der Győrer Kanonenfabrik decken. Die ungarische Kanonenindustrie wird sich also sozusagen im Augenblicke ihrer Geburt bereits großer Anerkennung und Nachfrage erfreuen. Die Türken folgen unseren Lehren und unserem Beispiele mit großem Wohlwollen und Dank, wie ich dies selbst erfahren habe und wie dies auch die mir gegenüber abgegebene Erklärung des türkischen Ministers des Innern Talaat Bey beweist, wonach die bisher nach Ungarn entsendeten türkischen Studenten und Arbeiter nach ihrer Rückkehr in die Heimat der Entwicklung der Türkei riesig genützt haben. Auch die Aehnlichkeit der wirtschaftlichen Lage Ungarns mit den türkischen Verhältnissen, sowie das Einandervorstehen der beiden Völker kann das erfolgreiche Zusammenwirken erheblich fördern.

Unsere industriellen und landwirtschaftlichen Produkte werden auf dem Balkan lange Zeit hindurch ein gutes Absatzgebiet finden und wir sind industriell noch nicht so entwickelt, daß wir uns über dieses Terrain hinaus auch mit Kolonialpolitik beschäftigen könnten. Ueber die ungarische Kolonialpolitik wäre es derzeit schade, auch nur ein Wort zu verlieren. Allein es erschließt sich uns eine prächtige Perspektive, wenn wir betrachten, wie die Wirtschaftspolitik der Zentralmächte sich auf dem Balkan entwickelt. Der Krieg schafft nicht bloß auf militärischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiete gewisse faits accomplis. Wir sehen in scharfen Umrissen, wie die Zentralmächte und die Balkanstaaten nach dem Kriege und infolge des Krieges in die intensivste wirtschaftliche Verbindung zueinander gelangen. Hier wird man wirklich sagen können: „Indivisibiliter ac inseparabiliter."

Der Umstand, daß unsere Armee auf dem Balkan entscheidende Erfolge erzielt hat, bringt es natürlich auch mit sich, daß die wirtschaftliche Verbindung mit den Balkanländern eine weit ausgedehntere sein wird. Der große Verkehr, der aus den Ländern der Zentralmächte in gewissen Artikeln bisher nach dem Westen gravitierte, wird seinen Weg fürderhin auch nach dem Osten finden. Und wohin wir exportieren, dorther importieren wir auch. Auf diese Weise stehen wir vor einer riesigen wirtschaftlichen Perspektive. Die Ausmaße sind heute noch gar nicht zu berechnen.

Die Balkanstaaten waren bisher stets wegen des mächtigen und für unbesiegbar gehaltenen Rußlands in Gêne. Ihre wirtschaftliche Initiative hat die Besorgnis gelähmt. Infolge unserer Siege werden diese Länder jetzt von diesem Alpdruck befreit und dies bedeutet den Beginn eines großen, welthistorischen wirtschaftlichen Prozesses. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird auch unsere wirtschaftliche Verbindung mit Deutschland eine lebhafte sein und es werden gewisse künstliche Hindernisse wegfallen, die uns bisher wie die chinesische Mauer gegenüberstanden. Ich bin der Ueberzeugung, daß die Zentralmächte, so wie sie jetzt auf dem Kriegsschauplatze zusammenwirken, auch auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens zusammenhalten werden.

Die Zeit

20/XI. 1915

Volkszählung nach dem Kriege.

Kürzlich fand eine Plenarsitzung der Statistischen Zentralkommission statt, der zum erstenmal Geheimer Rat Dr. Viktor Mataja als Nachfolger Robert Meyers präsidierte. Der neue Präsident entwickelte vor der Kommission seinen Arbeitsplan, aus dem der Vorschlag, baldigst nach Friedensschluß eine Volkszählung und eine Viehstandsaufnahme vorzunehmen, für die weiteste Oeffentlichkeit von Belang ist. Die Kommission beschloß nach einer Debatte, den Vorschlag des Präsidenten zur Kenntnis der Zentralbehörden zu bringen und ein Spezialkomitee zur Vorberatung der Detailanträge betreffend eine außerordentliche Volkszählung kleineren Umfanges und einer Viehstandsaufnahme einzusetzen. In Begründung seines Vorschlages führte Präsident Mataja aus: „Angesichts des gewaltigen Einflusses der Kriegszeit auf Stand und örtliche Verteilung der Bevölkerung, ferner der Unvollständigkeiten, die sich bei der Beobachtung der Bevölkerungsbewegung eingeschlichen haben dürften, wäre eine auf die wesentlichsten Punkte beschränkte Volkszählung baldigst nach Friedensschluß zu veranstalten und rechtzeitig vorzubereiten. Mit dieser könnte leicht eine Viehstandsaufnahme in einfacher Form verbunden werden. Seien doch die derzeit geltenden zehnjährigen Intervalle für die Ermittlung der häuslichen Nutztiere selbst für ruhige Zeiten zu groß, überdies würden in der nächsten Zukunft die Maßnahmen zur Wiederherstellung unseres Besitzes an Nutzvieh voraussichtlich eine bedeutende Rolle spielen. Die einschlägige Statistik würde daher überhaupt neu zu ordnen und auszugestalten sein. An eine Wiederholung der im Jahre 1902 vorgenommenen Zählung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe werde wohl erst in einer Zeit vergleichsweiser Beruhigung herangetreten werden können; durchaus aktuell sei jedoch die Frage der Ausfüllung der Lücken, die bei der Erfassung der Produktion auf landwirtschaftlichem und industriellem Gebiet bestehen, besonders weil es im Falle handelspolitischer Neuerungen dringend erforderlich sein würde, deren Wirkungen möglichst sorgfältig und einwandfrei festzustellen. Auch die Verbrauchsstatistik und namentlich der Fleischverbrauch haben durch die Kriegsereignisse und die Teuerung an Bedeutung stark gewonnen. In letzterer Beziehung wäre eine Verbesserung der Schlachthausstatistik und eine fortlaufende Erhebung der Hausschlachtungen in Aussicht zu nehmen. Uneingeschränkte Beachtung verdienen selbstverständlich alle Erhebungen, die die Lage der breiten Schichten der Bevölkerung erkennen lassen. Vom Standpunkt der Statistischen Zentralkommission wäre aus diesem Bereich namentlich der für die Wohnungspolitik wichtigen Vornahme einer Zählung der benützten und leerstehenden Wohnungen in den Städten zu gedenken. Obgleich die Justizstatistik auf einer hohen Entwicklungsstufe stehe, würde auch für sie auf manchen Gebieten (zum Beispiel im Hinblick auf das Kinderschutz- und Jugendfürsorgewesen rücksichtlich des Vormundschaftswesens) eine Ergänzung oder Vervollkommnung anzustreben sein."

Neues Wiener Tagblatt
21./XI. 1915
32

Wirtschaftliche Wochenchronik.

14. November. Der Generalberichterstatter für das französische Budget veranschlagt die Kriegskosten Frankreichs bis Ende 1915 auf 21 Milliarden und 438 Millionen Franken.

15. November. Das russische Defizit im nächstjährigen Budget ohne Berücksichtigung der Kriegskosten wird mit 327 Millionen Rubel beziffert.

16. November. Vom Berliner Börsenvorstand werden offizielle Kurse für eine Reihe von Papieren festgesetzt, die als Basis für den Abbau des Börsenengagements zu dienen haben.

17. November. Schluß der Subskription auf die dritte ungarische Kriegsanleihe. — Die Bedingungen der französischen Kriegsanleihe werden veröffentlicht. Es wird 5prozentige Rente zum Kurse von 88 in unbeschränktem Umfange emittiert. Die zirkulierenden kurzfristigen Obligationen werden an Zahlungs Statt angenommen. Die Subskription beginnt am 25. November und endet am 16. Dezember.

18. November. Höchstpreise für gewerbliche Erzeugnisse in Ungarn. — Ein englisch-amerikanischer Bankkredit von 50 Millionen Dollar kommt zum Abschluß. — Eine neue russische Anleihe von einer Milliarde Rubel wird angekündigt. Dieselbe ist 5½prozentig und in zehn Jahren rückzahlbar.

19. November. Das Ergebnis der dritten ungarischen Kriegsanleihe wird nach einer vorläufigen Zusammenstellung auf mindestens zwei Milliarden Kronen geschätzt. Die dritte Kriegsanleihe der Gesamtmonarchie übersteigt somit 6 Milliarden. — Die Baumwollzufuhr nach der Schweiz von den Ententeländern gesperrt.

20. November. Bericht der österreichischen Staatsschulden-Kontrollkommission, wonach bis Ende Dezember 1914 durch die für die Kriegszwecke vorgenommenen Kreditoperationen die Staatsschuld um 4964 Millionen Kronen vermehrt erscheint. — Option der deutschen Bankengruppe auf 200 Millionen Mark der österreichisch-ungarischen Valutaanleihe.

Fremdenblatt
24./XI. 1915

Die wirtschaftlichen Aufgaben Oesterreichs nach dem Kriege.

Im Klub der österreichischen Eisenbahnbeamten hielt gestern Universitätsprofessor Dr. Karl Pribram einen Vortrag über die wirtschaftlichen Aufgaben Oesterreichs nach dem Kriege. Der Vortragende führte im wesentlichen aus, alle die großen, in der Weltgeschichte eine Epoche begrenzenden Kriege haben im Wirtschaftsleben den Beginn einer neuen Zeit bezeichnet. Dürfen wir mit Recht erwarten, daß nach Friedensschluß der Kampf der blutigen Waffen eine Fortsetzung mit den Mitteln der Wirtschaftspolitik finden wird, so müssen wir uns darüber klar sein, daß, wie einst in den Zeiten des Merkantilismus, die nächste Zukunft unseres Wirtschaftslebens wieder unter der Herrschaft politischer Ziele stehen wird, deren Mangel in den letzten Jahrzehnten unsere Wirtschaftspolitik jedes festen klaren Maßstabes beraubt hat. Von den politischen Zielen Oesterreichs wird auch seine Wirtschaftspolitik bestimmt werden müssen, und es scheint, daß gerade der Krieg diese Ziele ziemlich klar umschrieben hat. Er hat vor allem Ungarn fester mit Oesterreich verknüpft als je zuvor, und damit auch dem in Ungarn bemerkbaren Streben nach einer weitergehenden wirtschaftlichen Selbständigkeit das verneinende Urteil gesprochen. Er hat die Erde in große, politisch verbündete Gebiete geteilt; diese politischen Bündnisse müssen, wenn sie von Dauer sein sollen, ihr Widerspiel, ihre unentbehrliche Ergänzung in dauernden wirtschaftlichen Interessengemeinschaften finden, unter denen vor allem die Wirtschaftsgemeinschaft zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn ein Gebot der inneren Notwendigkeit zu sein scheint. Der Krieg hat uns ferner gelehrt, daß das Streben nach Erweiterung der politischen Macht über die Staatsgrenzen hinaus ein unentbehrliches Merkmal jedes entwicklungsfähigen staatlichen Gebildes ist. Die Ziele für die Machtentfaltung Oesterreich-Ungarns liegen im Südosten, auf dem Balkan, ihnen muß daher auch unsere Wirtschaftspolitik folgen, die dort einen aufnahmsfähigen Markt für die Erzeugnisse unserer industriellen Produktion finden kann. Aus diesen Zielen ergibt sich die Forderung, daß die wirtschaftlichen Kräfte der Monarchie bis zum höchsten Maße ihre Leistungsfähigkeit gesteigert werden müssen: vor allem der Ertrag unserer Landwirtschaft, der vor allem infolge der unzweckmäßigen Verteilung des Bodens verhältnismäßig zurückgeblieben ist. Insbesondere kann der Wiederaufbau Galiziens mit Erfolg nur dann durchgeführt werden, wenn er von einer tiefgreifenden Bodenreform begleitet ist. Für die Industriepolitik erhebt sich die schwierige Aufgabe, ohne Lähmung des freien Wettbewerbes die einseitige Beherrschung des Marktes durch Unternehmerverbände zu verhindern. Auf dem Gebiete der Finanzpolitik stellen die Wiederherstellung einer geordneten Währung und die Deckung der durch den Krieg gewaltig gesteigerten Staatsausgaben die größten Anforderungen an die Regierungskunst. Vielleicht ist indes gerade in der Handhabung einer starken Wirtschaftspolitik das beste Mittel zur Ueberwindung nationaler Gegensätze.

Der Vortrag, zu dem sich ein sehr zahlreiches Auditorium eingefunden hatte, wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Neues Wiener Tagblatt
24./XI. 1915

(Die wirtschaftlichen Aufgaben Oesterreichs nach dem Kriege.) Im Klub der österreichischen Eisenbahnbeamten hielt gestern abend Universitätsprofessor Dr. Karl Pribram einen Vortrag über die wirtschaftlichen Aufgaben Oesterreichs nach dem Kriege. Der Vortragende führte im wesentlichen aus: Alle die großen, in der Weltgeschichte eine Epoche begrenzenden Kriege haben im Wirtschaftsleben den Beginn einer neuen Zeit bezeichnet. Wir dürfen daher vermuten, daß auch nach dem Weltkriege, der Europa in Atem hält, eine neue Periode des Wirtschaftslebens anbrechen werde, deren Eigenart bei aufmerksamer Beobachtung schon heute erkennbar sein muß, weil alles geschichtliche Werden nur in Anknüpfung an die bestehenden Bildungen sich gestalten kann. Schon vor dem Kriege war eine Tendenz wirksam, die man als Organisierung des Wirtschaftslebens bezeichnet hat: das Streben, den freien Wettbewerb durch Wirtschaftsverbände auszuschalten. Die Staatsgewalt stand diesen Tendenzen meist ratlos gegenüber. Nun hat ihr der Krieg eine ungeahnte Macht verliehen, indem er sie als den wichtigsten Käufer in den Mittelpunkt des Marktes stellte, indem er ihr das unbeschränkte Recht zur Regelung von Produktion und Verbrauch der Güter einräumte und sie in die Lage versetzte, die ihre Interessen in Friedenszeiten vielfach durchkreuzenden Verbände der Wirtschaftssubjekte zu zerbrechen oder zur bedingungslosen Unterordnung zu zwingen. Die nächste Zukunft unsres Wirtschaftslebens werde wieder unter der Herrschaft politischer Ziele stehen. Von den politischen Zielen Oesterreichs wird auch seine Wirtschaftspolitik bestimmt werden müssen, und es scheint, daß gerade der Krieg diese Ziele ziemlich klar umschrieben hat. Er hat vor allem Ungarn fester mit Oesterreich verknüpft als je zuvor. Er hat die Erde in große politisch verbündete Gebiete geteilt; diese politischen Bündnisse müssen, wenn sie von Dauer sein sollen, ihr Widerspiel, ihre unentbehrliche Ergänzung in dauernden wirtschaftlichen Interessengemeinschaften finden, unter denen vor allem die Wirtschaftsgemeinschaft zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn ein Gebot der inneren Notwendigkeit zu sein scheint. Die Ziele für die Machtentfaltung Oesterreich-Ungarns liegen im Südosten, auf dem Balkan, ihnen muß daher auch unsre Wirtschaftspolitik folgen, die dort einen aufnahmsfähigen Markt für die Erzeugnisse unsrer industriellen Produktion finden kann. Auf dem Gebiete der Finanzpolitik stellen die Wiederherstellung einer geordneten Währung und die Deckung der durch den Krieg gewaltig gesteigerten Staatsausgaben die größten Anforderungen an die Regierungskunst. Vielleicht ist indes gerade in der Handhabung einer starken Wirtschaftspolitik das beste Mittel zur Ueberwindung nationaler Gegensätze gelegen. Der Vortrag, zu dem sich ein sehr zahlreiches Auditorium eingefunden hatte, wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Pester Lloyd
25./XI. 1915

Ungarisch-Bosnische Wirtschaftszentrale.

Budapest, 24. November.

Der Arbeitsausschuß der Ungarisch-Bosnischen Wirtschaftszentrale hat gestern eine Sitzung gehalten, in der der Vorsitzende Wirklicher Geheimer Rat Leo Lánczy nach Begrüßung der Vertreter des Handelsministeriums und der Haupt- und Residenzstadt Budapest der außerordentlichen Ereignisse gedachte, die sich seit der jüngsten Sitzung der Zentrale zugetragen haben und die auch Bosnien sehr nahe berühren. Er hob den Heldenmut der bosnischen Soldaten hervor und betonte, die umgestaltende Wirkung des Krieges auf das wirtschaftliche Leben Bosniens sei in seiner Gänze noch nicht völlig zu überblicken, doch sei er überzeugt, daß die wirtschaftlichen Zustände Bosniens nach dem Friedensschluß einen hohen Aufschwung nehmen werden und daß aus der heutigen Lage voller Drangsale neues Leben blühen werde.

Der geschäftsführende Direktor Dr. Koloman Balkányi erstattete hierauf eingehenden Bericht über die Tätigkeit der Zentrale während des Krieges. Der Bericht wurde einmütig zur Kenntnis genommen.

Geheimer Rat Leo Lánczy erinnert daran, daß es schon vor Kriegsausbruch ein Wunsch der Zentrale war, ihren Wirkungskreis über den ganzen Balkan auszudehnen. Die neue Perspektive, die der Siegeslauf der Zentralmächte und ihrer Verbündeten uns auf dem ganzen Balkan erschließt, mache es nunmehr der Leitung der Zentrale zur unvermeidlichen Pflicht, sich mit dieser Frage aufs neue zu befassen. Hoffentlich seien die ungarische Exportindustrie und der ungarische Exporthandel von der Bedeutung der Aufgabe durchdrungen, die ihrer auf dem Balkan harrt und ihnen anvertraut ist. Es sei überflüssig zu betonen, daß nur persönliche Initiative und individuelle Willensstärke das wirtschaftliche Leben Ungarns befähigen werden, auch auf dem Balkan neben den wetteifernden Nationen in Ehren zu bestehen. Der siegreiche Friede wird nach dem fernen Osten, nach der Türkei und Kleinasien zu einen wirtschaftlichen Bund festigen, der den jetzt sich eröffnenden Perspektiven greifbaren Körper verleiht. Dem ungarischen Handel und der ungarischen Industrie erschließe sich derart ein viel geräumigeres Feld zur Betätigung, als in der Vergangenheit. Es sei daher unaufschiebbar, daß wir nach dem Beispiele unserer Verbündeten schon jetzt eine gesellschaftliche Organisation ins Leben rufen, die die Anspinnung wirtschaftlicher Fäden mit den Balkanstaaten erleichtert. Redner empfehle daher, die schon wurzelkräftige Ungarisch-Bosnische Zentrale zu einem Balkanverein zu erweitern.

Nach den Begrüßungsworten des Ministerialrates Josef v. Földváry und des Magistratsrates Emil Vita stimmte Hofrat Rudolf Havas den Ausführungen des Vorsitzenden in allem zu. Er hält eine Pflege der kulturellen Wechselbeziehungen für notwendig und ist dafür, die Zentrale möge sich nicht nur auf den Balkan beschränken, sondern sich auch nach dem fernen Osten ausdehnen.

Reichstagsabgeordneter Gustav Gratz, Direktor des Bundes ungarischer Fabriksindustriellen, wünscht über die Einzelheiten der Organisation Aufklärungen.

Nachdem Direktor Dr. Koloman Balkányi diese erteilt hatte, betonte Direktor Robert Orßág die Notwendigkeit, alle Exporteure und Importeure der Balkanstaaten in die Aktion miteinzubeziehen.

Dr. Paul Szende, Generalsekretär der Kaufmännischen Landesvereinigung, begrüßt die Bewegung aus dem Gesichtspunkte des ungarischen Handels mit Freuden.

Universitätsprofessor Dr. Géza Magyary verdolmetscht die Grüße der wissenschaftlichen Kreise Ungarns, die selber bestrebt sind, unsere geistigen Beziehungen zum Balkan intensiver zu pflegen und ähnliche Bestrebungen der ungarischen wirtschaftlichen Kreise mit Vergnügen sehen würden.

Schließlich schloß sich Robert v. Auer im Namen der reisenden Kaufleute Ungarns der Unterbreitung des Präsidenten an.

Nachdem noch Mitpräsident Hofrat Béla Veith gesprochen hatte, enunziiert der

Vorsitzende Geheimer Rat Leo Lánczy den einstimmigen Beschluß des Arbeitsausschusses, wonach dieser die Erweiterung der Ungarisch-Bosnischen Wirtschaftszentrale zu einem Balkanverein für notwendig hält. Diese Umgestaltung wird in der Generalversammlung vom 10. Dezember d. J. vor sich gehen.

Österr. Volkszeitung
25./XI. 1915

Die wirtschaftlichen Aufgaben Oesterreichs nach dem Kriege.

Im Klub der österreichischen Eisenbahnbeamten hielt Universitätsprofessor Dr. Karl Pribram einen Vortrag über die wirtschaftlichen Aufgaben Oesterreichs nach dem Kriege. Der Vortragende führte im wesentlichen aus: Schon vor dem Kriege war eine Tendenz wirksam, die man als Organisierung des Wirtschaftslebens bezeichnet hat: das Streben, den freien Wettbewerb durch Wirtschaftsverbände auszuschalten. Der Staatsgewalt hat der Krieg eine ungeahnte Macht verliehen, indem er sie als den wichtigsten Käufer in den Mittelpunkt des Marktes stellte, indem er ihr das unbeschränkte Recht zur Regelung von Produktion und Verbrauch der Güter einräumte, und sie in die Lage versetzte, die ihre Interessen in Friedenszeiten vielfach durchkreuzenden Verbände der Wirtschaftssubjekte zu zerbrechen- oder zur bedingungslosen Unterordnung zu zwingen. Die nächste Zukunft unseres Wirtschaftslebens wird unter der Herrschaft politischer Ziele stehen. Von den politischen Zielen Oesterreichs wird auch seine Wirtschaftspolitik bestimmt werden müssen, und es scheint, daß gerade der Krieg diese Ziele ziemlich klar umschrieben hat. Er hat vor allem Ungarn fester mit Oesterreich verknüpft als je zuvor, hat die Erde in große, politisch verbündete Gebiete geteilt; diese politischen Bündnisse müssen, wenn sie von Dauer sein sollen, ihre unentbehrliche Ergänzung in dauernden, wirtschaftlichen Interessengemeinschaften finden. Die Ziele für die Machtentfaltung Oesterreich-Ungarns liegen im Südosten, ihnen muß daher auch unsere Wirtschaftspolitik folgen, die dort einen aufnahmsfähigen Markt für die Erzeugnisse unserer industriellen Produktion finden kann. Aus diesen Zielen ergibt sich die Forderung, daß die wirtschaftlichen Kräfte der Monarchie bis zum höchsten Maße ihrer Leistungsfähigkeit gesteigert werden müssen. Insbesondere kann der Wiederaufbau Galiziens mit Erfolg nur dann durchgeführt werden, wenn er von einer tiefgreifenden Bodenreform begleitet ist. Für die Industriepolitik erhebt sich die schwierige Aufgabe, ohne Lähmung des freien Wettbewerbes die einseitige Beherrschung des Marktes durch Unternehmerverbände zu verhindern. Auf dem Gebiete der Finanzpolitik stellt die Deckung der durch den Krieg gewaltig gesteigerten Staatsausgaben die größten Anforderungen an die Regierungskunst.

Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Arbeiterzeitung
28/XI 1915

Die Gewöhnung an den Krieg.

Eine Mahnung an das Gewissen.

Man kann darüber schweigen oder die Tatsache ertuschen. Leugnen läßt sie sich aber beim besten Willen, v s i h e r l i c h d a ist, durchaus nicht: wir haben uns an den Krieg gewöhnt. Und wenn man Augenblicke des Erwachens hat, so ist es erschreckend, bis zu welchem Grade wir gegen das Furchtbare abgestumpft sind. Die Menschheit hat sich mit der Tatsache des Krieges im zwanzigsten Jahrhundert abgefunden und interessiert sich jetzt nur noch für die Details, soweit diese eine gewisse Spannung verschaffen. Die heroischen Gesten der Zuschauer werden ein bißchen träge, die scharfen, treffsicheren Worte der Anfangsbegeisterung werden, immer und immer wieder verwendet, gleichgiltig und langsam legt die Gewohnheit ihren grauen Schleier über alles Geschehen. Wir e m p f i n d e n den Krieg schon lange nicht mehr. Als Antwerpen beschossen wurde, hat Europa in Grauen und Entsetzen gezittert wie vor einem furchtbaren Naturereignis; als die ersten Verlustlisten erschienen, haben wir die Toten und Verwundeten gezählt, die sie verzeichneten, haben mit Angst und Verzweiflung zuerst bekannte Namen gesucht und wir Frauen haben geweint, weil drei Tote in der ersten Liste standen, die noch nicht 25 Jahre alt waren. Unsere Phantasie hat uns den Gram der Mütter, den Kummer der Väter so greifbar deutlich gemacht, daß wir es miterlebten, was da Entsetzliches geschehen war. Und jetzt? Wenn eine neue Stadt in Serbien erobert wird, sagen wir mißmutig: „Jetzt erst? Ich habe geglaubt, die ist schon längst gefallen! Wie lange das doch dauert mit dem kleinen Land!“ Die Verzweiflung, daß Menschen auf ihresgleichen schießen wie auf junge Hasen, die kommt uns gar nicht mehr in den Sinn. Die Landkarten mit den schönen lustigen Fähnchen, die voriges Jahr in keiner „besseren“ Familie fehlen durften, verschwinden allmählich wieder, und die Zeiten, da man morgens der Zeitungsausträgerin bis zur nächsten Straßenecke entgegenging, sind endgiltig vorbei. Man kann die Nachrichten jetzt wieder in Ruhe erwarten und liest sie ganz behaglich beim Frühstück. Jedes Blatt, das man in die Hand nimmt, bedeutet ja ein paar tausend zerstörte Menschenleben, bedeutet Grauen und Verzweiflung für blühende Städte und Länder. Aber w r haben uns daran gewöhnt, und nachdem wir den Kriegsbericht überflogen haben, lesen wir auch noch die anderen Abschnitte der Zeitung, das Feuilleton, Kunstnachrichten und — nun ja, mein Gott, man ist ja auch nur ein Mensch — auch den Vergnügungsanzeiger und die Klatschchronik. Als die erste Schlacht in Galizien begann, da schrieb ein großes Wiener Blatt: Wir alle halten bang den Atem an. Heute sagt man, wenn die gewaltigen Kämpfe bei Görz andauern, mit leichtem, verschämtem Gähnen: „Nichts Neues heute.“ Und ist doch so viel neues Leid und neuer Jammer hüben wie drüben.

Auch die großen Unterschiede tauchen wieder auf, die scharfe Gliederung des Volkes in die zwei Lager der Besitzenden und der Besitzlosen. Bei Kriegsbeginn schienen sie verschmolzen, sogar in unserem lieben Wien mit seiner sehr klassenbewußten Bourgeoisie. Ein Gedanke, ein Wunsch, eine Gefahr, die uns allen drohte, hat die Gegensätze für kurze Zeit geeint. Aber je weiter der Krieg von uns abrückt, je sicherer wir uns hier auf unserer Scholle fühlen dürfen, umsomehr versinken wir in den alten behaglichen Schlendrian egoistischer Gleichgiltigkeit, den man so schön: echte Wiener Gemütlichkeit nennt. Wir interessieren uns wieder für Theaterklatsch und für Privatklatsch, für Moden und gute Witze und regen uns sehr darüber auf, wenn ein Tenor von einer Bühne zur anderen übergeht. Oder wenn Frankreich auch die Siebzehnjährigen zu den Fahnen ruft. Weil wir nämlich, wie der schöne französische Ausdruck lautet, keine andere Katzen zu peitschen haben.

Die arbeitenden Schichten des Volkes aber unterliegen so stark dem Druck der geänderten Lebensverhältnisse, daß auch hier die Teilnahme am großen Weltgeschehen erlahmt. Sicherlich wird in allen Kreisen jeder und jede, die einen Sohn, einen Bruder, einen Gatten an der Front haben, nicht aufhören, um ihn zu sorgen, an ihn zu denken. Das ist aber nicht Interesse am Krieg, sondern am Einzelschicksal und entbehrt daher jeder erhebenden Wirkung. Die Proletarier Wiens leiden so schwer unter der Teuerung, sie haben so furchtbar zu kämpfen, um ihre Kinder nicht v e r hungern und e r frieren zu sehen — an das Hungern und Frieren mußten sie sich leider schon gewöhnen —, daß sie über der Wirkung die Ursache vergessen. Sie denken nicht mehr so viel an den Krieg, weil ihnen die Preise so viel Kopfzerbrechen machen und ihnen die maßlos gesteigerte Arbeit auch gar keine Zeit dazu läßt. Das ist auch eine Art Gewöhnung.

Ganz anders liegt die Sache natürlich in den Kreisen der Besitzenden. Sicherlich haben auch hier viele, allzu viele die schwerste aller Steuern, die Blutsteuer, entrichtet. Aber ein angenehmer Zufall fügte es, daß gerade von den Dienstpflichtigen der Wiener Intelligenz ein recht ansehnlicher Teil im Lokaldienst verwendet wird und zahlreiche Unentbehrlichkeiten sich ergaben. So bleiben viele Familien der besseren Stände ruhig in gewohnten Verhältnissen und da sie mehr oder minder tonangebend sind, kann einen die Wirkung auf das Geistesleben nicht weiter wundernehmen. Im vorigen Jahre war die Begeisterung für den Krieg gewaltig. Man konnte von nichts anderem sprechen, die friedlichsten Bürger wollten durchaus Kitcheners Kopf und erklärten, ohne die gänzliche Vernichtung Englands und seine Absperrung vom Meer nie mehr glücklich werden zu können. Sie suchtelten gewaltig mit strategischen und politischen Kraftausdrücken herum und wollten unbedingt die halbe Welt erobern. Daß sie einmal Kulturmenschen waren, hatten sie ganz vergessen und einen großen Altar errichtet, auf dem Hindenburg und dem 42 Zentimeter-Mörser göttliche Verehrung erwiesen wurde. Ohne Strickzeug oder Charpie war eine Dame im vorigen Jahre „unmöglich“ und der Kriegsthee zeichnete sich durch spartanische Einfachheit aus. Man arbeitete in Sparsamkeit, in Vaterlandsliebe und nationaler Einheit, man trug soziales Verständnis und Allgemeinsinn, wie man heuer weite Röcke träat. Kurz und gut, die gewissen lieben Wiener hatten ein hübsches, neues und sehr interessantes Spielzeug bekommen und spielten damit mit allem Eifer.

Der hat nun heuer bedeutend nachgelassen. Der Krieg greift ja so tief in unser aller Existenz hinein, daß wir seiner niemals vergessen können. Aber man versucht es doch redlich. Der Krieg ist nicht mehr modern. Die Zeitungen erzählen zwar immer noch von der Heldenwacht an den Grenzen, von der wahrhaft bewundernswerten Tapferkeit, von der Dankbarkeit der Frauen und Kinder und vom Durchhalten. Aber es fällt ihnen auch kein neues, scharfes Wort ein, kein Trompetenstoß reißt uns aus der Lethargie und je weiter sich der Krieg von uns entfernt, um so gründlicher vergessen wir, welch furchtbare Sache er ist und welch furchtbare Opfer er kostet. Haben wir uns schon voriges Jahr den galizischen Flüchtlingen im höchsten Grade überlegen gefühlt und sie unsere Ueberlegenheit, die hauptsächlich auf angenehmen geographischen Zufälligkeiten beruhte, tüchtig empfinden lassen, so sind wir jetzt fest entschlossen, sie zu vergessen. Was geht das uns an, was aus den vater- und mutterlosen Waisen in Drohobycz wird, was kümmern uns denn überhaupt galizische Verhältnisse? Wien liegt nicht in Galizien. Gott sei's gedankt!

Damit soll keine Lanze für die „Flüchtlinge“ eingelegt werden. Gewiß, es ließe sich manches, vieles gegen sie einwenden, namentlich gegen die Damen (nicht: Frauen), deren Gewohnheiten und Sitten gewiß nicht vorteilhaft gewirkt haben. Aber zu all dem ist jetzt nicht die geeignete Zeit, das müssen wir jetzt beiseite schieben. Die Pflicht der Dankbarkeit, die uns mit diesen Vertriebenen verbindet, muß stärker sein bei einem sittlich empfindenden Volk als jede Kritik. Wir aber finden, daß der Wiederaufbau Galiziens sozusagen eine Privatangelegenheit ist, in die wir uns keineswegs einmengen wollen. Wir bringen wahrhaftig Opfer genug; verzichten wir doch schon seit drei Vierteljahren auf die Salonstangerln! Kann man eigentlich von einer Reichshauptstadt, der Zentrale der Intelligenz, mehr verlangen?

Arbeiterzeitung 28./XI. 1915

II

38

Die Besinnung um den Krieg

Daß die Spenden für Kriegszwecke allmählich spärlicher fließen, kann kaum verwundern. Es liegt zu sehr in der menschlichen Natur begründet. Auch macht sich hier die erlahmende Gebefähigkeit des arbeitenden Volkes fühlbar, das bis zur äußersten Grenze gespendet hat. Im höheren Mittelstand aber „gönnt" man sich jetzt wieder etwas. Im Essen und Trinken, in Kleidung und Vergnügen. Die Geschäftsleute, auch der Luxusbranchen, zeigen wieder ein freundliches Lächeln, wenn man sie fragt, die Damen rivalisieren eifrigst in Kleidung und Schmuck, es gibt wieder kleine Gesellschaften mit vorzüglichen Delikatessen; mein Gott, man kann doch nicht die ganze Zeit in Sack und Asche gehen! Die jungen Mädchen denken nicht mehr ans Stricken, sondern fangen an, leise vom „Drahn" und Tanzen zu sprechen. Das kann ihnen nun zwar der zärtliche Papa nicht verschaffen, aber er hält sie dafür durch einen hübschen Schmuck, durch einen kostbaren Pelzkragen schadlos. Schließlich will so ein Fräulein doch ihre Jugend genießen und am Ende — nicht wahr? — hat sie doch keine Schuld am Weltkrieg. Eine Behauptung, der man ohneweiters zustimmen muß; nur läßt sich der Kreis der Schuldlosen ziemlich erweitern. Es gibt eben auch eine Pflicht des moralischen Durchhaltens, des Durchhaltens in Ernst und Würde, und gegen die wird in Wien alle Tage hundertemal gesündigt.

Ein nicht unwichtiges Symptom ist auch das merkliche Verblassen der nationalen Begeisterung und ihrer häßlichen Stiefschwester, des Fremdenhasses. Im vorigen Jahre, da war Deutsch „die große Mode", um mich eines sehr passenden Ausdrucks aus der Konfektionsbranche zu bedienen. Deutsche Sitten, deutsche Gefühle, deutsche Grundsätze wurden mit Eifer und großem Talent — echt Wiener Talent! — nachgeahmt. Wir befleißigten, uns, ebenso stramm, grob und derb zu sein wie unsere Nachbarn, und da wir ein begabtes Volk sind, gelang es uns alsbald, ebenso schneidig Frager anzuschnauzen und ungenaue Auskünfte ebenso knapp zu fassen, wie man an der Spree genaue faßt. Die Herren klappten die Absätze zusammen und glaubten damit an Exaktheit das Höchste geleistet zu haben. Wir lernten deutsche Sprachfehler, sagten „komm doch mal runter" und „da weiß ich nichts von" und ähnliches. Aber das ist besser geworden. Denn wenn auch noch manchmal Ausländer verurteilt werden, weil sie sich über den Untergang der „Lusitania" nicht freuen wollten, so läßt man doch gottlob den Kindern wieder eine „englische Erziehung" angedeihen und trägt Pariser Toiletten. Man hat sehr viel Wasser in den Wein „völkischer" Begeisterung getan und ist auch in der Literatur wieder bedeutend duldsamer geworden. Es erscheinen sogar mitunter Bücher, die nicht vom Kriege handeln, und die Flut der Kriegsgedichte verebbt allmählich. Das letztere kann ich nicht weiter beklagen, obwohl ich dankbar bekennen muß, daß ich mich während der ganzen Kriegszeit nicht so gut unterhalten habe wie bei der Lektüre des wunderschönen Gedichtes, das in einem sehr gelesenen Blatte dem „Herrn Schuft vom Po" gewidmet war.

Aber das alles, von der Gleichgiltigkeit bis zu den Gedichten, soll den Wiener Bürgern nicht weiter vorgeworfen werden. Es ist überhaupt nicht meine Absicht, zwecklose Anklagen zu erheben. Ein jedes Land hat seine Größe, in Deutschland kocht man die besten Klöße, hat bekanntlich Heine gesagt. Unsere Bundesbrüder stehen in fester, ernster Würde zum Willen ihres Volkes, wir Wiener sind dafür gemütlich. Das soll kein Vorwurf sein, nur eine Feststellung. Und eine Mahnung für künftige Zeiten, den Mund nicht gar zu voll zu nehmen mit dem Worte: Kultur.

Denn im großen und ganzen läßt sich die Friedenssehnsucht der Wiener Bürgerlichen, soweit sie nicht persönlich beteiligt sind und materielle Interessen nicht in Frage kommen, zum großen Teil auf den Wunsch nach Abwechslung und Rückkehr zu behaglicheren Verhältnissen zurückführen. Den kulturellen Wert dieser Sehnsucht erschöpft aber vielleicht der berühmte Ausspruch unseres Klassikers Nestroy: „Ramts die Leichen furt! I kann die Schlamperei net ausstehen!"

Klara Mautner.

Neues Wiener Tagblatt
28/XII. 1915

Der Volkswirt.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

22. November. Bildung einer großen amerikanischen Finanzierungsgesellschaft mit 50 Millionen Dollars Kapital.

23. November. Kaiserliche Verordnung, betreffend die Einführung von Vorschriften über den Versicherungsvertrag (Versicherungsordnung). — Die Einzahlungen auf die dritte deutsche Kriegsanleihe erreichen den Betrag von 10,091 Millionen Mark. — Aufhebung der Mindestkurse der englischen Konsols. Kurssturz dieser Konsols von 65 auf 57½. — Weizenausfuhrverbot in Indien.

24. November. Offizielle Warnung vor Ausschreitungen der Effektenspekulation. — Genehmigung des Sanierungsübereinkommens der Südbahn durch den Obersten Gerichtshof. — Die Wiener Börsekammer tritt in einer Resolution für einen dauernden Ausgleich mit Ungarn und für einen engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß mit Deutschland ein. Auch der Zentralverband der Industriellen Oesterreichs erklärt eine dauernde Einheitlichkeit des Zoll- und Wirtschaftsgebiets für notwendig.

25. November. Neue Kriegssteuern in Italien. Einführung einer abgestuften italienischen Kriegsgewinnsteuer von 5 bis 30 Prozent. Erhöhung des italienischen inländischen Briefportos auf 20 Centesimi. — Der deutsche Bundesrat nimmt Gesetzentwürfe betreffend Sicherstellung der einzuführenden Kriegsgewinnsteuer durch Sonderrücklagen der Aktien- und sonstigen Erwerbsgesellschaften an. — Die Handelsbilanz der Vereinigten Staaten Amerikas weist für die ersten zehn Monate ein Aktivum von 1414 Millionen Dollar (mehr als 7 Milliarden Kronen) aus.

26. November. Die Schuld des französischen Staates an die Bank von Frankreich auf 7600 Millionen Franken gestiegen. — Höchstpreise in der Schweiz für Zucker, Käse und Butter.

27. November. Aus New-York werden Verhandlungen über eine neue englische Anleihe von 50 Millionen Dollar gemeldet. — Verordnung über die Einschränkung des Milchverbrauches in Oesterreich.

Österr. Volkszeitung 28/11. 1915

Abgewirtschaftet!

Von Dr. Wolfgang Madjera.

Ein tieftrauriges Gefühl ergreift uns, wenn wir hören, lesen oder miterleben, daß ein Bauer mit seiner Familie und den armseligen Resten seiner Habe von der Brandstätte fortzieht, in die des Feuers Wut sein Gehöft verwandelt hat. Oder wenn ihn erdrückende Schuldenlast von Haus und Hof vertreibt. Oder wenn eine durch Schicksalsschläge verarmte Familie das angestammte Heim verlassen und einstigen Glanz mit dem Bettelstabe vertauschen muß. Dichter haben solche Schicksale geschildert, Maler haben sie im Bilde festgehalten, und wo immer sie dies mit begabter Hand getan haben, ist es ihnen stets gelungen, die Seele des Lesers und Beschauers nachdenklich zu stimmen und zu erschüttern. Denn wo die Wirtschaft des Menschen zusammenbricht, dort verliert sein Leben den festen Grund, auf dem es bisher verankert war; es gleicht dann der Schlingpflanze, die, vom stützenden Stamm losgerissen, dem Spiel der Winde preisgegeben ist. Des Daseins Notdurft und des Daseins Freudebedürfnis verlieren gleichermaßen Halt und Befriedigung im wirtschaftlichen Zusammenbruch; und wenn der Mensch die Stätte verlassen muß, von der aus er und seine Vorfahren ihre Unternehmungen ins Werk setzten, ihre Gedanken in die Welt sandten und dem Glück nachjagten, die Stätte, an der sie Zuflucht suchten und fanden, wenn das Leben sie wundgehetzt, und wo sie ihre Träume träumten, wenn es sie mit Hoffnungen erfüllt hatte, dann beschleicht uns das traurige und unheimliche Gefühl der Ohnmacht alles menschlichen Wollens und der Abhängigkeit unseres Schicksals von der Allgewalt irdischer Zufälle. Und indem wir dieser Allgewalt heute den einen, morgen den anderen, bald einen Großen und bald einen Kleinen erliegen sehen, bedenken wir, daß einmal auch wir oder unsere Liebsten ihr zum Opfer fallen können, und wir beugen uns seufzend und ergriffen vor dem Gesetze des ewigen Wechsels, aber auch mitfühlend und teilnahmsvoll vor denen, die seine Macht getroffen hat.

Sollte man nun nicht annehmen, daß solche Empfindungen um so stärker auf uns einstürmen müssen, wenn wir Zeugen davon werden, wie ein ganzes Volk abwirtschaftet? Wie Millionen Menschen von jenem Schicksal betroffen werden, das uns schon nahegeht, wenn es einen einzelnen, wenn es eine einzige Familie ereilt? Aber siehe! Nun ereignet sich dies, nun sehen wir mit atemloser Spannung, wie im Laufe weniger Wochen ein ganzer Staat zu bestehen aufhört, wie seine Bürger teils aus dem Lande flüchten, teils im Kampfe fallen, teils in Gefangenschaft geraten, wie aber auch jene, die im Lande bleiben, durch die Vernichtung ihres Staatslebens vor eine gänzlich unbekannte, für ihre Augen in undurchdringliche Finsternis gehüllte Zukunft gestellt sind — und wir sind trotzdem nicht imstande, jene Gefühle des Bedauerns, des Mitleids, der Erschütterung für den hunderttausendemal wiederholten Fall aufzubringen, denen wir uns im Einzelfalle ohne weiteres anheimgeben! Hier müssen also offenbar Gegengefühle tätig sein, die jene sonst unfehlbar auftretenden Empfindungen zurückdrängen und ersticken.

Und sehen wir näher zu, so werden wir tatsächlich gewahr, daß unsere Seele gegenüber dem serbischen Volk von einer Stimmung beherrscht wird, die es uns als schwächliche Gefühlsduselei, als falsche und verderbliche Sentimentalität erscheinen ließe, weichen Regungen nachzuhangen und mit seinem Schicksal Mitleid zu empfinden.

Dieses Volk hat sich von einer Bande von Königsmördern regieren lassen, hat ihnen willfährige Volksvertreter in das Sobranje entsandt, hat keinen einzigen aufrechten, hochgesinnten Charakter hervorgebracht, der einer auf Mord und Verbrechen gegründeten Politik entgegengetreten wäre. Dieses Volk hat, kaum daß es sein Land in glücklichen Kriegen fast auf das doppelte Maß seines früheren Bestandes erweitert hatte, die bulgarischen Bewohner des zu Unrecht erworbenen Erweiterungsgebietes auf jede Weise zu vergewaltigen begonnen, es hat gegen seine neuen Mitbürger einen wütenden Ausrottungskampf geführt, bevor endlich ihre Reste durch die Stammesgenossen des Nachbarreiches von dem furchtbaren Joch erlöst wurden. Das serbische Volk ist passiv und aktiv mitschuldig geworden an den Schandtaten seiner Regierung, indem es sie nicht zwang, den Weg des Rechtes zu gehen; und in dem Kriege, den es für eine von Grund aus frevelhafte Sache führt, beweist es seinen höllischen Haß gegen uns und seine Unmenschlichkeit durch die teuflischen Martern, unter denen es unsere Söhne tötet, wenn sie in ihre Hände fallen, wie dies Janischfeld nach dem Ergebnis eigener Erhebungen jüngst in einer Veröffentlichung festgestellt hat. Es gibt keine Schandtat, die serbische Soldaten, also serbische Staatsbürger und Volksgenossen, in diesem Kriege nicht begangen hätten. Dieses Volk ist wahrlich von böser Gemütsart, ohne Sinn für alle jene Tugenden, die uns den Mitmenschen liebenswert machen und die bewirken, daß uns sein Schicksal nahegeht, daß wir sein Unglück bedauern. Alle die Ströme von Blut, die in diesem Kriege vergossen worden sind, sie sind geflossen um des Verbrecherstaates willen, den sich ein zum Bewußtsein des Menschentums noch nicht vorgeschrittenes Volk errichtete. Sollen wir auch nur einen Funken von Bedauern empfinden, wenn der Urheber eines so gigantischen Völkerunglückes abwirtschaftet, wenn er von Haus und Hof verjagt wird und wenn er den Kelch des Elends bis zur Neige selbst leeren muß, den er anderen bereitet hat?

Nein. Hier überkommt uns nicht jenes weiche Mitleid, mit dem uns menschlicher Jammer erfüllt. Wenn das Laster abwirtschaftet, ist wahrlich kein Anlaß zur Rührung gegeben. Hier ergreift uns nur ernste Genugtuung in der Anschauung weltgeschichtlicher Gerechtigkeit. Die Erinnyen, die sich nach dem Glauben der alten Griechen dem Mörder an die Fersen heften, sie sind es, die ihre Schlangengeißeln über dem schuldigen Volke schwingen und es hinaustreiben von der Stätte seiner fluchwürdigen Taten. Die Waffen der Verbündeten wurden nicht im Dienste der Eroberungssucht oder anderer niederer Zwecke erhoben: sie sind Werkzeuge jener Schicksalsmacht, die mit eherner Logik jede Versündigung gegen den Geist des Menschentums rächt. Was sich dort auf dem Balkan vollzieht, erinnert an die gewaltigen Berichte des Alten Testaments von Staaten und Völkern, die Gott der Herr in seinem Zorn zerschmetterte. Es gibt am Organismus der Menschheit, wie manchmal am Leibe des Kranken, bösartige Wunden und Geschwüre, die mit Feuer und Eisen ausgetilgt werden müssen, wenn sie den Körper nicht zerfressen und zugrunderichten sollen. Wehe dem Arzt, den falsches Mitleid vor dem einzigen Rettungsmittel zurückschrecken ließe!

Pester Lloyd Abendbl. 28/XI. 1915

Die Teuerungsenquete.

Budapest, 28. November.

Angesichts der immer zunehmenden Teuerung haben sich heute die Vertreter aller Gesellschaftsklassen der Hauptstadt, Arbeitgeber und Arbeiter, Delegierte der industriellen und kommerziellen Interessenvertretungen und die Führer der Gewerkschaften im Saale der Budapester Handels- und Gewerbekammer zusammengefunden, um die Ursachen der herrschenden Teuerung zu ermitteln und über Mittel und Wege zu beraten, wie die städtische Bevölkerung besser und wohlfeiler approvisioniert werden könnte. Der große Saal der Handelskammer war von den Teilnehmern der Enquete dicht gefüllt. Die Regierung haben die Ministerialräte Alexander Vériessy, Nikolaus Serbán und Gustav Emich, sowie der Sektionsrat Ludwig Kisselyi vertreten. Den Vorsitz führte der Präsident der Budapester Handels- und Gewerbekammer Geheimer Rat Leo Láncz y, der die Anwesenden und insbesondere die Vertreter der Regierung im Namen der Kammer begrüßte und folgende Eröffnungsrede hielt:

Eröffnungsrede des Präsidenten Láncz y.

Geehrte Konferenz! Als Delegierte der bedeutendsten Interessenvertretungen der Arbeitgeber und Arbeiter sind wir heute zusammengekommen, um über jene Zustände zu beraten, welche infolge der außerordentlichen Teuerung der Lebensmittel heute die ganze ungarische Gesellschaft, die breiten Schichten des konsumierenden Publikums beschäftigen und deren Interesse derart fesseln, daß mit ihm nur die großen Ereignisse des Krieges wetteifern können. Die ungarische Gesellschaft vermag in ihren eigenen patriotischen Gefühlen vollauf jenes Symptom zu würdigen und zu verstehen, daß mit dem Kriege die Steigerung der Preise und das Heraustreten der materiellen Verhältnisse aus ihrer geregelten Bahn einhergeht. Jedermann weiß das, jedermann rechnet damit und findet es natürlich, auch diejenigen, bei denen auch schon eine geringere Steigerung der Preise in ihren bescheidenen Haushaltungen von fühlbarem Einfluß ist. Alles hat sich damit umso eher abgefunden, als jedermann weiß, daß das kein vereinzeltes Symptom ist, sondern daß sich diese Erscheinung in ganz Europa, man kann sagen, auf der ganzen Welt, zeigt. Ich sage: Jedermann hat mit dieser traurigen Konsequenz des Krieges abgerechnet, anerkennend, daß die Versorgung unserer glorreichen Armee mit Lebensmitteln solche Verschiebungen und eine derartige Anhäufung von Lebensmitteln erfordert, und andererseits eine solche Erschwerung der Produktion verursacht, daß die Rückwirkung all dieser Umstände auf die Preisgestaltungen unausbleiblich ist. Wer unter uns wäre nicht bereit, für unsere heldenhaften Soldaten, die für ihr Vaterland jetzt ihr Blut vergießen, alle notwendigen Opfer zu bringen und damit ihren auch für uns vollführten übermenschlichen Kampf zu lindern? Gewiß niemand! (So ist's!)

Demgegenüber jedoch fordern und erwarten die Millionen der Konsumenten, die zu Hause die sonstigen, durch den Kriegszustand verursachten Uebel und Beschwerden ertragen und durchkämpfen, mit Recht, daß die Preisgestaltung der Lebensmittel nicht jene Grenze überschreite, welche der kriegerische Mehrkonsum und die kriegerische Minderproduktion ziehen. Sie fordern und können erwarten, daß die Staatsgewalt mit der größten Aufmerksamkeit darüber wache, daß die Heimgebliebenen die Familien der Eingerückten und jedermann, der für das Vaterland arbeitet und leidet, auch durch die durch den Krieg nicht begründeten Preissteigerungen in ihrer materiellen Wohlfahrt, Gesundheit und Arbeitsfähigkeit nicht übermäßig betroffen werden. Aufgabe der Staatsgewalt, der Munizipien ist es, die Lebensmittelmärkte derart zu organisieren, daß hinsichtlich dieser berechtigte Klagen nicht erwachsen können und die gesamte bürgerliche Klasse, die ganze Arbeiterschaft auch während des Krieges wohl oder übel, aber menschlich und hygienisch ihre die Arbeitsfähigkeit konservierende Lebensführung und ihre bescheidene Existenz erhalten können. Man kann die Lebensbedürfnisse nicht in engere Schranken drängen, wie ich es im Vorstehenden bereits getan habe.

Was müssen wir statt dessen wahrnehmen, geehrte Versammlung, wir, die wir Söhne eines Landes sind, von welchem man stets verkündete, daß es ein zweites Kanaan sei, daß der gesegnete Boden dieses Landes viel mehr biete, als was wir selbst zu verbrauchen fähig sind, und welches sich bisher als reich genug erwiesen hat, um auch unseren Nachbarn und dem Auslande von seinen reichen Produkten zu liefern? Wir sehen, daß das Volk dieses Kanaan auch angesichts der jeden Begriff übersteigenden Teuerung nur mit Schwierigkeiten imstande ist, die unentbehrlichsten Lebensmittel zu beschaffen, und daß bei Ausbruch des Krieges die Teuerung eine solche Höhe erreicht hat, wie sie kein einziges anderes Land Europas aufzuweisen vermag. Die Teuerung hat bei uns solche Dimensionen erreicht, daß die Lebenserhaltung heute bereits breiten Schichten nahezu unmöglich ist, und daß die Preise sich heute bereits auf einer Höhe befinden, bei der die Gesundheit und die Arbeitsfähigkeit von Millionen, ja sogar die Erhaltung der zukünftigen Generation in schwerstem Maße gefährdet erscheint. Die Unerträglichkeit dieser Zustände und die wahrnehmbare tiefreichende Unzufriedenheit hat uns in ein Lager zusammengeführt, sämtliche Schichten der hinter uns stehenden städtischen Bürgerschaft, die Arbeitgeber wie die Arbeitsuchenden, die Personen, die in den sogenannten freien Berufen sich betätigen, wie die auf dem Gebiete der Intelligenz Arbeitenden. Wir können nicht behaupten, daß die Regierung und die städtischen Behörden die Situation nicht erkannt hätten, und daß sie, von heiliger Pflichterfüllung beseelt, nicht bemüht gewesen wären, mit diesen Verhältnissen im Interesse der Bevölkerung den Kampf aufzunehmen, wir sehen jedoch, daß die Bemühungen der Regierung und der städtischen Behörden bisher unwirksam waren und nicht nur keine Linderung herbeiführten, sondern statt dessen von Tag zu Tag eine wesentliche Verschlimmerung der Lage festzustellen ist. Nichts ist mithin natürlicher, als daß diese triste Gegenwart in uns das Bestreben wachrief, uns einmal auch gemeinschaftlich mit der Diagnose der kranken Lage zu beschäftigen, und uns zu bestreben, Wege und Modalitäten zu bezeichnen, welche geeignet erscheinen, dieser traurigen Entwicklung Einhalt zu gebieten und eine solche Milderung der Preissteuerung hervorzurufen, welche geeignet ist, die Preise der Lebensmittel auf ein erträgliches Niveau herabzudrücken.

Wir haben uns hier nicht versammelt, um Rekriminationen vernehmen zu lassen, sondern wir wollen über Vorschläge beraten, von denen wir die Sanierung der Lage erhoffen können.

Gibt es doch keine solche Klasse oder Gliederung der Gesellschaft, die davon nicht berührt wäre; selbst jene Kreise, deren materielle Verhältnisse die Möglichkeit des Zusammenbruches ausschließen, treten aus der Verpflichtung der menschlichen Solidarität heraus in die Reihe der Kämpfenden, weil es auch für diese kein Leben ist, Millionen ihrer Mitbürger in der wichtigsten Lebenserhaltung leiden zu sehen.

Wir sind davon überzeugt, daß für die Daheimgebliebenen für die breiten Schichten der Bevölkerung ebenfalls genügende Artikel des öffentlichen Gebrauches vorhanden wären, wenn man die vorhandenen Bestände durch eine entsprechende Organisation verteilen und wenn die behördliche Preisregelung mit entsprechender Energie und Weisheit funktionieren würde. Wir vermissen den entsprechenden organischen Ausbau der Organisationen und sehen nicht, daß man die Fragen der Warenverteilung und Preisregelung mit genug herzhafter Hand aufgegriffen hätte. Unsere Ueberzeugung ist es, daß hiebei halbe oder nur Scheinmaßregeln nicht zum Ziele führen.

Das diese Versammlung einberufende vorbereitende Komitee hat diesbezüglich eine Vorlage angefertigt, welche sich in den Händen der verehrten Versammlung befindet. (Wir haben die Vorlage bereits veröffentlicht. Die Redaktion des „Pester Lloyd".)

In dieser an die Regierung zu richtenden Repräsentation haben wir jene Verfügungen und Normen bezeichnet, von deren energischer Durchführung wir eine fühlbare Wirkung auf dem Gebiete der öffentlichen Verpflegung erwarten können und für jedermann die Schaffung von gleichmäßig auswirkenden, erträglichen Lebensverhältnissen erhoffen. Die außergewöhnlichen Zeitläufte, in welchen wir leben, erfordern auch außergewöhnliche Verfügungen. Von diesem Rechtstitel haben Regierung und Behörden auf Grund ihrer gesetzlichen Ermächtigung in ausgiebigem, aber dennoch nicht in ausreichendem Maße und im Interesse des ihnen vorschwebenden Zieles Gebrauch gemacht.

Diese Wahrnehmung hat heute uns alle, die berufenen Vertreter aller ungarischen Konsumenten zusamengeführt. Es ist der erste Fall, daß die städtische Erwerbsklasse, die Arbeitgeber mit den Gewerkschaften der ungarischen Arbeiter gemeinsam beraten, gemeinsam agitieren. Das gemeinsame Uebel hat uns zusammengebracht und nichts charakterisiert besser die Schwere der Zeiten als diese Tatsache. Möge unsere Arbeit gesegnet, mögen unsere Bestrebungen von Erfolg gekrönt sein! (Lebhafter Beifall.)

Ich erkläre die Konferenz für eröffnet.

Der Präsident, dessen Eröffnungsrede mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, erteilte nunmehr das Wort den beiden Referenten Dr. Rudolf Krejcsi und Ernst Garami.

Pester Lloyd Abendbl. 28./IV. 1915

II

42

die Teuerungsenquete.

Referent Dr. Krejcsi.

Dr. Rudolf Krejcsi führte aus, daß die Teuerung keinen lokalen Charakter besitzt, sondern daß man der bedauerlichen Erscheinung der Preissteigerung in der ganzen Welt gegenübersteht. Auffallend sei es nur, daß diese Erscheinung auf uns mit weit größerem Gewicht lastet als in anderen Ländern. Es läßt sich nicht leugnen, daß von seiten der Regierung mannigfache Verfügungen getroffen wurden, um die fortwährende Steigerung der Preise hintanzuhalten. Diese Verfügungen wurden jedoch nicht in entsprechender Zeit getroffen und waren daher nicht von dem gewünschten Erfolg begleitet. Wir stehen zweifellos gewissen Fehlern der Produzenten gegenüber, aber auch die Konsumenten standen nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe. Die Konsumenten hatten nicht das rechte Vertrauen zu den Verfügungen der Behörden (eine Stimme: Mit Recht!) und sie häuften daher Vorräte auf, die naturgemäß zu einer Steigerung der Preise führten. Auch die Verwaltungsorgane standen der Preissteigerung unvorbereitet gegenüber und wußten ihren Verfügungen nicht wirksam Geltung zu verschaffen. Die eigentlichen Ursachen der Teuerung sind jedoch noch tiefer zu suchen. Sie sind auf das System zurückzuführen, sie reichen auf Jahrzehnte zurück und liegen eigentlich in der Wirtschaftspolitik des Staates. Die Landwirte haben Jahre hindurch nur daran gedacht, wie sie die Preisbildung bei der Feststellung der Zölle zu ihren Gunsten beeinflussen könnten und jene notwendigen inneren Reformen vernachlässigt, die in ihrem eigenen Interesse, aber auch aus öffentlichem Interesse hätten durchgeführt werden müssen, nur so ist es möglich, daß die Rentabilität des Bodens in Deutschland eine weit größere ist als bei uns zulande. Das von dem Vorbereitungskomitee der Enquete ausgearbeitete Memorandum faßt in sechzehn Punkten die Mittel zusammen, die eine momentane Abhilfe der obwaltenden Uebelstände bieten. Der Referent beleuchtet die hervorragenden Punkte dieses Memorandums und schließt, indem er dem Wunsch Ausdruck gibt, daß unsere Politik in Zukunft von der Idee geleitet werden müsse, Ungarn zu einem Industriestaate auszubauen.

Referent Ernst Garami.

Ernst Garami verweist darauf, daß nicht die Harmonie der gemeinsamen Interessen die Vertreter des Kapitals und der Arbeit hier zur gemeinsamen Beratung versammelt hat, sondern daß sie aus Angst vor der Gefahr einer gemeinsamen Katastrophe sich zusammengefunden haben. Sie halten jetzt zusammen wie die Passagiere eines im Sturm leck gewordenen Schiffes. Das Element, welches das Schiff in Gefahr gebracht hat, ist die einseitige Wirtschafts- und Approvisionierungspolitik der Regierung. (Lebhafter Applaus.) Wenn die Regierung ihre bisherige Wirtschafts- und Approvisionierungspolitik weiterhin befolgt, muß die industrielle Arbeiterschaft, die Industrie und die ganze wirtschaftliche und geistige Kultur der Städte zugrunde gehen. In dem vorliegenden Memorandum wird ziffermäßig nachgewiesen, daß die Preise der zur Approvisionierung unerläßlich notwendigen Lebensbedarfsartikel um 130 Prozent gestiegen sind. Diesen Prozentsatz vermag die Industrie durch Lohnerhöhungen bei weitem nicht auszugleichen. Mit hungrigen Arbeitern kann die Industrie aber nicht nur nicht entwickelt, sondern nicht einmal erhalten werden. Was wird nun nach dem Kriege geschehen? Die Arbeiter werden gezwungen sein, an die Arbeitgeber mit solchen Forderungen heranzutreten, von denen sie selbst wissen, daß sie ohne Gefährdung der Industrie nicht erfüllt werden können. Es fragt sich nun, ob die Regierung die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen, die sich an die Aufrechterhaltung und die Entwicklung des industriellen Lebens knüpfen, zu retten gewillt ist. Ist dies der Fall, so muß sie mit ihrer bisherigen Politik brechen und eine solche befolgen, welche die Existenz der Arbeiter sichert und die letzteren befähigt, ein nennenswerter Faktor der Industrie zu sein. Die Verantwortung trifft jedoch nur zum Teile die Regierung, zum großen Teile ist an den heutigen Zuständen auch der Umstand schuld, daß die städtischen Interessen nicht organisiert sind und die Behandlung stumm erduldeten, deren sie schon lange vor dem Kriege teilhaftig wurden. Allein Redner will dem Rate des Präsidenten folgend, nicht rekriminieren, denn die Rekriminationen wären nur dann am Platze, wenn es an der Zeit wäre, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Es handelt sich jetzt auch nicht um die Vergangenheit, sondern um die Gegenwart. Das vorliegende Memorandum enthält die Mittel, die geeignet wären, den gegenwärtig herrschenden Uebelständen wenigstens zum Teile abzuhelfen. Um dieses Ziel zu erreichen, darf die Regierung nicht vor großen Opfern zurückschrecken; sie muß den Städten Geld zur Verfügung stellen, um eine Verwohlfeilung der dringendsten Lebensmittelbedarfsartikel zu ermöglichen. Dazu muß Geld vorhanden sein. Wenn man Milliarden zur Deckung der Kriegskosten verwendet, darf man auch einige Millionen nicht ersparen wollen, wenn es gilt, die Städte vor dem Ruin zu bewahren. Das Memorandum verlangt die Aufhebung der Zucker- und Petroleumsteuer, die Feststellung von Maximalpreisen für alle notwendigen Lebensbedarfsartikel, energische Verfügungen zur Verhinderung der Preistreiberei und dergleichen mehr. Die Verfügungen der Behörden müßten aber energisch durchgeführt werden, und es darf nicht geschehen, daß die Behörden selbst sich gegen diese Verordnungen vergehen. Es darf nicht geschehen, daß unsere Truppen auf dem Kriegsschauplatze siegreiche Schlachten schlagen, daheim aber das ganze wirtschaftliche, geistige und Kulturleben zugrunde geht. (Lebhafte Eljenrufe und Applaus.)

Reichstagsabgeordneter Paul Sándor,
Präsident des Ungarischen Kaufmännischen Landesverbandes

verweist darauf, daß die in dem vorliegenden Memorandum zum Ausdruck gebrachten Wünsche zum großen Teile bereits in jener Regierungsverordnung berücksichtigt erscheinen, die vielleicht unter dem Drucke dieser Enquete in Angelegenheit der Preistreiberei vor einigen Tagen veröffentlicht wurde. Er vermißt jedoch in dieser Verordnung die Errichtung einer Lebensmittelzentrale, ohne welche die Approvisionierung keine zufriedenstellende sein kann. Redner stimmt in vielen Beziehungen den Ausführungen des Berichterstatters Garami zu. Wenn auf dem Kriegsschauplatze schon zumeist ungarisches Blut vergossen wurde, so soll uns wenigstens die künftige junge Generation erhalten bleiben. Es darf nicht zugegeben werden, daß die Lebensmittelpreise noch weiter in die Höhe gehen. In Deutschland sind die Zustände in dieser Beziehung weit zufriedenstellender als bei uns. Mit der deutschen Bevölkerung kann man eben nicht so umspringen, wie mit der unsrigen; dort hat die Regierung Getreide und andere Lebensmittel viel wohlfeiler an die Bevölkerung abgegeben, als sie sie eingekauft hat. Bei uns haben sich geradezu skandalöse Verhältnisse entwickelt. Der Staat darf nicht engherzig sein, wenn es gilt,

Pester Lloyd Abendbl.
28/XI. 1915

III

43

Die Teuerungsdebatte.

ihnen ein Ende zu bereiten. Redner erörtert dann die Ursachen der Teuerung, die zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß die Bevölkerung sich bei Ausbruch des Krieges ihren Jahresbedarf auf einmal versorgen wollte. Die Regierung hat durch ihre Verordnungen den Kredit bei der Bevölkerung eingebüßt, und das ist auch natürlich, wenn man die kleinen Diebe einsperrt und die großen laufen läßt. (Lebhafter Applaus.) Die Produzenten halten die Lebensmittel zurück, um höhere Preise zu erzielen; weder der Bürgermeister Stefan Bárczy, noch die Vertreter der übrigen Munizipien, welche die im Verordnungswege festgestellten Maximalpreise überzahlt haben, sind eingesperrt worden. (Heiterkeit.) In Deutschland wird bei solchen Uebertretungen immer das höchste Strafausmaß angewendet und dort werden derartige Uebertretungen nicht wie bei uns mit Arrest bis zu zwei Monaten und mit Geldbußen von 600 Kronen, sondern mit sechs Monaten Gefängnis und Geldbußen von 10.000 Mark bestraft. Unsere Landwirtschaft ist auch nicht darauf eingerichtet, daß man alle Produkte auf einmal auf den Markt bringe, überdies hatten wir im vorigen Jahre eine schlechte Ernte und mußten einen Teil unserer Produkte an unsere Bundesgenossen abgeben. Aus all diesen Gründen gibt es denn auch in ganz Europa keinen teuereren Markt als den unsrigen.

Redner wendet sich dann gegen den von mancher Seite erhobenen Vorwurf, als hätten die Kaufleute die Teuerung verursacht. Haben etwa nur die Kaufleute Waren gekauft, oder haben ihnen nicht vielmehr Fürsten und Grafen und alle Gesellschaftsklassen Konkurrenz gemacht? Die Landwirte, die in normalen Zeiten 30 Kronen an einem Paar Schweine gewinnen, verdienen jetzt 400 Kronen an ihnen. Das darf geschehen; wenn aber ein Kaufmann statt zwei Prozent drei und vier Prozent gewinnt, wird er eingesperrt. Wo ist da die Parität? (Zustimmung.)

Seine Ausführungen resümierend, erklärt Redner, daß an der Teuerung sowohl die Regierung wie die Bevölkerung schuld, die Regierung aber noch mehr, weil sie es ist, die das Land leiten muß. Jetzt ist es an ihr, der Bevölkerung zu helfen, die mit Recht sagt: bis hieher und nicht weiter. (Lebhafter Beifall.)

Felix Schwarz

schließt sich namens des Bundes Ungarischer Fabriksindustrieller dem Memorandum an.

Julius Kubik

meldet den Anschluß der Privatingenieure.

Bürgermeister Franz Nagy, Miskolcz

beklagt als Delegierter des Kongresses der Städte den Mangel an Organisation. Er urgiert die eheste Schaffung einer Organisierung und wünscht, daß man die Unterstützung für die eingerückten Hinterbliebenen, soweit die städtische Bevölkerung in Betracht kommt, erhöhen möge.

Ministerialrat Dr. Johann Serbán

beleuchtete hierauf die Frage als einer der Vertreter der Regierung. Er hat gehofft, daß man in dieser Enquete mit Vorschlägen zur Linderung der Teuerung auftreten werde. Dies ist jedoch nicht geschehen. Es sei ein Irrtum, wenn man glaubt, daß der Teuerung durch einige Regierungsverordnungen abgeholfen werden könne. (Lärm.) Mit einfachen Regierungsverordnungen kann nicht Ordnung gemacht werden. (Rufe: Man muß sie auch durchführen! Und in Deutschland?) Bei uns will niemand die Verordnungen durchführen. In Deutschland aber will dies jedermann und deshalb vermag man ihnen dort auch Geltung zu verschaffen. Bei uns gibt es auch niemanden, der die Verordnung durchführen würde. (Rufe: Der Gendarm!) Der Gendarm befindet sich an der Grenze des Landes, wo der Feind steht. (Großer Lärm.) Ich bitte, nicht oberflächlich zu sein. Vergleichen wir den Berliner „Kempinski" nicht mit der Budapester „Pannonia". In Deutschland wird das Jungvieh geschlachtet, weil man es in Ermangelung von Futterstoffen nicht zu erhalten vermag. Deshalb ist das Fleisch dort wohlfeil. So wird das Vieh dort verschwendet. (Großer Lärm.) Man kann unsere Zustände mit den deutschen ebenso wenig vergleichen, wie den Haushalt eines armen Mannes mit dem des Reichen. Wir sind ärmer, unser Geld ist weniger wert. Man vergißt, daß in Ungarn nicht nur die Lebensmittel, sondern alles teuer ist. Warum fragt man nicht, weshalb ein Paar Stiefel 60 Kronen kosten? (Großer Lärm.) Ich lasse mich nicht stören, habe ebenso auch das Recht zu sprechen, wie jeder andere.

Der Kriegsproduktengesellschaft sind Millionen Meterzentner Getreide angeboten, doch können sie nicht transportiert werden. Das fruchtbarste Gebiet des Landes ist Hinterland und der Eisenbahnverkehr erleidet häufig Unterbrechungen. Rußland hatte stets Millionen Ueberschüsse, trotzdem herrscht dort in einzelnen Gegenden Hungersnot. Es werden im Einvernehmen mit Deutschland einheitlich riesige Einkäufe vorgenommen. Das rumänische Getreide würde die Zölle wohl vertragen haben, doch hat man dort die Ausfuhr verboten, sobald die Agrarzölle bei uns suspendiert wurden. Die Industrie des Landes hat sich nicht in der Zeit der Weizenpreise von 12 Kronen entwickelt. (Rufe: Entwickelt sie sich vielleicht jetzt?)

Man muß die Konsumenten zahlungsfähig machen. Deutschland hat die hohen Agrarzölle zur Zeit Bismarcks eingeführt und obwohl man damals für die deutsche Industrie Befürchtungen hegte, hat sie sich infolge der hohen Agrarzölle entwickelt und den hohen Grad von Konkurrenzfähigkeit erreicht, daß der darüber erwachte Neid zu diesem Weltkriege geführt hat. Redner erörtert dann die Uebelstände der Landwirte und sagt, daß diese viel leiden, die Dörfer sich entvölkern und 70 Prozent der Pächter vom Pacht zurückgetreten seien.

Weitere Reden.

Sodann reflektierte Ernst Garami auf die Bemerkungen des Ministerialrates Johann Serbán, während Chefarzt Dr. Ludwig Ihrig den Standpunkt der Aerzte, Zoltán Zigány jenen der Pädagogen kennzeichnete, Nikolaus Iván sprach im Namen der Privatbeamten, Frau Hofrat Armin Neuman in jenem der Hausfrauen und endlich sprach Frau Emanuel Buchinger im Namen der Arbeiterinnen. Die Konferenz hat verschiedene von Frau Buchinger vorgebrachte Anregungen sich zu eigen gemacht und beschlossen, diese, noch nachträglich in das Memorandum einzufügen.

Der Schluß der Konferenz.

Präsident Leo Láncay schloß mit einer kurzen Rede die Konferenz, dankte den Teilnehmern und Korporationen für ihre Bemühung und ihr Interesse, worauf die Konferenz unter lebhaften Eljenrufen auf den Vorsitzenden geschlossen wurde.

Hamburger Fremdenblatt

30/XI. 1915.

Die Wirtschaftsdenkschrift.

Die Denkschrift über „wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges", die die Reichsregierung dem Reichstage vorgelegt hat, und über die wir bereits in unsrerer Abendausgabe vom 29. November an anderer Stelle berichteten, faßt in der Einleitung noch einmal die oft besprochenen Gründe und Ursachen der Lebensmittelregelung zusammen. Sie weist darauf hin, daß Kriege immer und überall die Lebenshaltung erschweren und verteuern, und daß die jetzige Erschwerung und Teuerung eine Allgemeinerscheinung sei, die wir in allen feindlichen Staaten und in den meisten neutralen Ländern ebenso wie bei uns antreffen. In Deutschland kann von einer Nahrungsmittelnot ganz und gar nicht die Rede sein. Kein Gebiet der Volksernährung ist wirklich bedroht, so daß der Aushungerungsplan unserer Gegner sich immer mehr als frevelhaft und dumm zugleich erweist.

Der Plan hat ganz das Gegenteil seines Zieles erreicht. Er hat eine außerordentliche Anspannung der Organisationskräfte veranlaßt, die sich der Erzeugung und Verteilung der Güter widmeten. Wo eine ernsthafte Knappheit zu befürchten war, haben Wissenschaft und Technik rechtzeitig Ersatz geschaffen. Dadurch hat die deutsche Volkswirtschaft auch im Hinblick auf den Frieden sehr wesentliche Vorteile errungen. Das sogenannte Nebenprodukt ist vielfach Hauptprodukt geworden. Wir sind auf diesem Gebiete zu ganz neuen und weitgreifenden Bewertungen gekommen. Unsere Feinde haben also die deutsche Volkswirtschaft gefördert. Das Scheitern ihrer Absichten wurde beschleunigt durch die Vermehrung der ausländischen Zufuhren infolge unseres erfolgreichen militärischen Vorstoßes auf dem Balkan. Wenn trotz der reichen Vorräte und Erzeugnisse die Preise aufschnellten, so hat das, wie gesagt, Ursachen gehabt, die nicht nur in Deutschland, sondern überall in dieser Richtung gewirkt haben.

Der Bundesrat hat gegen diese Preiserhöhungen den Kampf mit den bekannten wirtschaftlichen und strafrechtlichen Mitteln aufgenommen und in den letzten Monaten mit vermehrtem Eifer geführt. Durch Errichtung lokaler Preisprüfungsstellen und durch ihre Zusammenfassung in einer Reichsprüfungsstelle ist die Schaffung der Organisationsgrundlagen erleichtert, sowie eine Unterstützung der ausführenden Organe ermöglicht worden. Regelung der Preisbildung und der Versorgung sind die Aufgaben, deren Lösung teilweise schon erreicht, teilweise in Vorbereitung ist. Man hat ferner gesorgt, daß unzuverlässige Personen vom Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfes, besonders vom Handel mit Nahrungsmitteln, ferngehalten werden.

Nicht alle Wünsche hat das Reich bisher erfüllt. Noch manche wirtschaftliche Maßnahme muß getroffen werden. Der Reichstag wird die Lebensmittelwünsche des Volkes vorbringen und versuchen, eine möglichst baldige Erfüllung verbürgt zu erhalten. Es ist notwendig, daß dabei immer wieder betont wird, wie wenig wir von einer Lebensmittelnot bedroht sind, daß nur die Organisation verbesserungsbedürftig ist. Gelingt es, die Organisation derart zu gestalten, daß die Verteilung und Versorgung wirklich geregelt werden, so hat der Reichstag ein schönes Werk getan. Eine grundsätzliche Uneinigkeit besteht ja nicht. Es handelt sich lediglich um die Methode. Deshalb ist eine sachliche Beratung sehr erwünscht. Je mehr die persönliche Schärfe fehlt, um so ersprießlicher wird die Diskussion des Reichstages werden. Daß etwaige Mängel personeller und materieller Art in der bisherigen Wirtschaftsführung gerügt werden, ist selbstverständlich. Aber dabei darf man nie das hohe Ziel aus dem Auge verlieren, dem Volke den Bedarf an Nahrungsmitteln zu möglichst angemessenen Preisen derart zuzuführen, daß nirgends Knappheit und Stockung entstehen.

Hamburger Fremdenblatt

45

29/XI. 1915.

Denkschrift über wirtschaftliche Kriegsmaßnahmen.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

□ **Berlin**, 29. November.

Soeben ist dem Reichstag eine neue Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges zugegangen. Sie bildet den 6. Nachtrag zu dem ersten vor nunmehr gerade Jahresfrist veröffentlichten Weißbuch über den gleichen Gegenstand. Die neue Denkschrift behandelt die Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung, die vom Reiche oder unter seiner Mitwirkung in den letzten drei Monaten auf kriegswirtschaftlichem Gebiet getroffen sind, indem sie in übersichtlicher Darstellung die einschlägigen Gebiete der Volkswirtschaft in zehn Gruppen betrachtet. Es sind dies: Nahrungsmittelversorgung; sonstige Versorgung des Wirtschaftslebens; Beschaffung und Sicherstellung von Kriegsbedarf; finanzielle Maßnahmen, Verkehrswesen; Zoll- und Steuerwesen; Schutz der Schuldner und Rechtsschutz; Entlastung der Gerichte; Ortslöhne, Arbeiterschutz, Arbeiter- und Angestelltenversicherung, Privatversicherung; Kriegswohlfahrtspflege.

Der Darstellung der Nahrungsmittelversorgung ist diesmal ein einleitender Ueberblick vorangeschickt, der die Hauptaufgabe der Ernährungspolitik und die Maßnahmen zu ihrer Lösung in den letzten drei Monaten in knapper Zusammenfassung behandelt. Ihm folgt die Darstellung der einzelnen Maßnahmen in vier Hauptabschnitten: Der erste behandelt allgemeine Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung und zur Preisregelung, die drei folgenden die einzelnen Hauptgebiete der Ernährungsfrage, nämlich menschliche Lebensmittel pflanzlichen Ursprungs, menschliche Lebensmittel tierischen Ursprungs, und endlich Futtermittel.

Innerhalb des weiten Gebietes der volkswirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen habe, wie die Einleitung der Denkschrift betont, die vielgestaltige Frage der Volksernährung in den letzten drei Monaten in noch stärkerem Maße als früher im Vordergrunde der öffentlichen Erörterungen, wie der angespannten Tätigkeit der verantwortlichen Stellen der Reichsleitung gestanden. Es ist dies an sich weder ein überraschendes, noch irgendwie beunruhigendes Moment, vielmehr eine mit Notwendigkeit vorauszusehende Entwicklung: denn alle Erfahrungen der Geschichte, ebenso wie die Erscheinungen der Gegenwart in allen feindlichen Staaten, aber auch in den meisten neutralen Ländern Europas zeigen das gleiche Bild, daß sich in Kriegszeiten immer und überall die Lebenshaltung der Völker erschwert und verteuert.

Die Denkschrift führt weiter aus, daß angesichts dieser Erscheinung mit wachsender Genugtuung darauf hingewiesen werden kann und muß, daß auch nach den Ergebnissen der letzten Monate in Deutschland von einer Nahrungsmittelnot, d. h. von einer wirklich bedrohlichen Knappheit in Lebensmitteln auf keinem Gebiete der Volksernährung die Rede sein kann. Auch die Erfahrungen der jüngsten Zeit beweisen nicht allein die Frevelhaftigkeit, sondern nicht minder die wirtschaftliche Kurzsichtigkeit des Aushungerungsplanes unserer Gegner. Dieser Plan hat — sehr gegen den Willen seiner Urheber — den Anstoß zu einer stetig verbesserten Organisation aller Zweige unserer Volkswirtschaft, sowohl der Erzeugung, als der Verteilung und vor allem auch des Verbrauches der Güter, namentlich der Nahrungsmittel, gegeben. Schon heute läßt sich mit Deutlichkeit erkennen, daß damit nicht nur das Durchhalten während der Kriegszeit gesichert ist, sondern daß über diese hinaus wirtschaftliche und technische Neuschöpfungen erzielt worden sind, die dauernd der deutschen Volkswirtschaft zugute kommen werden. Unter dem Zwange der von den Gegnern versuchten Einschließung haben die hochentwickelte deutsche Wissenschaft und Technik auch auf dem Nahrungsmittelgebiete gerade in denjenigen Zweigen, in denen am ehesten ein Mangel zu besorgen war, rechtzeitig wirksame Ersatzmittel entdeckt und erfunden. Es sind für manche, früher vernachlässigte Naturprodukte Werte nachgewiesen, die zu einer dauernden Bereicherung der deutschen Volkswirtschaft führen werden, was durch praktische Beispiele in Folgendem mehrfach zu belegen sein wird.

Hat durch alles dies die eigene angestrengte und systematische Arbeit des deutschen Volkes eine erhöhte Erzeugung von Nährwerten erzielt, so findet sie in jüngster Zeit in engstem Zusammenhang mit der immer günstigeren politisch-militärischen Entwicklung eine Erleichterung und Unterstützung durch vermehrte Zufuhren aus dem Auslande.

Somit hat die kriegswirtschaftliche Lage Deutschlands — entgegen dem im feindlichen Auslande geflissentlich verbreiteten Behauptungen — nicht mit einer Unzulänglichkeit der notwendigen Nahrungsmittel zu rechnen. Vielmehr mußte das Grundproblem der Nahrungsmittelpolitik in andere Schwierigkeiten gesehen werden, die in den letzten Monaten in steigendem Maße in die Erscheinung traten, die in erster Linie neben der volkswirtschaftlich und sozialpolitisch wünschenswerten und gerechtfertigten Verteilung der Lebensmittel auf die verschiedenen Volksschichten und, die im engsten Zusammenhange damit, die Regelung einer angemessenen Preisgestaltung betrafen.

Es konnte nicht verkannt werden, daß die Preissteigerung, die in den Herbstmonaten in verschärfter Weise sich bemerkbar machte, vielfach über das Maß dessen hinausging, was als natürlich und unvermeidliche Folgeerscheinung unserer Wirtschaftslage im Krieg hinzunehmen ist. Dabei ergriff die Verteuerung zum Teil gerade die notwendigsten Nahrungsmittel, deren die minderbemittelten Volkskreise für ihre Lebenshaltung am stärksten bedürfen, und die Preise dieser Erzeugnisse stiegen zeitweise so, daß für weite Volksschichten eine ausreichende Ernährung beeinträchtigt zu werden drohte und dies, wie nochmals betont sei, nicht wegen eines wirklichen Mangels an Vorräten, sondern wegen der Höhe der Preise.

In der klaren Bekenntnis dieser Sachlage galten die Bemühungen der verbündeten Regierungen in den letzten Monaten vor allem dem Kampfe gegen die Lebensmittelteuerung, soweit dieser nur irgend durch Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung geführt werden konnte. Diese Maßnahmen bewegten sich im Rahmen, der in großen Zügen bereits in der Rede des Stellvertreters des Reichskanzlers im Reichstage am 20. August 1915 gezeichnet ist.

Das System der Höchstpreise und soweit dies wirtschaftlich zweckentsprechend ist, auch die Beschlagnahme, ist energisch weiter ausgebaut worden. Dabei ist die Gesetzgebung nicht davor zurückgeschreckt, Verstöße besonders schwerwiegender Art gegen Höchstpreisbestimmungen, mit dem Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte zu bedrohen, um den Nahrungsmittelwucher in seiner ganzen Gemeingefährlichkeit zu kennzeichnen. Um unberechtigten Preissteigerungen unmittelbar durch behördliche Einwirkung entgegentreten zu können, sind im ganzen Reich sachverständige Preisprüfungsstellen errichtet worden, die die Unterlagen für eine angemessene Preisregelung zu schaffen und die zuständigen Behörden bei der Ueberwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln und andern Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfes zu unterstützen haben. Einer dankenswerten Anregung des Reichstags folgend, ist gewissermaßen die Krönung des Gebäudes dieser örtlichen Preisprüfungsstellen eine Reichsprüfungsstelle ins Leben gerufen worden, die bereits eine fruchtbringende Tätigkeit entfaltet hat. Ihr steht ein Beirat zur Seite, in dem neben Mitgliedern des Bundesrats, Vertreter sämtlicher Parteien des Reichstags, die ferneren Vertreter der Städte, der Landwirtschaft, des Groß- und Kleinhandels und des Verbrauchs ihren Sitz haben. Aber über die Ausgaben der Ueberwachung und Regelung der Preisbildung hinausgehend, ist eine planmäßige Versorgungs-Regelung durch die Staatsgewalt, die Gemeinden und nötigenfalls durch bevorrechtigte Versorgungsgesellschaften in die Wege geleitet worden. Auf der anderen Seite sind zum Zwecke der Gesundung des Handels mit Gegenständen des täglichen Bedarfes, insbesondere mit Nahrungs- und Futtermitteln Bestimmungen ergangen, um die Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel zu ermöglichen. Die Maßnahmen zur Preisgestaltung und Versorgungs-Regelung finden ihre natürliche und notwendige Ergänzung durch Vorschriften über die Verbrauchsregelung. Solche Bestimmungen sind in den letzten Monaten für wichtige Zweige der Volksernährung, insbesondere zur Einschränkung des Fleisch- und Fettverbrauchs ergangen. Weitere Maßnahmen auf diesen wichtigen Gebieten sind in Vorbereitung.

Hamburger Fremdenblatt
1./XII. 1916.

47

„Kriegswirtschaftliche Denkschrift."

□ Berlin, 1. Dezember. (Drahtbericht unseres Berliner Büros.) Die neue „Kriegswirtschaftliche Denkschrift", über deren Inhalt heute die Budgetkommission des Reichstags zu verhandeln beginnt, ist in ihrer Einleitung eine Zusammenfassung der gegenwärtigen Lage auf den einzelnen Hauptgebieten der Ernährung. Hierbei gelangt die Denkschrift trotz vorsichtigster Beurteilung aller einschlägigen Verhältnisse doch nachdrücklichst zu dem Ergebnis, daß unser Durchhalten in der Nahrungsmittelversorgung unbedingt gesichert ist.

Auf dem Gebiete der Getreide- und Mehlversorgung ist es durch streng durchgeführte Zentralisation und infolge der großen Rücklagen aus dem vorigen Wirtschaftsjahre möglich gewesen, die täglichen Mehlmengen um ein Achtel zu erhöhen und außerdem durch Herabsetzung des Ausmahlverhältnisses ein feineres, weniger kleiehaltiges Mehl zu gewinnen. Hierdurch wurden zugleich die Kleiemengen und damit der Bestand an Futtermitteln vermehrt, der weiterhin auch noch durch die Verwendung einer bestimmten Menge von Getreide zur Herstellung von Futterschrot eine sehr wünschenswerte Vergrößerung erfahren hat.

Kartoffeln wiesen im letzten Herbste eine besonders günstige Ernte auf, die im Ergebnis für das Deutsche Reich auf mindestens 54 Millionen Tonnen zu schätzen ist. Dem steht ein besonders starkes Bedürfnis der Landwirtschaft gegenüber, das aus dem Mangel eine Reihe anderer Futtermittel entspringt. Es sind nun eine Reihe von Maßnahmen getroffen worden, um die Befriedigung des Bedarfes der Bevölkerung mit einer ausreichenden Menge von Speisekartoffeln zu mäßigen Preisen sicherzustellen.

Obst und Gemüse hatten sich im allgemeinen gleichfalls einer günstigen Ernte zu erfreuen. Ihre Nutzbarmachung wurde aber in den letzten Monaten durch starke, nicht begründete Preiserhöhungen erschwert. Es ist deshalb auch hier die Einführung von Höchstpreisen sowohl für die Erzeuger als auch für den Kleinhandel vorgesehen.

Zucker wird auch im laufenden Jahre für die menschliche Ernährung in genügender Menge zur Verfügung stehen. Insbesondere wird der Verbrauch von Marmelade, von Zuckerhonig, Sirup und sonstigen Fettersatzmitteln in reichlicher Menge möglich sein. Einschränkende Maßnahmen werden nur den Zweck haben, die Verwendung zu gewissen Luxuszwecken zugunsten des allgemeinen Verbrauchs zu beschränken. Dagegen wird der Zucker nicht mehr in demselben Umfang wie im abgelaufenen Jahre als Ersatz anderer Stoffe bei der Viehfütterung verwendet werden dürfen. Für die Viehfütterung stehen im wesentlichen nur die Nachprodukte der Zuckererzeugung zur Verfügung. Der Wert der Melasse wird noch dadurch gesteigert werden, daß sie auch zur Herstellung von eiweißhaltigen Ersatzfuttermitteln dienen wird.

Der Futtermittelbezug für die Ernährung unserer Viehbestände pflegte sich bereits lange vor dem Kriege auf erheblich mehr als eine Milliarde Mark zu stellen, und zwar waren es, schon der Frachtkosten wegen, in weitem Umfange die hochwertigen Futtermittel, wie Gerste, Oelkuchen und dergl. mehr. Vorwiegend dienten die ausländischen Bezüge zur Erzielung spezifischer Leistungen in der Viehzucht, so der Aufzucht und der Mästung der Schweine, der Hochmast und der gesteigerten Milchlieferung beim Rindvieh. Unter dem Rückgang der Einfuhr leiden daher natürlich zunächst diese Aufgaben. Im allgemeinen dagegen kann die Rindviehhaltung mit den großen Mengen der in der Wirtschaft selbst erzeugten Futtermittel durchgehalten werden, wie auch die sehr günstigen Ergebnisse der Viehzählungen beweisen.

Eine gewisse Ausgleichung in den spezifischen Anforderungen der Viehhaltung wurde geschaffen durch die Beschlagnahme und allgemeine Bewirtschaftung der Futtermittel nach gewissen Grundlagen. (Schlüssel.) Sodann sind nunmehr bereits seit geraumer Zeit Technik und Wissenschaft darauf aus, für die Auslandsfuttermittel Ersatz zu schaffen durch Herstellung von Kraftfuttermitteln aus inländischen Quellen. Diese Bestrebungen haben schon günstige Erfolge gezeitigt und berechtigen zu weiteren Erwartungen. Auch die Heranziehung von Futtermittelquellen und von Gelegenheiten, Vieh zu ernähren, die in normalen Zeiten vernachlässigt zu werden pflegen, wird planmäßig betrieben und liefert beachtenswerte Ergebnisse.

Hier sei lediglich auf die Ausnutzung der Wälder (Waldweiden) sowie der Baumfrüchte hingewiesen.

Neuerdings beginnt sich eine weitere Unterstützung des Tierfutters durch Erleichterung der Zufuhr von Futtermitteln aus dem Auslande infolge der militärisch-politischen Lage geltendzumachen.

Bei Würdigung aller der vorgedachten Momente darf mit Sicherheit erwartet werden, daß die deutsche Volksernährung, soweit sie auf Lebensmitteln tierischen Ursprungs beruht, vor einer wirklich bedrohlichen Lage bewahrt bleiben wird. Inzwischen freilich läßt sich nicht verkennen, daß gerade die hier in Rede stehenden Nahrungsmittel, also nicht das Fleisch selbst, sondern auch Milch und vor allem Butter und andere tierische Fette, in den letzten Monaten die Hauptschwierigkeiten auf dem Lebensmittelmarkte geboten haben. Deshalb haben gerade auf diesem Gebiet in jüngster Zeit die Maßnahmen zur Versorgungsregelung, Preisbildung und Verbrauchsregelung eine besondere Bedeutung gewonnen.

Kölnische Zeitung 3./XII.1915

Allgemeine Teurung.

n Rotterdamer Telegramm der Daily Mail teilt mit, nde aus Berlin berichteten über Lebensmittelkrawalle, ein penaufgebot habe die Ruhe herstellen müssen, 200 Personen getötet und viele verwundet worden. Aus diesem Anlaß ein Berliner Parteiblatt geschrieben, die Zustände begännen träglich zu werden.

iese Meldung ist nicht vereinzelt. Nachrichten solcher Art en eine ständige Rubrik in Auslandsblättern, und unsere ner bauen mehr denn je ihre Hoffnungen auf baldige Zerbung der deutschen Widerstandskraft durch den Hunger. Wie er die große Offensive den Elan bei unsern Feinden wach en sollte, so muß es jetzt der kunstvoll drapierte Pressefeldzug die deutsche Hungersnot tun. Unsere Gegner können ihre ernende Widerstandskraft nicht wirkungsvoller galvanisieren als urch, daß sie von deutscher Hungersnot, Hungerrevolten und aus folgenden innerpolitischen Schwierigkeiten schreiben. Aber Rechnung stimmt nicht.

s ist ein verdächtiger Eifer darin, wie die ausländische Presse r die deutschen Lebensmittelverhältnisse berichtet, und man bemt den Eindruck, als ob hinter dieser reichlich fließenden Beterstattung etwas mehr stecke. Und man rät nicht fehl, wenn n annimmt, es stecke der Wunsch dahinter, die Erregung des enen Volkes über Knappheit und Teurung zu zerstreuen und eigenen Zustände zu verschleiern. In der Tat: untersucht man er diesem Gesichtswinkel die fremde Presse, so zeigt sich die Bestigung unserer Vermutung. Teurung und Knappheit sind opäische Probleme geworden, und werden morgen vielleicht eltprobleme sein.

In einer Reihe von Aufsätzen wollen wir das europäische Teungsproblem betrachten. Soweit wir uns für die Darstellung der ge im Ausland auf feindliche Pressenotizen stützen, ist zu beten, daß die Auslandszensur, abgesehen von England, sehr arf arbeitet und alles unterdrückt, was ihr irgendwie bedenklich cheint.

So muß man sehr häufig zwischen den Zeilen zu lesen verstehen.

1. Teurung und Knappheit in Frankreich.

Frankreich, das mit wenig Witz und viel Behagen die deutsche urung betrachtet, leidet zwar nicht unter Zufuhrsperre, trotzdem er unter Teurung und Knappheit. „Verteurung der Lebenshaltung", das ist stehende Rubrik aller französischen Zeitungen. ewegliche Klagen aus Paris, den Faubourgs und der Provinz d an der Tagesordnung. Überall dasselbe Lied: die Preise igen, die Märkte sind schlecht beschickt. Teurungskrawalle und wischenfälle sind eine häufige Erscheinung. Petit Parisien spricht solche Auftritte und bemerkt, viele Gemeinden fühlten h Paris gegenüber wie Schiffbrüchige auf dem Meere. Die rmischen Ausdrücke zorniger, unzufriedener Gesinnung seien cht revolutionär, — „daß es in Potsdam keine Kartoffeln gibt, begreiflich, aber in Charenton ...?" Eine dabei noch ziemlich timistische Untersuchung eines Redakteurs der Humanité stellt st, daß die Lebenshaltung in Paris um 58 Prozent gestiegen . Die als Abteilung des Ackerbauministeriums eingerichtete Untersuchungsstelle für Betrügereien" hat die Teurung in arnisonorten untersucht, und kommt zum Resultat: „Überall die gewissenlose Geldgier der kleinen Händler: die Taxen der Präfekten aben eigentlich nur die bestehenden hohen Preise sanktioniert... u den Gewinnsten dieser Teurung kommen noch die strafbaren Geinne aus Betrug: in großem Maßstabe sind Nahrungsmittel efälscht worden. Würste ohne Fleisch, Schokolade ohne Kakao, Medikamente ohne Asperin mit 30 Prozent Soda, tauchten in Menge auf." Wild und Geflügel haben Phantasiepreise erreicht. rotz Freigebung der Fasanen- und Hasenjagd stand der Fasanenreis (25. Nov.) 15 Franken, Hasen (22. Nov.) 12 Franken, artoffeln stehen nach der offiziellen Pariser Preisliste vom 4. November 14 bis 24 Franken der Doppelzentner. — Der ittlere Preis für Butter steht 4,50 Franken das Kilo bei steigender endenz. Die Fleisch- und Geflügelpreise sind gleichfalls in beunruhigender Weise gestiegen. Eine wesentliche, geradezu gefährche Verteurung der Lebenshaltung bedeutet für Frankreich der Mangel an Brennstoffen. Die wichtigsten Kohlengebiete sind von Deutschland besetzt, die Zufuhr englischer Kohlen ist unregelmäßig nd knapp, da England zunächst natürlich sich selbst versorgt. Dabei nd die Zufuhren noch durch ungeheure Frachtpreise verteuert. Für die minderbemittelten Klassen werden diese Verhältnisse sich weifellos im Winter zu einer Kalamität auswachsen. Neuerings hat in der französischen Kammer eine lebhafte Auseinandersetzung über den Mangel an Zucker und über die ungeheuren Zuckerpreise stattgefunden, in der die Regierung versprach, Abhilfe u schaffen.

Natürlich beschäftigt sich die Öffentlichkeit rege mit diesen Verältnissen. Der neu gegründete „Ausschuß für volkswirtschaftliche Verteidigung" befaßte sich verschiedentlich mit den Teurungsfragen; ogar die „Akademie der geistigen und politischen Wissenschaften" hat man bemüht, und Souchon hat am 20. November einen „sehr gelehrten Vortrag" über die Fleischteurung gehalten. Das Thema wird von der Presse und den Gemeinden ebenfalls in allen Tonarten variiert. Am meisten erregt es Erstaunen, daß manche Märkte trotz guter Beschickung sehr feste Haltung zeigen. Viele Zeitungen besprechen die allgemeinen, wirtschaftlichen Umstände, die zur Teurung beigetragen haben; andere sind geneigt, die Spekulation verantwortlich zu machen und ihr scharf zu Leibe zu gehen. In Clichy wurden in einem Kühlraum 50 000 Kilo gesperrte Butterbestände entdeckt, ohne daß gegen diese Praktiken gesetzlich eingeschritten werden konnte! Die Humanité (21. November) bemerkt: „Die Verteurung der Lebenshaltung ist eine ganz naturgemäße Folge des Krieges. Die Leute, die früher arbeiteten, kämpfen jetzt, die Produktion ist verringert, die Nachfrage steigert sich, weil große Armeen zu unterhalten sind. Die Transportmittel sind knapp, weil das Heer sie stark mit Beschlag belegt. Der Weltmarkt ist für alle Nationen geschlossen oder stark gehemmt, die Einfuhr hat nur verringerten Schiffsraum zur Verfügung." Im übrigen findet die Humanité, es sei ein schlechter Trost für französische Mütter, zu wissen, daß es deutschen Müttern auch schlecht geht. Dann kommt das Blatt auf seine häufigen Notizen über die unersättliche Geldgier von Händlern und Produzenten zurück, die die Preise künstlich steigerten.

Lebhaft ist der Ruf nach staatlichem Eingreifen, ebenso lebhaft die Vorschläge, die für das staatliche Eingreifen gemacht werden. Die vor wenigen Wochen über die Maßnahmen der deutschen Regierung witzelten, schlagen heute Maßnahmen nach deutschem Muster vor, Höchstpreise und Enteignung. Geben wir wiederum der Humanité vom 21. November das Wort: „Wir brauchen eine Marktregulierung; eine Verteilungs- und Verkaufsorganisation nationaler, kommunaler und genossenschaftlicher Natur zugleich, die die Kosten der lokalen Lebensmittelproduktion festsetzt; die ärmere Bevölkerung, die keine direkten Steuern zahlt, könnte sich ihre Lebensnotdurft auf diese Weise zu Produktionskosten verschaffen."

Offizielle Preislisten sind seit dem 14. November auf ministerielle Anordnung in Paris in Übung. Freilich ist der Verkäufer nicht gezwungen, sich an sie zu halten. Sie sollen eben nur einen moralischen Druck ausüben. Jeder Händler, der höher als die offiziellen Preise verkaufen will, muß die offizielle Liste anschlagen und neben ihr eine Liste der Verkaufspreise, die er nimmt. Man rechnet eben auf die „Anständigkeit der Verkäufer" und auf ihre Furcht vor Verruf bei dem Publikum. Auch bezüglich des Großhandels sind Maßnahmen in Vorbereitung.

Wir können also für die nächste Zeit damit rechnen, daß auch Frankreich ein großes System wirtschaftlicher Maßnahmen erlassen wird, das vielleicht schärfer und drückender sich gestalten muß als alle Eingriffe bei uns, darum, weil die staatsbürgerliche Disziplinierung des einzelnen Franzosen — symptomatisch, dafür sind die Anleiheoperationen! — weit geringer ist als die des deutschen Volkes. Unser stärkeres Volksethos gibt uns die Zuversicht, daß wir die ökonomischen Schwierigkeiten weit besser durchhalten können als Frankreich es kann.

Hamburger Fremdenblatt

4./XII.1915.

Wirtschaftliche Rundschau.

Neue finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen. — Die Kriegsgewinnsteuer. — Die Kriegsabgabe der Reichsbank. — Kriegsausgaben und ihre Deckung. — Der Ultimo an den Börsen. — Zur Börsenlage.

Hamburg, 4. Dezember.

Der Monat November hat uns kurz vor seinem Scheiden noch eine Fülle finanzieller und wirtschaftlicher, tief in das Erwerbs- und Geschäftsleben eingreifender Maßnahmen und Ueberraschungen gebracht. Erwähnt seien die dem Reichstage zugegangene umfangreiche Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen, der Gesetzentwurf über die Kriegsgewinnsteuer und über die Kriegsabgabe der Reichsbank sowie der vollständige Abbau der Ultimoverpflichtungen an der Berliner und Frankfurter Wertpapierbörse.

Gibt uns die Wirtschafts-Denkschrift die sichere Gewißheit, daß von einer Lebensmittelnot im Deutschen Reiche, auf die unsere Gegner in ihrer Verblendung immer noch zu rechnen scheinen, in keiner Weise die Rede sein kann, so beweist der Kriegsgewinnsteuer-Gesetzentwurf, daß uns außer den Kriegsanleihen noch ergiebige andere Hilfsquellen zur Verfügung stehen, aus denen wir unsere Kriegsausgaben decken können. Ueber einzelne, unmittelbar nach der Veröffentlichung des Entwurfs aufgetauchte Zweifel sowie über verschiedene Unklarheiten mancher Bestimmungen hat die treffliche Rede Helfferichs bei der Reichstagseröffnung bereits Gewißheit geschaffen. Nachdem bei der eingehenden Durchberatung im Reichshaushaltsausschuß weitere Einwendungen geprüft sowie Ergänzungen, Erweiterungen und Verbesserungen vorgenommen worden waren, ist der ganze Entwurf am Donnerstag in erster Lesung angenommen worden.

An der Börse hatte der Entwurf zunächst einen Preisrückgang in den sogenannten Kriegs- und Rüstungswerten zur Folge, doch war diese Verstimmung nur eine vorübergehende. Während man auf der einen Seite der Ansicht zuneigte, daß die Besteuerung der Aktiengesellschaften ihre Dividenden schmälern würde, wurden auch Stimmen laut, die sich dahin aussprachen, man werde bei den Gesellschaften, die bisher auf Kosten der Dividende bei den Abschlüssen erhebliche Gewinnbeträge versteckt hätten, für die nächsten Jahre auf eine Erhöhung des Erträgnisses rechnen dürfen, da sie jetzt gezwungen seien, über die tatsächlich erzielten Gewinne genaue Rechenschaft abzulegen. Eine an der Börse deutlich in die Erscheinung getretene Folge hat die Ankündigung des Kriegsgewinnsteuer-Gesetzentwurfs jedenfalls schon gehabt, und das ist die lebhafte Nachfrage nach unseren Kriegsanleihen, die sich in der verflossenen Woche erfreulicherweise bemerkbar machte. Da die Kriegsanleihe nach dem Entwurf als Steuerzahlungsmittel gilt, haben selbstverständlich die von der Steuer betroffenen Gesellschaften und Privatpersonen das Bestreben, ihre Bestände an diesen Anleihen zu vervollständigen. Der infolgedessen hervorgerufene Begehr nach unserem besten und ersten Anlagepapier hat aber auch gleichzeitig bewirkt, daß in letzter Zeit die Anleihe fast ganz vom Markte ferngehalten wurde.

Die Kriegsabgabe der Reichsbank ist einer Sonderregelung unterworfen worden. Wie wir schon mitgeteilt haben, wird der Reingewinn unseres Zentral-Noteninstituts für 1915 auf etwa 220 Millionen Mark geschätzt gegen 67 Millionen Mark im Jahre 1914. Vorausgesetzt, daß die Schätzung zutrifft, wäre die Reichsbank in der Lage, für das demnächst zu Ende gehende Geschäftsjahr eine Dividende von etwa 30 Prozent zur Verteilung zu bringen gegen 10,24 Prozent in 1914, 8,43 Prozent in 1913 und 6,95 Prozent in 1912. Da jedoch von dem Gewinn von 220 Millionen Mark nach dem Gesetzentwurf rund 194 Millionen Mark für Kriegsgewinnsteuer in Abzug gebracht werden sollen, so bleiben als Dividende für die Anteilseigner und für den Reservefonds nur 26 Millionen Mark übrig. Die voraussichtliche Dividende der Reichsbank für 1915 dürfte sich also nur auf etwa 10,50 Prozent stellen. Inzwischen ist bei der Durchberatung der Vorlage der Regierung im Reichshaushaltsausschuß ein Antrag zur Annahme gelangt, daß statt 50 Prozent des Gewinnes der Reichsbank in den Kriegsjahren 75 Prozent an das Reich fallen sollen. Erklärt sich auch der Reichstag mit dieser Abänderung des ursprünglichen Entwurfs einverstanden, dann würden anstatt der in Aussicht genommenen 10,50 Prozent Dividende nur etwa 8,75 Prozent auf das Grundkapital von 180 Millionen Mark zur Verteilung kommen können. Bei dem erheblichen Mehrgewinn der Reichsbank in 1915 gegenüber 1914 bedeutet dieser Satz für die Anteilbesitzer ja eine gewisse Enttäuschung, da aber die große Mehrzahl derselben nicht auf einen Ertrag aus ihren Anteilen angewiesen ist, werden sie im Interesse der Deckung unserer Kriegsausgaben um so bereitwilliger und freudiger Entsagung üben können. Bei dieser Gelegenheit sei übrigens noch erwähnt, daß in der in der verflossenen Woche abgehaltenen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank der Präsident Dr. Havenstein die weitere Geschäftsentwicklung des Instituts als besonders befriedigend bezeichnet hat.

Einen Beweis finanzieller Leistungsfähigkeit und Widerstandskraft haben die deutschen Börsen Ende November gegeben, da, wie jetzt amtlich festgestellt worden ist, die Ultimo-Regulierung ohne jede Störung vonstatten gegangen und das an der Berliner Börse zur Durchführung des Abbaues mit 20 Millionen Mark Kapital gebildete Garantie-Syndikat überhaupt nicht in Anspruch genommen worden ist. Diese Tatsache sowie die günstigen Meldungen von den verschiedenen Kriegsschauplätzen, besonders aber die Nachricht von der völligen Niederringung Serbiens, bewirkten, daß während des ganzen Wochenverkaufs an den Wertpapierbörsen die feste Grundstimmung die Oberhand behielt. Freilich blieb das Geschäft außerordentlich still, und die Umsätze hielten sich in den engsten Grenzen. Wie schon weiter oben erwähnt, kam es vorübergehend infolge der Kriegsgewinnsteuervorlage in einigen Rüstungswerten infolge vorgenommener Gewinnsicherungen zu Preisrückgängen. Auf Montanwerte übten die zuversichtlichen Auslassungen des Kommerzienrats Peter Klöckner in der Hauptversammlung des Hasper Eisen- und Stahlwerks über die günstigen Aussichten des Eisen- und Stahlmarktes keinerlei Einfluß aus. Solange das Privatpublikum sich am Börsengeschäft nicht beteiligt, letzteres vielmehr sich nur auf die Kreise der berufsmäßigen Spekulation beschränkt, dürfte auch eine Belebung des Verkehrs nicht eintreten.

Arbeiterzeitung
4./III. 1915

II

50.

Das Handelsamt und unsere Wirtschaftspolitik.

Gewicht in seinen amtlichen Pflichtenkreis. Die Sozialpolitik ist von nun an ein Teil, wie wir meinen: der wichtigste Teil seiner Wirtschaftspolitik! Und darin ist er vorläufig ein ungedrucktes Buch, für das die Anfangskapitel in der Sozialpolitischen Sektion bereitstehen.

Der Krieg noch dazu rückt die Sozialpolitik in einer selbst für uns unheimlichen Weise in den Vordergrund. Bald, hoffentlich bald, werden Millionen arbeitsfähiger Männer den in Pflicht und Ehre getragenen Waffenrock ablegen und wieder einen Platz am Schraubstock suchen, und Zehn-, vielleicht Hunderttausenden wird das schwer fallen. Die Arbeitslosigkeit ist eines der dringendsten Probleme des wiederkehrenden Friedens. Aber viele Tausende kehren heim mit verminderter Arbeitsfähigkeit, Kriegsinvalide, ja Kriegsgreise! Die Invaliden- und Altersfürsorge für Soldaten läßt sich von der gewerblichen ja gar nicht trennen, nachdem einmal jeder Bürger Soldat ist. Hier ist Raum für eine Großtat, eine wahrhaft Bismarcksche Tat der Sozialpolitik, um in bürgerlich-verständlichen Beispielen zu reden. Dann aber ist ein altes, schon vor dem Kriege düsteres Problem in noch verdüsterter, weil erweiterter Form erstanden, das Problem der Arbeiterjugend. Durch viele europäische Kongresse von Kriminalisten, Soziologen, Menschenfreunden und Aerzten hat sich schon vor dem Kriege die „Fürsorge für die verwahrloste Jugend" hingeschleppt, ein grauenvoller Gegenstand, eine fürchterliche Anklage wider die herrschenden Gesellschaftszustände. Seit der Kampf um das Brot Vater und Mutter aus dem Hause führt und die Kinder vereinsamen, seit die Meisterlehre nicht mehr wie einst das Institut der Aufzucht eines tüchtigen Nachwuchses für eine tüchtige und die damals einzige Betriebsweise ist, sondern das oft barbarische Hilfsmittel, rückständige Betriebsformen fortzufretten auf Kosten der Zukunft und Gesundheit der Arbeiterjugend, seitdem sind die statistischen Zahlen für die verlassene, verwahrloste, entgleiste und selbst verbrecherische Jugend unablässig, erschreckend gestiegen. Vaterlose Kinder, Kinder, deren Mütter dem Erwerb nachgehen müssen, Lehrherren, die so bitter um das eigene Fortkommen ringen, daß ihr Gehirn für Rücksichten keine Zeit, ihr gepeinigtes Herz für fremde Pein keinen Raum hat, wird es nach dem Kriege eher mehr als weniger geben.

Das sind nur einige von den vielen drängenden Problemen der Zeit, die in erster Linie Aufgaben der Sozialpolitischen Sektion und damit des Handelsamtes sind.

Aber wir wollen heute nicht zu viel am einzelnen haften, um zunächst nicht das Ganze zu verlieren. Die arbeitenden Massen haben in ihrer Verlassenheit schon lange den Weg der Selbsthilfe beschritten, der ihnen vor grauen Jahren von der bürgerlichen Welt selbst eindringlichst empfohlen worden ist. Außerstande, auf Staatshilfe zu warten, und ohne großes Vertrauen in sie haben sie sich als Träger des wirtschaftlichen Produktionsprozesses in Gewerkschaften, als zahlreichste und ausschlaggebende Träger der gesellschaftlichen Konsumtion in Genossenschaften organisiert. Voreinst begrüßt, wurden diese Organisationen später der Gegenstand des Hasses und der Verfolgung, nicht selten auch einer kleinlichen Schikane. Das gehört nun, wie uns Gelehrte und Laien versichern, jener düsteren Vergangenheit an, die nicht wiederkehren soll. Die Regierung des Deutschen Reiches und der deutsche Reichstag haben in der letzten Zeit Erklärungen und Taten gesetzt, die den unleugbaren Willen bekunden, sowohl auf dem Boden der Gesetzgebung wie der Verwaltung — und letzteres ist praktisch noch wichtiger! — diese Selbsthilfe nicht nur ungestört zu lassen, nicht nur mit allen Ausnahmsverfügungen und Schikanen zu verschonen, sondern auch positiv zu fördern, zu fördern zunächst durch rückhaltlose Anerkennung ihrer sozialen Mission, ihrer Gleichberechtigung mit den Unternehmerorganisationen und ihres hohen Wertes für den Staat selbst. Auch das ist nicht bloß Theorem, sondern drückt sich in tausend kleinen und großen Beziehungen zur Staatsverwaltung aus. Hier ist der Punkt, wo zu zeigen ist, ob Oesterreichs Arbeiterklasse die gleiche Geltung besitzen wird wie jene des Deutschen Reiches, mit der sie ja durch Geschichte und Schule durchaus eins ist. Und danach wird die Arbeiterklasse Oesterreichs vor allem warten. Denn die Haltung darin ist der Schlüssel zu allen Einzelheiten.

Ein reiches, großes Feld der Wirksamkeit ist das Handelsamt, und als gute Staatsbürger erwarten wir in geziemender Zuversicht, daß es hinfür gut bestellt ist. Wir warten auf Erklärung und Tat!

Fremdenblatt
4./XII. 1915

Die wirtschaftlichen Aufgaben der nächsten Zukunft.

Die „Neue Zürcher Zeitung" vom 29. November bemerkt, daß der Erfolg der österreichischen und der ungarischen Kriegsanleihe ein gewaltiger Erfolg ist. Niemand, weder Freund noch Feind, hätte die ungeheure militärische und finanzielle Kraftentfaltung der Monarchie vorauszusagen vermocht. Das Selbstbewußtsein der Oesterreicher und der Ungarn hat sich während des Weltkrieges von der Versumpfung erholt, in die es infolge des kleinlichen Parteistreites unterzugehen drohte. Jetzt gelte es, den Frieden vorzubereiten, und zwar vor allem vom finanziellen und handelspolitischen Standpunkte. Die Rückkehr der Krieger zur gewohnten Arbeit, das Anlagebedürfnis des Geldes, das Zurückströmen der Rohstoffe in die Warenlager, all dies bringt Probleme auf die Tagesordnung, die von nie dagewesener Schwierigkeit sind. Der Staat wird für den Frieden am besten gerüstet sein, der schon für die Deckung der Kriegsausgaben, abgesehen von jeder Kriegsentschädigung, jetzt sorgt. Auch müsse verhindert werden, daß die Spekulation sich schon vor Friedensschluß der Rohstoffe bemächtige und so eine Teuerung hervorrufe, wie sie nicht einmal zu Kriegszeiten war. Der Staat, die autonomen Behörden, die Körperschaften und die Vereine, die einzelnen Privatpersonen sollten schon jetzt mit der Arbeit beginnen.

Arbeiterzeitung 4./VII. 1915

I

52

Das Handelsamt und unsere Wirtschaftspolitik.

Die Erwartung scheint uns zuläßig, daß der neue Mann im Handelsministerium eine andere Orientierung mitbringt, als sie bisher dort üblich war. Er kommt aus der Staatsverwaltung und von der Industrie her und also ist zu vermuten, daß er Oesterreich vor allem als Industriestaat auffassen gelernt hat und industriestaatliche Politik treiben will. Der Volkswirt müßte blind sein, der in dieser furchtbaren Heimsuchung unseres Landes nicht erkannt hätte, daß im modernen Industrievolk die Hauptkraft der Abwehr und die Hauptwurzel unseres Bestandes liegt, daß die Methoden der Industrie das Sieghaft-Neue der Zeit sind und nunmehr auch Anwendung heischen auf alle anderen Wirtschaftsformen, auf das Handwerk, das sich, um mit Erfolg seinen Bestand zu behaupten, zur Kleinindustrie umbilden, und auf die Landwirtschaft, die sich industrialisieren muß, um unsere Bevölkerung ernähren zu können. Industriepolitik ist also nicht bloß einseitige Politik für einen Berufszweig, sondern notwendige, allgemeine Wirtschaftspolitik auf einer bestimmten Entwicklungsstufe. Es ist kein Zweifel, daß wir diese Stufe erreicht haben.

Wie sehr man also zu erwarten Anlaß hat, daß seine Vorschulung den neuen Leiter des Handelsamtes industriestaatlich orientiert hat, so große Vorbehalte müssen wir vorläufig in anderer Richtung machen; vorläufig, solange wir eines Besseren nicht belehrt sind. Die Industrie gleicht wie das Kapitalsverhältnis darin einem Magneten, daß sie zwei Pole hat: Kapital und Arbeit! Und so scheidet sich das Industrievolk in die Schicht der Unternehmer und in die Schicht der Angestellten und Arbeiter, in die Industrieherren und in die große Masse des Industrievolkes, die Arbeiterschaft aller Arten und Grade, vom Hilfsarbeiter bis zum Industriebeamten. Und gerade in diesem zweiten Aste der Industrie vollzieht sich, wie man uns sagt und wie gewiß auch Herr v. Spitzmüller inne geworden, in Deutschland und in allen Staaten des Westens eine interessante Neuorientierung der Staatsgewalt. Es wird uns wenigstens allgemein versichert, von Gelehrten und Laien, daß das Proletariat und seine Bewegung, bisher von der Staatsgewalt in bedenklicher Weise verkannt, in und nach dem Kriege, moralisch und praktisch, in Gesetz und Verwaltung gleichsam erst eingebürgert werden müsse; nur schlimme Mißverständnisse hätten dahin geführt, daß in einer trüben Vergangenheit, die nun endgiltig vorüber sei, der seiner selbst und seiner Lage bewußte Arbeiter von einflußreichen Kreisen so behandelt wurde, als stünde er außerhalb der Gesellschaft, außerhalb des Rechtes und des Staates, zum mindesten als sei er Bürger minderen Ranges: das müsse ein Ende nehmen.

Der Mann der wirtschaftlichen Praxis wird sagen, das seien Theoreme, neue Theoreme statt der alten, mit denen nichts anzufangen sei. Nun gut, reden wir also gegenständlich. Dem Handelsamt untersteht eine Sozialpolitische Sektion, deren amtlichem Wirkungskreis die Angestellten- und die Arbeiterfrage zugehört. Es ist die einzige Amtsstelle, die dem Industrievolk und nicht bloß den Industrieherren dient; vorläufig besitzt die arbeitende Masse in Gewerbe, Handel, Industrie und Verkehr nur diese eine dürftige Heimstatt ihrer Interessen. Die Industrieherren, die großen und die kleinen, haben ihre Handels- und Gewerbekammern, durch die sie ihre auf den Staat bezüglichen Interessen beraten, organisieren und öffentlich wahrnehmen; Arbeiterkammern, in denen wir unsere Forderungen mit der staatlichen Autorität bekleiden könnten, besitzen wir nicht und die Verwaltung gewährt uns außer den armseligen, vom Zunftgeist umwobenen Gehilfenausschüssen heute noch kein Instrument von dem hohen Werte, das die Unternehmerschaft in den Kammern besitzt. Das Proletariat besitzt nichts als die Verheißung einer Sozialpolitischen Sektion. Was jetzt besteht, ist nicht mehr als eine Verheißung und ist noch weniger ein Besitztum des Proletariats.

In den letzten Jahren ist auch diese Verheißung noch mehr verkümmert worden. Seit Jahren klagen die sozialdemokratischen Abgeordneten: Die Sozialpolitik verdorrt! Nun häufen sich gerade in diesem Kriege die Stimmen der ganzen Welt bis zur Einhelligkeit, daß gerade die Sozialpolitik, die „deutsche" Sozialpolitik, von unermeßlichem Wert für die physische Leistungsfähigkeit wie für die moralische Verfassung der Arbeiterklasse der Zentralmächte gewesen sei. Man wird keinen Berufssoldaten finden, der nicht bereitwilligst bekennt, daß der Ernährungs-, Gesundheits- und Kräftezustand der industriestaatlichen Truppen von der herrschenden Arbeitszeit, Entlohnung und Verköstigung geradezu abhänge. Jetzt, da Herr v. Spitzmüller nicht mehr finanzieller Leiter von Unternehmungen, sondern Minister des Staates ist, treten diese Erwägungen mit ihrem ganzen

Kölnische Zeitung 4./XII. 1915

Die europäische Teurung.

(Fortsetzung aus Nr. 1227.)

II. Teurung und Knappheit in England.

Wenige Tage nach Kriegsausbruch füllten sich die Spalten englischer Zeitungen mit Schauernachrichten über die Hungersnot in Deutschland. Mitleidige englische Seelen versahen deutsche, aus englischen Pensionaten heimkehrende Mädchen reichlich mit Vorräten, damit sie zu Hause nicht verhungern müßten. Als Symptom ist das sehr bemerkenswert; es zeigt, wie durchaus der englische Feldzug als Aushungerungsfeldzug gedacht war. Daß es ganz anders gekommen ist, ist nicht das Verdienst Englands. Seit einigen Wochen flammt die englische Hoffnung, uns auszuhungern, wieder auf; stärker vielleicht als je. Die Stärke dieser Hoffnung stützt sich, so scheint es fast, auf Erfahrungen, die England inzwischen selbst gemacht hat; heute hat England sein Teurungs- und damit für bestimmte Volkskreise sein Knappheitsproblem, heute erfährt England am eigenen Leibe, welch bedeutsamer Faktor für Krieg und Sieg reichliche und erschwingliche Lebensmittelversorgung ist; heute sieht sich die fassungslose, englische Regierung nach Maßnahmen um und sucht ihre bisherige Untätigkeit zu entschuldigen mit dem Hinweis auf die Schwierigkeiten, die den deutschen Regierungsmaßnahmen sich in den Weg gestellt haben.

Stellen wir zunächst Tatbestände fest, die in England und Deutschland verschieden liegen. 1. Starke Teile des deutschen Volkes (die Agrarbevölkerung) decken ihren Bedarf aus eigener Produktion, empfinden also die Teurung und Knappheit, wenn überhaupt, dann ziemlich schwach. In England ist der Bruchteil der Bevölkerung, der von Eigenproduktion leben kann, verschwindend gering: für ungefähr jeden einzelnen Haushalt äußert sich drüben die Teurung und Knappheit absolut und direkt. 2. In Deutschland herrscht in einzelnen Produkten keine Knappheit und relativ geringe Preiserhöhung (Kartoffeln!); in andern Produkten absolute Knappheit und Teurung. In England herrscht bei den meisten Produkten relative Knappheit, d. h. Knappheit für bestimmte Bevölkerungskreise, denen Lebensmittel bei gestiegenen Preisen nur in vermindertem Umfange zur Verfügung stehen. 3. Die Ursachen der Teurung weichen voneinander ab: in Deutschland liegen der Teurung wesentlich Knappheit und Lücken in der technischen und organisatorischen Verteilung zu Grunde; in England, das seine Nahrungsmittel überwiegend importiert, Steigerungen der Frachtraten, ungünstige Wechselkurse und aus dem freien Verkehr sich ergebende, Teurung hervorrufende, Umstände. 4. Die deutsche Knappheit und Teurung hat die Tendenz, in dem Moment nachzulassen, wo sich neue Zufuhrgebiete eröffnen (Balkan, Vorderasien); die englische Knappheit und Teurung ist ihrer Natur nach langsichtig, weil sie beruht auf verringertem Schiffsraum und gesunkenen Wechselkursen — Tatbestände, die alle Aussicht haben, während des Krieges sich zu verschlimmern und nach dem Kriege nicht ohne weiteres zu verschwinden.

Wie steht es nun um die Teurung in England? Die Londoner Handelskammer teilte am 15. November mit, die Kaufkraft des Geldes habe sich um 30 Prozent gesenkt, gemessen an den Londoner Kleinhandelspreisen; aber diese Schätzung ist höchstwahrscheinlich optimistisch. Die Times brachte vor einiger Zeit beifällig den Ausspruch eines Versammlungsredners, der an die Regierung die Frage richtete, wie ein Mann mit 4000 ℳ Einkommen bei den ungeheuern Preisen noch auskommen könne. Die häufigen Ausstände während des Krieges, und die vielen verlangten und gewährten Lohnerhöhungen wurden ebenfalls begründet mit den steigenden Kosten der Lebenshaltung. Unter dieselbe Rubrik gehört die Bemerkung eines englischen Parlamentsmitgliedes, 6 Prozent Zinsen sei heute keine anständige Verzinsung mehr.

Wie stellen sich die effektiven Preise der Lebensmittel? Brot und Fleisch sind die Hauptposten in jedem englischen Haushalt. Mitte November betrug der englische Weizenpreis 270 ℳ die Tonne, gegenüber etwa 135 ℳ in derselben Novemberwoche von 1913; m. a. W. eine Steigerung um rund 100 Prozent. Demgegenüber hat sich in Deutschland der Weizenpreis nur um rund 50 Prozent gesteigert. Übrigens wäre es korrekter, bei dem überwiegenden Konsum von Roggen in Deutschland den deutschen Roggenpreis mit dem englischen Weizenpreis in Vergleich zu stellen, dann würde England noch schlechter abschneiden. Die Mehlpreise waren Mitte November in Deutschland günstiger als in England. Ähnlich sieht es mit dem Brotpreise aus; das englische „4-Pfund-Brot", dessen Preis im Frieden 35 bis 42 ₰ betrug, kostet heute 62 bis 70 ₰, wobei aber noch zu beachten bleibt, daß sein Gewicht beträchtlich herabgesetzt worden ist. Nach Marktberichten englischer Zeitungen stellt sich mehr und mehr eine tatsächliche Knappheit heraus: der Wochenbericht einer englischen Importfirma teilte vor einiger Zeit mit, daß für 2 bis 3 Monate mit schwacher Zufuhr zu rechnen sei, und daß, wenn die Frachtraten weiter stiegen, alle Beschwerden einer vergleichsweisen Knappheit sich zeigen würden. Milch, Butter und Eier haben ebenfalls bedenklich hohen Preisstand erreicht. Der Preis z. B. irischer Eier stand in Liverpool am 11. November 24 bis 32 ₰ pro Stück, Milchpreiserhöhungen sind allgemein. Auch der Ausfall der deutschen Zuckerzufuhr hat preissteigernd gewirkt. Wenn in der Times vor einiger Zeit zu lesen stand, die Fleischpreise seien doppelt so hoch als in Friedenszeiten, so dürfte das wohl etwas übertrieben sein, sicher aber kann man von einer Erhöhung der Fleischpreise im allgemeinen um ¼ bis ⅓ und mehr sprechen. Daily Mail schlägt neuerdings gar vor, fleischlose Tage nach deutschem Muster einzurichten — wie schwer muß dem Jingoblatt dieser Vorschlag angekommen sein! Ein wichtiges Nahrungsmittel gerade für das minderbemittelte Volk sind Fische. Auch hier sind die Preise aus wohlbekannten Gründen ungeheuer gestiegen:

	Durchschnittspreise vor dem Krieg	Jetzige Durchschnittspreise
Scholle	4,00— 6,00 ℳ	10,00—13,00 ℳ
Kabeljau	3,00— 3,50 ℳ	7,00— 8,00 ℳ
Schellfisch	2,50— 3,50 ℳ	6,50— 7,50 ℳ
Heringe	15,00—30,00 ℳ	60,00—80,00 ℳ

Als Symptom sehr bemerkenswert sind folgende kleine Notizen: die Morning Post vom 16. November teilt mit, die Landwirtschaftskammer habe angeordnet, daß auch die Kinder vom Lande helfen sollten, die Lebensmittelproduktion zu fördern, gegenwärtig z. B. sollten sie Roßkastanien und Gras sammeln als Futtermittel; helfen könnten sie auch durch Sammeln von Blättern und Schilf, um Stroh zu sparen. Diese Notiz gibt ein sehr beachtenswertes Streiflicht auf die Gestaltung der Dinge in England; ebenso die folgenden, aus dem Daily Chronicle vom 12. November: bei der Knappheit der Zufuhr an Kohlen, und den ungeheuern Kohlenpreisen soll jedermann sparsam mit ihnen umgehen; statt zwei Feuer zu brennen, soll man sich mit einem im Wohnzimmer begnügen. Die Küchenfeuer soll man, wenn sie nicht unbedingt nötig sind, zudecken, und wenn die Hausfrau sieht, daß sie das Feuer ihren Mägden nicht überlassen kann, so erwirbt sie sich für Heim und Vaterland ein Verdienst, wenn sie selbst danach sieht.

Daß es soweit in dem an großen Lebensstil gewöhnten England kommen könne, hat wohl vor dem Kriege auch niemand gedacht. Schadenfreude ist keine noble Passion, aber es bereitet uns doch ein gewisses Gefühl der Genugtuung, daß England am eigenen Leibe erfährt, was es uns zugedacht hat.

Neue Freie Presse
29./XII.1915

Eindrücke des bulgarischen Finanzministers in Oesterreich-Ungarn.

Wien, 28. Dezember.

Der bulgarische Finanzminister Toutschew kam in einer dem Berichterstatter der „Politischen Korrespondenz" in Sofia gewährten Unterredung auf seinen jüngsten Besuch in Oesterreich-Ungarn mit folgenden Aeußerungen zurück:

Ich muß gestehen, daß alle Eindrücke, die ich empfing, meine Erwartungen noch bei weitem übertrafen. Alle Kräfte sind ausschließlich in den Dienst der großen Sache — des Sieges über den Feind — gestellt, und einmütig arbeiten alle, selbst die heterogensten Elemente, mit einer über jedes Lob erhabenen Loyalität, Anhänglichkeit und Treue für das Herrscherhaus auf das große Ziel hin. Alle Bevölkerungsschichten ohne Ausnahme bezeigen eine bewunderungswürdige Opferfreude und Vaterlandsliebe und blicken voll Zuversicht in die Zukunft. Die außerordentlichen militärischen Tugenden, welche die Völker Oesterreich-Ungarns auf allen Fronten, vor allem aber in den Karpathen und an der italienischen Front, bewiesen haben, gereichen wohl jedem Patrioten in Oesterreich-Ungarn zur freudigsten Genugtuung und haben sicherlich für die Gegner die bitterste Enttäuschung gebildet. Die herrlichen Erfolge der österreichisch-ungarischen Waffen sind der hervorragenden Tapferkeit der Truppen, der vorbildlichen Führung und der ausgezeichneten inneren Organisation der Monarchie zu verdanken.

Es wäre ungerecht, hiebei nicht auch mit Bewunderung der Leistungen der österreichisch-ungarischen Diplomatie zu gedenken, die in stiller, taktvoller und unermüdlicher Arbeit sehr bedeutende Erfolge errungen hat. Bulgarien wird auch die großen Dienste nie vergessen können, die ihm diese Diplomatie im Jahre 1913 erwiesen hat.

Die Monarchie und Bulgarien werden nunmehr zu Nachbarn werden und fortab durch eine Reihe von Fragen wirtschaftlichen Charakters verknüpft sein, die das bisherige Freundschafts- und Bundesverhältnis derselben noch fester gestalten werden, welches durch das gemeinsam vergossene Blut der Helden der österreichisch-ungarischen und der bulgarischen Armee besiegelt worden ist.

Kölnische Zeitung 4./XII. 1915.

Die Wirtschaftslage Deutschlands.

ϸ **Mannheim**, 3. Dez. Geheimrat Professor Dr. Riesser hat sich gestern abend in einem die weiten Räume des Rosengartens füllenden Vortrag über die Wirtschaftslage Deutschlands ausgesprochen. Er wies auf die einigende Kraft des Krieges hin, wandte sich gegen die Flaumacher, die er ihrer Ansteckungsgefahr wegen am liebsten in einer Seuchenbaracke untergebracht sähe, und verweilte mit Genugtuung bei der hervorragenden Leistungsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit aller Kreise des deutschen Wirtschaftslebens. Unsere auch vom Feinde anerkannte Befähigung zur Organisation sei uns keineswegs bloß angeboren, sondern in sehr großem Umfange in langer Friedensarbeit uns anerzogen worden, da weite Schichten des Volkes bereits gewohnt waren, in freiwilligen Verbänden, in Syndikaten, Kartellen, Gewerkschaften und Genossenschaften zusammenzuarbeiten, so daß sie auch in der Lage waren, die höhern Aufgaben der Rohstoffverteilung unter staatlicher Aufsicht selbst in die Hand zu nehmen. In den Kriegsanleihen seien die starken Reserven unserer Volkswirtschaft zutage getreten. Über die wirtschaftlichen Aussichten nach dem Kriege lasse sich bei allem gebotenen Vorbehalt doch sagen, daß die vielfach geäußerte Befürchtung empfindlicher Hemmung unseres Außenhandels nach dem Frieden nicht zutreffe. Zunächst sei darauf aufmerksam zu machen, daß sich seit 1882 unser innerer Markt viel kräftiger entwickelt habe — verhältnismäßig gesprochen — als unser Außenhandel. Wir werden ihn nach dem Frieden ohne Zweifel noch stärker bearbeiten müssen. Davon abgesehen bleiben uns die Beziehungen zu den neutralen Staaten, deren Vorräte dann erschöpft sein werden. Endlich werde nach seiner festen Überzeugung die Wiedereröffnung von Handelsbeziehungen mit den heute kriegführenden Staaten nach und nach, zunächst allerdings in beschränktem, aber allmählich sich ausdehnendem Umfange außer allem Zweifel stehen. England sei ein kühler Rechner und brauche uns; der russische Finanzminister habe bereits geäußert, daß man Deutschland als Lieferanten auch in Zukunft nicht entbehren könne, und auch Frankreich werde auf die Dauer den Haß nicht an Stelle wirtschaftlicher Erwägungen stellen können. Eine Reihe unangenehmer Zwischenstadien werden wir nach dem Kriege allerdings durchzumachen haben, aber an der großen und glücklichen Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens, unseres Vaterlandes, sei nicht zu zweifeln.

Neues Wiener Tagblatt
5./XII. 1915

Wirtschaftliche Wochenchronik.

28. November. Zusammentritt des Deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbandes in Dresden. — Teuerungsenquete in Budapest.

29. November. Der Deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsverband spricht sich für ein Wirtschaftsbündnis der beiden Zentralmächte und für ein vertragsmäßig auf lange Dauer gesicherte Gemeinsamkeit der Handelspolitik aus. — Unterfertigung des Sanierungsübereinkommens der Südbahn. — Ein sechsmonatiger Handelskredit von 50 Millionen Dollar wird der englischen Geschäftswelt in Amerika eröffnet.

30. November. Ernennung des Gouverneurs der Postsparkasse Dr. Ritter v. Leth zum Finanzminister, des Direktors der Kreditanstalt Dr. von Spitzmüller zum Handelsminister und des Prinzen Hohenlohe zum Minister des Innern. — Dem deutschen Reichstage werden Gesetzentwürfe über eine Kriegsgewinnsteuer vorgelegt. — Sämtliche bisher schwebenden Berliner Börseverpflichtungen werden zur Gänze erfüllt. — Höchstpreise für Schweinefleisch und Speck in Oesterreich und Ungarn.

1. Dezember. Eine ungarische Regierungsvorlage nimmt einen Kredit von 87 Millionen Kronen für eine einmalige Kriegsunterstützung der Staatsangestellten in Anspruch. Zur Erweiterung der ungarischen Kanonenfabrik werden 15 Millionen Kronen gefordert.

2. Dezember. Von der französischen Kriegsanleihe wird ein Teilbetrag in England zur Subskription aufgelegt.

3. Dezember. Der Gesetzentwurf über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne in Deutschland vom Budgetausschuß des Reichstages angenommen.

4. Dezember. Beratungen des Komitees der Wiener Börsekammer über den Effektenverkehr.

Vossische Zeitung 5./XII. 1915

Die innere Front.

Von

Georg Münch.

Stimmung und Stimmen unserer Feinde lassen zweierlei deutlich erkennen: Daß sie ihre bisherigen Mißerfolge nicht mehr zu bemänteln wissen, daß sie aber nichtsdestoweniger ihre Zuversicht auf einen siegreichen Ausgang ihrer Sache nicht aufgegeben haben. Sie suchen in ihrem Lager nach Sündenböcken, vorher gefeierte Namen werden in den Schmutz gezogen, Besserwisser melden sich überall, doch nirgends ist jemand von Ruf, der offen und frei sagt, daß das Entente-Schiff, das mit tausend Masten in die Stürme des Weltkrieges hineinsteuerte, dem Scheitern nahe sei. Ja, wenn wirklich einmal Friedensregungen bei den Gegnern auftauchen, so werden dabei die sonderbarsten Gedanken laut. Sie möchten auch heute noch dem Deutschen Reiche, dessen Fahnen gemeinsam mit denen seiner Verbündeten überall siegreich wehen, Bedingungen diktieren, wie sie sie einem besiegten Deutschland kaum anders zumuten könnten. Jede Brücke der Verständigung fehlt. Nur von der wuchtigen Macht der Waffen, die jene nacheinander auf die Knie zwingt, können wir den unsere Zukunft sicherstellenden Frieden erhoffen.

Dies uns klar vor Augen zu halten, ist nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Notwendigkeit. Würden wir das nicht begreifen und nicht streng danach handeln, wären die Erfolge unserer Waffen bedroht. Die wirtschaftliche Opfer-, ja Entbehrungsfreudigkeit des einzelnen muß mit der Tapferkeit und Ausdauer unserer Krieger zusammenwirken, auf daß wir den Tag unbestrittenen Sieges erleben. Die Nation, welche die stärksten Nerven hat, wird aus diesem Kriege als Sieger hervorgehen. Dieses im Kriege geprägte Wort hat sich bisher glänzend zu unseren Gunsten bewährt. Im Kampf mit der Uebermacht der Feinde, mit allerhand schweren Entbehrungen hat sich diese Kraft im Felde erprobt. Nicht minder nötig ist es, daß auch die Daheimgebliebenen, die Millionen hinter der Front Wirkenden, die gleiche Stärke zeigen. Dazu gehört, daß wir uns mit der Teuerung und Knappheit an gewissen Nahrungsmitteln abfinden. Kriegszeiten sind stets teure Zeiten gewesen. Und wie sollte es bei uns in diesem Riesenkampfe, der von England hauptsächlich als Aushungerungskrieg geführt wird, anders sein? Die zeitige Streckung des Brotgetreides half uns über die Schwierigkeiten der Getreideversorgung hinweg, sie ist und bleibt zu erschwinglichen Preisen gesichert. Nicht so gut steht es um die Versorgung mit Fleisch und Fett. Doch darf man heute, nachdem wir uns die Möglichkeit der Zufuhr von Futtermitteln vom Südosten her erschlossen haben, das kritische Stadium auch hier als überwunden betrachten. Mehr als je ist unser Sieg auch jetzt im Aushungerungskriege Englands sicher. Um so mehr hat deshalb jeder daheim die Pflicht, vorübergehenden örtlichen Verlegenheiten gegenüber kalt Blut zu bewahren. Ja, es ist sogar gut, wenn sich alle Kreise unseres Volkes freiwillig solche Beschränkungen auferlegen, die in allgemein-volkswirtschaftlichem Interesse liegen. Die Einfuhr unbeschränkter Mengen von Nahrungsmitteln wäre, selbst wenn wir sie haben könnten, kein Segen für uns als Volk, jetzt, wo wir keine Gelegenheit haben, uns ausreichenden Gegenwert dafür durch Ausfuhr von Erzeugnissen zu schaffen. Uns würden anderenfalls dieselben Valutaschwierigkeiten drohen, die das hervorstechende Merkmal der Zeit bei allen mit uns im Kriege befindlichen Großmächten sind. Gewiß haben auch wir im Verkehr mit den Neutralen mit einer Entwertung unserer Valuta zu rechnen, aber wir haben uns mit diesen Verhältnissen in bisher erträglicher Weise durch gelegentliche Goldabgaben abgefunden. Verschwenderischer Import jedoch könnte diese auf eine nicht unbedenkliche Höhe steigern.

Je mehr an Opfern vom einzelnen verlangt wird, desto mehr ist es nötig, daß behördlicherseits nichts unterlassen wird, was einer Ausnutzung der durch den Krieg geschaffenen Notlage durch einige wenige vorbeugt. Das Wuchergesetz wirkt in diesem Sinne, die Preisprüfungsstellen tun dasselbe; eine lange Reihe von Verordnungen beweist gleichzeitig, wie die Regierung darüber wacht, daß die vorhandenen Bestände an Lebensbedürfnissen möglichst richtig verteilt werden. Daß in dieser Hinsicht schon alles Nötige geschehen sei, soll damit nicht gesagt sein. Das wäre auch zu viel verlangt. Denn fast jeder Tag läßt neue Probleme auftauchen. Nicht selten werden sie alsbald zum Gegenstand des Streites, und doch ist ihre leidenschaftlose Behandlung vonnöten. In den letzten Tagen stand die Kriegsgewinnsteuer im Mittelpunkt der Erörterungen. Daß sie dem Empfinden des ganzen Volkes entspricht, zeigte sich einwandfrei dabei; ebenso aber, daß ihre Durchführung im einzelnen einer sehr reiflichen Erwägung bedarf. Die Volkstümlichkeit einer Abgabe darf nicht zur ungerechten Ausgestaltung verlocken. Der Reichsschatzsekretär sah sich der für ihn sehr angenehmen Lage gegenüber, daß man ihm mehr darbringen wollte, als er verlangte: Eine Erscheinung, die, schon an sich betrachtet, stutzig machen muß, in dem vorliegenden Falle indes besonders zu denken gibt. So sehr auch die Besteuerung von Kriegsgewinn zu billigen ist, muß man sich doch gerade hierbei hüten, den Bogen zu straff zu spannen. Es ist nicht zu vergessen, daß die rasche Umschaltung unserer Industrie auf die Herstellung von Kriegsbedarf ganz außerordentlich wichtig für unsere erfolgreiche Kriegführung war. Den Maßstab dafür finden wir unter anderem in den verzweifelten (und doch vergeblichen) Bestrebungen Englands, Frankreichs und Rußlands, sich durch Schaffung einer lückenlos arbeitenden eigenen Kriegsindustrie von dem ungeheuren Tribut an Amerika zu befreien. Eine Besteuerung nun, die einer Konfiskation der durch Kriegslieferungen erzielten Sondergewinne gleichkäme, würde die Gefahr in sich bergen, daß sich später in ähnlicher Lage die Industrie nicht mit der Umstellung ihrer Betriebe beeilen würde.

Neben der unmittelbar von der Steuer betroffenen Industrie ist die Börsenwelt durch die Kriegsgewinnsteuer in eine gewisse Bewegung versetzt worden. Der erste Eindruck der Vorlage und ihrer Erörterung mit den Abgeordneten war kein günstiger. Das war zu verstehen. Denn die Börse hat sich seit Kriegsbeginn eifrig um die Konjunktur der Rüstungsindustrie und der verwandten Gewerbe gekümmert und in ihren Werten zum Teil außerordentliche Steigerungen eintreten lassen. Es war nur natürlich, daß die Kriegssteuer vorübergehend mit einer Anzahl von Kursrückgängen im freien Verkehr beantwortet wurde. Hierdurch wurde jedoch nichts an dem befriedigenden Bilde, das unser Effektenmarkt darbietet, geändert. Im Gegenteil hat der erstaunlich glatt verlaufene Abbau der Börsenverpflichtungen bewiesen, auf wie festem Boden die Berliner Börse steht. Die sämtlichen Ultimoverpflichtungen, die noch aus der Zeit vor dem Kriege liefen, sind nunmehr abgewickelt. Die Börse hat reinen Tisch mit allem Alten gemacht. Daß es manchem nicht leicht geworden sein mag, darf als sicher gelten. Eben darum ist das, was die Börsenwelt mit diesem Abbau mitten im Kriege geleistet hat, doppelt freudig anzuerkennen. Aus eigener Kraft hat sie etwas vollbracht, was die Londoner und Pariser Börse selbst mit Hilfe von allerhand offenen und versteckten Unterstützungen bisher nicht haben durchführen können. Noch drückt auf die Londoner Börse eine Fülle laufender Verpflichtungen, deren Abwicklung durch Zwischenfälle wie den Sturz der englischen Konsols wahrlich nicht erleichtert wird. Und was Paris angeht, so befindet sich die dortige Kulisse im Zustande der Zerrüttung, die jetzt mit dem Mantel der Nächstenliebe zugedeckt wird.

Die Stärke unserer Börsen- und Bankwelt kommt ja im übrigen dem nicht überraschend, der sich ihre treffliche Mitwirkung an der Unterbringung der deutschen Kriegsanleihen vor Augen hält. Was von der Berliner Börse im Laufe des Krieges schon dreimal verlangt wurde, die Mithilfe an einer Kriegsanleiheausgabe, soll die Pariser Börse jetzt zum ersten Male erfüllen. Die Zeichnung der französischen Kriegsanleihe ist im Gange. Nur Spärliches ist bislang darüber bekannt geworden. Noch nichts von großen Erfolgen, dafür aber von äußerst dringlichen Versuchen, in allen neutralen Ländern Zeichnungen zu sammeln; des weiteren von einer englischen Erklärung, daß London nur soviel von der französischen Anleihe übernimmt, wie Frankreich aus Käufen von Kriegsbedarf in England schuldet. Man darf gespannt sein, wieviel unter diesen nicht gerade günstigen Auspizien an neuem Gelde für die französische Anleihe zusammenkommen wird. Ein im wesentlichen durch Umtausch von „Bons der Nationalverteidigung", von Kriegsobligationen und alter 3prozentiger Rente erzielter Milliardenerfolg der „Siegesanleihe" wäre nur ein Pyrrhussieg der französischen Finanzverwaltung.

Kölnische Zeitung 6./XII.1915.

Die europäische Teurung.

(Fortsetzung aus Nr. 1231.)

III. Knappheit und Teurung in Rußland.

Knappheit und Teurung in Rußland? Das klingt unglaublich. Das ungeheure Rußland, in dem alles Agrarische ins Eigantische wächst, soll Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung haben? Dieses Rußland, die Kornkammer Europas, das reichste Nahrungsmittelgebiet, Hauptherkunftsort für Futtermittel aller Art, das Land des größten Viehbestandes, hat heute sein Teurungsproblem und für weite Gebiete sein Knappheitsproblem, trotzdem die ungeheuern, sonst exportierten Bestände infolge der Verschließung des Auslandsmarktes im Lande geblieben sind.

In der Tat, wenn die Vertreter der russischen Städteorganisation am 15. Dezember zu einem Kongreß zusammenkommen, um über die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung zu beratschlagen, so werden sie reichlich Arbeit finden. Das russische Knappheits- und Teurungsproblem ist ein Großstadtproblem, ein Problem der Heeresaufmarschgebiete und ein Flüchtlingsproblem. Damit ist gleichzeitig schon gesagt, wo der tiefere Grund für die Knappheit liegt: er liegt in der mangelhaften Organisation des Verkehrs und im Mangel an Transportmitteln. Überschußgebiete mit sich stauenden Vorräten und Bedarfsgebiete stehen außer Verbindung miteinander. Nach Erklärung des Wegebauministers sind seit Kriegsausbruch kaum neue Wagen gebaut worden, die vorhandenen Wagen sind durch die Truppenverschiebungen vollständig von ihren Heimatstationen abgekommen, und liegen an einzelnen Knotenpunkten fest, wo sie ernste Verkehrshindernisse bilden. Der Minister erklärt, erst in zwei bis drei Monaten könnten geordnete Zustände und die Möglichkeit geregelter Lebensmittelzufuhr eintreten. Aus dem Material über die russische Lebensmittelversorgung sei einiges mitgeteilt: in

Jekaterinoslaw herrscht Brotmangel, es fehlt an Mehl, die Bäcker schränken ihren Betrieb ein. Verschiedentlich fanden Krawalle statt. Die Stadt bewilligte 300 000 Rubel zum Einkauf von Mehl und andern notwendigen Lebensmitteln. In Petersburg wurden die offiziellen Höchstpreise für Butter aufgehoben, die Folge war ein Steigen der Butterpreise von früher 65—70 Kopeken auf 1 Rubel bis 1 Rubel 12 Kopeken für das russische Pfund (4/5 des deutschen Pfunds). In Petersburg herrscht starker Mangel an Fleisch, überhaupt an allem, was zum Leben notwendig ist, da die Transportkähne zu Hunderten auf den Kanälen eingefroren sind. Ähnliche Verhältnisse werden aus Moskau und aus andern Städten des Reichs berichtet. Sogar das kaukasische Gebiet ist wochenlang ohne Brot und ohne andere Lebensmittel geblieben. Häufige Hungerrevolten waren die Folge. Die Notlage wird verschärft dadurch, daß in einzelnen Gebieten die kommandierenden Generale die Ausfuhr verbieten, und so die Städte schlecht oder mangelhaft sich versorgen können. Neueste Meldungen, vornehmlich aus Südrußland, schildern die Lage im allerschwärzesten Lichte. Die Teurung sei ungeheuer, Butter, Milch und Käse seien um das Mehrfache gestiegen, Fleisch sei insbesondere durch die Konkurrenz der Militärintendanturen unerhört gestiegen. Erklärlich sind diese Teurungs- und Knappheitserscheinungen in den rein agrarischen Bezirken durch die Konzentration von Truppen im russischen Südwesten, teilweise auch durch den Andrang von Flüchtlingen aus den Okkupationsgebieten nach Innerrußland hin. In Samara, dem hauptsächlichsten Getreidegebiet der Wolga, hat sich die Lebenshaltung folgendermaßen verteuert: gestiegen ist Weizen um 29 Prozent, Roggen um 15 Prozent, Buchweizen um 150 Prozent, Petroleum um 50 Prozent, Holz um 60 Prozent, Eier um 45 Prozent, Zündhölzer um 150 Prozent, Fuhrlöhne um 150 Prozent. Kohle ist infolge der Okkupation der wichtigsten russischen Bergbaugebiete ebenfalls auf unerschwingliche Höhe gestiegen.

All die angegebenen Preissteigerungen geben erst ein richtiges Bild, wenn man berücksichtigt, daß Rußland ein Agrarland mit ungeheuern Überschüssen ist, wenn man ferner in Erwägung zieht, daß die Kaufkraft der russischen Massen ungeheuer viel geringer ist als die Kaufkraft des deutschen Volkes, und wenn man beachtet, daß diese Verhältnisse während des Krieges keine Aussicht auf Besserung haben, dagegen alle Aussicht auf Verschlechterung, weil mit dem strengen Winter die Wasserstraßen vereisen und die Bahnen und sonstigen Beförderungswege unzureichend sind. Die städtische Bevölkerung Rußlands wird durch die Teurung und Knappheit unerträglich schwer getroffen, in einer Weise, die keinesfalls sich vergleichen läßt mit den Wirkungen von Teurung und Knappheit für den deutschen Konsumenten.

Tägliche Rundschau
7./XII. 1915

59

Wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges.

Dem Reichstag ist eine Denkschrift zugegangen, welche im Anschluß an frühere Darstellungen die Reichsbank und den Geldmarkt in den sechs Kriegsmonaten Mai bis Ende Oktober 1915, sowie in zwei Anlagen die dritte Kriegsanleihe und die Darlehnskassen behandelt. Die Denkschrift führt den Beweis, daß die Reichsbank, die letzte Geld- und Kreditquelle des Landes, ihre Kreditgewährung an Reich und Verkehr in einem, im Vergleich zu den Friedensverhältnissen erheblichem Maße ohne entsprechende Erhöhung des Notenumlaufs zu steigern vermochte. Darin liege die Bestätigung, daß der bargeldlose Zahlungsverkehr auch während des Krieges in Deutschland tadellos funktioniert, und daß von einer Angstthesaurierung barer Umlaufsmittel nicht die Rede sein kann. Seit Ausbruch des Krieges hat sich die Golddeckung der täglich fälligen Verbindlichkeiten der Reichsbank um 2 % gebessert, während sie sich bei der Bank von England um 5,9 %, bei der Bank von Frankreich um 22,8 %, und bei der russischen Staatsbank um 31,2 % verschlechterte. Die früher recht abfällige Kritik der Presse des feindlichen, teilweise auch des neutralen Auslands betreffs der deutschen Währungsverhältnisse angesichts der Gestaltung der Devisenkurse ist inzwischen völlig verstummt, eine Erscheinung, die sich aus der seitherigen Entwicklung der Verhältnisse für Deutschland und für das feindliche Ausland erklärt. Die von den Darlehnskassen ausgegebenen Kassenscheine über kleine Beträge unterliegen einer schnellen Abnutzung. Auch Fälschungen sind bereits in Umlauf gekommen. Befürchtungen über Kündigungen von Darlehen ohne besondere Veranlassung sind unbegründet.

Arbeiterzeitung 7./XII. 1915

I
60

Wandlungen des Mittelstandes.

Von **Emmy Freundlich.**

So leidenschaftlich wir die neuen Landesgrenzen, die der Krieg bringen soll, diskutieren und so eifrig wir alle an den staatlichen Problemen, die vor uns aufgerollt sind, Anteil nehmen und Mitarbeit erstreben, so scheint es viel weniger klar, daß wir auch in unserer gesellschaftlichen Organisation Verschiebungen erleben, die Neues schaffen oder begonnene Entwicklungen beschleunigen. Es ist ein Verdienst der Arbeiter-Zeitung, daß sie sich diese neuen Wege zu zeichnen bemüht, soweit sie vor allem nationalpolitisch und staatsrechtlich zu erkennen sind, wenn das vielleicht auch über den Rahmen unserer Parteiaufgaben hinausgeht. Aber wie wir dreißig Jahre lang dem österreichischen Bürgertum aller Nationen die Wahlreform erklären mußten, um sie endlich zu ermöglichen und zu verwirklichen, so müssen wir leider wieder die Lehren, die der Krieg dem bürgerlichen Staat erteilt, dem Bürgertum zum Bewußtsein bringen, damit sie überhaupt gesehen werden. Die Neuorganisation jedes kapitalistischen Staates ist immer nur ein Erfolg für die besitzenden Klassen, aber sie macht doch immer ein Stück Weg frei für die schärfere Formung des Klassenkampfes. Erst wenn der bürgerliche Staat seine Aufgaben alle erfüllt hat, können wir erwarten, daß er reif geworden ist für die sozialistische Organisation. Je vollkommener das Bürgertum seinen Staat organisiert, um so besser für das Bürgertum selbst, um so leichter aber wird auch uns der Weg zu unseren eigenen Zielen.

Das ist keine neue Taktik der Partei, sondern die alte, die wir in Oesterreich immer verfolgten und die wir alle voll Bewunderung in den Tagen des Wahlrechtskampfes von Erfolg gekrönt sahen. Da wir in den bürgerlichen Kreisen nur sehr wenige Köpfe haben, die Probleme zu erkennen und zu lösen wissen, da unsere nationale Not nebst vielen Uebeln auch manches wertvolle Gut für die Menschheit geschaffen hat, müssen wir versuchen, alle Runen zu entziffern, die der Krieg in so reichem Maße in den gesellschaftlichen Körper eingekerbt hat. Es ist eine jener ewig neuen Ironien des Schicksals, daß wir in der Zeit des Burgfriedens, wo wir alle unpersönlicher handeln und reden müssen als ehedem, die größte Verschärfung aller inneren Widersprüche der Gesellschaft durchmachen, die wir seit den frühkapitalistischen Zeiten erlebt haben. Eine Verschärfung dieser Widersprüche nicht in der Stimmung und Losung, sondern in der objektiven wirtschaftlichen Gestaltung, was ja bedeutend mehr ist und sein wird. Wenn das Kilo Schweineschmalz einmal acht Kronen kostet, erhält die private Rede des Hausvaters außerhalb seiner vier Wände Schärfe und mancher Regierungsrat oder kaiserlicher Rat spricht leidenschaftlicher als ein Vertreter des Proletariats, weil er nicht gelernt hat, Leidenschaft in Erkenntnis umzugießen. Das aber sind Dinge, die vorübergehen. Bleiben aber wird eine gewisse Erschütterung des Mittelstandes und bleiben wird die Verschärfung aller sozialen Widersprüche. Das ist wieder jene Gegensätzlichkeit der Entwicklung, daß wir in der Zeit der höchsten Anspannung des imperialistischen Kapitalismus zugleich auch eine Vermehrung seiner Totengräber erleben. Nichts mag die Seele des kapitalistisch denkenden Menschen mit größerem Stolz erfüllen, als daß diese gesellschaftliche Organisation den Weltkrieg aushält, ohne zu zerbrechen. Aber es ist doch nur ein Pyrrhussieg, denn sein größter äußerer Triumph verlängert seine inneren sozialen Kampffronten ins Ungemessene. Seine wahre Tragfähigkeit wird erst in den Jahrzehnten nach dem Krieg erprobt werden.

Dabei spielen die Neuorientierung und die Neugestaltung aller sozialen und intellektuellen Verhältnisse des alten und des neuen Mittelstandes eine ungeheure Rolle. Wie der Zarismus, wenn er seine industriellen Provinzen in Polen verliert, die Industrie in die echt russischen Dörfer seiner Muschiks tragen und diese revolutionieren muß, so muß der Kapitalismus, um sich im Kriege zu behaupten, seine bisher getreuesten Schildknappen, die Mittelstandskreise, schwer heimsuchen. Der alte Mittelstand, die Handwerker und Kleinkaufleute, wird proletarisiert. Hunderte kleiner Fleischhauer, Tischlermeister und anderer Gewerbetreibender mußten ihre Geschäfte schließen, die Familie lebt von den kärglichen Unterhaltsbeiträgen und den Ersparnissen früherer Tage. Wenn der Vater heimkehrt, findet er Kapitalien nicht mehr vor, mit denen er sich eine neue Existenz schaffen könnte; er muß einfach verdienen gehen und der täuschende Traum einer unabhängigen Existenz ist ausgeträumt. Die Eingriffe der Stadtverwaltungen und des Staates in die Lebensmittelversorgung haben vor allem die kleinen Händler betroffen und viele fristen heute ihre Existenz in der kümmerlichsten Weise. Jede Entwicklung nach aufwärts ist ihnen verlegt. Sie können Jahre hindurch keine Kapitalien zur Erweiterung des Geschäftes sammeln, sie können keinen Weg finden, der zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Existenz führt. Ihre soziale Hoffnung kann nicht geschäftlicher Aufstieg heißen, weil ihnen hiezu immer das Wichtigste fehlen wird: das Kapital. So manche Hoffnung auf eine freiere und reichere Existenz ist begraben. Alte und gutgehende Geschäfte werden aufgelöst werden müssen, weil die Söhne nicht mehr zurückkehren, und eine ganze Generation dieser Kreise wird Mühe haben, sich bloß zu behaupten, geschweige denn daß sie eine höhere Stufe der sozialen Stellung zu erreichen vermöchte.

Auch der neue Mittelstand, Beamte, Lehrer, akademisch gebildete und festbesoldete Angestellte, erlebt nun eine Senkung seines sozialen Niveaus. Die Ersparnisse werden aufgezehrt und die Aussichten auf Gehaltszulagen und Gratifikationen nehmen bei der Steigerung aller Betriebskosten des Staates wie der Unternehmungen ab. Das glänzende Elend, das um so schrecklicher wird, weil es des Kulturfirnisses nicht entbehren kann und unter allen Umständen den ganzen Stiefel dem vollen Magen vorziehen muß, das traurige Los der subalternen Beamten, die ihre Menschenwürde geben müssen für ein karges Stück Brot, beweisen, daß die Angehörigen des neuen Mittelstandes den gleichen Weg gehen wie die kleinen Leute des alten Mittelstandes.

Diese Tatsachen drängen sich in all diesen Kreisen schon heute auf, nur werden sie noch immer mehr gefühlt, als erkannt. Wenn Beamtenvereinigungen berichten, daß ihre Mitglieder, die bisher nur für nationale Fragen entflammt waren, nun vor allem dem Teuerungsmirakel nachsinnen, oder wenn in allen Kreisen der bürgerlichen Frauenbewegung, der klerikalen wie der liberalen, die wirtschaftlichen Organisationen alle bisherigen politischen Organisationen überflügeln, sind das Zeichen der inneren nationalen Wandlung, die sich vollzieht. Die reformatorische Betätigung dieser Kreise geht von anderen Grundlagen aus als die der Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft sieht bei allen wirtschaftlichen Fragen in der Lohnfrage das Erste, das Wichtigste und Entscheidende. Die Anarchie der Lohnfestsetzung, die durch Tarifverträge nur wenig und mühsam im einzelnen Falle gebändigt wird, leiht der Arbeiterschaft die Hoffnung und Kraft, schnelle und weitgehende Zugeständnisse auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen. Gute Konjunkturen öffnen ihr die Wege zu wertvollen Erfolgen. Der neue Mittelstand kann gerade von der Lohnerhöhung nicht so viel erwarten. Er ist meist an das Zeitavancement gebunden und weiß, daß er in jedem kommenden Jahrzehnt nur ein bestimmtes Mehr an Einkommen haben wird. Gelingt es je in einem Jahrzehnt, Gehaltserhöhungen zu erreichen, so bleiben diese gewöhnlich ein volles Jahrzehnt wieder fest, und

Arbeiterzeitung 7./XII. 1915

II

61

Betrachtungen des Mittelstandes.

mehr als eine oder zwei Lohnerhöhungen erleben Fixbesoldete wohl selten. Der Industriebeamte hat andere soziale Entwicklungsmöglichkeiten, er kann als Einzelperson möglicherweise viel erreichen, er hat den Marschallsstab des Direktors oder Geschäftsleiters wohl in der Westentasche, aber nur einer von Hunderten kriegt ihn auch in die Hand. Deshalb sind gerade die Industriebeamten vorläufig noch schwerer in Berufsorganisationen zu vereinen als die Staats-, Gemeinde- und anderen Beamten ähnlicher Kategorien. Für die überwältigende Mehrheit steht der Gehalt in einem zählebigen Schema fest und die Hoffnung des Arbeiters, daß das Einkommen jeweils mit Preis und Konjunktur mitsteigt, ist bei ihnen weit illusorischer als bei der Arbeiterschaft. Deshalb hat sich die organisierte Selbsthilfe des Arbeiters zuerst zur gewerkschaftlichen Organisation kristallisiert und erst allmählich beginnt sein Interesse an dem Einfluß auf den Warenmarkt zu erstarken.

Anders der Beamte! Er muß fast alle Hoffnung auf den billigen Preis setzen. Da sein Einkommen selten durch Kampf und noch seltener durch glückliche Umstände, durch gute Konjunkturen — auch die Beamten müssen heute doppelte Zeit arbeiten, aber sie können Lohnverbesserungen kaum in dem Anteil erreichen wie die in der Kriegsindustrie beschäftigten Arbeiter — steigen kann, gibt es für sein Elend nur eine Hilfe: billige Waren.

Wenn die deutsche Eisenbahnverwaltung jetzt im Kriege den Beamten das Recht gegeben hat, Mitglieder der Konsumvereine zu werden, so hat sie vielleicht das Richtige getan, ohne die ganze Tragweite des Notstandes ihrer Beamten zu erkennen.

Der Kampf gegen die überlieferte Ordnung der Volkswirtschaft beginnt beim neuen Mittelstand bei der Warenversorgung. Der alte Mittelstand kann sich neuen Organisationsformen nicht zuwenden. Seine Söhne und Töchter drängen in Amt und Büro, sie werden meist schon neuer Mittelstand, wir können deshalb den alten Mittelstand bei unseren Betrachtungen vernachlässigen, denn seine Stimmung wird für die gesellschaftliche Entwicklung immer nebensächlicher.

Daß dem so ist, beweist die wenig beachtete Tatsache, daß innerhalb der christlichsozialen Partei eine Umorientierung vor sich geht. Je mehr die Beamtenschaft die eigentliche Stütze der Parteiherrschaft wird, umsoweniger unbedacht kann man dem Kramladenstandpunkt frönen und manche Dinge mußten von den Christlichsozialen jetzt selbst gefordert werden, die ihnen einmal soviel galten wie der Gottseibeiuns selber. Die neue katholische Frauenorganisation, die bestimmt ist, die Organisation des Christlichsozialen Frauenbundes abzulösen, nimmt unter dem Druck dieser Verhältnisse schon in anderer Weise Stellung zu den Fragen des öffentlichen Lebens, als es ehedem die christlichen Frauenorganisationen getan haben. Wenn diese Organisation heute Lebensmittel im großen einkauft und ihren Mitgliedern abgibt, so liegt darin schon ein neuer Weg, der zu immer größeren Zugeständnissen an die neuen Mittelstandskreise führen muß.

Eine Umorientierung erklärt viele Erscheinungen des Tages. Sie belebt heute den Kampf der Konsumenten auf allen Seiten. Das wird aber nach dem Kriege ein Ende so bald nicht finden. Sehr richtig wurde von einem Beamtenvertreter erklärt, die öffentlichen Institutionen werden nach dem Kriege kaum Geld haben, um ihre Beamten besser zu bezahlen, es müßten deshalb die Beamten auch nach dem Kriege die Verbilligung der Waren und vor allem der Lebensmittel als ihre einzige Rettung ansehen. Dabei tauchen in den volkswirtschaftlichen Zeitschriften und bei internen Auseinandersetzungen der Industriellen und der Kapitalisten ganz neue Gedanken auf, die für eine Konsumentenpolitik nur eines bringen können, den unausgesetzten Kampf. Man spricht davon, daß die große Kapitalszerstörung im Kriege nur ersetzt werden könne, wenn man den Kapitalisten eine möglichst rasche Vermehrung des Kapitals zugesteht und alle Bedürfnisse auch nach dem Kriege dem Verwertungsbedürfnis des heimischen Kapitals anpaßt, denn nur wenn ungeheuer viel verdient werde, könne man hoffen, die Geldschätze zu sammeln, die man nach dem Kriege brauche.

Das hieße: die Warenpreise müßten so hoch sein, als die Bevölkerung es eben noch aushalten kann, dabei aber dürften wir nicht zu viel Lebensmittel vom Ausland beziehen, denn unser Geld müsse vor allem im Lande bleiben! In noch kälteren Worten: Unsere Lebensmittelpreise müssen hoch sein, unsere Warenpreise desgleichen, und jeder muß die Entbehrungen der Kriegszeit auch weiter dulden, um die Kapitalsakkumulation zu mehren. Schreibt doch Calver, daß die Unbemittelten weiter öffentlich ausgespeist werden sollen, damit dieses Sparsystem möglich werde.

Dazu kommt die drohende Gefahr der Erhöhung der direkten und indirekten Steuern, die die Lebenshaltung weiter senken werden.

Das muß eine Verschärfung der Klassengegensätze hervorrufen und die Kreise, die nichts mehr zuzusetzen haben, die um den letzten Rest einer gehobenen Lebenshaltung, die bisher um den sozialen Aufstieg gekämpft haben, werden nun kämpfen müssen, um leben zu können.

Trügerisch wäre es, wenn wir erwarteten, diese Wendung müsse der kapitalistischen Gesellschaft zum Verhängnis werden. Eine Gesellschaft ist wie ihr Kapital: Man ahnt nicht, wie viele Möglichkeiten der Anpassung und Umschichtung ihm offen stehen, um seinen Bestand fortzuerhalten. Utopische Erwartungen sind daran nicht zu knüpfen. Vor allem aber erwarte man nichts ohne Organisation. Sie ist zuletzt das Zauberwort der modernen Gesellschaft in allen ihren Aeußerungen und Erscheinungen. Organisation ist auch im Kriege das Wesen ihres Widerstandes. Nicht Zufälle und nicht Gesetze allein werden diese Weltwirtschaftsorganisation umgestalten, helfen kann nur bewußte, planmäßige Neuorganisation, die wir selbst auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens anstreben müssen. An uns ist es, die kommende Zeit zu formen. Es bleibt das trotzige Titanenwort Goethes immer wahr: Hier sitz ich, forme Menschen nach meinem Bilde, ein Geschlecht, das mir gleich sei! Das allein ist der Schlüssel zum Rätsel aller letzten Dinge: Formen wir gesellschaftliche Gebilde, die wohl dem Bestehenden ihren Stoff entlehnen, die wir aber erfüllen mit dem neuen Geiste!

Wir haben schon erzählt, daß unsere englischen Genossenschaften Teilhaber an den Kriegsgewinnen sind und so die Rüstung schaffen für den organisierten Kampf der Konsumenten nach dem Kriege. Aufgabe aller Führenden in dem Kampfe wird es sein, den neuen Elementen Schulung und Erkenntnis zu vermitteln. Die neuen Armeen, die der Krieg für soziale Umgestaltungen wirbt, werden vieles Gemeinsame mit der Arbeiterschaft finden. Schon haben sie sich gewerkschaftliche Organisationen geschaffen, die sich freilich von den Gewerkschaften der Arbeiter in Zielen und Mitteln unterscheiden. Vielleicht wird es ihnen künftig leichter werden, auf den äußeren Schein der Besonderheit zu verzichten. Der Konsumentenkampf aber stellt sie nicht unmittelbar dem eigenen Arbeitgeber gegenüber, so daß ihre gesellschaftlich-persönliche Gemeinschaft nicht im gleichen Maß berührt wird wie bei Gewerkschaftskämpfen. Im Konsumentenkampf aber stehen sie in gleicher Front mit dem Arbeiter!

Dem Volkswirtschafter und dem Politiker erstehen neue Aufgaben. Neue Aufgaben erstehen aus diesen Dingen auch der Arbeiterschaft, denn sie wird die Führung im Kampfe nur behaupten können, wenn sie rüstet, damit sie immer die treibende Kraft des sozialen Kampfes ist, gleichsam der Motor, der bewegt! Ein großes Arbeitsfeld wird das Kampffeld des Krieges zurücklassen, neue Wege und Waffen für alle Kämpfer, eine Hoffnung für jegliche soziale Erneuerung. Nur die freudige Erwartung neuen Kampfes gibt uns die Hoffnung auf den letzten Sieg

Kölnische Zeitung 7./XII.1915.

Die europäische Teurung.

(Fortsetzung aus Nr. 1236.)

4. Teurung und Knappheit in Italien.

Ob für den Entschluß Italiens, seine Stellung auf seiten unserer Feinde zu wählen, mitbestimmend war die Furcht vor der englischen Zufuhrsperre, sei dahingestellt; jedenfalls hat das freie Meer Italien nicht vor der Knappheit und der Teurung bewahrt. An dem Ernst und dem Nachdruck, mit dem die Presse die Probleme behandelt, kann man leicht erkennen, wie gefährlich die Sachlage geworden ist, insbesondere, wenn man die Schärfe der italienischen Zensur beachtet. Stellt man dabei noch in Rechnung, daß die Lebenshaltung der breiten Masse des italienischen Volkes überaus bescheiden und seine Kaufkraft sehr gering ist, so hat man ungefähr den korrekten Gesichtswinkel, unter dem sich für uns das italienische Knappheitsproblem darstellt.

Aus der Fülle der Pressemeldungen greifen wir einige ganz willkürlich heraus und fügen sie zur Skizze. Messaggero (17. November) berichtet über das unglaubliche Steigen der Preise und findet scharfe Worte gegen die Spekulation; Avanti (15. November) berichtet, in Parma hätten die Lebensmittel unerhörte Preise erreicht, Holz, Kohle und Speck seien nicht mehr zu erschwingen. Concordia (14. November) stellt fest, daß Kohle heute 200 Prozent teurer sei als im Juli 1914. Schuld daran seien die ungeheuern Frachtraten, besonders englischer Schiffe. Corriere d'Italia (18. November) bringt einen langen Aufsatz über die Preissteigerung und Knappheit, die ein europäisches Problem sei. Manche ihrer Gründe datierten aus der Zeit vor dem Kriege: militärische Rüstungen, vermehrte Zirkulation, Landflucht, Monopole und Wucher aller Art, einigermaßen auch die Löhne. Der Krieg habe all das verschärft. Im einzelnen bespricht er dann die hohen Preise für Wein, Fleisch und Kohle und befürwortet scharfe Maßnahmen gegen den Wucher. Bei der Festsetzung von Höchstpreisen sei zu beachten, daß sie nicht die Produktion und den Import erdrosseln dürfen. Im Secolo (19. November) bespricht Professor Allevi die drückende Lage der Konsumenten infolge des Krieges. Wenn man z. B. die Preistaxen von Mailand lese, müßte man sich verzweifelt fragen, wo das hingehen solle. Mehl, Fleisch, Speck, Reis und Butter hätten vorher nie gekannte Preise erreicht; die Reserven würden verbraucht ohne Auffüllung. Die Regierung habe Maßnahmen ergriffen, um die Hungersnot (Carestia) aus der Welt zu schaffen, z. B. die Ermäßigung und dann Beseitigung der Getreidezölle, die Herabsetzung der Fracht auf 50 Prozent. Aber all das genüge noch nicht. In jeder Provinz beständen Organisationen zur Beschaffung von Getreide, Mehl und einem Einheitsbrot. Nötig sei ein schärferes Zufassen gegenüber Wuchern und Spekulanten. In der „Italia" (24. Nov.) behandelt Cantono die Knappheit und Teurung; Fleisch sei überaus knapp, das Schlachtverbot sei unzureichend, die Fleischpreise höher als bei andern kriegführenden Ländern; Getreide koste 42 Lire, also 9,98 Lire mehr als in Deutschland. Sehr bemerkenswert ist die Schärfe, mit der Cantono den Rückgang der landwirtschaftlichen Kultur infolge des Krieges und verkehrter Maßnahmen behandelt; die Ställe entvölkerten sich, und die hohen Fleischpreise lockten das letzte Stück Zuchtvieh heraus. Die Regierung scheine sich der Verantwortung in diesem Punkte (der in der Tat bei dem Aufbau des italienischen Volkswohlstandes auf dem Ackerbau sehr wichtig ist), nicht recht bewußt zu sein. Cantono schließt: „All das sind Probleme der Wirtschaftspolitik von heute und noch mehr von morgen; natürlich die Schwätzer in den Kaffees und die Schreier des neuen Interventionismus (Kriegshetzer gegen Deutschland. D. Red.), die verfluchten Schwachköpfe wissen davon nichts; sie leben herrlich und in Freuden und kleiden sich elegant, aber von dem, was das Land wirtschaftlich verlangt, haben sie keine Ahnung." Die „Italia" (24. Nov.) bespricht unter der Überschrift „Die Haifische am Werk", den skandalösen Betrug, den die „Gesellschaft der Mühlen in Venetien und Emilia" bei Lieferungen an die Heeresverwaltung begangen habe. Durch ein Seitenventil habe man die Mehlblüte (zero granito) aufgesammelt und zurückbehalten, und statt dessen alle möglichen Fremdkörper, Zement, Müll, in die Lieferungsbestände hineingelangen lassen. Von 400 Sack Mehl, die die Gemeinde von Ferrara als verdorben zurückgesandt hatte, sei bei der Gesellschaft keine Spur mehr gefunden worden, so daß der Verdacht bestehe, daß auch diese bei den Lieferungen an die Heeresverwaltung verwandt worden seien. Aus der Fülle der Meldungen über Knappheit, Teurung und Wucher mögen die erwähnten genügen; sie geben ein deutliches Bild von der Lage der Ernährungsverhältnisse in Italien und zeigen jedenfalls, daß die Schwierigkeiten an der Front nicht die einzigen sind, mit denen Italien zu rechnen hat.

Kölnische Zeitung

8./XII. 1916.

Die europäische Teurung.

(Fortsetzung aus Nr. 1241.)

5. Teurung und Knappheit in neutralen Staaten.

Krieg und Hungersnot: diese Wortverbindung ist uns aus der Bibel und allen Bittgebeten geläufig; beides gehört zusammen. Der Krieg ruft den Bauer vom Pflug und schreitet vernichtend über Saaten und Ernten. Das war früher so, das ist so heute. Aber doch heute mit einem Unterschied gegen früher. Früher fühlte das kriegführende Land allein den Hunger; er griff nicht über die Grenze hinaus. Und zwar darum, weil bei den geringen Verkehrsmöglichkeiten jedes Land seine Nahrungsmittel für seinen Gebrauch selbst erzeugen mußte und Massenwaren nicht auf große Entfernungen hin verfrachtet werden konnten. Anders heute. Die wichtigsten Nahrungsmittel sind durch den glanzvollen Ausbau der Verkehrsmittel zu Gegenständen des Weltverkehrs geworden, große Überschußgebiete versorgen auf tausende von Meilen gewaltige Fehlbetragsgebiete. Gering ist die Zahl der Länder, die außerhalb des Austauschs an Nahrungsmitteln stehen. Die Welthandelsware hat naturgemäß Welthandelspreis, und diesen Preis können sich die einzelnen Länder entweder gar nicht oder nur in beschränktem Umfange entziehen. Wenn dieser riesige, weltwirtschaftliche Verkehrszusammenhang an einem Punkt gestört wird, so greift die Störung weiter und dehnt sich aus auf alle Länder. Der Weltkrieg ist eine Störung von niegekannter Stärke. Er hat Wirkungen von niegekannter Ausdehnung. Der Neutrale, der zu Goethes Zeiten mit Behagen zusehen konnte, wie „draußen weit in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen", muß heute sein Behagen merklich einschränken, da für ihn der Krieg genau so fühlbar ist, wie für den Kriegführenden selbst, gelegentlich vielleicht noch fühlbarer.

Das ist die Situation der Neutralen von heute. Manche fühlen nur den schweren Druck des Krieges, einige fühlen den Druck, profitieren aber gleichzeitig. Die breiten Massen spüren überall nur den Druck. Betrachten wir die Lage der Dinge in einigen neutralen Staaten. Stellen wir von vornherein fest: Alle spüren die Teurung, einige auch die Knappheit — für den kleinen Verbraucher ist übrigens dasselbe; Teurung ist für ihn Knappheit.

Die Schweiz. Sie befindet sich unter allen Neutralen in der vielleicht ungünstigsten Lage: von allen Seiten eingeschlossen von kriegführenden Nationen, und dabei gleichzeitig nicht imstande, sich mit dem Nötigsten ausreichend selbst zu versorgen. Dazu kommt der ungeheure Rückgang des Fremdenverkehrs. Heute ist die Schweiz angewiesen auf das Wohlwollen ihrer Nachbarn, ihr Zufuhren zu bewilligen, denn alle diese Staaten haben sich mit einem Ring von Ausfuhrverboten umgeben und haben ihren Wagenpark nur beschränkt verfügbar für fremde Zwecke. So erklärt sich die Knappheit in Getreide, Reis, Zucker, Speisekartoffeln, wie überhaupt in allen Importwaren der Schweiz. Neuerdings ist die Getreidenot so weit gegangen, daß das „Schreckgespenst der Brotkarte" (Berner Bund), näher rückt. Neben der Knappheit geht Teurung einher: Fleisch steht genau so hoch wie bei uns, Eier 17 bis 20 ₰, Butter 2,20 ℳ, Reis 77 ₰, Kartoffeln 6 bis 7 ℳ. Diese Teurung ist für die Schweiz weit empfindlicher als für uns, weil sie dort zusammengeht mit stockendem Erwerbsleben.

Rumänien. Nach rumänischen Pressemeldungen muß Teurung und Knappheit in Rumänien außerordentlich scharf fühlbar sein. Trotz der großen Bestände an Getreide ist Brot sehr teuer, Fleisch doppelt so teuer als sonst, Käse, Eier, Gemüse hätten unerschwingliche Preise erreicht; ebenso Mehl, Reis und Zucker. Dazu kommt eine bedeutende Verteurung von Brennstoffen, Leder und Baumwolle. Die große Masse des rumänischen Volkes leidet schwer unter diesen Verhältnissen.

Holland. Holland, das typische Land der Viehwirtschaft und der Viehproduktenverwertung (Milch, Käse, Eier, Butter, Fleisch), weist in diesen Produkten wie auch in Getreide große Preissteigerungen auf, die freilich weniger durch Knappheit verschuldet sind als durch hohe Frachtraten und durch die günstige Situation des Händlers, dem vorteilhafte Auslandsmärkte offen stehen, und der infolgedessen auch dem heimischen Konsumenten höhere Preise abverlangt. Nach einer Preisliste vom 2. Dezember kosteten Eier 18—22 ₰, Ochsen 205 ℳ, prima Kühe 275 ℳ, Kälber 220 ℳ, Schweine 172 ℳ pro 100 Kilo Lebendgewicht — für holländische Verhältnisse also eine sehr bedeutende Erhöhung des Preisniveaus.

Dänemark. Zum Beschlusse einige Daten über Dänemark. Das dänische statistische Amt hat berechnet, daß seit Juli 1914 bis Oktober 1915 die Preise für die gewöhnlichen Lebensmittel um 32 Prozent gestiegen sind, auch bei den Produkten, die Dänemark im Überfluß produziert und üblicher Weise ausführt. Brot ist sogar um 50 Prozent und Kartoffeln sind um 60 Prozent gestiegen.

Damit schließen wir unsere Umschau über die Lage der Volksernährung in den europäischen Staaten. Ziehen wir kurz die Ergebnisse zusammen: 1. Teurung und Knappheit ist allgemein vorhanden. 2. Die Ursachen sind bei den einzelnen Staaten verschieden. 3. Die Verhältnisse sind in Deutschland durchschnittlich nicht schlimmer als in andern Ländern, teilweise sogar noch besser, a) auf Grund staatlicher Maßnahmen, b) auf Grund einer guten Organisation des Lebensmittelmarktes, c) auf Grund stärkerer Kaufkraft des deutschen Volkes, d) auf Grund der Unabhängigkeit der deutschen Versorgung von Frachten und Wechselkursen infolge unserer größern Eigenproduktion. Es bleibt jetzt noch übrig, in einem Schlußaufsatz die Gründe der Teurung zusammenzufassen.

Die Zeit
9./XII. 1915

Eine Kriegsstatistik.

Ueber die Leistungen während des Krieges.

In Durchführung eines schon im Oktober erörterten Planes befaßte sich, wie uns berichtet wird, die Statistische Zentralkommission in der am 1. d. abgehaltenen Versammlung unter anderem mit der Frage, inwieweit und auf welche Art schon dermalen für eine Kriegsstatistik vorzusorgen sei.

Eine Aufgabe von hoher Bedeutung nannte das der Kommission unterbreitete Referat die Sammlung und die einen Verlust ausschließende Sicherstellung jenes reichen Materials, das über die großen Leistungen der Bevölkerung, der Verwaltung und der Wirtschaft Aufschluß zu geben vermag. Die systematische Sammlung dieses Materials sei schon für zahlreiche praktische Zwecke der Verwaltung weit über den Krieg hinaus von hoher Wichtigkeit; sie sei vollends unentbehrlich, wenn es gelte, den Versuch einer Darstellung der inneren Entwicklung Oesterreichs in der Kriegszeit zu unternehmen. Dem Generalstabswerk über den Krieg müsse eine gleich eingehende Geschichte der Ereignisse im Leben der Verwaltung und der Wirtschaft an die Seite gestellt werden. Gegenwärtig, da alle Kräfte aufs schärfste angespannt seien, wäre es allerdings verfrüht, besondere Erhebungen zur Bestimmung der Wirkungen des Krieges ins Auge zu fassen. Auch an eine Verarbeitung des in reicher Fülle schon vorhandenen Zahlenmaterials zur Beurteilung dieser Wirkungen sei heute noch nicht zu denken. Wohl aber würde es notwendig sein, schon jetzt dafür zu sorgen, daß dieses Material gesammelt, für eine spätere Verwertung bereit gehalten und vor Vernichtung bewahrt werde.

Die Denkschrift der Regierung über die aus Anlaß des Krieges getroffenen Maßnahmen, die einen Ueberblick über die Leistungen der Verwaltung gewährt, bot die Grundlage für eine in der Sitzung vorgelegte übersichtliche Zusammenstellung jener Gebiete, für die statistisches Material zu erlangen sei. Mehr unter Berücksichtigung der Quellen für die Materiallieferung als aus Gründen strenger Systematik war in dieser Uebersicht der Stoff derart gegliedert worden, daß ein Abschnitt das Heer und die Flotte, weitere sodann die Bevölkerung, das Wirtschaftsleben, das Rechtsleben, die Kriegsfürsorge und endlich die Spezialstatistik der durch den Krieg unmittelbar berührten Gebiete betraf.

Die auf Grund aller dieser Ausführungen gestellten Anträge gingen dahin, daß die Statistische Zentralkommission die geeigneten Schritte einzuleiten habe, um die Sammlung und Bereitstellung alles statistischen Materials zu sichern, das über die besonderen Leistungen anläßlich des Krieges, über bemerkenswerte Vorkommnisse oder über die Rückwirkungen des Krieges auf das soziale und wirtschaftliche Leben Aufschluß gibt. Hierbei wäre nicht nur an amtliche Stellen, sondern auch an das Publikum, so namentlich an Vereine, Komitees, heranzutreten und nicht bloß an rein statistisches, zahlenmäßiges Material, sondern auch an beschreibende, erläuternde Angaben, Rechenschaftsberichte, Vorschläge, kritische Darstellungen usw. zu denken.

Diese Darlegungen begegneten dem lebhaftesten Interesse der Kommissionsmitglieder, das in einer an wertvollen Aufschlüssen, Anregungen und Wünschen reichen Debatte zum Ausdruck kam, und führten zur einhelligen Annahme der auf Grundlage der Verhandlungen in einigen Einzelheiten modifizierten Anträge.

Pester Lloyd 11/XII. 1915

Wichtige wirtschaftliche Fragen im Bund der ungarischen Fabriksindustriellen.

Budapest, 10. Dezember.

Der Bund der ungarischen Fabriksindustriellen hielt gestern unter dem Vorsitze des Magnatenhausmitgliedes Dr. Franz Chorin eine Sitzung, in welcher der Präsident zunächst den Vizepräsidenten Manfred v. Weiß anläßlich seiner Ernennung zum Mitglied des Magnatenhauses herzlich begrüßte. Er verwies darauf, daß die Auszeichnung einem großen Organisator der industriellen Arbeit zuteil geworden ist, der unserem Heere in dem großen Kampfe, in den es gegen unseren Willen hineingerissen wurde, unschätzbare Dienste geleistet hat. Manfred v. Weiß dankte für die Begrüßung, worauf der Präsident dem jüngst verstorbenen Vorsitzenden der Győrer Filiale des Bundes Gustav Wottitz einen herzlichen Nachruf widmete.

Präsident Dr. Franz Chorin verwies sodann darauf, daß die ungarische Industrie gegen die bezüglich des Ausgleichs zwischen Oesterreich und Ungarn im Kreise der österreichischen industriellen Interessenvertretungen aufgetauchten und auch von so angesehener Seite, wie es der Bürgermeister der Stadt Wien ist, unterstützten Bestrebungen energisch Stellung nehmen müsse. Die österreichischen industriellen Interessenvertretungen wollen unsere siebenundsechziger Verfassung einer ihrer wertvollsten Bürgschaften berauben, indem sie die Forderung einer Pragmatisierung des einheitlichen Zollgebietes aufstellen. Es ist verwunderlich, daß es gerade jetzt zu einem solchen Angriff kommen kann, zu einer Zeit, in welcher die Monarchie einen Kampf auf Leben und Tod führt und Ungarn getrost von sich sagen kann, daß es an diesem Kampfe mit größter Hingebung teilgenommen und sich damit die vollste Anerkennung der ganzen Welt erworben hat. Auf den Schlachtfeldern hat der Dualismus gesiegt und Ungarn kann nicht zugeben, daß seine im Dualismus ihm zugesicherten Rechte verkürzt werden. Er hält es für notwendig, daß die Stellungnahme der ungarischen Industrie in dieser Frage unter Teilnahme von Vertretern der gesamten Fabriksindustrie in einer demnächst einzuberufenden Sitzung des großen Ausschusses des Bundes erfolge. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Geschäftsführender Direktor Dr. Gustav Gratz berichtete hierauf über die jüngst in Dresden stattgefundene Besprechung über das wirtschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Er verwies darauf, daß die ungarischen Delegierten auch diesmal betonten, daß sie die wirtschaftliche Annäherung an Deutschland bis zu der durch unsere Lebensinteressen angegebenen Grenze für notwendig und wünschenswert halten. Trotzdem waren sie nicht in der Lage, sich dem auf der Dresdener Tagung unterbreiteten, das künftige wirtschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und der Monarchie schon in seinen Einzelheiten umschreibenden Beschlußantrag anzuschließen, weil ihrer Ansicht nach die äußeren Formen des wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen den beiden Mächten erst festgestellt werden können, wenn zuvor hinsichtlich des Maßes und Inhaltes der Annäherung die interessierten Kreise in allen drei Staaten Stellung genommen haben. Béla Veith erörtert die bei diesen Verhandlungen zu befolgende Methode und seine Vorschläge bildeten den Gegenstand einer eingehenden Diskussion, an welcher Viktor Szántó, Baron Heinrich Ohrenstein, Dr. Franz Chorin jun., der Sekretär des Kroatisch-Slavonischen Industriellenbundes Makso Mautner und andere teilnahmen. Die Direktion nahm den Bericht des geschäftsführenden Direktors zustimmend zur Kenntnis und konstatierte mit lebhafter Befriedigung, daß der auf der Dresdener Tagung von den Teilnehmern aus Deutschland angenommene Beschlußantrag die Vorbereitung der Regelung dieser Frage an einen aus sämtlichen berufenen Interessenvertretungen Deutschlands bestehenden Ausschuß leiten will, daß ferner auch österreichische Redner der Ansicht Ausdruck gegeben haben, daß nunmehr die in erster Reihe dazu berufenen Interessenvertretungen die Vorbereitung des künftigen wirtschaftlichen Verhältnisses mit Deutschland in die Hand nehmen müssen. Der Bund ungarischer Fabriksindustriellen, der in den über diese Frage geführten Besprechungen von Anbeginn an diesen Standpunkt vertreten hat, würde es gern sehen, wenn nun auch in Oesterreich und in Ungarn die dazu berufenen wirtschaftlichen Interessenvertretungen sich in dieser Frage miteinander und mit den deutschen Verbänden ins Einvernehmen setzen würden, und würde an diesen Arbeiten seinerseits gern teilnehmen.

Die Direktion beschäftigte sich sodann mit der Frage der Organisierung der Rohstoffbeschaffung für die Zeit nach Beendigung des Krieges. Direktor Dr. Gratz verwies darauf, daß der Gedanke, daß in dieser Hinsicht schon jetzt gewisse vorbereitende Maßregeln getroffen werden müssen, in der ungarischen Industrie schon seit längerer Zeit erörtert wird, und daß jüngst auch der Kriegsausschuß der deutschen Industrie den Beschluß gefaßt hat, diese Frage mit den industriellen Fachverbänden und den interessierten Kreisen eingehend zu erörtern. Ohne Zweifel wird sich die Nachfrage in allen jenen ausländischen Rohstoffen, an welchen wir derzeit einen Mangel haben, nach dem Kriege sehr dringlich äußern, was zur Folge haben kann, daß die Industriellen sich die Preise gegenseitig in die Höhe treiben werden. Die Staaten, welche solche Rohprodukte erzeugen, organisieren sich denn auch bereits, um diese Konjunktur zum Nachteil der mitteleuropäischen Staaten im vollsten Maße auszunützen. Wenn demgegenüber die mitteleuropäischen Staaten nicht rechtzeitig für eine solche Organisierung der Rohstoffbeschaffung Sorge tragen, welche der Industrie dieser Staaten eine systematische und gleichmäßige Deckung ihres Rohstoffbedarfes sichert, so wird dies einen schweren Verlust für die Volkswirtschaft der mitteleuropäischen Staaten bedeuten. Die überstürzte Beschaffung großer Mengen von ausländischen Rohprodukten müßte aber auch unsere Valuta ungünstig beeinflussen. Ungarn wird schon durch seine geographische Lage darauf verwiesen, im Interesse einer ausreichenden Rohstoffbeschaffung rechtzeitig Schritte zu tun. Nachdem Manfred v. Weiß, Julius Egger, Viktor Szántó und andere zur Sache gesprochen hatten, wurde beschlossen, auch diese Frage dem großen Ausschuß vorzulegen.

Reichspost
11/IX. 1915

I
96
60

Volkswirtschaft.

Die wirtschaftliche Bedeutung von Russisch-Polen.

II.

Als im Verlauf des gegenwärtigen Krieges die deutschen Truppen immer weiter in Russisch-Polen eindrangen, da zeigte sich im Anfang bei der Bevölkerung nicht allenthalben die von vielen Seiten erwartete Freude. Es ist zu vermuten, daß für diese Haltung der polnischen Bevölkerung nicht bloß politische, sondern in vielleicht noch höherem Maße wirtschaftliche Verhältnisse verantwortlich sind. Die polnische Landwirtschaft ist wohl wenig oder gar nicht auf das russische Nachbarland die polnische Industrie aber um so mehr. In Russisch-Polen gehören nun zwar bei einer Gesamtbevölkerung von 12,976.000 Köpfen volle 9,803.000 das ist 76·7% dem Bauernstand an, während sich die restlichen 3,173.000 Menschen auf die anderen Zweige des Erwerbslebens verteilen. Wie in allen Ländern des östlichen Europa ist auch das Wirtschaftsleben von Russisch-Polen in erster Linie auf die Landwirtschaft aufgebaut. Daneben hat sich in der zweiten Hälfte des verflossenen Jahrhunderts eine Industrie aufgetan, die in ihren Formen sowohl als auch in ihrem raschen Wachstum an amerikanische Verhältnisse erinnert. Die letzte offizielle Statistik spricht von 10.953 industriellen Unternehmungen in Russisch-Polen die mehr als 400.000 Personen beschäftigen und Waren im Werte von annähernd 900 Millionen Rubel produzieren. Die nachstehende Tabelle gibt einen kurzen Ueberblick über den Stand des polnischen Gewerbelebens.

	Unternehmungen	Arbeiter	Wert der Produktion (in Millionen Rubel)
Lebensmittelindustrie	3052	42.450	154
Weberindustrie	1166	150.300	341
Konfektionsindustrie	1918	25.440	48
Metallindustrie	1510	62.000	110
Bergbau- und Hüttenindustrie	479	45.600	60
Holzindustrie	879	17.000	23
Papierindustrie	672	15.400	25

Der Menge, respektive dem Gewichte nach stellt sich die Produktion der polnischen Industrie wie folgt;

Kohlen	7,500.000	Tonnen
Roheisen	426.000	„
Halbfabrikate aus Eisen	605.000	„
Fertigfabrikate „ „	451.000	„
Erzeugnisse der Spiritusindustrie	2,000.000	Hektoliter
„ „ Zuckerindustrie	2,000.000	Pud
„ „ Stärkeindustrie	1,200.000	„
„ „ Zementindustrie	1,900.000	Faß

Ein kurzer Blick auf obige Tabelle dürfte genügen, um die überragende Stellung zu erkennen, die die metallurgische und die Textilindustrie im russisch-polnischen Wirtschaftsleben einnehmen. Eigentümlich für die Weberindustrie ist es, daß sie nicht etwa über die einzelnen Städte des ganzen Landes verbreitet ist, sondern vielmehr sich fast ausschließlich im Fabriksrayon von Lodz konzentriert. Die polnische Weberindustrie ist innig mit dieser Stadt verbunden, deren phänomenaler Aufschwung ein Symbol für die ganze Entwicklung des polnischen Gewerbelebens genannt werden darf. Unwillkürlich fragt man sich nach den natürlichen Grundlagen, die hiebei mitgewirkt haben. Mitten im flachen Land gelegen, ohne sonderlich gute Bahnverbindungen, fern vom verkehrsreichen Meere, abseits vom Absatzmarkte, hätte Lodz niemals die heutige Größe erreichen können, wenn nicht Faktoren hinzugekommen wären, die ohne Rücksicht auf die von der Natur gegebenen Voraussetzungen seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts tätig gewesen sind. Wir haben es da mit einer der bedeutungsvollsten Standortsverschiebung zu tun, die die Welt jemals gesehen; alles trägt den Stempel des künstlich Geschaffenen; das heutige Lodz ist ohne den russischen Prohibitivzoll einfach undenkbar. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts setzte bekanntlich im Zarenreiche eine immer stärker werdende Bewegung ein, die die „wirtschaftliche Unabhängigkeit" Rußlands vom westlichen und mittleren Europa zum Ziele hatte. Eine nationale Industrie sollte geschaffen und durch hohe Zölle von der ausländischen Konkurrenz geschützt werden. Diese Bewegung hatte, weil ihr politische Motive zugrunde lagen, bald Erfolg. Rußland umgab sich tatsächlich mit einer fast unübersteigbaren Zollmauer, die auch heute noch besteht und nach den Plänen der Machthaber an der Newa bei der kommenden Erneuerung des Handelsvertrages mit Deutschland noch erhöht werden sollte. Die Webern aus Schlesien und der Lausitz, die bisher von der Ausfuhr nach Polen und Rußland gelebt hatten, sahen sich mit einem Male vor einer wirtschaftlichen Katastrophe. Um dem Ruin zu entgehen, mußten sie wohl oder übel die alte Heimat verlassen und sich innerhalb der russischen Grenzpfähle niederlassen. Sie wählten Lodz als Wohnsitz und konnten dank des Zollschutzes, der die Preise für die verschiedenen Erzeugnisse der Textilindustrie künstlich hoch hielt, ihre Betriebe alsbald in ungeahntem Maße ausbauen. Heute leben in Lodz nicht weniger als 120.000 Deutsche und ihrer Energie ist es zum Teil zu verdanken, wenn Lodz innerhalb eines halben Jahrhunderts aus einem kleinen Nest zu einer Stadt mit einer halben Million Einwohner geworden ist. Ein großer Teil der Fabrikbesitzer trägt noch heute deutsche Namen; allerdings muß auch zugestanden werden, daß sich in allerletzter Zeit eine Verschiebung in den nationalen Besitzverhältnissen ergeben hat. Während die Zahl der in deutscher Hand befindlichen Unternehmungen sich ständig gleichbleibt, ist die der rein polnischen und polnisch-jüdischen Unternehmungen in raschem Wachstum begriffen. Es steht nicht fest, ob mit dieser Polonisierung der Lodzer Industrie der Stellungswechsel, den die russische Regierung seit ein paar Jahren vorzubereiten scheint, zusammenhängt. Tatsache ist jedenfalls, daß in Petersburg und Moskau seit geraumer Zeit Kräfte an der Arbeit sind, die einer „echt russischen Industrie" das Wort reden und die ihre Spitze deutlich gegen die polnische Industrie richten. Die Lodzer Fabrikanten klagen auch schon seit Jahren über die zunehmende Konkurrenz der Moskauer Textilwerke, die vermöge der niedrigen Arbeitslöhne an und für sich schon besser gestellt sind denen die russische Regierung obendrein bei der Vergebung

Reichspost
11/IX. 1915
Volkswirtschaft.

der großen Aufträge für das Militär usw. in der Tat den Vorzug zu geben schien. Die polnische Industrie sah sich mit einem Male der großen Gefahr gegenüber, des bisherigen Schutzes beraubt und aus dem russischen Absatzmarkt Schritt für Schritt verdrängt zu werden. Damit wäre natürlich der Lodzer Industrie das Todesurteil gesprochen gewesen, da diese ohne den russischen Absatzmarkt nicht existieren kann. Die kriegerischen Ereignisse haben da mit einem Schlage eine vollkommene Revolution in den wirtschaftlichen Verhältnissen von Russisch-Polen hervorgerufen. Die Fabriken haben zumeist ihren Betrieb eingestellt und Tausende von Arbeitern, die in Lodz tätig waren, haben sich nach Westdeutschland gewandt, wo große Not an Arbeitskräften bestand. Wie sich die Situation für die polnische Textilindustrie in Zukunft unter den veränderten Verhältnissen gestalten wird, ob es den Fabrikanten gelingen wird, mit der auf der höchsten Stufe technischer Entwicklung stehenden Konkurrenz in erfolgreichen Wettbewerb zu treten, erscheint zum mindesten sehr zweifelhaft.

Besser sind die Aussichten für die polnische Montanindustrie. Auch da hat deutscher Fleiß und deutsches Organisationstalent ein großes Stück Arbeit geleistet. Schon der Umstand, daß das große Kohlenrevier von Dombrawa nichts anderes als eine Fortsetzung des oberschlesischen Kohlenflözes darstellt, die Tatsache, daß die beiden politisch getrennten Gebiete wirtschaftlich im engsten Zusammenhang standen, macht sich da wohltuend bemerkbar. Kurz vor Beginn des Krieges belief sich die Kohlenförderung im Bezirk von Dombrowa auf rund 7½ Millionen Tonnen, das ist ungefähr 450 Millionen Pud pro Jahr. Noch im Jahre 1912 wurden erst 390,000.000 Pud zutage gefördert gegen 1.474,000.000 Pud im eigentlichen Rußland. In dem okkupierten Polen wurden mithin 18% von dem Gesamtbedarf des russischen Reiches, der im Jahre 1912 auf 2.170,000.000 Pud geschätzt wurde, produziert. Noch günstiger stellt sich der Prozentsatz bei der Eisenindustrie. Im Jahre 1913 wurden in Russisch-Polen 36,314.500 Pud Eisen und Stahl erzeugt gegen 31,766.139 im Jahre 1912. Die letzten Jahre haben ähnlich wie im Donogrevier so auch im Bezirk Dombrowa einen außerordentlichen Aufschwung mit sich gebracht. Die allgemein wirtschaftliche Erstarkung des ganzen Landes, die als eine Folge glänzender Ernteergebnisse anzusehen ist; die ungeheure Bautätigkeit in den Städten sowie die kaum zu bewältigenden Regierungsaufträge zeitigten für die russisch-polnischen Montanwerke eine wahre Hochkonjunktur, die erst mit Beginn des Krieges ein Ende fand. Die Hütten des Bezirkes von Dombrowa erzeugten im Verhältnis zur gesamten russischen Montanindustrie:

rund 23% der Feinbleche
„ 43% des Universaleisens
„ 50% der Röhren
„ 20% des Sorteneisens
„ 40% der Laschen und Unterlagsplatten
„ 22% der Bandagen und Achsen
„ 14% des Drahtes.

Im Uebrigen leiden die polnischen Hütten den Mangel an Roheisen, das von weitem, aus Südrußland bezogen werden muß. Solange geschäftliche Depression herrscht, genügt die Zufuhr von Erzen und Gießereiroheisen vollauf; in Zeiten der Hochkonjunktur jedoch, wo die südrussischen Hochöfen mit Mühe und Not den Bedarf der dortigen Metallindustrie decken können, pflegt sich in der polnischen Montanindustrie eine derartige Knappheit an Roheisen und Erz einzustellen, daß oft die Weiterarbeit in Frage gestellt wird. Die südrussische Industrie, die bekanntlich durchwegs syndiziert ist, benützt diese Notlage der polnischen Werke, um die auf den Dombrowaer Bezirk fallenden Quoten, speziell in Sorteneisen und Eisen- und Stahlblechen zu verringern. Aehnlich wie in der Textilindustrie machte sich offenbar in den letzten Jahren auch in der Eisenindustrie des russischen Reiches eine unverkennbare Tendenz geltend, die nationalrussischen Werke zu ungunsten die polnischen zu stärken. — Die chemische Industrie in Russisch-Polen gehört heute bereits zu den wichtigsten Zweigen des wirtschaftlichen Lebens. Die stürmische Entwicklung, die der Weberindustrie im vorigen Jahrhundert beschieden war, scheint sich da wiederholen zu wollen. Während es im Jahre 1902 62 Unternehmungen mit 3963 Arbeitern gab, bestanden im Jahre 1912 bereits 264 Fabriken mit 9153 Arbeitern und einer Produktion im Werte von 29,831.000 Rubel. Die Produktion, die als eine außerordentlich mannigfaltige bezeichnet werden muß, zerfällt in drei Gruppen:

	Unternehmungen	Produktionswert	Arbeiterzahl
1. Technisch-chemische Produkte	152	23.218.000	7468
2. Seife und Kerzen	65	2,473.000	417
3. Kosmetische, Parfümerie- und pharmazeutische Erzeugnisse	47	4,140.000	1268

Trotz der fortschreitenden Entwicklung der inländischen Industrie ist Polen und auch Rußland in bezug auf Chemikalien auf das Ausland angewiesen.

Die polnische Schuhwarenindustrie, die lange Zeit hindurch in einem Zustand der Stagnation beharrte, hat sich in den letzten Jahren gleichfalls ganz außerordentlich gehoben. Die mechanische Arbeit verdrängt rasch die manuelle und heute gibt es in Warschau allein bereits mehr als 80 Schuhwarenfabriken und Werkstätten, die mit Maschinen arbeiten.

An anderen Zweigen des polnischen Gewerbelebens sind noch zu nennen die Holzindustrie, die sich in erster Linie mit der Herstellung von gebogenen Möbeln befaßt. Allein im Jahre 1912 wurden 2,500.000 gebogene Stühle im Werte von 5,500.000 Rubel abgesetzt. Mit der Fabrikation von Spiritus beschäftigten sich im Jahre 1910 490 Brennereien, die ungefähr 2,000.000 Hektoliter Spiritus von 10% Stärke erzeugten. Sehr alt ist die Zuckerindustrie, die sich in stetem, aber langsamen Anstieg befindet. Schon im Jahre 1850 hat es 35 Zuckerfabriken gegeben; heute sind es deren 60 mit einer jährlichen Erzeugung von 2,000.000 Meterzentner. Nicht unbedeutend ist ferner die Glasindustrie mit 60 Unternehmungen, die sich in erster Linie mit der Herstellung von Fensterglas und gewöhnlicher Ware, wie Bier- und Weinflaschen usw. befassen, sowie die Papierindustrie mit 9 Fabriken und 4000 Arbeitern, die sich in der Erzeugung vom billigen Packpapier angefangen bis zum feinsten Briefpapier betätigen.

Es ist an dieser Stelle nicht möglich, all die verschiedenen Zweige der russisch-polnischen Industrie im einzelnen, wenn auch nur in rohen Abrissen zu behandeln; immerhin dürfen die weiter oben angeführten statistischen Zusammenstellungen genügen, ein schwaches Bild von der großen Mannigfaltigkeit des polnischen Wirtschaftslebens zu geben. Wie sich die Verhältnisse nach dem Kriege gestalten werden, läßt sich nicht voraussagen, jedoch ist es wahrscheinlich, daß die deutsche Konkurrenz, vor der sich die Lodzer Unternehmer mit Recht fürchten, den anderen Industrien nicht allzuviel Eintrag wird tun können. Zum Schluß noch einige Angaben, betreffend die öffentlichen Finanzen des Generalgouvernements Polen. Es beliefen sich die staatlichen Einnahmen

im Jahre 1905 auf 122,450.000 Rubel
„ „ 1907 „ 167,180.000 „
„ „ 1911 „ 228,360.000 „

Die rasche wirtschaftliche Entwicklung des Landes kommt in der ganz außerordentlichen Steigerung der Einnahmeziffer sinnfällig zum Ausdruck. Hält man sich aber noch vor Augen, daß von den 228.360.000 Rubel ganze 124.500.000 Rubel für rein polnische Zwecke verwendet wurden, während der Rest im Betrag von zirka 104.000.000 Rubel der russischen Staatskasse zufloß, so läßt sich der Schmerz des russischen Reiches ob des Verlustes von Polen wohl verstehen. Als Gebietseinheit war das Generalgouvernement Polen ein kaum nennenswertes Anhängsel des ungeheuren Zartums; wirtschaftlich war es dagegen eine der höchst entwickelten, wenn nicht die höchst entwickelte Provinz des Landes.

Kölnische Zeitung 11./XII.1915.

Die europäische Teurung.

(Schluß aus Nr. 1249.)

7. Die Gründe der Teurung.

Die Tatsache, daß Teurung und Knappheit gewöhnlich vereint auftreten, läßt vermuten, daß zwischen beiden ein sich gegenseitig bedingender Zusammenhang besteht. In der Tat besteht ein solcher. Nur müssen wir beachten, daß Knappheit und Teurung relative Begriffe sind. Knappheit ist immer ein „Zuwenig" im Verhältnis zur gewohnten Breite der Gesamtvorräte und der Lebenshaltung, Teurung ist immer ein „Zuviel" im Verhältnis zum gewohnten Preisniveau. Knappheit führt regelmäßig zur Teurung, zum Steigen der Preise und zur Ausschaltung bestimmter Grenzschichten von Konsumenten; der Fall, daß Knappheit keine Teurung bewirkt, hat rein theoretische Bedeutung: Er würde etwa dann eintreten, wenn der Ausfall an knapp gewordenen Produkten wett gemacht würde durch stärkern Verbrauch von Ersatzprodukten bei gleichzeitiger Änderung der Verbrauchsgewohnheiten. Teurung bedeutet Knappheit *nur für bestimmte Konsumentenschichten*, für diejenigen, deren Einkommenverhältnisse nicht genügend Spielraum bieten für Änderungen des Preisniveaus, die also jede Erhöhung der Preise mit Einschränkung der Verbrauchs beantworten müssen.

Teuerung kann, außer aus Knappheit, aus verschiedenen andern Gründen entstehen: aus vermehrten Produktionskosten, aus hohen Frachten und Versicherungsraten, aus Spekulation, aus währungspolitischen Umständen (Valutaentwertung, ungünstigen Wechselkursen).

Wie liegen nun in Europa die Dinge? Wir haben Teuerung auf Grund von Knappheit und Knappheit auf Grund von Teuerung.

Teuerung auf Grund von Knappheit herrscht für bestimmte Produkte in fast allen Ländern Europas. Der Kardinalfall sind natürlich die Mittelmächte, die, zufuhrbedürftig, von der Zufuhr gesperrt sind. Aber auch die andern Länder spüren mehr oder weniger effektvolle Knappheit und alle deren Wirkungen auf das Preisniveau. Im engsten Zusammenhang mit der Teurung auf Grund von Knappheit steht Teuerung auf Grund vermehrter Produktionskosten: Die Knappheit der Rohstoffe z. B. führt zur Erhöhung der Produktionskosten und damit zur Preissteigerung des fertigen Produkts. Der Fall liegt vor bei der Teuerung der Preise für Fleisch, Milch und Butter in Deutschland: hohe Futterpreise bedingen Teuerung der fertigen Produkte.

Ganz außer Zusammenhang mit der Knappheit steht die Preissteigerung auf Grund erhöhter Fracht- und Versicherungsraten. Es ist das Teuerungsphänomen, das überwiegend in England, Frankreich und Italien vorliegt. Wenn schon in Friedenszeiten die Notizen der Londoner Frachtenbörse und die Versicherungsnotizen bei Lloyds für die Preisnotierungen der Londoner Getreidebörse mitbestimmend sind, um wieviel mehr ist dies heute der Fall, wo Fracht und Versicherungssätze um das Vielfache gestiegen sind!

Teurung aus Spekulation ist das Phänomen, das lokal und regional und für bestimmte Produkte in allen Ländern vorhanden ist, und sich am meisten vielleicht in Rumänien zeigt. Bei großen Vorräten in Rumänien gewaltige Preiserhöhung nur darum, weil im Inlande starke Hände die Ware zurückhalten. Ähnlich in Holland und Dänemark: Hier hat der Händler und Produzent die Wahl zwischen konkurrierenden Märkten, dem Auslandsmarkt mit hohen Preisgeboten und dem Inlandsmarkt. Naturgemäß muß der Inlandsmarkt, um versorgt zu werden, die steigende Tendenz des konkurrierenden Auslandsmarktes mitmachen.

In welchem Umfange währungspolitische Verhältnisse, vor allem die Entwertung der Valuta, eine Rolle spielen bei der Teurung, läßt sich nicht genau abschätzen; alles, was man sagen kann, ist, daß ungünstige Wechselkurse die Einfuhr verteuern und somit die Preise der eingeführten Produkte wesentlich erhöhen: Deutlich nachweisbar bei den amerikanischen Lieferungen nach England und Frankreich. In richtiger Erkenntnis dieser Sachlage haben England und Frankreich sich bemüht, möglichst frei zu werden von amerikanischen Lieferungen. Inwieweit Valuta-Entwertungen im Inlande bei der Teurung mitwirken, ist überhaupt nicht abzuschätzen, am allerwenigsten da, wo der ausländische Güter- und Kapitalverkehr gesperrt ist.

Teurung aus steigenden Produktionskosten, steigenden Frachten und Versicherungsraten, aus Spekulation und ungünstigen währungspolitischen Verhältnissen steht ursächlich außer Zusammenhang mit der Knappheit, äußert sich aber für bestimmte Konsumentenschichten genau so wie Knappheit. Nämlich für die Schicht der minderbemittelten Verbraucher. Alle Teurung ist für die Massen relative Knappheit auf Grund des engen Spielraumes ihrer Kaufkraft.

Diese Diagnose von Knappheit und Teurung zeigt, wie verschiedene Ursachen beiden Phänomen zugrunde liegen und welcher Zusammenhang zwischen beiden Phänomen besteht. Es lassen sich einige praktische Folgerungen daraus ziehen:

1. Effektive Knappheit ist in jedem Falle nur dadurch zu überwinden, daß die Bestände gesteigert (durch Produktion, Import oder Ersatzprodukte) oder daß der Konsum eingeschränkt wird; alle Maßnahmen, die das nicht bezielen, sind in sich verfehlt.
2. Relative Knappheit (Knappheit für bestimmte Konsumentenschichten infolge der Teurung) läßt sich heben durch preispolitische Maßnahmen nur wenn die Teurung veranlaßt wurde durch Spekulation; soweit die Teurung durch gestiegene Produktionskosten, durch währungspolitische Umstände oder durch hohe Fracht- und Versicherungsraten bedingt wird, können nur mittelbare Maßnahmen helfen; Frachtenermäßigung, Staatszuschüsse zur Produktion und Versicherung.
3. Maßnahmen gegen die Teurung sind nur dann wirkungsvoll, wenn sie in jedem einzelnen Fall ausgehen von der spezifischen Ursachen der Teurung; denn alle Therapie beruht auf zutreffender Diagnose.

Hamburger Fremdenblatt

11./XII. 1915.

I.

70

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Reichskanzler über Deutschlands Wirtschaftslage. — Deutsche und österreichische Börsen. — Vom Geldmarkt. — Die Reichsbank-Denkschrift. — Die vierzigste Milliarde. — Ein finanzieller Gedenktag. — Zur Lage in den Vereinigten Staaten.

Hamburg, 11. Dezember.

✠ Es war vorauszusehen, daß der deutsche Reichskanzler in seiner großen Rede über die Weltlage auch die wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Vaterlandes einer Besprechung unterziehen würde. Nachdem wir schon aus der dem Reichstage zugegangenen Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen die sichere Gewißheit entnommen hatten, daß von einer Lebensmittelnot im Deutschen Reiche in keiner Weise die Rede sein kann, hat jetzt Herr v. Bethmann Hollweg vom Bundesratstische aus bestätigt, daß wir nicht nur augenblicklich genügend Lebensmittel haben, sondern auch in Zukunft haben werden, sofern wir sie richtig verteilen. Die ganze Frage der Lebensmittelversorgung ist, wie der Reichskanzler richtig hervorhob, nicht eine Frage der Menge, sondern lediglich eine solche der richtigen Verteilung. Der Kanzler wies ferner auf die wirtschaftlichen Folgen der nun hergestellten Verbindung mit dem Orient hin. Der Weg nach Osten bedeutet, so sagte er, nicht nur einen Merkstein in der Geschichte unseres Volkes, sondern der Welt. Militärisch sei er von unschätzbarem Werte, und wirtschaftlich ergänzen die Vorräte der Balkanstaaten und der Türkei unsere Vorräte in dankenswerter Weise. Die feste Brücke werde im Frieden in ausgedehntem Maße dem Verkehr der Völker dienen.

Diese zuversichtlichen Auslassungen des leitenden deutschen Staatsmannes, soweit sie sich auf unsere Wirtschaftslage und unsere militärischen Erfolge bezogen, sind auch von der Börse beifällig begrüßt worden, und zwar nicht nur bei uns, sondern auch bei unseren Verbündeten. Ist doch die Börse für jeden Lichtblick dankbar, der sich ihr in der nunmehr schon über sechzehn Monate währenden geschäftsarmen Zeit eröffnet, und hofft und wünscht sie doch von Tag zu Tag, daß recht bald wieder ein geregelter Börsenverkehr eingeführt werden möge. Wann dieser Wunsch freilich voll und ganz in Erfüllung gehen wird, ist eine andere Frage, und die Börse scheint sich nach den neuesten Erklärungen des Reichskanzlers zur Friedensfrage mit der Tatsache abgefunden zu haben, daß an eine Wiedereröffnung des amtlichen Börsenverkehrs in absehbarer Zeit nicht zu denken sein dürfte. Unter diesen Umständen wird man sich mit dem bisherigen sogenannten freien Börsenverkehr auch noch fernerhin behelfen und zunächst bestrebt sein müssen, diesen weiterauszugestalten. Aus diesen Erwägungen heraus hat auch in den letzten Tagen der Vorstand der Wiener Wertpapierbörse an die zuständige Stelle eine Eingabe gerichtet, in der er u. a. um eine Erweiterung des bisher außerordentlich beschränkten Wiener Börsenverkehrs nachsuchte. Auch in Wien sind zwar ebenso wie in Berlin und an den anderen deutschen Börsen trotz der Ausschaltung des offiziellen Börsenverkehrs seit Kriegsbeginn Wertpapiere umgesetzt worden. Während aber an den deutschen Börsen sämtliche Börsenräume den Interessenten für ihre täglichen Zusammenkünfte zur Verfügung standen, war der große Wiener Börsensaal vollkommen geschlossen und der Wertpapierhandel beschränkte sich in der Hauptsache auf einen telephonischen Verkehr zwischen den einzelnen Banken und Bankfirmen. Nun soll der neue österreichische Handelsminister, Herr v. Spitzmüller, da er doch aus seiner früheren bankgeschäftlichen Tätigkeit den Wert eines täglichen geregelten Börsenverkehrs kennt, seine handelsministerielle Arbeit damit beginnen, daß er den Wiener Börsenleuten zunächst wenigstens wieder die Stätte ihres früheren gewohnten Wirkens erschließt. Selbstverständlich will man sich auch in Wien nur mit einem freien Kassaverkehr ohne Ultimohandel begnügen, aber man hofft, damit wieder die Grundlage für einen späteren geregelten Verkehr geschaffen zu haben.

Der Zweck der Eingabe der Wiener Börsenkammer ist in der Hauptsache der, an der Wiener Börse einen freien Wertpapierverkehr in der Ausdehnung und in dem Umfange zu schaffen, wie er jetzt an der Berliner Börse sowie an den übrigen deutschen Börsenplätzen besteht, seitdem auch die deutschen Großbanken sich entschlossen haben, an dem freien Verkehr teilzunehmen. Nach dem glänzenden Erfolge, den die Zeichnung auf die dritte österreichische und ungarische Kriegsanleihe erbracht hat, wird man annehmen dürfen, daß die zuständigen Stellen in der uns verbündeten Donaumonarchie jetzt auch der Wiener Börse eine größere Bewegungsfreiheit einräumen werden. Kann man doch in Wien auch darauf hinweisen, daß in Deutschland trotz der allmählichen Erweiterung des Börsenverkehrs und trotz eines zeitweise recht stürmischen Handels in Industriepapieren das Kapital in reicher Fülle sich den Kriegsanleihen zugewandt hat, und daß die Flüssigkeit des Geldmarktes durch den regeren Börsenhandel in Aktien industrieller Gesellschaften in keiner Weise beeinträchtigt worden ist.

Wie günstig sich bei uns die Geldmarktverhältnisse in dem jetzt zu Ende gehenden Jahre gestaltet haben, ist auch aus der in dieser Woche dem Reichstage zugegangenen Reichsbankdenkschrift ersichtlich, die sich u. a. mit der Inanspruchnahme der Darlehnskassen seitens der Zeichner der Kriegsanleihen befaßt. In dieser Denkschrift wird ziffernmäßig nachgewiesen, daß die Darlehnskassen bei jeder weiteren Kriegsanleihe von deren Zeichnern in geringerem Umfange in Anspruch genommen worden sind. Fast ausschließlich also aus eigenem Kapital und angesammelten Spargeldern haben die Zeichner der drei Kriegsanleihen ihre Stücke bezahlt, wobei noch erwähnt sei, daß, wie erst jetzt bekannt wird, das Ergebnis der dritten Kriegsanleihe sich von den seinerzeit bekanntgegebenen 12 101 Millionen Mark bis auf 12 160 Millionen Mark erhöht hat, die auf 3 992 059 Stück Einzelzeichnungen sich verteilen.

Der in der Berichtswoche angeforderte neue 10-Milliarden-Kredit, mit dem die dem Reichstag bis zum 31. März 1916 zur Verfügung gestellten Summen die Gesamthöhe von 40,3 Milliarden Mark erreichen, hat nun vielfach die Meinung erweckt, daß die Ausgabe einer neuen Kriegsanleihe unmittelbar bevorstehe. Wie wir schon mitgeteilt haben, handelt es sich bei dem neuen Kredit nur um eine vorsorgliche Maßnahme, mit Rücksicht darauf, daß der nächste Tagungsabschnitt des Reichstages erst im März 1916 zu erwarten ist. Wann eine neue Anleihe begeben werden wird, läßt sich zurzeit noch nicht absehen. Jedenfalls dürfte dies in den nächsten Monaten noch nicht der Fall sein, zumal dem Reichsschatzsekretär ein Schatzanweisungskredit von 2 Milliarden Mark zur Verfügung steht, der es ihm ermöglicht, die

Hamburger Fremdenblatt

11./XII. 1915.

11.

71

Wirtschaftliche Rundschau.

Mittel der Reichsbank gegen Schatzanweisungen in Anspruch zu nehmen. In wie glänzender Weise unsere Reichsbank für alle Ansprüche des Reiches gerüstet ist, geht aus der bereits erwähnten Reichsbankdenkschrift ebenfalls deutlich hervor.

Uebrigens hat die Reichsbank am 7. Dezember einen finanziellen Gedenktag feiern können. An diesem Tage war gerade ein Jahr verflossen, daß unser Zentralnoteninstitut in seiner Wochenübersicht zum ersten Male einen Goldbestand von mehr als zwei Milliarden Mark aufweisen konnte. Am 23. April 1913 hatte die Reichsbank zum ersten Male einen Goldbestand von einer Milliarde Mark, am 7. Dezember 1914 wurde mit einem Goldbestande von 2 018 931 000 Mk. die zweite Milliarde überschritten. Auf Grund der fortgesetzten Bestrebungen, das Gold aus dem Verkehr in die Reichsbank überzuführen, sowie dank der in diesen schweren Zeiten zutage getretenen Vaterlandsliebe, insbesondere auch infolge des nachhaltigen Interesses der gesamten Bevölkerung an der Entwicklung unserer wirtschaftlichen Kräfte, ist es gelungen, seit dieser Zeit den Goldbestand immer weiter zu erhöhen, so daß er nach dem neuesten Ausweis vom 7. Dezember 1915 jetzt 2 436 197 000 Mk. beträgt.

An demselben Tage, an dem dieser Ausweis veröffentlicht wurde, ist auch der Jahresbericht des Staatssekretärs des amerikanischen Schatzamtes bekannt geworden, in dem u. a. mitgeteilt wird, daß der Vorrat an gemünztem und ungemünztem Gold von 1 805 876 580 Dollar am 2. Januar 1915 auf 2 198 113 762 Dollar am 1. November gestiegen ist. Das ist eine gewaltige Ziffer, die die augenblicklichen finanziellen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten hell beleuchtet. In dem Berichte des Schatzsekretärs wird auch von dem bemerkenswerten Wohlstand gesprochen, der sich im ganzen Lande eingestellt habe, und auf den auch der Abgeordnete Scheidemann in seiner Reichstagsrede am 9. Dezember hingewiesen hatte. Die Lage der amerikanischen Eisenbahnen habe sich sehr wesentlich gebessert. Bekanntlich spielen gerade in den Vereinigten Staaten die Eisenbahnen eine sehr bedeutende wirtschaftliche und finanzielle Rolle. Wir müßten allerdings wissen, ob der Staatssekretär alle Bahnen meint, oder ob er nur einen Teil von ihnen im Sinn gehabt hat. Soweit wir uns erinnern, gibt es auch jetzt noch amerikanische Eisenbahnen, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden, obwohl zuzugeben ist, daß die Bahngesellschaften schon infolge ihrer eigenartigen verwaltungstechnischen Konstruktion, die ihr Herrschaftsgebiet keineswegs auf den Bahntransport beschränkt, hohe Kriegsgewinne erzielt haben. Wenn der Bericht weiter anführt, daß die Eisen- und Stahlindustrie der Vereinigten Staaten zu einer außerordentlichen Blütte gelangt sei, so ist auch das, nach den Mitteilungen, die wir darüber erhalten haben, mit Einschränkungen richtig. Auch die Ernte Nordamerikas ist gut gewesen. Die erhöhten Einnahmen weiter Gebiete der amerikanischen Volkswirtschaft haben die Finanzen der Vereinigten Staaten günstig beeinflußt, obwohl man nicht sagen kann, daß die geldliche Lage der Regierung über die Maßen gut ist. Immer jedoch ist darauf hinzuweisen, daß diese Flüssigkeit der amerikanischen Volkswirtschaft noch nicht einen allgemeinen Reichtum des Landes bedeutet. Wenn Präsident Wilson die augenblickliche günstige finanzielle und wirtschaftliche Lage u. a. dazu benutzen will, den Vereinigten Staaten eine eigene Handelsflotte zu schaffen, so sollte man immer bedenken, daß man mit Geld zwar Handelsschiffe bauen kann, daß aber Handelsschiffe und Geld allein noch keine gedeihliche Handelsschiffahrt gewährleisten.

Neues Wiener Tagblatt
12./XII. 1915

Wirtschaftliche Wochenchronik.

5. Dezember. Herabsetzung der ungarischen Höchstpreise für Mehl und Kleie.

6. Dezember. Die Quartalsbilanz der Prager Eisenindustriegesellschaft weist im Vergleiche zu derselben Zeit des Vorjahres eine Steigerung des Erträgnisses um 4¼ Millionen Kronen aus.

7. Dezember. Programmrede des neuen Handelsministers Dr. v. Spitzmüller. — Vorratserhebung von Militärtuchen, -stoffen, -mänteln und -decken. — Anmeldepflicht für Baumwolle in Ungarn und Einschränkung der Verarbeitung von Baumwolle. — Die Bilanz der Alpinen Montangesellschaft für die ersten drei Quartale weist gegenüber der entsprechenden Periode des Vorjahres ein um 5½ Millionen Kronen größeres Erträgnis aus.

8. Dezember. Dem deutschen Reichstag wird eine Vorlage betreffend einen neuen Zehn-Milliarden-Kredit zur Fortführung des Krieges unterbreitet. — Verordnung über Steuerabschreibungen in den vom Krieg betroffenen österreichischen Gebieten. — Rumänien gestattet die Ausfuhr von 1000 Waggons Mehl nach der Türkei.

9. Dezember. Kundgebung der Triester Handelskammer für eine wirtschaftliche Annäherung an Deutschland, die Türkei und Bulgarien. — Der Jahresbericht des amerikanischen Schatzamtes führt aus, im ganzen Lande habe sich ein bemerkenswerter Wohlstand eingestellt. Die finanzielle Lage Amerikas sei nie so günstig gewesen.

10. Dezember. Die italienischen Kriegskosten bis Ende November 1915 werden vom Schatzminister Careano mit 5100 Millionen Lire beziffert.

11. Dezember. Die Wiener Börsekammer beschließt ein Memorandum an den Finanzminister in Angelegenheit des Effektenverkehrs.

Tägliche Rundschau
12./XII. 1915

Krieg und internationale Wirtschaftsbeziehungen.

(Sonderbericht für die „Tägl. Rundschau".)

Winterstürme brausen. Aber unter der Schneedecke des Winters keimt und sprießt es leise an neuem Leben.

Der Krieg rüttelt an den Wurzeln des deutschen Wirtschaftslebens. Doch es wird nicht sterben daran. Seine führenden Männer blicken nicht rückwärts, sondern vorwärts. Es keimt und sprießt auch hier. Wer um sich schaut, sieht's im kleinen und im großen. Draußen donnern vor wie nach die Kanonen. Doch daheim zweifelt niemand am schließlichen Obsiegen der gerechten Sache. Man tauscht seine Gedanken aus über das, was werden soll in der neuen Zeit.

Gestern abend sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann vor der „Internationalen Vereinigung für vergleichende Rechtswissenschaft" im Kaiserhof über den „Krieg und internationale Wirtschaftsbeziehungen". Mit der Internationalität der Vereinigung ist naturgemäß zurzeit nicht viel Staat zu machen. Die Wahrheit zu sagen, war man gestern durchaus, aber auch wirklich durchaus unter sich. Um so besser! Man brauchte kein Blatt vor den Mund zu nehmen. Und die da waren, waren zwar Juristen, doch keineswegs vorwiegend solche vom grünen Tisch. Ihrer Mehrzahl nach Männer mit nahen Beziehungen zu den Höhen unseres wirtschaftlichen Lebens. So konnte man ohne internationales Brimborium unsere wirtschaftliche Lage, wie sie sich unter dem Einfluß des Krieges darstellt, unter die Lupe nehmen. Da unser wirtschaftliches Leben auch in Zukunft auf Ausfuhr gestellt sein wird, kam dabei die Erörterung internationaler Wechselbeziehungen naturgemäß nicht zu kurz.

Dr. Stresemann sprach zunächst, seinem Vortragsstoff gemäß, vom Krieg in seinen Rückwirkungen auf unser wirtschaftliches Leben. Der Glauben an den wirtschaftlichen Verkehr als Bürgschaft des Weltfriedens, von dem sonst so viel die Rede war, hat sich als Irrlehre erwiesen. Drei germanische Nationen standen bis zum Ausbruch des Kriegs an der Spitze des Weltverkehrs: England, Deutschland, die Vereinigten Staaten. Deutschland war im Aufrücken gegen England, einem Aufrücken, das um so bemerkenswerter war, als wir es überall dort weitaus überholten, wo der Union Jack nicht wehte, also außerhalb des Riesengebietes seiner Kolonien. Das ausgesprochene Ziel unserer Feinde war die Vernichtung unseres wirtschaftlichen Lebens. Nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich wurde von ihnen gemeinsam nach einem Mobilmachungsplan englischer Herkunft gearbeitet. Alle Rechtsbeziehungen wirtschaftlicher Natur, alle Verträge und Abmachungen wurden mißachtet und mit Füßen getreten. Japan allein hat sich wenigstens in diesem Punkte anständig benommen, und was abgemacht war, auch für den Krieg gelten lassen. Was man wollte, ist nur zum Teil erreicht. Durch Vermittlung neutraler Staaten konnte ein großer Teil unserer Ausfuhr aufrechterhalten werden. Nur die deutsche Flagge ist einstweilen verschwunden. Und Mangel an Rohstoffen hat uns nicht, wie unsere Gegner hofften, in die Knie gezwungen. Wenn unsere Kriegführung rein unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten vor sich gegangen wäre, hätte unser Feldzugsplan nicht zweckmäßiger angelegt sein können, als er es tatsächlich war. Die Besetzung wichtiger gegnerischer Industriegebiete hat uns der Rohstoffsorgen im wesentlichen enthoben. Freilich, die neutralen Staaten haben an dem Zwist der europäischen Großmächte ungeheuer verdient. Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht, daß ein neutraler Staat, nämlich Dänemark, zuerst eine Kriegsgewinnsteuer eingeführt hat. Und nun erst der Verdienst Amerikas! Neuyork tritt in Zukunft an die Stelle, die London bisher im internationalen Handel innehatte. Insofern wird England die Kriegszeche zu zahlen haben.

Für Europa wird eine ungeheuere Verschuldung, nämlich eine solche von mindestens 100 Milliarden Mark, den Nachgeschmack des Kriegs bilden. Damit kam der Redner zum zweiten Teil seines Vortrags, nämlich zur Frage, was nach dem Kriege werden soll und wird, insbesondere mit uns. Wir werden immerhin als rohstoffarmes Land aus dem Kriege hervorgehen. Es ist gar nicht daran zu denken, daß unsere Industrie sofort mit der des Auslandes voll in Wettbewerb treten könnte. Wollen wir uns nicht durch die Einfuhr aus dem Ausland ausrauben und totmachen lassen, so kann der Staatssozialismus, zu dem wir während des Krieges übergegangen sind, nicht etwa mit dem Friedensschluß aufhören. Wir werden für die Einfuhr jeder Art ein Zuteilungssystem durchführen müssen nach dem Vorbild dessen, das England während des Krieges den neutralen Staaten aufgezwungen hat. Selbst die Rohstoffeinfuhr wird nicht unbeschränkt bleiben können, sondern geordnet werden müssen. Denn wir können unser Geld nicht beliebig abfließen lassen; borgen wird man uns aber einstweilen nicht viel. Was wir zur wirtschaftlichen Wiedergesundung nötiger brauchen als irgend etwas sonst, ist die Freiheit der Meere, von der in diesem Kriege so viel die Rede ist. Eine Freiheit freilich, die eine bessere Grundlage haben muß, als papierne Verträge. Welcher Kaufmann würde nach dem, was wir erlebt haben, je wieder wagen, nur auf solche Verträge hin sein Geld im Auslande anzulegen? Unsere Gegner wollen auch nach dem Kriege wirtschaftlich zusammen bleiben. Diese Absicht enthält die nötigen Hinweise für unsere eigene Zollpolitik bei Abschluß der Friedensverträge. Im übrigen wird es nach dem Frieden für uns von neuem zu schaffen und zu arbeiten heißen, zu schaffen und zu arbeiten mehr als je vorher!

Die Besprechung des Vortrages Stresemanns, der den ungeteilten Beifall der Versammlung fand, förderte eine Reihe weiterer bemerkenswerter Gesichtspunkte zutage. Der Ankündigung einer ausgedehnten Monopolwirtschaft wurde das Bedenken entgegengestellt, daß diese der vollen Entfaltung unserer wirtschaftlichen Stoßkraft doch recht wenig förderlich sein würde. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stand die Frage der künftigen wirtschaftlichen Uebermacht der Vereinigten Staaten. Mehrfach wurde davor gewarnt, sie zu überschätzen. Die plötzliche Uebersättigung mit Gold werde der vollen Ausgestaltung des wirtschaftlichen Könnens drüben nach allen Erfahrungen der Wirtschaftsgeschichte keineswegs förderlich sein. Nicht nur Herzschwäche sei ein Uebel, auch ein Fettherz mindere die Leistung. Die schwere Krisis der sozialen Frage, die für uns durch unsere Sozialgesetzgebung beschworen sei, stehe der Union noch bevor, und werde mit dem schnellen Anwachsen des Reichtums ausschließlich in den Händen einzelner, insbesondere der Großen der Trusts, wie es der Krieg gebracht habe, mit doppelter Schärfe ihr Haupt erheben. Die Arbeiter drüben würden in Zukunft noch anspruchsvoller sein als bisher; damit werde die amerikanische Industrie noch mehr als früher auf die Verwendung von Arbeitsmaschinen und damit die Herstellung von Stapelartikeln gedrängt werden, der gegenüber das Verhalten unserer Industrie gegeben sei. Ein Trost sei, daß nach dem Kriege auf Jahrzehnte hinaus kein europäischer Staat werde daran denken können, von neuem das Schwert zu ziehen; Amerika aber sei einstweilen nicht im Besitz einer Flotte, die es nach dem Beispiel Englands mißbräuchlich verwenden könne.

—nn.

Kölnische Zeitung
13./XII. 1915.

Das österreichisch-ungarische Wirtschaftsleben.

WTB **Wien**, 12. Dez. (Telegr.) Die Blätter stellen fest, daß in Österreich-Ungarn ebenso wie in Deutschland eine anhaltend aufsteigende Bewegung im allgemeinen Wirtschaftsverkehr auf den meisten Gebieten sich geltend macht. Die Vierteljahrsabschlüsse der großen österreichischen Eisenwerke, die vollbeschäftigt sind, weisen Gewinne auf, die sich auch aus den um ein Fünftel höhern Preisen als im Frieden erklären. Auch die Bekleidungsindustrie, ja sogar alle Luxusartikel erzeugenden Industrien zeigen einen ungewöhnlich hohen Absatz, der in den großen Gewinnen, welche der Krieg gebracht hat, seine Erklärung findet. Trotz der Entnahmen für die Einzahlung der Kriegsanleihe, deren glänzendes Ergebnis in der Monarchie eine der größten Überraschungen des Krieges bedeutete, dauert die Zunahme der Spareinlagen im ganzen Reiche fort. In den Wiener Geldinstituten allein beträgt, wenn von den Entnahmen für die Kriegsanleihe abgesehen wird, der Gesamteinlagenzuwachs in den Monaten Juli bis November 1915 mehr als 150 Millionen Kronen. Diese Ergebnisse sind um so bemerkenswerter, wenn man die Verhältnisse in Frankreich und in England betrachtet, wo der Krieg nicht in einem gleichen Maße wie bei uns und in Deutschland nationale Arbeit bildet, weil der größte Teil der Kriegsaufträge und Kriegsgewinne über den Ozean wandert, während die großen Verdienste aus dem Kriege in Österreich-Ungarn und in Deutschland sich als belebende Faktoren der Wirtschaft geltend machen.

Kölnische Zeitung 15/XII. 1915.

Unsere wirtschaftliche Ueberlegenheit.

(Ⅱ **Berlin**, 14. Dezember. (Telegr.)

Seitdem das Wort von den silbernen Kugeln gefallen ist, mit denen am letzten Ende der deutsche Riese gefällt werden sollte, hat sich Hand in Hand mit den zu unsern Gunsten sich gestaltenden Ereignissen auf den Kriegsschauplätzen auch unsere finanzielle Kriegsbereitschaft als auf so fester Grundlage aufgebaut erwiesen, daß sich jene Voraussage der Feinde in das glatte Gegenteil verkehrte. Wenn wir uns in einer Täuschung befanden, so wissen wir heute, daß es die erfreulichste Täuschung war, die man sich denken kann: Wir haben unser Volksvermögen unterschätzt. Die Opfermütigkeit, das Vertrauen in den durch und durch gesunden Aufbau unseres Finanzwesens ist in vorbildlicher Weise hervorgetreten. Wir schöpfen aus Quellen, deren Ergiebigkeit uns das Bewußtsein der Geborgenheit auch nach dieser Seite des Weltringens durch das ganze Volk und in den Kreisen unserer Verbündeten unerschütterlich einflößen. Wir leben im Zutrauen zu dem führenden Staatsmanne, dem die verantwortungsschwere Aufgabe gestellt ist, den Kampf um die heimatliche Scholle zu finanzieren und damit den Sieg verbürgen zu helfen. Dieser heutige Tag im Reichstag gehörte ihm, insofern er dem Hause die neue Milliardenkreditvorlage zu unterbreiten hatte. In jungen Jahren in sein hohes Amt berufen, war der Reichsschatzsekretär Helfferich mit Erwartungen begrüßt worden, die unter Umständen die Durcharbeitung und Vollendung eines Arbeitsprogramms erleichtern, aber auch erschweren können. Die Genugtuung, die bei seiner Berufung von vielen Seiten zum Ausdruck gebracht wurde, stützte sich auf seinen Entwicklungsgang; im staatlichen wie im privaten wirtschaftlichen Leben sah er sich ja zu vielen Malen in die vordere Linie befohlen, aber auch manche, mit denen er in temperamentvollem Kampfe gestanden, hielten nicht zurück mit dem Ausdruck ihrer Überzeugung, daß es ein guter Griff war auch diese Kraft einzustellen in die Reihe der Tüchtigen, deren das Reich in diesen schweren Zeitläuften erfreulicherweise eine so große Zahl herausstellen konnte. Noch steht der Schatzsekretär in der Entwicklung des Schaffens, denn auch nach sicherer Begründung der Fundamente und kraftvoller Hochbringung der Führungsmauern und Tragpfeiler ist die sieghafte Krönung des Gebäudes an die Lösung von Aufgaben gebunden, deren Maßverhältnisse wie alles in diesem Kriege ins Gigantische steigen, so daß sie jedes Vorbildes der wirtschaftspolitischen Vergangenheit entbehren. Die Volksvertretung hat die wachsende Empfindung, daß eine sichere Hand dem verwirrenden Räderwerke in diesem Getriebe gebietet, daß eine reiche Sachkenntnis und der praktische Blick eines schöpferischen Kopfes sorgsam und zielsicher die Möglichkeiten unserer geldlichen Kraftentfaltung erwägt, ohne die Henne zu schlachten, die die goldenen Eier für die nationale Wohlfahrt wie für den Staatsschatz legt. Dr. Helfferich, der als Süddeutscher während dieses Krieges ein Reichsressort wahrnehmen kann, umkleidete den bedeutungsschweren Überblick über die finanzielle Kriegslage mit der gewandten rednerischen Form, über die er verfügt, und dem Temperament des bayrischen Pfälzers, das er nicht verleugnet. Kein Raum war freilich in diesen Darlegungen für das Brillantfeuerwerk einer hergebrachten Etatrede. Der Schatzsekretär brauchte niemand zu blenden und nichts zu verschleiern, und es wäre bei der Brutalität, mit der sich die Tatsachen ja doch durchsetzen, vergebliches Bemühen. Er konnte im Gegenteil mit ernster Kritik wie mit wegwerfender Ironie und gutem Humor den blauen Dunst zerblasen, in den die Finanzleiter unserer Feinde ihre Mißerfolge einzuhüllen sich heiß bemühen. In lapidaren Worten begründete Dr. Helfferich die neue Kreditforderung mit dem Hinweise darauf, daß die Sicherung unseres Bestandes als Volk und Reich unsern Feinden Abgerungen werden muß, die nach anderthalbjährigen Niederlagen immer noch von Zerschmetterung oder Verkrüppelung Deutschlands phantasieren. Er sprach von der Notwendigkeit sparsamster Wirtschaft, aber auch von den Grenzen dieser Sparsamkeit, der elementaren Pflicht, die Lage unserer Truppen erträglich zu gestalten. So brauchen wir den neuen Kredit zur Aufrechthaltung der finanziellen Bewegungsfreiheit. Für die Art und Weise, in der die Kredite bisher flüssig gemacht worden sind und weiterhin flüssig gemacht werden sollen, kommt in Betracht, daß die bisher begebenen drei Kriegsanleihen sich zusammen auf rund 25½ Milliarden Mark belaufen gegenüber einer Kreditbewilligung von 30 Milliarden Mark. Nicht in Anleiheform begeben ist also von den bewilligten Kriegskrediten noch ein Betrag von rund 4½ Milliarden Mark. Davon ist ein Teil bereits in kurzfristigen Schatzanweisungen realisiert. Der Rest wird zunächst in der gleichen Weise begeben werden, ebenso derjenige Teil des neuen Kredits, der bis zur Ausgabe der nächsten Kriegsanleihe noch gebraucht werden wird. Die letzte Anleihe vom September mit ihrem Ertrag von mehr als 12 Milliarden Mark hat uns nicht nur die Konsolidierung der bis dahin ausgegebenen Schatzanweisungen ermöglicht, sondern darüber hinaus neues Geld gebracht. Wir verdanken es diesem großen Erfolge, daß wir mit der nächsten Anleihe in aller Ruhe bis zum März warten und es dahin ohne Schwierigkeit, ebenso wie im letzten Frühjahr, mit der Begebung von Schatzscheinen werden auskommen können. So ergibt sich der Vorschlag von 10 Milliarden neuen Kredits, womit die Gesamtsumme der Kriegskredite auf 40 Milliarden gebracht wird. Für diesen Riesenposten fand der Schatzsekretär einen anschaulichen Vergleichsmaßstab mit der Erinnerung daran, daß das gesamte deutsche Eisenbahnnetz mit allem rollenden Material nur halb so viel wert ist als diese vierzig Milliarden.

Er bezeichnete das sehr eindrucksvoll als eine erschütternde Größe, um daran gleich die Höhe des Verdienstes der Opferwilligkeit des Volkes zu ermessen. Wenn es so steht, braucht eine Nation wahrlich nicht zu verzweifeln. Unter rauschendem Beifall nannte der Staatssekretär diesen Vorgang den kategorischen Imperativ der Staatsbürgerpflicht und der Vaterlandsliebe, der in diesen Milliarden triumphiere. Ein Triumphzug war denn auch sein kritischer Gang durch alle die uns ja schon bekannten, von ihm noch einmal klar herausgearbeiteten Einzelheiten: die Verwirklichung der von England vergeblich angestrengten Volksanleihe, bei uns der treffliche Stand unserer Sparkassen, das flotte Tempo der Einzahlungen der letzten Zeichnungen und der gute Stand der Reichsbank, die in dem wesentlichen Punkt der Golddeckung der täglich fälligen Verbindlichkeiten, nach wie vor günstiger steht als die Zentralbank irgendeines der kriegführenden Länder. Die volle Lauge berechtigten Spottes goß der Staatssekretär auf die gegnerische Tendenzliteratur, die von unserm Bankerott fabelt. Mit beißendem Spott erheiterte er das Haus durch die Mitteilung, er habe eine dieser Flugschriften, das Daviessche Buch über britisches und deutsches Finanzwesen, mit dem man über Holland das Reich überschwemmte, davor bewahrt, von unserer Zensur in der Verbreitung behindert zu werden, und er fügte daran weitere Beispiele zum Erweise des raffinierten und gewissenlosen Systems der Täuschung durch feindliche Regierungen und Presse. Gerade daraus nahm er indes Anlaß zur Selbstprüfung, ob wir nicht in den gleichen Fehler verfallen, und wenn etwas, so konnte gerade die heutige Rede als vollgültige Berufung auf deutsche Objektivität angesprochen werden. Um so größeres Gewicht beanspruchte seine Mahnung, nicht Wasser auf die Mühlen der feindlichen Stimmungsmache zu leiten.

Aus der umfassenden allgemeinen Würdigung der gesamten Kriegsfinanzen hüben und drüben hob der Staatssekretär unsern Vorteil der Deckung durch langfristige Anleihen heraus, ferner der Schöpfung aus dem unversieglichen Brunnen der heimischen Arbeit im Gegensatz zur Zuflucht der Feinde an die Geldquellen Amerikas. Man hörte auch, was es mit der französischen Siegesanleihe für eine Bewandtnis hat, und die Heiterkeit im Saale konnte sich herzhaft ausleben, als dem Akademiker Ribot der weise Till Eulenspiegel vorgehalten wurde für seine Prägung: der niedrige Kurs der französischen Rente habe den Vorteil, daß er steigen könne. Entsprechend der Eigenschaft Englands als des finanziellen wie politischen Eckpfeilers der gegnerischen Kombination verweilte der Schatzsekretär besonders eingehend bei dessen Aktionen und gab schließlich eine beredte Vergleichung des Kursstandes der Staatspapiere. Ein langanhaltender Beifallssturm begleitete den Schlußappell der Rede: „Lieber jede Not ertragen als des Feindes Gebot. Wir stehen fest wie gewachsener Fels in heimischem Boden. An den goldenen Pfeilern des britischen Weltreichs aber leuchtet in Flammenschrift, wie an Belsazars Palast, das mene tekel upharsin.“ Lange zitterte der Nachhall dieser Rede durch das Haus. Eine Besprechung fand, wie berichtet, nicht statt. Die Vorlage ging sofort an den Ausschuß.

Neues Wiener Tagblatt
15./III. 1915

Ein Wirtschaftsparlament.

Aus Prag wird uns geschrieben: „Politiker befassen sich mit der Frage, welche Veränderungen im politischen Leben, in der Gruppierung der Parteien und ihrer Tätigkeit die jetzigen großen Ereignisse hervorrufen werden. Der Sekretär der Prager Handels- und Gewerbekammer Dr. Rudolf Hotowetz macht in einer soeben erschienenen Broschüre „Das österreichische Staatsproblem" (in Kommission bei Fr. Rivnac in Prag) den Vorschlag, ein Wirtschaftsparlament zu schaffen, um diese Angelegenheiten dem politischen und nationalen Streite zu entziehen. Das Wahlrecht in dieses Parlament sollten nach dem Vorschlage des Autors alle wirtschaftlich Interessierten, also alle Erwerbstätigen, besitzen; in dieser Beziehung wäre also das Wahlrecht ein allgemeines. Aber dieses Wahlrecht dürfte kein gleiches sein, sondern sollte nach dem Grade des wirtschaftlichen Interesses und der wirtschaftlichen Bedeutung des Wählers abgestuft sein. Es sollte also ein Pluralstimmrecht in der Weise eingeführt werden, daß jeder Erwerbstätige zwar eine Stimme erhält, die durch Selbständigkeit, Intelligenz, Steuerleistung oder Besitz wirtschaftlich Bedeutenderen aber eine oder mehrere Zusatzstimmen erhalten.

Er gelangt zu folgenden Schlußvorschlägen: Die einheitliche Gesetzgebung und Verwaltung in allen wirtschaftlichen Angelegenheiten und ein zentrales wirtschaftliches Parlament, vorläufig als Kurienparlament eingerichtet; die einheitliche Gesetzgebung und Verwaltung in den Angelegenheiten der äußeren Politik, des Heereswesens und der allgemeinen Rechtsnormen, sowie ein zentrales politisches Parlament, aus Oberhaus und Unterhaus bestehend, wobei das letztere aus Delegierten der Volksräte zu bestehen hätte; die selbständige Pflege des Schulwesens, der Kunst, Wissenschaft und andrer spezifisch nationalen Angelegenheiten durch die Völker selbst, welche hiezu Volksräte als gesetzgebende Körper und Nationalgemeinden oder Spezialorgane als Verwaltungsbehörden einzusetzen hätten."

Kölnische Zeitung 16./XII. 1915.

Volksversorgung, soziale Anträge und Kriegsbesoldungen.

♀ **Berlin**, 15. Dezember. (Telegr.)

Der Reichshaushaltausschuß des Reichstags beriet heute mehrere Stunden lang in vertraulicher Sitzung, dann folgten Abstimmungen über die Anträge zur Frage der Volksernährung. Die Forderung der sozialdemokratischen Resolution auf Festsetzung von Höchstpreisen für Gemüse und Obst, Konserven und Marmeladen wurde angenommen, ebenso die Forderung der Herabsetzung der Zuckerhöchstpreise und einer Preisermäßigung für Futterzucker. Die sozialdemokratische Forderung, auf Einführung der Fleisch- und Fettkarte wurde abgelehnt. Die Forderung von Höchstpreisen für Futtermittel wurde angenommen. Die in einer Zentrumsresolution erhobene Forderung auf gerechte Verteilung der Futtermittel nach dem Viehbestande wurde angenommen; ebenso die weitere Forderung nach Fürsorge für den Eierbedarf der Kranken und Kinder etwa durch Errichtung von Sammelstellen. Eine konservative Resolution, jene Gemeinden und Gehöfte bei der Verteilung von Leuchtpetroleum zu bevorzugen, in denen keine Möglichkeit besteht, elektrisches Licht zu benutzen, sowie für die landwirtschaftlichen und gewerblichen Motoren ausreichenden Brennstoff zur Verfügung zu stellen, wurde angenommen; desgleichen die konservative Resolution auf Nichthinzurechnung der beim Ausdrusch abfallenden Unkrautsamen usw. zum Hinterkorn und auf Belassung des aus dem Brotgetreide anfallenden Hinterkorns an die Erzeuger. Die weitern Anträge, die sich auf Förderung der Viehzucht, Verbilligung wichtiger Lebensmittel usw. beziehen, wurden zum größten Teil angenommen. Darunter eine Zentrumsresolution, daß auch während des Krieges solche Futtermittel, welche vor dem Kriege unter Gehaltsgarantie verkauft wurden, nur unter Gehaltsgarantie verkauft werden sollen, und endlich eine Resolution eines volksparteilichen Abgeordneten auf tatkräftige Bekämpfung der Wildschäden. Zu einem nationalliberalen Antrag, der Beschleunigung der Entscheidungen der Abteilung zur Förderung der Tätigkeit von Industrie und Handel im Reichsamt des Innern verlangt, erklärte der Staatssekretär, daß sobald nicht militärische Interessen in Frage kämen, die Entscheidungen ohne Verzug erfolgt sind. Jedoch gehe manchmal durch Verhandlungen mit dem Auslande Zeit verloren. Der Antrag wird als Material überwiesen. Alle Anträge über die Mannschaftslöhne überwies der Ausschuß dem Reichskanzler als Material. Der Antrag, die Altersgrenze für die Arbeiteraltersrente von 70 auf 65 Jahre herabzusetzen, wurde angenommen. Zu einem nationalliberalen Antrag auf Schaffung einer Zentralstelle im stellvertretenden Generalstab zur einheitlichen Durchführung der wirtschaftlichen Maßnahmen durch die stellvertretenden Generalkommandos erklärte der Staatssekretär des Innern, daß der Antrag unzweckmäßig und undurchführbar sei, weil er jede Verantwortlichkeit des Reichskanzlers aufheben würde. Es gäbe dann zwei Zentralstellen in Berlin, die vielleicht einander widersprechende Anordnungen geben würden. Schwierigkeiten hätten sich nur dann ergeben, wenn die Kommandierenden Generale nicht unterrichtet gewesen seien. Nunmehr aber sei die ständige Information der Kommandierenden Generale über die Absichten und Anordnungen des Reichsamts des Innern gesichert. Der Kriegsminister erklärte gleichfalls, daß jetzt einander widersprechende Anordnungen der militärischen und Zivilbehörden in wirtschaftlichen Dingen nicht mehr vorkommen könnten.

Das Zentrum hat an Stelle seiner Resolution über die

Zentralstelle für Lebensmittelversorgung

folgende Resolution unterbreitet: Den Reichskanzler zu ersuchen, noch während der gegenwärtigen Tagung des Reichstags 1. beim Reichsamt des Innern eine Zentralstelle für Lebensmittelversorgung zu bilden. Die Zentralstelle erhält auch das Recht, Lebensmittel zu beschlagnahmen und zu enteignen, um sie den Kommunalverbänden zu überlassen. 2. Einen vom Reichstag zu wählenden, aus 15 Abgeordneten bestehenden Beirat für die Versorgung der Bevölkerung Deutschlands mit Nahrungsmitteln und mit Gegenständen des täglichen Bedarfs einzuberufen. Dieser Beirat ist beim Reichsamt des Innern zu errichten, ist von diesem mit allem einschlägigen Material zu versehen, hat das Recht der Initiative auf seinem gesamten Arbeitsgebiet, und hat allwöchentlich zu tagen. Der Staatssekretär erklärte, daß er gegen diese Fassung staatsrechtliche Bedenken nicht mehr habe. Im Grunde bestehe die Zentralstelle schon. Auch gegen die Errichtung des Beirats habe er keine Einwendungen, sofern dessen Vorschläge nicht unbedingt bindend sein sollen. Es dürfte vielleicht zweckmäßig sein, die Mitglieder des Beirates aus den Mitgliedern des Reichshaushaltsausschusses zu wählen, um die Zusammenarbeit zu erleichtern. Darauf zogen die Nationalliberalen die Resolution über eine Zentralstelle im stellvertretenden Generalstab zurück. Ein Sozialdemokrat erklärte, daß seine Partei der neuen Zentrumsresolution zustimme, unter der Voraussetzung, daß den Anregungen des Beirats stattgegeben werde und die Verantwortung des Reichskanzlers und seiner Vertreter gegenüber dem Reichstag aufrechterhalten bleibe. Der Staatssekretär erwiderte, daß die dauernde Zusammenarbeit der Regierung mit Mitgliedern des Parlaments eine Verständigung über zweckmäßige Maßregeln erleichtern werde. Selbstverständlich bliebe die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und seiner Stellvertreter die gleiche. Darauf wurde die Resolution einstimmig angenommen. Der Ausschuß wandte sich dann

Kriegsbesoldungsfragen

zu. Ein Sozialdemokrat tadelte es, daß die Kriegsbesoldungen vielfach so ungleich höher seien als die Friedensbesoldungen. So zum Beispiel erhielten die Militärgerichtsschreiber im Frieden 2100—4500 ℳ, im Kriege aber alle gleichmäßig 6000 ℳ. Nun seien ja durch die Neuregelung erhebliche Ersparnisse gemacht worden, es müsse aber völlig vermieden werden, daß doppelte Gehälter gezahlt werden. Es sei nicht gerechtfertigt, ohne weiteres für die Mehrarbeitsleistung im Kriege höhere Bezüge zu geben. Wenn die Gehälter für Offiziere so geregelt wären wie die der Beamten, dann wären im ersten Kriegsjahr beim Kriegsminister 29 000 ℳ, bei jedem kommandierenden General 11 000 ℳ und bei jedem Divisionskommandeur 3260 ℳ erspart worden. Die gleichmäßigen Gehälter der jüngern und ältern Hauptleute seien auch nicht gerechtfertigt. Der Einwand, daß die Offiziere doppelten Haushalt führen müßten, treffe für alle Frontoffiziere nicht zu. Ein Zentrumsabgeordneter wies darauf hin, daß der Reichstag im August die Vorlegung der Kriegsbesoldungsordnung verlangt habe. Der Redner beschwerte sich darüber, daß die zweckmäßig herabgesetzten Gehälter immer wieder erhöht würden. Ein Konservativer erklärte, daß die Kriegsbesoldungsordnung eine Angelegenheit der Kommandogewalt sei. Die von dem sozialdemokratischen Redner vorgetragenen Abänderungen der Offiziersgehälter seien unzulässig. Ein Fortschrittler erwiderte, daß, wenn man Änderungen der Beamtengehälter vornehmen konnte, man dies auch bei den Offizieren tun könne. Der Krieg dürfe keine wirtschaftliche Besserstellung bedeuten. Es sei sicher nicht gerechtfertigt, daß die ganzen hohen Offiziere, die im Lande, vielleicht sogar im alten Standort verbleiben, außergewöhnlich hohe Bezüge erhalten. Der Reichstag habe die Aufgabe, durch gute Regelung der Lebensmittelversorgung Zufriedenheit und gute Stimmung im Lande aufrecht zu halten. Dazu müsse auch die Militärverwaltung durch Herabsetzung gewisser allzu hoher Bezüge beitragen. Der Kriegsminister erwiderte: Wenn immer verlangt werde, die obern Stände sollten sich einschränken, so dürfe er darauf hinweisen, daß es nicht immer nur die obern Klassen seien, die das Geld ausgäben. Diese täten vielmehr auch andere Klassen. Die Kriegsbesoldungsordnung enthalte mit Ausnahme der höhern Chargen ungefähr dieselben Sätze wie 1870. Die Bataillonskommandeure hätten im Kriege nur 150 ℳ monatlich mehr, die Regimentskommandeure nur 250 ℳ und die Brigadekommandeure nur 300 ℳ monatlich mehr als im Frieden. Wenn gelegentlich Offiziere auch kleine Ersparnisse machten, so käme das wieder dem Ganzen zugute, weil ja hiervon Steuern gezahlt werden. Ein Regierungsvertreter erklärte als Zweck der Abänderung der Beamtenbesoldung ihre gerechtere Gestaltung. So erkläre es sich, daß manche ältern Beamten etwas besser gestellt wurden. Ein General aus dem Kriegsministerium stellte fest, daß viele evangelische und jüdische Geistliche sich der Armee zur Verfügung gestellt haben. Ein nationalliberaler Abgeordneter hebt hervor, daß viele evangelische Geistliche sich unentgeltlich zur Verfügung gestellt haben. Ein konservativer Abgeordneter wies darauf hin, daß die Offiziere draußen auch durch die Besuche, die sie erhalten, höhere Ausgaben hätten. Im Auslande würde es den Eindruck der Schwäche machen, wenn man die Erhöhung der Mannschaftslöhne nur durch Herabsetzung der Bezüge höherer Grade durchsetzen wolle. Es könnte auch so scheinen, als ob der Reichstag mit den Leistungen der Führer nicht zufrieden sei. Dabei seien die Gehälter der Armeeführer nicht so hoch wie die der Industriekapitäne. Der sozialdemokratische Redner bestritt, daß die Besoldungsordnung ein Ausfluß der Kommandogewalt sei. Seine Partei beantrage, dem Reichstag ungesäumt den Entwurf einer Kriegsbesoldungsordnung vorzulegen. Wenn der Kriegsminister gemeint habe, man solle diese Angelegenheit nach dem Kriege regeln, so wäre damit der Zweck, Ersparnisse zu machen, verfehlt. Der Mehrertrag an Steuern aus den Ersparnissen der Offiziere dürfte nicht ins Gewicht fallen. Ein Vertreter des Kriegsministers bezeichnet die Abänderung der Beamtenbesoldung als eine Riesenarbeit, an der auch schon vor den Anregungen im Reichstage gearbeitet wurde. Die Oberbeamten seien derart überlastet, daß sie seit Monaten nicht mehr zu Hause Mittag essen können, was auch Mehrausgaben bedinge. Ein Zentrumsabgeordneter stellt Fragen, wieviel die Ersparnisse betragen würden, wie hoch die sachlichen und persönlichen Ausgaben seien und ob man nicht alle Personen unter 45 Jahren einberufen könne, die jetzt im Privatvertragsverhältnis zur Militärverwaltung stehen, was gerecht und sozial versöhnend wirken würde. Der konservative Standpunkt sei ganz unhaltbar. Eine Kürzung der Bezüge der obern Chargen würde keineswegs eine Kritik der Führung bedeuten. Die gesetzliche Regelung der Kriegsbesoldungen sei vom Reichstag bereits beschlossen worden; man müsse hierbei sehen, wo Ersparnisse gemacht werden können. Ein fortschrittlicher Abgeordneter führte aus, Sparsamkeit sei notwendig, weil wir nicht wissen, wie lange der Krieg dauere. Die Reichsmilitärverwaltung habe genau so die Pflicht zu sparen, wie das Volk und wie die sogenannten gebildeten Kreise. Vermehrte Arbeit sei auch dort vorhanden, wo es keine Kriegszulagen gebe, wie beim Reichsschatzsekretär, beim Staatssekretär des Innern usw. und ebenso bei allen Zivilbeamten und Lehrern. Die Familienfürsorge soll verbessert, aber daneben gespart werden, wo es nötig ist. Wir wollen nicht, sagte der Redner, daß die Familien der Offiziere etwa Not leiden, aber auch nicht, daß die Familien des Mittelstandes und der arbeitenden Klassen in Not geraten. Ersparnisse in den hohen Offiziersgehältern seien nicht nur möglich, sondern auch unumgänglich notwendig. Der Kriegsminister bezog sich auf seine Ausführungen in der Reichstagssitzung vom 29. August, wonach dem Wunsch auf Sparsamkeit nach Möglichkeit entsprochen werden solle. Dies sei geschehen, besonders durch Abänderung der Beamtenbesoldungen und in Belgien. Im Kriege ständen nicht wie im Frieden Fonds zum Ausgleich von Härten zur Verfügung. Dies rechtfertige die Kriegszulagen. Wenn auch die Offiziere beim Kadettenkorps Zulagen bekämen, so sei dies durchaus gerechtfertigt. Auch sie hätten Mehrarbeit zu leisten. Der Reichsschatzsekretär teilte mit, daß eine Anzahl Offiziere vom mobilen auf das immobile Gehalt gesetzt worden seien; an den Bezügen der Feldoffiziere solle man aber nichts kürzen. Gehaltskürzung der obersten Chargen würde keinen nennenswerten Erfolg haben. Auch Imponderabilien sollten nicht übersehen werden. Der sozialdemokratische Redner besprach Einzelfälle, in denen ohne Schaden hätte gespart werden können. Der Antrag seiner Partei sei aus grundsätzlichen Ursachen gestellt. Ein fortschrittlicher Abgeordneter sah die Rechtsfrage durch die Erklärungen des Schatzsekretärs und Kriegsministers vom 29. August als vollständig geklärt an. Es bestehe kein Zweifel, daß die Regelung der Kriegsbesoldungen dem Budgetrecht des Reichstages unterstehe. Es bestünden auch Härten bei der Beförderung früherer Einjährig-Freiwilliger, so daß ältere qualifizierte Leute nicht befördert werden könnten. Der Kriegsminister erwidert, daß die große Zahl der bei Kriegsbeginn ins Feld gezogenen Offiziersaspiranten die Beförderung der ältern und später eingetretenen hinderte. Zuerst werden diejenigen befördert, die am längsten im Felde gestanden haben. — Weiterberatung: Donnerstagvormittag 10 Uhr.

Neues Wiener Tagblatt
19/XII. 1915

Wirtschaftliche Wochenchronik.

13. Dezember. Dem Finanzminister wird das Memorandum der Wiener Börsekammer, betreffend die Wiederaufnahme des Börsenverkehres, überreicht. — Die englisch-französische Dollaranleihe in Amerika sinkt unter den Emissionskurs.

14. Dezember. Aufhebung der vor dem 13. November d. J. abgeschlossenen Lieferungsverträge über Spirituosen. — Enquete über den Abbau des galizischen Moratoriums. — Der Budapester Börsenrat und die Prager Börsekammer beschließen ebenfalls Eingaben um Wiederzulassung eines wenn auch vorläufig noch beschränkten Effektenverkehres. — Im deutschen Reichstag begründet Schatzsekretär Helfferich die Zehn-Milliarden-Kreditvorlage.

15. Dezember. Der ungarische Reichstag beschließt ein Gesetz, betreffend wirtschaftliche Ausnahmsverfügungen im Kriege zur Sicherung der allgemeinen Verpflegung. — Der bayerische Landwirtschaftsrat erklärt einstimmig eine engere wirtschaftliche Verbindung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns als in beiderseitigem Interesse des Volkswohlstandes gelegen.

16. Dezember. Der Finanzminister Doktor Ritter v. Leth erklärt einer Deputation der Wiener Börse, es sei ratsam, bei Wiedereröffnung der Börse nur schrittweise vorzugehen. — Der französische Finanzminister teilt der Deputiertenkammer mit, die Kriegskosten Frankreichs seien auf 2500 Millionen Franken monatlich angewachsen. — Der Oesterreichisch-deutsche Wirtschaftsverband betont neuerlich die Notwendigkeit eines Wirtschaftsbundes.

17. Dezember. Aus New-York wird ein Mißerfolg der englisch-französischen Dollaranleihe von 500 Millionen gemeldet, von welcher 200 Millionen Dollar dem Bankiersyndikat auf dem Halse bleiben. — Der Deutsche Stahlwerksverband gibt die Verkäufe für das erste Quartal 1916 zu unveränderten Preisen frei.

Die Zeit
21./XII.1915

— **(Die Wiener Handelskammer über wirtschaftliche Tagesfragen.)** Die niederösterreichische Handels- und Gewerbekammer hielt gestern die letzte Plenarsitzung im laufenden Jahre. Der Präsident, Herrenhausmitglied Paul Ritter v. Schoeller, eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, worin er zunächst der Leistungen unseres Heeres und seiner Führer sowie unserer Bundesgenossen gedachte. Mehr als im Anfang des Krieges sei es aber nun auch an uns, in dem langsamer sich abspielenden wirtschaftlichen Kampf unseren Armeen im Innern des Landes jenen Rückhalt zu geben, durch den ihre Erfolge erst ganz ausgebaut werden können. Insbesondere gelte dies von der Approvisionierungsfrage. Die Mängel der Organisation, insbesondere das zeitweilige sehr mangelhafte Zusammenwirken der österreichischen und der ungarischen Regierung in dieser Frage müssen endgültig behoben werden; so wird es uns gelingen, auch im zweiten, relativ günstigeren Erntejahr mit unseren Vorräten auszulangen. Dem in einzelnen Zweigen langsam sich bemerkbar machenden Rohstoffmangel steht überreiche Nachfrage nach Arbeitskraft in anderen Zweigen gegenüber. Auch hier handelt es sich hauptsächlich darum, einen entsprechenden Ausgleich zu finden und alle zur Arbeit geeigneten Hände wirtschaftlich nutzbar zu machen, statt der bloßen Wohltätigkeit einen zu weiten Raum anzuweisen. Der Präsident begrüßte sodann die neuernannten Minister, namentlich Handelsminister Dr. v. Spitzmüller, und fuhr sodann fort: Von allen seitens der Kammer durchgeführten oder noch im Zuge befindlichen Unternehmungen sei nur eine besonders hervorgehoben. Die in den feindlichen Staaten verfügten Maßnahmen gegen das Vermögen unserer Staatsangehörigen haben, wie überhaupt der Krieg und dessen unvermeidliche Folgewirkungen, eine Fülle von juristischen Fragen ergeben, deren sachgemäße Lösung für Handel und Industrie wie überhaupt das gesamte Wirtschaftsleben außerordentlich wichtig ist. Zu ihrer Vorbereitung wurde auf Anregung des Präsidiums eine Kooperation der Kammer mit der Wiener Juristischen Gesellschaft herbeigeführt. Insbesondere gereicht es dem Präsidium der Kammer zur großen Genugtuung, daß eine so hervorragende Autorität, wie der frühere Justizminister Dr. Franz Klein, der derzeit an der Spitze der Wiener Juristischen Gesellschaft steht, sich bereit erklärte, die Ausführung dieser gemeinsamen Arbeit zu leiten. Das Programm der Unternehmung umfaßt drei Fachgruppen, nämlich die Ueberleitung des Kampfrechtes (Zahlungs- und Handelsverbote, Beschlagnahmen, Sequestrationen, Konfiskationen usw.) in den normalen Zustand, eine zweite Gruppe bezieht sich auf die Liquidierung schwebender internationaler Verbindlichkeiten und Geschäfte — hierher gehört zum Beispiel die wichtige Frage der Unmöglichkeit der Erfüllung von Verträgen —, eine dritte Gruppe behandelt die Ersatzansprüche gegen die feindlichen Staaten. Zum Schlusse gab der Präsident der Hoffnung Ausdruck, daß neben den Arbeiten für die Vorbereitung eines künftigen Friedens möglichst bald auch wieder die eigentlichen Friedensarbeiten ihren Anfang nehmen mögen. — Die Rede des Präsidenten wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Es gelangten sodann verschiedene Anträge der Handelskammerräte Krause, Lemberger und Pabst zur Annahme, worauf der Präsident nach Dankeskundgebungen an die Kammermitglieder und das Bureau die Sitzung schloß

Neues Wiener Tagblatt
23./XII. 1915

Wirtschaftliche Ursachen und Wirkungen des Weltkrieges.

Professor Dr. Kobatsch hielt im Verein österreichischer Chemiker einen Vortrag über „Wirtschaftliche Ursachen und Wirkungen des Weltkrieges", in welchem er im Wesen ausführte:

Der Krieg ist ein Akt der Politik und muß auf vielfach summierte oder potenzierte Beweggründe verschiedenster Art zurückgeführt werden. Ohne eine restlose Erklärung geben, ohne in die materialistische Geschichtsauffassung verfallen zu wollen, wird man doch den Komplex der wirtschaftlichen Kriegsursachen als zumindest sehr maßgebend bezeichnen können. Die Außenpolitik ist heute im Wesen Wirtschaftspolitik, der Kampf um die politische Macht und Geltung ein solcher um die Märkte. Dieser Krieg wurde wiederholt Wirtschaftskrieg, Handelskrieg Englands, Aushungerungs- oder Hungerkrieg, Erschöpfungskrieg genannt. Ein förmlicher wirtschaftlicher Feldzugsplan gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn war von der Entente entworfen: Verhinderung jeder Lebensmittel- und Rohstoffzufuhr. Die wirtschaftliche Verursachung des Krieges zeigt sich am besten in diesem Kampfe mit wirtschaftlichen Waffen. Die deutschen Kabel wurden durchschnitten, selbst Lebensmittel als Bannware erklärt und von neutralen Schiffen weggenommen, die Nordsee, obwohl freies Meer, wurde Kriegsgebiet. Franz von Liszt sagte einmal: „In England ist Völkerrecht alles, was England nützt und dem Feinde schadet." Eine Reihe von Maßnahmen bezwecken das Capturing of German trade, wie die Zahlungs- und Handelsverbote, die Klagsverweigerung, die Sequestration und Liquidation von Vermögen feindlicher Staatsangehöriger, die Konfiskation des Grundeigentums derselben in Rußland, die kommerzielle Spionage, vor allem die Knechtung der Neutralen, damit auch diese in den Dienst der Aushungerungspolitik gestellt werden. Britische Konsuln und Agenten maßen sich staatliche Hoheitsrechte in den kleinen neutralen Ländern an. Der niederländische Uebersee-trust, die Transito-Aktiengesellschaft in Schweden, der Schweizer Einfuhrtrust sind Beispiele des Versuches dieser Politik. Nicht bloß jede Durchfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen durch die neutralen Länder wurde behindert, sondern sogar die Ausfuhr der eigenen Erzeugnisse dieser Länder in die Länder der Zentralmächte. Die S. S. S. (Société Suisse de Surveillance) wird in der Schweiz Souveraineté Suisse Suspendu genannt.

Dank der militärischen Erfolge der Zentralmächte und ihrer Verbündeten und ihrer wirtschaftspolitischen Maßnahmen konnten die Ziele des Wirtschaftskrieges vereitelt werden, und er schädigt seine Anstifter vielfach in noch höherem Maße als die Zentralmächte. Die englische Handelsbilanz kann im Jahre 1915 mit sechs Milliarden Mark passiv angenommen werden. Die großen Gewinne aus Schiffahrt, Kommissionen, Bankgeschäften, Zinseneinnahmen sind wesentlich zurückgegangen. Die Zahlungsbilanz weist ein Milliardendefizit auf. Der englische Wechselkurs sank und sinkt weiter, England muß im Auslande Geld für die Deckung der Kriegskosten aufnehmen. Durch unsre Erschließung des Land- und Binnenwasserweges nach dem Orient ist die Macht Englands zur See wenigstens im Verkehr zwischen Europa und Asien bereits vernichtet. Die Teuerung in den Staaten der Entente, auch in England, obwohl ihnen noch der Seeweg offen steht, übersteigt zum Teil bereits die Preise in Deutschland. Die Getreidefracht New-York-Liverpool war vor dem Krieg 7 Schilling pro Tonne und ist jetzt 62 Schilling, für La Plata-Liverpool stieg die Fracht von 9 auf 85 Schilling, die Fracht für Kohle nach Genua von 7 auf 60 Schilling. Obwohl von der Rohstoffzufuhr abgeschnitten, konnten dank dem technischen Genie in Deutschland und Oesterreich-Ungarn wichtige Ersatzstoffe gewonnen werden (Kalkstickstoff, neue Sprengmittel, Nahrungsmittelsurrogate, neue Textilrohstoffe, künstlicher Kautschuk u. a.). Die verfeinerte und ungleich besser organisierte Technik des Kredits in Deutschland und Oesterreich-Ungarn ermöglichte die Befriedigung des Kriegskostenbedarfes im Inlande sehr im Gegensatze zu den Ententestaaten, welche immer größere Schulden im Auslande aufnehmen müssen und von denen England und Rußland schon zu Zwangsanleihen ihre Zuflucht nehmen.

Angesichts dieser weltwirtschaftlichen Pläne und Gefahren, angesichts der Bestrebungen, innerhalb der Ententestaaten ein wirtschaftliches und finanzielles Bündnis herbeizuführen, ergibt sich als eine der wichtigsten wirtschaftlichen Wirkungen des Weltkrieges wohl die zwingende Notwendigkeit, auch für die Zentralmächte und ihre Verbündeten, sich ebenfalls wie politisch auch wirtschaftlich zusammenzuschließen, um gegen künftige Ueberfälle gesichert zu sein, und schon jetzt gemeinsame Vorsorge für die Ernährung und für den Uebergang in die Friedenswirtschaft (zum Beispiel in der Rohstoffbeschaffung) zu treffen.

Neues Wiener Tagblatt
25./XII. 1915

Finanzminister Dr. Teleszky über die ungarische Wirtschaftspolitik.

Budapest, 24. Dezember. (Meldung des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenzbureaus.) Finanzminister Dr. v. Teleszky gewährte einem Mitarbeiter des „Az Ujsag" eine längere Unterredung, in welcher der Minister des Erfolges der ungarischen Kriegsanleihe gedachte und feststellte, daß das Ergebnis bei weitem die Erwartungen übertreffe, da die Nation eine ihre Opferwilligkeit entsprechende Kapitalsstärke zu beweisen bestrebt gewesen sei. Es dürften jedoch hieraus keine irrigen Konsequenzen abgeleitet werden, denn die Situation im Kriege gestalte sich anders als im Frieden, wo die staatlichen Finanzoperationen bloß auf die Kapitalsüberschüsse des privaten Wirtschaftslebens zu rechnen vermögen. Den im Verlauf des Krieges bedeutend erhöhten Geldumlauf findet der Minister selbstverständlich, und es sei auch ganz natürlich, daß das infolge der Kriegserfolge erhöhte Vertrauen gleichfalls zu den glänzenden Ergebnissen der Kriegsanleihen beitrug. Es sei klar, daß diese Lage bloß eine Uebergangserscheinung sei, denn nach Beendigung des Krieges werden die Ansprüche nicht bloß in Ungarn, sondern auf der ganzen Welt sich um ein bedeutendes erhöhen.

Demnach seien diejenigen im Irrtum, welche, durch den heutigen Geldreichtum und durch die fortwährende Steigerung der Einnahmen irregeführt, des Glaubens seien, daß nunmehr jene Gründe verschwunden seien, welche vor einem halben Jahre die Errichtung einer Finanzzentrale als gerechtfertigt erscheinen ließen. Es wäre zu bedauern, wenn die Stellungnahme der Opposition gegen die Finanzzentrale eine fachmännische Kritik verhindern würde, denn gerade von der eingehenden parlamentarischen Verhandlung und gründlichen Kritik dieser sowie der Erdgasvorlage erhoffe der Minister die Vereinigung jener Aufgaben, welche nach Beendigung des Krieges der Lösung seitens der Gesellschaft und der Regierung harren. In dieser Hinsicht bezeichnet der Minister nebst der Vorsorge für die Kreditansprüche die Erhöhung der Produktion als eine der wichtigsten Aufgaben. In erster Linie müsse die Einfuhr der Rohmaterialien organisiert werden, ferner der Export erhöht, der Import hingegen vermindert werden.

Neues Wiener Tagblatt
25./XII. 1915

Wirtschaftliche Wochenchronik.

19. Dezember. Neue Vorschriften über die Geschäftsaufsicht. — Höchstpreise für Schweinefett und Speck. — Verordnung zur Bekämpfung der Milchknappheit.

20. Dezember. Errichtung einer österreichisch-ungarischen Warenverkehrszentrale und einer Reihe von Auskunftsstellen zur Förderung des Handelsverkehres der Monarchie mit den in Polen besetzten Gebieten.

21. Dezember. Der neue Zehn-Milliarden-Kredit vom deutschen Reichstag angenommen. — Beratungen, die an den folgenden Tagen fortgesetzt werden, im Komitee der Wiener Börsekammer über die Vorbereitungen zur Wiedereröffnung der Börse.

22. Dezember. Ministerialverordnung über die Verlängerung der Bilanzierungsfrist in Galizien, der Bukowina, Dalmatien, dem Küstenlande und in Südtirol bis 30. Juni 1916. —

Fremdenblatt
25./XII. 1915

Finanzminister Teleszky über wirtschaftliche Fragen.

Budapest, 24. Dezember.

Finanzminister Dr. v. Teleszky gewährte einem Mitarbeiter des „Az Ujsag" eine längere Unterredung, in deren Verlauf der Minister überaus bemerkenswerte Erklärungen über jene wirtschaftlichen Fragen machte, deren Lösung der jetzigen Session des Abgeordnetenhauses obliegt, wie auch über die Aufgaben nach dem Kriege. In erster Linie gedachte der Minister des Erfolges der ungarischen Kriegsanleihe und stellte diesbezüglich fest, daß das Ergebnis der Kriegsanleihe beiweitem die Erwartungen übertreffe, da die Nation eine ihre Opferwilligkeit entsprechende Kapitalsstärke zu beweisen bestrebt gewesen sei. Es dürften jedoch hieraus keine irrigen Konsequenzen abgeleitet werden, denn die Situation im Kriege gestalte sich anders als im Frieden, wo die staatlichen Finanzoperationen bloß auf die Kapitalsüberschüsse des privaten Wirtschaftslebens zu rechnen vermögen. Den im Verlauf des Krieges bedeutend erhöhten Geldumlauf findet der Minister selbstverständlich und es sei auch ganz natürlich, daß das infolge der Kriegserfolge erhöhte Vertrauen gleichfalls zu den glänzenden Ergebnissen der Kriegsanleihen beitrug. Es sei klar, daß diese Lage bloß eine Uebergangserscheinung sei, denn nach Beendigung des Krieges werden die Ansprüche nicht bloß in Ungarn, sondern auf der ganzen Welt sich um ein Bedeutendes erhöhen, und zwar in um so größerem Maße, je vorgeschrittener die gewerbliche Produktion sein werde. Demnach seien diejenigen im Irrtum, welche, durch den heutigen Geldreichtum und durch die fortwährende Steigerung der Einnahmen irregeführt, des Glaubens seien, daß nunmehr jene Gründe verschwunden seien, welche vor einem halben Jahre die Errichtung einer Finanzzentrale als gerechtfertigt erscheinen ließen. Der Minister stellt fest, daß diese Notwendigkeit um so größer werde, je länger der Krieg dauere, denn infolge der Kriegsführung gehen zahlreiche Güter zugrunde. Der Minister bedauere, daß die Vorlage betreffend die Errichtung einer Finanzzentrale, welche nach seiner besten Ueberzeugung zur Lösung großer volkswirtschaftlicher Aufgaben nach dem Kriege unbedingt notwendig sein werde und bezüglich welcher weder zur Zeit der Entstehung des Planes, noch während der Fertigstellung der Vorlage jemals der Gedanke parteipolitischer Interessen auftauchte, nunmehr aus parteipolitischen Gesichtspunkten bekrittelt werde und nach der Behauptung der Opposition als ein den Burgfrieden gefährdender Vorschlag hingestellt wird. Es wäre zu bedauern, wenn diese Stellungnahme der Opposition eine fachmännische Kritik verhindern würde, denn gerade von der eingehenden parlamentarischen Verhandlung und gründlichen Kritik dieser sowie der Erdgas-Vorlage, erhoffe der Minister die Vereinigung jener Aufgaben, welche nach Beendigung des Krieges der Lösung seitens der Gesellschaft und der Regierung harren.

In dieser Hinsicht bezeichnet der Minister nebst der Vorsorge für die Kreditansprüche die Erhöhung der Produktion als eine der wichtigsten Aufgaben. Hiezu gehöre auch eine entsprechende Lösung der Frage bezüglich des Erdgases, denn es könne kein Zweifel darüber herrschen, daß die durch die Deutsche Bank eingeleitete, die Industrie fördernde Tätigkeit das heimische Kapital zur Ausnützung jener Gebiete aneifern werde, die zur unbegrenzten Verfügung der Regierung verbleiben. Der Minister hebt sodann die Bedeutung der Förderung des Kredites des kleinen Mannes hervor und bemerkt, die Regierung beabsichtige in dieser Hinsicht eine entsprechende Reform der Landeszentralkreditgenossenschaften.

Schließlich betonte der Minister, daß die Regierung bezüglich der Kreditpolitik und der Produktion bloß den Rahmen festzustellen vermag, deren Ausfüllung der Privatwirtschaft obliege. Behufs Erhöhung der Produktion müsse in erster Linie die Einfuhr der Rohmaterialien organisiert werden und diesbezüglich sichere die Regierung ihre weitestgehende Unterstützung zu. Eine große Bedeutung komme auch der richtigen Regelung des Konsums in dem Sinne zu, daß der Export erhöht, der Import hingegen nach Möglichkeit vermindert werde.

Fremdenblatt 25./XII. 1915

Weihnachtsstimmung im Deutschen Reich.

Von Dr. Franz v. Liszt,
ordentlicher Professor der Rechte an der Universität Berlin,
Mitglied des deutschen Reichstages.

Zum zweiten Male seit dem Beginn des Krieges steht das deutsche Volk vor der Begehung des Weihnachtsfestes. Es wird ein stilles und ernstes Fest sein. Wo immer auch Deutsche, sei's in der Heimat, sei's in der Fremde, beim Weihnachtsbaum beisammen sind, da werden alle ihre Gedanken, inniger noch als sonst, in liebevoller Dankbarkeit bei den Brüdern weilen, die draußen im Felde stehen. Knapper als in den Jahren des Friedens werden die Gaben ausfallen, die für die zu Hause Gebliebenen auf den Weihnachtstisch gelegt werden; denn bis an die Grenzen der Leistungsfähigkeit haben seit Wochen Arme und Reiche miteinander gewetteifert, um durch sorgsam ausgewählte Sendungen unseren Feldgrauen zu beweisen, daß nicht nur Angehörige und Freunde, daß das ganze deutsche Volk ihrer gedenkt. Gedämpft nur wird der Jubel der Kinder

Zahl der Familien geworden, die keine Toten oder Verwundeten, keine Gefangenen oder Vermißten zu beklagen haben, und die Sorge um die, die noch im Kampfe stehen und täglich und stündlich Leben, Gesundheit, Freiheit im Dienste des Vaterlandes aufs Spiel setzen, wird in diesen Tagen schwer auf den Herzen lasten.

Aber stärker als Schmerz und Sehnsucht, als Kummer und Sorge ist die ruhige Zuversicht, die das ganze deutsche Volk heute erfüllt. Sie ist es, die der Weihnachtsstimmung dieses Jahres ihr eigenartiges Gepräge verleiht. Es ist ein Wunderbares um die innere Wandlung, die in den siebzehn Kriegsmonaten allmählich in der Seele des deutschen Volkes sich vollzogen hat. Gewiß: Das deutsche Volk ist groß gewesen in den ersten Stunden und Tagen nach der Kriegserklärung, als die helle Begeisterung die Alten und die Jungen hinaustrieb auf die Straßen und Plätze, als die Einzelnen triebartig zum geschlossenen Zug sich zusammenfanden, die deutschen Fahnen entfalteten und Straß' auf, Straß' ab die deutschen Lieder sangen. Es war echte, opferbereite, todesmutige Kriegsbereitschaft; denn daß es um Leben oder Sterben ging, das wußten alle, seitdem am Abend des 4. August die englische Kriegserklärung bekannt geworden war. Aber größer, unendlich viel größer ist das deutsche Volk heute, obwohl es seine Begeisterung nicht mehr auf die Straße trägt. Denn heute kennt es die Opfer, die der Krieg ihm auferlegt, und die damals in den ersten Augusttagen des Vorjahres wohl keiner von uns in ihrer ganzen Größe auch nur annähernd geahnt hat. Und trotz der Opfer, die gebracht worden sind und die noch gebracht werden müssen, ist heute die zuversichtliche Hoffnung auf die siegreiche Beendigung des Krieges nicht geringer, als der feste Wille, bis zum Ende durchzuhalten, nicht schwächer geworden. Die jugendliche Begeisterung hat männlicher Entschlossenheit Platz gemacht; und das ist eine wertvolle Bereicherung unseres deutschen Innenlebens.

Ganz besonders bedeutsam aber erscheint die innere Wandlung, die sittliche Vertiefung der deutschen Volksseele, wenn die heutige Stimmung verglichen wird mit dem überreizten Hochgefühl, das im Herbst des Vorjahres die breiten Massen ergriffen hatte, als die Siegesdepeschen sich drängten, als unsere Truppen im Westen unaufhaltsam vorrückten, als Festung auf Festung fiel und der Einzug in Paris in greifbare Nähe gerückt schien. Die Stimmung jener Wochen hat manche Erscheinung gezeitigt, die den Vaterlandsfreund noch Monate hindurch mit bangen Sorgen erfüllen konnte: Die kritiklose Unterschätzung des Gegners, den blinden Haß gegen die Feinde, das maßlose Verlangen nach einer Neuverteilung der ganzen Welt, die brutale Unduldsamkeit gegen Andersdenkende, die auch unter der Herrschaft des Burgfriedens ohne Scheu sich zum Ausdruck zu bringen wußte. Heute sind die Haßgesänge verstummt, und ungern denken wir an sie zurück; von unseren im Kampfe stehenden Volksgenossen haben wir, in der Etappe und in der Heimat, gelernt, die Gegner zu achten; und von den in uferlose Weiten drängenden Plänen ist es ganz stille geworden. An die Stelle der leidenschaftlichen Erörterung unklarer „Kriegsziele" ist die Ruhe getreten, die uns die klare Erkenntnis einer heute bereits für uns gesicherten Zukunft verleiht.

Daß es so ist, wissen wir alle; wir hier im Deutschen Reiche und unsere Freunde in Oesterreich-Ungarn; denn diese innere Wandlung, diese Läuterung der Volksseele, sie hat ein jeder von uns als ureigenstes Erlebnis selbst in sich empfunden. Aber in den Weihestunden der Festtage ist es uns Pflicht und Bedürfnis, seelische Stimmungen zur Klarheit des Bewußtseins zu erheben. Und darum darf ich aussprechen, was wir alle fühlen.

Der Krieg hat uns heute bereits bleibenden Gewinn gebracht, den die Gegner uns nicht mehr entreißen können. Unerschüttert und unerschütterlich steht unsere Front im Westen wie im Osten weit vorgeschoben in Feindesland. Im Süden haben die immer und immer wieder erneuten Stürme der Italiener trotz der gewaltigsten Menschenopfer den heldenmütigen österreichisch-ungarischen Truppen auch nicht den geringsten Vorteil abzuringen vermocht. Der serbische Feldzug ist in unerhört kurzer Zeit siegreich beendet worden: der Doppelmord von Sarajevo ist gesühnt. Die russische Politik hat kläglichen Schiffbruch erlitten; die Neuorientierung der Balkanstaaten ist teils vollzogen, teils im Gange. Das Ansehen der verbündeten Mächte hat im nahen wie im fernen Orient einen Schlag erlitten, von dem es sich so bald nicht wieder erholen wird. Die Verkündung des Heiligen Krieges hat in der muselmanischen Welt eine tiefgehende Bewegung hervorgerufen, die, heute noch in ihren Anfängen stehend, die englische Weltmacht an den empfindlichsten Stellen, in Aegypten und Arabien, in Mesopotamien und in Indien, zu erschüttern droht. Mit unseren Verbündeten bestimmen wir heute den Kriegsschauplatz und zwingen unsere Gegner, uns dahin zu folgen, wohin wir sie führen wollen.

Nur eine letzte Hoffnung ist ihnen geblieben. Sie rechnen damit, daß ein länger dauernder Krieg uns langsam, aber sicher erschöpfen werde. Niemand von uns zweifelt daran, daß die Rechnung falsch ist. Unsere politische Lage ist während des Krieges nicht schlechter, sondern immer besser geworden; es liegt kein Anzeichen dafür vor, daß das in den nächsten Monaten anders werden könnte. Unser Menschenvorrat bietet uns starke Reserven. Unsere jungen Jahrgänge sind unangetastet; die Altersklasse vom 45. bis 50. Jahre, die die zahlreichen in der Etappe oder in der Heimat verwendeten jüngeren Kräfte für den Felddienst freimachen würde, steht noch zu unserer Verfügung. Daß bei uns Mangel an Munition oder anderem Kriegsmaterial eintreten könnte, glauben selbst unsere Gegner nicht. Lebens-

Fremdenblatt 25./XII. 1915

II
87

Weihnachtsstimmung im deutschen Reich.

...ttel und gewisse Rohstoffe sind, wie das nicht anders möglich war, da und dort knapp geworden; aber diese Knappheit läßt sich ertragen, und sie wird von Tag zu Tag geringer werden, seitdem die Zufuhr aus dem Südosten gesichert sind. Heute bereits sind Lebensmittel und Futtermittel für uns und Oesterreich-Ungarn unterwegs. An Geld hat es uns bisher nicht gefehlt, ohne daß wir es nötig gehabt hätten, nach berühmten Mustern das Ausland um seine Hilfe anzugehen; und es wird uns auch in Zukunft nicht daran fehlen, da unser Geld im Inlande bleibt und in raschem Kreislauf sich immer wieder erneut. Die Fortdauer des Krieges schreckt uns nicht; wir vermögen sie ebenso gut, wenn nicht besser zu ertragen als unsere Gegner. Das ist die feste Ueberzeugung, die wir im Laufe der siebzehn Kriegsmonate gewonnen haben. Auf dieser Ueberzeugung beruht unsere Zuversicht. Gerade deshalb bedarf es bei uns auch nicht der unausgesetzten Aufstachelung der Leidenschaften, ohne die unsere Gegner den Krieg nicht weiterführen könnten. Wer jemals später die Geschichte dieses Krieges zu schreiben unternimmt, wird festzustellen haben, daß unsere Presse sich jener Verleumdungen und Lügen, jener Schmähungen und Drohungen enthalten hat, die die französische und italienische, die russische und englische Presse nicht entbehren kann, will sie das Interesse ihrer Leser nicht verlieren. Die ruhige Zuversicht des deutschen Volkes bedarf dieser Stimulantien ebensowenig wie der narkotisierenden Verschleierung drohender Gefahren.

Zu den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Erfolgen, die der bisherige Verlauf des Krieges uns gebracht hat, ist aber gerade in den letzten Wochen eine Tatsache von weltgeschichtlicher Bedeutung getreten, die uns, ganz unabhängig von dem Ausgang dieses Krieges, eine glänzende Zukunft sichert: Die Erschließung des Orients. Dem Waffenbund zwischen dem Deutschen Reiche und der österreichisch-ungarischen Monarchie war bald nach Ausbruch des Krieges die Türkei beigetreten; so war der neue Dreibund entstanden, der, im Unterschied zu dem alten, in der Gemeinsamkeit der Interessen und in ehrlicher gegenseitiger Freundschaft fest verankert ist. Aber noch war das militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeiten der Mächte des neuen Dreibundes gehemmt und teilweise unmöglich gemacht; denn wie ein harter Keil schob sich zwischen die Zentralmächte und die Türkei das Gebiet der Balkanstaaten, das zugleich, auf dem Wege über das feindliche Serbien, die Verbindung herstellte. Diese Sachlage hat sich mit einem Schlage geändert, als Bulgarien dem Dreibund sich anschloß. Seitdem die bulgarischen Truppen den Vorposten der Kaiserreiche in der Nordostecke Serbiens die Hände reichten, ist die Verbindung der Zentralmächte mit der Türkei hergestellt, und der russische Kriegsschauplatz von dem westeuropäischen durch einen unübersteigbaren Wall getrennt. Und in Konstantinopel schließen die Bahnlinien Asiens an, deren Eingliederung in das europäische Bahnnetz nur mehr eine Frage der Zeit ist. Es ist völlig ausgeschlossen, daß der Kriegsausgang an diesem Ergebnis etwas ändern könnte.

Damit öffnet sich für uns der freie Ausblick in ungeahnt gewaltige Weiten. Wir sind in den Krieg hineingezogen, ohne ein anderes Kriegsziel zu haben, als die Verteidigung unseres Vaterlandes gegen die Uebermacht unserer Feinde. Aber der Krieg selbst hat uns ein Friedensziel gewiesen, das noch vor Jahresfrist wohl keiner von uns zu erkennen vermochte: Die unmittelbare, durch kein Zwischenglied gehemmte, der englischen Seeherrschaft völlig entrückte Berührung und gegenseitige Befruchtung der mitteleuropäischen und der mohammedanischen Welt. Was dieses Ziel in sich schließt an Hoffnungen und an Aufgaben, das habe ich an dieser Stelle nicht zu erörtern. Es mag auch zu früh sein, darüber zu sprechen. Noch sind auch die großen Umrisse des Bildes in der Morgendämmerung nur unklar zu erkennen. Aber daß die Morgenröte im Osten uns einen sonnigen, arbeitsreichen und gesegneten Tag verheißt, das tritt immer deutlicher in unser Bewußtsein. Immer klarer erkennen wir, daß der Siegespreis in diesem an Opfern überreichen Kriege, eine neue und glänzende Zukunft für die Mächte des neuen Vierbundes, heute bereits vor allen Wechselfällen des Krieges gesichert ist.

Die ruhige Zuversicht des deutschen Volkes ist berechtigt. Sie gründet sich nicht nur auf die bisher errungenen militärischen Erfolge, sondern auch auf die Umgestaltung der Beziehungen zwischen Europa und Asien, die der Krieg heute bereits mit sich gebracht hat und die keine Macht der Erde aufzuhalten vermag; eine tiefgreifende folgenschwere Umgestaltung, deren Durchführung in unsere Hand und in die Hände unserer Verbündeten gelegt ist. Von unserer gemeinsamen Einsicht und unseren vereinten Kräften wird es abhängen, ob die uns sich bietenden unermeßlichen Möglichkeiten zur segenbringenden Wirklichkeit werden. Von uns wird es abhängen; und nur von uns.

In dieser Zuversicht sehen wir ruhig den Ereignissen entgegen, die das kommende Jahr uns bringen wird. Mit dankbarer Freude werden wir aufatmend den Tag begrüßen, der den Feindseligkeiten ein Ende bereitet. Sollte es uns aber beschieden sein, den Krieg noch weiter zu führen, so sei es drum. Wir werden die Opfer nicht scheuen, die wir noch zu bringen haben. Wir wissen, daß wir durchhalten können; und darum werden wir durchhalten, so lange es notwendig ist.

Das ist die Stimmung, in der das deutsche Volk in diesem Jahre das Weihnachtsfest begeht. Wir sind überzeugt, daß wir in dieser Stimmung mit allen unseren Bundesgenossen uns begegnen. In diesen Tagen festlicher Weihe denken wir der Völker, die ihr Glück an das unsere geschmiedet haben; danken wir ihnen für die schweren Opfer, die sie der gemeinsamen Sache gern und freudig dargebracht haben; erneuern wir das Gelöbnis unverbrüchlicher Treue im Kriege wie im Frieden. Und durch alle unsere Reihen, von der Nordsee bis nach Mesopotamien erklingt das gemeinsame Losungswort:

„Uns gehört die Zukunft!“

Kölnische Zeitung 15/XII. 1915.

Höchste Zeit für Goldeinlieferung!

Für die Goldhamster wird die Lage allmählich äußerst peinlich. Wie in unserer Nr. 1258 berichtet, machen alle Banken jetzt Jagd auf die Goldmünzen ihrer Schließfächer. Die Benutzung der noch im Umlauf befindlichen ältern Goldmünzen soll auf den rein behördlichen Verkehr beschränkt werden. Seit Jahr und Tag wird jetzt im inländischen Zahlungsverkehr kein Gold mehr benutzt, der Bürger ist gar nicht mehr gewohnt, es anstelle der Scheine zu nehmen. Zweifellos wird unser Reichsgold auch nach Friedensschluß nicht wieder so unsinnig und sorglos im Lande ausgestreut werden, sondern die gereiftere Vernunft der Wirtschaftenden wird es den Auslandszahlungen vorbehalten. Da nun der Geschäftsverkehr sich hierdurch rasch und gründlich umgewöhnt und dieser eine Scheu vor jedem ungebräuchlichen Zahlungsmittel hat — an Sicherheit sind die deutschen Scheine kraft ihrer guten Deckung und kraft des Staatskredits den ihren Wert in sich tragenden Goldmünzen ebenbürtig, über die Beliebtheit entscheidet deshalb schließlich allein die Gewohnheit — so kann es den Besitzern der Goldstücke ganz wohl noch passieren, daß sie mit diesen künftig im Inlande schwerer Zahlung leisten können als mit Banknoten und Kassenscheinen.

Glaube nur niemand, daß wegen des eignen Materialwertes des Goldes die Schwierigkeit, die wir im Juli 1914 gegenüber der Annahme von Scheinen erlebt haben, bei Goldstücken durchaus nicht eintreten könne! Derartiges ist öfter dagewesen in Ländern, die schon früher als wir gewohnt waren, trotz ihrer Goldwährung (d. h. der Messung aller Preise an dem im Golde wohnenden Wert), ihre guten Münzen in der Zentralbank zu lassen, statt sie nutzlos über das Land zu streuen, und den inländischen Tagesverkehr mit den bequemern Banknoten zu versorgen, die ihrerseits durch das in den Banken lagernde Gold gesichert waren. Ein Kölner Gelehrter berichtet uns, wie er die Folgen dieser Wirtschaftsart in Japan kennen gelernt hat, wo trotz der Goldwährung keiner seiner japanischen Bekannten jemals ein inländisches Goldstück gesehen hatte und wo die Europäer im Lande, die Engländer voran, schlankweg behaupteten, es gäbe überhaupt gar kein japanisches Goldgeld, das Versprechen auf den Noten, sie jederzeit auf Verlangen in Gold einzulösen, sei Schwindel. Um das festzustellen, machte er einen Gang auf die Bank von Japan und legte einen Zehn-Yen-Schein (= 21 ℳ) zur Umwechslung vor. Sehr erstaunt, aber anstandslos lieferten die Beamten ein hübsch gearbeitetes Goldstück dafür aus. Aber das erwies sich durchaus nicht als ein bequemes Zahlungsinstrument. Bei jedem Versuch, es in Zahlung zu geben, erklärten Kellner und Kassierer und Hoteliers sofort übereinstimmend, derartiges hätten sie nie gesehen, das sei kein japanisches Geld, sondern wahrscheinlich nur eine Denkmünze von unkontrollierbarem Werte und könnte zu Zahlungen nicht benutzt werden. Sie müßten auf Zahlung in Papier bestehen. Kurzum, es war in Japan nicht loszuwerden, und wanderte nach Deutschland, wo ja fest wie ein Fels der volkswirtschaftliche Lehrsatz besteht, Gold sei Kraft des ihm innewohnenden Werts allemal internationales Geld und könne auf jeden Fall überall zu jeder Zahlung benutzt werden. Aber, o Enttäuschung, als der Krieg kam und die knappe Zeit, und die Beamten der Reichsbank nach Goldstücken schärfer ausschauten als nach hübschen Mädchen, da schüttelten sie doch dem Zehn-Yen-Stück gegenüber bedenklich den Kopf; sie gaben zu, daß es nett aussähe, lehnten aber die Einwechslung ab, derartiges Geld sei ihnen sonst nicht vorgekommen, sie hätten dafür keinen Kurs und wüßten nicht, wie sie es rechnen sollten. So kann es also auch mit Goldstücken kommen, wenn der Verkehr ihrer entwöhnt ist.

Bei deutschen Goldstücken wird die Abneigung des Verkehrs durch einen noch viel stärkern Grund genährt werden. Man bedenke nur, wie peinlich es später für jeden sein muß, mit Gold zu zahlen und sich damit als schlechten Patrioten öffentlich kundzutun, wie peinlich auch für jeden Geldempfänger, Gold einzunehmen und sich durch dessen Besitz dem gleichen Verdacht auszusetzen. Jetzt tritt durch die Maßnahme der Banken noch einmal ein größere, allgemeine Umtauschzeit ein, die jeder unbedenklich benutzen kann. Das ist aber dann eine letzte ganz zwanglose Gelegenheit zur Umwechslung.

Oder, verehrter Herr Angstmeier, denken Sie noch immer an die Möglichkeit eines unglücklichen Kriegsausgangs? Träumen Sie als einziger unter 650 000 Kölnern auch nach dem Abendtrunk in gestrecktem Kriegsbier noch schwere Träume vom Einzug der Engländer und Franzosen in Köln, und haben Sie Ihr Gold als Notgroschen für diesen Fall aufgehoben? Dann lassen Sie sich sagen, daß Ihre selbstsüchtige, kleinmütige Rechnung schon längst einen ganz gewaltigen Fehler hatte! Träumen Sie nur einmal eine halbe Stunde folgerichtig weiter, dann wird Ihnen klar werden, daß Sie, verehrter Herr, schon am ersten Tage nach diesem geträumten Einzug der Feinde auf das Rathaus bestellt würden, nicht nur, um Großvaters alte Pistolen abzuliefern, sondern vor allen Dingen, um bei den allerschwersten Strafen und unter den brutalsten Kontrollen jedes Goldstück aus Ihrem Besitz gegen fremdes Papiergeld oder gegen Requisitionsscheine auf den Tisch des fremden Kommissars zu legen. Denn dieses Gold brauchen die Herrschaften nötiger als alles andere, um ihre großen amerikanischen Rechnungen für Geschosse und Kriegsmaterial bezahlen zu können. So wie der Krieg verlaufen ist, hat die Zuversicht des Goldbesitzers für den Fall der Kriegsbedrängnis durchaus keine vernünftige Unterlage. Bei der knechtischen Abhängigkeit der Westmächte vom amerikanischen Markte hätten diese, wenn ihnen der Sieg beschieden gewesen wäre, längst alles deutsche Gold gründlichst eingezogen, und selbst wer es vor ihnen versteckt hätte, dürfte doch niemals während der feindlichen Besetzung ein einziges Goldstück zeigen oder zur Zahlung benutzen, ohne sich harten Strafen auszusetzen. Gerade dem Feinde gegenüber wäre das einzig sichere Geld unser Papiergeld gewesen, weil das in solchem Falle die Amerikaner nicht genommen hätten und die Franzosen an den Massen des eigenen Papiergeldes schon gerade genug haben. Die Scheine sind als internationales Geld nicht zu brauchen, zahlen aber als nationales Geld im eigenen Lande unter allen Umständen vollwertig alle Verbindlichkeiten und Käufe, kraft des gesetzlichen Zwanges und der dringenden Verkehrsnotwendigkeit. Also seid jetzt endlich vernünftig, ihr Besitzer einer halben Milliarde in Gold, und gebt das Gold als das internationale Geld an die einzige große Stelle, die jetzt zu unser aller Nutzen und Rettung deutsche Auslandszahlungen für Auslandsgeschäfte rechtmäßig und geschickt leistet. Ihr aber benutzt das deutschnationale Geld der Noten und Scheine, das für diesen Zweck, innerhalb unserer Grenzen, längst das üblichste, bequemste, das anständigste und unter allen denkbaren und nichtdenkbaren Umständen sicherste Zahlungsmittel geworden ist! Als Reserven aber legt statt der toten Münzen zinstragende Kriegsanleihe hin!

Vossische Zeitung 28/XII 1915

Reichsbankausweis vom 23. Dezember.

Aktiva (in 1000 ℳ)	1915	1914	1913	1912
Metallbestand	2 476 313	2 116 761	1 475 868	1 036 338
davon Gold	2 441 329	2 075 481	1 197 752	770 076
Kassenscheine	501 587	754 135	58 744	20 759
Noten ander. Bank.	22 519	18 044	34 963	30 061
Wechsel u. Schecks	5 405 901	3 655 663	981 618	1 637 518
Lombardforderung.	13 815	46 807	69 041	106 500
Effekten	50 262	35 854	215 378	24 312
Sonstige Aktiva	434 337	273 303	279 769	221 722
Passiva (in 1000 ℳ)				
Grundkapital	180 000	180 000	180 000	180 000
Reservefonds	80 550	74 479	70 048	66 937
Notenumlauf	6 270 380	4 431 579	2 042 309	2 041 287
Sonstige tägl. fällige Verbindlichkeit.	2 046 073	2 054 534	743 194	718 289
Sonstige Passiva	327 731	159 975	79 830	70 697

Im Vergleich zum vorhergehenden Ausweis haben in der letzten Novemberwoche zu- (+) oder abgenommen (—):

(in 1000 ℳ)	1915	1914	1913	1912
Metallbestand	+ 1 342	+ 19 847	— 9 727	— 1 559
davon Gold	+ 3 561	+ 23 482	— 10 970	+ 4 648
Kassenscheine	+ 181 226	+ 126 565	— 3 276	— 1 945
Noten and. Banken	+ 3 485	+ 1 977	+ 6 656	+ 4 792
Wechsel u. Schecks	+ 130 466	+ 584 713	+ 110 931	+ 131 447
Lombard	— 828	+ 17 461	— 8 408	+ 23 342
Effekten	+ 19 939	— 259 232	+ 4 797	— 15 744
Sonstige Aktiva	+ 134 537	+ 44 689	+ 59 260	+ 4 705
Notenumlauf	+ 170 599	+ 156 263	+ 112 825	+ 102 177
Giroguthaben	+ 280 347	+ 340 241	+ 46 010	+ 39 805
Sonst. Passiva	+ 19 221	+ 4 594	+ 1 398	+ 3 056
Gesamtstatus	+ 15 454	— 7 874	— 119 172	— 100 899
Bankdiskont	5 pCt.	6 pCt.	5½ pCt.	6 pCt.

Notendeckung durch Metall und Reichskassen- und (seit dem 7. August 1914) Darlehnskassenscheine, auch durch Noten anderer Banken (in pCt.):

1915				1914			
30. Nov.	7. Dez.	15. Dez.	23. Dez.	7. Dez.	15. Dez.	23. Dez.	31. Dez.
52,51	48,82	46,14	47,8	65,12	63,81	65,18	59,65

Nach dem neuesten Ausweise hat der Goldbestand der Deutschen Reichsbank um 3,5 auf 2441,3 Millionen ℳ zugenommen, wobei zu berücksichtigen ist, daß der tatsächliche Zufluß größer war, aber bis auf 3½ Millionen ℳ aus den bekannten Gründen in anderer Weise Verwendung gefunden hat.

Bei der Beurteilung der sonstigen Veränderungen, die im Status der Reichsbank stattgefunden haben, ist zu beachten, daß die vorletzte Dezemberwoche wie üblich, infolge des Weihnachtsfestes und bevorstehenden Jahreswechsels, einen vermehrten Bedarf nach Zahlungsmitteln gezeitigt hat. So erklärt es sich, daß der Silberbestand der Reichsbank um 2,2 auf 35 Millionen ℳ, der Bestand an Reichskassenscheinen um 5,1 auf 40,8 Millionen ℳ zurückgegangen und der Notenumlauf um 170,6 auf 6270,4 Millionen ℳ gestiegen ist. Davon entfielen am 23. Dezember 2625,5 Millionen ℳ gegen 2567,5 Millionen ℳ am 15. Dezember auf kleine Noten, so daß hier eine Vermehrung des Umlaufs um 58 Millionen ℳ eingetreten ist.

Die Darlehnskassen sind in der Berichtswoche — zum großen Teil im Zusammenhang mit den Einzahlungen auf die Kriegsanleihe — mit 200,2 Millionen ℳ neu in Anspruch genommen worden, und der gesamte Darlehnsbestand hat sich auf 1519,1 Millionen ℳ erhöht. Der Bestand der Reichsbank an Darlehnskassenscheinen ist um einen geringeren Betrag, nämlich um 186,3 auf 460,7 Millionen ℳ gestiegen, während 13,9 Millionen ℳ Darlehnskassenscheine durch die Reichsbank in den Verkehr gesetzt worden sind. Zu der Inanspruchnahme der Darlehnskassen tritt die der Reichsbank hinzu, und zwar hat deren Kapitalanlage um 149,6 auf 5470 Millionen ℳ zugenommen, und die bankmäßige Deckung allein um 130,5 Millionen Mark auf 5405,9 Millionen ℳ. Bei diesem an sich stark erscheinenden Zuwachs ist zu beachten, daß auch im Frieden der Ablauf des Jahres eine erhebliche Vermehrung der Kapitalanlage zu bringen pflegte; so war in der vorletzten Dezemberwoche des Jahres 1913 die bankmäßige Deckung um rund 111 Millionen ℳ gestiegen.

Nun ist allerdings, wenn man die Neubelastung der Darlehnskassen und die der Reichsbank zusammenrechnet, diesmal eine Neuinanspruchnahme in Höhe von 349 Millionen ℳ eingetreten. Dafür haben aber die fremden Gelder eine Zunahme in der ganz ungewöhnlichen Höhe von 280 Millionen ℳ erfahren, mit dem Ergebnis, daß sie sich am 23. Dezember insgesamt auf 2046,1 Millionen ℳ beliefen. (An der Vermehrung der fremden Gelder haben sowohl die Regierungsguthaben, als auch die privaten Guthaben einen großen Anteil.) Bringt man von der Neuinanspruchnahme der Reichsbank und Darlehnskassen den Zugang auf dem Konto der fremden Gelder in Abzug, so verbleibt eine Neubelastung, die keineswegs als ungewöhnlich hoch gelten kann.

Die „sonstigen Aktiva" der Reichsbank sind in der letzten Woche um 134,5 Millionen ℳ gestiegen, eine Erscheinung, die darauf zurückzuführen ist, daß die Reichsbank in der Berichtswoche damit begonnen hat, am 1. Januar fällige Zinsscheine von Reichs- und Staatsanleihen für Rechnung der Anleiheschuldner einzulösen.

Die Golddeckung des Notenumlaufs hat sich in der Berichtswoche von 40 auf 38,9 pCt. vermindert, die Metalldeckung der Noten von 40,6 auf 39,5 pCt. und die Deckung der sämtlich täglich fälligen Verbindlichkeiten durch Gold von 31 auf 29,4 pCt., wobei die an sich erfreuliche starke Vermehrung der fremden Gelder in Berechnung zu ziehen ist.

Neues Wiener Tagblatt
1./I. 1916

Wirtschaftliche Wochenchronik.

27. Dezember. Die Exporteure werden zur Abgabe der ausländischen Valuta an die Oesterreichisch-ungarische Bank verpflichtet. — Regelung der rumänischen Getreideausfuhr.

28. Dezember. Abänderung des Gebäudesteuer- und Hauszinssteuergesetzes für Galizien und die Bukowina. — Höchstpreise für Kalbleder in Oesterreich und Ungarn.

29. Dezember. In der Generalratssitzung der Oesterreichisch-ungarischen Bank wird mitgeteilt, daß die approximativen Ergebnisse des laufenden Geschäftsjahres ein wesentliches Plus gegen das Vorjahr zeigen, aber wegen Vorkehrungen für den Fall der Einführung einer Kriegsgewinnsteuer die Dividende erst später bemessen werden kann. An beide Regierungen wird das Ansuchen um Verlängerung des Bankprivilegiums gestellt.

30. Dezember. Verordnungen betreffend Vorratserhebung, Bearbeitungs- und Veräußerungsbeschränkungen in der Baumwollindustrie. — Anmeldepflicht für nicht benützte Maschinen und Bleigegenstände. Höchstpreise und Sperre für Terpentinöl und Kolophonium. — Die französische Kammer votiert ein Gesetz betreffend die Beschlagnahme von Brennstoffen.

31. Dezember. Umlauf der englischen Notstandsnoten mehr als 100 Millionen Pfund Sterling. — Schweizerische Ausfuhrverbote für eine ganze Reihe von Waren. — Der japanische Export im Jahre 1915 übersteigt den Import um fast 20 Millionen Pfund.

1. Jänner. Die neue Erb- und Schenkungssteuer tritt neben den übrigen neuen Gebühren in Kraft.

Die Zeit

7. II. 1916

— **(Der wirtschaftliche Krieg nach dem Frieden.)** Immer häufiger begegnet man in England und besonders in Frankreich dem Verlangen, der gegenwärtige Krieg möge auch nach Friedensschluß in einem wirtschaftlichen Feldzug gegen die Mittelmächte seine Fortsetzung finden. Begründet wird dieses Streben damit, daß auch die „Austro-Allemands" das gegenwärtige kriegerische Bündnis durch einen wirtschaftlichen Zusammenschluß ablösen wollen. Dem wird fälschlich ein ganz unrichtiges Motiv unterschoben: Oesterreich-Ungarn und Deutschland hegen, so behaupten die Blätter der feindlichen Staaten, die Absicht, den Vierverband nach Beendigung des Krieges wirtschaftlich zugrunde zu richten. Gegen diese Gefahr müsse sich nun der Vierverband rechtzeitig rüsten und dafür sorgen, daß von Deutschland und Oesterreich-Ungarn absolut keine Waren mehr bezogen werden. Die Beibringung eines Ursprungszertifikats wäre aber kein richtiges Mittel zur Erreichung des angestrebten Zieles. Es sei sogar während des Krieges wiederholt vorgekommen, daß von den neutralen Staaten, trotz den feierlichen Erklärungen der betreffenden Firmen, Erzeugnisse der feindlichen Mächte in die Länder des Vierverbandes eingeführt worden sind. Daher wäre es nach Ansicht des Temps geboten, den in den neutralen Staaten befindlichen Konsulaten ein besonderes kommerzielles Bureau beizuordnen, das in jedem wichtigen Orte seines Sprengels Vertrauensmänner aus verschiedenen Berufskreisen zu bestellen hätte. Auf Grund der Berichte der Vertrauensmänner wäre über jede größere Firma des (neutralen!) Staates im Konsulat ein Kataster anzulegen. Hieraus müßte zu ersehen sein, welcher Nationalität die Firmeninhaber angehören, in welchen finanziellen Verhältnissen sie sich befinden, mit welchen ausländischen Firmen sie in Verbindung stehen, woher sie ihre Waren beziehen usw. Auf diese Weise wäre der Vierverband in der Lage, die Kontrolle des neutralen Handels auch nach Beendigung des Krieges, womöglich sogar noch in wirksamerer Weise als es gegenwärtig der Fall ist, aufrecht zu erhalten. Aus diesen Plänen geht klar hervor, von welchen wohlwollenden Absichten besonders Frankreich und England, die „für die Freiheit und Souveränität der kleinen Nationen" das Schwert ergriffen haben, für die zukünftige Handelsfreiheit der neutralen Staaten beseelt sind.

Neues Wiener Tagblatt
9./I. 1916

Wirtschaftliche Wochenchronik.

2. Jänner. Rußland nimmt eine Valutaanleihe von 120 Millionen Jen (300 Millionen Kronen) in Japan auf. — Aus New-York werden Kursrückgänge der englisch-französischen Dollaranleihe gemeldet. — Nach einem Londoner Bericht betragen die englischen Kursverluste im abgelaufenen Jahre bei den erstklassigen Papieren 200 Millionen Pfund Sterling. — Die rumänische Regierung lehnt die Wiedereröffnung der Bukarester Börse ab.

3. Jänner. Preissturz in Suezkanalaktien.

4. Jänner. Ungarische Verordnung betreffend die Sicherstellung der Maisvorräte. — Der Goldvorrat der Deutschen Reichsbank im Jahre 1915 um 353 Millionen Mark gestiegen. — Zur Besserung des englischen Sterlingkurses in Amerika fordert die englische Regierung die englischen Besitzer amerikanischer und kanadischer Wertpapiere auf, ihr diese Papiere durch Verkauf oder leihweise zur Verfügung zu stellen. — Die italienische Ausfuhr im November um 166 Millionen Lire geringer als die Einfuhr.

5. Jänner. Die österreichische Kriegsdarlehenskasse weist zum Jahresschluß einen Darlehensstand von 150 Millionen bei einer Emissionsbefugnis von 500 Millionen Kronen aus. — Steigerung der Valutenpreise in Berlin und Wien. — Die Eröffnung einer Filiale der Oesterreichischen Kreditanstalt in Lublin für den 15. Jänner angekündigt.

6. Jänner. Die Gründung einer Devisenabrechnungsstelle in Berlin in Erwägung gezogen. — Einsetzung einer rumänischen Zentralkommission für die Einfuhr.

7. Jänner. Abschwächung der Devisenkurse in Wien und Berlin. — Die englische Ausfuhr im November um 37 Millionen Pfund Sterling geringer als die Einfuhr.

8. Jänner. Die Bank von England akzeptiert 10 Millionen Pfund französischer Schatzwechsel zu 5½ Prozent. — Das russische Budget pro 1916 schließt ohne Einrechnung der Kriegskosten mit einem Defizit von 377 Millionen Rubel.

Neue Freie Presse Abendbl.
11./I. 1916

Reise des Schatzsekretärs Helfferich nach Wien.

Wien, 11. Januar.

Der deutsche Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich dürfte nach den bestehenden Absichten in der zweiten Hälfte des Monats Januar in Wien eintreffen, um mit dem Finanzminister Ritter v. Leth Besprechungen zu pflegen. Als Dr. v. Leth Anfang November des vorigen Jahres als Gouverneur der Postsparkasse in Berlin wegen der Ausübung der Option auf die Valutaanleihe verhandelte, war davon die Rede, daß Schatzsekretär Helfferich im Januar nach Wien reisen werde, um die laufenden finanziellen Fragen einer gemeinsamen Erörterung zu unterziehen. Im Vordergrunde steht die Valutafrage sowie andere, die beiden Finanzverwaltungen berührende staatsfinanzielle Angelegenheiten.

Neues Wiener Tagblatt
11. II. 1916

(Das Projekt eines Elektrizitätsmonopols in Deutschland.) Aus Berlin wird uns telegraphiert: In der gestern abgehaltenen Generalversammlung von Siemens u. Halske äußerte sich Direktor Dr. Spiecker zur Monopolfrage wie folgt: Wir haben nur das Interesse daran, daß die elektrische Energieversorgung im ganzen Lande sich günstig weiter entwickelt und sich allgemein ausdehnt. Wenn der Staat durch seine etwaigen Maßnahmen, die uns noch unbekannt sind, diese Entwicklung unterstützt und dadurch fördert, daß die elektrische Energie ganz allgemein zu mäßigen Preisen erhältlich wird, so würde das auch unsern Sonderinteressen als Fabrikanten und Konstrukteure ꝛc. vollständig entsprechen; anders würde es sein, wenn der Staat durch seine Absichten und Aktionen lediglich eine lähmende Wirkung ausüben würde. Daß unsre Gesellschaft keine direkt kapitalistischen oder monopolistischen Eigeninteressen auf diesem Gebiet hat und deshalb von diesem Gesichtspunkt aus durch die Frage des Staatsmonopols direkt nicht berührt wird, haben wir schon mehrmals Gelegenheit gehabt, zu betonen. Sodann berichtete Dr. Spiecker, daß das Ergebnis des letzten Jahres dem Durchschnitt der Friedensjahre entspricht. Dies ist dem Umstand zuzuschreiben, daß die Bedürfnisse von Heer und Marine an elektrischem Material die anfänglichen Erwartungen erheblich überschritten haben; dadurch wurden die Minderergebnisse auf andern Gebieten ausgeglichen. Das laufende Geschäftsjahr wird wohl auch unter dem Einfluß der erwähnten besonderen Verhältnisse, wenn auch vielleicht in etwas abgeschwächtem Maße, stehen. Wohl ist es noch verfrüht, sich ein Bild über die dem Friedensschluß folgende Periode machen zu wollen. Vom unserm Standpunkt aus glauben wir aber, dem Kommenden mit einiger Zuversicht entgegensehen zu können. Es sind auch jetzt Aufträge aus dem neutralen Ausland eingegangen, aber natürlich nicht in dem Maße, wie es der Verwaltung erwünscht gewesen wäre.

Frankfurter Zeitung
14. I. 1916

Soziale Kriegsarbeit.

Am Donnerstag fand im Bürgersaal des Römers der erste Vortragsabend des Allgemeinen deutschen Frauenvereins über soziale Kriegsarbeit statt. Die erste Vorsitzende der Ortsgruppe, Frau Apolant, betonte in der Eröffnungsansprache, daß die sieben Vortragsabende, die untereinander im Zusammenhang stehen, nicht als Kursus für freiwillige Helferinnen gedacht seien, vielmehr sollten sie weitere Kreise der Stadt für Fragen der sozialen Kriegsarbeit interessieren und den Mitarbeiterinnen der Wohlfahrtspflege Einblick in die Gesamtheit dieser wichtigen Probleme geben. Frau Apolant machte ferner die Mitteilung, daß der zweite Vortragsabend ebenfalls im Bürgersaal stattfinden wird; die vier anderen Vorträge werden im Hochschen Konservatorium gehalten.

Als erster Redner sprach Bürgermeister Dr. Luppe über „Volkswirtschaft im Krieg und Frieden." Der Redner führte eingehend aus, wie unsere Volkswirtschaft, die zwar nicht genügend vorbereitet war, sich doch dem Kriegszustand schnell anzupassen wußte und den Besiegungsplan unserer Feinde zunichte macht. Nach der ersten Lähmung des wirtschaftlichen Lebens, die der Mobilmachung folgte und Arbeitslosigkeit nach sich zog, setzte die Organisation der Arbeitsvermittlung ein. Es wurden Arbeitsformen geschaffen, die wir vor dem Kriege nicht hatten. Die Lücken in Handel und Industrie wurden durch Frauen ausgefüllt. Ueberall wurden sie zur Mitarbeit herangezogen und haben sich gut bewährt. Der Redner schilderte weiter die Arbeit der Reichsbank, der Darlehnskassen und den Erfolg der Kriegsanleihen. Ausführlich schilderte er de Lebensmittelversorgung. Er teilte mit, daß in Frankfurt die Brotrationen nach dem 1. Februar nicht eingeschränkt werden, aber ein jeder müsse von sich selbst aus den Bedarf an Lebensmitteln reduzieren, ein jeder müsse an seinem Teil dazu helfen, daß dieser Krieg zu einem siegreichen Ende geführt werde.

eDr zweite Redner Direktor Dr. Polligkeit behandelte das Thema „Wohlfahrtspflege im Krieg und Frieden". Noch weniger als auf dem Gebiet der Volkswirtschaft, so führte er aus, waren wir auf dem der Wohlfahrtspflege auf den Krieg vorbereitet. Das Kriegsunterstützungsgesetz von 1888 war kaum jemandem bekannt. Interessant ist in den nachgelassenen Schriften von Wichern zu lesen, daß 1870 genau solche Mängel in der Wohlfahrtspflege hervortraten wie jetzt. Wie überwältigend die Aufgaben nach Kriegsausbruch für die Wohlfahrtspflege waren, zeigt die Zahl von 15 000 ePrsonen, die an einem Tage allein in der Stiftstraße Rat und Hilfe der Kriegsfürsorge in Anspruch nahmen, zeigen die gewaltigen Summen, welche die Stadt jetzt an Unterstützungen zahlt, wozu noch erhebliche private Unterstützungen kommen. Die Kriegsunterstützung sollte mit Armenpflege nichts gemeinsam haben, vor allem sollte die politische Entrechtung fortfallen. Dr. Polligkeit betonte aber, daß die politisch interessierten Kreise sicher mit ihm einer Meinung seien, auch bezüglich Armenpflege und politische Entrechtung zu reformieren. Das aber müßte die Kriegshilfstätigkeitsef„mSms

mieren. Das aber müßte die Kriegshilfstätigkeit mit der Armenpflege gemeinsam haben, — die Abhängigkeit der Unterstützung von der Bedürftigkeit. Aus den Erfahrungen dieses Kriegs ist die Lehre zu ziehen, daß die Kriegswohlfahrtspflege als Lieferungsverband so organisiert werden muß, daß er im Notfall sofort in Funktion treten kann. Die Unterstützung muß so durchgeführt werden, daß sie von Nutzen ist. Die Arbeitsfähigen müssen zur Arbeit angehalten werden. Wir haben oft Sorge gehabt, daß wir durch die großen Unterstützungen die Selbständigkeit untergraben könnten, aber unser Volk ist gesund, es will arbeiten und wir erkennen dankbar an, daß die Arbeiterbevölkerung schon in Friedenszeiten in diesem Sinne erzogen wurde. Wir müssen uns fragen: wird nach dem Kriege ein solches Ausgeben großer Summen zur Unterstützung weiter fortgesetzt werden können? Wird vor allem die private Fürsorgetätigkeit Frankfurts, die durch ihre freiwilligen Leistungen der Stadt den Ruf eine sozial-fortschrittlichen Stadt verschafft hat, weiter solche Summen aufbringen können? Die Hauptlast wird nach dem Kriege die öffentliche Wohlfahrtspflege tragen müssen, aber die gesamte Bürgerschaft muß helfen, um in freier Liebestätigkeit die Nöte und Bedürfnisse des Einzelnen zu erkennen, Rat und Hilfe zu schaffen. Der Ausgleich zwischen Hilfe und Selbsthilfe muß den Unterbau liefern für die Friedenswohlfahrtspflege.

Vossische Zeitung 14.V.1916. 105 1. r

Der Staatshaushalt für 1916.

Den Beschränkungen entsprechend, die die Kriegszeit der Anforderung neuer Posten im preußischen Etat auch für das neue Rechnungsjahr erforderlich gemacht hat, ist der Umfang des neuen Etats gegenüber dem früherer Jahre in nicht unerheblichem Maße verringert. In fast allen Kapiteln und Titeln macht sich das Fehlen neuer Stellen und neuer sachlicher Ausgaben bemerkbar. Neu hinzugekommen ist im äußeren Werk eine „Zusammenstellung der im Staatshaushalts-Etat für den Etat von 1916 bei den Einnahmen und dauernden Ausgaben enthaltenen Aenderungen, soweit sie sachlich oder budgetrechtlich von Bedeutung sind." Diese Uebersicht erleichtert die Auffindung der im Ordinarium eingetretenen Veränderungen gegen den vorigen Etat in bedeutendem Maße.

Wesentliche Neuforderungen enthält in der Hauptsache der

Etat der Bauverwaltung,

der einige nicht aufschiebbare Anforderungen vorsieht. Für den Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften in Ostpreußen hat sich die Einrichtung von Dienststellen notwendig gemacht, die unter Leitung des Oberpräsidenten in Königsberg die erforderlichen Maßnahmen für den Wiederaufbau sachkundigst treffen sollen. Zu diesem Zwecke ist ein Hauptberatungsamt für die ganze Provinz und zunächst 16 Bauberatungsämter für bestimmt abgegrenzte Gebiete der Provinz eingerichtet worden. Zur Bestreitung der Kosten dieser Aemter, denen je ein akademisch vorgebildeter Architekt und das entsprechende Baupersonal zugeteilt ist, wird ein Betrag von 250 000 Mark für das Rechnungsjahr 1916 in Ansatz gebracht.

Eine Reihe von Neuforderungen sind auch für die von der Bauverwaltung ressortierende Verwaltung der Binnenwasserstraßen notwendig geworden. 60 000 Mark werden als Beitrag zur Verlängerung des im Landkreise Thorn gelegenen Nessauer Deichs gefordert, 159 000 Mark zur Beschaffung eines neuen Eisbrechdampfers für die Weichsel, 50 000 Mark zur Errichtung eines neuen Nadelwehrs in der kanalisierten Oderstrecke Cosel—Neißemünde. Zum Schutz der Ufer in den Gemarkungen Groß-Möllen, Bauernhufen, Pleußhagen und Altenhagen im Regierungsbezirk Köslin, deren Dünen bei den Stürmen der Jahre 1913 und 1914 stark in Abbruch geraten sind, werden von 275 000 Mark Gesamtkosten 40 000 Mark als erste Rate angefordert.

Zur Erneuerung des aus dem Jahre 1875 stammenden Bollwerks am linken Swine-Ufer zwischen der Königstraße und der Wasserstraße in Swinemünde, das in bedenklichem Maße baufällig ist und durch ein neues bis auf 7 Meter Tiefe gehendes Bollwerk ersetzt werden muß, werden 100 000 Mark angesetzt.

Für Stettin—Bredow hat sich die Notwendigkeit einer neuen Längshelling (Patentaufschleppe) ergeben, die 114 000 Mark Kosten erfordert.

Im Anschluß an die seit 1896 ausgeführten Bauten zum Schutz der Halligen, für die insgesamt 4 800 000 aufgewendet wurden, sollen, da durch die Stürme der letzten beiden Jahre verschiedene Beschädigungen leichterer baulicher Anlagen eingetreten sind, Ergänzungsarbeiten vorgenommen werden. Die Gesamtkosten sind auf 1 645 000 Mark geschätzt, von denen 100 000 Mark im Etat 1916 angefordert werden.

Wichtige bauliche Maßnahmen sind für den Emder Außenhafen geplant. Hier werden für Herstellung eines zweiten Fluttorpaares in der Nesserlander Seeschleuse und den Bau eines zweiten Siels im Vorflutkanal bei Borßum insgesamt 1 330 000 Mark angefordert. Da die Arbeiten dringlich waren, sind sie schon im laufenden Rechnungsjahr begonnen worden. Der gesamte Betrag wird jetzt angefordert.

Auf Norderney sollen zum Schutz der an das bereits erbaute Dünenschutzwerk anschließenden Küstenstrecke, die besonders bei Nord- und Nordwestwind stark gefährdet ist, neue Schutzwerke angelegt werden. Von dem Gesamtbetrag von 390 000 Mark werden 120 000 Mark als erste Rate gefordert.

Für die schleswigsche Westküste soll, da die vorhandenen Segelfahrzeuge für den Betrieb im Winter nicht ausreichen, ein eistüchtiger Seezeichendampfer erbaut werden, für den insgesamt 296 000 Mark angesetzt sind.

Zur Förderung des Luftfahrwesens sind, wie in den früheren Jahren, wiederum 50 000 Mark angewiesen.

Für Berlin und Umgegend enthält der Etat der Bauverwaltung keinerlei Neuforderungen.

In der Eisenbahnverwaltung

ist die Zahl der neu angeforderten Bauten gegenüber früheren Jahren außerordentlich gering. Die Errichtung einer Wagenwerkstätte am Bahnhof Schweidnitz, die 4,6 Millionen Mark insgesamt erfordert, hat sich infolge der Ueberlastung der Güterwagen-Werkstätten in den Bezirken Breslau und Kattowitz als notwendig herausgestellt. 200 000 Mark sind als erste Rate eingesetzt.

Die Erweiterung von Bahnanlagen in Saalfeld, die in ihrer bisherigen Größe den ausgedehnten Betrieb nicht mehr bewältigen können, erfordert eine erste Rate von 150 000 Mark bei 1,8 Millionen Mark Gesamtkosten.

Die Hauptwerkstätte in Oppeln muß erweitert werden, da nicht genügend gedeckte Ausbesserungsstände vorhanden sind. Hierfür ist eine erste Rate von 400 000 Mark aufgeführt.

Für den Bezirk der Eisenbahndirektion Berlin liegen keine Neuanforderungen vor; beendet werden im kommenden Rechnungsjahr die Wegeunterführungen auf der Strecke Grunewald—Wannsee und die Herstellung eines Stellwerks auf dem Potsdamer Güterbahnhof. Für eine Reihe anderer Posten, so insbesondere die Erweiterung des Bahnhofs Friedrichstraße (1 Million), die Umgestaltung der Bahnanlagen bei Spandau und den Umbau des Bahnhofs Groß-Lichterfelde-Ost (je 300 000 Mark), werden weitere Raten angefordert.

Beim Etat des Kultus-Ministeriums

ist an Neuforderungen hervorzuheben der Neubau einer Augenklinik für die Universität Münster, der im Zusammenhang mit der bevorstehenden Errichtung einer medizinischen Fakultät an dieser Universität steht. Hierfür sind 100 000 Mark angesetzt. An der gleichen Universität soll das chemische Institut neu gebaut und apparativ ausgestattet werden, wofür 37 800 Mark gefordert werden.

Sonst sind von Neuforderungen im Reiche nur je 100 000 Mark für den Bau eines Realgymnasiums in Hagen i. Westf. und eines Gymnasiums in Hanau festzustellen.

Für Berlin wird die Errichtung einer stationären Abteilung bei dem Institut für orthopädische Chirurgie, das bisher nur zur Behandlung ambulanter Kranker eingerichtet war, mit einem Kostenaufwand von 52 000 Mark gefordert. Der Neubau der Augustaschule bedingt mit Rücksicht auf die Aenderung der ursprünglichen Pläne und die durch den Krieg verursachten Mehrausgaben für Materialien und Löhne eine weitere Ergänzungsrate von 153 100 Mark. Im übrigen sind für Berlin nur fernere Raten für bereits begonnene Bauten und wissenschaftliche Einrichtungen eingesetzt.

Für die von der Königlichen Bibliothek sogleich nach Beginn des Krieges in Angriff genommene Sammlung der gedruckten literarischen und bildlichen Dokumente zur Geschichte des Krieges, die bisher aus den Mitteln der Bibliothek bestritten wurde, soll ein Betrag von 50 000 Mark, der im Interesse der Weiterführung dieser nationalen Aufgabe notwendig erscheint, bereitgestellt werden.

Im Etat der Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltung

sind den veränderten Verhältnissen entsprechend die Verkaufspreise für einige Erzeugnisse, nämlich die aus den Kohlenwerken und Eisenhütten, erhöht worden, dagegen sind die Verkaufsmengen, hauptsächlich infolge des Mangels an Arbeitskräften, fast durchweg niedriger angesetzt worden. Infolge dieser Maßnahmen treten bei den Kohlenwerken und den Eisenhütten Mehreinnahmen, bei den übrigen Staatswerken Mindereinnahmen gegen den Etat 1915 in Erscheinung, die sich aber insgesamt fast aufheben. Der Unterschied beträgt gegen 1915 nur 2,8 Millionen Mark.

Infolge der Angliederung der Berg-Akademie Berlin an die Technische Hochschule, die für den 1. Oktober d. J. in Aussicht genommen ist, werden die Besoldungen und sächlichen Ausgaben für die Akademie von diesem Datum ab bei der Technischen Hochschule angefordert. Der bei der Berg-Akademie entbehrlich werdende Professor der Eisenhüttenkunde ist als Hilfsarbeiter in das Handels-Ministerium berufen worden. Nach der Verlegung der Berg-Akademie in ihre neuen Räume in Charlottenburg werden die bisherigen Diensträume für die Zwecke der Geologischen Landesanstalt hergerichtet, wofür 25 000 Mark angefordert werden.

Im Bereich der Bergverwaltung sind im übrigen für den Ausbau des Schachtes II der Delbrück-Schächte des Steinkohlenbergwerks bei Bielschowitz 100 000 Mark als erste Rate von 665 000 Mark und für Erweiterung der Kokerei und der elektrischen Zentrale des Steinkohlenwerkes bei Knurow im Bezirk Hindenburg (Zabrze) 770 000 Mark als erste Rate von 1 900 000 Mark eingesetzt worden. Zum Ankauf und Instandsetzung von beschädigten Häusern in Staßfurt werden, da eine endgültige Beruhigung der Oberflächenbewegung noch nicht eingetreten ist, neuerdings 200 000 Mark angefordert.

Vossische Zeitung 14/V. 1916.

106 4.

Der Staatshaushalt für 1916.

Bei dem Etat des Finanz-Ministeriums

werden für bauliche Instandsetzungen bei dem Königlichen Theater und den Magazingebäuden in Hannover 13 000 M. und bei dem Theater in Kassel rund 7000 M. verlangt. Für die Berliner Theater werden ebenfalls für bauliche Instandsetzungen insgesamt 45 500 M. angefordert, von denen 18 000 M. für das Königliche Opernhaus und der Rest für das Königliche Schauspielhaus verwendet werden sollen. Für den Neubau des Königlichen Opernhauses in Berlin sind nur 89 100 M. für fällige Hypotheken, Zinsen und Restkaufgelder angesetzt.

Bei dem Etat des Finanz-Ministeriums ist auch der bereits im Abendblatt erwähnte Betrag von 1,5 Millionen M. als Zuschuß zu den Unterstützungsfonds aller Verwaltungen angefordert worden. Zur Begründung dieses Postens wird bemerkt, daß infolge des Krieges sich das Unterstützungsbedürfnis der ausgeschiedenen Beamten und Lehrkräfte erhöht hat, ohne daß sich von vornherein genau übersehen ließe, bei welchem Fonds und in welchem Umfange Mehraufwendungen für Unterstützungen erforderlich werden würden.

Im Etat für Handel- und Gewerbe-Verwaltung

wird, nachdem der Provinzial-Kunst- und Gewerkschule in Königsberg von der Stadt Königsberg ein besonderes Gebäude bereitgestellt worden ist und sich dadurch die Möglichkeit zur Erweiterung der Schule ergeben hat, an Stelle des bisher im Nebenamt tätigen Direktors ein Direktor im Hauptamt eingesetzt.

Die Höhere Fachschule für Textil- und Bekleidungs-Industrie in Berlin soll vom 1. April d. J. ab, nachdem die Stadt Berlin einen Neubau für sie errichtet hat, einen dauernden Zuschuß von jährlich 71 000 M. erhalten.

Bei der landwirtschaftlichen Verwaltung

werden zur Kultivierung der in der Provinz Hannover gelegenen fiskalischen Moorflächen, die unter Verwendung von Kriegsgefangenen tunlichst gefördert werden soll, 280 900 Mark angefordert. Im übrigen sind für Förderung der Land- und Forstwirtschaft wieder erhebliche Beträge angesetzt worden, und zwar für den Westen 950 000 Mark und für den Osten 1 252 000 Mark.

Zur Durchführung einer kleineren Viehzählung, deren Termin noch nicht festgesetzt ist, sind 45 000 Mark und zur Durchführung einer Zwischenzählung der Schweine am 2. Juli 1916 18 000 Mark angefordert.

Im Bereich des Ministeriums des Innern

soll, wie bereits kurz mitgeteilt, eine neue Königliche Polizeiverwaltung mit dem Sitz in Kattowitz eingerichtet werden. Ihre Errichtung hat sich deshalb als erforderlich herausgestellt, weil der rein industrielle Charakter des östlichen Teils des oberschlesischen Industriebezirks an die Polizei außergewöhnliche Anforderungen stellt, denen die gegenwärtige Organisation infolge ihrer Zersplitterung auf die einzelnen Städte und sonstigen Gemeinden nicht gewachsen ist. Es ist deshalb die Einrichtung einer einheitlichen, den Stadt- und Landkreis Kattowitz mit Ausnahme des westlichen Zipfels umfassenden Polizeiverwaltung vorgesehen worden. Die Leitung erhält der Landrat des Kreises Kattowitz im Nebenamte.

Im gleichen Etat werden für den Neubau und Ankauf von Dienstwohngebäuden für Gendarmeriemannschaften, vornehmlich in östlichen Provinzen, 200 000 Mark angefordert.

Bei der Verwaltung der direkten Steuern

sollen zwei neue Kreiskassen mit dem Amtssitz in Berlin errichtet werden. Der Grund hierfür liegt einerseits darin, daß die Dienstgeschäfte der Kreiskassen ständig zugenommen haben und andererseits, daß Berlin-Wilmersdorf, das bisher für seinen Stadtbezirk die Auftragszahlungen für die Regierungshauptkasse in Potsdam geleistet hat, den mit ihm dieserhalb abgeschlossenen Vertrag zum 1. April 1916 gekündigt hat. Zwecks Entlastung der jetzt vorhandenen Kreiskassen und um die an Empfänger in Berlin-Wilmersdorf zu leistenden Zahlungen anderweitig unterzubringen, ist es notwendig, daß zwei neue Kreiskassen errichtet werden. Hierfür sind die Posten für 2 Rentmeister ausgeworfen.

Die Etats der übrigen Verwaltungen enthalten nichts Bemerkenswertes.

Pester Lloyd
15. II. 1916

„Unsere volkswirtschaftlichen Aufgaben."

In der volkstümlichen Wochenschrift „Igazmondó" eröffnet Ministerpräsident Graf Stefan Tißa eine Artikelserie unter dem Titel „Unsere volkswirtschaftlichen Aufgaben". Dem ersten Artikel dieser Serie entnehmen wir die folgenden Ausführungen:

„Wir wissen, daß England die See beherrscht. Die wunderbare Tapferkeit unserer mit der deutschen Flotte vereinten Kriegsmarine erwirbt uns den Ruhm zahlreicher kühner Waffentaten und bringt dem Feinde empfindliche Verluste bei, doch hindert dies nicht den Feind, den Handel Deutschlands, Oesterreichs und unseres Vaterlandes von dem Ueberseeverkehr abzusperren. Diese Lage mißbraucht England mit einer kaltberechnenden Grausamkeit, derengleichen man selbst in den Kriegen verflossener Jahrhunderte nicht findet. Sogar den neutralen Staaten wird verboten, Nahrungsmittel zu uns zu befördern. Als Kriegsbanngut wurden Weizen, Roggen und Mais erklärt und man tritt friedliebenden kleinen Staaten gegenüber mit einer solchen alles Recht mit Füßen tretenden Gewalttätigkeit auf, daß selbst das uns benachbarte Rumänien durch lange Zeit seinen Getreideüberschuß nicht an uns abzugeben wagt. Was ehedem nur einer belagerten Festung gegenüber üblich war, deren bürgerliche Bevölkerung vor den feindlichen Truppen abziehen konnte, das wird jetzt den fünfundsechzig Millionen Bürgern des Deutschen Reiches, den dreißig Millionen Bürgern Oesterreichs und den mehr als zwanzig Millionen Bürgern Ungarns gegenüber geübt. Hundertfünfzehn Millionen Menschen zum Hungertode zu verurteilen, ist jedenfalls der grausamste Gedanke, der menschlichem Hirn jemals entkeimt ist. Und es ist überdies, als hätte sich in dieser Hinsicht auch das Schicksal gegen uns verschworen. Zwei schlechte Ernten suchten uns hintereinander heim, und während wir im Falle guter Ernten diese tückische Absicht unserer Feinde spielend vereitelt hätten, wurde die Aufgabe durch die schweren Schläge erschwert, die über unsere Landwirtschaft hereingebrochen waren. Schwer sind die Aufgaben, aber nicht unmöglich ist ihre Lösung. Wir werden ihrer ja auch Herr werden, nur ist es notwendig, daß wir alle uns von dem lebendigen Bewußtsein der Wahrheit durchdringen lassen, daß wir es auch in unseren wirtschaftlichen Uebelständen mit den bewußten Angriffen unserer Feinde zu tun haben, daß die Niederringung auch dieser Angriffe eine ebenso unerläßliche Bedingung des Sieges ist, wie der Kampf auf den Schlachtfeldern, und daß die ganze Nation mit der gleichen unbegrenzten Opferwilligkeit gegen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten anzukämpfen hat, die sie allen übrigen Heimsuchungen des Krieges gegenüber bekundet. Die Regierung ist durchdrungen von diesem Bewußtsein. Sie trifft die nötigen Verfügungen und wird diese mit ganzer Tatkraft vollstrecken. Aber auch die Nation muß es wissen und fühlen, daß all dies für den Krieg gebrachte, notwendige Opfer sind. Dann wird jedermann bereitwillig, ohne Klage, in edlem Wettbewerb für das von Gefahren bedrohte Vaterland die Opfer tragen. Lasset uns an unsere auf den Schlachtfeldern blutenden oder auf ihren Krankenlagern durch lange Monate leidenden Lieben denken! Wie wenig ist das, was wir auf wirtschaftlichem Gebiete zu erdulden haben, im Vergleich zu ihren Gefahren, zu ihren Entbehrungen, zu ihren Leiden! Und gegenwärtig sollen wir es uns alle halten, daß unsere Standhaftigkeit auf wirtschaftlichem Gebiete mit ein unerläßliches Erfordernis des Sieges ist, denn halten wir nicht stand, so ist das so reichlich verflossene Patriotenblut umsonst vergossen."

I. 108

Vossische Zeitung
15/1. 1916

Türkische Wirtschaftsmöglichkeiten.

Von

Edgar Stern, Bagdad.

Eine von dem zersetzenden englischen Einfluß gereinigte Türkei birgt für sich selbst und für die wirtschaftliche Betätigung Deutscher ungeheure Möglichkeiten. Auch wenn der Suezkanal in englischen Händen bleiben sollte, was sich kaum annehmen läßt, wird die Durchführung des Bagdadbahnbaues den größten Teil der landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktion in Mesopotamien, Kurdistan und Syrien, und der Ausbau der Zweigstrecke nach Persien die Erzeugnisse Mittel- und Nordpersiens dem Hafen von Alexandrette zuführen. Die erhebliche Transportverbilligung und -verkürzung wird diese Erzeugnisse auf dem europäischen Markt vorteilhaft und mit erheblichem Nutzen für die Produzenten konkurrieren lassen. Damit wird besonders der Landwirtschaft in den ungeheuren und fruchtbaren Ebenen Mesopotamiens die notwendige Anregung gegeben werden, und es ist nicht einzusehen, warum dort nicht wieder wie vor Jahrtausenden das Land, wo Milch und Honig fließt, aus der Wüste entstehen sollte. Dazu bedarf es keineswegs, wie von Theoretikern früher angeregt, der Ansiedlung deutscher Bauern; im Gegenteil, der Import fremden Menschenmaterials wird angesichts der besonderen Verhältnisse unwillkommen und nur Grund zu Mißhelligkeiten sein. Aber es bedarf der Einführung neuer, vollkommenerer Arbeitsmethoden, sachkundiger Anleitung und verständnisvollen Mitwirkens der maßgebenden türkischen Behörden. Die großen Bewässerungsprojekte, die Sir John Wilcox zum Werk seines Lebens gemacht hat und für deren Ausarbeitung er die Unterstützung der englischen Regierung fand, da sie sich schon seit Jahrzehnten als Herr im Irak ansehen mochte, müssen zur Ausführung gebracht werden. Der Anschluß Bagdads an das Meer, ob in Gestalt der verlängerten Bagdadbahn nach einem Hafen am Persischen Golf oder durch eine Flußregulierung und den Ausbau der Schiffahrt auf dem Schatt-el-Arab, Tigris und Euphrat muß verbessert werden, und die türkische Regierung, befreit von den politischen Sorgen, die ihr das Herumdoktern feindlicher Fremdmächte an ihren eigensten Angelegenheiten bereitet hatte, muß an dem Reformwerk, das ihren Lebensinteressen gilt, systematisch mitwirken. Die wichtigsten Forderungen in dieser Beziehung wären:

1. Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, wie sie die Vollendung der Bagdadbahn ohnehin für die ganze Strecke mit sich bringen wird. Hand in Hand damit müßte der Ausbau von Landstraßen und Wasserwegen, die Verstärkung der notabene vorzüglichen Gendarmerie, die Vermehrung und Unterhaltung der Telegraphenlinien gehen. Dadurch würde die Zentralisation der Regierung begünstigt, die heute auf die ferngelegenen Vilajets in bezug auf Einzelmaßnahmen kaum irgendwelchen Einfluß auszuüben vermag.

2. Die Befugnisse der Provinzialbehörden müßten, wie sich das aus 1) ergibt, so weit eingeschränkt werden, daß jeder einzelne Untertan die Ueberzeugung hat, in Stambul Recht und Gerechtigkeit zu finden, daß nicht Vali und Mutessarif, Kaimakam und Mudir über seinen Besitz, seinen Leib und Leben zu befinden haben.

3. Die Regelung der Beduinenfrage. Wie oben ausgeführt, halten sich die Beduinenstämme, von denen die wichtigsten die Anesse, in der syrischen Wüste und am mittleren Euphrat, die Montefiks am unteren Euphrat und Tigris und die Schammar am oberen Tigris wohnen, kraft tausendjähriger Tradition zur Einforderung und nötigenfalls gewaltsamen Beitreibung eines Tributs, der „Chuwwe", von der seßhaften Bevölkerung berechtigt. Sie wohnen in Zelten und haben gewöhnlich feststehende Sommer- und Winterquartiere und Weidegründe, auf welchen sie ihre ungeheuren Herden von Schafen, Kamelen und Pferden aufziehen. Mit den ansässigen Elementen stehen sie nur insoweit in einer Art geschäftlichen Verkehrs, als sie Waffen und andere nicht selbst erzeugte Gebrauchsgegenstände kaufen, hin und wieder Vieh verkaufen und solches vertraglich zur Aufzucht übernehmen. Bei diesem letzteren Geschäft beobachten sie übrigens im allgemeinen eine absolute Gewissenhaftigkeit, wie sie auch ihre räuberischen Neigungen Europäern und Stammesgästen gegenüber meist vollkommen bezähmen. Es gibt unter ihnen überaus intelligente und trotz völliger Unbildung mit großem politischen und wirtschaftlichen Scharfblick begabte Elemente; aber gegen jeden Versuch, ihre Freizügigkeit und ihre alten Gewohnheitsrechte zu beschneiden, haben sie sich bisher mit der Waffe aufgelehnt. Eine starke Türkei wird sie also scharf kontrollieren müssen.

Ueberhaupt gilt es, die expansiven Kräfte, die in einer erneuten, infolge dieses siegreichen Krieges ihrer wiedererwachenden Jugend bewußt werdenden Türkei tätig sind, zunächst auf eine intensive Wirksamkeit zu lenken.

Die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Türkei sind, wie oben angedeutet, nahezu unbegrenzt, wenn die Voraussetzungen für eine Gesundung und innere Stärkung erfüllt werden. Hier wird eine erfolgreiche Wechselbeziehung einsetzen, die Deutschland den Absatz industrieller und landwirtschaftlicher Maschinen, Farben, Düngemittel und tausend anderer gewerblicher Erzeugnisse, die Einfuhr eines großen Teiles derjenigen landwirtschaftlichen Produkte gestatten wird, die wir bisher von unseren Feinden beziehen mußten. In erster Linie kommen in Betracht: sämtliche Getreidearten, Baumwolle, Seide und Seidencocons, Eier und alle Arten Vieh und Geflügel. An der Getreideausfuhr der Türkei nach Europa, die zwischen 2 und 3 Millionen Tonnen jährlich schwankt, ist Deutschland bisher mit einer verschwindenden Einfuhrziffer (etwa 1½ Prozent) beteiligt; für den Gesamthandel, der nach der türkischen Statistik zuletzt etwa 4,3 Millionen Piaster in der Einfuhr, 2,2 Millionen in der Ausfuhr beträgt, kommt nachstehendes prozentuales Verhältnis in Betracht:

	Einfuhr:	Ausfuhr:
Deutschland	9 pCt.	6 pCt.
Oesterreich-Ungarn	18 pCt.	10 pCt.
Bulgarien	5 pCt.	4 pCt.
	32 pCt.	20 pCt.
England	20 pCt.	24 pCt.
Frankreich	10 pCt.	20 pCt.
Italien	8½ pCt.	6½ pCt.
Rußland	6½ pCt.	4 pCt.
Serbien	1 pCt.	1½ pCt.
Belgien	2½ pCt.	2½ pCt.
	48½ pCt.	58½ pCt.

Man sieht aus dieser Zusammenstellung, in welch hohem Maße wir ungeachtet der gesteigerten ökonomischen Möglichkeiten einer siegreichen Türkei auf Kosten des bisherigen

Vossische Zeitung
15./1. 1916.

Türkische
Wirtschaftsmöglichkeiten

Warenaustausches mit unseren Feinden die Wirtschaftsbeziehungen zur Türkei heben können. Zieht man in Betracht, um wieviel günstiger der Ertrag der Getreideproduktion in der asiatischen Türkei gegenüber dem der europäischen Landwirtschaft ist, wie gering andererseits die Arbeitslöhne und die Unterhaltungskosten für Arbeitstiere sind, so erscheint es zweifellos, daß wir die Türkei als hauptsächlichen, wo nicht ausschließlichen Lieferanten unseres ausländischen Getreidebedarfes heranziehen können. Freilich muß zu diesem Zweck mit dem bisherigen Pachtsystem, das in der ganzen Türkei gang und gäbe ist, gebrochen werden. Die Gutsbesitzer bewirtschaften und bewohnen ihre Güter fast niemals selbst, sondern überlassen sie Pächtern, welche in der Regel die Hälfte des Ertrages, der nach Abzug der Sämereien und anderen Aufwendungen verbleibt, für ihre Arbeit bekommen. Da letztere hierdurch ein außerordentlich schwankendes Einkommen haben, je nachdem das Jahr günstigeren oder schlechteren Ernteertrag bringt, haben sie naturgemäß ein Interesse daran, das Risiko von sich abzuwälzen. Das geschieht, indem sie wieder in ein ähnliches, oft recht kompliziertes Abkommen zu ihren Arbeitern treten, so daß zwar ein allgemeiner Ansporn zu möglichst intensiver Ertragssteigerung vorliegt, aber wegen der Unfähigkeit der schwächsten Instanzen, diese Schwankungen zu tragen, nicht selten in Mißhelligkeiten und Nachteile für den Betrieb ausartet. Für Weizen gilt zum Beispiel in Syrien ein achtfacher Ertrag der Aussaat als Norm, für Korn annähernd das Doppelte. In anderen Provinzen sind diese Verhältniszahlen zum Teil kleiner, zum Teil jedoch ganz erheblich größer; in Mesopotamien trägt Weizen 80—120fach, Mais 200-, 300-, selbst 400fach. In Anatolien sind auch in günstigen Vilajets die Erträge pro Hektar für Weizen und Gerste nur eineinhalb- bis zweimal, für Roggen ebenso groß und für Hafer kaum mehr als halb so groß, als die Erträge in Deutschland; in den klimatisch minder günstigen Vilajets geht der Ertrag durchschnittlich etwa auf die Hälfte der deutschen Norm zurück, in den transtaurischen Gebieten jedoch übersteigt er das deutsche Erträgnis selbst bei Berücksichtigung der großen Schwankungen in den einzelnen Erntejahren ganz erheblich. Da die politischen und ökonomischen Hindernisse die Verwertung des hierzu geeigneten Bodens bisher nur auf einem kleinen Bruchteil des riesigen Landes gestatten, beträgt die Getreideerzeugung der Türkei nur rund ein Fünftel der deutschen. Die Steigerungsmöglichkeit ist sonach nur durch die Bevölkerungsziffer nach oben begrenzt.

Wer die Baumwollpflanzungen bei Adana gesehen hat, wird nicht daran zweifeln, daß hier die gleichen Möglichkeiten vorliegen, wie in Aegypten; für die Seidenzucht werden schwerlich irgendwo in der Welt günstigere Bedingungen als in Nordsyrien und Mesopotamien bestehen. Dabei ist Deutschland an der Rohseiden- und Coconausfuhr im Werte von 15 bis 20 Millionen jährlich nur mit 0,7—1,7 Millionen Mark jährlich, an derjenigen der Baumwolle nur mit 0,9 bis 2,1 Millionen Mark beteiligt. Schafwolle nehmen wir für etwa 10 Millionen Mark jährlich aus der Türkei auf.

Die Bodenschätze der asiatischen Türkei sind nur zum kleinsten Teile durchforscht, geschweige denn erschlossen. Es steht indes fest, daß Eisenerz, Kupfer, Blei und Kohle, letztere zum großen Teile allerdings jüngerer, nicht sehr kalorienreicher Qualität, in großen Mengen vorhanden sind. Besonders wichtig ist außerdem der Reichtum an Erdöl, der, offenbar zusammenhängend mit den von den Engländern ausgebeuteten persischen Vorkommen am oberen Karun, etwa entsprechend dem Verlauf des Djebel Hamrin an beiden Ufern des Tigris zutage tritt. Die Mißstände, welche mit der Erteilung von Konzessionen unter dem hamidischen Regime verknüpft waren und auch heute noch nicht ganz beseitigt sind, haben bisher eine rationelle Erschließung dieser Bodenschätze verhindert. Ueberdies sind die mangelhaften Verkehrsverhältnisse, die den Abtransport von Erzen und dergleichen Schwergütern an vielen Stellen des Reiches einfach unmöglich machen, dem Unternehmungsgeist in dieser Beziehung hinderlich. Die Durchführung des Baues der Bagdadbahn und die Regulierung der Wasserwege wird neue Anregungen für deutsche Betätigung geben. Daß der Wasserweg Antwerpen—Basra nach dem Eintritt Bulgariens in das Bündnis nur noch auf den Suezkanal unter feindlicher Kontrolle ist, mag hierbei bedacht werden.

Ueber die Viehzucht ist schon oben im Zusammenhang mit der Araberfrage gesprochen worden. Ihr Aufblühen wird mit der Durchführung der Bewässerungsaufgaben und der Schaffung konstanter Weidegründe eng zusammenhängen, läßt aber im übrigen in einem Lande, wo es meist keiner Ställe bedarf und die Wartung des Viehes getrost einer gütigen Natur überlassen werden kann, ebenfalls weite Möglichkeiten zu. Wenn auch Pferd, Kamel und Büffel, in geringerem Maße Esel und Maultier, in ihrer spezifischen Entwicklung vornehmlich dem Lande selbst dienen, so wird die Zucht des kräftigen türkischen Rindes, des Hammels und vor allem die außerordentlich ertragreiche Zucht des Federviehes in unseren Wirtschaftsbeziehungen zu der Türkei eine Rolle spielen können. Noch während des Krieges kosteten im Kleinhandel 25 Eier einen Piaster, also ca. 19 Pfennig. Der gleiche Preis wurde sogar in Konstantinopel für das Pfund Fleisch bezahlt. Es soll hier nicht ziffernmäßig all das nachgewiesen werden, was die Türkei uns, und was wir der Türkei in einem fortdauernden Freundschaftsverhältnis bieten können. Daß aber der Kampf Schulter an Schulter, der unsere Länder eng zusammengeschweißt hat, auch volkswirtschaftlich zu einem Segen für beide werden kann und soll, dürfte keinem Zweifel unterliegen.

Neues Wiener Tagblatt
16. I. 1916

Der Volkswirt.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

10. Jänner. Die Schaffung einer Balkan- und Orientsektion des Handelsmuseums beschlossen. — Konferenz betreffend die Sicherung des Zuckerrübenanbaues.

11. Jänner. Die ungarischen Staatsbahnen weisen für die fünf Monate Juli bis November eine Mehreinnahme von 65 Millionen Kronen aus. — Der englische Außenhandel im Jahre 1915 schließt mit einem Handelspassivum von 370 Millionen Pfund Sterling (rund 9000 Millionen Kronen). — Aus London wird eine außerordentliche Steigerung der Kupferpreise gemeldet.

12. Jänner. Verlängerung des türkischen Moratoriums bis 31. Dezember. — Höchstpreise für künstliche Düngemittel in Deutschland.

13. Jänner. Fortschreitende Erleichterung auf dem Berliner und Wiener Valutamarkte. — Der preußische Finanzminister entwickelt im Abgeordnetenhause sein Steuerprogramm.

14. Jänner. Kriegsgewinnsteuervorlage in Frankreich. — Auf die französische Kriegsanleihe nach offizieller Ankündigung nur 6368 Millionen Franken neues Geld gezeichnet. Die übrigen Zeichnungen (8771 Millionen) sind nur Konversionen.

15. Jänner. Ankündigung einer Fürsorgeaktion für Arbeitslose in der Baumwollindustrie.

Neues Wiener Tagblatt
16./I. 1916

111

Unsre volkswirtschaftlichen Aufgaben.

Ein Mahnruf des Ministerpräsidenten Grafen Stephan Tisza.

Budapest, 15. Jänner. (Privattelegramm.) In der Wochenschrift „Igazmondo" veröffentlicht Ministerpräsident Graf Stephan Tisza eine Artikelserie unter dem Titel „Unsre volkswirtschaftlichen Aufgaben". Dem ersten Artikel dieser Serie seien folgende Ausführungen entnommen: Wir wissen, daß England die See beherrscht. Die wunderbare Tapferkeit unsrer mit der deutschen Flotte vereinten Kriegsmarine erwirbt uns den Ruhm zahlreicher kühner Waffentaten und bringt dem Feinde empfindliche Verluste bei. Doch hindert dies den Feind nicht, den Handel Deutschlands, Oesterreichs und unsres Vaterlandes vom Ueberseeverkehr abzusperren. Diese Lage mißbraucht England mit einer kalt berechnenden Grausamkeit, derengleichen man selbst in den Kriegen verflossener Jahrhunderte nicht findet. Sogar den neutralen Staaten wird verboten, Nahrungsmittel zu uns zu befördern. Als Kriegsbanngut wurden Weizen, Roggen und Mais erklärt, und man tritt friedliebenden kleinen Staaten gegenüber mit einer solchen alles Recht mit Füßen tretenden Gewalttätigkeit auf, daß selbst das uns benachbarte Rumänien durch lange Zeit seinen Getreideüberschuß nicht an uns abzugeben wagte. Was ehedem nur einer belagerten Festung gegenüber üblich war, deren bürgerliche Bevölkerung vor den feindlichen Truppen abziehen konnte, das wird jetzt an den 65 Millionen Bürgern des Deutschen Reiches, den 30 Millionen Bürgern Oesterreichs und den mehr als 20 Millionen Bürgern Ungarns gegenüber geübt. 115 Millionen Menschen zum Hungertode zu verurteilen, ist jedenfalls der grausamste Gedanke, der menschlichen Gehirnen jemals entsprungen ist. Und es ist überdies, als hätte sich in dieser Hinsicht auch das Schicksal gegen uns verschworen. Zwei schlechte Ernten suchten uns hintereinander heim, und während wir im Falle guter Ernten diese tückische Absicht unsrer Feinde spielend vereitelt hätten, wurden die Aufgaben durch die schweren Schläge erschwert, die über unsre Landwirtschaft hereingebrochen waren.

Schwer sind die Aufgaben, aber nicht unmöglich ist ihre Lösung. Wir werden ihrer ja auch Herr werden, da wir alle uns von dem lebendigen Bewußtsein der Wahrheit durchdringen lassen, daß wir es auch in unserm wirtschaftlichen Uebelstand mit den bewußten Angriffen unsrer Feinde zu tun haben, daß die Niederringung auch dieser Angriffe eine ebenso unerläßliche Bedingung des Krieges ist, wie der Kampf auf den Schlachtfeldern, und daß die ganze Nation mit der gleichen unbegrenzten Opferwilligkeit gegen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten ankämpft, die sie allen übrigen Heimsuchungen des Krieges gegenüber bekundet. Die Regierung ist durchdrungen von diesem Bewußtsein. Sie trifft die nötigen Verfügungen und wird diese mit ganzer Tatkraft vollstrecken.

Aber auch die Nation muß es wissen und fühlen, daß all dies für den Krieg gebrachte notwendige Opfer sind, dann wird jedermann bereitwillig ohne Klage im edlen Wettbewerb für das von Gefahren bedrohte Vaterland die Opfer tragen. Lasset uns an unsre auf den Schlachtfeldern blutende oder auf ihren Krankenlagern durch lange Monate leidenden Lieben denken! Wie wenig ist das, was wir auf wirtschaftlichem Gebiete zu erdulden haben, in Vergleich zu ihren Gefahren, zu ihren Entbehrungen, zu ihren Leiden! Und wir sollen es uns alle gegenwärtig halten, daß unsre Standhaftigkeit auf wirtschaftlichem Gebiete mit ein unerläßliches Erfordernis des Krieges ist; denn halten wir nicht stand, so ist das so reichlich geflossene Patriotenblut umsonst geflossen.

16./I. 1916

(Vereinheitlichung der Wirtschaftsgesetzgebung in Oesterreich-Ungarn und Deutschland.) Aus Budapest, 15. d., wird uns telegraphiert: Auf Einladung des Ungarischen Vereines für gewerblichen Rechtschutz hielt heute im großen Saal des ungarischen Patentamtes der Wiener Rechtsanwalt Dr. Brunstein über das Thema „Die Schutzobjekte des Musterrechtes nach der österreichischen Regierungsvorlage vom Jahre 1913 und die rechtliche Lage des ungarischen und des österreichischen Kunstgewerbes im In- und Ausland" einen Vortrag vor einem auserlesenen und außerordentlich zahlreichen Auditorium. Es waren unter andern anwesend die Geheimen Räte Töry und Nagy, Staatssekretär Lers, die Präsidenten Schuster und Nitzsche, die Kurialrichter Fodor und Barna, die Ministerialräte Szacz, Terfi, Emich, Kosa, Szladits, zahlreiche Vertreter der Advokatenkammer, der wirtschaftlichen und industriellen Körperschaften. In Vertretung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereines und der Oesterreichischen Gesellschaft der Volkswirte waren Vizepräsident Gemeinderat Dr. v. Dorn, ferner für den Niederösterreichischen Gewerbeverein Baurat Breßler und die Kommerzialräte Czerweny und Waldstein erschienen. Der Vortragende erinnerte, daß nach dem heutigen Rechtszustande das Muster für den Bereich der Monarchie nicht mehr wie vordem unteilbar sei. Die in Betracht kommenden Gesetzgebungen beider Länder seien seit dem 1. Jänner 1908 nicht mehr aneinander gebunden, die Interessengemeinschaft sei aber oft ein besseres Bindemittel als kontraktliche Gebundenheit. Die Gemeinsamkeit des Wirtschaftsgebietes und die Lebensbedingungen des Exports zwingen beide Staaten zu einer Annäherung ihrer Gesetzgebung in bezug auf Gegenstände, von welchen Produktion und Handel berührt werden. Und eine solche Annäherung sei auch an die Gesetzgebung des Deutschen Reiches nötig, wenn sich beide Staaten mit demselben zu einem Zoll- und Handelsbündnis zusammenschließen sollen, um sich nicht selbst wirtschaftlich zu bekämpfen und gemeinsam ihre Interessen gegen dritte Staaten zu wahren. Die Ungleichheit der Kampfmittel müsse eine nicht über das nötige Maß hinausgehende Gleichförmigkeit der Gesetzgebungen ausgleichen, so im Gewerbe- und Aktienrecht, in welchem Ungarn der österreichischen Reichshälfte bereits voraus sei, im Firmenrecht, im gesamten Industrierecht, im Verkehrs- und Transportrecht, in manchem das Kreditwesen, das Sanitätswesen und den Verkehr mit mancherlei Produkten betreffenden Regelungen und anderm mehr. Ein typisches Beispiel biete die Lage der Kunstindustrie, die heute in Oesterreich und Ungarn vogelfrei sei. Die Objekte des Musterschutzes, nämlich Gebrauchs- und Geschmackmuster, seien in Deutschland durch zwei Gesetze geschützt, den gleichen Schutz wolle die österreichische Regierungsvorlage, aber viel besser, in einem beide Schutzobjekte vereinigenden Gesetz gewähren.

Arbeiterzeitung
19./I. 1916

Zur Ueberführung unserer Volkswirtschaft auf den Friedensstand.

Auch für die Arbeiterschaft von Wichtigkeit sind die Pläne, die im Kreise der Industriellen in Bezug auf die Einfuhr von Rohstoffen nach dem Kriege gepflogen werden. Der Baumwollmangel verursacht heute schon Betriebsstillstand in vielen Fabriken und die doppelte Bitterkeit der Arbeitslosigkeit bei unerhörter Teuerung; es muß darum alles vorgekehrt werden, um nach Friedensschluß so rasch als möglich die nötigen Rohstoffe einzuführen. In der Monatsversammlung des Industriellenklubs führte der Präsident des Zentralverbandes Brosche aus:

Nach Friedensschluß lassen die bevorstehende Konjunktur, die starke Nachfrage nach Rohstoffen bei entleerten Lagern und die Valutaentwertung eine starke Steigerung der Rohstoffpreise erwarten. Dazu kommt die Frage, ob die Schiffahrt nach den beträchtlichen Schiffsverlusten des Krieges dem großen Andrang der Transporte gewachsen sein wird, so daß man mit einer Erhöhung der Frachtraten wird rechnen müssen, die der Industrie die Rohstoffe abermals verteuert. Manche Vorschläge sind aufgetaucht, darunter auch der, die während des Krieges veranlaßte Art der Rohstoffbeschaffung durch den Staat auch in der ersten Zeit des Friedens fortzusetzen. Die Industrie wird nach dem Kriege wieder auf rein privatwirtschaftlicher Grundlage stehen wollen und durch Selbsthilfe und freiwillige Organisation Wandel zu schaffen suchen. Es wird nicht notwendig sein, in den Grundprinzipien die staatliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Vielmehr ist für jeden einzelnen Rohstoff die Bildung von Einkaufskartellen zu empfehlen, welchen alle anzugehören hätten, die den Rohstoff aus Uebersee beziehen. Ferner ist die Frage zu erwägen, ob freie Organisationen oder Zwangskartelle geschaffen werden sollen und ob für diese Kartelle ein Importmonopol bei der Regierung anzustreben ist. Ein vollständig harmonisches Vorgehen mit Ungarn und dem Deutschen Reiche ist notwendig. Zur Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten der zu schaffenden Kartelle wird ein bankmäßiges Zentralorgan erforderlich sein; dies schon aus Gründen der Beschaffung der Valuta.

Ueber die Schwierigkeiten der Valuta und der Finanzierung der Rohstoffbezüge berichtete Sekretär Dr. Drucker, der den beachtenswerten Vorschlag machte: Die Großbanken und die Rohstoffsyndikate sollen eine Bank zur Finanzierung der Rohstoffbezüge ins Leben rufen. Diese Bank übernimmt von den Syndikaten Obligationen, die auf deren Besitz an Kriegsanleihe fundiert sind, und gibt auf dieser Basis Goldobligationen im Ausland aus, mit denen sie die Devisen zur Zahlung der Rohstoffe beschafft. Das ist auch für den Staat wertvoll, weil die Bank die Valutaaktion des Staates um den Bedarf der Industrie für Rohstoffe entlasten würde.

Eine solche Aktion der Industrie wäre wohl zu begrüßen, zumal wenn es gelänge, mit Ungarn und Deutschland durchaus gemeinsam vorzugehen. Widersprochen werden muß jedoch der im selben Zusammenhang vom Generaldirektor v. Penzig-Franz gegebenen „Anregung", der Gefahr der Ueberschwemmung mit Halb- und Ganzfabrikaten mit vorübergehender stärkerer Erhöhung der Zölle zu begegnen. Ein solcher Versuch wäre nicht nur überflüssig, weil es auf dem Weltmarkt nach Friedensschluß keine Ueberschwemmung mit Fabrikaten geben wird, sondern geradezu gefährlich, weil er andere Staaten zu vergeltenden Abwehrmaßregeln treiben und also unseren künftigen Export untergraben müßte zu einer Zeit, wo wir seiner zur Wiederherstellung unserer Valuta am dringendsten bedürfen.

Neues Wiener Tagblatt

19.I.1916

* **(Krieg und Luxus.)** Ueber dieses Thema sprach am letzten Kriegssonntag des Wiener Volksbildungsvereines Frau Helene Granitsch. Die Vortragende erinnerte zunächst daran, daß für die Stellungsnahme der Gesetzgebung auf dem Gebiete des Luxus je nach den verschiedenen geschichtlichen Epochen teils ethische, teils volkswirtschaftliche Motive maßgebend waren. Im Geiste des Christentums hat die mittelalterliche Kirche Bestimmungen gegen den Luxus erlassen, und der Kirche sind die Städte und schließlich auch die Territorien und das Reich gefolgt. Vom sechzehnten Jahrhundert an hört der Kampf gegen den Luxus auf, die Verbote, die Edikte über den Tafelluxus, die Kleiderordnungen verschwinden, und im Sinne der merkantilistischen Politik des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts, die das Land unabhängig machen wollte von der Einfuhr aus andern Ländern, wurde die heimische Luxusindustrie sogar von Staats wegen gefördert und durch Besteuerung fiskalischen Zwecken dienstbar gemacht. Nur einmal entsteht in dieser Zeit ein starker Gegner der Förderung des Luxus in der Person Rousseaus. Zwei Gipfel der Luxusentfaltung treten hervor: die julisch-claudinische Zeit und die Zeit des Sonnenkönigs. Beide Male findet eine Konzentration des Reichtums in der Hauptstadt statt, und es entstand eine immer vollkommenere Teilung zwischen Arbeitenden und Genießenden, und beide Male endigte diese Entwicklung mit einem mächtigen Weltgericht. Ueberall, wo der Luxus übertrieben wird, muß eine Selbstkorrektur entstehen, und die Frage drängt sich auf, ob die durch den Weltkrieg bedingte Umkehr nicht auch solch eine Selbstkorrektur darstellt. Das Luxusleben unsrer Zeit — fuhr Frau Dr. Granitsch fort —, wie es vor Ausbruch des Weltkrieges die Großstädte beherrschte, hat tatsächlich vielfach den Grad ungesündester Uebertreibung erreicht. Auch die Massenproduktion von billigem Luxus — jenem „Eintagsluxus", der die kleinbürgerlichen Kreise zum Schaden der Volkswirtschaft überschwemmte — hat zu den ungesunden wirtschaftlichen Verhältnissen beigetragen. Wenn bürgerliche Familien bei dem Mieten einer Wohnung vorerst fragen: „Wie viele Personen kann ich setzen?", statt den Hauptwert darauf zu legen, daß die Kinder gesunde und sonnige Räume und die Hauswirtschaft gediegene Organisationsformen in der Wohnung findet, so muß dies als eine ebenso lächerliche wie weitverbreitete Verkennung des Wesentlichen bloßgestellt werden. Der Luxus, der das Gesellschaftsleben beherrschte, wird auch dadurch gekennzeichnet, daß viele Menschen von ihrem „Verkehr" und nicht von ihren Freunden sprechen. Das ist typisch für die Verflachung des geselligen Lebens; und eine große Gefahr entwickelte sich daraus, daß das Streben nach ausgedehnter Geselligkeit epidemieartig auch jene erfaßte, die wirtschaftlich gar nicht in der Lage waren, solche Aufwendungen aus ihrem Einkommen zu bestreiten. Wie viel Glück, Ruhe, Unabhängigkeit und persönliche Ehre — sagte die Rednerin — sind dem falschen Götzen der Repräsentation zum Opfer gebracht worden! Die überhandnehmenden Luxusgewohnheiten des öffentlichen Lebens haben zu schweren sittlichen Konflikten und Gefahren geführt. Sie haben nicht nur vielfach Lebensglück und Harmonie in den Ehen zerstört, sondern auch die Eheschließungen allgemein in den Städten hinausgeschoben und verringert, den Willen zur Elternschaft abgetötet, und alles ideale Streben, das zu ruhiger, beglückender Wertproduktion führt, dem einzigen, alles beherrschenden Gelderwerbstrieb, der sich insmaßloseste entwickelte, untergeordnet. Der Krieg hatte unter dem ersten Eindruck des großen und unfaßbaren Ereignisses vielfach die Verhältnisse gewandelt; die seelische und wirtschaftliche Erschütterung ließ die Menschen mit einem Schlage vom Luxusleben sich abwenden. Doch dieser Zustand war nicht von langer Dauer. Im selben Maße, als der Markt infolge der großen Kriegsaufträge sich wieder festigte und neue Vermögen entstanden, trat auch die seelische Gewöhnung an den Krieg ein. Und wie es sich stets bei dem Emporklimmen einer neuen gesellschaftlichen Oberschicht bemerkbar macht, trat sogar gerade in den letzten Monaten ein merkliches Bestreben zutage, durch möglichst auffallen- den äußeren Luxus den neu erworbenen Reichtum zu betonen. Wir bekämpfen den Luxus, der sich in dieser Zeit so auffallend geltend macht. Wir finden es nicht nur vom ethischen Standpunkt aus verwerflich, daß zu einer Zeit, wo der beste Teil unsres Volkes auf den blutigen Schlachtfeldern Not und Tod erleidet, die von diesen Braven Beschützten im Hinterland ein üppiges Leben des Genusses führen. Wir finden es gefährlich, daß durch ein solches Betonen rasch erworbenen Reichtums die sozialen Gegensätze verschärft und die Stimmung im Volk erregt wird. Wir halten es aber auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus für schädlich, wenn angesichts unsrer Valuta Millionen ins Ausland wandern, um von dort Luxusgegenstände ins Inland zu bringen. Die außerordentlich erhöhte Einfuhr holländischer Diamanten, die Millionen, die für Damentoiletten und Putzartikel nach Frankreich geschickt wurden, die Unsummen, die der Einlauf italienischer Blumen verschlungen hat, all das sind Passivposten unsrer Bilanz, die nicht nur unnötig, sondern auch schädlich für die Erhaltung unsrer Wirtschaftskraft erscheinen. Der Krieg steckt der heimischen Volkswirtschaft neue Ziele; das Durchhalten erfordert das Einsetzen aller verfügbaren Kräfte für die notwendige Gütererzeugung im Sinne einer Bedarfswirtschaft; und gerade die Vorbereitung für den Frieden wird diesen Zielen folgen müssen, um ein innerlich gefestigtes, unabhängiges, starkes Reich zu schaffen, das zur wirtschaftlichen Entwicklung in der nächsten Zeit vor allem andern die Lösung eines Problems erfordert: die Herstellung des richtigen Verhältnisses zwischen Konsumtion und Produktion in Oesterreich.

Arbeiterzeitung 20/I. 1916

Weltwirtschaft!

Unterseeboote und Minen haben die Zahl der Handelsschiffe, die über alle Meere der Welt die kostbaren Frachten befördern und die Völker der Erde miteinander verbinden, beträchtlich vermindert und eine der größten Sorgen der Volkswirte aller Länder für die erste Zeit des wiederkehrenden Friedens ist der Mangel an Schiffsladeraum. Große Warenmengen sind in den neutralen und überseeischen Staaten aufgehäuft und harren ebenso der Verfrachtung, wie in den kriegführenden Staaten Millionen Menschen der Nahrungsmittel, Millionen Hände der Rohstoffe harren, die es zu bearbeiten gelten wird. Der wiederkehrende Friede muß der Welt einen überaus dichten Welthandelsverkehr bringen, den dauernd zu sichern eine Hauptaufgabe des Friedensschlusses ist.

Vergebens rebelliert der enge Altvätergeist, der sich in seinem Ländchen ebenso gern einspinnen möchte wie voreinst in der Bannmeile seines Kirchturms, gegen die weltumspannende, alle Erdteile umflechtende Gewalt des Verkehrs. Der Krieg hat den Geist, der an der Scholle klebt, in gefährlicher Weise gestärkt und ihm in der Lehre von der nationalen Selbstgenügsamkeit eine neue Ideologie bereitet. Nichts aber würde in der Zukunft einem Volke verhängnisvoller werden als solche verhängnisvolle Verengung des Gesichtskreises, als solche Raupentugend, die ihren Kreislauf in dem sorgfältig zugesponnenen Puppendasein beschlossen wähnt. Wohlberechnetes Profitinteresse der heimischen Urproduktion, der landwirtschaftlichen wie der industriellen, verbreitet solchen Pfahldörfler- und Pfahlbürgersinn als zugkräftigen Vorspann für Zollpläne. Die große Welt aber will von solcher Einpuppung nichts wissen.

Der Laie macht sich keine zulängliche Vorstellung, wie gewaltig die Verdichtung des Weltverkehrs just in den letzten zwei Jahrzehnten vorgeschritten ist. Gab es doch im Jahre 1890 in der ganzen Welt nur erst 7719 Dampfer aus Eisen mit 8½ Millionen und 2343 Dampfer aus Stahl mit 4 Millionen Tonnen Gehalt, insgesamt also 10.000 Fahrzeuge, die 12½ Millionen Tonnen befördern konnten. Fünfzehn Jahre später, im Jahre 1905, hingegen neben 5500 eisernen schon 12.000 stählerne, im ganzen 17.500 Dampfer mit rund 30 Millionen Tonnen Gehalt: die Zahl der Fahrzeuge hat sich in fünfzehn Jahren um 75 Prozent, die Zahl der Tonnen aber um 140 Prozent vermehrt. Nach 1905 aber setzt erst der Bau der Riesendampfer auf den deutschen und englischen Werften ein. Die letzten zwanzig Jahre haben sicherlich die Masse der Weltfrachten zur See um das doppelte Ausmaß dessen vermehrt, was alle vorangegangenen Jahrzehnte und Jahrhunderte miteinander geschaffen haben. Dieser Gang der Entwicklung läßt annehmen, daß am künftigen Ausgang des zwanzigsten Jahrhunderts die Karte der Seeschiffahrtsrouten für die Staatenwelt dieselbe Rolle spielen wird wie für den einzelnen Menschen sein Blutadernsystem. Hat das achtzehnte Jahrhundert Europa die Reichsstraßen, das neunzehnte die Kontinentalbahnen gebracht, so wird das zwanzigste die Weltwasserstraßen abschließen und die Bahnen werden nur ihre Zweigadern, die Straßen nur die winzigen Aederchen im Gewebesystem der Welt sein. Welches Volk sein Zeitalter begreifen und in ihm wirksam schaffen will, das muß sein Denken einstellen auf die Aufgaben, die der heraufsteigenden Zeit gestellt sind.

Diese wachsende Verdichtung des Verkehrs schafft eine Interessenverflechtung, die viel zu wenig festgehalten und gewürdigt ist. Unsere wirtschaftliche Gesetzgebung, die leider noch von mittelalterlichem, zünftlerischem Geist erfüllt ist, möchte am liebsten den Arbeiter noch als Gesellen unter das Dach und an den Herd des Meisters bannen. Ihr ist die Tatsache, daß Unternehmer und Arbeiter nicht mehr beisammen hausen und der Arbeiter sich anmaßt, außerhalb des Werksgebäudes, wenn auch am gleichen Orte, sein eigenes Heim zu begründen, schon etwas leidig. Der heutige Weltverkehr schafft ganz andere Schwierigkeiten. Die amerikanischen Trusts sind Unternehmer, deren Arbeiter in Galizien, in der Slovakei, in Russisch-Polen, in Mazedonien, in Italien und Spanien zu Hause sind. Dort werden sie aufgezogen, mit den Mitteln des Heimatstaates in den Volksschulen vorgebildet, gleichsam auf der Jungweide heimatlicher Landwirtschaft gekräftigt, um dann in wenigen Jahren von amerikanischen Unternehmern ausgebeutet und erschöpft in den Heimatstaat, in seine Kranken- und Armenhäuser zurückspediert zu werden. Der Gegensatz von Kapitalist und Proletarier erscheint hier wieder als Gegensatz zwischen einer Unternehmer- und vielen Arbeiternationen! Will man in diesem Falle an Jugendschutz und Altersversicherung denken — und jeder Sozialist, selbst jeder bloße Menschenfreund muß es —, so kommt man zu staats- und völkerrechtlichen Formen, also zu Gebilden, an denen die veraltete Vorstellung unserer Gewerbeordnung von Meister und Geselle natürlich rettungslos scheitern muß. Das zwanzigste Jahrhundert birgt in seinem Schoß Probleme von einer Ausmessung und Spannung, die uns zunächst bewußt werden muß, wenn wir sie bloß begreifen, noch mehr, wenn wir sie meistern wollen.

Die europäübliche Gedankenlosigkeit — sie ist nicht nur landesüblich — ist noch nicht recht dazu gekommen, das völlig Neue der Lage zu erwägen und zu erforschen, in das die Menschheit des zwanzigsten Jahrhunderts geraten ist. Tausend Kleinigkeiten ließen sich hiefür als Zeugnisse führen. Die europäischen Gewerkvereine haben in den letzten Jahren einen aufreibenden Kampf um die Aufrechterhaltung ihrer Lebenshaltung geführt, sie haben unter unsagbaren Opfern versucht, die Lohnhöhe den steigenden Preisen anzupassen. Sie sahen mit Verzweiflung, wie die Kaufkraft der Münze in ihrer Hand immer geringer wurde, und niemand vermag ihnen diese ständige Verringerung völlig aufzuklären. Ist es doch, als ob Gold und Silber an einer auszehrenden Krankheit litten, die ihren inneren Wert langsam verbrennt. Nun gibt es Gelehrte, die dafür die staunenswerte Ergiebigkeit der Goldminen Südafrikas verantwortlich machen: Gold hat nach ihnen — wir untersuchen hier nicht, ob und wieweit diese Gelehrten recht haben — den Wert seiner Produktionskosten mitsamt dem Durchschnittsprofit. Seitdem spottbillige Negerarbeit im Randgebirge Südafrikas Gold in Massen auf die Märkte wirft, wird es täglich, so sagen jene, wertloser. Wenn sie recht haben, dann schlägt der billige Neger Südafrikas dem hochzivilisierten Arbeiter Europas den sauer verdienten Liedlohn aus der Hand! Ist dem so, dann werden auch der chinesische Kuli und der indische Reisesser dank der innigen Verflechtung der Weltwirtschaft allmählich dazu beitragen, die hochqualifizierte Arbeitskraft Alteuropas zu reduzieren auf den einfachen gesellschaftlichen Durchschnitt! Das zwanzigste Jahrhundert birgt Probleme, die aus der Froschperspektive des Heimatländchens nicht zu begreifen sind.

Denn es ist das Jahrhundert der Weltwirtschaft und wehe jenen Volkswirtschaften, die sich aus der Bahn der Zeit in die großväterliche Enge flüchten und vor dem Expreßzug zitternd in die Postkutsche retten wollen! Das Jahrhundert, dessen Geburtswehen dieser Krieg ist, fordert Weltgesichtspunkte, fordert internationales Denken. Und nur solches Denken vermag uns über den Jammer der Zeit und das traurige Wirrsal dieses Krieges hinauszuheben. Die Stahlkolosse, die das Weltmeer durcheilen, werden alle Bande zwischen Völkern und Staaten wieder knüpfen. Sie liegen noch heute in Todesstarre an den Molen; aber bald werden die Proletarier wieder die Kessel heizen, die Anker lösen und vorwärts geht es, in den Frieden hinein, in die Zukunft!

Neues Wiener Tagblatt
23./I. 1916

Wirtschaftliche Wochenchronik.

17. Jänner. Kapitulation Montenegros mit sich anschließenden Friedensverhandlungen. — Ankunft des ersten Balkanzuges in Konstantinopel.

18. Jänner. Regierungsverordnung in Ungarn über die Bilanzierung und Dividendenbemessung der Aktiengesellschaften. — Diskussion im Industriellen Klub in Wien über den Rohstoffbezug Oesterreich-Ungarns nach dem Friedensschluß. Anregung einer diesbezüglichen Verständigung mit Deutschland.

19. Jänner. Einschränkung der Ein- und Durchfuhr von Waren aus feindlichen Staaten, insbesondere von entbehrlichen Südfrüchten und verschiedenen Luxuswaren. — Gründung einer Deutsch-orientalischen Handelsgesellschaft. — Aus London wird eine Abnahme der Kohlenproduktion Englands in den letzten fünfzehn Kriegsmonaten um 40 Millionen Tonnen gemeldet.

20. Jänner. Die Oesterreichisch-ungarische Bank setzt die Dividende mit 123 K. fest. Auf die beiden Staatsverwaltungen entfallen als Gewinnanteil nach provisorischer Verrechnung 19,650.000 K. — Gründung einer Großeinkaufsstelle der industriellen Konsumanstalten in Oesterreich.

21. Jänner. Erhöhung der deutschen Eisenpreise. — Der schweizerische Bundesrat beschließt die Aufnahme einer vierten Mobilisationsanleihe von 100 Millionen Franken. — Rückgang der französischen Rente auf 62.30.

22. Jänner. Der Ausweis der österreichischen Eisenwerke für das Jahr 1915 zeigt beim Stabeisen einen gegen das Vorjahr um 1·13 Millionen Meterzentner vergrößerten Absatz. — Erhöhung der Preise für oberschlesische Kohle. — Neuregelung des Maisverkehres in Ungarn.

Arbeiterzeitung 23./I. 1916

118

Die wirtschaftliche Erneuerung.

Oesterreichs Volkswirtschaft tritt mit dem wiederkehrenden Frieden in eine neue Phase, die mit ihrem Stande vor dem Kriege nicht vergleichbar ist. Neue Gesichtspunkte müssen sie beherrschen und je früher wir uns auf diesen Wandel vorbereiten, je bewußter, entschlossener und rascher wir ihn vollziehen, um so besser werden wir die Schmerzen des Ueberganges überwinden. Mißverstehen oder versäumen wir die gestellten Aufgaben, so drohen unserer Volkswirtschaft Gefahren, deren Ende heute nicht auszudenken ist.

Leicht faßbar ist der Unterschied zwischen gestern und morgen, leicht zu ermessen sind seine Wirkungen auf unsere gesamte Volkswirtschaft und deren Rückwirkungen auf die beiden Staaten, Oesterreich und Ungarn.

Bis wenige Jahre vor dem Kriege versorgten wir uns nicht nur selbst mit Agrarerzeugnissen, wir besaßen noch einen Ueberschuß zur Ausfuhr. Im wesentlichen haben wir mit ausgeführtem Zucker die industriellen Rohstoffe, vor allem die Baumwolle, bezahlt, die wir im Ausland beziehen mußten. Zwar hat sich in den letzten acht Jahren vor dem Kriege ein Umschwung fühlbar gemacht. Wir hatten nicht genug Ueberschüsse mehr, um den Einfuhrbedarf zu zahlen, wir standen in Gefahr, statt Ware unser Geld ins Ausland senden zu müssen und unsere Währung zu untergraben. Der ganze Staatshaushalt geriet durch die passive Zahlungsbilanz ins Schwanken, man mußte am Ende mit Schuldtiteln zahlen, um nicht Gold auszuführen. Aber dieser Umschlag stand in den Anfängen, machte sich kaum erst merklich fühlbar und berührte die Staatswirtschaft zunächst bloß an der Oberfläche.

Der Krieg hat ihn nun überstürzt und das innere Verhältnis der Wirtschaftszweige geradezu auf den Kopf gestellt. Die neuen Tatsachen, hier abgekürzt und bloß schematisch dargestellt, sind folgende:

Unsere agrarische Produktion erfährt einen mächtigen Rückgang in ihrer Ergiebigkeit. Durch eine Reihe von Jahren werden wir Brotfrucht, Vieh und Fleisch in sehr beträchtlichen Mengen einführen müssen. Der Krieg bewirkt, daß auch auf dem Weltmarkt, nicht nur bei uns, durch viele Jahre Brotfrucht, Vieh und Fleisch einen weitaus höheren Preis haben werden als vor dem Kriege, einen Preis, der über jenem steht, den die preishungrigsten Agrarier jemals durch Zölle zu erzielen hoffen konnten. Daraus folgt, daß wir schon für Lebensmittel gewaltige Auslandszahlungen zu machen haben werden.

Dazu kommt zweitens: Wir brauchen unsere industriellen Rohstoffe langsam auf. Verfehlt ist die Spekulation der Ententemächte natürlich, daß die Abschneidung der Rohstoffzufuhr die Wehrfähigkeit unserer Volkswirtschaft aufheben könnte; sie rechnet nicht, daß jede Wirtschaft große Lager besitzt, daß viel Rohstoff, wie Kupfer, jederzeit in verarbeitetem Zustand da ist und ungearbeitet werden kann. Nach dem Frieden müssen trotzdem alle Rohstoffe ersetzt werden und erst nach einigen Jahren können die Lager wieder auf den vollen Stand der Friedenszeit aufgefüllt sein. Durch Jahre hindurch muß also die Industrie wie die Landwirtschaft (Stickstoffdünger!) hohe Zahlungen ins Ausland gewärtigen, zumal da auch die Preise für die Rohstoffe gewaltig gestiegen sind und unter dem Andrang der Käufer aus allen kriegführenden, endlich des Friedens wieder genießenden Ländern noch mehr steigen müssen.

Halten wir uns bloß an diese zwei Hauptposten; sie könnten und müßten noch vermehrt werden, aber wir wollen die Darstellung vereinfachen, nicht verwickeln.

Demnach wird unsere Volkswirtschaft nach dem Kriege durch viele Jahre jedes Jahr eine erkleckliche Anzahl Milliarden Auslandszahlungen zu leisten haben. Solche Zahlungen geschehen der Hauptsache nach in Gold oder in Waren. Goldzahlungen in solchem Ausmaß sind ganz undenkbar, denn sie würden den Goldschatz der Bank gefährlich verringern. In Noten oder in neuen Schuldtiteln zu zahlen ist ebenso unmöglich, denn damit würde unsere Valuta untergraben. Ein Disagio von 10, 15, 20 Prozent kommt in der Wirkung einem 10-, 15-, 20prozentigen Wertzoll auf alle Einfuhren ohne Unterschied gleich und wirkt wie eine ganz mechanische, ungemessene indirekte Steuer. Somit bleibt kein Ausweg, als in Waren zu zahlen.

In Landwirtschaftserzeugnissen werden wir das im Saldo im nächsten Jahrzehnt kaum: Wir werden wohl Zucker und Malz ausführen, aber lange nicht so viel, als wir an anderen Bodenprodukten einführen müssen. Die landwirtschaftliche Produktivität steigt erfahrungsgemäß sehr langsam. Somit bleibt fürs nächste in der Hauptsache nur die industrielle Ausfuhr. Alles kommt nun darauf an, diese so zu steigern, daß sie in absehbarer Zeit genügt, wenigstens für den Zinsendienst der Staatsschuld im Ausland und für die regelmäßigen Einfuhren an Lebensmitteln und Rohstoffen aufzukommen. Natürlich kann sie das im ersten und zweiten Friedensjahr, wo die Produktion erst in Gang kommt, noch nicht leisten. Aber ein anderes Mittel zur Aufrechterhaltung unserer Zahlungsbilanz ist auf absehbare Zeit nicht gegeben. Eine gebieterische Notwendigkeit fordert die Einstellung der ganzen staatlichen Wirtschaftspolitik auf die Industrialisierung unserer Volkswirtschaft und auf gesteigerte Ausfuhr.

Die Wendung vom Agrar- zum Industriestaat, die sich im letzten Jahrzehnt allmählich langsam angebahnt hat, hat der Krieg für Oesterreich-Ungarn beschleunigt und in drei Jahren vollzogen.

Die Industrialisierung ergreift dabei nicht nur die gewerbliche Erzeugung und das Stadtvolk, sondern auch die Landwirtschaft — sie muß auch diese ergreifen, wenn wir uns ökonomisch in der Welt behaupten wollen. In weit ausgedehnterem Maße wird die Maschine neben den landwirtschaftlichen Arbeiter und die motorische Kraft neben die tierische Bespannung treten müssen. Schon heute wird uns der Mangel an kleinen Motorpflügen, an Benzinmotoren an Stelle des Göpelantriebes, die ungenügende Maschinerie auf dem Bauern- und kleinen Gutshof zum Verhängnis; mit unglaublicher Verblendung haben wir den Altväterbrauch im Ackerbau wie in der Viehzucht wie ein Heiligtum kultiviert. Drainage, Grundstückzusammenlegung, Bodenverbesserung und Kunstdüngung sind hinter dem alleinseligmachenden Dogma vom Schutzzoll viel zu wenig betrieben worden. Von den landwirtschaftlichen Industrien hat nur die Zucker- und Brauindustrie einen hohen Stand technischer Vollendung erreicht — unsere Valuta dankt beiden sehr viel. Aber schon die Brennerei wurde durch das Kontingent- und Bonifikationssystem künstlich verzettelt und soll nun in dieser Form durch ein stockkonservatives Kartell, das zum technischen Entwicklungshemmnis geworden ist, in diesem verkümmerten Zustand verewigt werden, da es verhindert, mit den geringsten Unkosten die größte Menge zu erzeugen und auf den Weltmarkt zu bringen. Gerade das aber muß jetzt aus staatsfinanziellen und währungspolitischen Gründen der Leitgedanke der staatlichen Wirtschaftspolitik in den landwirtschaftlichen

II

119

Die wirtschaftliche Umwälzung.

Nebenindustrien werden. Bei Ackerbau und Viehzucht aber gilt es, durch moderne, wissenschaftliche Betriebsführung die höchste Produktivität zu erzielen, um den Bedarf an Einfuhr so rasch als möglich herabzudrücken und die gegenwärtig gefährlichste Bedrohung unserer Arbeit, eine dauernd passive Zahlungsbilanz, von uns fernzuhalten.

Die gewerbliche Produktion aber muß befreit werden nicht nur von den tausendfachen großen und kleinen Hemmnissen, die sie heute niederhalten, sie muß durch eine durchaus anders orientierte Handelspolitik befähigt werden, auf dem Weltmarkt zu bestehen. Unser Zolltarif hat eine Reihe von Rohstoffen und Halbfabrikaten durch Zölle (Eisenzölle!) verteuert, den Verarbeiter dann zwar für den Inlandsmarkt durch höhere Fabrikatzölle kompensiert, aber dieser Ausgleich hilft ihm nicht auf dem Weltmarkt, wo er infolge zu teuren Arbeitsstoffes nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Unsere Zollpolitik, nicht nur die agrarische, sondern auch die industrielle, hat unsere Fabrikatenausfuhr schwer beeinträchtigt. Die Rohstoffindustrie aber ernährt wenig, die Fabrikatenindustrie viele Arbeiter! Die Handelspolitik muß andere Bahnen einschlagen, wenn die Staatswirtschaft die Lasten tragen soll, die ihr der Krieg auferlegt.

Dazu aber tut not, daß unsere Wirtschaftsämter für den Handel wie für den Ackerbau in ganz anderem Geiste geführt werden als in dem der Zünftelei und des Altväterbrauchs, der dort in allen Ecken lauert. Mit dem Hausierhandelsverbot und dem Margaringesetz allein wird man den Weltmarkt nicht erobern, noch auch der Staatswirtschaft die feste ökonomische Grundlage schaffen, deren sie nach dem Kriege bedarf, zur bloßen Selbstbehauptung unerläßlich bedarf.

Es ist hoch an der Zeit, daß dort, von wo aller Anstoß in Hinkunft ausgehen muß, endlich Zeichen der Einkehr und des Wandels sichtbar werden!

Reichspost
28/I. 1916

Der Staat als Gemeinwirtschaft.

Aus Adolf Wagners Abschiedsvorlesung.

Der Altmeister des Staatssozialismus, wie er im Deutschen Reiche seit den Tagen Bismarcks und Kettelers im gewollten Gegensatze zum sozialdemokratischen Marxismus und zum Manchesterliberalismus allmählich zur Regierungs- und Verwaltungspraxis geworden ist und nebenher auf den Kathedern in ein wissenschaftliches System gebracht wurde, der greise Adolf Wagner, hat sich mit einer Abschiedsvorlesung vom Schauplatz seiner vieljährigen Tätigkeit an der Berliner Universität zurückgezogen. Einer der Großen im Reiche neudeutscher Wissenschaft, einer, der außerordentlichen Einfluß auf die Anschauungen seiner Mitbürger genommen hat, scheidet damit vom Katheder. In einer Zeit, in welcher der allmächtig gewordene Manchesterliberalismus sich die Wissenschaft und ihre Träger dienstbar zu machen strebte und nahe daran war, sich die Hochschulen restlos zu unterwerfen, besaß Adolf Wagner den Mut, gegen den Strom zu schwimmen, von sozialen Aufgaben und Pflichten des Staates zu reden, das wirtschaftliche Kraftmeiertum an die sittlichen Schranken zu erinnern, das Wohl der Allgemeinheit der Bereicherungswut der Einzelwesen gegenüber zu stellen. Die Mammonisten waren nicht faul, und ließen ihn in ihrer Presse durch die dienstbeflissenen Vertreter der Wissenschaft als „Katheder-Sozialisten" herunterma chen; das konnte den Mann, der den Umsturzsozialismus durch soziale Reformen, durch Rückkehr zur sozialen Gerechtigkeit zu beseitigen bemüht war, nicht weiter anfechten. Die Erkenntnis, daß gerade das System des Manchesterliberalismus die Umsturzlehren der Sozialdemokratie zur notwendigen Folge haben muß, war im Deutschen Reiche bereits so verbreitet, daß kein Terror mehr ausreichte, den unbequemen Rufer und Warner auf dem Katheder zum Schweigen zu bringen; das Deutsche Reich hatte, gewitzigt durch die kapitalistischen Exzesse der Siebzigerjahre bereits den Weg der sozialen Reformgesetzgebung beschritten und kein Preßzorn vermochte die Berufung Wagners an die Hochschule des Reiches zu verhindern. Adolf Wagner wurde durch seine Anschauungen ganz logischerweise in die nächste Nachbarschaft der christlichsozialen Richtung, die im Deutschen Reiche auf katholischer Seite im Zentrum politisch organisiert ist, auf protestantischer Seite aber sich auf die verschiedenen Gruppen der Rechtsparteien verteilt, die hauptsächlich aber durch die seither zersplitterte Stöckergruppe dargestellt wurde, als deren Parteigänger sich Wagner denn auch öffentlich betätigte, gedrängt. Gegen den Staatssozialismus, wie er ihm vorzuschweben scheint, möge gewiß auch manches Bedenken bestehen, zum Beispiel jenes, daß er unter gewissen Verhältnissen zur Staatsomnipotenz und dadurch zu einer die individuelle Bewegungsfreiheit völlig ausschaltenden Allmacht der Bureaukratie führen könne, aber im großen und ganzen stimmen Wagners Anschauungen mit jenen der Klassiker unter den christlichsozialen Reformern überein, auch darin, daß er im positiven Christentum die Quelle sozialer Pflichterfüllung erkennt.

In seiner Abschiedsrede an der Berliner Universität am 27. d. hat der greise Gelehrte nochmals sein soziales Glaubensbekenntnis wiederholt und die Notwendigkeit des stärkeren Eingreifens der Staatsgewalt in das Wirtschaftsleben mit Hinweisen auf die bekannten Erscheinungen der Kriegszeit dargetan. Es waren Mahnworte eines Nestors, eines weisen Sehers, die da in weltgeschichtlicher Stunde von der ersten deutschen Hochschule aus an das deutsche Volk gerichtet wurden. Ueber den Inhalt der Abschiedsvorlesung liegt nachfolgender Bericht vor, der natürlich nur einen knappen Auszug gibt:

In mehr als einstündiger Rede setzte Wagner die Lehren auseinander, die das hauptsächliche Ergebnis seiner wissenschaftlichen Tätigkeit bilden. Er ging in großen Zügen das System des von ihm ausgebauten Staatssozialismus durch. Die Theorie des Sozialismus in den unteren und mittleren Kreisen war, so führte Wagner aus, eine Abwehr gegen die Schäden der „freien Konkurrenz". Der ältere Sozialismus war eine Wahnvorstellung, die die üblen Seiten des Kapitalismus überschätzte. Erst die deutschen Theoretiker haben bedeutende wissenschaftliche Wahrheiten an Stelle dieser Wahnvorstellungen gesetzt. Nach einer Kritik des Marx-Lassalleschen Sozialismus kommt Wagner zu dem Schluß, daß ein maßvoller Sozialismus wohl durchführbar sei. Persönliches Eigentum ist nur bis zu einer gewissen Grenze ethisch berechtigt. Wälder und Forste, Verkehrsmittel (einschließlich der Schiffahrt), das Versicherungswesen, die Banken, seien nützlicher in den Händen des Staates. Staatsmonopole auf wichtige Produkte des allgemeinsten Bedarfes (Salz, Kohlen usw.) sind unter Umständen volkswirtschaftliche Notwendigkeiten. Das System der Preistaxen, von Adolf Wagner und dem Staatssozialismus seit langem verfochten, hat der Krieg als möglich und nützlich erwiesen. Der Arbeiterschutz, gegliedert in Arbeitsaufsicht, Arbeiterversicherung und Arbeiterorganisation, ist eine sittliche Ergänzung des freien Kampfes um den persönlichen Vorteil, der leicht die Schwächeren auf Kosten der Starken unter das Lebensminimum herabdrückt. Die Grundlagen seiner Lehre faßte Adolf Wagner am Schlusse dahin zusammen, daß eine gesunde und ethische Volkswirtschaft in Theorie und Praxis nicht lediglich auf dem Recht des persönlichen Vorteils aufgebaut werden könne, daß vielmehr ein zweites System der Gemeinwirtschaft ergänzend hinzutreten müsse und daß schließlich die Charitas die Unzulänglichkeit alles Menschlichen, die sich nie würde beseitigen lassen, zu mildern habe. — Oft von Rührung übermannt, warf der Gelehrte schließlich einen Rückblick auf seine mehr als fünfundvierzigjährige Tätigkeit als Hochschullehrer und endete mit einem Kaiserhoch.

Dem Scheidenden dankte Dr. Franz Oppenheimer namens der Schüler für sein fruchtbares Wirken; Wagner werde schwer als Theoretiker, schwerer als Finanzpolitiker, nie als Mensch zu ersetzen sein. — Die zahlreich erschienene Hörerschaft ehrte den Scheidenden, der, auf den Arm eines Begleiters gestützt, mühsam den Katheder bestiegen hatte, durch begeisterte Kundgebungen.

Arbeiterzeitung
28.I.1916

122

Kriegshärten, Kriegserfolg, Kriegsabkürzung.

Von Professor Dr. **Leo Strisower** (Wien).

Wir entnehmen diese interessanten Darlegungen einem Artikel des Wiener Gelehrten in der „Internationalen Rundschau". Sie treffen mit vielem zusammen, was wir während des Krieges vertreten haben.

Der Kriegführende erreicht sein Kriegsziel mittelst überwiegender Schäden, die er dem Feinde zufügt, regelmäßig so, daß er eine doppelte psychologische Wirkung ausübt. Durch die Beschädigung wird die Kraft des Feindes geschwächt, so daß er nicht mehr erwarten kann, dem Kriege eine andere Wendung zu geben, und die Besorgnis vor weiterer Schädigung veranlaßt ihn, auf die Vorschläge seines Gegners einzugehen, wenn sie für ihn weniger ungünstig sind. Hienach könnte es scheinen, daß jede Handlungsweise, die Schaden und mehr Schaden zufügt, erforderlichenfalls dazu hilft, das Kriegsziel zu erreichen, und daß, weil ein bestimmtes Maß von Schädigung erforderlich ist, die Vermehrung der Schädigung in demselben Zeitraum die Erreichung beschleunigt. Aber zwei Momente kommen namentlich dagegen in Betracht. Schädigungen können unter Umständen, mit Rücksicht auf das Maß von Schädigung, zu dem sie erst hinzutreten, keine Rolle mehr spielen, insbesondere keine psychologische Wirkung mehr ausüben. Auch können Beschädigungen einer gewissen Art nicht bloß, wie dies bei allen Beschädigungen zutrifft, der Grund sein, daß auch der andere Teil das für ihn jetzt geforderte größere Maß von Schädigung zuzufügen unternimmt, sondern auch, daß er besondere Energie und größere Kraft zu solcher Schädigung gewinnt.

Das gewöhnliche Objekt der Kriegführung besteht in der Lähmung der feindlichen Staatsgewalt, die sich namentlich durch fortschreitende Besetzung des feindlichen Gebietes vollzieht. Dem feindlichen Staate wird die Kraft entzogen, über Land und Menschen zu Kriegszwecken zu verfügen, und er und sein Volk leiden, indem er in gewissem Umfang aufhört, als Staat zu funktionieren, nach moderner Empfindung so schwer, daß er gedrängt wird, sich zu fügen. Auf dieses letzte Objekt der Kriegführung, auf dieses Kriegsübel als solches bezieht sich unsere Frage nicht, dieses Vorgehen widerspricht nicht unserer humanitären Anschauung, wird vielmehr als normaler Weg der Kriegführung betrachtet. Die besonderen Härten, mit denen wir uns beschäftigen, liegen in schweren Beschädigungen von Menschen und Sachen, die der Kriegführende begeht. Zu jenem letzten Objekt der Kriegführung verhält sich solche Schädigung entweder wie Mittel zum Zweck, die Lähmung der feindlichen Staatsgewalt wird dadurch erreicht; oder sie ist eine Begleiterscheinung jener auf Desorganisation des Staates gerichteten Aktion, der Kriegführende, der die feindliche Staatsgewalt verdrängt, behandelt seinerseits Menschen und Land in besonders harter Weise; oder aber sie wird zu einem selbständigen Objekt der Kriegführung erhoben, durch dessen Verfolgung der Kriegszweck unmittelbar erreicht werden soll.

Greuel für den Kriegszweck als Begleiterscheinungen der Niederringung der feindlichen Staatsgewalt, nicht um sie zu bewirken, sondern auf der Grundlage der bereits in gewissem Umfang durchgeführten Bezwingung, sind wegen ihrer Kleinlichkeit in besonderer Weise anstößig. Sie kommen trotzdem vor, zum Beispiel als Ausschreibung großer Kontributionen in einem besetzten Gebiet, um das Uebel ferneren Widerstandes fühlbarer zu machen; sie werden auch oft aus ähnlichen Gründen vom Pöbel heftig verlangt, wie etwa schlechte Behandlung von Kriegsgefangenen. Die Uebel, die da zugefügt werden, sind für die Chancen des Krieges so gut wie gleichgiltig und im Vergleich mit dem Uebel, zu dem sie hinzutreten, so gering, daß sie als Bedrohung des Gegners kaum Bedeutung besitzen. Nach einem allgemeinen Gesetz wirkt die bloße Verstärkung eines Reizes umsoweniger, je intensiver der Reiz war, zu dem sie hinzutritt. Namentlich sind Schmerz und Sorge um entrissene Gebiete und Menschen so groß, daß dem gegenüber die materiellen Uebel, die sie erdulden, kaum in Betracht kommen.

Im allgemeinen aber und auch wo zugefügte Uebel wirklich erhebliche Bedeutung für die Schwächung des Gegners und als Drohung besitzen, ist es ein ernstes Rechenexempel, ob nicht die Reaktion, die besondere Härten beim Gegner hervorrufen, schwerer als diese Schädigung wiegt.

Unbestritten kann der militärische Zweck der Niederringung der feindlichen Staatsgewalt durch besondere Härten gefördert werden. Sie können als Mittel einer auf Erreichung dieses Zweckes gerichteten Aktion, also in dem ersten der oben nebeneinandergestellten drei Fälle, wirklich notwendig werden. Zwar bestehen absolute Völkerrechtssätze, die gewisse inhumane Schädigungen verbieten. Viele Völkerrechtssätze verbieten die Schädigung allerdings nur innerhalb der Grenzen militärischer Notwendigkeit, wie wenn im Landkrieg die Zulässigkeit der Zerstörung und Wegnahme feindlichen Eigentums oder das Maß der Requisitionen durch die militärische Notwendigkeit bestimmt wird. Aber es gibt auch absolute Verbote des Kriegsrechtes, die sich ohne Rücksicht auf die militärische Notwendigkeit gewissen Schädigungen widersetzen, zum Beispiel der Satz, der die Tötung eines wehrlosen, sich ergebenden Feindes verbietet oder der verbietet, daß die Bevölkerung eines okkupierten Gebietes zur Teilnahme an Kriegsunternehmungen gegen ihr Vaterland gezwungen werde. Es ist auch falsch, wenn man die „Kriegsraison" als ein höheres Prinzip im Völkerrecht geltend macht und die rechtliche Verpflichtung durch solche Rechtssätze in dem Falle der Not (der übrigens oft nicht klar oder nicht gleichmäßig aufgefaßt wird) passieren läßt. Aber zugegeben bleibt, daß jene rechtlichen Milderungen mitunter der Erreichung des Kriegszwecks Eintrag tun. So könnten wirklich Schandtaten gegen einen als besonders treu bekannten Teil der Bevölkerung andere zum Verrat reizen; so könnte die vielerörterte, ganz ausnahmsweise in früheren Kriegen vorgekommene, entsetzliche Grausamkeit der Niedermetzelung von Kriegsgefangenen, die nicht in sicherer Verwahrung gehalten werden können, unter Umständen für den mehr oder weniger weit gefaßten militärischen Zweck notwendig sein. Dasselbe gilt mitunter von solchen Akten, die zwar ohnehin nicht durch Kriegsrecht verboten, also dem Ermessen der Kriegführenden überlassen sind, aber sonstiger Uebung oder allgemeinen humanen Tendenzen widersprechen und daher als besondere Härte empfunden werden. Dahin gehört der eigentliche, auf Zerstörung gerichtete Luftkrieg, vornehmlich insofern er die friedliche Bevölkerung, auch unabsichtlich und bloß faktisch, besonders leicht in Mitleidenschaft zieht. Als in ausgiebiger, allerdings starrer Weise die rechtliche Einschränkung des Luftkrieges versucht wurde, scheiterte sie wesentlich 1907, besonders an französischem Widerstand; das Werfen von Geschossen aus Luftschiffen ist innerhalb der für jede Beschießung bestehenden Schranken rechtlich zulässig und mag trotz der Bedenken vom militärischen Stand-

Arbeiterzeitung 28.I.1916

II

123

Kriegsführung, Kriegsrecht, Kriegsentschädigung.

punkt aus vielfach erforderlich sein. Aber bei allen besonderen Härten hätte der Kriegführende, auch von dem rein „realistischen" Standpunkt aus, folgende Erwägung wohl zu pflegen: Wenn ein besonders hartes Vorgehen eine wirklich entscheidende Bedeutung für die ganze Niederwerfung des Feindes hat, bewährt es in der Tat für den derzeitigen Krieg erfolgreich seinen militärischen Wert. Wenn aber die Kraft des Gegners nicht in hohem Maße unmittelbar geschwächt wird, dann steht seinem militärischen Werte die psychologische Wirkung mächtig gegenüber, die jede besondere Härte nach sich zieht. Sie bringt einen leidenschaftlichen Drang nach Genugtuung hervor, der weit stärker ist, als es dem erlittenen materiellen Schaden entspricht. Sie erweckt dadurch in besonderem Maße neue Energie zum Kampfe, da durch Nachgiebigkeit jenes erhöhte Streben nach Genugtuung aufgegeben würde. Sie führt auch neue Kräfte zum Kampfe heran. Hier, wie in anderer Beziehung, gilt die seit jeher besprochene Erscheinung, daß das, was im großen als vollendete Tatsache hingenommen wird, im kleinen Widerstand erregt.

Für die Besiegung des feindlichen Staates bietet sich außer dem normalen Wege der Zerstörung der feindlichen Staatsgewalt auch der direkte Weg der Zerstörung der Elemente des Staates. Es kommt in größerem oder geringerem Maße, wenn auch entgegen Grundsätzen oder doch Tendenzen des modernen Völkerrechtes und als besondere Härte vor, daß die Verletzung und Beseitigung der Menschen, Verwüstung, Vernichtung und sonstige Entziehung von Grund und Boden und beweglichen Sachen nicht bloß als Mittel zur Niederringung der Staatsgewalt und nicht bloß als Verschärfung des Uebels bei solcher Niederringung, sondern selbständig als Objekt der Kriegführung behandelt werden. Namentlich gilt dies von der Kriegführung zur See und gerade der gegenwärtige Krieg zeigt merkwürdige und wichtige Situationen dieser Art. Die Wegnahme oder Zerstörung feindlichen Privateigentums bildet nach positivem Recht einen Vorgang des Seekrieges, der mindestens nach der auf dem europäischen Kontinent und in Amerika vorwiegenden Auffassung der Natur des modernen Krieges widerspricht, im Namen der auch im Kriege fortbestehenden, allgemein menschlichen Lebensgemeinschaft zurückzuweisen ist. Im gegenwärtigen Kriege haben diese Aktionen in der derzeitigen Form des deutschen Unterseebootkrieges gegen Privatschiffe einen noch in anderer Weise harten Charakter erlangt, der aber als Repressalie hier nicht in Betracht kommt. Andererseits ist von englischer Seite die Verhinderung der Zufuhr von Waren, die für die feindliche Bevölkerung bestimmt sind, so namentlich von Lebensmitteln und damit die Vernichtung der feindlichen Zivilbevölkerung durch Hunger zu einem selbständigen Objekt der Kriegführung erhoben worden, und zwar in gewissem Maße von vornherein, in vollem Umfang prinzipiell allerdings auch erst aus dem Titel der Repressalien. Insofern das Abschneiden der Zufuhr von Waren, die für die Zivilbevölkerung bestimmt sind, nur indirekt die Streitkräfte treffen, ihnen die für die Kriegführung notwendigen Sachen mit Sicherheit entziehen will, liegt der früher erörterte Fall vor, wo mit besonders harten, auch völkerrechtswidrigen Mitteln der normale militärische Zweck des Kampfes gegen die Staatsgewalt verfolgt wird. Dieser Gesichtspunkt ist indes, außer etwa bei den auch für die Zivilbevölkerung unentbehrlichen Waren, wie gerade Lebensmitteln, unter den schwierigsten Verhältnissen, wenig begründet, weil der kriegführende Staat jedenfalls alle vorhandenen Mittel in erster Linie für die Bedürfnisse der Streitkräfte verwenden, das Abschneiden der Zufuhr also in Wahrheit fast nie die Streitkräfte, sondern nur die Zivilbevölkerung treffen wird. Insofern aber die direkte Absicht vorhanden ist, die Zivilbevölkerung zu vernichten oder zu schädigen, handelt es sich um eine selbständige besondere Härte.

Vom Gesichtspunkt des Erfolges aus kommt es auch in diesen Fällen darauf an, ob ein solches Vorgehen eine sehr große und daher für den Feind unerträgliche Wirkung auszuüben vermag. Eine wirkliche „Aushungerung" auch der Zivilbevölkerung durch Abschneidung der überseeischen Lebensmittelzufuhr würde gewiß, rein realistisch, eine höchst wertvolle Form der Kriegführung bilden, den Krieg entscheiden. Gewöhnlich scheitert eine umfassende Anwendung aller solchen, die Zufuhr betreffenden Härten schon an den Interessen der Neutralen. Im gegenwärtigen Kriege fällt dieses Interesse aus verschiedenen Gründen anscheinend wenig ins Gewicht, und es handelt sich hauptsächlich darum, ob die Zentralmächte mit ihren eigenen Vorräten und Erzeugnissen wirtschaften können. Das ist eine Frage der Berechnung, über die sie in den letzten Monaten gewisse beruhigende Erfahrungen gesammelt haben. Mißlich ist es dabei jedenfalls, wenn sich ein kriegführender Staat, der diese Kriegsweise anwendet, die Berechnung dadurch färbt, daß er unbegrenzte Dauer der Zeiträume zugrunde legt, wo er den Krieg fortsetzen und die Zufuhr abschneiden will, auf die er daher die Vorräte des Gegners beziehen möchte. Andererseits ist die Bedrängung der ganzen Bevölkerung durch Hunger oder sonstigen Mangel, sobald sie einen ernsten Druck ausübt, besonders geeignet, zu verbittern und zu entflammen und daher wenn nicht sehr wirksam, so gerade nachteilig. Wenn wirklich die Stimmung in Deutschland und Oesterreich-Ungarn gegen England jetzt sogar weniger erbittert ist als zu Anfang des Krieges, so ist daraus wohl nur zu schließen, daß sich jener Druck bisher nicht sehr fühlbar machte. Auch wäre folgendes zu beachten: Soweit bisher Vernichtungsmittel gegenüber ganzen Bevölkerungen bekannt sind, beruht ihre Wirksamkeit, wie oben bemerkt, darauf, daß das Land keine genügenden Vorräte angesammelt hat, und das ist ein Mangel, der, einmal erkannt, alsbald nach Friedensschluß nachgeholt werden und zu neuen Kriegen führen würde.

Wenn aber das erreichbare Kriegsziel unter ein gewisses Maß sinkt, hat der Krieg überhaupt keinen Sinn mehr. Die Kriegführenden gelangen leicht zu dem Punkte, wo sie, ohne irgend einen erheblichen Erfolg zu erreichen, vom Kriege abzustehen haben, wenn sie nicht etwa ihre Differenzen so hoch und schwer einschätzen, daß sie sich mit gigantischen Anstrengungen zur Führung des Krieges in einer anderen Form entschließen, neben der wieder jene kleinen besonderen Härten keine Rolle mehr spielen.

Hamburger Fremdenblatt 29./I. 1916.

I.

124

Wirtschaftliche Rundschau.

Vom Geldmarkt. — Notenumlauf und Goldbestand der Reichsbank. — Ultimo und Geldsätze. — Zur Neuregelung des Devisenhandels. — Börse und Börsenverkehr. — Die Geschäftslage der deutschen Industrie. — Von der russischen Kriegsanleihe. — Die Dividenden der Dezember-Gesellschaften und die kommende Kriegsanleihe.

Hamburg, 29. Januar.

Die Verhältnisse am Geldmarkt sowie Fragen der Geldwirtschaft standen in der diesmaligen Berichtswoche an der Börse im Vordergrunde des Interesses. Der am Dienstag zur Veröffentlichung gelangte Ausweis der Reichsbank vom 23. Januar läßt erkennen, daß die Entwicklung des Instituts nach wie vor eine befriedigende ist, und daß nach der starken Anspannung am Jahresschluß während des ganzen Monats Januar eine erfreuliche Kräftigung des Status stattgefunden hat. Während am 31. Dezember 1915 der Notenumlauf um 647,54 Millionen Mark auf den außergewöhnlich hohen Betrag von 6917,92 Millionen Mark angewachsen war, hat er sich seitdem fortgesetzt verringert, und zwar bis einschließlich den 23. Januar um 643,83 Millionen Mark auf 6247,10 Millionen Mark, so daß also der Betrag von 647,54 Millionen Mark, um den sich in der letzten Dezemberwoche der Notenumlauf vermehrt hatte, durch die sämtlichen im Januar bisher eingetretenen Rückflüsse fast völlig ausgeglichen worden ist. Im einzelnen gestaltete sich die Bewegung des Notenumlaufs im Januar wie folgt (in Millionen Mark):

31. Dezember 1915	6917,92	+	647,54
7. Januar 1916	6613,35	—	304,57
15. „ 1916	6380,77	—	232,58
23. „ 1916	6274,10	—	106,67

Gleichzeitig vermochte sich der Goldbestand unseres Zentral-Noteninstituts, obwohl aus den bekannten Gründen fortgesetzt Abgaben stattgefunden haben, in dem jetzt zu Ende gehenden Monat noch weiter zu vermehren, und zwar betrug der Goldvorrat nach den einzelnen Ausweisen (in Millionen Mark):

31. Dezember 1915	2445,18	+	3,86
7. Januar 1916	2447,74	+	2,56
15. „ 1916	2450,23	+	2,49
23. „ 1916	2451,98	+	1,75

Inzwischen ist der Ultimo immer näher herangerückt, und wenn dieser Termin auch jetzt für die Börse bei weitem nicht mehr die Bedeutung wie in früheren Jahren besitzt, Geld auch nach wie vor reichlich zur Verfügung steht, so hat sich anderseits doch auch vermehrte Nachfrage nach Geld eingestellt. Es sei bei dieser Gelegenheit daran erinnert, daß soeben erst die Preußische Seehandlung den Umtausch alter Schatzanweisungen in fünfprozentige Papiere durch Vorverlauf begonnen hat. Dieser damit seitens der Seehandlung vollzogene Uebergang zum fünfprozentigen Typus hat offenbar den Anstoß zu einer allgemeinen Erhöhung der Geldsätze gegeben. Die Reichsbank ist für ihre Schatzanweisungen zunächst auf 4¼ Prozent und dann auf 4½ Prozent gegangen. Dabei ist zu beachten, daß die Papiere dieser Art mit einer Laufzeit von drei Monaten schon in den Zeitraum der kommenden Kriegsanleihe reichen, so daß also die Erhöhung des Satzes schon aus diesem Grunde zu verstehen ist. Demgemäß hat aber auch, wie wir auch in unseren täglichen Berichten von der Hamburger Wertpapierbörse in der diesmaligen Berichtswoche mehrfach erwähnten, der Privatdiskont angezogen.

Allen Vorgängen am Geldmarkt wurde aber nicht so große Bedeutung beigemessen wie der tief in das wirtschaftliche Leben eingreifenden, vom 28. Januar ab in Kraft getretenen amtlichen Regelung des Devisenverkehrs. Wie sich die Verhältnisse am Devisenmarkt im Verlauf des Krieges entwickelten, wie die deutsche Währung im neutralen Ausland sich immer mehr verschlechterte, bei gleichzeitiger Steigerung der fremden Valuten in Deutschland, welche Gründe für diese Gestaltung der Devisenkurse maßgebend waren, und welche Maßnahmen nunmehr seitens des Bundesrates getroffen worden sind, um die im Verkehr mit fremden Zahlungsmitteln in die Erscheinung getretenen Mißstände zu beseitigen, darüber ist in unserem Handelsblatt wiederholt und erschöpfend berichtet worden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Neuregelung des Devisenhandels auch mit mancherlei Schwierigkeiten und Reibungen verknüpft sein wird. Die Bestimmungen der bundesrätlichen Verordnung müssen erst auf ihre praktische Anwendbarkeit erprobt werden, und die vielgestaltigen Verhältnisse des Verkehrs müssen versuchen, sich der ungewohnten und gänzlich neuen Ordnung der Dinge anzupassen. Dabei werden sich mancherlei Schwierigkeiten in der Auslegung der Bundesratsverordnung ergeben. Um nur einen Punkt zu erwähnen, so sei daran erinnert, daß einer der Zwecke der Neuregelung des Devisenverkehrs, im Zusammenhang mit der Kontrolle unseres ganzen Außenhandels, der sein soll, die Einfuhr von Luxuswaren einzuschränken. Weder die Bundesratsverordnung, noch die von uns auszugsweise mitgeteilten Bestimmungen der sogenannten Devisenbanken geben aber Aufschluß darüber, in welcher Weise das geschehen soll, welche Waren als Luxuswaren anzusehen und demgemäß von der Einfuhr auszuschließen sind. Mögen aber auch einzelne Punkte der neuen Bundesratsverordnung noch der Klarstellung bedürfen, niemand wird leugnen können, daß mit dieser Bestimmung ein neuer, wichtiger Schritt auf dem Wege der Zentralisierung des Handels in allen durch den Krieg und die wirtschaftliche Lage von besonderer Bedeutung gewordenen Artikeln vorwärts getan worden ist. Sache des deutschen Kaufmanns wird es jetzt sein, mit Hilfe der neuen Organisation durch erhöhte Ausfuhr von Waren und Wertpapieren neue Zahlungsausgleiche für das Ausland zu schaffen.

An der Börse hat man der staatlichen Regelung der Verhältnisse am Devisenmarkt gegenüber zunächst eine abwartende Haltung eingenommen. Wenn man auch weiß, daß die neue Verordnung nicht ganz die Einwirkungen des Krieges auf unsere Währung wird verhindern können, so steht man doch den beschlossenen Maßnahmen sympathisch gegenüber. Was den sonstigen Börsenverkehr anbelangt, so hielt sich das Geschäft auf den meisten Gebieten wieder in engen Grenzen, da das Privatpublikum immer noch nicht gewillt ist, aus seiner Zurückhaltung herauszutreten, und auch in den Kreisen der engeren Börseninteressenten wegen der kommenden Kriegsgewinnsteuer und der angekündigten neuen Steuerzuschläge in Preußen wenig Neigung besteht, neue Engagements in größerem Umfange einzugehen. Die Grundstimmung blieb aber auch in der diesmaligen Berichtswoche eine durchaus zuversichtliche, wozu das rasche Vordringen unserer Verbündeten in Albanien sowie eine ganze Reihe günstiger wirtschaftlicher Vorgänge beitrugen. In letzterer Beziehung sei u. a. auf die befriedigenden Darlegungen in der am 24. Januar abgehaltenen Versammlung des Kohlensyndikats verwiesen, sowie auf die dort beschlossene Er-

Hamburger Fremdenblatt 29./I.1916

II. 125

Wirtschaftliche Rundschau

höhung der Richtpreise für Koks, Kokskohlen und Briketts, von der besonders Harpener und die Aktien der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft vorübergehend Nutzen ziehen konnten.

Die Geschäftslage der deutschen Industrie, besonders der deutschen Schwerindustrie, ist weiter günstig. So ist erst vor einigen Tagen seitens des Stahlwerkverbandes festgestellt worden, daß fast auf allen Verbandsgebieten das Geschäft sich befriedigend entwickelt. In Halbzeug war der Inlandsabsatz in letzter Zeit fortwährend befriedigend und genügte mit den Auslandsmengen reichlich für das Arbeitsbedürfnis der Werke. Der Eingang an Aufträgen für den Eisenbahnoberbau ist durchaus günstig. Etwas schwächer war das Geschäft in Formeisen; aber schlecht war es auch nicht. Auch am Stabeisenmarkt hat sich die Lage durch die Ausfuhrregelung gebessert. Ebenso am Markt für Grobbleche. Auch vom Arbeitsmarkt lauten die Nachrichten günstig.

Wie unsere Wirtschaftslage, so gestalten sich auch unsere finanziellen Verhältnisse, im Vergleich zu denen unserer Gegner, fortgesetzt erfreulich, wie das auch aus unseren weiter oben gemachten Ausführungen über den Stand der Reichsbank hervorgeht. Schlimm sieht es augenblicklich in Rußland aus. Die letzte russische Kriegsanleihe war nach den neuesten Nachrichten ein riesiger Reinfall. Es ist charakteristisch, daß offizielle Angaben vom russischen Finanzministerium über das Resultat noch nicht gemacht worden sind. Nach Meldungen russischer Blätter, die man für einigermaßen zuverlässig halten muß, sind insgesamt 322 Millionen Rubel gezeichnet worden. Die Sparkassen haben 80 Millionen übernommen. Insgesamt ist nicht einmal ein Drittel des Anleihebetrages wirklich gezeichnet worden. Denn was die Sparkassen und die Privatbanken übernommen haben, ist natürlich nichts als Zwangsanleihe gewesen. Das ist ein äußerst klägliches Ergebnis, und man fragt sich, wie es der russischen Regierung gelingen soll, weiter zu wirtschaften. Sie macht ja jetzt alle möglichen Versuche in den Vereinigten Staaten; aber es ist zweifelhaft, ob die amerikanische Hochfinanz Rußland noch nennenswerte Geldsummen geben wird. Das Risiko ist zu groß, ganz abgesehen davon, daß die Vereinigten Staaten auf dem Handelsweg schon genug aus Rußland herausgeholt haben. Ihre Ausfuhr betrug im Jahre 1915 ungefähr sechsmal so viel als im Jahre 1913. Hiervon ging etwa ein Drittel nach Wladiwostok, der Rest fast vollständig über den Atlantischen Ozean nach Archangel. Der Panamakanal ist aber auf längere Zeit geschlossen, so daß die Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach Rußland erschwert ist. Damit sind die Vereinigten Staaten gezwungen, ihr russisches Geschäft vorläufig einzuschränken, was auch nicht gerade zur Erhöhung ihres finanziellen Entgegenkommens beitragen wird.

Von Abschlüssen größerer Gesellschaften, die am 31. Dezember 1915 ihr Geschäftsjahr beendet haben, ist diesmal wenig zu berichten. Es sei bei dieser Gelegenheit aber an die Verwaltungen der Unternehmungen, die ihre Bilanzsitzungen für 1915 noch nicht abgehalten haben, die Bitte gerichtet, die Abschlußarbeiten möglichst beschleunigen zu wollen. Wie bekannt, steht im Frühjahr die Ausgabe einer neuen Kriegsanleihe bevor. Damit die Aktionäre der sogenannten Dezember-Gesellschaften die ihnen für 1915 zukommenden Dividenden in der kommenden neuen Kriegsanleihe anlegen können, ist es erforderlich, daß die Abschlußziffern der betreffenden Gesellschaften nicht zu spät bekanntgegeben und die Generalversammlungen so zeitig abgehalten werden, daß die Aktionäre bei der Zeichnung auf die neue Kriegsanleihe bereits über ihre Dividenden verfügen können.

Frankfurter Zeitung
29. I. 1916

Die Kriegslage der deutschen Volkswirtschaft.

g Düsseldorf, 28. Jan. Der in der heutigen Jahressitzung der hiesigen Handelskammer vorgelegte Bericht beschäftigte sich an erster Stelle und in eingehender Weise mit der Kriegslage der deutschen Volkswirtschaft. Die deutsche Volkswirtschaft habe sich zwar auf eine viel längere Dauer des Kriegs einrichten müssen als vielfach angenommen wurde, aber ihre Einstellung auf die Kriegsverhältnisse sei glücklich durchgeführt und nach der ersten Kriegsverwirrung eine überraschende Wiederaufrichtung des Gewerbslebens erreicht worden. Die Eigenart der Industrie des Kammerbezirks im besonderen habe es mit sich gebracht, daß hier ein Rückschlag der wirtschaftlichen Lage nicht sehr verspürt werde. In ungeahnter Weise sind Frauen in der Arbeit an die Stelle der Männer getreten; die in den Kreisen der männlichen Arbeiter vielfach vorhandene Befürchtung, daß der Frauenwettbewerb im Frieden sich fühlbar machen werde, wird von der Kammer nicht geteilt, da abgesehen von der Frage dauernder Leistungsfähigkeit in manchen Gewerbezweigen die Frau nach Friedensschluß schon deshalb aus der Arbeit werde ausscheiden müssen, weil sie auf die Dauer in der Familie nicht entbehrt werden könne. Die Knappheit einiger Rohstoffe kann, wie der Bericht betont, die Gesamtleistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft nicht berühren und insbesondere keine einzige Kriegsnotwendigkeit in Frage stellen. Dagegen hat der Zwang zu sparsamer Wirtschaft und zur Verwendung von Ersatzstoffen in der Industrie zu guten Erfahrungen, z. B. beim Ersatz teurer Metalle durch billige in einem Maß geführt, daß ein erheblicher Teil dieser Kriegserrungenschaften in die Friedenswirtschaft übergehen und die vorübergehende Abgeschlossenheit von fremden Rohstoffen zu einer dauernden größeren Unabhängigkeit von fremden Märkten führen wird. Bemerkenswert sind die Aeußerungen des Berichts zur Frage der Kriegsgewinne. Ganz abgesehen davon, daß an außergewöhnlichen Kriegsgewinnen die Heeresverwaltung nicht ganz unschuldig sei, dürfe nicht vergessen werden, daß die ersten Kriegspreise, die unterdessen in sehr vielen Fällen wesentlich herabgesetzt worden sind, in der Zeit der ersten Kriegsüberraschung so hoch gegriffen werden mußten, um die schnelle Versorgung zu gewährleisten. Und da auch die minder gut eingerichteten Betriebe mit herangezogen werden mußten, erhöhten sich die Preise noch mehr. Dazu kam, daß die Notwendigkeit, auch das Handwerk zu berücksichtigen, angesichts seiner ungünstigeren Arbeitsbedingungen abermals verteuernd wirkte und endlich, daß die Preise zunächst auf eine kürzere Kriegsdauer mit notwendig höherer Abschreibung der Fabrik-Kriegseinrichtungen abgestellt waren. Nach alledem könne im allgemeinen nicht gesagt werden, daß die Kriegsgewinne der Industrie auf einer Uebervorteilung der Heeresverwaltung beruhen. Sehr energisch wendet sich der Bericht dagegen, daß aus der von der Bevölkerung geforderten „Beseitigung und Besteuerung unberechtigter Kriegsgewinne" im Reichstage „nicht nur eine allgemeine Kriegsgewinnsteuer geworden, sondern eine allgemeine Gewinnsteuer, eine Fortsetzung des Wehrbeitragsgesetzes mit besonders hohen Steuersätzen." Die Handelskammern hätten sich, obschon gegen diese allgemeine Gewinnsteuer im Kriege sehr ernste Bedenken geltend gemacht werden könnten, doch mit dem Gedanken einer allgemeinen Gewinnsteuer abgefunden, nicht aber könne geschwiegen werden „zu dem weitergehenden Plane, der Industrie fast den gesamten im Krieg erzielten Gewinn ohne Rücksicht auf die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge wegzunehmen", zumal die Industrie die Möglichkeit haben müsse, angesichts der der deutschen Volkswirtschaft nach dem Kriege harrenden Belastung sich für diesen Kampf so stark als nur möglich zu rüsten. Zum Schlusse beschäftigt sich der Bericht noch mit der Frage der Wiedereinstellung unserer Volkswirtschaft auf die Friedensarbeit.

Neues Wiener Tagblatt
30. I. 1916

Wirtschaftliche Wochenchronik.

23. Jänner. Nach einer Mitteilung der Oesterreichischen Kriegsgetreideverkehrsanstalt ist mit Rumänien der Vertragsabschluß über zunächst von dort einzuführende 6 Millionen Meterzentner Cerealien erfolgt. — Bestellung von Fahrbetriebsmitteln im Kostenbetrag von 80 Millionen Kronen durch das Eisenbahnministerium. — Regelung des Devisenhandels in Deutschland durch den Bundesrat.

24. Jänner. Fortgesetzte Abwärtsbewegung der französischen Rente. — Errichtung bulgarischer Bankfilialen in Nisch und Mazedonien.

25. Jänner. Im Jahresbericht über den französischen Außenhandel pro 1915 wird ein Handelspassivum von 5052 Millionen Franken ausgewiesen. — Der Zeichnungstermin für die italienische Kriegsanleihe wegen unzureichenden bisherigen Erfolges bis 1. März verlängert. — Abmachungen zwischen den schweizerischen Behörden zum Schutze des Aktienmarktes.

26. Jänner. Errichtung eines Zentralwarenlagers in Belgrad durch das österreichisch-ungarische Generalgouvernement. — Regelung der Verzehrungssteuern im österreichisch-ungarischen Okkupationsgebiet Russisch-Polens. — Rückgang der französischen Rente bis 61.

27. Jänner. Erklärungen des ungarischen Finanzministers Dr. Teleszky im Abgeordnetenhause über die Valutafrage. Die Schwankungen der Valuta während des Krieges seien nur vorübergehend. Nach dem Kriege werde die Disparität vollkommen verschwinden. — Die amerikanische Handelsbilanz für das Jahr 1915 schließt mit einem Aktivum von 1772 Millionen Dollar.

28. Jänner. Die Neuregelung des Devisenhandels in Deutschland tritt in Kraft. Wiederaufnahme der Berliner Devisennotierungen.

Kölnische Zeitung 31./I.1916.

Fragen der wirtschaftlichen Abrüstung.

Vom Geheimen Justizrat Prof. Dr. Rießer,
Präsidenten des Hansa-Bundes.

Die wesentlichsten Fragen der wirtschaftlichen Abrüstung müssen in ihrem organischen Zusammenhang festgestellt und bereits jetzt ohne jeden Verzug vorbereitet werden. Dies ist um so nötiger, als zweifellos in England und bei dessen Verbündeten, insbesondere in bezug auf die Rohstoff-Versorgung und die Beschaffung von Schiffsräumen für die erste Zeit nach dem Frieden, bereits umfassende und planmäßige Vorkehrungen getroffen und zum Teil schon verwirklicht worden sind. Naturgemäß erschöpft sich der Kreis der notwendigen Maßregeln in keiner Weise in diesen beiden Fragen; es ist vielmehr eine große Reihe von mindestens ebenso wichtigen Fragen, welche einer alsbaldigen Untersuchung und Vorbereitung bedürfen. Dazu gehören diejenigen Maßregeln, welche notwendig sind, um in der ersten Zeit nach dem Frieden Störungen des Pfandbrief-, Hypotheken- und Baumarkts, der Wohnungsnot und allzu plötzlichen Mietsteigerungen usw. vorzubeugen; um die Organisation des Arbeitsmarkts für diese erste Zeit, soweit möglich, sicherzustellen; um den deutschen Schiffahrtsgesellschaften die sofortige Förderung der deutschen Exportinteressen zu ermöglichen; um den deutschen Export durch Ausbildung oder Erweiterung der bestehenden Kriegs-Kreditbanken oder durch besonders zu schaffende Export-Kreditbanken und Transportversicherungsgesellschaften zu unterstützen, um die deutsche Valuta, wofür bereits erfreulicherweise gewisse Vorkehrungen getroffen sind, wenigstens soweit zu stützen, als dies beim Fehlen des deutschen Überseeexports derzeit überhaupt möglich ist. Über manche der hier einschlägigen Fragen werden die Ansichten kaum weit auseinandergehen. So wird wohl fast überall Übereinstimmung darüber bestehen, daß die allgemeine Ermächtigung des Bundesrats auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen vom 4. August 1914 noch eine längere Zeit nach dem Kriegsende fortbestehen muß, und daß es für eine gewisse Zeit ebenso gehalten werden muß mit der Goldeinlösungspflicht hinsichtlich unserer Banknoten und mit einer ganzen Reihe von Kriegsnotgesetzen, welche, wie das über die Geschäftsaufsicht und über den richterlichen Zahlungsaufschub, zur Verhütung einer Kreditkrise erlassen sind; allerdings werden diese Gesetze vielfach angemessen umgestaltet und erweitert werden müssen. Auch eine Reihe der jetzt bestehenden im Kriege geschaffenen Organe und Einrichtungen werden noch eine Zeitlang forbestehen müssen, und es ist kein Zweifel, daß zur Erleichterung der wirtschaftlichen Abrüstung und zur Verhütung wirtschaftlicher Krisen auch neue Einrichtungen und Organe notwendig sein werden.

Was die Rohstoffversorgung betrifft, so ist gar kein Zweifel, daß diese nicht dem regellosen und fieberhaften Wettbewerb überlassen werden kann, der nach dem Frieden sicherlich von allen Seiten beginnen wird. In allen kriegführenden Staaten, nicht nur in Deutschland, werden alsdann die Rohstoffvorräte so ziemlich erschöpft sein. Es wird daher ein gewaltiger Mehrbedarf auf der einen und eine riesige Mehrproduktion auf der anderen zu erwarten sein. Infolgedessen werden überaus starke Preissteigerungen unausbleiblich werden, zumal die Verkäufer zunächst naturgemäß sich mit Angeboten zurückhalten werden.

Parallel mit der Knappheit an Rohstoffen wird aber auch eine Knappheit an Schiffsräumen sich herausstellen, die dann wieder eine sehr erhebliche Steigerung der Frachtsätze mit sich bringen wird. Wir werden also zu tun haben neben dem Valuta-Rückgang mit Erschwerungen und Preissteigerungen der Rohstoff-Zufuhr, mit dem Mangel an Schiffsräumen und mit der Steigerung der Frachtraten; also mit Gefahren, die ins Ungemessene wachsen könnten, wenn nicht rechtzeitig ausreichende Vorkehrungen getroffen werden, die auch dahin abzielen müssen, den Kampf aller gegen alle, der unter den voliegenden Umständen besonders bedenklich werden könnte, auszuschließen. Es ist naturgemäß hier, wie in allen andern berührten Fragen, unmöglich, öffentlich die vorzukehrenden Maßregeln im einzelnen zu besprechen, aber es kann hier angedeutet werden, daß Einkaufssyndikate, die sich gleichzeitig mit der Beschaffung von Schiffsräumen zu befassen hätten, begründet werden sollten. Eine Zusammenfassung dieser einzelnen Syndikate zu einer einzigen großen Organisation, die als solche den allgemeinen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen hat, wäre voraussichtlich wünschenswert. Die erwähnte Schaffung von Einkaufssyndikaten für große Industriegruppen wird wohl schon deshalb kaum zu umgehen sein, weil die Bedingungen für die verschiedenen Industrien verschieden gelagert sind. Es ist aber nicht daran zu denken, daß diese Vorgänge sich vollziehen könnten ohne Mitwirkung der Staatsorgane, insbesondere weil der staatliche Zwang für manche der zu treffenden Einzelmaßregeln gar nicht zu entbehren sein wird, vielleicht auch nicht der Zwang zum Beitritt selbst. Nur wird man für diese erste Zeit nach dem Frieden, auf welche überhaupt der ganze Vorgang sich begrenzen muß, das Grundprinzip, welches jetzt im Kriege herrscht, umkehren müssen. Während im Kriege die staatlichen Organisationen unter Mitwirkung der Industrie die maßgebenden Normen geschaffen haben, wird im Frieden die Regel sein müssen: Industrielle Organisationen unter Mitwirkung des Staats. Alles dies ist aber nur so gedacht, daß möglichst bald die auch hier zum Ausdruck gelangende, wenn auch abgeschwächte staatssozialistische Richtung wieder verschwinden muß, nachdem die starken Schwierigkeiten der Übergangszeit vom Krieg in den Frieden überwunden sein werden. Bei Einrichtung solcher Einkaufssyndikate wird es sich voraussichtlich erübrigen, den Vorschlag zu verwirklichen, welcher dahin gemacht worden ist, für die erste Zeit nach dem Frieden wenigstens in begrenztem Umfang ein Überfluten des Marktes mit Waren und Rohstoffen aller Art, durch gesetzliche und Zoll-Maßnahmen zu verhindern, ein Vorschlag, der vielleicht auch wegen der dann zu erwartenden Vergeltungsmaßregeln nicht ohne Bedenken ist.

Ob und inwieweit baldigst Vorkehrungen getroffen werden müssen, um zu verhindern, daß deutsche Schiffe oder Schiffe der uns verbündeten Staaten von feindlichen Staaten oder Unternehmungen oder aber für deren Rechnung schon jetzt für die erste Zeit nach dem Frieden gechachert werden, ist sehr zu erwägen. Das Vorgehen Englands und seiner Verbündeten läßt auf diesem Gebiet ein rasches Zugreifen unserseits, welches möglichst ebenso zusammen mit unsern Verbündeten erfolgen muß, als voraussichtlich unumgänglich erscheinen. Überhaupt wird bei allen oben angedeuteten Vorschlägen, insbesondere auch bei den Einkaufssyndikaten, zu erwägen sein, ob sie nicht zusammen mit unsern Verbündeten, insbesondere mit Österreich-Ungarn durchgeführt werden müssen, eine Frage, die auch für die bestehenden Rohstoff-Kartelle vielleicht schon für die Übergangsmonate, gewiß aber für die spätere Zeit, wichtig sein wird. In allen diesen Richtungen aber ist sofortiges Handeln notwendig, jeder Tag der Zögerung kann uns in dem nach Beendigung des Krieges anhebenden Welt-Wettkampf ins Hintertreffen bringen.

Arbeiterzeitung 2./D. 1916

Der Neuaufbau unserer Staats- und Volkswirtschaft.

Die Beratungen, die soeben zwischen deutschen, österreichischen und ungarischen Staatsmännern und Volkswirten gepflogen werden, stoßen sicherlich auf das lebhafte, ja leidenschaftliche Interesse der Arbeiterklasse Oesterreichs. Sie hat niemals eine Politik nationaler, konfessioneller oder sonstiger Schlagwörter geliebt, die hierzulande die Kleinbürger so stark zu erregen pflegen; um so aufmerksamer hat sie die Entwicklung unserer Volks- und Staatswirtschaft verfolgt und schon vor dem Kriege unter zahllosen Leiden deren beginnenden Niedergang am eigenen Leibe erfahren. Es ist leicht gezeigt, daß unsere Erzeugung und Ernährung seit dem Jahre 1906 auf abschüssige Bahn geraten ist: Nun gilt es, das entgleisende Gefährt mit starken Armen zurückzureißen, um die Schädigungen, die eine verfehlte Wirtschaftspolitik unserem Volkskörper zugefügt hat, gutzumachen und uns alle, Staat und Volk, vor dauerndem Siechtum zu retten.

Unsere Volkswirtschaft besitzt ein Manometer, das ihre verkehrte Entwicklung anzeigt, die Handelsbilanz. Ihr Stand ist nicht das Uebel selbst, sondern bloß der Anzeiger des Uebels. Gehen wir die Jahre zurück, in denen wir nach dem Zusammenbruch von 1873 allmählich und mühsam unsere Volkswirtschaft wieder aufgebaut haben. Im Jahre 1882 hatten wir eine aktive Handelsbilanz, die Mehrausfuhr betrug 255 Millionen Kronen; 1892 betrug sie 237, zehn Jahre später 229 und 1906 noch 186 Millionen Kronen. Die Summe wechselt innerhalb der einzelnen Jahrzehnte, im großen ganzen war die Handelsbilanz durch vierunddreißig Jahre, bis 1906, mit rund einer Viertelmilliarde jährlich aktiv und brachte uns einen Geldzustrom von etwa acht Milliarden Kronen ins Land. Nach dem Jahre 1906 ändern sich die Dinge sofort: 1908 ist unsere Handelsbilanz passiv mit 77 Millionen Kronen, 1909 mit 346, 1910 mit 342, 1911 mit 692, 1912 mit 743, 1913 mit 521 Millionen Kronen. In diesen sechs Jahren haben wir mehr ein- als ausgeführt um den Betrag von 2722 Millionen Kronen. So viel Werte hat unsere Volkswirtschaft in dieser gepriesenen Aera des Hochschutzes eingebüßt, so viel Blut hat unser Wirtschaftskörper verloren!

Wir haben also in sechs Jahren drei Achtel dessen verloren, was wir in den vorangegangenen dreiundeinhalb Jahrzehnten gewonnen haben. So schon vor dem Kriege! Es ist kein Zufall, daß der Umschlag mit dem Geltungsbeginn der jetzigen Zollgesetze zusammenfällt. Im Winter 1906 auf 1907 setzte bei uns die Teuerung machtvoll ein und stieg seither unablässig, sie fraß wie ein zehrender Krebs an den Löhnen der Arbeiterklasse und ruinierte so den inneren Markt der Industrie. Sehr eingehende statistische Untersuchungen des letzten Jahrzehntes haben den Zusammenhang von Teuerung und Industrie völlig klargestellt. Von dem Einkommen jedes Haushalts fällt der Hauptteil auf die Nahrung und erst das, was übrig bleibt, auf die Erzeugnisse der Industrie. Der Prozentsatz dieser Erübrigung für nicht bloß animalische Bedürfnisse ist der Zeiger des inneren Marktes der Industrie. Volkstümlich ausgedrückt: Wenn die Massen den größten Teil ihres Lohnes aufbrauchen, um ihre Magenwände mit Kartoffeln vollzustopfen, dann können sie keine Kleider, keine Wäsche, keine Möbel, keine Papierwaren mehr kaufen, und darunter leidet die Industrie. Der Zolltarif hat den Inlandsmarkt ruiniert; er hat auch im Zusammenhang mit unserer Vertragspolitik den Auslandsabsatz untergraben. Das Aufreizendste aber ist, daß er nicht einmal der Landwirtschaft, um derentwillen er eingeführt wurde, den versprochenen Nutzen gebracht hat.

Nur mit Bitterkeit wiederholt man unserer Oeffentlichkeit dieselben Tatsachen aufs neue. Unser Bürgertum ist durch die sterile und stupide nationalistische Quarktreterei derart voreingenommen, daß es den Erscheinungen des Wirtschaftslebens kaum die oberflächlichste Beachtung schenkt. Und doch hängt von ihnen Gedeihen und Verderben der Völker und Staaten ab. Man muß also tausendmal dasselbe sagen, um endlich den chauvinistischen Phrasenschwall zu durchdringen und der Volksgesamtheit klarzumachen, daß durch die kritische Wendung unserer Volkswirtschaft die Daseinsbedingungen aller Völker der Monarchie in Frage gestellt sind.

Von 1900 bis 1910 betrug die Volksvermehrung in Oesterreich 2,421.000, in Ungarn 1,631.000 Köpfe. Wir haben also in zehn Jahren um volle vier Millionen Menschen mehr zu verpflegen; wir haben aber keine Vermehrung der Grundstücke und keine Vergrößerung der Anbauflächen erfahren. Die Agrarier haben uns vor den Zolltarifgesetzen immer versichert: „Erhöht die Zölle, sperrt die Vieheinfuhr, laßt uns gute Preise erzielen und ihr werdet sehen, wie wir unsere Wirtschaften verbessern, wie wir die Erträge des Bodens steigern und unseren Viehstand vermehren! Dadurch werden wir unser Land selbst versorgen und uns besonders im Falle des Krieges vom Ausland unabhängig machen!“ Um eines solchen Vorteils willen hat die Industrie, haben die gesamten verbrauchenden Massen das furchtbare Opfer der verteuerten Volksnahrung übernehmen müssen, für dieses Ziel hat die Industrie ihren inneren wie den äußeren Markt verkümmern sehen, für dieses Ziel hat der Staat die passive Zahlungsbilanz und die Gefährdung der Valuta erleiden müssen, die im Frieden durch Auslandsanlehen mühsam verkleibet worden ist und jetzt offen zu Tage liegt.

Ist es erreicht worden? Sehen wir zunächst ab von der Kriegszeit. Schon in den letzten Friedensjahren wurde ruchbar, daß unser Viehstand nicht nur keinen Aufschwung nahm, sondern teilweise zurückging, und daß die Körnererträge auf den Hektar weit hinter allen Erwartungen zurückblieben, daß sie insbesondere in Ungarn, auf das es ja gerade ankam, in beschämendster Weise zurückstanden. Professor Schumacher sagt in Bezug auf Oesterreich-Ungarn: „Dort wissen sie mit den Zöllen nichts anzufangen.“ Die Agrarier haben die höheren Preise eingestrichen und weiß Gott wozu benützt, nur nicht zur Verbesserung der Produktionsweise. Von Haus aus sahen sie in dem Zollgewinn nur einen Zuschuß der Volksgesamtheit, damit der Bauer wie der Grundherr befähigt werden, in Altväterweise fortzuwirtschaften. Die Zölle wurden zur Prämie auf den alten Schlendrian, sie ersparten dem mittleren Landwirt, sich um die Wirtschaftsverbesserung zu bemühen, und erlaubten unseren großen und kleinen Grundherren, nach wie vor fern von der Wirtschaft standesgemäß Geld auszugeben. Der Parzellenbauer, der Bauer der Alpen aber wurde durch die Getreide- und Futtermittelzölle geradezu verelendet.

Und es kam der Krieg und bewies sinnfällig, daß unsere Landwirtschaft uns nicht versorgt hat und nicht versorgen kann. Das Maisbrot und der rumänische Einfuhrzwang zeugen unwidersprechlich wider Hohenblum und wider den ungarischen Agrarismus. Die Zahlen der Ausfuhrstatistik verraten zugleich den verhängnisvollen Irrtum unserer Handelspolitik. Wir sind vorgegangen, als wäre die Monarchie noch das Agrarexportland des vorigen Jahrhunderts; in Wahrheit waren wir inzwischen — trotz unserer riesigen Humusflächen und dank der agrartechnischen Rückständigkeit — ein Agrarimportland geworden. Was importiert wird, muß bezahlt werden; Agrarimport kann nur durch Industrieexport ausgeglichen werden, aber diesen hat unsere Handelspolitik verlegt und vertan. Nun zehren schon seit 1906 wachsende Auslandszahlungen an dem Mark unserer Volkswirtschaft, an dem Mark unserer Valuta, an dem Mark unserer Staatswirtschaft und der Krieg überstürzt diese Wirkung. Nur der schärfste Verstand und der stärkste Arm vermögen jetzt das Gefährt herumzureißen.

Und wir lesen nun alle Tage, daß Graf Tisza und Graf Stürgkh diese wichtigen Verhandlungen führen, daß sie dabei von einem Stab guter Ressortbeamter umgeben sind, daß die österreichische Oeffentlichkeit aber in der alten Oberflächlichkeit fortplätschert, daß sich große politische Parteien begnügen, den alten Quark zu treten. Und so haben wir große und ernste Sorge um die wirtschaftliche Zukunft dieses Reiches und seiner Völker.

Neues Wiener Tagblatt 3./II. 1916

Weltkrieg und Weltwirtschaft.

Im Sturme weltpolitischer Entscheidungen soll nicht unterlassen werden, einer wissenschaftlichen Neuerscheinung zu gedenken, die in ungesuchten und doch aufschlußreichen Beziehungen zur Zeit steht. Mitten im Kriege ist das Werk „Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft" von Doktor Siegmund Schilder, Sekretär des k. k. Oesterreichischen Handelsmuseums in Wien (Verlag Franz Siemenroth, Berlin), mit der Ausgabe des zweiten Bandes zum Abschlusse gekommen, dessen Niederschrift und Drucklegung zum größten Teil noch vor dem Ausbruche des Krieges beendet war, mögen auch in einigen knappen, das Wesentliche der Sache erfassenden Schlußbetrachtungen die wahrscheinlichen dauernden Einwirkungen des Weltkrieges auf die Weltwirtschaft behandelt werden. Wie sehr hat das Gebäude der Weltwirtschaft im Weltbrand gelitten. Wie so viele mühsam geknüpfte Fäden internationaler, wirtschaftlicher und sonstiger Beziehungen hat das Schwert zerschnitten, die manche — und der Autor nicht zuletzt — als eine Gewähr des Weltfriedens betrachten dürften! Der Weltkrieg hat die gewiß in der Geschichte vereinzelte Tatsache geschaffen, eine Epoche tausendfältiger lebendiger Beziehungen und Bestrebungen mit einem Strich übergangslos abzuschließen. Und gerade diesen Augenblick erfaßt durch Zufallslaune ein Werk, um, auf zeitgenössische Beobachtungen und Studien gegründet, nicht aus historischer Perspektive nachkonstruiert, die abgeschlossene Epoche, wenn auch als Grundlage weitreichender Zukunftsbetrachtungen, darzustellen. Nie wieder hätte die Arbeit geleistet werden können, das wirtschaftliche Weltbild, wie es unmittelbar vor dem Weltkrieg war, fast lückenlos aufzurichten, das Gewebe bis in zahlreiche seiner feinsten Verästelungen zu verfolgen. Ueber diese zum überwiegenden Teil zum Abschluß gelangte Zeit mit ihren vorbildlichen und abschreckenden Einzelheiten besitzen wir nun eine in technischen Details ebenso tief wie in die weltwirtschaftlich wichtigsten politischen Gedankengänge eindringende kritische Darstellung, und diese Darstellung sucht zugleich die Grundlinien und Möglichkeiten der weltwirtschaftlichen Zukunft aufzuhellen.

Es ist daher in Schilders Werk auch ein vollkommener Aufschluß über die wirtschaftlichen Hintergründe des Weltkrieges zu finden. Der erste Band enthält die Untersuchung der mehr oder weniger in menschliche Willkür gestellten planmäßigen Einwirkungen auf die Weltwirtschaft. Von politischen Momenten abgesehen, ist die treibende Kraft der Volkswirtschaft das Bedürfnis nach internationaler Arbeitsteilung, Arbeitsergänzung und Austausch von Produkten. Daraus ergibt sich eine Fülle von Problemen, so jenes des weltwirtschaftlichen Ausgleiches zwischen Industrie und Landwirtschaft mit allen anschließenden Fragen der Rohstoff- und Nahrungsmittelfürsorge, die Bedeutung von Kolonien, die Rolle der Tropen und jene der auf einzelne lokal bevorzugte Erzeugungen (Monokulturen) gestellten Gebiete der Erde usw. Schilder geht hiebei von der Grundansicht aus, daß die Bedeutung des internationalen Handelsverkehrs gegenüber der für den Inlandsmarkt arbeitenden Nationalproduktion stetig an Bedeutung zunimmt, und untersucht von diesem Gesichtspunkt aus die Fragen der Handelspolitik, die Neigung der einzelnen Wirtschaftsgebiete für Schutzzölle oder eine mehr freihändlerische Gebarung, die Bedeutung und Wirkung der handels- und verkehrspolitischen Betätigungen, die Wirksamkeit der Kapitalsanlagen im Auslande sowie die weltwirtschaftliche Bedeutung machtpolitischer Bestrebungen, die zur Erweiterung der Zollgebiete oder wenigstens der wirtschaftlichen Einflußsphären führen. Auf diese Weise macht er, ohne es beabsichtigt zu haben, die wirtschaftlichen Wurzeln, die weltwirtschaftlichen Hintergründe des Weltkrieges ersichtlich.

Der zweite Band stellt den im ersten Band behandelten, vorwiegend von bewußtender Planmäßigkeit ausgehenden Elementen jene Einwirkungen zur Seite, die eine Reihe von Naturfaktoren und sozialen Vorgängen auf die Weltwirtschaft ausübt. Außerdem wird dem Leser in einer größeren Anzahl von angeschlossenen Einzeluntersuchungen Gelegenheit gegeben, jene Tatsachen des näheren kennen zu lernen, durch deren Betrachtung und Würdigung der Verfasser zu den in beiden Bänden niedergelegten Grundansichten gekommen ist. Der Stoff ist viel zu umfangreich, als daß hier auf Einzelheiten des näheren eingegangen werden könnte. Aber es wird sich kaum eine Frage, kaum ein weltwirtschaftliches Detail und gewiß keine einzige weltwirtschaftlich bedeutsame Tatsache finden, die nicht an ihrer Stelle besprochen und in eine Gesamtentwicklung einheitlichen Grundzuges eingereiht wäre, diese Entwicklung führt nach der von Schilder vertretenen Grundansicht dahin, alle Länder der Erde mit einem immer dichter werdenden Netz wirtschaftlicher Beziehungen zu überspannen und immer neue Ansätze einer über die Nationalwirtschaften ausgebreiteten und zugleich diese immer mehr in sich aufnehmenden Weltwirtschaft zu schaffen. Für die einzelnen, so ungleich zusammengesetzten und geformten staatlichen Wirtschaftseinheiten eine allgemein gültige Vorschrift zur handelspolitischen Anpassung an diese Grundtendenz zu geben, wäre eine Vergewaltigung der Tatsachen, deren sich Schilder nicht schuldig macht. Er weist im Gegenteil darauf hin, daß die Anpassung an die erwähnte Grundtendenz unabhängig von den Entschlüssen der handelspolitisch maßgebenden Machtfaktoren bisher erfolgte und auch nach dem Weltkrieg erfolgen wird. Aus mehrfachen Gründen wahrt er sich diese Zuversicht, daß auch nach dem Weltkriege der internationale Handelsverkehr gegenüber der für den Inlandsmarkt arbeitenden Nationalproduktion an Bedeutung stets zunehmen werde. Vorerst beruht diese Entwicklung zum sehr bedeutenden Teil auf einer Reihe von Naturfaktoren (dauernden Zuständen und vorübergehenden, bald da, bald dort eintretenden Naturereignissen) und sozialen Vorgängen, die vor dem Weltkrieg wirksam waren und es auch nachher sein werden. Hier wären beispielsweise zu nennen: die Verschiedenheit der klimatischen Verhältnisse und der mineralisch-geologischen Ausstattung der einzelnen Länder und Erdteile; die Notwendigkeit, und bei den neuzeitlichen, verbesserten Verkehrsmitteln auch Möglichkeit, bei jeweilig das eine oder andre Land treffenden unglücklichen oder wenigstens unerwarteten Ereignissen durch Zufuhr von Bedarfsgegenständen oder Aufnahme überschüssigen Erzeugnisses Hilfe zu bringen; Luxusverbrauch ohne viel Rücksicht auf den Preis; Schmuggel als weitverbreitetes individuelles Hilfsmittel gegen maßlos hohe Schutzzölle; gewisse Eigentümlichkeiten des internationalen Schiffsverkehres, der Gewinnung tierischer Erzeugnisse, der Futtermittelproduktion und der Produktion von Abfällen usw.

Außerdem kann aber, wie Schilder eingehend nachweist, die planmäßig vorgehende Handelspolitik nur die Art und Weise beeinflussen, wie der internationale Handelsverkehr gegenüber der für den Inlandsmarkt arbeitenden Nationalproduktion an Bedeutung zunimmt, diese Grundtendenz der Weltwirtschaft aber keineswegs aufhalten. Bei einer mehr oder weniger freihändlerischen (gemäßigt schutzzöllnerischen) Handelspolitik macht diese Entwicklung überraschend schnelle Fortschritte; rücksichtsloses Hochschutzzöllnertum engt durch Preistreiberei den Inlandsbedarf und hiemit auch die Nationalproduktion mehr ein, als es den zum großen Teil auf eisernen Notwendigkeiten beruhenden internationalen Handelsverkehr einschränken kann. Die Bildung und Erweiterung weitreichartiger großer Zollgebiete, die gerade durch den Weltkrieg noch gefördert werden dürfte, schafft weiträumige Flächen inneren Freihandels; diese stellen für absehbare Zukunft die überhaupt erreichbare Vorstufe des zumindest vorläufig noch als utopisch zu betrachtenden allgemeinen universellen Freihandels dar.

Vossische Zeitung

3./II. 1916.

Reichsbankausweis vom 31. Januar.

Aktiva (in 1000 ℳ)	1916	1915	1914	1913
Metallbestand	2 494 221	2 213 981	1 574 877	1 169 864
davon Gold	2 453 531	2 163 753	1 266 187	882 687
Kassenscheine	705 698	265 485	62 524	22 183
Noten ander. Bank.	8 873	5 111	8 292	12 121
Wechsel u. Schecks	5 273 184	3 783 946	828 657	1 269 820
Lombardforderung.	21 658	42 367	70 699	112 495
Effekten	49 745	15 759	298 201	32 922
Sonstige Aktiva	258 101	210 187	223 676	177 392
Passiva (in 1000 ℳ)				
Grundkapital	180 000	180 000	180 000	180 000
Reservefonds	80 550	74 479	70 048	66 937
Notenumlauf	6 502 402	4 658 588	2 052 782	1 961 904
Sonstige tägl. fällige Verbindlichkeit.	1 785 921	1 452 612	699 579	533 213
Sonstige Passiva	262 607	171 157	64 517	54 743

Im Vergleich zum vorhergehenden Ausweis haben in der vierten Januarwoche zu- (+) oder abgenommen (—):

(In 1000 ℳ)	1916	1915	1914	1913
Metallbestand	+ 1 889	+ 17 239	— 26 306	— 35 96
davon Gold	+ 1 549	+ 18 703	— 20 280	— 29 25
Kassenscheine	+ 41 052	— 58 458	— 8 887	— 7 115
Noten and. Banken	— 5 948	— 24 838	— 37 090	— 38 595
Wechsel u. Schecks	— 175 976	+ 63 854	+ 18 912	— 24 976
Lombard	+ 7 922	+ 1 622	+ 14 286	+ 50 330
Effekten	— 11 874	— 494	— 19 130	— 14 891
Sonstige Aktiva	+ 13 496	+ 7 567	+ 11 094	— 17 299
Notenumlauf	+ 228 307	+ 174 900	+ 127 716	+ 108 831
Giroguthaben	— 357 347	— 171 976	— 160 680	— 177 642
Sonst. Passiva	— 399	+ 3 568	— 14 151	— 19 702
Gesamtstatus	— 191 314	— 240 957	— 199 993	— 190 508
Bankdiskont	5 pCt.	5 pCt.	4½ pCt.	6 pCt.

Notendeckung durch Metall und Reichskassen- und (seit dem 7. August 1914) Darlehnskassenscheine, auch durch Noten anderer Banken (in pCt.):

1916				1915			
7. Jan.	15. Jan.	22. Jan.	31. Jan.	15. Jan.	23. Jan.	31. Jan.	7. Febr.
51,6	49,57	50,55	49,65	56,48	57,3	53,33	52,46

War in der vorletzten Januarwoche ein ziemlich beträchtliches Anschwellen der Anlage zu verzeichnen, so ist in der Zeit vom 22. bis zum 31. Januar eine Entlastung der Kapitalanlage eingetreten, wie sie noch nie zuvor in gleichem Umfange in der letzten Januarwoche bei der Reichsbank festzustellen war. Die bankmäßige Deckung (Wechsel, Schecks und diskontable Schatzanweisungen) ist nämlich um 176 auf 5273,2 Mill. ℳ zurückgegangen und die gesamte Anlage um 179,9 auf 5344,6 Mill. ℳ. Dem steht allerdings gegenüber eine Erhöhung des Darlehnsbestandes bei den Darlehnskassen von 1702,9 Mill. ℳ auf 1758,6 Mill. ℳ, also um 55,7 Mill. ℳ. Aber selbst wenn man um diesen Betrag die auf dem Konto der Kapitalanlage eingetretene Erleichterung kürzt, verbleibt eine Entlastung von etwa 124 Mill. ℳ, mithin ein Betrag, wie er gleichfalls noch nie zuvor um diese Zeit als Verminderung der Kapitalanlage beobachtet worden war. Der Grund für die starke Verminderung der Anlage ist darin zu erblicken, daß die Reichsbank mit gutem Erfolg Schatzanweisungen des Reiches rediskontieren konnte. Dabei ist die Beobachtung gemacht worden, daß namentlich die über 1000 und 10 000 ℳ lautenden Stücke sehr gern aufgenommen werden. Als Käufer hierfür kommen namentlich kleinere Bankiers, kleinere Gewerbetreibende und Kapitalisten in Betracht, die von dem günstigen Zinssatz, zu dem die Schatzanweisungen rediskontiert werden, profitieren wollen.

Der Notenumlauf der Reichsbank hat in der Berichtswoche von 6274,1 auf 6502,4 Mill. ℳ zugenommen. Das ziemlich erhebliche Plus von 228,3 Mill. ℳ (wovon 84 Mill. ℳ auf die Zunahme kleiner Noten entfallen) ist damit zu erklären, daß die Militärverwaltung und andere Behörden am Monatsende sehr große Zahlungen zu leisten hatten. Die der Reichsbank anvertrauten Gelder sind dann auch teilweise im Zusammenhang hiermit um 357,4 Mill. ℳ auf 1785,9 Mill. ℳ zurückgegangen.

Dem Goldbestande der Reichsbank konnte ein Betrag von 1,5 Mill. ℳ zugeführt werden; er beläuft sich jetzt auf 2453,5 Mill. ℳ. Auch der Silberbestand ist ein wenig, nämlich um 0,4 auf 40,7 Mill. ℳ gewachsen. Dagegen hat der Bestand an Reichskassenscheinen um 1,5 auf 40,5 Mill. ℳ abgenommen. An Darlehnskassenscheinen hat die Reichsbank 13,2 Mill. ℳ in den Verkehr gesetzt, und da ihr 55,7 Mill. ℳ entsprechend der Zunahme des Darlehnsbestandes bei der Darlehnskassen von diesen 55,7 Mill. ℳ zugeflossen waren, so hat sich der Bestand der Reichsbank an Darlehnskassenscheinen um 42,5 auf 665,2 Mill. ℳ vergrößert.

Die Golddeckung des Notenumlaufes hat sich von 39,1 pCt. in der Vorwoche auf 37,7 pCt. ermäßigt; die Metalldeckung der Noten beträgt 38,4 pCt. gegen 39,7 pCt. und die Deckung der sämtlichen täglich fälligen Verbindlichkeiten durch Gold 29,6 pCt. gegen 29,1 pCt. am 22. Januar.

Der Abrechnungsverkehr der Reichsbank

umfaßte im Januar d. J. 4 940 255 900 ℳ, also 96 Millionen ℳ mehr wie im gleichen Monat des Vorjahres.

(in Mill. Mk.)	1916	1915	1914	1913	1912	1911	1910	1909	1907
Januar	4940	4844	7800	6692	6331	5362	4738	4433	3769
Februar		4309	6525	5276	5526	4446	4240	3949	3316
März		5788	6948	5851	5922	5142	4583	4332	3690
April		5612	7111	7037	6444	5033	4786	4541	4152
Mai		4161	6124	5927	5900	5068	4171	4354	3895
Juni		4709	6170	6078	5656	4921	4383	4312	3567
Juli		5041	6942	6521	6598	5502	4524	4411	3960
August		4202	2938	5219	5447	5109	4234	3762	3636
September		5410	3212	5903	5577	5354	4374	4112	3596
Oktober		4851	4473	6925	6962	6130	4723	4556	4087
November		4459	4427	5582	6008	5370	4534	4116	3887
Dezember		4719	4474	6623	6173	5562	5049	4543	3752
ganzes Jahr	—	58105	66644	73634	72544	63015	54342	51428	45313

Zur Regelung der Devisenkurse. Der Vorstand des Vereins für die Interessen der Berliner Fondsbörse beschäftigte sich in seiner gestrigen Monatssitzung u. a. mit der Neuordnung der Verhältnisse am Devisenmarkt. Gegenüber den in Zuschriften aus den nicht zum Devisenhandel zugelassenen Bankierkreisen zum Ausdruck gebrachten Klagen über angebliche Härten bei der Regelung des Devisenhandels wurde grundsätzlich betont, daß die Interessen des einzelnen dem Wohle des Vaterlandes unterzuordnen seien. Auch müsse man sich mit dem Devisenmonopol als mit einer Tatsache abfinden. Weitere dem Verein gegenüber geäußerte Wünsche bezogen sich auf die gesonderte amtliche Notierung von ausländischen Noten, die einen Markt in Deutschland haben. Hierher gehören vornehmlich die österreichisch-ungarischen Noten. (Bis jetzt gelangte nur telegraphische Auszahlung Wien-Budapest zur amtlichen Notiz.) Eine weitere Anregung ging dahin, daß für die Rubelnoten eine Notierung festgesetzt werden solle. Der Vorstand des Vereins erkannte zwar einen Teil dieser Anregungen als berechtigt an, nahm aber begreiflicherweise davon Abstand, irgendwelche Beschlüsse in dieser Angelegenheit zu fassen.

Arbeiterzeitung 4. Juli 1916

133

Zoll und Bodenertrag.

Die Neuordnung unserer Handelspolitik im Jahre 1917 ist, vom Krieg und Kriegsausgang abgesehen, im Augenblick das gewichtigste politische Interesse aller Völker Oesterreich-Ungarns. Der Krieg vervielfacht die Schwierigkeiten der Lösung, aber er hat die Grundrichtung unserer Wirtschaftsentwicklung, die schon vor dem Kriege angedeutet war, unzweideutig und unwiderruflich gemacht: Wir sind aus einem Agrarstaat ein Industriestaat geworden und müssen zur Handelspolitik des Agrarimports und Industrieexports übergehen.

Aber selbst ohne diesen Wandel wären unsere Agrarzölle, vor allem der Minimalzoll für Getreide, unhaltbar. Das muß als unbestreitbares Ergebnis unserer landwirtschaftlichen Entwicklung anerkannt werden. Alle Annahmen und Vorhersagungen, daß die Agrarzölle unsere Landwirtschaft emporbringen werden, daß sie uns in absehbarer Zeit zur Selbstversorgung befähigen werden, haben getrogen und den phantastischesten Schwärmer ernüchtert. Auch denjenigen, dem der Schutz des Konsumenten gleichgiltig oder gar verfehlt erscheint, muß das Versagen der Zölle in Bezug auf die Produktion von der Verkehrtheit des eingeschlagenen Weges überzeugen. Die höchste Produktivität des heimatlichen Bodens ist ein unbezweifeltes Interesse auch der sozialistischen Wirtschaftspolitik; diese erstrebt den Erfolg nur auf anderem Wege. Sie würde ihn auch dann anders erstreben, wenn die Zölle ein taugliches Mittel wären. Was aber — mindestens für Oesterreich-Ungarn! — geleugnet werden muß, ist, daß Zölle überhaupt ein taugliches Mittel der landwirtschaftlichen Produktionsförderung sind.

An der Hand unserer Statistik können wir die Wirkung der Zölle auf die Bodenverbesserung und auf die Steigerung des Bodenertrages feststellen. Vergleichen wir die Leistungsfähigkeit unserer Landwirtschaft mit der Deutschlands! In Deutschland wurden allerdings staunenswerte Fortschritte in der landwirtschaftlichen Produktion erreicht. Der Hektar bebauten Bodens ergab in Deutschland durchschnittlich im Jahre 1885 13·4 Meterzentner Weizen, im Jahre 1912 aber schon 20·6 Meterzentner. Das ist eine Steigerung um 55 Prozent. Beim Roggen steigerte sich in derselben Zeit der Ertrag für den Hektar von 10 auf 17·8 Meterzentner, also um 78 Prozent. Der Kartoffelertrag ist gestiegen von 87·4 auf 133·4 Meterzentner auf den Hektar, also um 53 Prozent. Wir sehen also in Deutschland eine allgemeine Steigerung der Ergiebigkeit des Bodens. Oesterreich-Ungarn hat nun genau dieselbe Zollpolitik gemacht wie Deutschland und welche Folgen hatte sie hier? Wir haben heute erst eine Ergiebigkeit von 15 Meterzentner Weizen auf den Hektar, also um etwas mehr als Deutschland vor dreißig Jahren, aber weit weniger als Deutschland heute. So ist es in Oesterreich. In Ungarn, das früher das gepriesenste Weizenland der Welt war, werden heute 13 Meterzentner geerntet, also nicht einmal so viel als in Deutschland im Jahre 1885.

Beim Roggen steht das Zahlenverhältnis nicht anders: Oesterreich erntet heute auf den Hektar 14·6 Meterzentner, Ungarn gar nur 11·6 Meterzentner gegen 17·8 in Deutschland. Auch beim Kartoffelbau begegnen wir der gleichen Rückständigkeit.

Der Trost, mit dem die Agrarier das Industrievolk über die schädlichen Wirkungen der Brotverteuerung beschwichtigen wollten, ist als Schein und Vorwand erwiesen. Der Zoll kann die vorgespiegelte Wirkung nicht haben, denn sie ist in Oesterreich-Ungarn ausgeblieben. Das Wachstum der Bodenergiebigkeit in Deutschland kann die Zölle nicht zur Ursache haben und hat sie nicht zur Ursache. Sie fließt aus ganz anderen Quellen.

Nun ist dieses Ergebnis wahrhaftig keine Kleinigkeit. In den letzten Jahrzehnten hat das ganze Industrievolk, und vor allem die Arbeiterschaft, gewaltige Lasten zu Gunsten der heimischen Landwirtschaft auf sich genommen. Ungezählte Millionen hat die Verbraucherschaft an Mehl- und Brotpreisen über den Weltmarktpreis hinaus bezahlt, damit die Agrarier, wie es hieß, in die Lage versetzt werden, höheren Gelderlös zu erzielen, mit dem Mehrertrag die Betriebe zu verbessern und uns endlich einmal reichlich zu versorgen. Die Millionen sind bezahlt, aber die reichliche Versorgung ist ausgeblieben. Die Ernteergebnisse sind weit entfernt davon, auch nur den normalen Volkszuwachs einzuholen, geschweige denn zu überholen. Wir hatten im letzten Friedensjahr allein anderthalb Millionen Meterzentner aus dem Ausland einzuführen und zuzuschießen — von der Kriegszeit gar nicht zu reden! Während aber die Industrie im Kriege den höchsten Grad der wirtschaftlichen Anpassungsfähigkeit bewies, zeigte sich die Landwirtschaft technisch der Anpassung ganz unfähig.

Diese Erfahrungen müssen jeden Volkswirt aufs äußerste beunruhigen und gebieten die Aufdeckung ihrer Gründe. Einer der wichtigsten Gründe ist der folgende. Der Boden ist in Oesterreich-Ungarn, zumal in Ungarn, ganz anders verteilt als in Deutschland. Latifundien- und Parzellenbesitz gibt es da und dort, aber durchaus nicht in gleichem Maße. Deutschland zählt jedenfalls eine beträchtliche Zahl mittlere Grundbesitzungen, sowohl Rittergüter, die von den Junkern selbst bewirtschaftet werden, als auch Bauerngüter von ausreichender Größe, deren Besitzer den Boden technisch vollkommener ausnützen und den gesteigerten Ertrag wieder dazu verwenden, die Ertragsfähigkeit zu steigern. Hiezu befähigt sie in erster Linie die allgemeine Industrialisierung des Landes: sie ist es, die ihnen stets aufnahmsbereite, zahlungsfähige Märkte schafft, die das Bedürfnis nach besser bezahlter Qualitätsware steigert, die höchste Differenzierung der Erzeugung ermöglicht und zugleich den Landwirten die vorzüglichsten technischen und kommerziellen Behelfe an die Hand gibt. Die Industrialisierung verdichtet das Bahnnetz und die Schiffahrtsrouten, schafft billige und reichliche Verfrachtungsgelegenheiten und erleichtert die Zufuhr ausländischer Futter- und Dungstoffe. Diese verbesserten Bezugs- und Absatzmöglichkeiten mögen noch eine, im ganzen doch nicht entscheidende Verstärkung erfahren durch die Zölle, aber entscheidend bleibt, daß die industrielle Betriebsmethode in der Landwirtschaft jeden steigenden Gelderlös sofort in verbesserte Produktionsweise umwandelt.

Das gerade trifft in Oesterreich-Ungarn nicht zu. Die übergroßen Latifundien sind entweder von herrschaftlichen Gutsverwaltungen rein bürokratisch und überkonservativ verwaltet oder dem extensiven Raubbau kurzfristiger Pacht preisgegeben. Der Zoll dient so ausschließlich zur Erhöhung der fern von der Scholle in Großstädten verzehrten Renten — auf den Gütern dauert der alte Schlendrian fort. Der mittlere Besitzer aber wird künstlich in konservativen Betriebsweisen festgehalten, der Zoll erspart ihm bloß die Erneuerung der Betriebsmittel und die Verbesserung des Bodens. Der überzahlreiche Parzellenbesitz, der Brotfrucht und Futtermittel zukaufen muß, wird durch deren Verteuerung noch mehr verelendet. In Westösterreich insbesondere sind vielleicht die Hälfte der Landwirte Berg- oder Weinbauern: für beide bringen die Zölle bloß eine Verteuerung ihrer wichtigsten Produktionsmittel: Berg- und Weinbauern konnten nicht schlimmer heimgesucht werden als durch die „Schutzzölle". Das Gleiche gilt für alle Landwirte, welche sich spezialisierter Einzelproduktion zuwenden, wie für die Gemüsebauern, die wenige Spezialartikel erzeugen und alle Hilfsstoffe kaufen müssen. Das Ergebnis ist, daß unsere Agrarzölle bloß den Granden und Magnaten die Kassen füllen, die größeren Besitzer zur Aufrechterhaltung des alten Schlendrians ermuntern, den wirklich tatkräftigen Landwirt, der sich spezialisiert und den Betrieb auf Milch, Vieh, Wein, Obst, Gemüse ꝛc. konzentriert, tausendfach hemmen und den Berg- und Parzellenbauer direkt verelenden. Die Zölle sind es, denen die Niedrigkeit unserer Hektarerträge, das Erstarren unserer Betriebsweise, die Unfähigkeit zur Anpassung, die ganze Hilflosigkeit unserer Landwirtschaft zu danken ist. Und je höher die Zölle, desto schlimmer wird das Uebel.

Aus dem fehlerhaften Zirkel kann uns nur eines herausführen: die Industrialisierung des Landes im allgemeinen, die auch den landwirtschaftlichen Betrieb mitreißt und industrialisiert.

Arbeiterzeitung 4./II. 1916

II
134

Zoll- und Bodenreform.

Sie muß schon deshalb nach dem Kriege einsetzen, weil der geduldige Ackersklave, der fehlt, durch die Maschine ersetzt werden muß. Soll das geschehen, so bedarf es vor allem einer Volksschule mit ganz anderen Stoffen und Methoden, als sie heute beliebt sind, und einer Ackerbauverwaltung ganz anderen Geistes, als sie heute im Amt ist.

Das Hohenblumsche Kapitel österreichischer Agrarpolitik muß geschlossen werden und geschlossen bleiben. Die ganz ungeheuerlichen Weltmarktpreise der Brotfrüchte machen Agrarzölle völlig unnötig und für das Industrievolk auch ganz unerträglich; die Erfahrung lehrt außerdem, daß sie sich als das schwerste Produktionshemmnis erwiesen haben. Das muß rechtzeitig gesagt werden, damit die handelspolitischen Berater der Monarchie sich der vollen Verantwortung bei ihrem Tun bewußt sind.

Die Zeit Abendbl. H.-Ll. 1916

Die Vorbereitungen für den Uebergang zur Friedenswirtschaft.

Aus Prag, 3. d., wird uns in Ergänzung des im Morgenblatt veröffentlichten Berichtes über die Sitzung der Prager Handelskammer weiter berichtet:

Präsident V. Nemec führte weiter aus: Dringlicher fast als die auswärtige Handelspolitik sind Maßnahmen zur Erleichterung des Ueberganges unserer Wirtschaft vom Kriege in den Frieden.

Die zielbewußte Kraft und Fähigkeit, mit der sich unsere Produktion den Bedürfnissen und einschränkenden Folgewirkungen des Krieges angepaßt hat, ist staunenswert gewesen. Schwieriger und auch von unvergleichlich größerer Bedeutung für die Allgemeinheit ist aber der Uebergang in die Friedenswirtschaft, weil das bisher stark restringierte Arbeitsangebot durch die Demobilisation eine große und rasche Ausdehnung erfahren, aber diesem Angebot zumindest vorübergehend keine ebensolche Arbeitsnachfrage gegenüberstehen wird, da es an Rohstoffen, Betriebsmitteln und auch an Absatz mangeln dürfte. Schon die Demobilisation selbst wird also nach einem bestimmten Plan erfolgen müssen, damit nicht zu viele Arbeitslose nach Hause entlassen, aber Beschäftigte zurückbehalten werden. Die Kammer hat ihre Vorschläge in dieser Beziehung soeben der Regierung vorgelegt.

Ebenso wird es notwendig sein, auch die Abstoßung des nach dem Kriege überflüssigen Heeresbedarfes, wie Pferde, Wagen, Automobile usw., entsprechend zu organisieren, damit diese für den Wiederaufbau der Friedenswirtschaft unentbehrlichen Sachen nicht in die Hände von Spekulanten gelangen, sondern rasch in den unmittelbaren Gebrauch überführt werden. Auch hier haben wir schon der Regierung konkrete Vorschläge erstattet.

Die Beschaffung des Rohstoffbedarfes für unsere Industrie und Landwirtschaft sowie der Schutz unserer Industrie gegen übermäßige Einfuhr von Halb- und Ganzfabrikaten bildet schon längere Zeit den Gegenstand der Beratungen und der Sorge der Regierung und der Interessenten.

Auch hier wird eine kluge und sorgfältig bedachte Organisation Platz greifen müssen, eine freiwillige Organisation, bei der aber die Initiative und Mithilfe des Staates nicht werden entbehrt werden können. Ich halte Zwangsmaßregeln des Staates in diesem Belange für nicht wünschenswert. Und noch weniger können Einfuhrverbote unserer Rohstoffversorgung und dem Uebergang in die Friedenswirtschaft förderlich sein. Wir wünschen nach dem Kriege den allgemeinen Handelsfrieden, dürfen also den wirtschaftlichen Kriegszustand nicht selbst in Permanenz erklären.

Wohl aber wird der Staat um die technische Möglichkeit des Außenhandels, um Schiffsraum, Bahntransport und Frachtenkonventionen Sorge tragen müssen und auch die wirtschaftliche Ermöglichung desselben durch eine großzügige und weitblickende Devisen-, Anleihe- und Währungspolitik zu fördern haben.

Gleich groß sind auch die Aufgaben des Staates auf dem Gebiete des Kreditwesens, um den gefährdeten Einzelwirtschaften Schutz und Hilfe zu bringen, auf dem Gebiete der Sozialpolitik, um Arbeitslosigkeit tunlichst zu verhüten, auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge und Konsumentenfürsorge überhaupt, um der Teuerung der Lebensmittel und notwendiger Gebrauchsgegenstände tunlichst zu steuern. Unzweifelhaft wird der Staat hier auch direkt mithelfen und staatliche Aufträge auch auf Vorrat erteilen müssen, bis das Gleichgewicht unserer Wirtschaft wieder einigermaßen hergestellt sein wird.

Reichspost 4. II. 1916

Neue kriegswirtschaftliche Maßnahmen in Deutschland.

Bundesrat und Militärbehörden haben jetzt zwei Verordnungen beziehungsweise Verfügungen erlassen, durch die wichtige Gebiete des deutschen Wirtschaftslebens in einschneidender Weise geregelt werden. In dem ersten Fall handelt es sich um eine weitere Beschränkung der Biererzeugung, also um eine Maßnahme, die auf eine Verschärfung einer bereits früher getroffenen Verordnung hinausläuft. In der ersten Verordnung hatte man bekanntlich das Gersten- resp. Malzkontingent der Brauereien auf 60% des normalen Friedensbedarfes festgesetzt; nunmehr erfährt dieser Satz eine neuerliche Einschränkung, insofern das bisherige Kontingent um ⅓ herabgesetzt wird. Es bleibt jedoch vorbehalten, diesen Bruchteil auf ¼ zu erhöhen, falls sich bis 31. März ein weiterer, unvorhergesehener Bedarf ergeben sollte. Die Brauereien müssen Gerste, die sie über das herabgesetzte Kontingent hinaus bezogen haben, zur Verfügung stellen; soweit diese Gerste bereits verarbeitet ist, ist das daraus gewonnene Malz zur Verfügung zu stellen. Des weiteren wird bestimmt, daß in Zukunft Malz, das aus dem Auslande eingeführt wird, auf die Malzkontingente der in Frage kommenden Brauereien angerechnet wird. Ein recht bedeutender Zweig der deutschen Industrie wird jetzt einer neuen Belastungsprobe unterworfen, nachdem schon die erste Verordnung, die eine 40%ige Beschränkung der Biererzeugung gebracht hatte, an die finanzielle Kraft und Widerstandsfähigkeit der einzelnen Betriebe starke Anforderungen gestellt hatte. In den Bilanzen kam die Ungunst der Lage zumeist recht deutlich zum Ausdruck und nur ein kleiner Prozentsatz unter den Brauereien, meist Betriebe, die über starke Reserven verfügten, konnten ihre alte Dividende beibehalten oder infolge von besonderen Umständen sogar noch erhöhen. In den meisten Betrieben ging es jedoch ohne Dividendenminderung und Ermäßigung der Abschreibungsquoten sowie starke Inanspruchnahme allenfallsiger Kriegsverlustreserven und der Gewinnvorträge nicht ab. Der verminderte Absatz auf der einen Seite und die oft in riesigem Umfange anwachsenden Betriebsunkosten auf der anderen Seite machten eine Erhöhung der Bierpreise unabwendbar, eine Tatsache, die mit Rücksicht auf die starke Verbreitung des Biergenusses in manchen Bundesstaaten von der Bevölkerung schwer empfunden wurde. Gegenwärtig sind wieder Bestrebungen im Gange, die auf eine weitere Erhöhung der Bierpreise hinauslaufen und trotz des Widerstandes der Konsumentenkreise ist es wahrscheinlich, daß auch diese neue Verteuerung eines der wichtigsten Genuß- um nicht zu sagen Nahrungsmittel zur Tatsache werden wird. So sehr diese neuerliche Belastung der breiten Masse zu bedauern ist, so sprechen doch anderseits gewichtige Argumente für eine abermalige Beschränkung des Braukontingents. Die Knappheit an Futtermitteln, die mit Rücksicht auf die Approvisionierung der Bevölkerung mit Fleisch, Milch usw. nicht noch gesteigert werden darf, machte es unbedingt notwendig, die vorhandenen Gerstenvorräte in noch stärkerem Maße zur Verfütterung heranzuziehen. — Die zweite, die in ihren Folgen und in ihrer Bedeutung ungleich wichtigere Verfügung betrifft die Beschlagnahme der meisten im Deutschen Reiche vorhandenen Wirk-, Web- und Strickwaren durch den Militärfiskus, die mit dem 1. d. in Kraft getreten ist. Die Beschlagnahme umfaßt nicht bloß die fertigen Waren, sondern auch die in Herstellung begriffenen Gegenstände, sobald ihre Herstellung beendet ist sowie die Artikel, die von der Abnahmestelle des Heeres zurückgewiesen werden oder unerlaubt hergestellt werden. Die Beschlagnahme bezieht sich naturgemäß in erster Linie auf alle Arten von Wirk- und Webwaren, die sich zur Befriedigung militärischer Bedürfnisse eignen, so die Stoffe zur Oberkleidung für Heer und Marine, ferner Schlafdecken, Männertrikotage, Wäschestoffe, Futter- und Drillichanzugstoffe, ferner Segeltuche und Sandsackstoffe. So weit diese Stoffe zum Verkauf an die Kundschaft freigegeben werden, darf ihr Preis denjenigen, der am 31. Janner 1916 in Geltung war, nicht übersteigen. Auf solche Art ist die Gefahr umgangen worden, daß die nunmehr bestehende Knappheit von den Kaufleuten in wucherischer Weise ausgenützt werde. Diese Möglichkeit mußte um so mehr beseitigt werden, als unter einer ungerechtfertigten Preiserhöhung in erster Linie die armen und minderbemittelten Bevölkerungsschichten, die ohnehin schon schwer genug an den Kriegslasten zu tragen haben, zu leiden hätten. Die vornehmen Verbraucherschichten besitzen ja durchgehends einen Kleidervorrat, der es ihnen ermöglicht, leicht ein oder zwei Jahre durchzuhalten, ohne Neuanschaffungen machen zu müssen; nicht so dagegen der kleine Mann aus dem Volke, dem es schon die Mittel nicht erlauben, größere Summen als unumgänglich notwendig für seinen äußeren Menschen auszugeben. Die Militärbehörde hat daher auch Sorge dafür getroffen, daß der notwendigste Bedarf der Arbeiterklasse usw. aus den beschlagnahmten Vorräten befriedigt werde. Jene dagegen, die immer noch nicht gelernt haben, daß der Krieg gleichbedeutend mit Opfer ist und die gestützt auf ihre Renten oder auf unerhörte Kriegsgewinne nicht daran denken, ihre Luxusbedürfnisse einzuschränken, ja sogar ihren Aufwand seit Kriegsbeginn beträchtlich gesteigert haben, werden jetzt von Staats wegen gezwungen werden, sich in weitgehendem Maße einzuschränken. Die Stockung, die zuerst auf dem Gebiet der Approvisionierung mit Mehl und Brot einsetzte, ist jetzt auch auf die Textilwaren ausgedehnt worden. Es tut keinen Eintrag, wenn jetzt gewisse Kreise auf „Modernität" in ihrer Kleidung verzichten und auf Anzüge zurückgreifen müssen, die vor zwei oder drei Jahren Mode waren. Die Hauptsache ist, daß beizeiten Vorsorge getroffen wird, um einen allenfallsigen Mangel an Woll- und Wirkwaren, wie er bei einer längeren Fortdauer des Krieges und uneingeschränktem Gebrauch zu erwarten wäre, hintanzuhalten. Wenn die Militärbehörden mit dieser Verordnung so lange zurückhalten konnten, so kommt dies nicht etwa daher, daß zu Beginn des Krieges hinreichend Wollvorräte vorhanden waren, um auf Jahre hinaus den Bedarf decken zu können. Mit den heimischen Vorräten hätte Deutschland nur auf kurze Zeit sein Ausreichen gehabt, wenn nicht im Laufe des Krieges die gewaltigen Woll- und Garnlager von Lodz, Antwerpen, Lille und Roubaix hinzugekommen wären, die von den Russen bezw. Belgiern und Franzosen nicht mehr hatten abtransportiert werden konnten. Nur so ist es zu erklären, daß die deutschen Kammgarnspinnereien und Webereien zum Teil Tag und Nacht arbeiten konnten, ohne eine baldige Erschöpfung der Vorräte befürchten zu müssen. Es ist anzunehmen, daß auch jetzt noch hinreichend Vorräte vorhanden sind, um den Bedürfnissen der bewaffneten Macht auf lange Zeit hinaus gerecht zu werden und die militärische Bewegungsfreiheit zu sichern. Wenn jetzt trotzdem die Beschlagnahme der Textilwaren verfügt worden ist, so handelt es sich da um einen Akt der Vorsorge und nicht der Sorge. Wirkliche Opfer fordert die neue Verfügung nur vom Handel und der Industrie sowie deren Angestellten. Die beiden ersteren werden die Einbuße verhältnismäßig leicht ertragen können, um so mehr als sich ihnen Gelegenheit bietet, alte, vorher unverkäufliche Stoffe, sogenannte Ladenhüter zu hohen Preise an den Mann zu bringen. Der Beschäftigungsgrad und die Rentabilität der Textilfabriken war übrigens in den vergangenen achtzehn Monaten derart hoch, daß sie, ohne dauernden Schaden zu erleiden, über einen Zeitraum notwendiger Geschäftsstille hinwegkommen können. Schlimmer steht es dagegen um die vielen Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen, wenn auch der Staat für Unterstützungen sowie für Beschäftigung in den Bekleidungsämtern Sorge getragen hat. Eine Verschlechterung der ohnehin meist auf ein Mindestmaß herabgeschraubten Lebenshaltung in den Kreisen der Textilarbeiter wird sich nur vermeiden lassen, wenn auch die Unternehmer ihren sozialen Pflichten nachkommen.

Fremdenblatt 5./11. 1916

Handelskammerpräsident Nemec über die wirtschaftlichen Aufgaben der Zukunft.

In der am 3. d. abgehaltenen Vollberatung der Prager Handelskammer äußerte sich Kammerpräsident V. Nemec über die wirtschaftlichen Aufgaben der Zukunft, insbesondere über das künftige Verhältnis zu Deutschland und über den Wiederaufbau der Friedenswirtschaft.

Kammerpräsident V. Nemec äußerte u. a.: Auch unsere Kammer beschäftigt sich eingehend mit den großen grundsätzlichen Fragen der neuen Friedenswirtwirtschaft. Eine der wichtigsten dieser Fragen ist die Gestaltung unserer künftigen Handelspolitik. Die endgiltige Entscheidung hierüber hängt allerdings in erster Reihe von den Bedingungen des Friedens ab, welchen wir noch zu erkämpfen haben. Obzwar wir voll Zuversicht sind, daß dieser Frieden für uns erfolgreich und ehrenvoll sein wird, so wären doch einseitige Bindungen über unsere künftige Handelspolitik heute noch verfrüht, ja gefährlich, weil sie die Freiheit unseres Handels beeinträchtigen und Maßnahmen anderer Staaten hervorrufen könnten, welche den nach dem Kriege mit allen Mitteln anzustrebenden allgemeinen Handelsfrieden zu gefährden vermöchten.

Nur ein Ziel liegt schon heute klar und unverrückbar vor unseren Augen, nämlich die Regelung unseres wirtschaftlichen Verhältnisses zu Ungarn.

Die Stellung unserer Kammer zu dieser Frage ist bekannt. Wir wünschen die Beibehaltung des gemeinsamen Zoll- und Wirtschaftsgebietes, weil Oesterreich und Ungarn einander in wirtschaftlicher Beziehung glücklich ergänzen und weil das große gemeinsame Gebiet in jeder Hinsicht und für beide Teile vorteilhafter ist, als die Trennung.

Leider stimmen die Ansichten der österreichischen Handelskammern in einer anderen wichtigen und grundlegenden Frage nicht überein, nämlich in der Frage unseres künftigen handelspolitischen Verhältnisses zum Deutschen Reiche. Die anfängliche Begeisterung für eine völlige Zollunion ist vor der Macht der Wirklichkeit gewichen und auch die weiteren vorgebrachten Vorschläge, obzwar sie sich auf einen immer engeren Rahmen beschränken, halten nicht Stand vor den tatsächlichen Bedürfnissen unserer Volkswirtschaft und der kühlen sachlichen Kritik.

Der größte Widerstand gegen einen weiter gehenden Anschluß kommt aus Deutschland selbst, und das ist weiter nicht zu verwundern, wenn man bedenkt, daß Deutschland mit nur 11 Prozent seiner Gesamtausfuhr (und bloß 8 Prozent seiner Fabrikatenausfuhr) an dem österreichisch-ungarischen Absatzgebiet interessiert ist und nur 8 Prozent seiner gesamten Einfuhr von uns bezieht, also unvergleichlich mehr an den Weltmarkt angewiesen ist als an uns.

Aber auch in Oesterreich selbst spricht das allgemeine wirtschaftliche Interesse entschieden gegen einen solchen Anschluß. Unsere Kammer hat ihre bezüglichen, objektiv und vorurteilslos gepflogenen Erhebungen nahezu abgeschlossen und wird das Ergebnis derselben im gegebenen Zeitpunkt zusammenfassen. Es ergibt sich daraus, daß einem engeren Zusammenschluß der beiden Reiche, welcher über einzelne zulässige Sonderbegünstigungen hinausgehen würde, ein unübersteigliches Hindernis entgegensteht, nämlich die qualitative Gleichartigkeit ihrer beiderseitigen Wirtschaften, welche sich so gut wie gar nicht ergänzen, sondern zumeist bloß konkurrenzieren. Durch die wirtschaftliche Annäherung der beiden Reiche, mag sie auch in voller Verschmelzung bestehen, wird kein wesentlicher Schritt zu ihrer Selbstversorgung getan und sie bleiben in demselben Maße, wie früher, an die Einfuhr fast aller Textilrohstoffe, Gummen, Harze, Kolonialwaren, Südfrüchte, Gewürze, wichtiger Metalle und chemischer Rohstoffe, vieler Nahrungs- und Futtermittel und so weiter aus anderen Ländern angewiesen.

Ist aber diese Tatsache und ihre wirtschaftliche Bedeutung festgestellt — nur in Textilrohstoffen allein beträgt die jährliche Einfuhr beider Reiche über zwei Milliarden Kronen — so ergibt sich daraus notgedrungen die Folgerung, daß der Zusammenschluß dieser beiden Reiche jeder großen wirtschaftlichen Idee und Berechtigung entbehrt. Auch der Beitritt ganz Mitteleuropas samt dem nahen Orient würde kein sich selbst genügendes Gebiet ergeben und die Möglichkeit der Selbstversorgung nur zum Teile erhöhen.

Die wirtschaftliche Annäherung der beiden Reiche würde also im wesentlichen nur die Begünstigung des gegenseitigen Austausches der eigenen Produkte beinhalten, aber mannigfache Gefahren in sich bergen, welche schon aus dieser Begünstigung selbst für unsere heimische Wirtschaft und aus den Gegenmaßnahmen dritter Staaten für den Außenhandel unseren beiden Reiche entstehen würden.

Was vorerst unsere eigene Wirtschaft betrifft, so darf im allgemeinen die Behauptung aufgestellt werden, daß unsere Ausfuhr nach Deutschland nicht mehr wesentlich steigerungsfähig ist, so daß wir auch bei dem engsten Zusammenschlusse an Deutschland weder in Nahrungsmitteln noch in Rohstoffen und Industriefabrikaten werden wesentlich mehr exportieren können, als wir es heute schon ohnehin tun. Die Zukunft unseres industriellen Exports liegt also nicht in Deutschland, sondern im Osten, welchem wir unser Hauptaugenmerk zuzuwenden haben werden.

Wenn also unserer Wirtschaft von der begünstigten Ausfuhr nach Deutschland keine wesentlichen allgemeinen Vorteile erwachsen können, so hat sie dafür von der begünstigten Einfuhr aus Deutschlaand desto größere Nachteile zu erwarten. Das gilt in gleichem Maße für die Landwirtschaft wie für die Industrie.

Die Preise landwirtschaftlicher Produkte sind bei uns im allgemeinen höher, oft beträchtlich höher als in Deutschland. Die gegenseitige Zollfreiheit oder Zollbegünstigung hätte nun gewiß nicht die Erhöhung der deutschen Preise, sondern die Ermäßigung unserer Preise zur Folge und es läßt sich z. B. bei den großen Preisdifferenzen von Weizen, Kartoffeln usw. leicht berechnen, wie groß dann der Verdienstentgang unserer Landwirtschaft wäre, obzwar sie im übrigen gar nicht befürchten müßte, durch die deutsche Produktion aus dem Felde geschlagen zu werden.

Wohl droht aber diese Gefahr der österreichischen Industrie, für welche — immer im allgemeinen gesprochen und Ausnahmen bei Spezialprodukten zugelassen — der wirtschaftliche Anschluß an Deutschland nur einen scharfen und ungemein schädlichen Konkurrenzkampf mit der überlegenen deutschen Industrie und eine Verlangsamung, zum Teile sogar Verhinderung unserer weiteren industriellen Entwicklung bedeutet.

Während, wie bewiesen, unsere Ausfuhr nach Deutschland für die deutsche Volkswirtschaft im allgemeinen keine Konkurrenz bedeutet, erfolgt die deutsche Einfuhr zu uns zum großen Teile auf Kosten unserer eigenen Wirtschaft. Deutschland ist für uns in einer großen Zahl industrieller Produkte der ausschlaggebende, ja einzige wirkliche gefährliche Konkurrent, es deckt schon heute die Hälfte unserer Einfuhr an Industrieerzeugnissen und sein Import läßt sich nicht vergrößern auf Kosten des übrigen Auslandes, sondern lediglich auf Kosten unserer Industrie selbst. Denn unsere Industrie hat im allgemeinen schlechtere Produktionsbedingungen als die deutsche.

Wenn wir also unsere industrielle Zukunft sichern wollen — und das wollen wir ja und müssen es wollen schon im Interesse der Erhaltung der Macht unseres Staates — so müssen wir auch unsere Zölle gegen Deutschland in dem notwendigen Ausmaße aufrechterhalten und können ihm keine über dieses Maß hinausgehenden Begünstigungen gewähren.

Fremdenblatt 5. II. 1916

II

138

Handelskammerpräsident Kenner über die wirtschaftlichen Aufgaben der Zukunft.

Die Möglichkeit einer Zollunion mit Deutschland muß also schon im Interesse unserer Volkswirtschaft gänzlich ausgeschieden worden, nicht zu reden von den übrigen unüberwindlichen technischen Hindernissen, welche sich diesem Plane entgegenstellen. Denn der gemeinsame Tarif, eine Voraussetzung der Zollunion (und auch der Zwischenzölle) müßte eine solche Höhe erreichen, welche den anderen Staaten gewiß Anlaß zu Gegenmaßnahmen geben würde, die weder wir noch Deutschland wünschen dürfen. Ueberdies ist ein gemeinsamer Außenzolltarif schon aus technischen Gründen — der verschiedenen Währung und Zollgesetzgebung halber, die nicht über Nacht unifiziert werden können — nicht möglich. Auch zeigt schon ein oberflächlicher Vergleich der heutigen beiderseitigen Zolltarife, wie verschieden das Schutzbedürfnis der beiderseitigen Produktion, das Interesse der Verbraucher und das staatsfinanzielle Moment hüben und drüben ist. Deutschland kann unmöglich auf die Höhe unseres Tarifes, wir unmöglich auf das Niveau seiner Zölle gehen.

Auch gemeinsame Vertragsverhandlungen mit dritten Staaten sind nicht möglich, wenn man die Sache näher besieht. Denn der Widerstreit der beiderseitigen Handelsinteressen ist bei vielen und wichtigen Artikeln viel zu groß. Deutschland würde anstandslos seine Zölle auf bestimmte Waren ermäßigen gegen Konzessionen für die Ausfuhr gewisser seiner Produkte, während unsere Interessen in allen diesen Hinsichten: Ermäßigung und Konzession diametral entgegengesetzt sind. Schon im Jahre 1891 ist daher nicht einmal der bescheidene Versuch, auch nur das äußerliche Moment des gleichzeitigen Vertragsabschlusses mit dritten Staaten festzuhalten, geglückt.

Es wird daher zum Schlusse gewiß nur ein gewöhnlicher Tarifvertrag mit möglichst spezialisierten Vertragsbegünstigungen erübrigen, welche sich in ihrem Effekte als Sondervorteile für die beiderseitige Einfuhr darstellen können, wenn sie so gefaßt sind, daß sie auf die Einfuhr aus den Nachbarstaaten praktisch keine Anwendung finden können.

Ob die formelle oder diese tatsächliche Vorzugshandlung, welche jedenfalls immer unseren Interessen und unseren Bedürfnissen anzupassen wäre, zustande kommen kann, wird uns natürlich erst die Zukunft lehren. Vielleicht und wahrscheinlich wird es notwendig sein, für unsere Handelsbeziehungen mit Deutschland und auch mit dem übrigen Auslande vorerst die bestehenden Verträge zu verlängern oder Provisorien zu schaffen und an die definitive Regelung erst dann zu schreiten, wenn die Erfahrungen der Nachkriegszeit und eingehende Erhebungen die notwendige Grundlage zur Erkenntnis des Notwendigen und Ersprießlichen gegeben haben. Gewiß wird es aber schon früher möglich und sehr zweckdienlich sein, gemeinsam mit Deutschland und auch anderen Staaten auf eine tunlichste Gleichstellung der wirtschaftlichen Gesetzgebung und vielleicht auch Verwaltung hinzuarbeiten. Es sind ja schon manche, zum Teil auch erfolgreiche Versuche gemacht worden, solche internationale Vereinbarungen herbeizuführen und den weiteren Bemühungen nach dieser Richtung erschließt sich ein großes Feld.

Dringlicher fast, als die auswärtige Handelspolitik, sind Maßnahmen zur Erleichterung des Ueberganges unserer Wirtschaft vom Kriege in den Frieden. Die zielbewußte Kraft und Fähigkeit, mit welcher sich unsere Produktion den Bedürfnissen und einschränkenden Folgewirkungen des Krieges angepaßt hat, ist staunenswert gewesen.

Schwieriger und auch von unvergleichlich größerer Bedeutung für die Allgemeinheit ist aber der Uebergang in die Friedenswirtschaft, weil das bisher stark restringierte Arbeitsangebot durch die Demobilisation eine große und rasche Ausdehnung erfahren, aber diesem Angebot zumindest vorübergehend keine ebensolche Arbeitsnachfrage gegenüberstehen wird, da es an Rohstoffen, Betriebsmitteln und auch Absatz mangeln dürfte.

Schon die Demobilisation selbst wird also nach einem bestimmten Plane erfolgen müssen, damit nicht zu viele Arbeitslose nach Hause entlassen, aber Beschäftigte zurückbehalten werden. Die Kammer hat ihre Vorschläge in dieser Beziehung soeben der Regierung vorgelegt.

Ebenso wird es notwendig sein, auch die Abstoßung des nach dem Kriege überflüssigen Heeresbedarfes, wie Pferde, Wagen, Automobile usw. entsprechend zu organisieren, damit diese für den Wiederaufbau der Friedenswirtschaft unentbehrlichen Sachen nicht in die Hände von Spekulanten gelangen, sondern rasch in den unmittelbaren Gebrauch überführt werden. Auch hier haben wir schon der Regierung konkrete Vorschläge erstattet.

Die Beschaffung des Rohstoffbedarfes für unsere Industrie und Landwirtschaft sowie der Schutz unserer Industrie gegen übermäßige Einfuhr von Halb- und Ganzfabrikaten bildet schon längere Zeit den Gegenstand der Beratungen und der Sorge der Regierung und der Interessenten. Auch hier wird eine kluge und sorgfältig bedachte Organisation Platz greifen müssen, eine freiwillige Organisation — wie ich ausdrücklich betone — bei welcher aber die Initiative und Mithilfe des Staates nicht werden entbehrt werden können. Ich halte Zwangsmaßregeln des Staates in diesem Belange für nicht wünschenswert, denn die Erfahrungen des Krieges haben wohl überzeugend bewiesen, daß die Zwangsorganisation die Bedürfnisse des wirtschaftlichen Lebens nicht voll und zweckentsprechend besorgen kann. Und noch weniger können Einfuhrverbote unserer Rohstoffversorgung und dem Uebergange in die Friedenswirtschaft förderlich sein, denn sie erfüllen nicht einmal im Kriege vollkommen ihre Aufgabe und würden im Frieden um so rascher Gegenmaßregeln des Auslandes hervorrufen, die uns mehr Nachteil bringen würden, als wir Vorteile von dem Einfuhrverbote erwarten können. Wir wünschen nach dem Kriege den allgemeinen Handelsfrieden, dürfen also den wirtschaftlichen Kriegszustand nicht selbst in Permanenz erklären.

Wohl aber wird der Staat um die technische Möglichkeit des Außenhandels, um Schiffsraum, Bahntransport und Frachtenkonventionen Sorge tragen müssen und auch die wirtschaftliche Ermöglichung desselben durch eine großzügige und weitblickende Devisen-, Anleihe- und Währungspolitik zu fördern haben.

Gleich groß sind auch die Aufgaben des Staates auf dem Gebiete des Kreditwesens, um den gefährdeten Einzelwirtschaften Schutz und Hilfe zu bringen, auf dem Gebiete der Sozialpolitik, um Arbeitslosigkeit tunlichst zu verhüten, auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge und Konsumentenfürsorge überhaupt, um der Teuerung der Lebensmittel und notwendiger Gebrauchsgegenstände tunlichst zu steuern.

Unzweifelhaft wird der Staat hier auch direkt mithelfen und staatliche Aufträge auch auf Vorrat erteilen müssen, bis das Gleichgewicht unserer Wirtschaft wieder einigermaßen hergestellt sein wird.

Eine der schwierigsten Fragen wird unzweifelhaft die Deckung der Kriegskosten und die Regelung der Staatsfinanzen sein, eine Frage, deren Größe und Schwierigkeit heute kaum schon zu übersehen ist. Denn bei ihrer Lösung wird man gewiß in erster Reihe darauf achten müssen, daß die neue Belastung erträglich sei und nach dem Maße der Leistungsfähigkeit einzelner Berufsklassen gerecht verteilt werde, aber man wird auch individualisieren müssen, um die durch den Krieg am härtesten Betroffenen möglichst zu schonen.

Sie sehen, daß die Aufgaben, welche unserer Wirtschaft und damit auch unserer Kammer harren, wohl die größten sind, welche die heutige Wirtschaftsordnung je zu lösen gehabt hat. In richtiger Voraussicht dessen haben wir schon vor einem halben Jahre einen großen Betrag zur Wahrnehmung dieser Aufgaben gewidmet. Wenn auch die Lücken in unserem Bureaupersonal große sind und immer größer werden, so beschäftigen wir uns doch ohne Unterlaß mit diesen Angelegenheiten.

So wollen wir denn der Hoffnung Ausdruck geben, daß unsere Wirtschaft — durch ihre eigene Kraft und mit tätiger Mitwirkung der Regierung und aller öffentlichen Faktoren — über die schweren Zeiten, die ihr bevorstehen, ohne zu schwere Erschütterungen hinüberkommen wird.

Neues Wiener Tagblatt
6. II. 1916

Wirtschaftliche Wochenchronik.

30. Jänner. Einstellung der italienischen Schiffahrtssubventionen. — Konstituierung der Zentralkommission für die Einfuhr in Rumänien.

31. Jänner. Konferenzen des deutschen Reichsschatzsekretärs Dr. Helfferich mit den Finanzministern Dr. Ritter v. Leth und Teleszky. Fortsetzung und Beendigung derselben am nächsten Tag.

1. Februar. Die Jännerausweise der österreichischen Sparkassen zeigen eine beträchtliche Steigerung der Einlagen. — Verordnung des Deutschen Bundesrates betreffend die Beschlagnahme von Textilwaren in Deutschland. — Die russische Regierung beschließt die Errichtung einer besonderen Abteilung im Finanzministerium zur Beaufsichtigung des Valutahandels.

2. Februar. Deutsches Ausfuhrverbot für Stoffe und Textilwaren. — Die Festsetzung von Höchstpreisen in Deutschland für Baumwolle und Baumwollgarne angekündigt. — Erhöhung der deutschen Eisenpreise um 10 Mark pro Tonne.

3. Februar. Erhöhung auch der Roheisenpreise in Deutschland.

4. Februar. Unterzeichnung des Vertrages über die Maisbezüge aus Rumänien. — Die Bank von Frankreich weist einen auf mehr als 14 Millionen Franken gestiegenen Notenumlauf aus.

5. Februar. Beginn der Besprechungen im Finanzministerium über die Wiedereröffnung der Börse. — Regelung der Vieheinfuhr aus Serbien.

Vossische Zeitung

141

7./II. 1916

Wirtschaftliche Kriegswirkungen.

Ein Vergleich zwischen dem „meerbeherrschenden" Britannien und dem von den Weltmeeren abgesperrten Deutschland sollte folgerichtigerweise zu dem Schlusse führen, daß bei uns die Getreidepreise weit mehr gestiegen sein müßten als in England. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Wie nämlich eine in der „Times" veröffentlichte Tabelle zeigt, hat sich die Preisentwicklung für die hauptsächlichsten Getreidearten in den letzten drei Jahren wie folgt bewegt. (Die Preise verstehen sich in Schillingen für den Quarter):

31. Januar	Weizen	Roggen	Hafer
1913	31	29	20
1914	31	26½	19
1915	52	32½	40
1916	58	51	33

Eine ganz ähnliche Entwicklung haben auch die Brotpreise in London nach einer ebenfalls von den „Times" soeben veröffentlichten Zusammenstellung aufzuweisen. Die Ziffern sind um so eindrucksvoller, als sie gerade die Zeit von dem Ausbruch des Krieges bis zur Gegenwart umfassen:

(1 Penny = 8½ Pf.)

August 1914	5½	Pence
Dezember 1914	6½	„
Januar 1915	7—7½	„
Februar 1915	8	„
April 1915	8½	„
Mai 1915	9	„
Juni 1915	8	„
November 1915	8½	„
Januar 1916	9	„

Wie man sieht, ist die Steigerung relativ und absolut sehr bedeutend. Sie dürfte in der Hauptsache auf die stark erhöhten Frachtpreise zurückzuführen sein. Man kann den englischen Schiffahrtsgesellschaften nicht den Vorwurf machen, daß sie aus dieser für sie so überaus günstigen Entwickelung keinen Nutzen ziehen. Das erkennt auch die Londoner Börse voll an, die nach einer der neuesten Nummer der „Daily Mail" entnommenen Tabelle die „shipping shares" wie folgt heraufgesetzt hat:

	Höchster Kurs 1915	Niedrigster Kurs 1915	Jetziger Kurs 1916	Steigerung
Cunard	75 sh. 6½ d.	35 sh.	75 sh.	40 sh.
Furness Witby	35 sh. 4½ d.	28 sh. 6 d.	38 sh.	9 sh. 6 d.
General Steam Navigation	6⅞	5⅜	6⅞	1½
Houlder Line Pref.	108 sh. 9 d.	67 sh. 6 d.	71 sh.	3 sh. 6 d.
Indo China Def.	10	2	16⅛	14⅛
Khedivial Mail	10 sh. 9 d.	8 sh.	18 sh.	10 sh.
King Line	13	9⅜	13¼	3⅞
Mercantile	11 1/16	7	15	8
P. & O. Def.	294½	250	285	35
Royal Mail	105½	65	102	37

Die Kurserhöhungen sind also ungeheuer, und es mag Nachdruck auf die Tatsache gelegt werden, daß die gegenwärtgen Kurse die im Jahre 1915 erzielten Höchstpreise in mehreren Fällen noch weit übersteigen. Die Schiffahrtsgesellschaften und ihre „glücklichen" Aktionäre bereichern sich demnach in ausgiebigem Maße auf Kosten des englischen Volkes und der Verbündeten.

Das Thema „Mindestpreise und — — Wirklichkeit erfährt neuerdings eine interessante Beleuchtung durch die soeben verfügte Aufhebung der Mindestkurse einer weiteren Anzahl englischer Werte. Bekanntlich waren seit der Wiedereröffnung der Londoner Börse während der Dauer der Kriegszeit Minimalpreise festgesetzt worden. Diesem schließlich als unhaltbar erkannten Zustande der künstlichen Notierungen wurde zuerst durch die Beseitigung der Mindestkurse für englische Konsols ein Ende gemacht, worauf der Londoner Markt durch die sofortige Herabsetzung des Konsolskurses um die Kleinigkeit von 7 pCt. reagierte. Vor einer Woche sind nun auch die Mindestpreise für die Aktien der Bank von England und einer Reihe englischer Kolonialanleihen aufgehoben worden. Das Ergebnis war natürlich wiederum ein gewaltiger Kurssturz, wie aus nachstehender Zusammenstellung ersichtlich ist:

	Vorheriger Minimalpreis	Effektive Kurse am 29. Januar	Preisfall
	pCt.	pCt.	pCt.
Bank von England Stock	230	195—199	31
Anleihen:			
3 proz. Kanada	83	67¾—70	15¼—13
4 proz. Kap-Kolonie	95	85 —82	13 —10
3½proz. Kap-Kolonie	84¼	70 —69	15¼—14¼
3½proz. Jamaica	83¼	69	14¼
3 proz. Natal	75½	64 —62	13½—11½
3½proz. Neu-Süd-Wales	83¼	69	14¼
4 proz. Neu-Süd-Wales	92	80 —77	15 —12
4 proz. Ontario	89	73	16
4 proz. Queensland	92	80 —78	14 —12
4 proz. Süd-Australien	92	78	14
3½proz. Victoria	83¼	70½—70	13¼—12¾

Die Umsätze waren zu diesen herabgesetzten Kursen ziemlich lebhaft; allein in Kolonialanleihen wurden 108 verschiedene Umsätze notiert.

Neues Wiener Tagblatt

9./II. 1916.

Eine deutsche Antwort auf zehn englische Finanzfragen.

Berlin, 8. Februar. Sir Edward Holden richtete kürzlich in der Generalversammlung der London City and Midland Bank an den Reichsschatzsekretär Helfferich zehn Fragen, wovon die englische Presse ein großes Wesen macht. Die „Nordd. Allg. Ztg." pariert diese Fragen mit Antworten und Gegenfragen, die ein scharfes Schlaglicht auf die englischen Finanzen werfen.

Auf die Frage, ob bei Kriegsbeginn die vorhandenen Auslandsguthaben Deutschlands nicht nahezu erschöpft gewesen seien, verweist die „Nordd. Allg. Ztg." auf die Milliarden deutscher Guthaben, die England widerrechtlich unter Zwangsverwaltung stellte. Sie stellt ferner die Gegenfrage, wie es mit den englischen Auslandsguthaben aussehe angesichts der Tatsache, daß nur die von Holden selbst in Amerika abgeschlossene Anleihe den Sterlingkurs einstweilen vor dem völligen Zusammenbruch bewahrte.

Auf die Frage nach dem Nachlassen des deutschen Exports verweist das Blatt auf die trotz offener See erfolgte Verkrüppelung der englischen Ausfuhr auf etwa die Hälfte des normalen Umfanges und die enorme Steigerung der Einfuhr sowie schließlich auf die Steigerung de Passivsaldos der englischen Handelsbilanz (ein schließlich der Regierungsgüter) von etwa 150 a 500 Millionen Pfund Sterling.

Die weitere Frage, ob Deutschlands Be stand an Auslandswerten sich nicht bereit völlig erschöpfte, beantwortet die „Nordd. Allg. Ztg. mit dem Hinweis, daß die englische Poß räuberei auf neutralen Schiffen, wob es namentlich auf die aus Deutschland versendete Wertpapiere abgesehen sei, den Beweis des Gegen teils erbracht haben dürfte. Sie erinnert ferne Holden an die Tatsache, daß England unter Mit wirkung der Regierung sich des besten Teiles seine Auslandswerte, nämlich der amerikanischen, syste matisch zu entäußern gezwungen sah.

Ferner weist das Blatt Holden nach, daß ohne jede tatsächliche Unterlage einer Anzahl vo deutschen Bankinstituten, wie Kriegskreditbanke Hypothekenbanken und Versicherungsgesellschafte die Notenausgabe zuschreibt, während solch Noten in Wirklichkeit niemals existierten. Wenn S Edward eine kategorische Antwort auf die Frage ve langt, ob der in den Reichsbankausweisen nachg wiesene Goldschatz tatsächlich in der Reichsba und nicht etwa teilweise in Instituten außerha Deutschlands liege, so wird ihm diese kategorische An wort zuteil: Die Reichsbank weist kein Unze Gold aus, die nicht in ihre eigenen Tresors liegt, dagegen muß Holde die Frage hinnehmen, ob ihm unbekannt sei, daß se Kriegsausbruch die Bank von England gewisse Gol bestände, die in überseeischen Plätzen liegen, zu Beispiel in Ottawa, ihrem Goldbestand zurechne

Die törichte und gänzlich erlogene Be hauptung von Aufständen in Deutsch land und dem Niederschießen hungernder Fraue die sich Holden in seiner Frage zueigen macht, wir gebührend zurückgewiesen.

Die Frage Holdens nach der kommende Steuerlast beantwortet die „Nordd. Allg. Ztg mit der Feststellung, daß die täglichen Kriegs kosten Englands zwei Schilling, di Deutschlands einen Schilling pro Kop der Bevölkerung betragen.

Das Blatt schließt mit dem Hinweis, daß na Holdens eigenem Zeugnis die Stellun Englands als finanzielles Wel zentrum auf der Fähigkeit, unbeschränkt Ge an die übrigen Länder auszuleihen, beruhte, währen jetzt England in Amerika borgen muß un während, gleichfalls nach Holdens Zeugnis, Eng land künftighin den Kapitalabfluß nach dem Aus land wird verhindern oder wenigstens erschweren müssen, um den eigenen Geldbedürfnissen genügen zu können. Bei dieser Sachlage wird der Reichsschatzsekretär recht behalten mit dem Satz: Wir Deutsche können ertragen, ärmer zu werden, wir bleiben doch, was wir sind, ein verarmtes England aber heißt Finis Britanniae.

Frankfurter Zeitung
10. Feb. 1916

Die soziale Fürsorge und der Krieg.

w Stuttgart, 8. Febr. Der Präsident des Reichsversicherungsamtes, Dr. Kaufmann, hat heute Abend hier auf Veranlassung des Roten Kreuzes einen Vortrag über Deutschlands soziale Fürsorge im Kriege gehalten. Unter Hinweis auf die inneren Zusammenhänge zwischen Deutschlands Siegeszug und seiner sozialen Fürsorge, die zur sieghaften Mobilmachung der Nation wesentlich beigetragen habe, gab er unter Mitteilung des gesamten Zahlenmaterials eine umfassende Darstellung der segensreichen Wirksamkeit unseres sozialen Fürsorgewesens. Der Krieg habe den Beweis erbracht, daß auch überwiegend gewerblich tätige Völker wehrkräftig bleiben, wenn sich eine zielbewußte soziale Politik ernstlich bemühe, die Schäden der neuzeitlichen industriellen Entwicklung nach Möglichkeit zu verhüten oder auszugleichen. Die soziale Fürsorge sei eine mitbestimmende Ursache für die beispiellose wirtschaftliche Aufwärtsbewegung gewesen, deren sich Deutschland unter dem wachsenden Mißtrauen des Auslandes in den letzten Jahrzehnten erfreuen durfte. Die Aufwendungen für eine planvolle Verbesserung der Lage unserer Arbeiter habe sich auf diese Weise schon in Friedenszeiten zum großen Teil bezahlt gemacht. Der Rest sei durch den Krieg überreich abgetragen worden. Was auf diesem Wege für körperliche und geistige Gesundheit geleistet worden ist, übersteige die Erfolge vieler Menschenalter. Von den ungedienten Landwehrmännern beispielsweise wurden bei der Mobilmachung nicht wie erwartet nur 75, sondern über 90 Prozent als felddienstfähig befunden. Das sind neben der Abnahme der Tuberkulosesterblichkeit zuverlässige Belege dafür, was Deutschland in verhältnismäßig kurzer Zeit an Volkskraft gewonnen hat. Angesichts des erhöhten Vertrauens der Arbeiter zum gegenwärtigen Staat verliere das Spiel mit der revolutionären Phrase und mit dem Zukunftsstaat bei geistig und wirtschaftlich gehobenen Arbeitern an Zugkraft. Für die Kriegswohlfahrtspflege stellten die Versicherungsanstalten den Betrag von 105 Millionen Mark zur Verfügung. Außerdem erhielten bis Ende 1914 das Rote Kreuz über 3 Millionen, 2½ Millionen der Kriegsausschuß für warme Unterkleidung, 300 000 Mark wurden zur Einrichtung von Bade- und Desinfektionswagen beigesteuert. Für die Unterstützung arbeitsloser Versicherter und ihrer Familien wurden über 7 Millionen Mark aufgewendet, 3½ Millionen Mark sollen als Dank und Ehrengabe den Hinterbliebenen der Gefallenen über die erste schwere Zeit nach dem Tode des Ernährers hinweg helfen. Zu Gunsten der wirtschaftlichen Fürsorge für Kriegsbeschädigte haben die Versicherungsanstalten nahezu 1 Million Mark bereitgestellt. Insgesamt wurden bis jetzt für Kriegswohlfahrtspflege über 21 Millionen Mark ausgegeben. Weiter beschlossen die Versicherungsanstalten durch Lombardierung von Wertpapieren bis zu 200 Millionen Mark flüssig zu machen, um sie als Darlehen an bedrängte Gemeinden und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu verwenden. Bisher sind solche Darlehen in der Höhe von 70 Millionen Mark gewährt worden. Endlich beteiligten sich die Versicherungsanstalten mit über 439 Millionen, die Berufsgenossenschaften mit rund 343 Millionen an der Aufbringung der drei Kriegsanleihen. Auch der freiwilligen Fürsorge durch die Arbeitgeber ist zu gedenken; 50 Millionen Mark an Unterstützungen sind im ersten Kriegsjahr allein von 244 dem Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller angehörigen Werke geleistet worden. Auch die Arbeiterverbände wirkten namentlich bei der Arbeitsvermittelung, der Volksernährung und der Fürsorge für die Arbeitslosen mit. Die Kriegsaufwendungen der freien Gewerkschaften beziffern sich Ende 1915 auf über 35 Millionen Mark. Die Stunde der Entscheidung werde, so schloß der Redner seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen, dem Volke die Siegespalme zuteilen, das nicht vom heiligen Egoismus, sondern vom kategorischen Imperativ sozialer Pflicht am stärksten durchdrungen ist, das im Kampfe gegen menschliches Elend die größten Erfolge aufzuweisen hat und den Schutz der Armen und Notleidenden am wirksamsten durchzuführen vermochte.

Fremdenblatt
12. II. 1916

Die wirtschaftliche Abrüstung in Deutschland.

Aus Berlin wird gemeldet: Der Hansabund hatte vor Kurzem eine Versammlung von Sachverständigen einberufen, um an Hand eines vorliegenden Programms die Maßnahmen zu erörtern, die von seiten der Industrie, des Handels und des Gewerbes bei Ablauf des Krieges zur Ueberleitung der deutschen Kriegswirtschaft in den Friedenszustand vorgeschlagen werden. Die Versammlung, die vom Präsidenten des Hansabundes, Geheimen Justizrat Prof. Dr. Riesser, geleitet wird, war aus allen Teilen Deutschlands sehr stark besucht. Den einleitenden Bericht über die Maßregeln zugunsten des Hausbesitzes und des Realkredits gab Prof. van der Borght, über die Organisation des Arbeitsmarktes, die Rohstoffversorgung der Industrie und die Art der Vergebung der Heereslieferungen sprach Regierungsrat Prof. Dr. Leidig; die Maßnahmen zur Ueberleitung der Finanzwirtschaft, zur Sicherstellung der Ein- und Ausfuhr erörterte Reichstagsabgeordneter Roland-Lücke, der auch die neuen Aufgaben und Ziele der Tätigkeit der Banken und der deutschen Reederei darstellte. Die zweitägigen Verhandlungen schlossen mit eingehenden Ausführungen des Geheimen Justizrat Prof. Dr. Riesser, die sich mit der Aufrechterhaltung und Umgestaltung der Zuständigkeit des Bundesrates hinsichtlich der Ordnung der „Demobilisierung" und der Zusammenarbeit der wirtschaftlich erwerbenden Stände mit den Reichs- und Staatsorganen für diesen Zweck befaßten und in der Forderung nach der Schaffung eines „wirtschaftlichen Generalstabs" zur organischen Vorbereitung der Kriegswirtschaft gipfelten, dessen Bildung im Frieden die Erfahrungen des Krieges als unumgänglich notwendig erwiesen hat. Die lebhafte Erörterung, die sich an die Berichte anschloß, brachte eine große Zahl neuer und wichtiger Anregungen. Die ganze Veranstaltung des Hansabundes stand unter der einmütigen Zuversicht der Versammlung, daß schon jetzt auf der Höhe des Krieges bei der Sicherheit des siegreichen Endes, die Vorbereitungen für die Zeit des Eintrittes des Friedenszustandes getroffen werden können, aber auch müssen. Das Ergebnis der Verhandlungen wird alsbald dem Reichskanzler als Grundlage für Anträge des Hansabundes für die gesetzgeberischen Maßnahmen vorgelegt werden.

Neues Wiener Tagblatt
13. II. 1916

Wirtschaftliche Wochenchronik.

6. Februar. Verordnungen in Oesterreich und Ungarn betreffend die Inanspruchnahme bestimmter Ledergattungen für den Militärbedarf. Verbot der Erzeugung bestimmter Lederarten. Anmeldepflicht für die Ledervorräte.

7. Februar. Besserung der österreichischen Valuta in Berlin, die an den folgenden Tagen noch weitere Fortschritte macht. — Das englische Handelspassivum im Jänner offiziell mit 38 Millionen Pfund Sterling beziffert.

8. Februar. Die ungarischen Staatsbahnen weisen für das Jahr 1915 eine Mehreinnahme von 86·8 Millionen Kronen aus. — Der schweizerische Bundesrat beschließt ein sofort in Kraft tretendes Zuckermonopol.

9. Februar. Erhöhung der Roheisenpreise und Blechpreise in Deutschland. — Russische Anleihe in Japan im Betrage von 50 Millionen Jen zur Bezahlung der russischen Bestellungen.

10. Februar. Kontrasignierung einer österreichischen Valutaanleihe mit einem deutschen Konsortium durch die Staatsschuldenkontrollkommission. — Errichtung einer ungarischen Zuckerzentrale in Budapest.

11. Februar. Anmeldungspflicht für Gerste in Ungarn. — Aus Amerika wird eine noch nie dagewesene Eisen- und Stahlkonjunktur gemeldet.

12. Februar. Ein- und Durchfuhrverbote für aus feindlichen Staaten stammende entbehrliche Waren. Den aus dem übrigen Auslande eingeführten entbehrlichen Waren werden zur Einschränkung ihres Imports Zollzahlungen in effektivem Gold vorgeschrieben.

Die Zeit 13. II. 1916

Wirtschaftliche Aufgaben der Diplomatie.

Vom ungarischen Reichstagsabgeordneten Paul Sandor,*)
Generaldirektor der Budapester Straßenbahn A.-G.

Der große Krieg, den wir alle jetzt erschüttert und bewundernd miterleben, hat auf vielen Gebieten Umgestaltungen und Umwandlungen gebracht. In Ungarn kam sogar das Wunder des sogenannten „Burgfriedens" zustande, und Majorität und Minorität, die sonst nicht eben gut aufeinander zu sprechen waren und sich auch nicht allzu zart anzufassen pflegten, bekunden gegenseitig großes Entgegenkommen und rühmenswerte Loyalität. Wenn es auch hin und wieder Rückfälle in die alte, scharfe parlamentarische Tonart gibt, die Zurückhaltung und Reserve der oppositionellen Parteien trat in den letzten Wochen wiederholt klar in die Erscheinung, denn eine Anzahl von Vorlagen und Unterbreitungen der Regierung, die eine strenge Kritik verdienten, ja, geradezu herausforderten — es genügt da insbesondere auf die mit der Teuerung zusammenhängenden Maßnahmen hinzuweisen —, wurden in einer ruhigen, sachlichen, stellenweise geradezu sordinierten Debatte abgefertigt.

Wäre es nicht einigen Heißspornen des Rückschrittes eingefallen, ihre auch in der Zeit des „Burgfriedens" nicht seltenen Ausfälle gegen Handel und Industrie in brutale und ungerechte Worte zu fassen, die Stille und Ruhe im ungarischen Abgeordnetenhaus würde keinen Moment getrübt worden sein. Doch die unmotivierten, tendenziösen Vorwürfe machten eine Abwehr notwendig, und der grobe Klotz verdiente und fand auch seinen groben Keil. Es scheint eben, daß gewisse Kreise in Ungarn auch in der gegenwärtigen Periode ihr Mißtrauen und ihre Aversionen gegen den Handelsstand nicht unterdrücken wollen und nicht begreifen können, welche Rolle von Wert und Belang dem legitimen Handel in Kriegszeit und nach dieser in Friedenszeit zukommen wird.

Die beispiellosen Erfolge der siegreichen Armeen Oesterreich-Ungarns müssen unter anderen Konsequenzen auch die haben, daß der Handel der Monarchie sich den Osten erobert. In Ungarn hat man schon vor einiger Zeit begonnen, die wirtschaftliche Expansion gegen den Osten auszudehnen, und es war bloß ein Gebot der kaufmännischen Logik, aus der bestehenden bosnischen Zentrale eine Orientzentrale zu schaffen, der die Mission nunmehr zufällt, die Balkanstaaten und die Türkei samt deren asiatischen Gebieten Ungarn und der ganzen Monarchie wirtschaftlich näherzubringen und ein je innigeres kommerzielles Verhältnis zwischen uns und den aufstrebenden Staaten im Osten zu begründen.

Der Export nach dem Osten ist „das Ziel, aufs innigste zu wünschen". Darüber sind alle modernen Staatsmänner ebenso im klaren wie alle modernen Industriellen, aber um dieses Ziel zu erreichen, um große Erfolge im Osten erzielen zu können, ist es unerläßliche Vorbedingung, daß der Kaufmann in der Ferne die vollste Garantie für sich und seine Geschäfte finde, daß ihm Unterstützung von seiten der österreichisch-ungarischen Diplomatie zukomme.

Manche mit Mühen und Opfern begonnene Arbeit unserer Kaufmannschaft im Osten konnte nicht zu Ende geführt werden, weil ihr die diplomatische Unterstützung, der politische Nachdruck fehlte. So geschah es, daß manche Position, die der ungarische Kaufmann bereits erobert hatte, wieder aufgelassen werden mußte. Der große Kampf und der große Sieg auf den Schlachtfeldern brachte aber jetzt manche erfreuliche Umwandlung und Neugestaltung, und man darf wohl hoffen, daß das Auswärtige Amt in Wien, dessen gegenwärtiger Leiter übrigens schon früher wiederholt lebhaftes Interesse für die Entwicklung des Handels und der Industrie Oesterreich-Ungarns bekundete, den wirtschaftlichen Fragen die größte Aufmerksamkeit zuwenden wird. Wenn das nicht der Fall wäre, so dürften wir in Ungarn keineswegs hoffen, nationalökonomische Fortschritte zu machen, aber auch die Oesterreicher könnten kaum auf wesentliche Erfolge kommerzieller Natur rechnen, da sie ebenso wie wir mit einer mächtigen, politisch und wirtschaftlich gleichermaßen fundierten Konkurrenz zu tun haben.

Es ist traurig, sagen zu müssen, daß die Vertreter des Handels und der Industrie in Ungarn nicht jene Würdigung und Unterstützung im eigenen Lande finden, die sie verdienen. Würde die Intelligenz dem kommerziellen Wirken nicht fernstehen und manche antiquierten Vorurteile nicht künstlich genährt werden, vieles wäre in Handel und Wandel anders und besser. Vor allem würde durch die allgemeine Achtung und Schätzung der Handelswelt dieser mehr Energie verliehen werden, und es gäbe dann auch Unternehmungsgeist, Unternehmungslust und Unternehmungskraft genug, um die hohen Ziele, die sich die Monarchie auf wirtschaftlichem Gebiet stecken muß, durch vereinte Arbeit zu erreichen.

Vielleicht kann man annehmen, daß die jüngsten rückschrittlichen Erscheinungen im ungarischen Abgeordnetenhaus, gegen die ich schon dort mein Wort erhob, das letzte Aufflackern einer alten und schlechten Zeit waren und daß die neue, große Zeit aufklärend wirken und alle Faktoren von Einsicht und Einfluß zu einer Stellungnahme für die Bedeutung der Wirtschaftspolitik veranlassen wird. Dazu ist aber in erster Reihe notwendig, daß die österreichisch-ungarische Diplomatie es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachte, der Monarchie auch auf wirtschaftlichem Gebiet zu den größten Erfolgen zu verhelfen.

*) Seit einigen Tagen beschäftigt die politische Aktion des Abg. Paul Sandor die öffentliche Meinung Ungarns im höchsten Grad und die Debatte des ungarischen Abgeordnetenhauses hat auch bei uns lebhafte Aufmerksamkeit erregt. Die vorstehenden Ausführungen, die uns Herr Sandor zur Verfügung stellt, werden daher sicherlich dem regsten Interesse begegnen. D. Red.

Arbeiterzeitung
16. II. 1916

* **Ungarn hat durch die Invasion einen Gesamtschaden von sieben Millionen erlitten.** Der Präsident der Landeskommission für den Wiederaufbau von im Kriege zerstörten Heimstätten Graf Khuen-Hedervary äußerte sich zu einem Mitarbeiter des „Pester Lloyd" über das bisherige Ergebnis der Aktion sowie über ihre Aussichten und Aufgaben in der Zukunft folgendermaßen: Dank der beispiellosen Opferbereitschaft des ungarischen Publikums sind für die Zwecke unserer Aktion bereits mehr als fünf Millionen Kronen gesammelt worden. Da jedoch für die Erreichung des Erfolges 7½ Millionen notwendig sind, ist das Bestreben der Kommission dahin gerichtet, die noch fehlenden 2½ Millionen Kronen zusammenzubringen. Es darf nicht vergessen werden, daß durch den Einbruch der Russen hundert Gemeinden betroffen worden sind. Dreitausend Häuser wurden vollständig vernichtet, fünftausend Gebäude beschädigt. Die Zahl der vernichteten Nebengebäude ist ebenso groß. Zum Wiederaufbau gehört daher vor allem Geld. Unsere Tätigkeit ist vollkommen unabhängig von der Entschädigung, die der Staat nach Friedensschluß den durch den Krieg Betroffenen in jenen Gebieten gewähren wird. Unsere Aktion geht parallel mit der staatlichen Hilfstätigkeit, sie besteht darin, den Obdachlosen ein Dach zu gewähren und sie mit den notwendigen Geräten und mit Zugtieren zu versehen. Das nötige Baumaterial (Holz, Ziegel u. s. w.) liefert der Staat. Die Bauten werden von staatlichen Organen geleitet und die Arbeitskräfte — zum großen Teil Kriegsgefangene — werden vom Staate zur Verfügung gestellt, so daß der Wert der staatlichen Hilfe auf sieben bis acht Millionen Kronen zu veranschlagen ist.

Fremdenblatt
18/II. 1916

Der wirtschaftliche Wiederaufbau von Görz.

K. **Triest**, 17. Februar. Bei der Statthalterei in Triest wurde eine Landeskommission gebildet, welcher die Aufgabe zufallen wird, alle mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes Görz und Gradiska in Verbindung stehenden Fragen zu beraten und der Lösung zuzuführen. Den Vorsitz in der Kommission führt der Statthalter Freiherr v. Fries-Skene, als dessen Stellvertreter der Landeshauptmann von Görz und Gradiska Domprobst Doktor Faidutti fungieren wird. Ueberdies werden der Kommission Vertreter der staatlichen Behörden, des Landesausschusses, des Großgrundbesitzes, des mittleren und des kleineren Grundbesitzes und der Görzer städtischen Interessenten angehören. Zunächst wird die Kommission darangehen, den in eine bedrängte Lage geratenen Grund- und Hausbesitzern, welche die staatliche Hilfe in der Form der Flüchtlingsfürsorge nicht in Anspruch nahmen, die zur Aufrechterhaltung ihrer gefährdeten Existenz notwendige Unterstützung angedeihen zu lassen, und zwar in erster Linie durch Gewährung von Darlehen zu einem mäßigen Zinsfuß. Für die Bearbeitung der Angelegenheiten der Landeskommission ist bei der Statthalterei in Triest ein eigenes Bureau errichtet, dessen Leitung dem Referenten der Statthalterei Bezirkshauptmann Dr. Karminski übertragen wurde. Im Bureau der Landeshilfskommission für Görz und Gradiska (Statthalterei in Triest) werden alle nötigen Auskünfte erteilt und auch Vordrucke für Ansuchen um Gewährung von Darlehen ausgegeben.

Neue Freie Presse
19.10.1916

Ein Wirtschaftsrat in der Türkei.

Konstantinopel, 17. Februar.

Das von der Kammer bereits genehmigte Budget des Handels- und Ackerbauministeriums enthält einen Kredit von zirka 7000 Pfund zur Errichtung eines dem Ministerium unterstehenden Wirtschaftsrates und zur Ernennung von Wirtschaftsdirektoren, welche ihre Tätigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes widmen sollen. Vorläufig werden in drei Wilajets solche Wirtschaftsräte errichtet werden.

Arbeiterzeitung 20/10-1916

Staat, Land und Nation.

Seit Jahrzehnten schleppt die bürgerliche Politik in Oesterreich die alte Misere fort, wiederholt ohne Ende dieselben längst abgebrauchten Schlagwörter bis zum Erbrechen und bringt nicht das geringste vorwärts. Die Kleinbürgerei, der die öffentlichen Vertretungen anvertraut sind, drischt das alte faule Stroh ihrer Phrasen mit zäher Besessenheit und merkt nicht, wie dabei allgemach Verfassung und Verwaltung verkümmern. Wie ein Querulant wird jeder angesehen, der es wagt, darauf hinzuweisen, daß alle Staaten ringsum die tiefstgreifenden Reformen an ihrem politischen Apparat vollzogen haben, während wir durchaus veraltete Einrichtungen weiterschleppen wie tausendjährige Notwendigkeiten. Was nützt es, darauf hinzuweisen, daß Preußen inzwischen die große Kommunalreform, die sich an den Namen Gneist knüpft, und die Miquelsche Steuerreform vollzogen, daß England seit 1870 seine ganze Lokal- und Zentralverwaltung umgestürzt und neu eingerichtet, daß selbst Italien seine Finanzen reformiert, daß im letzten Jahrzehnt allein England eine ganz grandiose Finanzreform durchgeführt hat? All das ist an unseren nationalistischen Strohdreschern unbeachtet vorübergegangen, all das sind unsere Parlamente uns schuldig geblieben, all das fehlt uns jetzt Schritt für Schritt im Kriege und der Mangel kann unserem Staate und unserem Volke nach dem Kriege zum Verhängnis werden. Dabei raunzte dieses Völklein täglich und stündlich über diesen Staat, dessen Einrichtungen es selbst verwahrlost hat, über den Mangel an innerer Organisation, obschon je zwei seiner führenden Köpfe über jede Sache drei Meinungen haben und alle miteinander disziplinlos durcheinanderlaufen, über Fortwursteln, Schlamperei, Willkür und weiß der Himmel was noch. Wenn aber einer den Mut hat, vor sie hinzutreten und auf die unumgänglichen Reformen hinzuweisen, so rümpfen sie überlegen die Nase und reden von „Utopien". Utopie ist ihnen alles, was jenseits des geistigen Horizonts des Kerzelweibes liegt, alles Neue, auch wenn tausendmal erwiesen wird, daß es ringsum in der Welt hundertmal erprobt ist. Die hausbackene Gedankenlosigkeit, die sterilste Ideenlosigkeit macht sich auf dem offenen Markte als gesunder Menschenverstand breit und dünkt sich erhaben über alle Wissenschaft und die ernsteste Forschung.

Aber heute fühlt am Ende schon der schlichteste Bürger und der anspruchsloseste Bauer: So geht es nicht weiter! Unser ganzes politisches Wesen ist in Parlament und Landtagen jämmerlich gestrandet. Es gibt niemanden mehr, der die Lust hätte, dort fortzufahren, wo wir aufgehört haben, ob man an unsere zentrale Vertretung oder an die Landstuben denkt. Die kritische Untersuchung, die wissenschaftliche und praktische Nachprüfung aller unserer Einrichtungen ist erstes Gebot der Stunde. Und wer dazu nichts anderes zu sagen hat, als was sich soeben von selber ad absurdum geführt hat, tut besser, seine Blöße nicht erst zur Schau zu stellen, sondern zu schweigen.

Das gilt vor allem für die „Ländler". Man braucht wirklich nicht weit umzufragen, um zu erfahren, daß alle Landtage, die nicht im Grunde „Kreise" sind, an ihren inneren Schwierigkeiten gescheitert sind. Es gehört also ebensoviel Gedankenlosigkeit als Gewissenlosigkeit dazu, diese Kronlandsautonomie, wie sie ist, einfach ausgestalten und, wie Steinwender will, noch neue finanzielle Mittel darauf verschwenden zu wollen. Wir werden alle Mühe haben, die allerunerläßlichsten Staatsausgaben zu decken — die Länder werden ihre Budgets eher einschränken müßen, die Zeiten der „Sanierungen" sind auf geraume Weise vorbei! Wir haben uns bisher den Luxus einer kostspieligen Doppelverwaltung in der Mittelstelle erlaubt, während wir die Lokalverwaltung gänzlich haben verkümmern lassen. Im Bilde gesprochen: wir haben für Statthalterei und für den Landesausschuß je eine große Wohnung eingerichtet und wissen noch nicht, ob die hohen öffentlichen Lasten nicht erfordern werden, daß sie miteinander auf ein Kabinett ziehen. Macht sich denn niemand in dem Kreise der Ländler eine zureichende Vorstellung davon, wodurch und wie stark die Steuerwilligkeit des Volkes nach dem Kriege in Anspruch genommen werden muß?

Die Herren Ländler sind gedankenlos auch im einzelnen wie im ganzen. So begreifen sie nicht, daß eine Kreisverfassung nicht die Einschränkung oder Aufhebung, sondern die Erfüllung der Autonomie ist. Sie begreifen nicht, daß der Kreis nur als Einrichtung der Lokalverwaltung Sinn und Nutzen hat und also an sich die Kronländer nicht berührt. Der geschichtliche Kreis, wie er aus der Theresianischen Zeit überliefert und im Volksbewußtsein erhalten ist, fällt heute noch in der Hauptsache mit dem Kreis- und Landesgerichtssprengel zusammen und wäre durch die fertig vorliegenden Abgrenzungsentwürfe einfach da und dort zu berichtigen. Die Herren Ländler beachten ferner nicht, daß eine Kreisordnung in erster Linie ein Mittel wie ein Gebot der Verwaltungsreform und so zunächst ganz unabhängig von nationalen Momenten und Motiven einzurichten ist. Je reiner man dabei auf administrative Zweckmäßigkeit bedacht ist, um so klarer wird der Erfolg dieser Reform zu Tage treten, daß nämlich die Nationen in neun Zehnteln des Staatsgebietes ihre nächsten und wichtigsten Angelegenheiten allein, voneinander ungestört, verwalten können und also neun Zehntel des Staatsbodens national befriedet sein werden. Im letzten Zehntel werden gemischtsprachige Kreise übrig bleiben, gerade dort aber wird ein großer Teil der Bevölkerung selbst beide Sprachen verstehen und die doppelsprachige Verwaltung wenig Schwierigkeiten bieten. Wo aber das Gebiet selbst doppelsprachig ist, dort bleibt nichts übrig, als die Sprachgenossen körperschaftlich zusammenzufassen, damit sie ihre besonderen, im vorzüglichsten Sinne nationalen Angelegenheiten wie die Schule gesondert verwalten.*) Die Vernunft einer solchen Regelung dringt auch überall vor. Man erinnere sich nur an den von beiden Nationsvertretungen von Budweis ausgearbeiteten Verständigungsentwurf, der in seinem Grundgedanken beide Nationen in einem Raume, auf dem Boden einer Stadt mit gesonderten Vertretungs- und Verwaltungsrechten ausstattet. Die Herren Ländler mögen die Sache drehen und wenden wie sie wollen: Das Interesse der deutschen Nation in Oesterreich fordert gebieterisch, daß die Deutschen in den Städten, die sie vor Jahrhunderten besiedelt und groß gemacht haben, nicht als Minoritäten untergehen — und nur frivole Oberflächlichkeit kann in diesem notwendigen Mittel der Selbstbehauptung wie Steinwender den „Rückzug in ein Versorgungshaus" sehen; wenn schon von Versorgungshäusern geredet werden soll, so darf nicht unerwähnt bleiben, daß manche Landstuben als solche gelten können. Ebenso gebieterisch fordert das nationale Interesse der Deutschen Oesterreichs eine Kreisordnung mit nationaler Abgrenzung. Und wenn Unverstand und Zerfahrenheit im bürgerlichen Lager aus unstillbarer Sehnsucht nach der kontrollosen Krippe der sogenannten Landesautonomie dieses doppelte staatliche und nationale Interesse preisgibt, möge er es vor seinen Wählerschaften verantworten. Die deutsche Sozialdemokratie hält fest am Brünner Programm.

Neues Wiener Tagblatt
20/II. 1916

Wirtschaftliche Wochenchronik.

14. Februar. Offiziell wird mitgeteilt, daß der Einlagenstand der preußischen Sparkassen sich im Kriegsjahre 1915 um 2 Milliarden Mark vergrößert hat. — Die russische Regierung beschließt die Aufnahme einer inneren Anleihe von 2 Milliarden Rubel. — Der Weizenpreis in London ist auf eine bisher unerreichte Höhe gestiegen. (345 Mark für die Tonne gegenüber einem Berliner Weizenpreise von 275 Mark.)

15. Februar. Der französische Finanzminister Ribot fordert einen neuen Kredit von 6333 Millionen Franken für Kriegsausgaben. — Die italienischen Anleihen von der dortigen Postsparkasse 12 Prozent unter dem Emissionskurs bewertet. — Der russische Ministerrat beschließt im Prinzip die Einführung eines Versicherungsmonopols. — Konstituierung der ungarischen Wollzentrale.

16. Februar. Eine Goldsammlung durch die österreichischen Sparkassen angekündigt. — Einschränkung der Einfuhr in England.

17. Februar. Uebereinkommen mit den Berliner Mitgliedern des Rothschildkonsortiums betreffend die Konvertierung der am 1. April d. J. fälligen 4½prozentigen ungarischen Markschatzscheine in 5prozentige. — Die französischen Kriegsausgaben bis 30. Juni 1916 werden mit 46½ Milliarden Franken präliminiert.

18. Februar. Der Jännerausweis des französischen Außenhandels zeigt ein Handelspassivum von 410 Millionen Franken in diesem einen Monat.

19. Februar. Oesterreich-ungarische Ministerkonferenzen über wirtschaftliche Fragen. — Festsetzung von Mindestpreisen für Zuckerrübe.

Kölnische Zeitung 21.III.1916.

Wirtschaft und Recht.

Schlechte Aussichten für den Wirtschaftsbund unserer Gegner.

In Nr. 170 der Kölnischen Zeitung hat jemand, der die wirtschaftlichen Verhältnisse im Ausland aus langer Erfahrung kennt, davor gewarnt, die Reden unserer Feinde vom großen Wirtschaftsbündnis nach dem Krieg, besonders ernst zu nehmen und sich dadurch schon auf bestimmte Gegenmaßregeln festzulegen. Der Einsender wies nach, daß England auf diese Weise seine Bundesgenossen dauernd an der Kette halten möchte, und daß Frankreich und Rußland darauf nicht leicht anbeißen würden. In diesem Zusammenhang ist eine französische Stimme bemerkenswert, die sich recht zurückhaltend äußert. Die in Belfort erscheinende Alsace schreibt, das vorgeschlagene Verfahren sei wenig geeignet, Frankreichs Vorteil wahrzunehmen. Sicher sei es nützlich und für beide Länder notwendig, sich enger zusammenzuschließen, aber was man als den Vorteil des Landes bei diesen Bestrebungen hinstelle, seien zumeist Sondervorteile von einzelnen. Frankreich leide unter einem übermäßigen Schutzzollsystem, ein gleiches solle jetzt in England eingeführt und das Land damit in die Zeit der Navigations-Akte und des Kolonialsystems zurückgeworfen werden. Man bereite jenseit des Kanals einen wirtschaftlichen Krieg vor, der nach den ungeheuern Ausgaben des Krieges weitere Milliarden verschlingen würde. Man spreche von einer wirtschaftlichen Absperrung, die aber ebenso diejenigen schädigen würde, die sie einführten, wie die, gegen die sie gerichtet sei. Ausgangspunkt der wirtschaftlichen Fürsorge dürfe nicht die Angst vor Deutschland und dem Handelskrieg sein, der zum Kampf der Verbündeten untereinander führen müsse, zur Vergeudung von Kräften und zu ernsten Streitigkeiten. Es sei Sache der Regierungen, ein gemeinsames Vorgehen beider Völker zu besprechen, ehe in beiden Ländern selbstsüchtige Bestrebungen die Oberhand gewännen.

Daß diese Bedenken gegen ein Wirtschaftsbündnis auch in Rußland sehr lebendig sind, beweisen Ausführungen der Birschewija Wsedomosti über die Gefährdung der russischen Landwirtschaft durch den Ausfall der Ausfuhr nach Deutschland. Um sich ein richtiges Bild davon zu machen, so schreibt das Blatt, welchen Einfluß das Aufhören jeglicher Ausfuhr auf die russische Landwirtschaft ausübt, genügt es, ihren Umfang vor dem Kriege festzustellen. Rußlands Ausfuhr an wichtigsten Getreidearten betrug im letzten Jahrfünft vor dem Kriege 660 Millionen Pud im Gesamtwerte von mehr als 600 Millionen Rubel. Nach Deutschland und Österreich wurden etwa 11 Millionen Pud Roggen, 120 Millionen Pud Weizen, 116 Millionen Pud Gerste, 10 Millionen Pud Hafer und 48 Millionen Pud Mais ausgeführt, d. h., es entfiel beinahe die Hälfte der gesamten Ausfuhr auf die gegen Rußland kämpfenden Länder. Man kann sich unschwer vorstellen, welche Folgen der Verlust der auswärtigen Märkte für die russische Landwirtschaft hat. Deutschland hat sich während des Krieges sowohl von der ungeheuern Wichtigkeit seiner nationalen Landwirtschaft als auch von der Möglichkeit überzeugen können, sie noch sehr erheblich zu entwickeln. Unter bestimmten Bedingungen wird Deutschland imstande sein, beinahe 90 v. H. seines Bedarfs zu decken. Den unbedeutenden Fehlbetrag wird es sich stets verschaffen können, ohne deswegen an den russischen Getreidemarkt herantreten zu müssen. Wahrscheinlich wird diese Tendenz beibehalten werden, wenigstens in der ersten Zeit, solange sich die Leidenschaften und die Feindschaft noch nicht ganz gelegt haben werden. Für uns, so sagt das russische Blatt, wird es aber in diesem Falle außerordentlich schwer sein, ein Absatzgebiet für diese 300 Millionen Pud zu finden, besonders da zwei Drittel der Ausfuhr auf Getreidearten entfallen, für die auf den Märkten von London und Rom so gut wie gar keine Nachfrage herrscht. — Solche Stimmen werden den Drahtziehern in London gar nicht gefallen und ihnen zeigen, daß es zum ersehnten Wirtschaftsbund noch weite Wege sind.

Neues Wiener Tagblatt 24./II. 1916

I
154

Die Zukunft unsrer Adria.

Hofrat Professor v. Wettstein über die wirtschaftliche Erschließung unsres Südens.

Der Vortragszyklus, den die Wiener Universität über unsern Süden, seine Geschichte, seine Kunstschätze und seine politische Stellung veranstaltete, erreichte seinen Höhepunkt in dem Schlußvortrag eines der gründlichsten Kenner des Adriagebiets, des gewesenen Rektors der Universität Hofrat Professor Dr. R. v. Wettstein, der unter dem Titel „Die Natur des Südens" die Verhältnisse unsres Küstengebiets behandelte und aus den gegebenen Bedingungen, der geographischen Lage und den natürlichen Hervorbringungen des Bodens ein wirtschaftliches Programm für die Zukunft dieser Länder entwickelte. Die Wichtigkeit des Themas sowohl, wie die bekannte, gründliche und zugleich volkstümliche Art dieses ausgezeichneten Gelehrten hatte ein außerordentlich zahlreiches und vornehmes Publikum herbeigeführt: Mitglieder des Kaiserhauses, der Regierung, die Spitzen der Gelehrtenwelt, unter ihnen insbesondere Kollegen des Vortragenden aus allen Fakultäten. Vom Hofe war Erzherzog Leopold Salvator mit seinem Oberstthofmeister, dem Prinzen August Lobkowitz, ferner die Gemahlin des Armeeoberkommandanten Erzherzogin Isabelle mit ihren Töchtern erschienen. Unter den hervorragendsten Funktionären sah man ferner Oberstkämmerer Grafen Lanckoronski mit seiner Familie, Eisenbahnminister Dr. Freiherrn v. Forster mit seiner Gemahlin, Sektionschef Baron Weckbecker, die Sektionschefs Dr. v. Schauer und Dr. Breycha, in Vertretung des Unterrichtsministeriums die Hofräte Dr. v. Meyer und Doktor Maurus, aus der Gelehrtenwelt die Rektoren der Wiener Hochschulen Hofrat Professor Doktor Menzel (Universität), Professor Dr. Jäger (Technische Hochschule), Professor Dr. Hecke (Hochschule für Bodenkultur), Professor Bacher (Akademie der bildenden Künste), vom Präsidium der Akademie der Wissenschaften den Vizepräsidenten Hofrat Dr. Oswald Redlich und die Generalsekretäre Hofrat v. Karabatschek und Hofrat Becke, ferner die Professoren Baron Wieser, Hofrat Baron Schwind, Hofrat Baron Eiselsberg, Hofrat Prälat Swoboda, Hofrat Professor Reisch, Hofrat Professor Hahn und v. a.

Hofrat v. Wettstein leitete seine Ausführungen mit einer Darlegung der Anziehungskraft ein, die der Süden Europas immer auf den Mitteleuropäer ausübte. Die Natur des Südens, seine Kunstdenkmäler und die historische Ueberlieferung begründen den gewaltigen Einfluß, den der Süden auf die Entwicklung bedeutender Persönlichkeiten genommen hat. Der Drang der mitteleuropäischen Völker nach dem Süden ist eine historische Tatsache, und dieses Streben der Mitteleuropäer nach den südlichen Gestaden ist nicht allein auf politische Wünsche zurückzuführen, sondern es war tief in der menschlichen Natur begründet.

Der Krieg, fuhr der illustre Redner fort, hat uns nun von neuem gelehrt, was der alte Begriff der Autarkie bedeutet: die Selbständigkeit des Staates in bezug auf die Befriedigung aller Bedürfnisse. Es gibt aber sozusagen auch eine ästhetische Autarkie, eine Autarkie des Genusses; und von dem Standpunkte dieser ästhetischen Autarkie können wir, ganz abgesehen von allen militärischen, politischen, wirtschaftlichen und historischen Gründen, die unser Recht auf die Adria begründen — Anspruch erheben auf einen gesicherten Anteil an dem Süden. Wir verlangen auf Grund dieser Autarkie die Möglichkeit, die Herrlichkeiten des Südens auf unserm eigenen heimischen Boden zu genießen!

Neues Wiener Tagblatt 24./II. 1916

II

155

Die Zukunft unsrer Adria.

Die Natur unsres Südens ist durch seine Bodengestalt, durch sein Klima, durch seine Pflanzen- und Tierwelt bedingt. Insbesondere drückt sich aber sein Charakter sichtbar in seiner Pflanzenwelt aus. Schon im südlichen Teil von Tirol zeigt sich dies, und je weiter wir nach Süden kommen, desto deutlicher wird es. Eine Reihe prächtiger Bilder, die durch das heutige Kriegsgebiet, durch Südtirol, Istrien und Dalmatien, in Karstlandschaften sowohl wie auf blühende Inseln führen, in die reiche Vegetation wie in die Welt der alten Kunstdenkmäler Einblick gewähren, zeigen die Schätze, um die wir dort kämpfen. Die landschaftliche Eigenart der Gegend ist aber nicht bloß ästhetisch, sondern insbesondere auch wirtschaftlich zu werten, und die Möglichkeiten, die sich aus der Bewirtschaftung des Bodens ergeben, zeigen einen erfreulichen Ausblick für die Zukunft, besonders, wenn wir noch mehr, als dies bisher geschah, verwerten wollen, was uns die Natur in unserm Süden bietet. Schon Südtirol mit seinen Kurorten, die so erfreulich aufgeblüht sind, zeigt, daß wir für gesundheitliche Bedürfnisse im eigenen Lande sorgen können, für die manche glaubten, das Ausland aufsuchen zu müssen. Nicht nur Kurbedürftige, sondern auch Touristen und namentlich Künstler zieht das Land an. Die Adrialänder mit ihren landschaftlichen Schönheiten, den künstlerischen Denkmälern und dem eigenartigen Volksleben, das zum Teil noch nicht recht erschlossen ist, sind ein ebenso dankbares Reiseziel: die Städte sowohl wie die Landschaften, die Kurorte, die Inseln, die Denkmäler der Vergangenheit, ob sie nun erhalten sind oder ob die Stürme der Zeit zerstörend über sie hingingen. Und es muß immer wieder gesagt werden, daß sie bisher viel zu wenig besucht und viel zu wenig geschätzt worden sind. Und nun die Frage, welche wirtschaftlichen Vorteile sich in einer hoffentlich nahen Zukunft aus all dem, was diese Gegenden uns bieten, sich werden erschließen lassen. Zunächst ist eine wirtschaftliche Hebung des Landes dadurch möglich, daß seine Pflanzenwelt besser gepflegt und ausgebeutet wird und daß wir erhebliche Mengen von Pflanzen, die wir gegenwärtig um schweres Geld aus dem Ausland beziehen, auch an der eigenen Küste gewinnen können. Der Import von Blumen aus dem Gebiet der italienisch-französischen Riviera ist ja schon gegenwärtig Gegenstand einer begründeten Kritik geworden. Eine ganze Reihe von Zierpflanzen und Schnittblumen kann in jenen Gegenden Dalmatiens gewonnen werden, die nach den Messungen der letzten Jahre die gleichen klimatischen Verhältnisse zeigen wie die „blaue Küste". Es ist gewiß nicht unwichtig, zu wissen, daß die mittlere Jahrestemperatur in einem Teil des südlichen Dalmatien sich in nichts von jener der italienischen Riviera unterscheidet, nach der bisher der Fremdenstrom so reißend floß. Fragt man sich, welche Gruppen von Reisenden unsre Adria den ausländischen Konkurrenzgebieten abnehmen könnte, so wird man drei Klassen von Wanderern unterscheiden können: die Vergnügungsreisenden, die Naturfreunde und insbesondere die Kurbedürftigen. Allen diesen hat unser Süden vieles zu bieten, was gleichwertig mit den Darbietungen der Riviera ist. Wenn also in naher Zukunft ein gesteigerter Fremdenverkehr an unsrer Adria schon durch die politischen Verhältnisse zu erwarten ist, so müssen wir anderseits auch eine Reihe Voraussetzungen dafür schaffen, insbesondere durch die Ausgestaltung der Verkehrswege sowie durch die Errichtung guter, wenn auch einfacher Gasthöfe, die sich im Betrieb und in der Bauart der Eigenart des Landes einzufügen hätten. Der Anfang dazu ist ja gemacht, und in der Adriaausstellung hat man ein empfehlenswertes Muster gesehen. Sowohl in unsern Reisebedürfnissen wie auch in mancher Art der Einfuhr können wir uns so in Zukunft von den feindlichen Ländern unabhängig machen, indem wir gleichzeitig einen der schönsten Teile unsres eigenen Heimatlandes heben und fördern.

Der Vortragende schloß seine Erörterung mit einem zweifachen Wunsch: Es möge uns bald wieder vergönnt sein, frei von allen Sorgen die Herrlichkeiten unsres Südens zu genießen, ferner aber mögen die Beziehungen der Gesamtheit unsres Staates zu unsrer Adria vergleichbar sein dem Verhältnis von Eltern zu einem Kinde, dessen Verlust durch schwere Krankheit drohte und das sie nach Ueberwindung der Krise mit doppelter Liebe umgeben.

Der Vortag fand außerordentlichen Beifall. Erzherzog Leopold Salvator erörterte nach Schluß der Ausführungen mit Hofrat v. Wettstein in längerem Gespräch den Gegenstand seines Vortrages.

Vossische Zeitung
27./II. 1916.

156

Geordnete Kriegswirtschaft.

Von

Georg Münch.

In der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses der deutschen Reichsbank hob Präsident Havenstein hervor, daß die Lage des Instituts sowie unseres Geldmarktes überhaupt nach wie vor durchaus befriedigend sei: Nach nun fast neunzehn Kriegsmonaten eine gewiß erfreuliche Feststellung, zumal im Angesicht einer neuen Kriegsanleihe des Reiches, die, wie mit Bestimmtheit vorauszusehen ist, wieder eine ganze Anzahl von Milliarden Mark in Bewegung setzen wird! In der Tat ist keine Erscheinung unserer Kriegswirtschaft interessanter und wichtiger als diese unentwegt günstige Verfassung unseres Zentralnoteninstituts und unseres offenen Geldmarktes. Hier steht ein Zeichen kluger Organisation und wuchtiger Kraft vor uns, dessen Wert hinter dem unserer Kriegsbereitschaft und Kriegstüchtigkeit nicht zurücksteht. Jede Woche können wir uns dessen aufs neue freuen, wenn wir die Ziffern des Reichsbankausweises prüfend überblicken. Ja, so sehr sind wir schon an sein günstiges Aussehen, an seine befriedigenden Posten gewöhnt, daß viele ihm heute weniger Beachtung schenken als in Friedensjahren, wo das Auf und Nieder seiner Zahlen, das Schwanken der Diskontsätze oft genug die gesamte Geschäftswelt in die höchste Spannung versetzte. Eben darum aber ist es angebracht, einmal einen Blick auf die Entwicklung der Reichsbank von Kriegsbeginn bis heute zu werfen, einen Rückblick, der zugleich auch einen Ausblick gestattet.

Von glücklicher Vorbedeutung für die Gestaltung der Dinge im Kriege war es, daß sich die Bank im Juli 1914 eines außerordentlich kräftigen Standes erfreute. Ihr Ausweis vom 23. Juli jenes Jahres bot ein Bild kraftstrotzender Flüssigkeit dar. Der Notenumlauf von 1891 Millionen Mark war in Höhe von 95 pCt., also beinahe ganz, durch Metall, Reichskassenscheine und Noten anderer Banken gedeckt. Die Golddeckung der Noten allein belief sich damals auf fast 72 pCt. Der Bankdiskont war mit 4 pCt. auf mäßiger Höhe, während der Berliner Privatdiskont mit 2⅛ pCt. Zeugnis von einer reichlichen Versorgung des freien Geldmarktes ablegte. Alles schien auf Ruhe und Frieden zu deuten. Wie trügerisch diese Zeichen waren, haben wir schauernd erlebt. Schon die letzte Juliwoche verlief in fürchterlicher Spannung. Der Notenumlauf schwoll in diesen acht Tagen allein um 1018 Millionen an, der Metallvorrat sank um 163 Millionen. Unser Geldmarkt stand im Banne des ersten Schreckens über den Ausbruch des Krieges. Doch mit fester Hand führte die Regierung auch auf dem finanziellen Gebiet die Zügel. Mitten im Lärm der ersten Kriegstage wurden neben dem ersten 5-Milliarden-Kredit beim Reichstage bedeutsame Vorlagen eingebracht, welche der Reichsbank eine lückenlose Rüstung gegenüber staatlichem und privatem Geldbegehr im Kriege schufen. Mit der Gewißheit, daß die Befriedigung dieser Bedürfnisse auf keine Schwierigkeiten stoßen würde, kehrten Ruhe und Besonnenheit in die Geschäftswelt und das Publikum zurück. Die Panik der ersten Kriegszeit war auf solche Art schnell überstanden. Wie sich dieser Umschwung vollzog, wie sich unsere Finanzwirtschaft auf den Krieg einstellte, ging von Woche zu Woche immer deutlicher aus den Reichsbankausweisen hervor. Im Nachstehenden wollen wir dies durch einige charakteristische Ziffern beleuchten. Es betrugen bei der Reichsbank:

in Millionen ℳ	Metall	Gold allein	Notenumlauf	Reichs- u. Darlehnskassenscheine	Wechsel	Einlagen
1914						
23. Juli	1691	1357	1891	65	751	944
31. Juli	1528	1253	2909	33	2081	1258
31. August	1607	1556	4235	183	4750	2441
30. September	1737	1716	4491	336	4756	2351
31. Dezember	2130	2093	5046	875	3937	1757
1915						
31. März	2378	2338	5624	563	6860	4037
30. Juni	2434	2388	5840	508	4918	1799
30. September	2457	2419	6158	885	7471	4416
31. Dezember	2477	2445	6918	1288	5803	2359
1916						
31. Januar	2495	2454	6502	706	5273	1785
23. Februar	2502	2456	6286	265	5501	1787

Die beiden ersten Reihen der Tabelle gewähren eine Uebersicht über das geradezu erstaunliche Anschwellen des Goldvorrats — eine mitten im Kriege in der Finanzgeschichte aller Zeiten einzig dastehende Erscheinung. Ihr ist es zu danken, daß unser Notenumlauf heute in Höhe von 39,1 pCt. durch Gold gedeckt ist, das heißt, nur um etwa 4 pCt. schlechter als am 31. Juli 1914, bei Kriegsausbruch! Dabei ist aber nicht zu vergessen, daß unsere Geldmittel auch die Bedürfnisse der von unseren Truppen eroberten Gebiete zu erfüllen haben. Erheblich mehr als eine Milliarde Mark Reichsbanknoten wird allein dadurch im Verkehr erhalten. Nicht minder erstaunlich als die Gestaltung der Notendeckung ist die Entwicklung des Umlaufs an Darlehnskassenscheinen, wie er sich in der obigen Aufstellung widerspiegelt. Nur der verhältnismäßig winzige Betrag von 265 Millionen Mark solcher Scheine (zusammen mit Reichskassenscheinen) liegt bei der Reichsbank. Darin sprechen sich zwei wertvolle Tatsachen aus: Auf der einen Seite bleibt die Inanspruchnahme der Darlehnskassen andauernd weit hinter dem Umfange zurück, auf den man sie eingerichtet hatte, was als ein überaus befriedigendes Zeichen der Kreditverhältnisse im Reiche anzusehen ist. Auf der anderen Seite gehen die Darlehnskassenscheine als beliebtes und begehrtes Zahlungsmittel flott in den Verkehr. Sie bewähren sich als ein ganz vorzügliches Kriegsgeld. Was endlich die beiden letzten Reihen der Tabelle angeht, so stellen sie, zusammen betrachtet, unserer staatlichen und privaten Finanzwirtschaft das denkbar beste Zeugnis aus. Wechsel abzüglich der Einlagen ergeben für den 23. Februar des laufenden Jahres eine Inanspruchnahme der Bank in Höhe von 3714 Millionen Mark. Mit anderen wichtigen Stichtagen vergleicht sich diese Ziffer wie folgt:

31. Dezember 1914	2180	Millionen
30. Juni 1915	3119	„
30. September 1915	2955	„
31. Dezember 1915	3444	„
23. Februar 1916	3714	„

Es steht also nur eine recht langsame Steigerung der Inanspruchnahme vor uns, bei deren Berechnung die jetzt ja zur Bedeutungslosigkeit herabgesunkenen Konten der Effekten und Lombardvorschüsse außer Betracht bleiben konnten. Streicht man von dieser jetzigen Inanspruchnahme die der privaten Geschäftswelt ab, so bleiben für Reichsschatzwechsel im Portefeuille der Bank keine übermäßig hohen Beträge. Wir stehen somit durchaus klaren und geordneten Verhältnissen gegenüber. Der Wert dieser Wahrheit tritt uns besonders dann greifbar vor Augen, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß der französische Staat der Bank von Frankreich jetzt, kurz nach der Ausgabe der „Siegesanleihe", nicht weniger als 5865 Millionen Franken schuldet!

Unsere Darstellung führt uns so von selbst zu dem Thema „Reichsbank und Kriegsanleihen". Wie die letzteren auf die Reichsbank eingewirkt haben, läßt sich ebenfalls aus unserer großen Tabelle ablesen. Man betrachte die scharfe Steigerung von Wechseln sowie von Giroeinlagen im ersten Vierteljahr des vorigen Jahres. Das war vor der zweiten Kriegsanleihe bzw. während der Zeichnung auf sie, die von Ende Februar bis Mitte März 1915 dauerte. Die Beanspruchung der Reichsbank durch Wechsel stieg zwar in jener Zeit stark, gleichfalls aber die Ansammlung von privaten Mitteln für die Zeichnung auf die neue Anleihe. Eben deshalb stellte sich im zweiten Vierteljahr die folgerichtige Rückbildung durch Abnahme sowohl der Einlagen wie des Wechselbestandes ein, der ja zu einem erheblichen Teile aus Schatzwechseln besteht. Bei der dritten Kriegsanleihe wiederholte sich das Spiel: Vor ihrer Emission, die im September 1915 stattfand, schwollen Wechsel und Einlagen an, nach ihr sanken beide Konten scharf. Gegenwärtig nun zeigen sie ein für die Kriegszeit normales Bild. Das Wechselportefeuille ist nicht übertrieben hoch, und gleichzeitig halten sich die Einlagen noch auf mäßiger Höhe. Mit dem Herannahen des Zeichnungstermins der vierten Kriegsanleihe dürfte sich allmählich ein Wandel einstellen, vor allem in der Richtung der Bereitstellung großer privater Mittel auf Girokonto (als Einlagen). Daß solche Mittel reichlich vorhanden sind, beweist jede Bankbilanz, jeder Abschluß eines größeren industriellen Unternehmens. Die Gesellschaften, vornehmlich die mit Heereslieferungen betrauten, erfreuen sich einer früher nicht gekannten Flüssigkeit und können darum (statt früherer Bankschulden) Bankguthaben ausweisen. Doch nicht allein aus der Industrie, sondern auch aus dem Publikum strömen der Bankwelt fortgesetzt Gelder zu, die einstweilen nur in den Genuß überaus niedrig bemessener Depositenzinssätze treten. Unsere im Kriege geschlossene Wirtschaft bewirkt gemeinsam mit der Ausschaltung der eigentlichen Börsenunternehmung, daß es der durchaus nicht stillstehenden Kapitalneubildung gewissermaßen an Anlagegelegenheit fehlt. Und da es jetzt im Kriege bei uns keine bessere Anlage als diejenige in Kriegsanleihe gibt, so wird das sich neubildende Kapital für die Zwecke der Kriegsanleihezeichnung beiseite gestellt. Es stellt so eine kostbare Reserve für das Gelingen auch der vierten Anleihe dar.

Neues Wiener Tagblatt
27. Dez. 1916

Wirtschaftliche Wochenchronik.

20. Februar. Verordnung zur Sicherung der Rübenproduktion. — Erhöhung der Branntweinsteuer um 40 H. pro Liter Alkohol. — Eröffnung der Güteraufnahme auf der Donaustrecke Budapest-Semlin. — Verkauf amerikanischer Werte im Betrage von mehr als 100 Millionen Kronen durch das englische Schatzamt an den Stahltrust.

21. Februar. Die englische Regierung bringt im Parlament einen neuen Kriegskredit von 420 Millionen Pfund Sterling ein. Die betreffende Vorlage wird sofort erledigt. Dadurch steigen die bisher bewilligten englischen Kriegskredite auf 2082 Millionen Pfund.

22. Februar. Organisation eines Kriegsausschusses der Wollindustrie. — Verordnung zur Regelung des Eierhandels. — Verlängerung des Paraffinkartells. — Gründung einer österreichisch-ungarisch-bulgarischen Aktiengesellschaft in Budapest. — Gesetzliche Beschränkung in der Dividendenbemessung italienischer Aktiengesellschaften. — Die französische Deputiertenkammer beschließt die Einführung einer Kriegsgewinnsteuer.

23. Februar. Kundmachung betreffend die Organisation der Devisenzentrale.

24. Februar. Aktivierung der Devisenzentralen in Wien und Budapest. — Neuregelung der Kreditierung von Zollgebühren.

25. Februar. Veröffentlichung der neuen deutschen Steuergesetzentwürfe, insbesondere des Kriegsgewinnsteuergesetzentwurfes. — Der Budapester Magistrat beschließt die Aufnahme einer städtischen Markanleihe von 13 Millionen Mark und einer Kontokorrentanleihe von 30 Millionen Kronen.

26. Februar. Verordnung betreffend die Verarbeitungsbeschränkungen für Materialien der Wollindustrie.

Arbeiterzeitung
29./II. 1916

Das Werk der Wiederherstellung.

Allzusehr steht unsere Politik wie unsere Wirtschaft unter dem Banne der Anschauungen vor dem Kriege; der einzelne, die Partei, der Staat und mit ihnen die Presse, die Programme und das gesamte öffentliche Denken sind noch eingestellt auf Aufgaben und Ziele, wie sie die lange, glückliche Zeit des vierzigjährigen Friedens gereift hat. Nicht rechtzeitig genug können wir darangehen, uns auf die andere Welt zu besinnen, vor der wir stehen werden.

Das gilt für die Volkswirtschaft vor allem. Wir sind zu leicht versucht, anzunehmen, daß mit dem Geläute der Friedensglocken sofort alles wiederkehrt wie es war, vom größten bis zum kleinsten, von der Effektenbörse bis zur Kaisersemmel. Und doch haben sich grundlegende Aenderungen vollzogen.

Der Ackerboden ist ärmer geworden, das Oedland hat Kulturboden, das Brachland die Saat, die leere Scholle den Humus zurückgedrängt! Die Ställe, die Hühnerhöfe sind nicht voll, die landwirtschaftliche Maschinerie ist abgenützt, die Bauten sind nicht instand gehalten. Haben wir schon vor dem Kriege Brotfrucht einführen müssen, Vieh und Fleisch einführen sollen, so wird das mindestens auf ein Jahrzehnt hinaus in weit höherem Maße der Fall sein. Das Morgen ist nicht wie das Gestern und kann es auch in der Handelspolitik nicht sein.

Einen großen Teil der staatlichen Verwaltungsarbeit werden wir auf die landwirtschaftliche Produktionsförderung legen müssen, zu den herkömmlichen Spielereien mit der Subventionierung von Wettrennen und dergleichen wird uns Zeit, Lust und Geld fehlen — wir werden tiefer, sehr tief pflügen müssen, um das elementare Problem zu bewältigen, wie dem Volke sein Stück Brot werde!

Die industrielle Produktion ist bis auf wenige Zweige beinahe neu zu begründen. Viele Industrien haben liquidiert, manche sich auf neue Produkte oder auf besondere Verfahren eingerichtet, Produktionen wurden durch Ausnahmspreise rentabel, die im Frieden nicht so erhalten werden können. Alle Betriebe aber finden im Frieden eine jetzt noch ganz unbekannte Preisbasis vor, da sich bis dahin zwei, in der ganzen Geschichte der kapitalistischen Wirtschaftsweise beispiellose Preisrevolutionen vollzogen haben werden. Die Preisumwälzung im Kriege selbst ist an sich ungeheuerlich, die Preisumwälzung beim Uebergang zum Frieden ist wieder völlig unberechenbar. Nun ist für jede Erzeugung, für jedes Gewerbe der Preis des Produkts gleichsam das jüngste Gericht, das über Leben und Tod entscheidet. Nicht einmal ungefähr erinnern die heutigen Preise an jene vor dem Kriege. Kein Erzeuger vermag sich nur die leiseste Vorstellung von den Kosten der Roh- und Hilfsstoffe nach dem Kriege zu bilden. Bedenkt man, daß die Zölle, die das Preisniveau zu regeln bestimmt waren, nur Aufschläge von wenigen Prozenten bewirkten, daß die Kalkulation des Industriellen oft mit minimalen Ansätzen zu rechnen hatte, so wird sofort klar, daß der ganze Kram von Zollsätzen bis auf weiteres hinfällig ist — wir treten in das Reich des Unbekannten hinüber.

Um so wichtiger, entscheidender, gebieterischer werden die Fragen der Industriepolitik an die Gesetzgebungen herantreten. Mehr als die langweiligen Sprachenfragen, mit denen wir beinahe ein Menschenalter vertrödelt haben, wird uns in Zukunft der Preis des Roheisens und der Rohbaumwolle interessieren. Die industrielle Wiederherstellung wird Staat und Volk, wird die Talente weit mehr in Anspruch nehmen als die hochinteressanten Staatsrechtsfragen, mit denen uns ein übelberatener Nationalismus durch viele Parlamentsjahre ganz ergebnislos gequält hat.

Der Brennpunkt aber, in dem alle Bewegungen der Staats- wie der Volkswirtschaft zusammenwirken, ist der private Haushalt. Auf den täglichen Mittagstisch fällt jede Steuererhöhung zurück, ob sie nun als direkte Steuer das Einkommen schmälert oder als indirekte das Brot verteuert. Unser Haushalt ist im Kriege vollständig umgestaltet worden: das Mehl hat das Fleisch, die Kartoffel das Mehl, die Margarine das Fett, die Konserve und das Surrogat die frische Küche verdrängt, ja vielfach die Speiseanstalt den heimischen Tisch. Hierin nun liegt der entscheidende psychologische Wandel. Die Not hat jeden Staatsbürger und jede Frau gezwungen, die höchsten Probleme der Welt, Krieg und Frieden, sowie die höchsten Probleme des Staates, seine innere und äußere Politik, samt und sonders auf den Haushalt zu beziehen. Dieser Wandel hat alle Klassen ergriffen, den Unternehmer und den Arbeiter, den Gelehrten wie den Gerichtsschreiber. Die Politik wird in Hinkunft Wirtschaft sein, die Hauswirtschaft sich eins fühlen mit der Volkswirtschaft.

In ihrer ganzen Unbeträchtlichkeit werden sich die Probleme selbst bloßstellen, mit denen man uns bisher zerstreut oder belustigt oder gemartert hat. Jetzt erst treten die Volksmassen ganz und bewußt in das Zeitalter der Wirtschaftlichkeit ein.

Mehr aber als diese Aufgaben wird uns die große Pflicht in ihren Bann zwingen, die Pflicht zum Wiederaufbau des Volkskörpers. Vorerst die menschliche Sorge für die Kriegsopfer, die invaliden Männer, die Witwen, die Waisen. Die Größe der gesetzgeberischen Leistung, die wir Europäer da vollbringen müssen, wird durch die Milliarden, die sie rein materiell beansprucht, nur teilweise veranschaulicht. Aber selbst das ist das Größte und Schwerste nicht. Der tiefere Schaden, der sozial bedeutsamste, liegt in der Verschiebung der Geschlechter. Jener aus der Geschichte, wenn auch nur annähernd bekannte Mißstand tritt im stärksten Maße in ganz Europa ein: ein beispielloses Ueberwiegen der Frauenzahl über die Zahl der Männer, die schwere ethische Not von Millionen Frauen, denen die Ehe versagt ist, die nicht minder große materielle Not der Frauen, die zum Erwerb genötigt sind und die geschichtlichen Schranken des Geschlechtes bei der Strafe des Verkommens durchbrechen müssen. Die Frauenfrage, bisher von vielen wie eine Altjungfernschrulle behandelt, wird zum dringendsten Problem der Erhaltung unserer Art. Und mit ihr die Frage des Kindes! Gerade diese hat aufgehört, bloß auf Sitte und Sittlichkeit gestellt und auf Moralpredigten verwiesen zu sein. Furchtbare Krankheiten, die sich ebenso heimlich wie rasch über das ganze Volk, über Stadt und Dorf ausbreiten, die nun nicht nur über ein Staatsgebiet, sondern fast über alle Erdteile hin grassieren, zerstören entweder die Gebärfähigkeit oder schlagen den Keim mit verheerendem Gift. Die Menschheit hat einen so gewaltigen, so tückischen Feind vor sich, daß vor ihm wohl bald alle Staats- und Nationsfeindschaft versinken wird. Die Wiederherstellung des Menschen, im nüchternsten, im physischen Sinne wird uns viele, viele Jahre beschäftigen, sie wird im Brennpunkt unseres Denkens stehen und uns vor der Langeweile unserer bisherigen Hochziele bewahren. Das soziale Werk — das ist das Zukunftsziel! Ihm wird sich die ganze Volks- und Staatswirtschaft unterordnen müssen und der Prüfstein des einzelnen Menschen, der Parteien, der Staaten wird ihr soziales Wirken, ihr Vorzug ihr soziales Gewissen, ihr Fluch und Untergang aber die Unsozialität sein. Was kommt, ist das soziale Jahrhundert.

Schwer mitkommen werden dabei jene, deren Denken und Wollen vor dem Kriege ganz anders gerichtet war. Die Arbeiterklasse hat den geschichtlichen Vorsprung, daß ihr ganzes Wesen seit jeher eingestellt ist auf Wirtschaft und Gesellschaft, daß ihr Dasein selbst ökonomisch und sozial ist. Und so wird die Zukunft, die unter so furchtbaren Wehen und Schrecken geboren wird, den arbeitenden Menschen gehören.

Fremdenblatt
1. III. 1916

Der wirtschaftliche Niedergang Rußlands.

Im „Nowoje Wremja" veröffentlicht, wie wir der „Korr. Rundschau" entnehmen, Menschikow eine Zusammenstellung der Preissteigerung der Lebensmittel in Rußland. Auf Grund von Erhebungen in 62 russischen Märkten überzeugte man sich, daß der Weizen um 62 Prozent, Weizenmehl um 51 Prozent, Roggen um 79 Prozent, Roggenmehl um 81 Prozent, Heidemehl um 123 Prozent, Fleisch um 37 Prozent, Butter um 95 Prozent, Salz um 143 Prozent, Zucker um 56 Prozent gestiegen sein. Der taurische Gubernialsemstwo hat der Regierung ein Memorandum vorgelegt, in dem ausgeführt wird, daß die Liquidierung des deutschen Grundbesitzes innerhalb des Gouvernements ein Defizit von über 35 Millionen Pud im Getreide bringen werde. Infolge der Liquidierung würden zahllose Betriebe aufgelassen, wodurch die Produktion von Lebensmitteln aufhören werde.

Die „Birschewija Wiedomosti" schreiben, das russische Ackerbauministerium habe sich nun gezwungen gesehen, der Bevölkerung offiziell kund zu tun, daß die Fleischkrise akut geworden sei. Der Viehbestand Rußlands sei um 25 Prozent gesunken. Das Ministerium habe, um einer Katastrophe vorzubeugen, die Herabminderung der Fleischrationen und die Einführung fleischloser Tage verfügt. Die Unfähigkeit der Behörden habe jene Uebelstände großgezogen. „Torgowo Promyschlennaja Gazeta" erklärt, angesichts der Notwendigkeit, die Armee weiterhin ausreichend mit Fleisch zu versorgen und die Landwirtschaft vor der drohenden Gefahr einer vollkommenen Vernichtung der Viehbestände zu bewahren, müsse im Fleischverbrauche der Bevölkerung puritanische Knappheit eintreten. Im Süden und Südwesten Rußlands habe sich der Viehbestand um mehr als 40 Prozent verringert. Der Fleischverbrauch, der auf dem Lande vielfach um 150 bis 200 Prozent gestiegen sei, sowie die Flüchtlinge hätten die Fleischkrise, die nun ausgebrochen sei, beschleunigt. „Prawitelszwenni Wjestnik" ermahnt die Bevölkerung zur Enthaltsamkeit und stellt fest, daß in erster Linie das Heer und die ärarischen Arbeiter ihre Fleischportionen bekommen müssen.

Nach Daten der „Birschewija Wiedomosti" haben vier durch diesen Krieg akut gewordene Momente den Verfall des russischen Ackerbaues, der immer katastrophaler werde, herbeigeführt: die Einstellung der Ausfuhr, die Aufhebung des Branntweinmonopols, der Arbeitermangel und die Zerrüttung der Transportverhältnisse. Während Deutschland infolge des Krieges seine nationale Landwirtschaft entwickelte, gerate die Rußlands ins Verderben. Die Krise der russischen Landwirtschaft habe bereits in der Einschränkung der Saatenfläche ihren Ausdruck gefunden. Der russische Großgrundbesitz, dessen Lage jeder Kriegstag verschlechtere, sei besonders hart betroffen. Man müsse sogar mit der Möglichkeit einer vollständigen Liquidierung des russischen Großgrundbesitzes rechnen. „Torgowo Promyschlennaja Gazeta" führt aus, daß die Frühjahrssaat 1916 besonders empfindlich im Süden und Südosten Rußlands vermindert werden würde. Der Rückgang betrage vielfach mehr als 40 Prozent. Der Arbeitermangel auf dem Gebiete der Landwirtschaft sei gegenüber dem Jahre 1914 um 50 Prozent gestiegen. Im zweiten Kriegsjahre habe er mehr als das Zweieinhalbfache betragen, wobei schon die Frauen und Minderjährigen sowie die neuen Maschinen als Ersatzmittel berücksichtigt seien. Die Einberufungen zum Militärdienst und die Arbeitsunlust der Bauern seien schuld an diesen Dingen. Die großen Lohnunterschiede zwischen den Arbeitern in der Landwirtschaft und in der Industrie seien gleichfalls für diese Frage wichtig. Die Aussichten für das kommende Landwirtschaftsjahr seien geradezu bedrohlich.

Fremdenblatt
1. III. 1916

Geheimer Rat Leo Lanczy über Wirtschaftsfragen.

Budapest, 29. Februar. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Geheimer Rat Leo Lanczy hat die heutige Plenarsitzung der Budapester Handels- und Gewerbekammer mit einer Ansprache eingeleitet, in der er auf die neuen großen Erfolge unserer Armee verwies und sich dann mit den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen beschäftigte.

Redner führte aus, daß die Teuerung noch immer die brennendste Frage unserer wirtschaftlichen Lage bilde. Sie sei nicht durch Einzelne verursacht worden, sondern habe sich aus der Summe einer ganzen Reihe unglücklicher Umstände ergeben, unter anderem auch daraus, daß der Handel aus zahlreichen wirtschaftlichen Gebieten gewissermaßen ausgeschaltet werde. Die verschiedenen Zentralen haben die Freiheit des Handels gelähmt, doch werden mit der Zeit hoffentlich diese Schranken wieder fallen und dann werde die volle Freiheit des Handels wieder gegeben sein.

Redner sprach seine Ueberzeugung aus, daß es gelingen werde, ein inniges Verhältnis mit Deutschland zu schaffen, das beiden Parteien zum Vorteil gereichen werde. Den Interessen Ungarns würde ein kurzfristiger Vertrag entsprechen, doch sei dieser Teil der Verhandlungen von den Besprechungen mit Deutschland abhängig. Nach dem jetzigen Kriege komme der wirtschaftliche Krieg, für den wir uns schon jetzt vorbereiten müssen, damit wir auch aus ihm als Sieger hervorgehen.

Fremdenblatt

1./III. 1916

Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Durazzo.

Der Hafen von Durazzo, wo jetzt das Banner Oesterreich-Ungarns flattert, zählt zu den wichtigsten Plätzen der östlichen Adria. Die letzten Mitteilungen über die Wirtschaftslage in Durazzo danken wir der amtlichen österreichisch-ungarischen Konsular-Berichterstattung. Diesen Berichten wollen wir im nachstehenden folgen. In den letzten Jahren, seit dem Ausbruche des Balkankrieges, unterlagen freilich auch für Durazzo die Voraussetzungen des Wirtschaftsbetriebes gründlicher Umwälzungen, und so besagen die Ergebnisse des Handels dieser letzten Jahre eigentlich sehr wenig für die Beurteilung der Zukunft. Im Jahre 1914 hatte der Handel Durazzos bis Mitte Mai einen allgemeinen Aufschwung genommen. Von Mitte Mai, als die Revolution gegen das neue Regime ausbrach, stellte sich völlige Stagnation ein, und sie hielt bis Anfang September vor. Am 5. September 1914 zogen die Insurgenten in Durazzo ein — der Fürst war am 3. September abgereist — und nun wurde der bis dahin unterbundene Verkehr nach dem Landesinnern sofort aufgenommen und es folgte ein Aufschwung, der freilich mit dem unter dem fürstlichen Regime noch nicht zu vergleichen war. Im Oktober 1914 wurden auch zwei griechische Schiffahrtslinien für die Pflege des Albanien-Verkehrs eröffnet; ihre Fahrzeuge brachten Getreide, Mehl, Eß- und Kolonialwaren im Transit über Saloniki oder Piräus. Als dann aber gegen Ende des Jahres 1914 ein neuer Aufstand gegen die provisorische Regierung von Durazzo ausbrach und die Stadt gegen das Hinterland hin neuerlich abgesperrt wurde, hörte dann in Durazzo fast jedwede geschäftliche Tätigkeit auf. Noch im April 1914 hatte eine vom ungarischen Handelsmuseum in Durazzo veranstaltete Ausstellung von Warenmustern manche guten Erwartungen erweckt. Eine bessere Zukunft dürfte sich, so bemerkt der frühere österreichisch-ungarische Konsul Lejhanec in Durazzo, dem Lande erst nach Beendigung des Krieges eröffnen.

Der Getreidebau erstreckt sich auf Weizen, Gerste, Hafer und Mais. Neben ihm wird Wein und Tabak kultiviert. In der Viehwirtschaft kommt neben der Rindviehzucht vor allem die Schafzucht in Betracht. Unter normalen Verhältnissen wurde Rindvieh nach Italien ausgeführt. In der Landwirtschaftsausfuhr standen sonst im übrigen Käse und Oel, Wolle, Felle und Eier im Vordergrunde. Eier wurden früher in größerem Maße nach Oesterreich-Ungarn exportiert. In nennenswerten Mengen bildeten auch Nüsse und Salz — bei Durazzo sind Seesalinen — den Gegenstand eines Ausfuhrhandels. Bauholz und Brennholz — im Küstengebiete sind größere Bestände der Sumpfeiche, in den höher gelegenen Teilen sind uralte, wertvolle Holzbestände — sind früher großenteils nach Italien abgesetzt worden.

Der Einfuhrhandel Durazzos erstreckte sich hinsichtlich Oesterreich-Ungarns vorwiegend auf Kaffee, Zucker, Reis, Bier, Spiritus, Eßwaren, Zündhölzchen, Baumwollgarne und -Gewebe, konfektionierte Kleider, Baumaterialien, Möbel, Eisen und Stahl, Maschinen und Maschinenteile, ferner Waffen und Munition, Bretter und Pferde.

Im Jahre 1914 betrug der Wert des Gesamt-Handelsverkehrs in Durazzo 7,067 Millionen Frank gegen 9,425 Millionen Frank des Jahres 1913. An diesem Verkehr waren Oesterreich mit 54,5 (1913 47,3) Prozent, Ungarn mit 2,8 (2,9) Prozent, Italien mit 22,5 (26,3), Griechenland mit 9,9 (3,6) und andere Staaten mit 10 (19,9) Prozent beteiligt. Im Jahre 1913 war speziell England mit 12 Prozent am Durazzo-Handel vertreten. Von diesem Gesamthandel trafen 5,827 Millionen Frank (7,229 Millionen Frank) auf die Einfuhr — Oesterreich 51 (44) Prozent und Ungarn 3,2 (3,8) Prozent — und 1,240 (2,196) Millionen Frank auf die Ausfuhr aus Durazzo. Vom Export aus Durazzo nahm Oesterreich 70,8 (57,9) Prozent und Ungarn 0,1 (0,16) Prozent, dagegen Italien bloß 23,4 (31,6) Prozent auf. Oesterreich behauptete seine führende Stellung in Durazzo, obwohl unsere Schiffahrtslinien ihren Albanien-Dienst nach dem Kriegsausbruch eingestellt hatten, und prozentuell nahm unser Anteil am albanischen Ausfuhrhandel sogar noch sehr beträchtlich zu.

Fremdenblatt
2. III. 1916

Die Hebung der türkischen Volkswirtschaft.

K. **Konstantinopel**, 28. Februar. Die neu erschienene türkische „Wirtschaftliche Zeitschrift" enthält lange Erklärungen des Handels- und Ackerbauministers Ahmed Nesimi Bey, insbesondere über die Tätigkeit, die diesem Ressort, welches nächstens zum „Ministerium für nationale Wirtschaft" umgenannt werden soll, in der nächsten Zeit bevorsteht.

Hienach richte das Ministerium in erster Linie sein besonderes Augenmerk auf die Ausdehnung des Bodenbaues, um eine reichere Ernte zu sichern. Heuer seien Samen im Werte von 350.000 Pfund verteilt worden. Das Ackerbaudepartement werde Hand in Hand mit dem Kriegsministerium bei den Erntearbeiten vorgehen. Die Tschikur Ova-Ebene im Wilajet Adana werde mit Maisbesät werden. Dem Reisbau werde eine viel größere Ausdehnung gegeben und eine Reismühle in Brussa errichtet werden. Die Schuljugend werde entsprechend vorbereitet, um bei den Landarbeiten zugezogen zu werden. Eine große Aktion zur Vernichtung der Heuschrecken werde unternommen werden, wobei auch 13 Arbeiterbataillone von der Armee werden verwendet werden. Ein deutscher Fachtechniker soll die zum Rübenbau geeigneten Ländereien und die Orte, wo Zuckerfabriken errichtet werden sollen, bezeichnen.

Ein Handelsamt zur Erteilung von jeder Art Auskünfte über den Handel soll errichtet und bei den türkischen Botschaften sollen Posten von Handelsattachés kreiert werden. Für das Forstwesen sollen deutsche Fachleute in türkischen Dienst genommen werden, während der bereits fungierende österreichische Oberforstrat Veit mit Hilfe von neu zu ernennenden österreichischen Fachleuten die Provinz bereisen soll, um die Forste genau abzugrenzen und die Hauungen vorzuschreiben.

Weiter werde eine Industriebank errichtet und darauf Bedacht genommen werden, daß sich fremde Kapitalien neben den einheimischen bei allen Unternehmungen im Lande beteiligen.

Der Minister gedachte schließlich der Entwicklung, die infolge der Aufhebung der Kapitulationen der türkischen Schiffahrt und Industrie sowie dem Handel überhaupt bevorstehen.

Fremdenblatt
4. VIII. 1916

Vorträge über den Balkan.

Eröffnungsfeier der Freien Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung.

Nach zweijähriger Unterbrechung hat gestern die Freie Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung ihre Tätigkeit wieder aufgenommen, und zwar mit einem Vortragszyklus, der eng an die jüngsten weltpolitischen Vorgänge anschloß. Sämtliche Vorträge sind dem Balkan und dem nahen Orient gewidmet. Der Eröffnungsvortrag war verbunden mit einer Inaugurationsfeier im Festsaale der Handelskammer, zu der sich die politische und wissenschaftliche Welt in großer Zahl eingefunden hatte.

Der Präsident der Vereinigung Sektionschef Dr. Ewiklinski eröffnete die Feier mit einer Rede, in der er u. a. ausführte: „Nach den herrlichen Siegen der verbündeten tapferen Armeen glauben wir, es wagen zu können, uns wissenschaftlichen Fragen zu widmen, die sich aus den großen Ereignissen der Gegenwart ergeben. Daß wir uns den Balkanländern und dem nahen Orient zuwenden, ist verständlich, da diese Gebiete jüngst in den Vordergrund der Weltpolitik getreten sind. Die Heimatsgebiete unserer östlichen Bundesgenossen wurden unserem Empfinden noch näher gebracht. Die kriegerischen Erfolge haben auch eine Reihe wirtschaftlicher Probleme aufgehäuft, die für die Zentralstaaten, namentlich für unsere Monarchie, von hervorragender Bedeutung sind. Und wenn man sich auch von der Gestaltung der Dinge nach dem Kriege noch kein Bild entwerfen kann, die wirtschaftlichen Verhältnisse der verbündeten Staaten noch nicht geklärt sind, so vernimmt man doch von überall her den Wunsch, daß das gemeinsame Band auch in Friedenszeiten seine Stärke bewahre, daß die gewonnenen Vorteile eine Unterlage für eine ausgedehnte Gemeinsamkeit von Kultur und Wirtschaft schaffen. Der Zusammenschluß der feindlichen Völker schafft eine umso dringendere Notwendigkeit zur gegenseitigen Unterstützung der Staaten des Viererbundes.

Die Donau-Adria-Monarchie darf den Anspruch erheben, daß ihr im Kreise der Bundesgenossen, wie bei dem Waffengange, so auch nach dessen glücklichem Ende, der gebührende Platz an den Unternehmungen selbst die entsprechende Beteiligung zufalle. Die geographische Lage des Reiches weist seine Industrie und seinen Außenhandel auf den nächsten und nahen Orient. Seit jeher gepflegt, bilden die innigen Beziehungen zum Balkan, Kleinasien und Syrien einen Bestandteil der historischen Tradition, der historischen Mission Oesterreich-Ungarns. Nun müßte dieser Verkehr noch erweitert nub den geänderten Verhältnissen entsprechend modifiziert werden, die Beziehungen müßten vielseitiger und noch inniger werden, wenn Oesterreich-Ungarn sich und seinen Freunden nützen, wenn es ein wertvolles und vollwertiges Glied in der durch das Waffenbündnis geschlossenen Kette sein soll. Die äußeren Bedingungen sind vorhanden, auch fehlen den beiden Staaten der Monarchie nicht die nötigen Hilfsmittel, die Bevölkerung besitzt Vorzüge, besitzt die Eignung für eine derartige Betätigung; anerkanntermaßen zeichnet sie die Gabe aus, die Individualitäten anderer Völker und Stämme zu verstehen und sich deren Eigenart anzupassen und erhöht ihre Fähigkeit, sich im Auslande geltend zu machen. Vermehrte Aufgaben erheischen indessen ein größeres Maß von Energie. Schlummernde, unbenützte Kräfte müssen geweckt, gesammelt und organisiert, neue Wege gesucht und geebnet werden. Der wissenschaftlichen Forschung eröffnen sich weite Horizonte, die Lehre hat ihr Gefolgschaft zu leisten. Fruchtbare Gedanken und Pläne sowie nützliche Kenntnisse, technische und naturwissenschaftliche, wissenschaftliche und rechtliche, sollen in weitere Gesellschaftskreise getragen und ihnen in entsprechender Form zugänglich gemacht werden.

Der Perserkönig hat vor 24 Jahrhunderten Schiffsbrücken von Asien nach Europa geschlagen. Auch jetzt wird zwischen Orient und Okzident eine Brücke gebaut, eine Brücke der Eintracht und der Freundschaft, aus festestem Material: der Ueberzeugung vom Nutzen und der Notwendigkeit des Zusammenwirkens, der in der Waffenbrüderschaft der Völker gewonnenen gegenseitigen Wertschätzung. Auf solcher Unterlage wird der Bau der Unbill der Zeiten trotzen .(Lebhafter Beifall.)

Den einleitenden ersten Vortrag hielt Dr. Heinrich Friedjung, der über die Balkanpolitik der europäischen Großmächte sprach.

In dem dichtgefüllten Saale sah man u. a.: Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh, die Minister v. Georgi und Ritter von Hussarek, Sektionschef v. Schlager in Vertretung des Kriegsministers, Botschafter a. D. Grafen Lützow, die Minister a. D. Dr. v. Korytowski, Dr. v. Engel, Dr. v. Derschatta, die Sektionschefs FML. Bellmond und Dr. v. Schauer, den Präsidenten des Obersten Rechnungshofes Dr. Freiherrn v. Plener, den Senatspräsidenten v. Schenk, Rektor Dr. Menzel, die Herrenhausmitglieder Präsident der Handelskammer v. Schoeller und Hofrat von Philippovich, den türkischen Botschaftsrat Blaque Bey, den bulgarischen Botschaftsrat a. D. Dr. Gheorgiew u. v. a.

Hamburger Fremdenblatt 4./III. 1916.

Die Sprachenfrage im Wirtschaftsleben der Türkei.

Aus Konstantinopel wird uns geschrieben:

In einer der letzten Sitzungen hat die türkische Kammer, wie bereits telegraphisch berichtet, ein Gesetz angenommen, das den Gebrauch der türkischen Sprache in den Handelsgesellschaften, den osmanischen wie den ausländischen, zwangsweise vorschreibt. Diese Maßnahme ist ein sehr großer Schritt auf dem Wege zur Nationalisierung des Wirtschaftslebens der jungen Türkei, und verdient auch in Deutschland weitestgehende Beachtung.

Das Gesetz macht mancherlei Unterschiede zwischen den osmanischen und den ausländischen Handelsgesellschaften. Die ersteren werden durch das Gesetz gezwungen, ihre gesamte Korrespondenz sowie ihre Bücher in türkischer Sprache zu führen. Die ausländischen Gesellschaften haben sich der türkischen Sprache und Schrift nur für diejenigen Korrespondenzen zu bedienen, die mit der Regierung gewechselt werden, ferner aber für Dokumente, die sie mit Privatpersonen austauschen, und für die Buchführung.

Es ist selbstverständlich, daß diese Vorschriften eine tiefeinschneidende Wirkung auf das Geschäftsleben in der Türkei ausüben werden. Nachdem bereits aus der Beamtenschaft der Regierung, soweit es irgend tunlich war, alle nicht osmanischen Personen ohne Rücksicht auf die Dauer und den Wert ihrer bisherigen Dienste, entfernt worden sind, wird jetzt das neue Gesetz dazu beitragen, auch in die privaten Firmen eine große Zahl von Osmanen einrücken zu lassen, da viele Posten, die bisher durch eingewanderte Europäer oder Söhne von in die Türkei früher eingewanderten fremden Staatsangehörigen ausgefüllt wurden, in Zukunft mit Leuten besetzt werden müssen, die der türkischen Sprache und Schrift mächtig sind.

Die Annahme dieses Gesetzes und die Erläuterungen, die in der türkischen Presse daran geknüpft worden sind, haben in der europäischen Bevölkerung Konstantinopels, besonders in den kaufmännischen Kreisen, eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen, und es läßt sich nicht leugnen, daß die Durchführung der neuen gesetzlichen Bestimmungen für viele Firmen nicht ganz einfach sein wird. Es wird ein neuer Stab von Beamten notwendig werden, die man erst heranziehen, und deren Vertrauenswürdigkeit man sich versichern muß. Es ist ferner klar, daß die Vorschrift, auch die mit Privatpersonen ausgetauschten Dokumente — so natürlich auch alle Verträge — in türkischer Sprache und Schrift abzufassen, sehr häufig große Schwierigkeiten hervorrufen wird, zum Beispiel in allen den Fällen, in denen weder der Chef der Firma, noch die Person, mit der der Vertrag geschlossen wird, das Türkische in Wort und Schrift beherrscht. In diesen Fällen wird immer eine Uebersetzung angefertigt werden müssen, die ein Notar zu beglaubigen hat. Die Einrichtung der Notare ist deshalb vor kurzem hier ins Leben gerufen worden. Sie war dem türkischen Rechtsleben bisher fremd. Aber auch auf diesem Umwege wird man nicht immer ohne weiteres zum Ziele kommen, denn als Original hat natürlich der türkische Text zu gelten, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sich die Auslegung des türkischen Textes durch den türkischen Richter von dem Wortlaut der Uebersetzung unterscheidet, die beim Abschluß des Vertrages der Notar beglaubigt hat, und die nicht dem Buchstaben, aber dem Geiste nach die Grundlage des Vertrages bedeutet.

Die Folge dieser Schwierigkeiten wird voraussichtlich die sein, daß in sehr vielen Verträgen, die zwischen ausländischen, in der Türkei arbeitenden Handelsgesellschaften und Personen der gleichen Nationalität das eigene Konsulat, bei Verträgen mit Personen einer anderen Nationalität eines der beiden in Frage kommenden Konsulate im voraus als Schiedsrichter anerkannt wird. Einen ähnlichen Weg wird man voraussichtlich bei Verträgen mit den Angestellten einschlagen, soweit es sich nicht um türkische Untertanen handelt. In diesem Punkte wird also der Zweck des Gesetzes nicht in vollem Maße erfüllt werden, denn die Bestimmungen werden nicht überall zur Ausführung gebracht werden, und es werden überdies viele Angelegenheiten der türkischen Rechtsprechung entzogen, die man ihr vielleicht willig überlassen hätte, wenn die Schwierigkeit der Sprache und Schrift nicht im Wege stände.

Anderseits aber wird man ohne weiteres zugeben, daß die Türken völlig in ihrem Rechte sind, wenn sie verlangen, daß

1. die Korrespondenz mit der Regierung in ihrer Landessprache geführt wird,
2. daß Dokumente, die Gegenstand der Entscheidung eines türkischen Richters bilden können, in der Sprache abgefaßt werden, die dieser Richter schreibt und spricht, und daß
3. die Buchführung, soweit sie nach dem Gesetze der Kontrolle der Regierung untersteht, auch in der Sprache der Beamten dieser Regierung gehalten ist.

Es soll auch in diesem Punkte zugegeben werden, daß bis zu einem gewissen Grade das in der Türkei geschriebene und gesprochene Deutsch von dem neuen Gesetz betroffen wird, das geschieht aber in verhältnismäßig geringem Maße. Ein wirklicher Schlag ist das Gesetz nur für die französische Sprache in der Türkei, die bisher gewohnheitsgemäß fast allgemein als zweite Landessprache betrachtet wurde. Das Gesetz bedeutet deshalb trotz vorübergehender Unbequemlichkeiten keine Schädigung der deutschen Sprache und Kultur in der Türkei. Es ist für Deutschland, wenn auch sehr schwierig, so doch weit ratsamer und angenehmer, in türkischer Sprache und Schrift mit einer rein türkischen starken Türkei zu verkehren, als wie das bisher fast durchweg geschah, in französischer Sprache mit einer von sogenannter französischer Kultur beeinflußten Türkei.

Die Zeit 5. III. 1916

Wirtschaftliche Konsequenzen des Krieges.

Ungarn und das fremde Kapital.

Vom Geheimen Rat Josef Szterenyi, Staatssekretär a. D., Mitglied des ungarischen Reichstages.

Heute hat die Frage der Beteiligung fremden Kapitals in Ungarn noch keine Aktualität, denn jeder Staat hat finanziell mit sich genug zu tun, die Kriegführenden so wie die Neutralen. Nur nach dem Kriege kann darüber gesprochen werden, aber auch dann nur in sehr beschränktem Maße, denn der Krieg wird für den Frieden solche Anforderungen an alle Staaten stellen, daß jeder Staat froh sein dürfte, wenn er seinen eigenen Bedarf decken wird können. Großbritannien überschreitet — nach den jüngsten offiziellen Angaben — schon die fünfzigste Milliarde und hat nunmehr einen täglichen Kriegsbedarf von 120 Millionen Kronen; Frankreich nähert sich — ebenfalls nach offiziellen Mitteilungen — den 40 Milliarden, und das Deutsche Reich steht jetzt vor der Auflage neuer 10 Milliarden Mark, womit sein Kriegskredit auch an die 50 Milliarden Kronen heranreichen wird. Nur drei kriegführende Staaten, und schon sind 150 Milliarden Kronen beisammen, während die gesamten Staatsschulden sämtlicher europäischen Staaten Ende 1912 nicht 120 Milliarden Kronen überstiegen. Und wo sind noch die anderen Kriegführenden, Rußland und wir, die Türkei und Bulgarien — bei der zweiten Jahreswende des Krieges werden die gesamten Kriegskosten der Staaten nicht weit von 250 Milliarden Kronen stehen. Das werden aber nur die unmittelbaren Kriegskosten sein, darin ist von den enormen Kriegsschäden noch kein Heller enthalten.

Heute handelt es sich darum, den Krieg unter allen Umständen durchzuhalten. Das werden wir auch, und alle Berechnungen unserer Feinde müssen diesbezüglich fehlschlagen. Nach dem Kriege aber wird ihre finanzielle Lage nicht besser sein als die unsrige, die enormen Kriegslasten werden alle Staaten zu fühlen bekommen. Im Deutschen Reich werden sie heute — einen zweijährigen Krieg als Grundlage angenommen — mit einer Summe von mindestens drei Milliarden Mark angenommen, und daß diese Ziffer nicht zu hoch gegriffen ist, erhellt schon daraus, daß nur die Zinsenlast der Kriegsdarlehen zwei Milliarden Mark übersteigt. Bei uns in Ungarn werden wir nicht viel unter einer Milliarde stehen, vielleicht sogar darüber, und Oesterreich dürfte auch nicht viel billiger als mit zwei Milliarden jährlicher Kriegslasten davonkommen.

So gestaltet sich etwa das finanzielle Bild nach dem Kriege. Die Steuerschraube wird da ganz besonders einsetzen müssen.

England lieferte schon Leckerbissen für die Finanzverwaltungen, seine Steuer- und Zollerhöhungen vom Herbst 1915 betragen nicht weniger als 2600 Millionen Kronen pro Jahr. Das ist aber dort nur als erster Schritt angekündigt. Wie muß da die Fortsetzung aussehen! Erspart bleiben diese Lasten niemandem. Auch das werden wir ertragen, weil wir es eben ertragen werden müssen, nur wird die Vermehrung des Nationalvermögens darunter stark zu leiden haben. Die sonstigen Ersparnisse werden für die staatlichen Lasten aufgehen. Eine starke Stagnation wird in dieser Beziehung eintreten, und diese wird um so stärker sein, in je geringerem Maße es uns gelingen wird, unsere Produktion zu steigern. In landwirtschaftlicher Beziehung ebenso wie in industrieller. Hiervon wird die Gestaltung unserer ganzen wirtschaftlichen Situation nach dem Kriege abhängen. In industrieller Beziehung hege ich starke Bedenken. Mir wäre es am liebsten, wenn ich mich täuschen sollte. Ganz anders kann sich die Landwirtschaft gestalten. Da spielen andere Faktoren mit. Hier kann sehr bald ein Aufschwung eintreten, der zum großen Teil auch von uns selbst abhängt. Mit emsiger Arbeit kann in verhältnismäßig kurzer Zeit vieles geleistet werden. Aber Kapital wird notwendig sein. Viel Kapital, das wir aber nicht besitzen oder, besser gesagt, über das wir nicht verfügen werden. Denn heute haben wir es, heute besteht bei uns ein großer Geldüberschuß, der aber im Verhältnis der staatsfinanziellen Konsolidierung sehr bald nur gewesen sein wird. Da werden Industrie und Landwirtschaft sehr stark auf fremdes Kapital angewiesen sein. Von wo aber es nehmen? Oesterreich war in erster Reihe unser Bankier vor dem Kriege. Staatspapiere und Pfandbriefe hatten doch ein regelmäßiges Absatzgebiet und Reeskomptekredite ihre sichere Quelle. Ob dies nach dem Kriege auch möglich sein wird — den besten Willen vorausgesetzt —, das muß bezweifelt werden, denn so stark ist Oesterreich finanziell nicht, daß es seinen eigenen Kreditbedarf und auch dies leisten wird können. Auf andere Staaten, wo wir vor dem Krieg auf größere Summen rechnen konnten, insbesondere beim Pfandbrief- und Eskomptegeschäft, werden wir jetzt kaum rechnen können. Deutschland wird uns jedoch zur Seite stehen müssen; es muß daran selbst ein Interesse haben. Auch würde das die praktische wirtschaftliche Annäherung bedeuten. In dem Verhältnis, als Deutschland für unsere wirtschaftlichen Verhältnisse ein finanzielles Interesse bekundet, festigt es die Bande wirtschaftlicher Beziehungen mit uns. Allerdings wird auch Deutschland mit sich selbst zu tun haben nach dem Kriege. Trotzdem rechnen wir auf seine Mitwirkung auf allen wirtschaftlichen Gebieten in Ungarn.

Neues Wiener Tagblatt
5. III. 1916

Wirtschaftliche Wochenchronik.

28. Februar. Erhöhung der Zuckerpreise in Ungarn um 14 Kronen pro Meterzentner. — Beschränkung des Zuckerverbrauches für die Schokoladefabrikation in Deutschland.

29. Februar. Veröffentlichung des Prospektes für die vierte deutsche Kriegsanleihe. Es werden neben dem bisherigen Typus der fünfprozentigen Reichsanleihe 4½prozentige, in zehn Serien auszulosende Schatzscheine emittiert, erstere zu 98½, letztere zu 95 Prozent.

1. März. Beginn des verschärften deutschen Unterseebootkrieges gegen bewaffnete feindliche Handelsschiffe. — Beschränkung des Zwischenverkehrs mit Zucker zwischen Oesterreich und Ungarn. — Eine Konferenz der englischen Handelskammern fordert in einer Resolution die Regierung auf, nach dem Kriege Maßregeln zur Einschränkung des Handels mit den feindlichen Ländern zu ergreifen. — Der russische Finanzminister Bark veranschlagt in der Duma die täglichen Kriegsausgaben Rußlands auf 31 Millionen Rubel.

2. März. Eine kaiserliche Verordnung regelt das Verhältnis zwischen Dienstgebern und Dienstnehmern während der Militärdienstzeit. — Für den Jänner dieses Jahres wird bei den k. k. Staatsbahnen eine Mehreinnahme von 6·2 Millionen und für die Zeit vom 1. Juli 1915 bis Ende Jänner eine Mehreinnahme von 84·2 Millionen Kronen ausgewiesen. — Errichtung einer Zeitungspapierzentrale in Budapest.

3. März. Verordnungen betreffend die Sicherstellung des Frühjahrsanbaues. — Sperre der Spiritusvorräte in Ungarn. — Erhöhung der deutschen Tabakabgaben und Kriegszuschlag zur Zigarettensteuer. Eine Mehreinnahme von 159 Millionen Mark hieraus erwartet. — Die türkische Kammer votiert einen neuen allgemeinen Zolltarif. — Sprunghaftes Steigen der amerikanischen Eisenpreise.

4. März. In der Plenarsitzung der Wiener Börsekammer werden die vorgeschlagenen Bedingungen für die Wiederaufnahme und Neuregelung des Effektenverkehres genehmigt. — Beginn der Subskription auf die vierte deutsche Kriegsanleihe.

Neue Freie Presse

5./III. 1916

Krieg und Verwaltungsreform.

Von **Universitätsprofessor Dr. Karl Brockhausen.**

Wien, 4. März.

I. Die Vorarbeit.

Die im Jahre 1911 eingesetzte Kommission zur Förderung der Verwaltungsreform hat bald nach Kriegsbeginn ihre Tätigkeit eingestellt; heute bemängelt man vielfach diesen Schritt, weil uns der kommende Friede durch eine wohlvorbereitete Reform für die vielen neuen Aufgaben gerüstet finden sollte. Das Aufgeben der Reformtätigkeit zu Beginn des Krieges und der Wunsch, sie im Verlaufe des Krieges doch wieder aufzunehmen, sind Gegensätze, die zwei ganz verschiedenen Anschauungen entspringen; die eine verlangt Schweigen über das, was nach dem Kriege geschehen soll, sie ist aber bereits überholt; die andere will schon heute Vorarbeit leisten für das, was doch unvermeidlich ist; sie will die gehobene Stimmung für einen großen Umschwung ausnützen, das Eisen schmieden, solange es warm ist.

Ueberhaupt, weshalb hat die mit so viel Erwartungen begrüßte „große" Reformkommission im Herbst 1914 zu arbeiten aufgehört, bevor sie fertig geworden war? Denn daß sie ihre Aufgabe erfüllt hätte, behauptet sie selbst nicht. Gewiß hatte sie den formalen Grund für sich, „zunächst" nur auf drei Jahre bestellt zu sein; aber dieses Hindernis hätte sich um so leichter beseitigen lassen, als eine Verlängerung schon bei ihrer Einsetzung vorgesehen war. War also der Krieg der eigentliche Vernichter der Kommissionstätigkeit? Er scheint mehr ein Vorwand als die wahre Ursache des Stillstandes zu sein; er war eine Gelegenheit, klanglos im Kanonendonner zu verschwinden; die würdigen Exzellenzen und zumeist älteren Herren der Kommission waren schwerlich an ihrer persönlichen Weiterarbeit gehindert.

Gewiß, wenn es auf Tod und Leben geht, hat man nicht Lust und Muße, bloße Schönheitsfehler auszubessern; aber eine Verwaltungsreform, die selbst eine Kur zur Lebensrettung sein sollte, hätte sich nun erst recht ins Zeug legen müssen, damit man, wohlvorbereitet und mit durchdachten Entschlüssen versehen, die große Wiedergeburt sogleich mit Friedensbeginn durchführen könne — so sollte man meinen!

War es demnach ein übereilter und nicht zu rechtfertigender Schritt, daß die „große" Reformkommission bald nach Kriegsbeginn auseinanderstob? Ich behaupte nein; sie tat sehr gut daran, zu verschwinden. Denn die wahre Ursache, weshalb sie abtrat, lag weder in dem Ablauf ihrer formalen Bestellungsfrist, noch in dem Beginn des Krieges, sondern ganz wo anders, und nur wer diese Ursache richtig erfaßt, gelangt zu einer klaren Vorstellung von dem, was jetzt geschehen muß. Nur dann vermeidet man es — als ob nichts dazwischen läge als achtzehn versäumte Arbeitsmonate — den Faden dort anzuknüpfen, wo er damals abgerissen ist, und das wäre ein großer Fehler; denn der Faden riß eigentlich nur deshalb ab, weil er bereits innerlich vermorscht war. Dies klarzulegen ist heute so wichtig, damit wir bei der neuen Reformbewegung den alten Fehler vermeiden.

Bekanntlich erfolgte die Einsetzung der Kommission aus freiem Willen der Regierung; nicht die müde Volksvertretung hatte den Anstoß gegeben, sondern dies tat in zuvorkommender Weise — man kann das Wort in doppeltem Sinne nehmen — die Regierung, und deshalb war es ihre Pflicht, mindestens die zu lösende Aufgabe klarzustellen und das Ziel der von ihr beabsichtigten Reform bekanntzugeben; aber beides hatte sie unterlassen.

Das Einberufungsschreiben vom 22. Mai 1911 sagt nur, daß „die fortschreitende Entwicklung . . . erhöhte Anforderungen" an die Verwaltung gestellt hat; ein „zeitgemäßer Ausbau" solle sie befähigen, „mit den wachsenden Bedürfnissen gleichen Schritt zu halten". Die „erprobten Grundlagen der staatlichen Verwaltung" sollen „bewahrt" bleiben. Diese wohlabgewogenen Worte sind bedeutsam durch das, was sie sagen, wie nicht minder durch das, was sie verschweigen. Es wird also der Reformgedanke nicht

Neue Freie Presse Abendbl. 7. III. 1916

Wirtschaftliche Verordnungen in Ungarn.

Budapest, 7. März.

Das Amtsblatt veröffentlicht eine Regierungsverordnung, wonach unsere Handels- und Verkehrsverhältnisse zu Bulgarien bis auf weiteres, spätestens aber bis zum 31. Dezember 1916, auf Grund des Prinzips der Meistbegünstigung zu behandeln sind.

Ferner wird eine Verordnung des Ackerbauministers verlautbart, wonach in Zukunft auf dem Gebiete gewisser Komitate nicht nur die Kriegsgetreidegesellschaft, sondern jedermann für seine eigene Wirtschaft ausschließlich vom Produzenten Mais einzukaufen berechtigt ist, wenn er die Hälfte des eingekauften Maisquantums für den öffentlichen Bedarf an die Kriegsgetreidegesellschaft abtritt.

Arbeiterzeitung 9./III. 1916

Der Wirtschaftskrieg im Frieden.

Der Wettbewerb im Welthandel und Weltverkehr, der zähe Konkurrenzkampf der Schiffsreeder um die Schiffahrtslinien und Handelshäfen, der Kaufleute um die überseeischen Märkte, der nationalen Industrien um die Absatzgebiete und vor allem der nationalen Kapitale um die Anlage in den jungfräulichen Kolonialländern haben diesen Krieg der Waffen vorbereitet. Die Schutzzollpolitik hat dem Kampf der nationalen Kapitale die Machtmittel des Staates geliehen, Rüstungen zu Wasser und zu Lande haben die Geschäftsansprüche der nationalen Bourgeoisien unterstützt. Diese Politik des Imperialismus, deren Höhepunkt die Marokko-Affaire war, hat den Krieg eingeleitet. Jetzt scheint es oder vielmehr ist es beinahe schon Gewißheit, daß der Krieg selbst zum Vorspiel neuer Handelskämpfe wird.

Immer wildere Botschaften vernimmt man gerade darüber aus den Ländern der Entente, vor allem aus England. Den tiefen Zusammenhang des englischen Kriegswillens mit den Handelsinteressen verrät das Wort, das der englische Handelsminister an die Vertretung der Kaufleute gerichtet hat, daß „der Sieg und Englands Handel" sich deckende Begriffe seien. Aus anderen Beweggründen führt die englische Bourgeoisie den Krieg weiter, als jene sind, aus denen ihr die Arbeiterklasse heute Gefolgschaft leistet: die Bourgeoisie führt ihn für das Schiffahrtsmonopol und den Welthandelsvorrang des britischen Kapitals, und dies offen ausgesprochen und mit vollem Bewußtsein. Ein gewaltiger Wandel hat sich in der Denkweise des englischen Bürgertums vollzogen, er tritt kraß in Erscheinung, wenn man seine Vergangenheit der Gegenwart gegenüberstellt. Die alten Freihandelsideologien scheinen im Schwinden, wenn nicht schon verflogen. Die „Leipziger Volkszeitung" erinnert an den Beschluß der Geistlichen aus ganz Großbritannien und Irland, den sie auf ihrer Konferenz zu Manchester am 18. August 1841 gefaßt haben: „Nach dem Urteil dieser Konferenz sind die Gesetze, die die Einfuhr der notwendigsten Lebensmittel einschränken, tatsächlich und offenbarlich ungerecht. Sie wirken mit besonderer Härte auf die arbeitenden Klassen, indem sie ihnen gleichzeitig den Markt für die Verwertung ihrer Arbeitsergebnisse nehmen und den Preis der Nahrungsmittel in die Höhe treiben." Gegen dieses vor achtzig Jahren siegreich gewordene Bekenntnis halte man die Gegenwart: Der Freihandel wankt in dem einzigen Großstaat, der ihm treu geblieben ist; die schutzzöllnerische Bewegung in Großbritannien gewinnt zusehends an Kraft, vielleicht hat sie schon die Oberhand. Die „Konferenz der Handelskammern des Vereinigten Königreiches", bisher ein Schutzwall des Freihandels, hat die Regierung aufgefordert, Maßregeln zur gegenseitigen Bevorzugung des britischen Reiches und der Verbündeten zu ergreifen, ferner zu einer günstigen Behandlung der Neutralen und zur Einschränkung des Handels mit den feindlichen Ländern, durch Einführung von Zöllen, die verhindern, daß der Markt von ihnen überflutet wird, und schließlich Maßregeln zur Förderung der einheimischen Industrie. — Der Krieg hat eine völlige Umkehr in den handelspolitischen Auffassungen der englischen Bourgeoisie bewirkt!

Vorangegangen war ihm ein aufsehenerregender Zwischenfall: Manchester ist die Mutterstadt der Freihandelsbewegung der Welt und die Bürger der Stadt haben deren Aposteln Cobden und Bright auf dem Platze vor dem Rathause ein Doppelstandbild gesetzt. In den schweren Kämpfen des letzten Jahrzehnts hat die Kammer von Manchester fest zu ihren Ueberlieferungen gestanden. Nicht leicht vergißt eine Stadt und eine Industrie die ruhmvolle eigene Geschichte. Die Handelskammer Manchester war es, die am 20. Dezember 1888 die berühmte, von Cobden verfaßte Petition: „An das hohe Haus der Gemeinen von Großbritannien und Irland, versammelt im Parlament" richtete und darin damit schloß:

Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß zu diesen ewigen Grundsätzen auch das unveräußerliche Recht jedes Menschen gehört, die Ergebnisse seiner Arbeit gegen die Erzeugnisse anderer in Tausch zu bringen, und den Schutz eines Teiles der Allgemeinheit auf Kosten aller anderen Klassen für ungesund und unverantwortlich erklärend, sprechen Supplikanten an das hohe Haus die ernste Bitte aus: Alle Gesetze, die sich auf die Einfuhr ausländischen Korns und anderer ausländischer Nahrungsmittel beziehen, aufzuheben und auf die Landwirtschaft wie auf die Fabrikation die wahren und friedlichen Grundsätze freien Handels auszudehnen durch Beseitigung aller Hindernisse, die der unbeschränkten Beschäftigung von Industrie und Kapital entgegenstehen.

Und auch jetzt noch hatte der Vorstand dieser Kammer einen freihändlerischen Beschlußantrag eingebracht; aber die Vollversammlung lehnte ihn ab und beschloß zu Gunsten der Schutzzölle, beschloß die Abwehr des feindlichen Handels!

Wenn das am grünen Holze von Manchester geschieht, ist nicht zu verwundern, daß beinahe ganz England folgt. Es ist nicht der Haß gegen den Feind allein oder auch nur vorwiegend. Die Bedingungen der Weltwirtschaft sind schon vor dem Kriege, vollends aber im Kriege andere geworden. Nicht nur die Handelswege haben sich verschoben, auch viele Voraussetzungen der Produktion selbst und am meisten wohl die Rückwirkungen der Staatswirtschaft auf die Privatwirtschaft. Die Verteuerung des für Englands Wettbewerbsfähigkeit so wichtigen billigen Geldes, der große Geldbedarf des Staates und der Widerwille der Besitzenden gegen Steuern auf Einkommen und Vermögen — all das stärkt die Schutzzollbewegung und drängt die wetterfesten Freihändler aus ihren ältesten Trutzburgen. Darüber hinaus erwächst der britischen Regierung im Schutzzoll eine Waffe gegen andere schutzzöllnerische Staaten, aber auch ein wichtiges Mittel, durch handelspolitische Begünstigungen das Mutterland mit den Kolonien zu einer höheren wirtschaftlichen und politischen Einheit zu verbinden und nebenbei den Verbündeten im Kampfe gegen Deutschland, wie dieser Tage der großrussische Imperialist Peter Struve verlangte, Vorteile zu gewähren. Staatspolitische und privatwirtschaftliche Gründe treiben zu dem gleichen Ziele, zum wirtschaftlichen Abschluß des britischen Weltreiches gegenüber den Zentralmächten und zu dem Versuch, deren Stellung auf dem Weltmarkt zu untergraben.

Weniger Bedeutung möchten wir dabei den Plänen beilegen, die jetzt von den Bourgeoisien der Westmächte eifrig betrieben werden, den Plänen, alle vier Verbündeten wirtschaftlich zusammenzuschließen und gegen die Wirtschaftsstellung der Zentralmächte zu mobilisieren. Zu verschieden sind die dauernden handelspolitischen Interessen der beteiligten Länder, als daß dem Versuch ein beachtenswerter Erfolg beschieden sein könnte. Genug daran, daß nach menschlichem Ermessen der Freihandel aus seiner letzten Stätte vertrieben wird, aus dem britischen Reiche, das zugleich die Kampfstätte des Welthandels überhaupt war. Damit verändert sich das handelspolitische Antlitz der Welt. Dunkel und voll Gefahren erscheint die Zukunft auch nach Schluß des Krieges der Waffen. Der Wirtschaftskrieg der Kapitalien wird ihn überdauern.

Neue Freie Presse

10./III. 1916

Die wirtschaftlichen Verhältnisse Portugals.

Wien, 9. März.

Deutschland hat aus der Politik, welche Portugal gegenüber dem Deutschen Reiche seit vielen Monaten verfolgte, die Konsequenzen gezogen, seinen diplomatischen Vertreter abberufen und dem portugiesischen Gesandten in Berlin die Pässe zugestellt. In immer steigendem Maße ist Portugal in politische Abhängigkeit von England geraten, und die weitere Entwicklung wird dem Lande den deutlichsten Beweis erbringen, daß es sich durch den Weg, den es eingeschlagen hat, schwere wirtschaftliche Schäden zuziehen muß. Unter dem Druck Englands hat Portugal sein Heer mobilisiert, seine Truppen in den Kolonien gegen deutsche Truppen geschickt und sich damit finanzielle Opfer auferlegt, die auch durch ausgiebige englische Subventionen nicht ausgeglichen werden können.

Portugal ist ein Land, das über eine geringe industrielle Entwicklung verfügt und gezwungen ist, die landwirtschaftlichen Erzeugnisse seines Bodens auszuführen. In den letzten Jahren war der Verkehr zwischen Deutschland und Portugal etwas lebhafter geworden, und die portugiesischen Produkte, namentlich Weine, Oliven, Mandeln und gewisse Südfrüchte waren in erhöhtem Maße in Deutschland abgesetzt worden. Die portugiesische Ausfuhr nach Deutschland dürfte vor dem Kriege einen Wert von 30 Millionen Mark gehabt haben und hat sich demnach in einem Zeitraume von etwa acht Jahren fast verdoppelt. Die Einfuhr Deutschlands nach Portugal hat im gleichen Zeitraume eine langsamer aufsteigende Bewegung genommen. Der Wert der deutschen Wareneinfuhr, die sich hauptsächlich aus Industrieprodukten zusammensetzte, wird auf 45 Millionen Mark veranschlagt, was im Zeitraume von acht Jahren einer Steigerung von rund 10 Millionen Mark entsprechen würde. Die Ausfuhr der portugiesischen Portweine war durch alle möglichen Mittel gefördert worden und

---

bildete im Verein mit dem Export von Kork, Kautschuk und Kakao die Basis des portugiesischen Außenhandels.

Die wirtschaftlichen Beziehungen, welche Portugal mit Oesterreich-Ungarn unterhält, waren in den letzten Jahren gleichfalls im Steigen begriffen. Sie können ziffermäßig aus der amtlichen Statistik aus dem Grunde nicht voll erfaßt werden, weil die portugiesischen Produkte größtenteils nicht über österreichische Häfen, sondern über Hamburg eingeführt wurden. Unter Berücksichtigung des Handels, der über Hamburg ging, wird in fachmännischen Kreisen der Wert der Ausfuhr Oesterreich-Ungarns nach Portugal auf 20 Millionen Kronen geschätzt. Diese Ausfuhr umfaßte hauptsächlich Zucker, Textilwaren und Industrieerzeugnisse verschiedener Art. Die portugiesische Einfuhr nach Oesterreich wird auf etwa 5 Millionen Kronen geschätzt. Sie setzt sich im wesentlichen aus Kakao, Korkholz, Oliven, Weinen und Konserven zusammen. In Portugal werden auch verschiedene Mineralien, namentlich Kupfer, Antimon, Blei und Zinn gewonnen, doch kommen diese Artikel für die Ausfuhr nach den Zentralstaaten nicht in Betracht.

Im Außenhandel Portugals steht England an erster Stelle. Den zweiten Rang nahm bisher Deutschland ein und dann kam erst das benachbarte Spanien an die Reihe.

Neues Wiener Tagblatt
10./III. 1916

(Staatssekretär a. D. Dr. Dernburg über wirtschaftliche Probleme des Weltkrieges.) Aus Berlin, 9. d., wird telegraphiert: Der frühere Staatssekretär Dernburg bespricht im „Berliner Tageblatt" die wirtschaftlichen Probleme des Weltkrieges und kommt bezüglich Englands zu dem Schlusse, daß es selbst dem reichsten Lande der Welt unmöglich ist, Handel, Industrie und Schiffahrt aufrechtzuerhalten, große Summen in Bargeld, noch größere in Munition an die Alliierten zu bezahlen und die größte Seemacht und eine gewaltige Landmacht aufrechtzuerhalten. Deshalb sei es in hohem Grade unwahrscheinlich, daß nach Abschluß des Kampfes England in irgendeiner Form Deutschland gegenüber ein wirtschaftliches Uebergewicht behalten oder geltend machen könnte.

Hamburger Fremdenblatt 11./III.1916.

Wirtschaftliche Abrüstungsfragen vor der Detaillistenkammer.

Bereits im Herbst v. J. hat sich die Hamburger Detaillistenkammer mit den Fragen der Ueberleitung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft befaßt und zu diesem Zwecke drei Ausschüsse gebildet. Ueber die Tätigkeit des Ausschusses betr. Kreditfürsorge nach dem Kriege legte das Kammermitglied Emil Heimerdinger dar, daß im Vordergrund der hier zu behandelnden Fragen die Frage der Beschaffung des Kredits als Fürsorge für die aus dem Krieg heimkehrenden selbständigen Gewerbetreibenden stehe. So naheliegend an sich der Gedanke erscheine, die „Hilfskasse für Gewerbetreibende" für den gedachten Zweck weiter wirken zu lassen, so beständen gegen einen solchen Plan doch lebhafte Bedenken. Der wichtigste Grund sei der, daß die „Hilfskasse" nur mit der Bestimmung errichtet sei, während des Krieges den betreffenden Gewerbetreibenden Darlehen zu gewähren. Die Garantiezeichner hätten ihre Garantien nur für diese Zwecke bereitgestellt und könnten rechtlich nicht angehalten werden, ihre Garantieverpflichtungen über die Dauer des Krieges hinaus weiter zu tragen. Viele Garantiezeichner der „Hilfskasse" seien überdies bei der langen, nicht vorauszusehenden Dauer des Krieges selbst in mehr oder minder schwere wirtschaftliche Bedrängnis geraten; andere wiederum würden nicht gewillt sein, das durch die lange Dauer des Krieges wesentlich erhöhte Kreditrisiko für ihre Berufsgenossen, in der Form von Garantiezeichnungen, auch fernerhin zu übernehmen.

Als geeignetste Lösung für die an den Staat nach Beendigung des Krieges in dieser Richtung herantretende Aufgabe sei dem Ausschuß die Bildung von

Gefahren-, bezw. Risiko-Gemeinschaften

auf dem Wege der Gesetzgebung erschienen. Jeder Angehörige eines bestimmten Gewerbestandes — Detailkaufmann, Handwerker usw. — würde durch Landes- bezw. Reichsgesetz verpflichtet werden, dieser (Zwangs-) Kreditkasse beizutreten. Die durch die Tätigkeit der Kasse entstehenden Ausfälle würden, je am Schlusse des Rechnungsjahres, bei den Kassenmitgliedern im Wege des Umlageverfahrens aufgebracht werden müssen. Als Schlüssel für den Risikoanteil des einzelnen Mitgliedes der Kreditkasse würden die von dem betr. Gewerbetreibenden alljährlich einzureichenden Lohnnachweisungen der zuständigen Berufsgenossenschaft gelten müssen. Soweit es sich um solche Mitglieder der Kasse handele, die einer Berufsgenossenschaft nicht angehörten, weil ihre Betriebe nicht versicherungspflichtig seien, werde ohne große Schwierigkeiten ein anderer Maßstab für die Beteiligung an dem Risiko der Kasse gewonnen werden können.

Was die für die Kreditgewährung erforderlichen Unterlagen anlange, so werde hier ein Zusammenwirken der Selbsthilfe mit der Staatshilfe ins Auge gefaßt werden müssen, und zwar in der Weise, daß, entsprechend der Organisation der „Hilfskasse für Gewerbetreibende", das erforderliche Geld von dem Staat hergegeben werde. Die Kasse werde zu verpflichten sein, dem Staate das gewährte Darlehen, das vielleicht auf eine Reihe von Jahren unkündbar hergeliehen werden könnte, ratenweise, vielleicht auch unter Festsetzung von jährlichen Tilgungszahlen, zurückzuvergüten.

Von der Aufstellung allgemeiner Grundsätze über die Kreditgewährung werde abgesehen werden können. Als Ziel werde gelten müssen, daß eine möglichst einfache und bequeme Kreditgewährung eintrete, wobei immer der Umstand des Einzelfalles volle Würdigung zuteil werden müsse. Die Kreditbedürftigkeit und Kreditwürdigkeit des Antragstellers werde gerade nach dem Kriege besonders sorgfältig zu prüfen sein. Dem ehrenamtlich, unter Mitwirkung von Sachverständigen Ausschüssen der einzelnen Geschäftszweige und eines besoldeten Geschäftsführers, tätigen Vorstande der Kasse werde allein die Entscheidung darüber gewährt werden können, welche Sicherheiten nötig erachtet würden. Die Detaillistenkammer beschloß, mit einem entsprechenden Antrage an die Hamburger Gesetzgebung heranzutreten.

Ueber die Tätigkeit des Ausschusses betr.

die Regelung des Zuzugs berufsfremder Elemente

berichtet der Kammervorsitzende Th. A. Schmerfahl. Es gelangten hierzu folgende Leitsätze einstimmig zur Annahme:

1. Die Frage der Regelung des Zuzuges berufsfremder Elemente in den Handel und das Kleingewerbe ist auf gesetzlichem Wege oder durch Verwaltungsmaßnahmen nicht zu regeln. Besonders bestehen auch gegen die nur zeitlich beschränkte Einführung der Bedürfnisfrage lebhafte grundsätzliche Bedenken.

2. Als geeignete Mittel kommen insbesondere die Aufklärung und Belehrung der für den Zuzug in Frage kommenden Bevölkerungskreise in Betracht. Die Aufklärung usw. würde durch Merkblätter und durch die Presseveröffentlichungen zu bewirken sein. Ferner würden die Polizeibehörde, die Arbeitsnachweise, die kaufmännischen Vereine, die Rechtsauskunfts- und Berufsberatungsstellen, die Allgemeine Armenanstalt und die Vormundschaftsbehörde usw. in den Dienst dieser Aufklärungsarbeit zu stellen sein.

3. Es ist daran festzuhalten, daß die Leistungen des Staates an Kriegerwitwen, an Kriegsbeschädigte usw. nicht in der einmaligen Auszahlung von Kapital erfolgen, sondern in größeren Zwischenräumen.

4. Durch die Landesausschüsse für Kriegsbeschädigte wird durch Hinzuziehung von Abgeordneten der amtlichen Interessenvertretung der Detaillistenkammer dahin zu wirken sein, daß jeder Kriegsbeschädigte zunächst tunlichst wieder seinem früheren Beruf, im übrigen aber, entsprechend seinen Leistungen und Fähigkeiten, einem neuen Beruf und Erwerb zugeführt wird, der für ihn nach Lage des Falles am geeignetsten erscheint. Auch diese Tätigkeit wird negativ dem Zustrom berufsfremder Elemente entgegenwirken.

Auch die von dem Ausschuß betr.

Wiedereinstellung der aus dem Kriegsdienst entlassenen Angestellten

in die kaufmännischen Berufe aufgestellten Leitsätze werden in folgender Fassung angenommen:

1. Die Detaillistenkammer tritt dafür ein, daß bei Friedensschluß oder bei früherer Entlassung aus dem militärischen Dienst alle kriegsteilnehmenden Angestellten, wenn irgend tunlich, in ihre früheren, vor dem Kriege bekleideten Stellungen wieder eingestellt werden.

2. Sie empfiehlt weiter angelegentlich, daß den im Militärdienst stehenden Angestellten möglichst bald seitens der Geschäftsherren die Zusicherung der Wiedereinstellung übermittelt wird.

3. Die „Landesausschüsse für Kriegsbeschädigte" werden dafür einzutreten haben, daß den durch den Krieg stellenlos gewordenen kriegsinvaliden Angestellten schnellmöglichst eine andere Beschäftigung, möglichst in gleichartiger Stellung mit gleichen Gehaltsbezügen, zugewiesen wird. Eine Mitwirkung der Geschäftsherren oder deren amtlicher Vertretung bei dieser Tätigkeit der Landesausschüsse pp. ist dringend erwünscht.

4. Bei fernerem Bedarf von weiblichen Hilfskräften ist auf die Heranziehung bildungsfähiger Kreise Bedacht zu nehmen, sowie auf eine bessere Ausbildung des weiblichen Personals durch Einführung einer geregelten Lehrzeit und Unterweisung in den staatlichen oder diesen gleichwertigen Fortbildungsschulen zu halten.

Österr. Volkszeitung 12./IV. 1916

Wirtschaftliche Kontraste.

Je länger der Krieg dauert, desto schärfer heben sich in allen kriegführenden Staaten seine wirtschaftlichen Wirkungen von einander ab. Das zeigt sich besonders jetzt, da bei uns wie in Deutschland die Aktienunternehmungen ihre Bilanzen für das zweite Kriegsjahr veröffentlichen und darin vielfach außerordentlich große Gewinne ausweisen. Sie stehen mit ihren glänzenden Geschäftsergebnissen nicht allein; der Krieg ernährt den Krieg, und niemals zuvor hat ein Krieg einen so ungeheuren Bedarf gezeitigt, wie der jetzige, der es bereits zu einer neunzehnmonatlichen Dauer und zu der siebenundzwanzigsten Kriegserklärung gebracht hat. Die täglichen Kriegskosten der Mittelmächte, der Türkei und Bulgariens betragen an 145, die der Ententemächte 295 Millionen Kronen; falls der Krieg Ende Juli beendet sein sollte, würden nach englischer Berechnung die gesamten Kriegskosten 211 Milliarden, für die Zentralmächte und ihre Verbündeten 83, für die Ententemächte 128 Milliarden Kronen betragen. Was die Mittelmächte für ihren Heeresbedarf aus dem Ausland, das ihnen zum größten Teil verschlossen ist, beziehen, ist bekanntlich verschwindend wenig gegenüber den Riesenbezügen der Ententestaaten aus Amerika und Japan. So war es nur eine Folge dieser Verhältnisse, daß in Deutschland wie bei uns dem Staate von dem, was er im Lande für den Krieg verausgabt hat, ein sehr großer Teil in den Zeichnungen auf die Kriegsanleihen wieder zur Verfügung gestellt wurde. Zu den Industrien, die schon im Frieden für die Heeresausrüstung arbeiteten, sind bald nach Kriegsausbruch zahllose andere Betriebe gekommen, die sich mit nicht genug zu rühmender Anpassungsfähigkeit auf die Herstellung von Kriegsbedarf einrichteten, und nicht zuletzt hat die Land- und Forstwirtschaft aus den enormen Kriegsausgaben Nutzen gezogen. Ein neuer Beruf, der der Heereslieferanten hat sich herausgebildet, ein Beruf, der wie kein anderer im Kriege seine Leute nährt.

Weit umfassender und tiefergreifend als im Frieden sind die Vermögensverschiebungen im Kriege. In ausgedehnte Gebiete des Reiches hat der Feind den Krieg getragen; und wenn es auch nach hartem Ringen gelang, ihn fast aus ganz Galizien und der Bukowina zu werfen, so sind die Wertzerstörungen außerordentlich groß, die die Erinnerung an die feindliche Invasion bilden, und Hunderttausende, die vor dem Feind flüchteten, haben von ihrer Habe nur wenig oder nichts retten können. Neben den Industrie- und Gewerbezweigen, die im Krieg durch den Krieg in außerordentlicher Weise alimentiert werden, gibt es doch auch andere, besonders jene, die von der Bautätigkeit und dem Fremdenverkehr abhängen, die schwer unter dem Kriege leiden, und nicht gering wird die Zahl jener sein, die die militärische Dienstleistung um ihren Erwerb gebracht hat. Der Krieg hat neue und große Vermögen geschaffen und gleichzeitig manche alten zerstört, neben den Tausenden, die aus der Kriegskonjunktur ungeheuren Nutzen zogen und ziehen, stehen Tausende, deren wirtschaftliche Existenz der Krieg vernichtet hat.

Besonders grell aber ist durch den Krieg der Kontrast zwischen der Lage der Produzenten und der Konsumenten geworden. Gewiß, jeder, der Güter erzeugt, ist auch ein Verbraucher, und die allgemeine Teuerung macht vor niemand halt. Aber die Zahl derer, die nur Konsumenten sind, denen also die Warenpreissteigerungen nur Nachteile und nicht den geringsten Vorteil bringen, ist gerade in Oesterreich, dem Beamtenstaat, außerordentlich groß. Das geht schon aus der Statistik der Einkommensteuer hervor. Nach der letzten Zusammenstellung des Finanzministeriums, die sich auf das Jahr 1913 bezieht, betrug das einkommensteuerpflichtige Einkommen aus Grundbesitz 481, aus Gebäudebesitz 585, aus Kapitalsvermögen 766, aus selbständigen Unternehmungen 1932, aus Dienstbezügen aber 2738 Millionen Kronen. Nicht weniger als 41¼ Prozent des gesamten der Einkommensteuer unterworfenen Einkommens Oesterreichs stammt danach aus Dienstbezügen. Zählt man zu dem Heere der Festangestellten noch das Heer jener Arbeiter, deren Einkommen die Grenze der Steuerpflicht nicht erreicht, so hat man eine Vorstellung von der Zahl jener Personen in Oesterreich, die von der Teuerung getroffen werden, ohne sie auf andere überwälzen zu können. Dieses Bild erfährt keine wesentliche Aenderung, wenn noch so viele ausscheiden, deren Diensteinkommen so groß ist, daß die Teuerung ihre Lebenshaltung nicht beeinflussen kann, und wenn die Teuerungszulagen berücksichtigt werden, die die Staatsbeamten und vielfach auch Privatangestellte erhalten. An die Prozente der Warenpreissteigerungen reichen die Prozente der Aufbesserungen der Bezüge der Festangestellten und der verhältnismäßig größeren Erhöhungen der Arbeitslöhne nicht heran. Ebenso schwer werden von der Teuerung die kleinen Rentner und Pensionisten getroffen, deren Einkommen ehemals vielleicht ein leidliches Auskommen ermöglichte, deren Lage aber die Geldentwertung völlig geändert hat.

In der Gütererzeugung selbst liegen die Verhältnisse nicht für alle Produzenten gleich. Es hängt eben davon ab, ob und in welchem Ausmaß den Produzenten die Möglichkeit gegeben ist, die Preissteigerungen, durch die sie selbst als Rohstoffbezieher, Warenverarbeiter und -verbraucher getroffen werden, auf ihre Abnehmer zu überwälzen. Von den industriellen Unternehmungen, die ihre Geschäftsbilanzen bisher veröffentlicht haben, waren fast alle in der Lage, solche Ueberwälzungen vorzunehmen. Die Bilanzen weisen teilweise Rekordgewinne auf, die Kriegsdividenden erreichen oder übersteigen vielfach die höchsten Friedensdividenden. Die letzten aber, die die Preissteigerungen ohne Ende nicht weitergeben können, sind: die Konsumenten, die nicht zugleich Produzenten sind, und der Staat als Verbraucher. Der Staat muß das, was er teuer bezahlt, schließlich durch neue oder erhöhte Steuern ausgleichen. Den Konsumenten aber bleibt nichts anderes übrig als die Hoffnung, daß der Staat, der ja selbst als Verbraucher die Verteuerung aller Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände so empfindlich zu verspüren bekommt, vielleicht doch Mittel und Wege finden wird, um dem Fortschreiten der Teuerung einen Damm zu setzen, auf die Gefahr hin, daß die Produzenten weniger verdienen und die Kriegsbilanzen der beteiligten Gesellschaften eine Minderung erfahren.

Neues Wiener Tagblatt
12. Juli 1916

Wirtschaftliche Wochenchronik.

5. März. Verordnung über die Einführung von Zuckerkarten.

6. März. Für den Budapester Börsenverkehr werden aus Anlaß der Wiedereröffnung dieselben Bedingungen wie in Wien vereinbart. — Die Eisenwerksgesellschaften weisen wesentlich erhöhte Reinerträgnisse aus. Demgemäß wird bei den Oesterreichischen Berg- und Hüttenwerken die Dividende mit 72 K. gegen 50 K. des Vorjahres und bei der Alpinen Montangesellschaft mit 42 K. gegen 22 K. des Vorjahres bemessen. — Die Londoner Metallbörse wieder eröffnet.

7. März. Neue Verfügungen über den Maisverkehr in Ungarn. — Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Telephongebühren in Deutschland.

8. März. Vom Handelsministerium werden ein handelspolitisches und ein Rohstoffkomitee eingesetzt. — Eine 5½prozentige Wiener Kassenscheinanleihe von 100 Millionen Kronen mit fünfjähriger Laufzeit wird angekündigt. — Die Wiener Börsekammer setzt den Termin der Wiederaufnahme eines beschränkten Effektenverkehres auf den 14. März fest. — Der Ertrag der italienischen Kriegsanleihe wird amtlich mit 2933 Millionen Lire angegeben, wovon 652 Millionen nur Umtausch sind.

9. März. Sparvorschriften für die Verwendung von Kriegsmetall und Gummi. — Verbot der Zuckerverwendung in der ungarischen Brauindustrie. — Englisches Handelspassivum im Februar 31 Millionen Pfund Sterling.

10. März. Der Wiener Gemeinderat genehmigt einstimmig die Aufnahme der Kassenscheinanleihe von 100 Millionen Kronen.

Reichspost 15. III. 1916

Soziale Fürsorge und Krieg.

Vortrag des Geheimen Rates Dr. Kaufmann (Berlin).

Der Präsident des Reichsversicherungsamtes in Berlin Wirkl. Geh. Rat Dr. P. Kaufmann hielt in der heute abend im Saale der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer veranstalteten Versammlung der Gesellschaft österreichischer Volkswirte einen Vortrag über „Soziale Fürsorge und Krieg", dem unter anderen beiwohnten: Deutscher Botschafter von Tschirschky und Bögendorff, bayrischer Gesandter Baron Tucher, Gesandter a. D. Geh. Rat Karl Graf Kuefstein, die Minister a. D. Dr. Baernreither und Freiherr v. Engel, die Sektionschefs Dr. Zavadil, Doktor v. Pöschl und Dr. Marek, Gerta Gräfin Waltherskirchen, Graf Marschall, die Hochschulprofessoren Czuber und Seidler, die Sektionsräte Dr. Scheimpflug, Dr. Hecka und Dr. Ziegler, Bezirkshauptmann Baron Lederer. Nach herzlicher Begrüßung durch den Präsidenten der Gesellschaft österreichischer Volkswirte Geh. Rat Ritter v. Plener führte der Vortragende aus:

Deutschland und Oesterreich-Ungarn, die Schulter an Schulter gegen eine Welt von Feinden um den Fortbestand echter, bewährter Kultur kämpfen und in ihrem Siegeslauf immer neue Lorbeeren um die alten glorreichen Feldzeichen winden, sind auch in der sozialen Fürsorge der übrigen Staaten vorausgegangen. Die deutsche Sozialreform wurde eingeleitet durch die denkwürdige Botschaft Wilhelm I. vom 17. November 1881, die der Gesetzgebung zugunsten der wirtschaftlich Schwachen neue Bahnen wies und zum ersten Male in der Weltgeschichte die Betätigung werktätiger Nächstenliebe als sittliche Pflicht des Staates verkündete. Die deutsche Arbeiterversicherung trat in einer Zeit starker sozialer Erregung ins Leben. An ihrer Wiege standen ein der öffentlich rechtlichen Fürsorge stark mißtrauendes Unternehmertum und eine ihr vielfach abgeneigte Arbeiterschaft. Für alle ein Neuland. Daß die Widerstände schon bald überwunden wurden, ist in erster Linie der Einführung des Versicherungszwanges zu danken.

Als das gigantische Ringen der Völker anhob, also über 30 Jahre seit Einführung der Arbeiterversicherung, waren in Deutschland von annähernd 68 Millionen rund 20 Millionen gegen Krankheit, 25 Millionen gegen Unfall und 16 Millionen gegen Alter und Invalidität versichert. Bis zum Schlusse des Jahres 1914 wurden nahezu 11·7 Milliarden Mark Entschädigungen an etwa 127 Millionen Versicherte und deren Angehörige gezahlt, wozu die Versicherten selbst etwa 6·4 Milliarden beitrugen. Der tägliche Aufwand in den zwei Versicherungszweigen belief sich 1914 auf über 2·4 Millionen Mark.

Diese Zahlen, denen gegenüber das feindliche Ausland weit zurückbleibt, reden vernehmlich, wie die deutsche Sozialversicherung zum Besten weitester Kreise wirtschaftlich ausgleichend gewirkt hat. Aber nicht hierin, sondern in der Verhütung von Schäden, in der Gesunderhaltung des Volkes liegen ihre letzten Ziele. Der Schutz gegen die Arbeitsunfähigkeit ist wichtiger als die Sorge für Arbeitsunfähige. Erst in der Vorbeugung wird die Fürsorge in vollkommenster Weise gelöst. Jedes auf diese Weise erhaltene Arbeiterleben bedeutet ein nationales Guthaben. Ueber den einzelnen Fürsorgefall dehnten die Krankenkassen ihre Wirksamkeit auf allgemeine Krankheitsverhütung aus. Die Berufsgenossenschaften haben in der Unfallverhütung durch Erlaß mustergültiger Vorschriften und durch ihre nachdrückliche Durchführung in den einzelnen Betrieben für die Minderung der Zahl der Unfälle und für die Milderung ihrer Folgen Vortreffliches geleistet. Mit einem Aufwand von bisher rund 200 Millionen Mark gewährten sie, unterstützt durch unsere ausgezeichnete Aerzteschaft, den Versicherten kostenlos eine Heilbehandlung, die den Anforderungen der neuesten Errungenschaften der ärztlichen Wissenschaft und Erfahrung entspricht. Ihr ist zum großen Teile die auch im Auslande bewundernd anerkannte Abnahme der Tuberkulosesterblichkeit zu danken. Auf 10.000 Lebende berechnet, war sie 1913 in Preußen auf 13·65 gegen 30·90 im Jahre 1876 und im Deutschen Reiche auf 14·3 gegen 25·9 im Jahre 1892 zurückgegangen. Auch den Kampf gegen Trunksucht haben die Versicherungsanstalten nachdrücklich geführt. Von ihnen sind von 1897 bis 1914 etwa 13 Millionen Versicherte behandelt und dafür rund 300 Millionen Mark ausgegeben worden. Nicht weniger als Tuberkulose und Trunksucht zehren die Geschlechtskrankheiten am Marke des Volkes. Gegen sie erfolgreich vorzugehen, ist bisher aus mancherlei Gründen den Versicherungsträgern erschwert worden. Aber der Krieg als „gewaltiger Beweger des Menschengeschicks," der so viele unlösbar scheinende Aufgaben leichter Hand lösen lehrte hat auch zu einem planvollen Vorgehen der Versicherungsträger gegen diese für den demnächstigen Wiederaufbau der durch den Krieg erschütterten Bevölkerung so bedeutsamen Krankheiten einen mächtigen Anstoß gegeben.

Der Vorsitzende verwies nun hierauf, daß die Aufgaben der Sozialreform sich nicht allein in wirtschaftlichen Daseinsfragen erschöpften, sondern auf auf die geistige Förderung der Arbeiter sich ausdehnten sowie auch ihren Schutz gegen die aus Art und Dauer der Beschäftigung drohenden Gefahren für Leben, Gesundheit, Sittlichkeit und Familienglück. Was einem Volkskörper durch soziale Fürsorge Gutes getan wird, trägt Zins und Zinseszins. Als ein Stück der Kriegsrüstung ist es auch für die nationale Wehrkraft von höchstem Werte. Der soziale Gedanke bestimmte viele Unternehmer, die soziale Fürsorge freiwillig weit über ihren gesetzlichen Rahmen auszudehnen. Auch die großen Berufsvereine der Arbeiter haben, vornehmlich durch umfassende Versorgung der Arbeitslosen, die gesetzlichen Maßnahmen erfolgreich ergänzt, endlich haben die staatlichen und gemeindlichen Verbände eine reiche soziale Betätigung an den Tag gelegt. Was geleistet worden ist, übersteigt die Erfolge vieler Menschenalter. Gegenüber einer Sterblichkeit im Deutschen Reiche von 30·6 auf 1000 Einwohner im Jahre 1872 zählte man 1912 16·4 und 1913 in Preußen sogar nur noch 14·9 Todesfälle auf die gleiche Zahl von Einwohnern. Die mittlere Lebensdauer verlängerte sich von 1871 bis 1910 um über 9 Jahre. Den schaffenden Altersschichten gehören jetzt Männer und Frauen fast drei Jahre länger an als vor vier Jahrzehnten. Von den gedienten Landwehrmännern wurden bei der Mobilmachung nicht, wie erwartet, nur 75, sondern über 90 von Hundert als felddienstfähig befunden. Das sind zahlenmäßige Belege dafür, was Deutschland in verhältnismäßig kurzer Zeit an Volkskraft gewonnen hat. Eine in ihrer Gesamtlage über das Daseinsmindestausmaß gehobene widerstandsfähige Arbeiterschaft, die zur Stärkung der Weltbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkte beigetragen hat und jetzt Handel und Industrie vor ihrer Vernichtung schützen hilft, das war der Lohn dieser Fürsorge! Mit ihr begann eine weise Menschenpflege, die ein Gebot nicht nur der Humanität, sondern auch der Volkswirtschaft ist. Nachdem eine langjährige aufbauende Tätigkeit in der Sozialreform den Boden vorbereitet hatte, öffnete der Krieg auch die Herzen der Arbeiter. Das Vaterland stand auf wie ein Mann. Niemals im Laufe seiner langen und schicksalsreichen Geschichte ein so einiges Volk von Brüdern. Die für die Kriegsbereitschaft so bedeutungsvoll gewordene soziale Fürsorge arbeitet ungestört und sicher weiter wie im Frieden. Auch im Arbeiterschutz ist nicht mehr geändert worden, als der Druck der Kriegsnotwendigkeiten erforderte.

Durch Ueberweisung ihrer verfügbaren Barmittel an die Reichsbank stärkten die Versicherungsträger Deutschlands Finanzrüstung. Die Versicherungsanstalten erklärten sich auf Wunsch des Versicherungsamtes freudig bereit, für Aufgaben der Kriegswohlfahrtspflege Mittel bis zu 5% ihres Vermögens aufzuwenden, demnach einen Betrag von mehr als 100 Millionen Mark. Insgesamt sind hieraus für Kriegswohlfahrtszwecke bereits über 27 Millionen Mark gezahlt worden. Weiters beschlossen die Reichsversicherungsanstelten durch Lombardierung von Wertpapieren bis zu 200 Millionen Mark flüssig zu machen, um sie als Darlehen zu erleichterten Bedingungen an bedrängte Gemeinden, Kreise usw. auszuleihen. Bisher sind solche Darlehen in der Höhe von 75 Millionen Mark gewährt worden. Endlich beteiligten sich die Versicherungsanstalten mit über 439 und die Berufsgenossenschaften mit rund 143 Millionen Mark an der Aufbringung der drei Kriegsanleihen. Neben erheblichen Zeichnungen der Krankenkassen steuerte auch die Angestelltenversicherung 140 Millionen Mark bei! Alles das verhalf dazu, daß Deutschland stark blieb im Rücken seines tapferen Heeres.

Der Vorsitzende, der in seinen Ausführungen auch sagte, daß der Krieg beten gelehrt hat, schloß: In Stunden der Entscheidung wird dem Volke die Siegespalme zuteil, das nicht von „heiligem Egoismus", sondern von dem kategorischen Imperativ sozialer Pflicht am stärksten durchdrungen ist, das im Kampfe gegen menschliches Elend die größten Erfolge aufzuweisen hat, den Schutz der Armen und Notleidenden wirksam durchzuführen vermag. Die silbernen Kugeln der englischen Tartüffs, der ränkevollen Regisseure dieses Weltkrieges, werden Deutschland und die treuen Kampfgenossen in Oesterreich-Ungarn, wo bisher schlummernde Kräfte sich riesenhaft entwickelt haben, nicht überwinden.

Rauschender Beifall folgte den glanzvollen Ausführungen des Geheimen Rates Dr. Kaufmann, dem Geheimrat R. v. Plener für seine überaus lehrreichen Mitteilungen herzlichst dankte.

Kölnische Zeitung 15/III. 1916.

Die Wirtschaftliche Denkschrift.

♆ **Berlin**, 14. März. (Telegr.) Dem Reichstag ist die Wirtschaftliche Denkschrift zugegangen. Entsprechend der „Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges" vom 23. November 1914 und ihren bisherigen sieben Nachträgen, soll auch der jetzt vorliegende achte Nachtrag einen Überblick über die wichtigern gesetzgeberischen, Verwaltungs- und andern Maßnahmen, die auf wirtschaftlichem Gebiet aus Anlaß des Krieges vom Reich oder unter seiner Mitwirkung getroffen worden sind, geben, und zwar diesmal für die Zeit von etwa Mitte November 1915 bis in den Anfang März 1916. Bei der großen Bedeutung, welche die gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen zur Ordnung der Nahrungsmittelversorgung auch fortgesetzt behauptet haben, ist die Nahrungsmittelversorgung auch dieses Mal an erster Stelle behandelt (erste Gruppe). Daran schließen sich als zweite Gruppe: die sonstige Versorgung des Wirtschaftslebens, als dritte Gruppe: die Beschaffung und Sicherstellung des Kriegsbedarfs, als vierte Gruppe: die finanziellen Maßnahmen, als fünfte Gruppe: die auf dem Gebiete des Verkehrswesens, als sechste Gruppe: die auf dem Gebiete des Zoll- und Steuerwesens, als siebte Gruppe: der Schutz der Schuldner und der Rechtsschutz, als achte Gruppe: Maßnahmen auf den Gebieten der Arbeiter- und Angestellten-Versicherung, als neunte: Maßnahmen auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege, als zehnte: sonstiges.

Der umfangreichen Vorlage entnehmen wir einen einleitenden Überblick über die Nahrungsmittelversorgung. Es wird dazu ausgeführt:

Der Zeitraum der jüngsten drei Monate, über den die vorliegende Denkschrift zu berichten hat, bedeutet einen Zeitabschnitt angespannter organisatorischer Arbeit aller zuständigen Stellen auf dem Gebiete der Nahrungsmittelfürsorge. Eine dankenswerte Bereicherung hat diese Tätigkeit durch die Mitarbeit des neuerrichteten Beirats für Volksernährung erfahren, der aus 15 Mitgliedern des Reichstages gebildet und seit Beginn des Jahres 1916 allwöchentlich zu einer Sitzung zusammengetreten ist. Beachtenswerte Anregungen aus dem Kreise der Beiratsmitglieder sind bereits teils unmittelbar für die gesetzgeberischen Arbeiten verwertet, teils an die Bundesregierungen weitergegeben und dort zur fernern Verfolgung aufgenommen worden. Daneben hat die Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise im Verein mit den Landes- und örtlichen Preisprüfungsstellen ihre Arbeiten fortgesetzt. Die wichtigsten Lebensmittel wurden in bezug auf ihre Preisgestaltung dauernd unter Beobachtung gehalten; gegebenenfalls wurde versucht, die Unterlagen für eine angemessene Bildung der Preise von der Erzeugung bzw. Einfuhr an bis zu ihrer Überführung an den Verbrauch der Bevölkerung festzustellen.

Das System der Höchstpreise ist in zahlreichen neuen Verordnungen planmäßig weiter ausgebaut, zugleich aber ist versucht worden, die Härten, die dieses System nicht nur für Erzeuger und Händler, sonderrr auch für die Verbraucher leicht im Gefolge haben kann, durch die Zulassung geeigneter Ausnahmebestimmungen zu mildern. Weiterhin haben die Erfahrungen der Praxis immer deutlicher gezeigt, daß eine wirksame Höchstpreispolitik nur entweder in Verbindung mit einer öffentlichen Bewirtschaftung der beschlagnahmten und enteigneten Nahrungsmittel oder aber mit einer planmäßigen Organisation ganzer Berufsgruppen von Erzeugern und Händlern durchführbar ist. Aus diesem Gesichtspunkte heraus sind in der Berichtszeit neben neuen gesetzgeberischen Bestimmungen auch umfassende Maßnahmen zur Organisation einzelner Wirtschaftszweige in Angriff genommen worden. So sind in Verwirklichung der früher erlassenen Bestimmungen über die Versorgungsregelung, über die bereits in der letzten Denkschrift berichtet ist, umfassende Versuche auf dem Gebiete der Fleischversorgung gemacht. Zunächst sind in Preußen die Viehhändler provinzweise zu Zwangsverbänden und diese wiederum zu einem Zentralverband zusammengeschlossen, denen unter obrigkeitlicher Einwirkung die Regelung der Preise und die zweckmäßige Verteilung der aufgekauften Viehbestände zur gleichmäßigen Befriedigung des Verbrauchs der verschiedenen Bezirke übertragen sind. In den andern Bundesstaaten sind auf dem Gebiete der Viehversorgung organisatorische Maßnahmen zum Teil auf der gleichen, zum Teil auf einer im Endzweck ähnlichen Grundlage getroffen worden oder in Vorbereitung.

Die vollständige Regelung des Verkehrs von der Erzeugung oder Einfuhr bis zu ihrem Übergang in die Hände des Verbrauchers unter gleichzeitiger Festsetzung von Höchstpreisen, ist bei einigen der wichtigsten Nahrungsmittel eingeleitet. Ein Beispiel für die Durchführung einer solchen Regelung bietet in der Berichtsperiode der Verkehr mit ausländischer Butter, deren Einfuhr in der Hand der Zentral-Einkaufsgesellschaft zusammengefaßt ist und deren planmäßige Verteilung bis zum Verbraucher unter Feststellung eines einheitlichen Verteilungsplanes für das ganze Reichsgebiet erfolgt. Für den Verkehr mit inländischer Butter ist der gleiche Weg insofern beschritten worden, als die Zentral-Einkaufsgesellschaft den Anspruch auf Lieferung eines bestimmten Teiles der Buttererzeugung aller deutschen Großmolkereien erhalten hat und diesen Anteil nach dem gedachten Verteilungsplane verteilt. In beiden Fällen ist den Butter beziehenden Gemeinden die Verpflichtung auferlegt, den weitern Vertrieb an die Verbraucher durch Butterkarten zu regeln. Auf diesem Wege einer planmäßigen Verteilung der vorhandenen und anfallenden Vorräte unter genauer Begrenzung des Anteils jedes einzelnen Verbrauchers wird sich, dem Bedürfnisse und den Möglichkeiten folgend, auch bei andern wichtigen Lebensmitteln der volkswirtschaftlich und sozialpolitisch wünschenswerte und gerechte Ausgleich zwischen den Ansprüchen aller Kreise der Verbraucher erzielen lassen, wie er bereits bei der Versorgung mit Mehl und Brot mit Erfolg durchgeführt ist. Immer wieder muß daran erinnert werden, daß eine weitgehende Erschwerung und Verteurung der gesamten Lebenshaltung die notwendige Begleiterscheinung jeder Kriegszeit ist, und daß die einschlägigen Verhältnisse in den feindlichen, aber auch in den meisten neutralen Ländern Europas gegenwärtig ein ähnliches, vielfach aber ein sehr viel ungünstigeres volkswirtschaftliches Bild zeigen als in Deutschland. Die Erfahrungen der deutschen Kriegswirtschaft haben mit zunehmender Klarheit gezeigt, daß die Probleme unserer Volksernährung in überwiegendem Maße Verteilungsprobleme sind. Eben hierin liegt ein außerordentlich ermutigender Umstand, der uns hoffen läßt, daß wir mit einer stetig sich verbessernden Organisation der Schwierigkeiten dauernd Herr werden.

Dazu darf eine fortschreitende Erleichterung der Nahrungs- und Futtermittelversorgung von zwei Seiten her erwartet werden. Einmal nämlich hat in den letztvergangenen Monaten, im Zusammenhang mit der außerordentlich günstigen politisch-militärischen Entwicklung, sich die Einfuhr, namentlich von wichtigen Futtermitteln, erheblich gehoben. Es sind hierbei, wie auch in andern Zweigen der Versorgungsregelung, immer deutlicher die überwiegenden Vorzüge einer straffen Zentralisierung der Einfuhr zutage getreten. Aber auch die inländische Erzeugung zeigt, trotz ihrer naturnotwendigen Erschwerung durch die Kriegsverhältnisse, in immer neuen Beispielen, daß es der deutschen Wissenschaft und Technik im Verein mit unserer hochentwickelten Landwirtschaft gelingt, auch auf dem Gebiete der Nahrungs- und namentlich der Futtermittel durch die Entdeckung und Nutzbarmachung geeigneter Ersatzstoffe neue Werte zu schaffen. Damit wird, wie bereits in der letzten Denkschrift betont ist, nicht nur das Durchhalten während der Kriegszeit erleichtert, sondern eine dauernde Bereicherung der deutschen Volkswirtschaft herbeigeführt. Die Fragen der Nahrungsmittelversorgung zeigen außerordentliche Vielgestaltigkeit und lassen eben deshalb sich nicht in ihrer Gesamtheit von einer zentralen Stelle aus lösen. Den Landesregierungen und den örtlichen Verwaltungen, insbesondere den Gemeinden, bleiben mannigfache Aufgaben von starker Wichtigkeit vorbehalten. Wie bereits in der Rede des Stellvertreters des Reichskanzlers im Reichstag vom 11. Januar 1916 nachdrücklich hervorgehoben ist, gibt schon die bestehende Gesetzgebung, namentlich durch die Verordnungen über die Versorgungsregelung, den Gemeinden überaus weitgehende Befugnisse, zu deren umfassender Ausübung sich diese in allen den Fällen entschließen müssen, in denen die Verschiedenartigkeit der örtlichen Produktionsbedingungen, die Mannigfaltigkeit der Formen des Handels und der Versorgung des betreffenden Marktes, sei es aus dem Inland, sei es aus dem Ausland, einer zentralen Regelung durch den Bundesrat oder die Reichsleitung entgegenstehen. Sind erst einmal örtliche Regelungen durchgeführt, so wird sich viel leichter die Möglichkeit eines weitern Zusammenschlusses oder einer allgemeinen Zentralisation finden.

Aber über die Tätigkeit aller amtlichen Stellen des Reichs wie der Bundesstaaten und der Gemeinden weit hinaus muß, wie gleichfalls in der soeben angeführten Rede mit Nachdruck betont ist, in immer umfassenderm Maße eine bewußte Mitarbeit der großen Kreise der Bevölkerung, der Erzeuger und Händler ebensowohl als der Verbraucher, bei der planvollen Regelung unserer Nahrungsmittelversorgung Platz greifen. Bei einem solchen Zusammenarbeiten wird sich das Ziel der gesamten nationalen Ernährungspolitik, das unbedingte Durchhalten bis zum siegreichen Frieden mit Sicherheit erreichen lassen.

Fremdenblatt 15. III. 1916

Soziale Fürsorge und Krieg.

In der Gesellschaft österreichischer Volkswirte hielt gestern abends der Präsident des Reichsversicherungsamtes Wirklicher Geheimrat Dr. Kaufmann (Berlin) einen Vortrag über „Soziale Fürsorge und Krieg", in dem er u. a. sagte:

Deutschland und Oesterreich-Ungarn, die Schulter an Schulter gegen eine Welt von Feinden um den Fortbestand echter, bewährter Kultur kämpfen und in ihrem Siegeslauf immer neue Lorbeern um die alten glorreichen Feldzeichen winden, sind auch in der sozialen Fürsorge den übrigen Staaten vorausgegangen. Nach einem Rückblick auf die in diesen beiden Staaten erzielten Erfolge fuhr Redner fort: Als das gigantische Ringen der Völker anhob, also über 30 Jahre seit Einführung der Arbeiterversicherung, waren in Deutschland von einer Gesamtbevölkerung von annähernd 68 Millionen rund 20 Millionen gegen Krankheit, 25 Millionen gegen Unfall und 16 Millionen gegen Alter und Invalidität versichert. Bis zum Schlusse des Jahres 1914 wurden nahezu 11,7 Milliarden Mark Entschädigungen an etwa 127 Millionen Versicherte und deren Angehörige gezahlt, wozu die Versicherten selbst etwa 6,4 Milliarden beitrugen. Der tägliche Aufwand in den drei Versicherungszweigen belief sich 1914 auf über 2,4 Millionen Mark. Diese Zahlen, denen gegenüber das feindliche Ausland weit zurückbleibt, reden vernehmlich, wie die deutsche Sozialversicherung zum Besten weitester Kreise wirtschaftlich ausgleichend gewirkt hat. Aber nicht hierin, sondern in der Verhütung von Schäden, in der Gesunderhaltung des Volkes liegen ihre letzten Ziele. Der Schutz gegen Arbeitsunfähigkeit ist wichtiger als die Sorge für Arbeitsunfähige. Die Berufsgenossenschaften haben in der Unfallverhütung durch Erlaß mustergiltiger Vorschriften und durch ihre nachdrückliche Durchführung in den einzelnen Betrieben für die Minderung der Zahl der Unfälle und für die Milderung ihrer Folgen Vortreffliches geleistet. Auch den Kampf gegen Trunksucht haben die Versicherungsanstalten nachdrücklich geführt. Nicht weniger als Tuberkulose und Trunksucht zehren die Geschlechtskrankheiten am Marke des Volkes. Gegen sie erfolgreich vorzugehen, ist bisher aus mancherlei Gründen den Versicherungsträgern erschwert worden. Aber der Krieg als „gewaltiger Beweger des Menschengeschicks" hat auch zu einem planvollen Vorgehen der Versicherungsträger gegen diese für den demnächstigen Wiederaufbau der durch den Krieg erschütterten Bevölkerung so bedeutsamen Krankheiten einen mächtigen Anstoß gegeben.

Der Vortragende verwies nun hierauf, daß die Aufgaben der Sozialreform sich nicht allein in wirtschaftlichen Daseinsfragen erschöpften, sondern auch auf die geistige Förderung der Arbeiter sich ausdehnten, sowie auf ihren Schutz gegen die aus Art und Dauer der Beschäftigung drohenden Gefahren für Leben, Gesundheit, Sittlichkeit und Familienglück. So ist die Sonntagsruhe jetzt ein gesichertes Gut der deutschen Arbeiterschaft. Der Gefahr einer Vergeudung der jugendlicher Kräfte ist durch eine gesetzliche Regelung der Arbeit von Kindern und jugendlichen Personen vorgebeugt worden. Weitgehenden Schutz genießen die Arbeiterinnen, besonders in ihrer Eigenschaft als Hausfrauen und Trägerinnen des künftigen Geschlechtes. Arbeiterversicherung und Arbeiterschutz sind zu einem Eck- und Grundstein für Deutschlands Wohlfahrtspflege, zu einer sozialpolitischen Schule für die Nation geworden. Ihren Opfersinn hat der soziale Gedanke geadelt. Er bestimmte viele Unternehmer, die soziale Fürsorge freiwillig weit über ihren gesetzlichen Rahmen auszudehnen. Von den gedienten Landwehrmännern wurden bei der Mobilmachung nicht, wie erwartet, nur 75, sondern über 90 vom Hundert als felddienstfähig befunden. Das sind zahlenmäßige Belege dafür, was Deutschland in verhältnismäßig kurzer Zeit an Volkskraft gewonnen hat.

Die segensreichen Folgen der sozialen Fürsorge zeigten sich nicht bloß in der Erhaltung und Steigerung der deutschen Volks- und Wehrkraft. Auch für die innere Festigung des Reiches wurde sie von hoher Bedeutung. Unternehmer und Arbeiter hat die gemeinsame Tätigkeit bei der Arbeiterversicherung menschlich und sachlich näher gebracht. In dem herrlichen vaterländischen Aufschwung, den wir erleben durften, war für Klassenhaß und politische Leidenschaften kein Raum mehr. Nachdem eine langjährige aufbauende Tätigkeit in der Sozialreform den Boden vorbereitet hatte, öffnete der Krieg auch die Herzen der Arbeiter. Das Vaterland stand auf wie ein Mann. Niemals war im Laufe seiner langen und schicksalsreichen Geschichte ein so einiges Volk von Brüdern. Die für die Kriegsbereitschaft so bedeutungsvoll gewordene soziale Fürsorge arbeitet ungestört und sicher weiter, wie im Frieden.

Dem Vortrage wohnten u. a. bei: Der deutsche Botschafter v. Tschirschky und Bögendorff, der bayrische Gesandte Freiherr v. Tucher, die Minister a. D. Doktor Baernreither und Dr. Freiherr v. Engel, Geheimer Rat Karl Graf Kuefstein u. v. a.

Fremdenblatt
14./X. 1915

Wichtige Aeußerungen des Ministerpräsidenten und des Handelsministers über wirtschaftspolitische Fragen.

Namens der industriellen, gewerblichen und kommerziellen Hauptkorporationen fand sich gestern eine Abordnung, bestehend aus den Herren Generaldirektor Georg Günther, Oskar v. Heintschel, Adolf Schiel, kaiserlichen Rat Kornel Spitzer und Kommerzialrat Heinrich Vetter beim Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh zu dem Zwecke ein, um namens ihrer Verbände mit der Regierung über wichtige wirtschaftspolitische Fragen Fühlung zu nehmen. Der Konferenz wohnte seitens der Regierung auch der Handelsminister Dr. Edler v. Schuster bei.

Als Sprecher der Deputation erläuterte Kommerzialrat Vetter zunächst den Zweck der Besprechung, indem er unter Hinweis auf die zahlreichen seitens der Regierung während der bisherigen Kriegsdauer erlassenen Anordnungen wirtschaftlicher Natur, welche Interessen industrieller, gewerblicher und kommerzieller Kreise einschneidend berührten, den unzureichend hergestellten Kontakt mit diesen Kreisen bedauerte und dem Verlangen der vertretenen Korporationen nach Herstellung einer solchen engeren Fühlung mit der Regierung Ausdruck gab. Auf das Gebiet der in näherer Zukunft vor uns liegenden großen wirtschaftspolitischen Aufgaben und Probleme übergehend, betonte Redner im Namen der Erschienenen die Notwendigkeit, daß dieser Kontakt schon in der Zeit der Vorbereitung auf die Lösung jener großen Fragen durch Vermittlung eines ständigen, zweckmäßig zusammengesetzten fachlichen Beratungsorgans hergestellt und kontinuierlich aufrechterhalten werde.

An diese Darlegung schlossen sich ergänzende und erläuternde Ausführungen aller übrigen Mitglieder der Abordnung, worauf der Ministerpräsident die Stellungnahme der Regierung in eingehender Auseinandersetzung darlegte.

Auf die bisherige Praxis zurückblickend, verwies der Ministerpräsident zunächst an der Hand von konkreten Beispielen darauf, daß fast in allen Fällen, in welchen eine Fühlung mit beruflichen Interessentenkreisen nach der Natur des Gegenstandes und den Zeitumständen möglich und durchführbar war, dies auf dem jeweils in Frage kommenden Gebiete vielfach mit Erfolg geschehen sei. Solchen Fällen stehen freilich andere gegenüber, in welchen aus höheren Rücksichten rasch und keineswegs unter ausschließlicher Bedachtnahme auf die volle Berücksichtigung, sondern lediglich auf die tunlichste Schonung der wirtschaftlichen Interessen vorgegangen werden mußte. Es sei eben zu bedenken, daß die Kriegszeit mit ihren gebieterischen, oft stürmischen Anforderungen, welche rasche Entschlüsse heischen, ein bedächtiges, auf Einvernehmen der Interessenten basiertes Vorgehen nicht immer tunlich erscheinen läßt.

Die Fülle von Meinungsäußerungen einzelner und von Diskussionen, welche das Herannahen entscheidender handelspolitischer Termine in Beziehung zur Weltlage ausgelöst habe, verfolge die Regierung mit pflichtmäßiger Aufmerksamkeit, und sie habe seit längerer Zeit der publizistischen Erörterung dieser Fragen, soweit sie, wie dies ja allenthalben heute der Fall ist, von fachlich berufenen Personen in ernster und sachlicher Form erfolgt, keine Schranke gezogen. Angesichts der vielfach umlaufenden, offensichtlich einer gewissen Nervosität der Interessentenkreise entspringenden Gerüchte über dasjenige, was die Regierung in Sachen der Handelspolitik getan oder unterlassen habe, zu tun beabsichtige oder hintanhalten wolle, lege der Ministerpräsident besonderen Wert darauf, die Anwesenheit hochstehender und berufener Vertreter wirtschaftlicher Interessen zu nützen, um jenen verschiedenartigen Gerüchten die Tatsachen gegenüberzustellen und über den derzeitigen Stand der internen Regierungsarbeit auf diesen Gebieten vollen Aufschluß zu geben.

Was zunächst die Frage der Erneuerung des wirtschaftlichen Verhältnisses zu Ungarn anlangt, erläuterte der Ministerpräsident die diesfalls aus dem Ausgleichsgesetze und aus den Vereinbarungen des Jahres 1907 entspringende formale Verhandlungspflicht und legte dar, daß in Absicht auf die zeitgerechte Aufnahme dieser Verhandlungen interne Vorarbeiten im Schoße der ständigen Ministerialkommission für den österreichisch-ungarischen Ausgleich stattfinden, welch letztere sich in voller und regelmäßiger Tätigkeit befinde. Erst nach Abschluß dieser Vorarbeit werde an die Verhandlung mit der königlich ungarischen Regierung herangetreten werden können. Schon aus dieser Mitteilung ergebe sich, daß, wenn die Regierung bis nun dasjenige vorgekehrt habe, was in der strikten pflichtmäßigen Linie ihres Verhaltens gelegen sei, präjudizierliche Tatsachen nicht gesetzt, Abmachungen oder Bindungen in keiner Weise erfolgt sind.

Anderseits bilden die Fragen künftiger handelspolitischer Beziehungen zu den Auslandsstaaten im Schoße der Regierung nicht minder den Gegenstand eifrigen Studiums und werktätiger Vorarbeit. Für diese Fragen ist gleichfalls ein Spezialkomitee eingesetzt, das seine Beratungen parallel und naturgemäß nicht ohne Fühlung und Wechselbeziehung zu dem erstbezeichneten pflegt. Aus dieser letzteren Tatsache gehe sinnfällig hervor, daß eine der Regierung etwa zugeschriebene vorgefaßte Meinung in bezug auf alle diese Probleme nicht besteht, daß die Regierung vielmehr mit einer unvoreingenommenen und gewissenhaften Prüfung und Feststellung der uns durch unsere Interessen diesfalls vorgezeichneten Richtlinien befaßt ist. Der Ministerpräsident glaube den Herren durch diese Mitteilung die beruhigende Ueberzeugung verschafft zu haben, daß, was nach verschiedenen Richtungen im gegenwärtigen Momente vorzukehren ist, auch zeitgerecht und nach einer der Sache angepaßten Methode vorbereitet wird.

Im Laufe der weiteren Diskussion reflektierte der Handelsminister Dr. Edler v. Schuster speziell auf den von den Erschienenen in bezug auf die formale Behandlung gegenwärtiger und kommender wirtschaftspolitischer Fragen vorgebrachten konkreten Wunsch. Er erklärte hiebei, daß er vom Standpunkte seines Ressorts das Bedürfnis nach Herstellung eines ständigen Kontaktes in entsprechender Form, das ist mit einem an Mitgliederzahl beschränkten, aus den berufensten Personen zusammengesetzten, zur raschesten Begutachtung fallweise sich ergebender Fragen geeigneten Fachorgane, schon spontan empfunden habe, sich mit dessen Schaffung bereits derzeit beschäftige und daher der gegebenen Anregung von vornherein sympathisch gegenüberstehe. Die Art der Bildung und Zusammensetzung bedürfe noch einer eingehenden Erwägung.

Nachdem aus den Kreisen der Erschienenen die Bildung dieses ständigen Beratungsorganes durch Wahl der berufenen Korporationen nachdrücklich empfohlen worden war, schloß der Ministerpräsident die Konferenz nach mehr als zweistündiger Dauer mit dem Ausdrucke des Dankes an die Erschienenen, indem er seinerseits der Geneigtheit Ausdruck gab, den erörterten Vorschlag im Schoße der Regierung baldmöglichst einer Entscheidung im günstigen Sinne zuzuführen.

Kölnische 1915 Nr. 1000

Bezugspreis: in Köln 7 ℳ, in Deutschland 9 ℳ vierteljährlich.
Anzeigen 50 ₰ die Zeile oder deren Raum, Reklamen 2.50 ℳ
Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder in bestimmt bezeichneten Ausgaben wird keine Verbindlichkeit übernommen.
Haupt-Expedition: Breite Straße 64. — Postscheck-Konto 250.

4 Uhr-Ausgabe.

Kriege und nachher.

Einzelhandels im Hansabunde. Die Arbeiten füllten den Vor- und Nachmittag aus. Die Versammlung setzte sich zusammen aus den Vertretern der verschiedenen Branchenverbände. Von fern und nah gekommen, leisteten die Herren eine Arbeit, deren Ergebnis von den vielen tausenden heute feldgrauen Unternehmern und Gehilfen angelegentlich begrüßt werden wird, und die Stimme dieses Ausschusses wird um so kräftiger in die Wagschale fallen, als viele der Herren zugleich in den Kommunalverwaltungen und Handelsvertretungen wirken. Noch weiter erhöht wird die Bedeutung der Tagung durch die Anwesenheit und Mitarbeit von Mitgliedern des Reichstages, Vertretern der Wirtschaftswissenschaften und der Behörden.

Ruhig und nachdrücklich wies es der Vorsitzende Eisenfuhr gleich im voraus ab, daß die Kritik von Mißständen im Kleinhandelsverkehr während der Kriegszeit den organisierten Einzelhandel belaste. Es handle sich hier lediglich um wilde Einzelunternehmungen, die bodenständigen Firmen seien in der Verurteilung von wucherischen Ausschreitungen durchaus einig mit den betroffenen Verbrauchern. Der Ehrenschild des deutschen Kaufmanns sei fleckenlos, und die heutige Tagung werde das ihrige dazu tun, in auch in der Folge reinzuhalten. Verurteile man alles, was das Licht scheut, so erwarte man dafür auch Anerkennung. Nicht ein Lob für die Selbstverständlichkeit, als anständiger Mann die Standesehre zu wahren, aber eine Anerkennung in Gestalt von Gerechtigkeit. Der Aufklärung in diesem Sinne diene auch die heutige Aussprache, und es werde hoffentlich gewürdigt, daß an ihre Spitze die Fürsorge für die kriegsbeschädigten Berufsgenossen gestellt und damit dargetan sei, daß auch die Kleinhandelsorganisationen die ersten Forderungen der großen aber schweren Zeit opferbereit ins Auge fassen und die Kriegswunden heilen helfen.

Für die aus dem Felde zurückkehrenden Inhaber von Detailgeschäften berichtete Regierungsrat a. D. Prof Dr. Leidig. Er führte aus, daß dieser gigantische Krieg auch die Lösung der Aufgabe auferlege, Millionen arbeitsfähiger und arbeitswilliger Männer in kurzer Zeit wieder in das deutsche Wirtschaftsleben einzufügen. Für die Kriegsteilnehmer aus dem Kleinhandel gelte zweierlei: eine große Zahl werde ja die Möglichkeit gehabt haben, ihr Geschäft während des Krieges weiter zu führen Hier komme nur in Frage, zu prüfen, ob das Geschäft, das vielfach unter den wirtschaftlichen Schäden des Krieges schwer gelitten haben werde, auf gesunden Grundlagen aufgebaut sei. Bei zahlreichen andern sei aber die Notwendigkeit eingetreten, ihr Geschäft zu schließen. Hier handele es sich um den Wiederaufbau der Existenz. In beiden Fällen werde die Öffentlichkeit helfen müssen. Berufsberatung und Gewährung billigen und bequemen Kredits unter Mitwirkung des Staates und der Kommunen komme in Frage. Zu erwägen sei weiter auch, ob nicht unter voller Aufrechterhaltung der Gewerbefreiheit doch für eine Übergangszeit nach dem Kriege zugunsten der zurückkehrenden Kriegsteilnehmer aus dem Kleinhandelsstande die Neueröffnung von Kleinhandelsgeschäften durch Personen, die dem Kleinhandelsstande bisher nicht angehört haben, an die Bedürfnisfrage zu knüpfen sei, um dadurch den zurückkehrenden Kriegsteilnehmern die Möglichkeit zur Wiederaufrichtung einer gesunden wirtschaftlichen Existenz in ihrem alten Beurfe zu gewähren. — Der Redner brachte bereits selbst diese letztere Anregung der Konzessionspflicht mit der ganzen Behutsamkeit vor, die bei dieser heikeln Materie am Platze ist.

Im Verlaufe der eingehenden Besprechung bildete sich Einstimmigkeit darüber heraus, daß ein solcher Vorschlag nicht erhoben, auch nicht einmal in einem Ausschuß weiter beraten, sondern heute schon als abgelehnt gelten soll.

Der Vorsitzende des Verbandes Berliner Spezialgeschäfte Heinrich Grünfeld befürchtete, daß bei einer etwaigen Entscheidung über die Bedürfnisfrage noch ganz andere Rücksichten, namentlich auch persönliche mitspielen würden. Leichtfertigen Neugründungen könne viel besser entgegengearbeitet werden, wenn — und dazu sei der Hansabund die richtige Stelle — die Fabrikanten und Grossisten bewogen werden könnten, mit der Kreditgebung weniger bereitwillig zu sein. Diese möchten lieber ihren Kunden und namentlich den jetzt im Felde stehenden Geschäftsinhabern den Kredit erleichtern. Übrigens werde die Gefahr massenhafter Neugründungen nach dem Kriege abschwächend reguliert durch die großen Verluste. Hunderte und Hunderte würden eben nicht wiederkehren.

Besonderer Nachdruck wurde von allen weitern Rednern auf die Beschaffung von Kredit gelegt. Geheimrat Riesser verwies darauf, daß das, was von den Gemeinden oder vom Reiche etwa gewährt werde, eine produktive Anlage darstelle in höchstem Sinne des Wortes. Der bisherige alt gute Grundsatz der Selbsthilfe bleibe deshalb doch an erster Stelle bestehen. Aber dem Ertrinkenden müsse man eine Stange zuwerfen, sich daran mit letzter Kraft zu halten. Für die Raterteilung schlug der Redner besondere Gewerbeberater nach Analogie der Inspektoren vor. Zur Bedürfnisfrage hält er die Konsequenzen für unübersehbar. So vorsichtig der Berichterstatter den Vorschlag gmacht habe, so sei er doch voller Bedenken. Die Gründe des Vorredners seien durchschlagend. Auch der Abg. Dr. Stresemann warnte vor der Anregung. Er knüpfte an das Wort Dr. Riessers an: Man dürfe nicht die ganze Wirtschaftsordnung auf den Kopf stellen. Unsere Wirtschaftsordnung stehe bereits auf dem Kopf und auch die Gerechtigkeit stehe auf dem Kopf. In derselben Zeit, da die einen hinausgehen und vielleicht in ihrem Vermögen ruiniert werden, erhalten die Zurückgebliebenen vielleicht ein Vielfaches dessen als Lohn, was sie im Frieden erhielten, und setzen sich in die Betriebe der draußen Kämpfenden. Hier müsse Staatshilfe eintreten. — Prof. Dr. Jastrow entwickelte einige Bilder aus der Konzessionsgesetzgebung und zeigte am Beispiele der Schankstätten, daß sie gerade das Gegenteil dessen erreicht habe, was man anstrebe. Aus der Versammlung

Vorbereitung auf die Friedensarbeit.

(A) **Berlin,** 18. Oktober. **(Telegr.)**

In zielbewußter und gründlicher Arbeit erbringen die im Hansabund zentralisierten freien Organisationen wichtiger Zweige unseres Wirtschaftslebens den Nachweis ihrer Daseinsberechtigung und Notwendigkeit. Ihre Arbeiten können Stütze und Grund werden für die bevorstehende Neuregelung der deutschen Volkswirtschaft, wenn man allenthalben daran geht, der vielfachen neuen großen Probleme Herr zu werden, die sich im Kriege und bei dessen Abschluß massenhaft auftürmen. Ein treffender Ausspruch des Hansabundvorsitzenden, Geheimrats Rießer, geht dahin, daß derjenige Staat am besten abschneiden wird, der nicht nur im Frieden den Krieg, sondern auch im Krieg den Frieden vorbereitet. Aus dieser allgemeinen und aus einer Reihe weiterer besonderer Erwägungen heraus, ist es eine gute Strategie, daß der Kleinhandel jetzt den Zeitpunkt für gekommen erachtet, über solche Kriegs- und Friedensfragen zu verhandeln und zu beschließen. Das geschah in einer Sitzung des Zentralausschusses für die gesamten Interessen des deutschen

---

mehr fühlbar machen. Es wäre eine große Entlastung für ihn gewesen.

Lohrberg hatte seinen Umzug bewerkstelligt. Die Sängerin im zweiten Stock störte ihn gar nicht, wie er einigermaßen befürchtet hatte. Sie machte ihre Übungen und Studien zu der Zeit, wo er im Bureau war und, wenn sie doch einmal am Abend eine Weile sang, war ihm das gar nicht unangenehm. Er kannte sie von der Bühne her. Sie war, wenn auch keine Größe ersten Ranges, doch eine sehr wertvolle dramatische Sängerin für eine bessere Provinzbühne. Schon in den ersten Tagen erzählte ihm Frau

des Spießbürgerlichen trotz der kostbaren Brillantenbroschen und Ohrgehänge, neben ihnen die oft sehr schönen Frauen der folgenden Generation, prunkhaft modische Weltdamen. Er unterhielt sich sehr gut. Es gab da Leute, denen man gern zuhörte, weil sie allerlei Merkwürdiges zu sagen hatten. Man konnte hier wirklich dem öffentlichen Leben den Puls fühlen. Die Gedanken blieben nicht an Provinziellem oder gar örtlich Engem haften, Ausblicke eröffneten sich, die die ganze Erde umspannten, und dabei tauchte immer etwas auf, was man in andern Kreisen nur selten anklingen hört, ein starkes nationales Selbstgefühl, das nicht politische Phrase,

Hamburger Fremdenblatt
29./X. 1915

19

Deutschlands innere Einigkeit.

(Drahtbericht unseres Vertreters.)

W. Berlin, 29. Oktober.

Aehnlich wie das Wort in Germany aus einem Schlagwort der Verachtung und Abkehr von deutschen Werten sich gegen den Willen unserer Neider und Konkurrenten zu einem Triumph deutscher Produktionskraft gewandelt hat, ist es dem englischen Spottwort vom Kartoffelbrotgeist gegangen. Geprägt, um verächtlich zu machen, was das deutsche Volk an innerer Geschlossenheit und Kraft zur Abwehr des englischen Aushungerungsplanes spontan aufzubringen bereit war, ist es sehr bald zu einem Menetekel geworden für die, denen deutsches Wesen fremd ist und fremd bleiben wird, und die sich heute in ihren Berechnungen schmählich getäuscht sehen. Der Aushungerungsplan unserer Feinde ist zuschanden gemacht, Deutschland hat gezeigt, daß es auch abgeschlossen von aller Welt durch die freiwillige Unterordnung aller einzelnen unter die Gesamtheit seine Existenz in sich selbst erhalten kann. Und jetzt ist die Stunde gekommen, wo wir diesen unsern Feinden erbrachten Beweis vollenden müssen. Das zweite Kriegsjahr hat schon sein erstes Viertel vollendet, und mit erhöhter Kraft gilt es jetzt, bewährte Grundsätze, so neu sie uns waren, festzuhalten, zu erweitern und zu vertiefen. Der Feind möge nicht glauben, daß seine leichtfertigen Hoffnungen, die wir so gründlich enttäuschten, doch endlich noch sich erfüllen können. Der Ernst und die Größe unseres Existenzkampfes aber wird jedem in unseren Reihen das Gewissen schärfen für das, was unumgänglich nötig ist und wird uns weiterhin zusammenschließen zu einer geschlossenen Einheit, in der wir keine Gegensätze aufkommen lassen wollen, sondern jeder an seinem Teil mithelfen, die Wege zu finden, die uns, wie draußen gegen den Feind, so auch im Innern bei unserer Wirtschaft zum Siege führen müssen.

Es ist neues Land, das wir betreten. Der Staatssozialismus ist uns nahegerückt in Formen, wie wir sie bisher nicht kannten, aber mit jener Anpassungsfähigkeit und freiwilligen Einfügung des Einzelnen in das Ganze, die uns auszeichnet, werden wir auch in diesem unbekannten Lande schnell heimisch werden. Wir brauchen nicht zu verhehlen, daß die enorme Teuerung der letzten Zeit Gefahren in sich barg, deren schleunigste Behebung dringende Pflicht ist. Wir brauchen auch nicht zu verhehlen, daß die Reichsregierung den letzten möglichen Augenblick zu ihrem Eingreifen gewählt hat. Wenn sie aber jetzt die Frage der deutschen Lebensmittelversorgung durchgreifend in die Hand nimmt, und wenn sie, wie wir wissen, entschlossen ist, darin von Tag zu Tag und von Woche zu Woche nicht nachzulassen, so dürfen wir von vornherein ohne Ausnahme das Vertrauen haben, daß es ihr heiliger Ernst ist mit der rastlosen Arbeit, die sie nun in Angriff genommen hat, und daß, mögen Mißgriffe unvermeidlich sein, jede gerechte Kritik sie bereit finden wird, besser zu machen, was nicht ausreichend war. Kurzum, es wird gehandelt werden mit voller Energie und ohne Rücksicht auf unberechtigte Sonderinteressen. Und es wird gehandelt werden in engster Gemeinschaft des obersten Reichsleiters mit der gesamten Bevölkerung, deren namenlose Opferwilligkeit in diesem Kriege der Regierung die Pflicht auferlegt, in den notwendigen Erfordernissen des Lebens die volle Gleichheit aller Staatsbürger herzustellen. Wir können durchhalten, das wissen wir, auch wenn wir uns in mancher Beziehung nach der Decke strecken müssen, und vor allem können wir unseren tapferen Verteidigern draußen in den Schützenlinien die Gewißheit geben, daß ihre Daheimgebliebenen versorgt sind, und daß nichts unterbleibt, was die Leistungsfähigkeit unserer Armee und unseres Volkes bis zum endgültigen Siege auf der alten Höhe erhalten wird.

Die erlassenen Bundesratsverordnungen über die Höchstpreise für Kartoffeln, Fische und Wild und über die fleischlosen Tage sind nur Anfang einer Reihe von Maßnahmen, die weiterhin nötig sein werden. Was die Regelung der Kartoffelpreise anlangt, so wird man zwar neben der Festsetzung der Produzentenpreise und der Kleinhandelspreise das vermittelnde Glied, die Festsetzung der Großhandelspreise, vermissen.

Der Höchstpreis im Kleinhandel ist auf 4.35 Mk. für den Zentner festgesetzt, so daß für den Großhandel und den Kleinhandel zusammen nur ein Nutzen von 1,30 Mk. für den Zentner bleibt. Triftige Erwägungen haben zunächst davon absehen lassen, in die Verteilung dieses Nutzens zwischen Groß- und Kleinhandel einzugreifen, um verhängnisvolle Verschiebungen der Kartoffelvorräte innerhalb der Reichsgrenzen zu verhindern. Es muß sich nun zeigen, ob die „Harmonika" zwischen Produzenten und Konsumenten, die durch den Groß- und Kleinhandel dargestellt wird, sich von selbst reguliert. Mit aller Energie wird daher das Volk an den Großhandel appellieren, daß er dem Kleinhandel den ihm unbedingt nötigen Verdienst nicht schmälert und sich selber mit dem Nutzen begnügt, den er seinerseits zur Erhaltung seiner Kräfte bedarf. Sollten sich hier Unstimmigkeiten herausstellen, so dürfen wir versichert sein, daß die Reichsregierung nicht zögern wird, auch diesen letzten freien Spielraum in der Preisbestimmung aufzuheben und die rechte Verteilung zwischen Klein- und Großhandel gesetzlich zu regeln. Die fleischlosen Tage sollen in erster Linie der Einschränkung des Futterverbrauches dienen, und der große Mangel an Futtermitteln, der auch durch die Oeffnung des Donauweges auf den Balkanländern nur in beschränktem Umfange behoben werden dürfte, bringt es von selbst mit sich, daß die Produktion von Futtervieh außerordentlich beschränkt bleibt. Die großen Schwierigkeiten, die hieraus der Landwirtschaft und den Fleischproduzenten erwachsen, können nicht hoch genug eingeschätzt werden. Das dürfen wir alle nicht vergessen. So werden wir uns denn zusammentun und durch freiwillige Diät die gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Menge auf die Gesamtheit zu Wege bringen. Wenn das ohne Fleischkarte nicht gehen sollte, wird die Regierung vermutlich auch dazu schreiten. Vorläufig appelliert sie und appellieren wir mit ihr an das Gewissen unserer Mitbürger, sich der Beschränkung im Fleisch- und Fettverbrauch zu fügen und die fleischfreien Tage auch in den einzelnen Haushaltungen einzuhalten, auf die sich die Kontrolle der Behörden nicht erstreckt. Insbesondere müssen wir erwarten, daß bemittelte Kreise nicht durch vorzeitigen Einkauf sich auch für die fleischlosen Tage eindecken, daß sie den für die öffentlichen Speiseanstalten geltenden Vorschriften über die Verwendung von Fett und Butter sich fügen und auch, daß niemand bestrebt ist, die Bestimmungen durch sonstige Versuche zu umgehen. So versteht es sich beispielsweise von selbst, daß unter die Bestimmungen für fleischfreie Tage auch das sogenannte Hamburger Rundstück fällt. Der Verkauf von Belag auf Brot ist erlaubt, aber es versteht sich von selbst, daß ein Beefsteak oder ein warmer Braten als Brotbelag nicht gelten darf. Hier wird die öffentliche Ehre es von selbst mit sich bringen, daß Umgehungen und Ausschreitungen nicht vorkommen. Wir alle müssen uns ja gegenwärtig halten, daß wir durch die Duldung solcher Umgehungen mit Notwendigkeit nur schärfere Maßnahmen für die Gesamtheit hervorrufen, denn das muß sich heute jeder, der den Ernst der Lage kennt und auch den Ernst, von dem die Reichsleitung beseelt ist, sagen, daß das Ziel: die gleichmäßige Versorgung der Gesamtheit und das Ausreichen mit den vorhandenen Vorräten und Vorratsquellen, unter allen Umständen erreicht werden muß, soll nicht die ganze Blutarbeit unseres Volkes in diesem ungeheuren Kampfe um seine Zukunft vergeblich gewesen sein.

Wenn man die Kette der Höchstpreise und der gleichmäßigen Verteilung des Vorhandenen auf die Gesamtheit in die Hand nimmt, so findet sich schwer ein Ende. Eine unmittelbare Folge der fleischlosen Tage ist daher auch die Preisbestimmung für Wild und Fisch. Eine unmittelbare Folge des Futtermittelmangels und der Streckung der Fettvorräte wird gleichzeitig auch eine Kontrolle über den Milch- und Eierverbrauch sein. Endlich wird eine Regelung der Schweinepreise sich nicht vermeiden lassen, die leider durch wucherische Maßnahmen eine trotz der teuren Futterpreise ungerechtfertigte Höhe erreicht haben. Der Bundesrat dürfte in absehbarer Zeit energische Maßnahmen zur Herabsetzung solcher Wucherpreise treffen, und wenn der Reichstag zusammentritt, so wird man sich darauf verlassen können, daß auch er mehr als bisher an der Bekämpfung der Teuerung aktiv und energisch sich beteiligt. Einigkeit aller beteiligten Faktoren bis zu jedem Bürger hin bleibt bei alledem aber das Haupterfordernis. Diese Einigkeit wird unseren Feinden den bittersten Schlag versetzen, wird verhindern, daß die Hoffnung auf den Aushungerungsplan wieder neue Nahrung erhält, und wird dem deutschen Vaterlande den Sieg bringen durch das deutsche Wesen.

Pester Lloyd

1./XII. 1915

Graf Stefan Tißa über die Teuerung.

Paul Jsaák seine erste Sitzung und wählte nach dem Referate Dr. Ludwig Gáls einen permanenten Ausschuß. Die Aktion erweckt im ganzen Lande bei den Pensionisten größeres Interesse; zahlreiche hochgestellte Offiziere sind bereits dem Verband beigetreten.

Graf Stefan Tißa über die Teuerung.

Budapest, 30. November.

Die Denkschrift über die Teuerungsfrage, die von der am Sonntag in der Handels- und Gewerbekammer stattgehabten Versammlung der Arbeitgeber und Arbeitervereine angenommen worden ist, wurde heute mittag durch eine aus dreißig Mitgliedern bestehende Abordnung dem Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tißa im Abgeordnetenhause überreicht. Graf Tißa empfing die Deputation nach der Sitzung des Abgeordnetenhauses im großen Empfangssalon des Parlamentspalastes. Anwesend waren von den Mitgliedern der Regierung auch der Minister des Innern Johann v. Sándor, Finanzminister Johann v. Teleßky, Handelsminister Baron Johann Harkányi und Ackerbauminister Baron Ghillány.

Als Sprecher der Abordnung ergriff der Präsident der Handelskammer Geheimer Rat Leo Láncz das Wort:

Ansprache Leo Láczys.

Indem wir hier als die Deputation der aus sämtlichen Schichten des ungarischen städtischen Bürgertums, aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehenden Enquete vor Ew. Exzellenz als dem Haupt der ungarischen Regierung erscheinen, erlauben wir uns zu betonen, daß uns die in den Lebensverhältnissen eingetretenen wahrhaft außerordentlichen Erscheinungen hiehergeführt haben. In den unentbehrlichsten Lebensmitteln ist eine Teuerung entstanden, die den Millionen des ungarischen Volkes die Existenz fast unmöglich macht. Beklommenen Herzens müssen wir erklären, daß die Zustände derart entartet sind, daß wir die großen Schichten der arbeitenden ungarischen Gesellschaft nicht nur in ihrer Arbeitskraft angegriffen sehen, sondern daß wir auch die Gesundheit der kommenden Generation, das Leben der Säuglinge und Kinder für gefährdet erachten. Die verschiedenen Schichten der Gesellschaft brechen unter der Last dieser Verhältnisse zusammen, die sich infolge der außerordentlichen Lebensmittelteuerung, die in solchem Maße nirgend in Europa eingetreten ist, entwickelt haben.

Die ganze Bürgerschaft ist von dem Bewußtsein durchdrungen, daß die Versorgung unserer glorreichen Armee als hervorragendste Aufgabe eine gewisse Anhäufung und Verschiebung der Waren nach sich zieht und daß die Folge davon unausbleiblich eine Teuerung der Lebensmittel ist, wie sie sich ja in ganz Europa überall zeigt. Das ganze ungarische konsumierende Publikum hat diese Erscheinung als ein mit dem Kriege verbundenes wirtschaftliches Opfer mit mustergültiger Geduld und opferfreudiger Ruhe entgegengenommen. Was aber bei uns auf dem Gebiete der Warenverteuerung und des Warenmangels eingetreten ist, das ist in der ganzen Welt eine isolierte Erscheinung, wie sie in diesem Maße in keinem der kriegführenden Länder beobachtet wird, und die durch den vom Kriege bedingten Mehrverbrauch allein kaum gerechtfertigt werden kann.

Wir wissen wohl, daß die unter der weisen Leitung Ew. Exzellenz stehende Regierung nicht erst auf unsere Anregung wartet, um sich mit diesem schreienden Uebel zu befassen, daß sie, von der Wichtigkeit der Frage durchdrungen, der Sanierung Wohlwollen entgegenbringt. Wir müssen aber feststellen, daß alle weise Bemühung, alles Wohlwollen, das die hohe Regierung auf diese Frage gewendet hat, nicht von dem sehnlichst erwarteten Erfolge begleitet war, im Gegenteil, wir müssen eine Verschärfung und Verschlechterung der Lage von Tag zu Tag erfahren. Wir wollen vor Ew. Exzellenz keineswegs rekriminieren, im Gegenteil, als berufene Wortführer des konsumierenden Publikums nahen wir vertrauensvoll der hohen Regierung, bei der wir Schritt auf Tritt väterliche Fürsorge und Verständnis für unsere Lage beobachten können: daher werden es Ew. Exzellenz uns nicht verübeln, wenn angesichts der Resultatlosigkeit der bisher getroffenen Verfügungen und der ausgearteten Situation die große Menge triebhaft bestrebt ist, auch für ihren Teil die Lage kritisch zu beleuchten durch Unterbreitung von Vorschlägen, die ihrer Meinung nach eine Besserung der Zustände herbeizuführen geeignet sind. Unser Erscheinen vor Ew. Exzellenz ist ein Notschrei der gesamten bürgerlichen Mittelklasse und der gesamten Arbeiterschaft Ungarns; und wie sehr sich das ganze konsumierende Publikum Ungarns in dieser Frage einig fühlt, können Ew. Exzellenz aus diesem Falle ersehen, dem ersten, in dem Gewerbe und Handel, die freien Berufe und die fixbesoldeten Klassen, kurz die Gesellschaft der Arbeitgeber Arm in Arm mit den berufenen Vertretern der ungarischen Arbeiterklasse, der Organisation der Arbeiter Ungarns, erscheinen.

Ich will nicht weitläufig werden und unsere Vorschläge vor Ew. Exzellenz nicht mündlich detaillieren. Wir haben uns erlaubt, zu diesem Ende in einer Unterbreitung, die ich die Ehre habe, hiemit Ew. Exzellenz einzuhändigen, das Bild der Gesamtsituation zusammenzufassen, so wie wir sie sehen; auch haben wir in dieser Unterbreitung die Maßregeln angedeutet, von deren Anwendung wir eine Linderung der Lebensmittelnot erhoffen zu können glauben. Es sind in unserer Unterbreitung zahlreiche zweckdienlich scheinende Propositionen enthalten, die weit davon entfernt sind, utopistisch oder allzu radikal zu sein.

Ich hege die Ueberzeugung, daß eine entsprechende, jeden berechtigten Standpunkt berücksichtigende Organisation und die mit starker Hand durchgeführten festzustellenden Maßregeln zum Ziele führen und wieder Zustände schaffen werden, in denen die Millionen des ungarischen Volkes vor dem Ruin und die öffentliche Gesundheit vor der Gefahr einer Schädigung bewahrt bleiben werden.

Ich wiederhole: wir nahen Ew. Exzellenz und Ihren hochverdienten Ministerkollegen mit Vertrauen und Liebe und bitten, unsere ergebene Unterbreitung und die in ihr enthaltenen Vorschläge des Wohlwollens und eingehender Berücksichtigung zu würdigen.

Die Antwort des Ministerpräsidenten.

Nach Entgegennahme der Denkschrift sprach Graf Stefan Tißa folgendes:

Geehrte Damen und Herren! Ich bitte Sie, es nicht als eine banale Phrase hinzunehmen, wenn ich sage: ich danke Ihnen, daß Sie mich aufgesucht haben. Dieser Dank entspricht vollauf unserer ernsten Ueberzeugung, denn wir sind überzeugt, daß die mit der öffentlichen Approvisionierung und überhaupt mit der Verschlechterung der Lebensverhältnisse zusammenhängenden schwierigen Aufgaben bloß dann gelöst werden können, wenn sämtliche behördlichen Faktoren untereinander mit sämtlichen Faktoren der Gesellschaft Hand in Hand gehen und vereint den Uebelständen abzuhelfen trachten. (So ist es.) Deshalb ergreife ich freudig den Anlaß, um mit Ihnen über diesen Gegenstand einen Ideenaustausch zu pflegen. Wiederholt kann ich erklären, daß ich jedes aufrichtige Wort mit größter Freude und Dankbarkeit entgegennehme; mit Dank nehme ich auch eine Kritik oder den unverhüllten Ausdruck einer Unzufriedenheit hin, mit der ich vielleicht persönlich nicht ganz einverstanden bin; aber einerseits kann die Regierung nur dann ihre Aufgabe auch nur annähernd lösen, wenn sie alles klar sieht, wenn sie über die Wünsche, Stimmungen, Auffassungen des Publikums orientiert ist. Und andererseits kann jede Sache naturgemäß nur dadurch gewinnen, wenn auseinandergehende Ansichten im Wege einer völligen aufrichtigen und unverhüllten objektiven Diskussion einander zu kapazitieren und die Frage von verschiedenen Seiten zu beleuchten trachten.

Ich bin überzeugt, daß je mehr wir über diese Frage ernst, vertrauensvoll und offenmütig miteinander sprechen, sich die scharfen Kanten umso mehr abstumpfen werden, die heute vielleicht hinsichtlich der Beurteilung der Frage vorhanden sind. Eben deshalb bitte ich auch um ihre geneigte Aufmerksamkeit, um über die Frage mit vertrauensvoller Aufrichtigkeit uns auseinandersetzen zu können. (Hört! Hört!) Es wird mir dies ermöglicht durch die mich verpflichtende Liebenswürdigkeit, mit der die Leiter der Bewegung den Entwurf der jetzt eingereichten Denkschrift mir zur Verfügung gestellt haben, damit ich mich über den Inhalt rechtzeitig orientieren kann.

Mit Ihrer Erlaubnis möchte ich gleich vorweg kurz mich über eine Frage äußern, nämlich über den Hinweis auf Deutschland. Es fällt mir nicht ein, zu bezweifeln, daß die Verhältnisse in Deutschland nicht so schlecht sind wie bei uns, und auch ich bin geneigt, diesen zugunsten Deutschlands sich zeigenden Unterschied zum Teile darin zu suchen, daß bei uns weder die wirtschaftlichen Faktoren, noch die amtliche Organisation, noch auch — ich darf wohl offen sein — unsere Gesellschaft auf der Stufe stehen, auf der bei der Lösung dieser Frage die deutsche Gesellschaft sich zeigt. Da gilt es eben, den Fehler zu erkennen und durch ernste Arbeit das Möglichste nachzuholen. Andererseits dürfen freilich auch gewisse Faktoren nicht außer acht gelassen werden. In Deutschland war das Leben auch in Friedenszeiten wohlfeiler als bei uns, zum Teil vielleicht infolge unserer verfehlten Einrichtungen, zum Teil auch aus wirtschaftlichen Gründen. Um nur eines zu erwähnen: da ist beispielsweise die zur riesenhaften Blüte gelangte Küchengärtnerei des Deutschen Reiches, die gerade dann, wenn an Massenkonsumartikeln sich ein Abgang zeigt, der öffentlichen Approvisionierung sehr wirksam beispringen kann, während wir auf diesem Gebiete leider noch sehr rückständig sind. Da sind ferner auch andere Faktoren. Die Lage der deutschen Viehzucht und in mancher Hinsicht auch die Viehmästung ist leichter als bei uns — ich möchte mich nicht zu sehr in Einzelheiten einlassen — und schließlich sind auch diejenigen im Irrtum, die da meinen, im Deutschen Reiche gebe es keine Teuerung oder das Publikum im Deutschen Reiche wäre mit den Zuständen zufrieden. Gewiß ist die Teuerung in Deutschland geringer als bei uns. Aber vergleichen wir die dortigen heutigen Preise mit den dortigen normalen oder Friedenspreisen und stellen wir den gleichen Vergleich bei uns an, so wird sich nicht ein so großer Unterschied zwischen der deutschen und der hiesigen Preisrelation ergeben, als man auf den ersten Anblick meinen sollte. Andererseits aber wissen wir, daß die gleiche Unzufriedenheit auch in Deutschland vorhanden ist und die dortige Regierung und Gesellschaft ebenso ineinandergreifen und eine intensive Arbeit auch heute verrichten zur Niederringung der vielen Schwierigkeiten und Abgänge wie bei uns.

Nun bitte ich, mir zu gestatten, dem gewissermaßen grundlegenden Vorwurf der Denkschrift gegenüber Stellung zu nehmen. Einen Hauptgrund der jetzigen Uebelstände sieht die Denkschrift darin, daß die Regierung in ihrer ganzen Approvisionierungspolitik in erster Reihe selbstverständlich die Interessen der Rohproduktion auf Kosten der Interessen der übrigen Gesellschaftsklassen in den Vordergrund drängt. Verzeihen Sie mir, meine geehrten Herren, aber ich für meine Person glaube diesen Vorwurf in der Tat nicht verdient zu haben. Diejenigen, die zusammen mit mir schon zur reiferen Jugend gehören, werden sich vielleicht noch erinnern können, daß ich durch Jahrzehnte den härtesten, gröblichsten Angriffen der agrarischen Kreise ausgesetzt war. Gerade deshalb, weil ich mich Wünschen entgegenstellte, die ich als unvereinbar mit dem Gemeinwohle erkannt hatte.

Ich war schon Merkantilist, ich war auch schon feudaler Agrarier, und wofern mir Gott das Leben schenkt, werde ich diese abwechselnden Eigenschaften auch in Hinkunft bewahren, denn ich habe es stets, wie mein ganzer Lebenslauf zeigt, als eine Pflicht erachtet, wie dies ja überhaupt eine Pflicht aller mit Staatsgeschäften sich abgebender Männer ist, mich von jeglichem Klasseninteresse möglichst zu emanzipieren und die Mittelstraße jenes universellen Gemeininteresses zu finden, die niemals bereit ist, das Sonderinteresse einer einzelnen Klasse auf Kosten der übrigen unrechtmäßig zu bevorzugen. Ich bitte, überzeugt zu sein, daß die Regierung, der ich angehöre, und meine geehrten Ministerkollegen auch auf diesem Gebiete sich in vollständiger Solidarität mit mir befinden, niemals irgendwelchen Klasseninteressen dienen, sondern stets und namentlich unter so schwierigen Verhältnissen bestrebt sein werden, die verschiedenen Klasseninteressen auszugleichen und allen mit gerechtem Maße zu dienen.

Die Denkschrift weist auf die Fehler hin, die auf dem Gebiete der Verpflegung des Heeres begangen wurden, auf eine gewisse Systemlosigkeit bei den ersten Einkäufen, die ja zweifellos ihre preistreibende Wirkung hatten. Als historische Rückerinnerung birgt dies ja manche Wahrheit in sich. Wir waren ja auf diesen Krieg nicht sehr vorbereitet und sein Ausbruch hat alle Welt, sowohl die militärischen, wie die bürgerlichen Verwaltungskreise, stürmisch vor so große Aufgaben gestellt, bei denen in der ersten Zeit diese Dinge sich tatsächlich ereignen konnten. Es hätte gar keinen Sinn, dies in Abrede zu stellen, da ja nicht die Böswilligkeit der Menschen dergleichen verschuldete, sondern der Umstand, daß man völlig neue unerwartete kolossale Aufgaben zu überwinden und so ungeheure Mengen von Nahrungsmitteln herbeizuschaffen hatte, wie ähnliches bisher niemals der Fall gewesen. Wir wissen ja sehr gut, daß in früheren Kriegen die Ver-

Berlin.

e

Sonnabend, 11. Dezember 1915

Zeitung

1704

nd gelehrten Sachen

n monatlich 2 M. 70 Pf. bei täglich zweimaliger freier Zustellung.
50 Pf. oder vierteljährlich 7 M. 50 Pf. ausschließlich Bestellgebühr. —
In der Morgenausgabe 60 Pf., in der Abendausgabe 70 Pf., in
tellengesuche 40 Pf.). — Anzeigenannahme: Kochstraße 22/26,
en Ullstein-Filialen. Fernsprech-Zentrale Ullstein & Co,
11802, 11803, 11804, 11805 bis 11850. Amt Zentrum 8689 und 8690.

Verantwortlich für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils):
H. Bachmann in Berlin.

69

gris geworfen

Verwaltungsreform.

„Ich halte es für wichtig, die Fesseln zu zerbrechen, durch welche die Bürokratie den Aufschwung der menschlichen Tätigkeit hemmt . . . Man muß die Nation daran gewöhnen, ihre eigenen Geschäfte zu verwalten und aus jenem Zustand der Kindheit hinauszutreten, worin eine immer unruhige, immer dienstfertige Regierung die Menschen halten will." So schrieb einst der Freiherr vom Stein an Hardenberg, als er sich anschickte, das zusammengebrochene Staatswesen auf neuen festeren Grundlagen aufzubauen. Er konnte nicht hart genug über die „Schreiberkaste" urteilen; sein bewußtes Ziel war es, den Schwerpunkt der Verwaltung von oben nach unten zu verlegen, durch Befreiung von schwerfälligen Formen Bürgersinn und Gemeingeist zu schaffen. Bei der Erörterung der Frage, ob der Stadtgemeinde auch die Polizei zu unterstellen sei, war der Satz aufgestellt worden, „daß ein Volk sich selbst regiere". „Warum nicht", fügte Stein hinzu, „wenn es dazu fähig ist?" Und er pflichtete seinem werktätigsten Mitarbeiter an der Städteordnung bei: „Zutrauen veredelt den Menschen, ewige Vormundschaft hemmt sein Reifen." Mit dem Namen Steins ist die dankbare Erinnerung an die heilsamsten Reformen Preußens für alle Zeiten verknüpft.

Aber mehr als ein Jahrhundert ist inzwischen vergangen, neue Bedürfnisse machten sich geltend, und der Ruf nach einer gründlichen Umgestaltung der Verwaltung ist seit langem um so lauter ergangen, je weniger Steins Nachfolger seinen Geist wahrten, geschweige seine Werke in wahlverwandtem Sinn entwickelten. Sobald sich im Staatsleben ein leiser Zug nach links andeuten wollte, wurde freilich eine Reform der Verwaltung verheißen. Nur daß der Verheißung nicht immer die Erfüllung folgte. Wenn man heute darauf hinweist, daß für diese Reform noch seit den Tagen des Fürsten Bülow eine „Immediatkommission" besteht — klingt es nicht wie ein Märchen aus alten Zeiten? Der wievielte Minister des Innern schon an ihrer Spitze steht, verlohnt der Mühe des Nachrechnens nicht. Man weiß kaum noch, wer der Kommission angehört; wer aber wirklich ihr Mitglied ist, weiß nicht, ob sie jemals wieder zusammentritt. Und doch hat gerade die Erfahrung der Kriegszeit gelehrt, daß, wie vieles sich auch als gut erwiesen hat, vieles weit besser hätte sein können. Ist es ein Zufall, daß die Anerkennung über die Leistungen der städtischen Selbstverwaltung nahezu allgemein ist, während die Auseinandersetzungen über die Anordnungen oder Unterlassungen der Obrigkeit in Staat und Reich kein Ende finden?

„Wie vor einer Zaubergewalt sind die Schranken gefallen, die eine öde und dumpfe Zeit lang die Glieder des Volks trennten, die wir gegeneinander aufgerichtet hatten in Mißverstand, in Mißgunst und in Mißtrauen", hat Herr von Bethmann Hollweg am 2. Dezember 1914 gesagt. Die Befreiung von altem Wust erschien ihm als ein Segen, eine Beglückung. Sie wird die gleichen Gefühle bei den Bürgern der Reichshauptstadt erwecken, — wenn sie zur Tat und Wahrheit wird. Ist es nicht Mißverstand, Mißgunst und Mißtrauen, was die einzelnen Glieder der zusammengehörigen Wirtschaftseinheit Groß-Berlin getrennt, ihre Vereinigung beharrlich verhindert hat? Niemals hat sich die Verkehrtheit dieser künstlichen Zersplitterung handgreiflicher gezeigt als seit dem Ausbruch des rauhen Weltkrieges. Die Einsicht und Willensstärke der Selbstverwaltung hat die Schäden zu mildern verstanden; aber der Uebelstände sind noch genug und übergenug geblieben. Anordnungen zu demselben Zweck werden in mannigfachen Formen getroffen, die unter sich einschneidende Verschiedenheiten zeigen. Die Abweichungen sind so zahlreich, daß der Grundsatz, jeder habe das Recht zu kennen, nicht aufrecht zu erhalten ist. Wer findet sich in diesem Labyrinth noch zurecht? Jeder Teil des großen Ganzen hat seine besonderen Bestimmungen über Unterstützungen, über Steuern, über Lebensmittelversorgung, selbst über Müllabfuhr. In der einen Straße gilt dieses,

Fremdenblatt 15./XII 1915 77

Graf Tisza über wirtschaftliche Fragen.

Budapest, 14. Dezember.

Heute fand unter Vorsitz des Grafen Karl Khuen-Hedervary eine Konferenz der Nationalen Arbeitspartei statt. In ihr wurde die Vorlage über die neuen Ergänzungen der Ausnahmsmaßregeln für den Kriegsfall verhandelt.

Im Verlaufe der Verhandlung ergriff Ministerpräsident Graf Tisza das Wort und sagte: Die öffentliche Meinung muß bezüglich eines Umstandes im Klaren sein. Man versuchte, die Dinge so darzustellen, als ob tatsächlich hier Lebensmittel in Hülle und Fülle vorhanden gewesen seien oder als ob wir wenigstens genug gehabt hätten, so daß die Schwierigkeiten der Verpflegung und die Teuerung vorwiegend auf die Unfähigkeit und die Gleichgiltigkeit einzelner behördlicher und wirtschaftlicher Faktoren zurückzuführen wären. Diese Auffassung ist jedoch sehr gefährlich und höchst ungerecht. Es war uns im Vorjahre im Winter nicht möglich, die Lage in ihrem ganzen Ernste vor der Oeffentlichkeit darzulegen, nicht, weil wir die Nation erschreckt hätten — davor habe ich mich nicht gefürchtet — sondern wir hätten jenseits unserer Grenzen Hoffnungen erweckt, welche ihre Wirkung bei der Gestaltung der militärischen und der diplomatischen Lage ausgeübt hätten.

Der Ministerpräsident erklärte sodann, daß weniger Getreide vorhanden gewesen sei, als der Konsum der Bewohnerschaft von Oesterreich und Ungarn erforderte. Jenes Quantum, welches eben nur für die allernotwendigsten Bedürfnisse notwendig war, konnte nur so beschafft werden, daß wir bedeutende Mengen Mais der Landwirtschaft entzogen haben, wodurch dann wieder die Aufzüchtung und die Mästung einer wahrhaften Krisis ausgesetzt waren. Hieraus hat sich dann jene Lage entwickelt, welche wir auch in Bezug auf Speck und Fett wahrgenommen haben. Es ist auch in Betracht zu ziehen, daß in Bezug auf die Lebensmittel die Armee große Anforderungen stellt. Eine operierende Armee von Millionen kann nicht so mit den Lebensmitteln umgehen, wie dies in den einzelnen Haushaltungen im Frieden geschieht.

Der Ministerpräsident verweist auf zwei Faktoren als die wichtigsten, welche infolge der natürlichen Gestaltung der Verhältnisse eine tiefe Unordnung im Verhältnisse zwischen der Nachfrage und dem Angebote herbeiführten. Einerseits die Verminderung der Arbeitskräfte infolge der Mobilisierung, anderseits der erschwerte Eisenbahnverkehr. Diese Verschiebung des Gleichgewichtes führte Preissteigerungen herbei, die ohne behördliche Einmischung zu den größten Uebertreibungen geführt hätten, die es daher notwendig machten, daß die Staatsgewalt sich ins Mittel legte. Er beneide jeden Menschen wegen ihres Selbstvertrauens und Optimismus, die glauben, daß die vollkommenste administrative Maschinerie und die weiseste Regierung fähig wäre, das zu ersetzen, was auf Grund der automatischen normalen Funktionen des wirtschaftlichen Lebens geregelt werden müßte. Mit behördlichen Verfügungen kann das wirtschaftliche Leben nicht geregelt werden. Selbst unsere Väter und Großväter waren trotz der damaligen viel einfacheren Verhältnisse hiezu nicht imstande, wie wäre dies in der heutigen volkswirtschaftlichen Lage möglich? Auf diese Schwierigkeiten muß hingewiesen werden. Ich getraue mich dies umsomehr, als wir eine **wirtschaftliche Kampagne bereits überwunden** haben, dank der Opferwilligkeit der ungarischen Gesellschaft, welche Beweise ihrer Ausdauer, ihrer Entsagung und ihrer Geduld geliefert hat. Und eben deshalb kann ich ruhig darauf verweisen, wenn es auch Schwierigkeiten gibt, wir werden sie niederringen. Um dies jedoch zu tun, muß in der ungarischen Gesellschaft auch weiterhin jenes Zusammenhalten sein, jenes Bewußtsein, daß dies eine ebensolche Kraftanstrengung im Kriege ist, wie die Kraftanstrengung jener Helden, die auf dem Schlachtfelde ihr Blut vergießen, und daß die ungarische Gesellschaft gleichfalls gewillt ist, an dem nationalen Kampfe teilzunehmen, um hiedurch einen entscheidenden Einfluß im Interesse des Erfolges, des Endsieges, auszuüben.

Die Bemühungen der Regierung.

Es liegt mir ferne, zu behaupten, daß wir jene Riesenarbeit, welche diese Lage auf die Schultern der Regierung lud, ohne Fehler und ohne Mängel geleistet haben. Ich weiß nicht, ob es überhaupt einen Menschen auf der Welt gibt, der fähig gewesen wäre, diese Aufgabe ohne Fehler zu lösen. Eines kann ich euch jedoch versichern, nämlich, daß wir alle, mit der ganzen Anstrengung unserer Arbeitskraft und unserer bescheidenen Fähigkeiten, Arm in Arm, einander Hilfe leistend, mit der größten Hingebung und darauf hinarbeiten, dieses Problem so rasch, so gut wie möglich zu lösen. Wiederholt habe ich in den Zeitungen gelesen und auch Briefe habe ich erhalten, worin die Frage gestellt wird, warum der Ministerpräsident nicht die Sache in die Hand nimmt?

Ich kann euch dessen versichern, daß ich diese Sache nicht besser in die Hände nehmen kann, als ich eben getan habe. Es ist wahr, ich muß mich auch mit anderen Dingen befassen, aber ihr könnt davon überzeugt sein, daß kein Tag vergeht, an dem nicht ein beträchtlicher Teil der Arbeit die Frage der Lebensmittelversorgung und aller jener komplizierten, großen und schweren Probleme in Anspruch nehmen würde, die damit in Verbindung stehen. Und wie auf allen anderen Gebieten, sowohl des öffentlichen Lebens, als auch der amtlichen Taten steht die Regierung, die ihr mit eurem Vertrauen beehrt, in wahrem kollegialen Zusammenhalt, mit voller Hingabe wie ein Mann an der Arbeit. (Beifall.) Da kann man nicht sagen, daß dies ein Verdienst des Herrn X., jenes ein Fehler des Herrn Y. sei, was gut und was schlecht gemacht ist. Es ist die gemeinsame Arbeit unser aller! Wo Fehler geschehen sind, sind es ja unsere gemeinsamen Fehler; aber im vollen Vertrauen zueinander und in voller Harmonie arbeiten wir und ich muß gegen alle Versuche und Voraussetzungen, als gegen die größte Unbilligkeit protestieren, für die Fehler der Approvisionierung dies oder jenes Mitglied der Regierung verantwortlich machen zu wollen. (Beifall.) Insoferne Menschen für diese Fehler verantwortlich sind, sind wir alle gleich verantwortlich. Man möge über uns urteilen, doch muß ich entschiedenst dagegen protestieren, daß hier ein Unterschied zwischen den Mitgliedern der Regierung oder zwischen den Mitgliedern der Regierung und dem Führer gemacht wird. Und glaubt nicht, daß mich kameradschaftliche Solidarität oder Ritterlichkeit, sondern daß pure Wahrheitsliebe mich dies sagen läßt.

Man hört oft so viele scharfe Kritiken, Behauptungen und gute Ratschläge! Wenn wir in dieser Frage überhaupt etwas erreichen konnten, verdanken wir dies nur dem Umstande, daß in jenen Ressorts, welche durch diese Aufgaben in höchstem Maße in Anspruch genommen werden, hervorragende Mitarbeiter mit vorzüglich praktischem Sinn uns zur Seite stehen, die uns unschätzbare Dienste bei der Lösung dieser großen und schweren Aufgabe leisten. Es hängt von euch ab, ob ihr uns euer Vertrauen entzieht oder uns weiter damit beschenkt. (Lebhafter Beifall.) Ich kann euch versichern, daß, insolange wir uns des Vertrauens der verfassungsmäßigen Faktoren erfreuen, wir uns wie bisher bestreben werden, unsere Aufgabe zu erfüllen. Ich kann nicht versprechen, daß wir für die ungarische Nation bequeme Verhältnisse, einen Ueberfluß schaffen können, aber ich kann versprechen, daß wir dafür sorgen werden, daß keine Hungersnot eintritt und daß, falls uns die ungarische Nation nicht im Stiche läßt, und wenn sie jene Tugenden, welche sie im ersten Kriegsjahr bewiesen hat, auch auf wirtschaftlichem Gebiete beweisen wird, im zweiten Jahre des Krieges jener **wirtschaftliche Angriff**, welchen die Feinde gegen uns richten, **ebenso erfolglos** bleiben wird, **wie die militärischen Angriffe erfolglos geblieben sind.** (Langandauernder Beifall.)

Appell an Partei und Nation.

Es ist Pflicht jedes Ungarn, der dem Vaterlande in dieser kritischen Zeit dienen will, die ungarische Nation auch auf den wirtschaftlichen Gebieten fest, stark und vertrauensvoll zu erhalten. Kritik ist auch heute am Platze. Ich nehme sie gerne entgegen, denn jedem dient die Kritik zum Nutzen. Doch für die stärksten Kritiken und Angriffe wird erst nach dem Kriege die Zeit sein. Im heutigen Augenblick ist bloß eine objektive Kritik am Platze und mit den Interessen der Nation vereinbar. Die Gemüter aufreizende, Klassenhaß erweckende, das Vertrauen in die Regierung und in deren patriotische Bestrebungen untergrabende Angriffe verletzen nicht jene, gegen die sie gerichtet sind, sondern gefährden die heiligsten Interessen der Nation. Unterstützt uns, aber unterstützt in erster Reihe die Nation damit, daß ihr die Ueberzeugung in die große Oeffentlichkeit traget, daß es sich in den heutigen schwierigen Verhältnissen um die Lösung großer Aufgaben handelt, um die Lösung solcher Schwierigkeiten, welche ohne Entbehrungen, ohne Leiden nicht bewältigt werden können. Und seid davon überzeugt, daß an diesen Kämpfen auch die Regierung teilnimmt, welche durch euer Vertrauen in dieser Riesenkrise der ungarischen Nation in eine glorreiche, aber auch verantwortungsvolle und segensreiche Stellung versetzt wurde. (Langanhaltender lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Graf Khuen-Hedervary dankt dem Ministerpräsidenten namens der Partei für seine die Lage beleuchtenden Erklärungen.

Hierauf wurde die Gesetzesvorlage im allgemeinen und in den Details als Grundlage der parlamentarischen Beratungen angenommen und sodann die Sitzung geschlossen.

Fremdenblatt 21/III. 1915

80

Wiener Handelskammer.

(Plenarsitzung.)

Die niederösterreichische Handelskammer hielt gestern eine öffentliche Plenarsitzung, die letzte im laufenden Jahre. Der Präsident Herrenhausmitglied Paul Ritter von Schoeller eröffnete die Sitzung mit folgender Ansprache:

Die Rede des Handelskammerpräsidenten Herrenhausmitgliedes Paul R. v. Schoeller.

Wir treten in die letzte Sitzung des Jahres ein, das nun zu seiner Gänze ein Kriegsjahr geworden ist. In diesem Sinne mag es viele Köpfe und viele Herzen bei uns ebenso, wie bei den uns feindlichen Völkern enttäuscht haben, die eine frühere Beendigung des furchtbaren Ringens erwarteten, durch welches nunmehr seit fast eineinhalb Jahren Europa zerfleischt wird. Nicht enttäuscht aber wurden wir in der Zuversicht, in dem festen Vertrauen auf den Mut und die Standhaftigkeit unserer Truppen und auf den Erfolg ihrer Heerführer und jener der mit ihnen verbündeten Heere.

Wie uns das Frühjahr die ruhmvolle Befreiung von dem übermächtigen russischen Feind, den raschen Siegeszug der verbündeten Armeen nach dem Osten, die Besetzung ganz Russisch-Polens und eines Teiles von Rußland selbst gebracht hat, so gelang es nunmehr, in den letzten Wochen mit raschen und sicheren Schlägen von der Stelle, von der aus sich der Weltbrand entzündet hatte, einen kleinen aber kühnen Feind zu vertreiben, die Verbindung mit unserem neuen bulgarischen Bundesgenossen herzustellen und den türkischen Freunden die Hand zu reichen. Der undurchdringliche Wall, mit dem unsere Feinde die beiden Kaisermächte zu umgeben gedachten, ist durchstoßen und der politisch und wirtschaftlich so unendlich wichtige Weg nach dem nahen Osten und nach den an der Donau liegenden militärisch und wirtschaftlich so bedeutsamen Gebieten ist siegreich eröffnet worden. Wir können an dieser Tatsache nicht vorübergehen, ohne mit dem innigsten Danke der Leistungen unseres Heeres und seiner Führer sowie unserer Bundesgenossen zu gedenken. Sie geben die Zuversicht, daß auch in Zukunft unsere militärische Leistungsfähigkeit der unserer Feinden überlegen sein und uns den Frieden bringen wird, den wir wünschen.

Mehr als im Anfang des Krieges ist es aber nun auch an uns, in dem langsamer sich abspielenden wirtschaftlichen Kampfe unseren Armeen im Innern des Landes jenen Rückhalt zu geben, durch den ihre Erfolge erst ganz ausgebaut werden können. Wir dürfen vor der Schwierigkeit und Größe dieser Aufgabe ebensowenig zurückschrecken, wie unsere Brüder vor der ihren in den Schützengräben. Wir müssen uns gestehen, daß zu Anfang des Krieges, wo genügende Erfahrungen nicht vorlagen, auf einer Reihe wirtschaftlicher Gebiete nicht alles geschah, was notwendig gewesen wäre und nicht alles so, wie es sein sollte. Jetzt aber — ausgestattet mit den Lehren einer so langen Kriegsdauer — kann es nicht fehlschlagen, diese Lehren durch entsprechend energisches Zugreifen so zu verwerten, daß auch das wirtschaftliche Durchhalten im Innern unbedingt gesichert wird.

Die Approvisionierungsfrage.

Insbesondere gilt dies von der Approvisionierungsfrage. Die Mängel der Organisation, insbesondere das zeitweilige sehr mangelhafte Zusammenwirken der österreichischen und ungarischen Regierungen in dieser Frage müssen endgiltig behoben werden. So wird es uns gelingen, auch im zweiten, relativ günstigeren Erntejahre mit unseren Vorräten auszulangen. Dem in einzelnen Zweigen langsam sich bemerkbar machenden Rohstoffmangel steht überreiche Nachfrage nach Arbeitskraft in anderen Zweigen gegenüber. Auch hier handelt es sich hauptsächlich darum, einen entsprechenden Ausgleich zu finden und alle zur Arbeit geeigneten Hände wirtschaftlich nutzbar zu machen, statt der bloßen Wohltätigkeit einen zu weiten Raum anzuweisen, was ja auch bisher glücklicherweise vermieden werden konnte.

Die Fragen der finanziellen Bedeckung spielen, wie wiederholt von maßgebenden Persönlichkeiten ausgeführt wurde, für die Zentralmächte während des Krieges eine zweite Rolle und es wird für uns namentlich erst nach dem Kriege die Hauptaufgabe sein, durch eine wesentlich verstärkte Intensität unserer Arbeit den außerordentlich gesteigerten Bedarf während des Krieges wettzumachen.

Auf all den Wirtschaftsgebieten, die ich hier berührt habe, wird der entsprechende Erfolg am ehesten eintreten, wenn die staatliche Verwaltung in engster Fühlung mit den autonomen Vertretungen der wirtschaftlichen Kreise vorgeht. Diese Fühlungnahme ist in der ersten Zeit der Kriegsführung vielfach zum Nachteile der Sache außeracht gelassen worden, wenn auch von uns mit Dank anerkannt werden muß, daß insbesondere auf dem Gebiete der judiziellen Gesetzgebung unser Votum immer eingeholt, beachtet und vielfach berücksichtigt wurde.

Die Rekonstruktion des Kabinetts.

In der Leitung dreier wichtiger Ressorts, die gerade mit den hier berührten Wirtschaftfragen am meisten befaßt sind; ist vor kurzer Zeit ein Wechsel eingetreten. An ihre Spitze sind ausgezeichnete und durch ihre Vergangenheit rühmlichst bekannte Persönlichkeiten berufen worden, die wir in ehrlicher Ueberzeugung mit den besten Erwartungen begrüßen konnten. Mit großer Freude erfüllte es uns, daß das Handelsamt in Herrn Dr. v. Spitzmüller einer sozusagen unserem Kreise angehörenden Persönlichkeit anvertraut wurde, von der wir volles Verständnis auch für die komplizierteren Vorgänge des Erwerbslebens voraussetzen dürfen. Wir haben den neuen Ministern unsere Mitwirkung und Unterstützung in allen Fällen angeboten, wo sie uns rufen werden und wir hoffen, daß sie von unserem Angebote bei den großen Aufgaben, die uns noch bevorstehen, Gebrauch machen werden.

Daß wir inzwischen nicht müßig waren und auch aus eigener Initiative für die Gegenwart und die Zukunft zu leisten versuchen, was in unseren Kräften steht, ist in unserem engeren Kreise und wohl auch in weiteren Wirtschaftskreisen bekannt, in denen die Tätigkeit der Kammer —wie ich mit Freude eingestehen darf — immer größere Anerkennung findet.

Von allen durchgeführten oder noch im Zuge befindlichen Unternehmungen möchte ich heute nur eine besonders hervorheben.

Die Sequestrationen in den Feindesländern.

Die in den feindlichen Staaten verfügten Maßnahmen gegen das Vermögen unserer Staatsangehörigen haben, wie überhaupt der Krieg und dessen unvermeidliche Folgewirkungen, eine Fülle von juristischen Fragen ergeben, deren sachgemäße Lösung für Handel und Industrie wie überhaupt das gesamte Wirtschoftsleben außerordentlich wichtig ist. Die Klärung der eingetretenen Rechtsverwirrung kann nicht frühzeitig genug in Angriff genommen werden. Zu ihrer Vorbereitung wurde über Anregung des Präsidiums eine Kooperation der Kammer mit der Wiener Juristischen Gesellschaft herbeigeführt. Insbesondere gereicht es dem Präsidium der Kammer zur großen Genugtuung, daß eine so hervorragende Autorität wie der frühere Justizminister Dr. Franz Klein, der derzeit an der Spitze der Wiener Juristischen Gesellschaft steht, sich bereit erklärte, die Ausführung dieser gemeinsamen Arbeit zu leiten. Diese wird darin bestehen, zunächst eine Untersuchung der wirtschaftlich belangreichsten Gruppen juristischer Kriegskomplikationen herbeizuführen, die Richtlinien für eine angemessene, den Inländern tunlichst günstige Ordnung zu ermitteln und das Ergebnis der Arbeiten sowohl den geschäftlich vom Kriege Betroffenen wie der Regierung zur Verfügung zu stellen, der letzteren vor allem behufs eventueller Verwertung bei den Friedensverhandlungen, die sich auch auf diese Wirkungen und Folgen des Krieges werden erstrecken müssen. Die Anfänge des Unternehmens reichen einige Monate zurück; es ist den Bemühungen Seiner Exzellenz zu danken, daß eine große Anzahl hervorragender Gutachten gewonnen wurde. Zahlreiche Berichte liegen bereits vor und die mündlichen Verhandlungen über die einzelnen Fragen, wobei die Mitwirkung der im Wirtschaftsleben praktisch tätigen Persönlichkeiten und insbesondere der Herren Mitglieder der Kammer sehr erwünscht ist, haben auch schon begonnen. Das Programm der Unternehmung umfaßt, wenn ich dies noch kurz erwähnen darf, drei Fachgruppen, nämlich erstens die Ueberleitung des Kampfrechtes (Zahlungs- und Handelsverbote, Beschlagnahmen, Sequestrationen, Konfiskationen usw.) in den normalen Zustand, eine zweite Gruppe bezieht sich auf die Liquidierung schwebender internationaler Verbindungen und Geschäfte — hieher gehört z. B. die wichtige Frage der Unmöglichkeit der Erfüllung von Verträgen — eine dritte Gruppe behandelt die Ersatzansprüche gegen die feindlichen Staaten. Im Zusammenhange mit diesen Fragen wird auch das Thema einer internationalen schiedsrichterlichen Instanz auf privatrechtlichem Gebiete und die Frage einer Organisation des Inkassos der Auslandsforderungen behandelt werden. Das Bureau der Kammer unterstützt die Arbeiten der Gutachter durch die Sammlung von praktischen Beispielen, wie sie sich aus unserem Auskunftsdienste ergeben, und durch die Sammlung der einschlägigen Rechtsmaterialien. Nach der Person ihres Leiters und nach der ganzen Anlage der Unternehmung ist zu erwarten, daß ihr ein voller Erfolg beschieden sein wird.

Auf die übrigen zahlreichen Aktionen der Kammer will ich diesmal nicht eingehen. Lassen Sie mich nur zum Schlusse noch der Hoffnung Ausdruck geben, daß neben den Arbeiten für die Vorbereitung eines künftigen Friedens möglichst bald auch wieder die eigentlichen Friedensarbeiten ihren Anfang nehmen mögen.

Die Rede des Präsidenten wurde vielfach von Zustimmungskundgebungen unterbrochen und mit lebhaftem Beifalle aufgenommen.

Ein Antrag der Kammerräte Krause und Genossen hält es für notwendig, da doch an einen Wirtschaftsbund mit Deutschland gedacht wird, auch deutsche Verwaltungsform und deutschen Unternehmungsgeist bei uns zur Geltung zu bringen, und wendet sich gegen die zahlreichen bei uns in Geltung stehenden Feiertage — es sind dies um neun mehr als in Deutschland.

Ein Antrag der Kammerräte Lemberger und Genossen geht dahin, zur Beratung der volkswirtschaftlichen Maßnahmen zur seinerzeitigen Ueberleitung des Kriegszustandes in den Friedenszustand einen eigenen Ausschuß zu gründen, dessen Zusammensetzung dem Präsidium überlassen wird. Die Kammer genehmigte den Antrag.

Ein Antrag des Kammerrates Pabst befaßt sich mit einigen Bestimmungen des Kriegsleistungsgesetzes, welche normieren, daß im Falle der nachträglichen Forderung der endgiltigen Ueberlassung von angeforderten Fahrzeugen und Tieren die für die Gebrauchnahme entfallenden Vergütungen in die für die endgiltige Ueberlassung zu zahlende Summe einzurechnen sind.

Kammerrat Vinzl verweist in einer Anfrage an das Präsidium auf die Beschlüsse der Eisenbahnkonferenz in Temesvar, nach welchen eine Eisenbahnverbindung zwischen Berlin und Konstantinopel hergestellt werden soll, und frägt an, was das Präsidium in dieser Richtung veranlaßt habe.

Präsident v. Schoeller erwidert: In Beantwortung der an das Präsidium gestellten Anfrage beehre ich mich, zu erwidern, daß die Kammer nicht ermangelt hat, im Wege einer Immediateingabe an den Eisenbahnminister auf die besondere Bedeutung der Instradierung der sogenannten Balkanzüge hinzuweisen. Die Kammer hat hiebei Anlaß genommen, insbesondere den provisorischen Charakter dieser Maßnahmen zu betonen und ihrer Anschauung dahin Ausdruck zu geben, daß hierin keinesfalls ein Präjudiz für die Leitung des Expreßzugsverkehrs nach Friedensschluß erblickt werden dürfe.

Im Uebergang zur Tagesordnung beschloß die Kammer im Sinne eines Referats des Ersten Sekretärs Regierungsrates Dr. v. Tayenthal, den Angestellten der Kammer eine einmalige Kriegszulage im Ausmaß von einem Zwölftel der Jahresbezüge zu gewähren. Das Plenum genehmigte sodann den Voranschlag der Kammer für das Jahr 1916, gewährte eine Reihe von Subventionen und nahm nähere Wahlen vor.

Am Schlusse der Sitzung sprach der stellvertretende Vorsitzende Hofrat Dr. Freiherr v. Eger dem Präsidenten sowie dem Vizepräsidenten für ihre intensive und wirkungsvolle Tätigkeit den Dank der Kammer aus. (Lebhafter Beifall.)

Der Präsident dankte für die freundlichen Worte der Anerkennung und sprach dem Vizepräsidenten für seine eifrige Mitarbeit an den Agenden der Kammer seinen Dank aus. Weiters dankte der Vorsitzende dem Bureau der Kammer, insbesondere dem Ersten Sekretär Regierungsrate Dr. v. Tayenthal, für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit in dem überaus arbeitsreichen Kriegsjahre, den Mitgliedern der Kammer für ihre eifrige Betätigung und schließlich der Presse.

Vizepräsident Kitschelt sprach seinen Dank für die ihm ausgedrückte Anerkennung aus und gab der Hoffnung Ausdruck, daß nach einem ruhmreichen, ehrenvollen Frieden baldmöglichst die Kammer ihre Friedensarbeit im vollen Umfange wieder wird aufnehmen können. (Lebhafter Beifall.) Auf die öffentliche folgte eine vertrauliche Sitzung.

Fremdenblatt 25./XII. 1915

Berufsfragen nach der Wiederkehr des Friedens.

Von Dr. Stephan Edlen v. Licht,
Mitglied des österreichischen Abgeordnetenhauses.

Obwohl kein Absehen ist, wie lange das Verhängnis des Vernichtungskampfes noch auf der Welt lasten wird, treten doch die Fragen in den Vordergrund, die sich auf die Wiederkehr des Friedenszustandes beziehen. Die ungeheuren Verheerungen, die der Krieg unmittelbar und mittelbar herbeiführt, werden gutgemacht werden müssen. Die Arbeit vielleicht einer ganzen Generation wird für den Wieder- und Neuaufbau notwendig sein und alle Kräfte zur äußersten Anspannung nötigen. Die Energien, die der Krieg ausgelöst hat, sowohl unmittelbar in den heldenmütigen Kämpfen an der Front, als in der stillen unermüdlichen Arbeit im Hinterlande, werden in der Friedensarbeit ihre volle Verwertung finden. Die Erfahrungen des Krieges wird man nützen können und müssen, um den neuen Aufgaben gewachsen zu sein. Die Millionen Männer, die der Krieg an die Front gebracht oder im Etappenraume und im Hinterlande für den Kriegsdienst verwendet hat, werden zurückströmen und ihre Arbeitsstellen wieder aufsuchen, soweit ihnen Verwundungen, Krankheiten und Entbehrungen die Arbeitsfähigkeit gelassen haben.

Verhältnismäßig leicht und einfach wird dies in den landwirtschaftlichen Berufen vor sich gehen. Die Männerarbeit wird dort rasch ihren Platz wieder finden und die mannigfaltige Tätigkeit in der Landwirtschaft wird auch geminderter Arbeitskraft angemessene Verwertung geben, namentlich in der Bauernwirtschaft, die dem Landwirt die Anpassung an die gewohnte Arbeit erleichtert.

Wünschenswert wäre auch, wenn ländlichen Kreisen entstammende, nicht für besondere gewerbliche oder industrielle Tätigkeit ausgebildete oder angelernte Arbeitskräfte der landwirtschaftlichen Tätigkeit wiedergegeben würden. Hier spielt die Frage der Kriegerheimstätten eine große Rolle, die nicht nur bestimmt sein sollen, wie man oft fälschlich annimmt, dem Kriegsinvaliden eine Wohn- und Arbeitsstätte zu schaffen, sondern die vor allem der durch den Krieg näher gerückten inneren Kolonisation durch Schaffung von kleinbäuerlichen Ansiedlungen starken Antrieb geben sollen. Die Frauen- und Kinderarbeit, die während des Krieges im landwirtschaftlichen Betriebe notwendig war, wird in ihre natürlichen Grenzen zurückgeführt werden müssen. Raubbau an menschlicher Kraft wird nach dem Kriege erst recht nicht getrieben werden dürfen, wenn man die so hart mitgenommene Volkskraft möglichst rasch erneuern will.

Schwieriger sind die Fragen, die die städtischen Berufe, die gewerbliche und industrielle Tätigkeit betreffen. Der geschulte Arbeiter wird, wenn er mit ungeminderter Arbeitsfähigkeit wiederkehrt, mit Freude an seiner früheren oder jeder anderen Arbeitsstelle wieder aufgenommen werden. Auch geminderte Arbeitsfähigkeit wird leicht gute Unterkunft finden. Die Betriebe werden sich, durch das eigene Bedürfnis dazu genötigt, anpassen und der unermüdlich wirkende Erfindungsgeist, der gerade während des Kriegszustandes zunächst der Verteidigung, wohl aber auch der Erhaltung und Erneuerung dienende großartige Leistungen vollbracht hat, wird in den Arbeitsmethoden und den Arbeitsgeräten, was notwendig ist, um die Mitwirkung im Arbeitsfortgange dem durch den Krieg mitgenommenen Arbeiter zu erleichtern, rasch und zweckmäßig zur Verfügung stellen. Man kann ohne Uebertreibung auch sagen, daß jeder unserer Soldaten, und zwar auch der ungeschulte Arbeiter, vom Kriege heimgekehrt, wenn und soweit er kann, Arbeit und Erwerb finden wird. Er wird allerdings einem Mitbewerber um die Arbeitsstelle begegnen, der während des Krieges häufig als Ersatz für den Friedensarbeitsmann herangezogen wurde, der Frau; vielleicht nicht selten sogar der eigenen Frau. Das Gebiet der Frauenarbeit hat sich im Kriege außerordentlich erweitert. Wenn die Frau heute schwere Männerarbeit in der Werkstätte oder im Verkehr verrichtet, sollte dies nur ganz ausnahmsweise und nur dort, wo nach dem Kriege Männerarbeit nicht vorhanden sein wird, noch fortdauern. Ich kann dem bekannten Erlasse des Kriegsministeriums, der mit einer Fortdauer dieses Ausnahmszustandes zu rechnen scheint, nicht beistimmen.

Der Krieg hat wohl die Entwicklung auf dem Wege zu einer stärkeren Heranziehung der Frau zur Arbeit außer dem Hause besonders beschleunigt; doch über die Grenzen der dem weiblichen Organismus zulässigen oder mindestens nicht gerade abträglichen Arbeit hinaus soll ihre Verwendung nicht eintreten. Das „Zurück zur Scholle", das dem landwirtschaftlichen Arbeiter, der in die Stadt verschlagen wurde, gilt, findet seinen Widerhall in dem „Zurück zur Hausarbeit", das der in Werkstätte und Verkehr und auch schwerer Heimarbeit ihre Kraft rasch verzehrenden Frau zugerufen wird. Das wird nach dem Kriege wohl noch schwerer werden als vorher. Vielleicht wird zunächst eine größere Anzahl von Ehen geschlossen werden, allein die Möglichkeit, in einer eigenen Hauswirtschaft Einkehr zu finden, wird für die Frau, da die Zahl der Männer durch den Krieg so wesentlich verringert sein wird, noch geringer werden als vorher. Jedoch weibliche Kohlenträger und sonstige weibliche Schwerarbeiter innerhalb und außerhalb der Werkstätte sollen nicht mehr vorkommen. Das verbietet vor allem die Rücksicht auf Erhaltung und Vermehrung der Bevölkerung, die künftighin für den Staat, der möglichst raschen Ersatz für das Verlorene schaffen muß, maßgebend sein wird. Mutterschutz und Mutterschaftversicherung, Säuglingsfürsorge, das staatliche Eintreten für die Kindererziehung und Jugendfürsorge, die Fortführung der sozialpolitischen Gesetzgebung, für die in allen Staaten gleiche Richtlinien gegeben sein werden, namentlich hinsichtlich der Arbeit der Frau und der Jugendlichen und der Nachtarbeit im allgemeinen, alles das greift zusammen, um nach dem Kriege fortzusetzen, was vorher geplant, zum Teile ins Werk gesetzt oder wenigstens, wie unsere Sozialversicherung, dem Schlußworte der Gesetzgebung nahegebracht wurde. Allerdings werden gerade hier in mannigfacher Beziehung Aenderungen und Ergänzungen notwendig sein.

Für die Angestellten im industriellen, gewerblichen und kaufmännischen Betriebe und im Bureau hat der gute Wille und die Einsicht der Betriebsinhaber die unzulängliche Voraussicht der Gesetzgebung zumeist glücklich ergänzt. Als Regel dürfte wohl gelten, daß den eingerückten Angestellten ihre Stellen aufrechterhalten bleiben. Zumeist finden sie trotz der langen Kriegsdauer noch eine oft reichlich ausgemessene Fortzahlung ihrer Gehalte. Vielfach hat man Ersatz schaffen müssen zumeist durch weibliche Hilfskräfte, die sich nicht selten als ganz brauchbar bewähren. Leider fehlt uns in Oesterreich, trotzdem unser Handlungsgehilfengesetz einen außerordentlichen Fortschritt bedeutet hat, eine gesetzliche Anordnung, wie sie vor kurzem in Ungarn, das sonst recht rückständig ist, getroffen wurde, die, daß der Dienstvertrag, ganz abgesehen von der Verpflichtung der Gehaltszahlung, durch die Einrückung zum Kriegsdienste nicht gelöst wird, sondern in der Schwebe bleibt und bei der Rückkehr des Angestellten wieder in Kraft tritt. Der Mangel einer solchen Bestimmung führt zu Unkömmlichkeiten. So habe ich selbst in meiner anwaltlichen Tätigkeit einen Fall erlebt, daß ein Großindustrieller, der einen besonders tüchtigen Angestellten aus guter Stellung an sich zog, dadurch, daß er ihm einen hohen Gehalt und einen fünfjährigen Vertrag zusicherte, nach dessen Einrückung den Vertrag auflöste und durch die Fortzahlung des halben Gehaltes während der Einrückung nur einigermaßen seine, dem Angestellten höchst nachteilige Handlungsweise gutmachte. Dem Angestellten ist selbstverständlich mehr an der Wiederkehr in seine Stelle und einen langdauernden Vertrag als an der Zahlung des halben Gehaltes während der Kriegsdauer gelegen. Hier sollte der Gesetzgeber, der es jetzt so einfach hat, einspringen und die Rechtslage in Oesterreich der in Ungarn gleichstellen.

Der zurückkehrende Angestellte wird auf manchen Arbeitsplätzen seiner weiblichen Mitbewerberin begegnen. Diese wird dem Manne, der durch die Kriegsarbeit sich den vollen Anspruch gewahrt, mit Fug und Recht weichen müssen. Man hat wohl überhaupt den Frauen für ihre zukünftige Betätigung in derartigen Erwerbsstellungen zuviel Hoffnungen gemacht. Die verschiedenen Handelsschulen, Stenographie- und Schreibmaschinenkurse werden Tausende von Mädchen während der Kriegsdauer herangebildet haben, die, wenn der Krieg sein Ende erreicht haben wird, vergebens nach Arbeitsstellen Umschau halten werden. Gegen die Verwertung der im Ueberfluß vorhandenen weiblichen Arbeitskraft zur Verdrängung der Männerarbeit, namentlich aus dem Gesichtspunkte der Lohndrückerei, wird man sich wohl mit aller Macht zu wehren haben. Doch die Einsicht der Betriebsinhaber, die gerade während des Krieges erfahren haben, daß die Frauenarbeit in Kontor und Bureau, beim Verkaufe und im Werkbetriebe den Mann nur ausnahmsweise zu ersetzen vermag, wird schon selbst dafür sorgen, daß das Mitbewerben der Frau um diese Arbeitsplätze keine besondere Bedeutung haben wird. Die Lücken, die der Krieg gebracht hat, werden sie allerdings ausfüllen.

Im Staats- und sonstigen öffentlichen Dienste, dem der bei Banken, Versicherungsgesellschaften und ähnlichen Einrichtungen ziemlich gleichkommt, kurz überall, wo die Anstellung einen ständigen, durch pragmatische Vorschriften geordneten Charakter hat, liegen die Dinge für die Angestellten einfach. Sie kehren in ihre Stellungen zurück, ihre pragmatischen Ansprüche auf Vorrückung im Rang und Gehalte und auf Versorgung sind vollständig gewahrt. Ersatz durch Frauenarbeit ist im öffentlichen Dienste wohl nur in den rein manipulativen Fächern eingetreten. Sonst hat man mit geringerem Personale mehr Arbeit geleistet. Diese Erfahrung ist lehrreich und muß für die Reform der Verwaltung, die nunmehr endlich begonnen werden sollte und durch den Krieg manche richtige Wegleitung erfahren hat, ausgenützt werden. Weniger und besser bezahlte Beamte, dahin drängt alles. Vom Beamten des öffentlichen Dienstes kann man mehr Leistungen, als bisher im Frieden im Durchschnitt zustande kamen, fordern. Das bessere Entgelt ist eine Notwendigkeit, die auch durch die nach dem Kriege wahrscheinlich noch lange nicht gebannte Teuerung zur Pflicht gemacht werden wird. Gerade die Festbesoldeten, vor allem die des öffentlichen Dienstes, denen Aushilfen nicht so leicht und so freigebig zuteil werden, üben unter mannigfachen, oft kaum erträglichen Entbehrungen den stillen Heroismus der Pflicht und haben ein Anrecht, daß durch eine zweckmäßige Neuordnung so bald als möglich dauernd und ergiebig ihre Entsagung gelohnt werde.

Für die zahllosen Anwärter auf neue Stellen im öffentlichen Dienste wird aber wenig Platz sein. Dem Techniker wird dies kein besonderer Nachteil sein. Auch der öffentliche Dienst wird angesichts der großen Aufgaben, die der Wieder- und Neuaufbau der zerstörten Werte fordern wird, einen größeren Bedarf haben. Doch ausschlaggebend wird der Bedarf der privaten Betriebe sein, und hier wird sich Unterkunft in Fülle bieten. Ueberdies ist der Techniker freizügig, durch sein Wissen und Können an Landesgrenzen nicht gebunden. Dem kenntnisreichen, tüchtigen, energischen, gewissenhaften und verläßlichen Techniker öffnet sich die ganze Welt. Recht unfreundlich ist aber die Aussicht für gelehrte Berufe im engeren Sinne des Wortes. Im Lehrerberufe, wobei ich die Mittelschulen im Auge habe, hat der Krieg zahlreiche Lücken gerissen. Hier wird jedoch nur für den Anfang für Anwärter Platz sein. Auch die großen Opfer, die der Krieg dem Aerztestande auferlegt hat, werden Ersatz fordern. Allein auch dies gilt nur für eine kurze Uebergangszeit. Recht traurig aber steht es mit den Juristen. Schon vor dem Kriege war der Zutritt für viele staatliche Stellen gesperrt. Der Abgang durch den Krieg ist nicht allzu groß. Ein sehr bedeutender Teil der Beamten des öffentlichen Dienstes war und ist unentbehrlich und blieb dadurch von den Gefahren des Krieges verschont. Neuer Bedarf an Juristen wird namentlich, wenn es mit der Reform der Verwaltung ernst wird, nicht groß sein und gewiß in keinem Verhältnisse zu dem dann vorhandenen Angebote stehen. Zur Staatskrippe drängt doch alles. Ich kann darauf verweisen, daß ich schon vor mehreren Jahren im Abgeordnetenhause vor der Ueberfüllung mit Juristen gewarnt und verlangt habe, daß der Bedarf an solchen festgestellt und rechtzeitig den Gymnasien mitgeteilt werde, um die Berufswahl in die rechten Wege zu lenken. Auch die Reform der juristischen Studien habe ich wiederholt gefordert, die wohl viel gründlicher als bisher geplant wurde, wird stattfinden müssen. Endlich wird man daran denken müssen, den jungen Leuten, die ihre Studien unterbrachen, weil sie Frontdienst leisten mußten, nicht den Nachteil zuzufügen, daß die nicht wehrfähigen Studiengenossen sie überholen.

Jungen Leuten, die im Felde als Reserve- oder Landsturmoffiziere oder Offiziersanwärter sich bewährten und Lust und Liebe zum Offiziersberuf haben, wird die Gelegenheit, nach dem Kriege im Heeresdienst, der sehr großen Bedarf haben wird, zu bleiben, offen stehen. Dadurch wird auch eine bedeutende Entlastung des Angebotes solcher Arbeitskräfte eintreten.

Im Frieden wird aber rasch an die unaufschiebbaren Reformen der Mittelschulen, der Hochschulstudien, der Berechtigungsvorschriften, die für die Berufswahl so verhängnisvoll sind und unsere Mittelschulen mit ungeeigneten Leuten anfüllen, geschritten werden müssen. So halte ich auch die Zuerkennung der Einjährig-Freiwilligenberechtigung an Absolventen der sechsten Klasse einer Mittelschule trotz der Ergänzungsprüfung für einen Fehlgriff. Den Eltern, die aus falschem Ehrgeize oder unrichtiger Beurteilung der Aussichten ihre Söhne in die Mittelschule schicken, tut Warnung und Aufklärung sehr not.

Bei meinem raschen Rundgange will ich noch bei den Inhabern kleinerer oder mittlerer Gewerbebetriebe verweilen. Vielfach konnte die Frau oder ein Stellvertreter die Arbeit fortführen. Häufig mußte der Betrieb stillgelegt werden. Die Kunden verlaufen sich; der heimgekehrte Gewerbsmann muß von vorn anfangen. Hier wird die Berufsorganisation, gefördert und unterstützt durch öffentliche Mittel, eingreifen müssen. Kredithilfe und andere Auskunftsmittel müssen eintreten. Aufgaben gemeinschaftlicher Natur wirken den berufenen Stellen, die rechtzeitig durch Feststellung der Tatsachen und sicherer Pläne sich vorbereiten müssen. Hilfe für kriegsinvalide Gewerbetreibende tut jetzt schon vielfach not.

Der ersehnte Friede wird einmal vielleicht rascher als wir ahnen, sich einstellen. Er soll uns nicht überraschen, sondern für die ungeheuren Aufgaben, die er bringen wird, gerüstet finden. Wir sehnen uns nach einem dauernden, gesicherten Frieden. Daher muß auch, was wir für ihn planen, nicht bloße Gelegenheitsmache, sondern weitschauende, genau überlegte Vorsorge sein, die wir unseren Soldaten vor allem schulden.

Vossische Zeitung 27./XII. 1915 89

Montag, 27. Dezember 1915

Zeitung

d gelehrten Sachen

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800
11 801, 11 802, 11 803 bis 11 850. Zentrum 8689 und 8690

bei Solum.

Die große Reform.

Von
Georg Bernhard.

Der Reichsschatzsekretär hat in seiner Rede zur Begründung der Kriegsgewinnsteuer bereits von weiteren neuen Steuerprojekten für das Reich gesprochen. Dieser allgemeinen Ankündigung ist eine — anscheinend halbamtlich beeinflußte — Meldung über eine geplante Erhöhung der Zigarettensteuer auf dem Fuß gefolgt. Gleichzeitig wird ferner von preußischer Seite die öffentliche Meinung auf die Erhöhung der Zuschläge zu den preußischen direkten Steuern vorbereitet. Diese Tatsachen genügen, um zu zeigen, wie notwendig es ist, sich endlich einmal über die grundsätzlichen Fragen der zukünftigen Steuerreform auszusprechen.

Vor allem tut es dringend not, zu verlangen, daß reformiert und nicht geflickt wird. Wenn wir selbst eine so hohe Kriegsentschädigung erhalten werden, wie ich sie — allem Pessimistengeschrei zum Trotz — als sicher erwarte, so werden wir trotz alledem im Reichsbudget einen Mehrbetrag von mindestens 1½ Milliarden Mark jährlich in der Zukunft aufzubringen haben. Man wird es verstehen, daß ich im Augenblick die Ziffer nicht spezialisieren will. Aber alle Sachverständigen werden mir zugeben, daß der von mir errechnete jährliche Mehraufwand sicher eher zu niedrig als zu hoch veranschlagt ist. 1500 Millionen Mehrbedarf lassen sich nicht durch Steuererhöhungen decken. Diese Summe kann überhaupt nicht nach dem bisherigen System aufgebracht werden. Es wirkt beinahe komisch, wenn angesichts solcher Erfordernisse von einer Erhöhung der Zigarettensteuer die Rede ist. Die ganze Steuer hat im Etatsjahr 1913 den Betrag von 47 Millionen erbracht. Was würde es da angesichts unseres Finanzbedarfes für eine Bedeutung haben, wenn wir die Steuer selbst verdoppeln wollten? Will man denn wirklich mit der alten Methode fortfahren, überall ein paar Milliönchen mühselig herauszupressen, alle Berufe zu verärgern, alle Stände gegeneinander zu hetzen, um es schließlich doch keinem Stande und keiner politischen Partei recht zu machen? Das aber muß letzten Endes immer dabei herauskommen, wenn man nicht reformiert, sondern flickt.

Zur Reform gehört allerdings Zeit. Der stärkste Mann und der genialste Finanzkönner ist nicht in der Lage, von heute auf morgen auch nur in den Grundzügen ein solches Reformwerk festzustellen. Nun wird natürlich auch in der Zwischenzeit des Bedenkens Geld gebraucht. Man verlangt vom Schatzsekretär, daß er bei aller Großzügigkeit seiner Zukunftsideen nicht vergißt, das Oel bereitzustellen, das die Staatsmaschinerie auch während des Zwischenzustandes nicht entbehren kann. Aber auch im Interimistischen kann sich ein Meister bewähren. Wenn man annimmt, daß zwei Jahre mindestens erforderlich sein werden, bis der große Wurf gelungen ist, so ergibt sich klar der Weg, den man beschreiten muß. Voraussichtlich werden wir, bis das Ende des Krieges einigermaßen absehbar ist, rund 40 Milliarden auf Anleihen entnommen haben. Für das erste Jahr steht uns auch das Erträgnis der Kriegsgewinnsteuer noch nicht zur Verfügung. Es wäre daher am angebrachtesten, Zinsen und Mehrbedarf für das erste Jahr mit insgesamt 3 Milliarden Mark noch einmal auf Anleihen zu übernehmen. Denn es macht im Guten und im Bösen keinen Unterschied, ob das Deutsche Reich 40 oder ob es 43 Milliarden Kriegsschulden zu verzinsen hat. Dagegen wird die Ruhe dem angegriffenen Organismus wohl tun. Im zweiten Jahre werden wir die Kriegsgewinnsteuer in den Etat einstellen können. Ihr Ertrag ist heute noch nicht zu berechnen. Schon deshalb nicht, weil man ja wahrscheinlich die Steuersätze erst entsprechend dem Bedarf in Ansatz bringen wird. Sie ist aber so zu gestalten, daß sie wenigstens annähernd den Bedarf des zweiten Uebergangsjahres decken kann. In der Zwischenzeit müssen sich die Bundesstaaten und die Kommunen mit Erhöhung der Zuschläge behelfen.

Der Hinweis auf diese Zuschlagnotwendigkeiten führt uns sofort auf den Kern der notwendigen Reformen. Es wird sich nicht etwa nur darum handeln, die Reichsfinanzen zu sanieren. Mindestens ebenso wichtig und schwierig wird sei, wenn das Reich auf der anderen Seite durch ungeschickte Besteuerung die Gewinnquellen verstopft, aus denen die Einkommen dem bundesstaatlichen Steuerbehörden zufließen können. Monopolisiert, was euch monopolisierenswert erscheint! Legt Steuern auf alle Gegenstände, die in den Verbrauch oder in die Veredelung fließen, soweit es ohne Schaden für die Allgemeinheit geschehen kann! Aber laßt den Produktionsprozeß von unnötigen Belästigungen frei. Diese Großzügigkeit rentiert sich hinterher hundertfach bei der Besteuerung der Einkommen und des Vermögenszuwachses.

Die Reform der direkten Besteuerung wird meines Erachtens in erster Linie darin bestehen müssen, daß wir endlich einmal einen einheitlichen Kataster für das ganze Reich bekommen. Wie hinterher Erhebung und Erträgnis aufgeteilt werden, ist eine zweite Sorge. Mag sich nach wie vor jeder Bundesstaat seine Extrawurst als Nationalgericht braten. Die Hauptsache ist nur, daß allen Bundesstaaten in Zukunft die Würste vom Reich geliefert werden. Das ausgewiesene Vermögen sollte in Zukunft nur beim Uebergang durch Geschenk oder durch Erbschaft, dann allerdings kräftig erfaßt werden. Dagegen dürfte es sich empfehlen, den Vermögenszuwachs, bevor er in den Genußbereich des Besitzers getreten ist, stark zu besteuern. Schon die Besteuerung des Vermögenszuwachses ist aufzufassen als ein Zuschlag zur normalen Einkommenbesteuerung, wenigstens insoweit, als es sich dabei um Einkommensteile handelt, die über den Verbrauch hinausreichen. Man wird aber auch allgemein dazu schreiten müssen, nach englischem Vorbild neben der allgemeinen Einkommensteuer Zuschläge, insbesondere nach der Art des Herkommens der Einkünfte, einzuführen. Man wird unterscheiden müssen, zwischen den Einkommen aus unselbständiger Arbeit, aus freier Berufstätigkeit, aus Gewerbe, aus Renten und aus Vermögen. Nur so sind auch die Zuschlagsmöglichkeiten zu schaffen, die auf Grund eines einheitlichen, durch das ganze Reich gehenden Katasters allen Finanzhoheiten die genügende Bewegungsfreiheit gestatten. Vor allem aber wird es notwendig sein, daß endlich einmal durch den Krieg mit der blinden Voreingenommenheit der industriellen und der landwirtschaftlicher Berufskreise gegeneinander gebrochen wird. Es konnte wissenschaftlich nie geleugnet werden, sollte es nun aber auch politisch nicht mehr, daß die Barzahlung der Steuern von der Landwirtschaft nicht so einfach zu leisten ist, wie vom Handel und der Industrie. Hier müssen Kompromisse geschlossen werden. Denn dieser alte Gegensatz darf uns das großzügige Reformwerk nicht stören.

Ich habe vorstehend die Notwendigkeit und den Geist der Reformen nur in wenigen Strichen zu skizzieren versucht. Schon aus dieser Skizze geht hervor, daß diese Reform nur von einem starken Mann durchzuführen ist. Denn das Heer der Interessenten wird mit Geschrei gegen ihn mobil gemacht werden. Es gehört ein ganzer Mann zum Ausdenken der Reform, und es gehört ein harter Mann dazu, sie und sich durchzusetzen. Möge unser neuer Schatzsekretär so stark, so ganz und so hart sein, wie es die Not und die Größe der Stunde erfordern.

Pester Lloyd 29./XII. 1915

Weltwirtschaftliche Rückbildung.

Von **Hofrat Professor Eugen Schwiedland.**

Wien, 27. Dezember.

Der Krieg hat die Ausbildung der weltwirtschaftlichen Beziehungen unserer Zeit in unvorhergesehener Weise gehemmt und damit im Nacheinander der Geschichte eine Unterbindung eintreten lassen, die eine bedeutsame wirtschaftliche Umgestaltung einleiten dürfte.

Unübersehbar langer Zeiten hat es bedurft, um die bestandenen zwischenstaatlichen Tauschbeziehungen aufzubauen. Ursprünglich herrschte bloß Produktion für den eigenen Bedarf; die Gewinnung der Rohstoffe erfolgte auf dem eigenen Feld, im eigenen Wald und Stall, die Herstellung gewerblicher Erzeugnisse innerhalb des Hauses. Die Familie, das gemeinsam hausende Geschlecht, stellt in der ersten Epoche alles her, was es benötigt, verbraucht, was es selbst gewinnt oder erzeugt; der Bedarf der Hausangehörigen bestimmt Art wie Maß ihrer gewerblichen Betätigung; ausgebreitetes Arbeitsgeschick, Vielseitigkeit des Könnens und Verstehens sind dazu erforderlich. Das ist die Hauswirtschaft viehzüchtender Ackersleute, die für den Bedarf ihres Hauses, nicht für den Markt produzieren. Nach und nach gerät der Bauer meist in Abhängigkeit vom Feudalherrn; dieser führt aber ebenfalls eine „Naturalwirtschaft", beruhend auf Eigenproduktion, wenn auch ergänzt durch Abgaben und Fronen seiner Hörigen. Die großen Wirtschaften (des Königs, des Adels, der Kirche, des Staates) — auf ausgedehntem Grundbesitz, mit Leibeigenen und Hörigen betrieben — beschränken in gleicher Weise ihren Verbrauch auf die eigene Erzeugung. Tausch und Ansätze eines Handels bilden Ausnahmen.

Diese Formen der Eigenproduktion werden allmählich ersetzt durch Kundenproduktion, durch Erzeugung zur Abgabe an Käufer. In Mittel- und Westeuropa entsteht der erste umfänglichere Güterumsatz, örtlich begrenzt, in den Städten. Das Land liefert nun Rohstoffe und Nahrungsmittel; die Stadt verarbeitet sie, wobei sich gesonderte Gewerbe in größerer Zahl entwickeln; Bürger und Bauern begegnen sich auf dem städtischen Markte zum Austausch ihrer Erzeugnisse; der Handel führt von fern herbei, was nicht im näheren Bereiche gewonnen wird: Gewürze und Südfrüchte, getrocknete und gesalzene Fische, Pelze, feine Tücher, Wein; die Verkehrsverhältnisse gestatten aber nicht die Zufuhr großer Gütermengen von weither. Stadt und umliegende Landschaft bilden daher ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet, einen gemeinsamen Wirtschaftskreis, das sich arbeitsteilig selbst versorgt und sich genügt. In dieser Stadtwirtschaft besteht ein gegenseitiges unmittelbares Kundenverhältnis zwischen Landwirt und Gewerbsmann; die Bauern bringen Lebensmittel und Rohstoffe herbei zur Stadt und kaufen für den Erlös Erzeugnisse städtischer Gewerbe; Handwerker wohnen auf dem Lande nicht.

Vom XV. Jahrhundert ab richten dann die Fürsten ihr Augenmerk auf die Zusammenfassung des Staates zu einem Ganzen und auf die Geltendmachung seiner militärischen und finanziellen Kräfte. Demgemäß dämmt der Staat die Sondergewalt der Grundherren, Grafschaften, Städte, Abteien und Bistümer zurück, trachtet, alle anderen Mächte sich zu unterstellen und so eine kräftige nationale Einheit zu gestalten. Erstarken der eigenen Produktion, des nationalen Handels, der Schiffahrt, der Künste und Wissenschaften ist das Ziel der politischen Maßnahmen. Und, getragen von der Erleichterung und zunehmenden Sicherheit des Verkehrs, erwächst eine erhöhte Interessengemeinschaft des ganzen Volkes. Einzelne Markt- und Handwerkerstädte erheben sich nun zu Mittelpunkten der Verwaltung oder zu Handelsplätzen. Der große Kaufmann begnügt sich nicht mehr mit Einfuhr und Umschlag fremder Rohstoffe, sondern stellt das städtische Handwerk und den bäuerlichen Gewerbefleiß in seinen Dienst, als „Verleger"; er ist der einzige Abnehmer ihrer Erzeugnisse und sie stehen ihm in Abhängigkeit gegenüber. Arbeitsteilige Massenproduktion in den Fabriken erschafft bald einen neuen Lohnarbeiterstand. Das Transportwesen, einst ein Bestandteil des Handels, verselbständigt sich; dann lösen sich von ihm los das Speditionsgewerbe und das Lagerhauswesen. Die moderne Bank ersteht, die für produktive Zwecke Geld borgt. Staatsposten, Zeitungen, nationale Handelsflotten entwickeln sich, das Versicherungswesen bildet sich aus: Organisationen, die zugleich sehr vielen Wirtschaften dienen. Das treibende Element in dieser gesellschaftlichen Umgestaltung ist der kapitalistische spekulative Unternehmer. Schutzzölle, die Verstaatlichung der Verkehrsanstalten vollenden die völkische Einheit. So grenzt sich die Gesamtheit der Wirtschaften ab innerhalb der Gebiete, in denen jeweils ein Staat seine Macht zur Geltung bringt: man spricht fortan von Volkswirtschaften. Die somit national zusammengefaßten Wirtschaften haben gemeinsame Interessen und verfolgen daher gemeinsame Ziele. Diese Gemeinsamkeit verleiht ihnen Selbstständigkeit fremden Volkswirtschaften gegenüber. Der Staat will die Sonderwirtschaften kräftigen und leiten, ihre Beziehungen und Interessengemeinheit fördern, ihnen zugleich mit seinen Machtmitteln dienen. Durch solches Eingreifen wird die Vereinheitlichung aller Wirtschaften im Staatsgebiet gestärkt, ihre organische Verbindung gefestigt.

Alsbald reichen indes die Zusammenhänge über diese Volkskörper hinaus und dies wird zum Merkmal unserer Zeit. National fremde Wirtschaften ergänzen einander, wirken zusammen, sind voneinander abhängig und beeinflußt; aus ihren Beziehungen und Wechselwirkungen erwächst ein zwischenstaatliches, weltwirtschaftliches Getriebe. Eine neue, noch rohe Planmäßigkeit gelangt in die Welt, indem die Wirtschaften sich in der Beschaffung von Sachen oder in der Darbietung von Leistungen möglichst spezialisieren und dabei einander durch den Austausch über den Erdball hin ergänzen.

Die Fruchtbarkeit der Erde wird überall erhöht; Fortschritte, Menschen wie Kapitalien werden von einem Erdteil in andere übertragen; der Strom der Waren, Kapitalien und Arbeitskräfte durchflutet die Welt und gestaltet sie um. Der wirtschaftliche Vorsprung eines Landes macht sich weithin geltend; große Betriebe aller Länder errichten in der Ferne Filialen und Gründungen; die Banken vollziehen den Zahlungsverkehr überallhin und nehmen im eigenen Lande für fremde Staaten Gelder auf. Gemeinsame Interessen werden ohne Rücksicht auf räumliche Entfernungen erkannt, zusammengeschaltet und zu erhöhter Wirkung gebracht; internationale Verbindungen und Abmachungen von Interessenten, sowie Staatsverträge erschaffen Ansätze zu einer gemeinsamen Verwaltung der Erde; Gedankenaustausch und Zusammenarbeit Gleichgesinnter, gemeinsame politische und wirtschaftliche Interessen wecken von einem Lande zum andern einvernehmliches Vorgehen und Zusammenwirken nach gleichem Plan. So erstehen internationale Organisationen des Maß- und Gewichtswesens, Münzübereinkommen, Weltverkehrskonventionen, Abmachungen zur Bekämpfung von Seuchen der Menschen, Tiere und Pflanzen, zum Kampfe gegen Sklaverei und Mädchenhandel, zur Regelung der Fischerei, wie zum Schutz der Vögel, erwächst ein einheitlicher Schutz des gewerblichen und geistigen Eigentums; das internationale Privatrecht gestaltet sich aus bis zur Anbahnung eines einheitlichen Weltwechselrechts. Die Staaten regeln die ständige Ueberwachung der Meere gegen die Gefahren der Wracks und der Eisberge, die Austeilung drahtloser Zeitsignale über die ganze Erde hinweg; gemeinsame Messungen der Fortpflanzung der durch Erdbeben wie Vulkanausbrüche verursachten Erschütterungen, gemeinschaftliche Beobachtung der jeweiligen Lage der Erdachse, sowie Erdmessungen erfolgen; die Akademien der Wissenschaften gewinnen internationale Organisation; Bestrebungen zur Schaffung einer Weltsprache erlangen Bedeutung; Gewerkschaften, Unternehmerverbände, das Genossenschaftswesen nehmen einheitliche Züge und einen gewissen Zusammenhalt an; sozialpolitische Staatsverträge entstehen; die Staaten errichten ein internationales Institut zur Förderung der Landwirtschaft und als zwischenstaatliche Organisation zur Sicherung des Friedens und zur Entfaltung des Völkerrechts das Haager Schiedsgericht.

Allein kraftvoll vollzieht sich auch eine andere, dieser Entwicklung wesensfremde Entfaltung; dieser Verschwisterung steht auch ein Zusammenballen der staatlichen Kräfte gegenüber: der Aufbau wirtschaftlich vielseitiger Weltreiche; das auf Verwandtschaft der Rasse, Sprache, Sitten und Geschichte gegründete Zusammengehörigkeitsgefühl und Streben nach Abrundung, der politische Nationalismus, bildet einen Antrieb zu Eroberungen.

Der Weltkrieg aber stellt eben diese gewaltige nationalistische Tendenz gegen jene internationalisierende Bewegung. Ja, die Gegner wollen einander an ihren nationalen Beziehungen packen, durch deren Unterbindung niederringen.

Die Gefährlichkeit der zwischenstaatlichen Tauschbedürftigkeit wird nun offenbar; die größere Sicherheit des wirtschaftlichen Selbstgenügens wird infolgedessen im Frieden nachwirken. Die unterbrochenen, nach anderen Richtungen abgedrängten und neuangeknüpften Handelsbeziehungen und die Erkenntnis der Unsicherheit der weitgetriebenen Tauschwirtschaft werden ähnlich wirken wie eine Amputation und eine nachfolgende Kriegspsychose. Die Folge muß sein der Aufbau sich selbst genügender Gebilde oder zumindest das Streben danach. Die heutigen zerflatternden Kolonialbesitze wird man zusammenschieben und abrunden, Absatz- und Zufuhrsgebiete in beherrschbarer Nähe haben wollen. Der Warenaustausch, die Wanderung der Kapitalien und der Arbeiter, der Fremdenverkehr, der nach Frankreich allein (Paris und die französische Riviera!) im Jahre zweitausend Millionen Franken brachte, aus dem Italiens Reichtum floß, werden in wesentlich verringertem Umfange bestehen und zum Teile neue Gebiete befruchten.

Die Vermehrung der Bevölkerung und die Mehrung ihrer Begehrlichkeit, steigende Ausnützung der Kräfte der Natur, die Möglichkeiten und Wirkungen des wachsenden Verkehrs haben bisher in steigendem Maße zur Aufschließung und Ausbeutung jeder Fruchtbarkeit in den fremdesten Ländern gedrängt. Die Gefährlichkeit der Austauschbeziehungen, der im Auslande gelegenen Existenzgrundlagen der eigenen Wirtschaft, der lang nachglimmende Haß der gewesenen Gegner werden nun aber hemmende Mächte der Entwicklung sein. Das Streben nach Rationalisierung der Wirtschaft wird sich mehr als bisher auf Mittel stützen, die das eigene Gebiet darzubieten vermag. Die Entwicklung der Bodenwirtschaft und das Verwenden selbstgewonnener Ersatzstoffe, der engere Zusammenschluß der nächstgelegenen Gebiete muß die Folge sein. Die Verjüngung und Erneuerung der staatlichen Kräfte wird aber ihre Möglichkeiten in der Vermehrung der Bauernfamilien suchen. In der äußeren Politik gilt es fortan, Reichsgruppen zu bilden, die wirtschaftliche Möglichkeiten des Bestandes in sich selbst finden und den riesigen Weltreichen gegenüber bestehen; in der inneren Politik aber führt zum Heil die Pflege einer kräftigen Bauernschaft, die gehoben wird durch Mittel der Volksbildung und einer Agrarpolitik radikaleren Zuschnitts.

Kölnische Zeitung 30/XII. 1915.

91

Zur Europäisierung orientalischer Wirtschaft.

e Zeitung

gen-Ausgabe

Geschäftsstunden: Redaktion von 9 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends, Anzeigenteil und Expedition 8—12 Uhr vorm. und 3—7 Uhr nachm., Druckerei 8—1 Uhr und 3—6½ Uhr.

Bezugspreis in Köln 7 ℳ, in Deutschland 9 ℳ vierteljährlich. Anzeigen 50 ₰ die Zeile oder deren Raum, Reklamen 2.50 ℳ

Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder in bestimmt bezeichneten Ausgaben wird keine Verantwortlichkeit übernommen.

Haupt-Expedition: Breite Straße 64. — Postscheck-Konto 250.

Haupt-Agenturen: Krefeld J.F. Houben. Lennep Ad. Mann. Mainz Mainzer Verlagsanstalt. Mannheim D. Frenz. Mülheim (Rh.) H. Kleiser. Mülheim (Ruhr) H. Baedekers Buchhdl. M.-Gladbach E. Schellmann. Neuß H. Garenfeld. Neuwied W. Bierbrauer. Remscheid C. A. Kochenräth, Rheydt O. Berger. Ruhrort Andreae & Co. Saarbrücken 3 C. Schäfer, Sulzbachstr. 15. Siegburg W. Brinck, Markt 16. Solingen Ed. Elven. Wiesbaden H. Gieß. — **Sonst. Vertret. in Deutschland:** in allen größ. Städten: Haasenstein & Vogler, Rud. Mosse, Daube & Co., G. m. b. H., Invalidendank. Bremen Herm. Wilker, Wilh. Scheller.

— Deutsch-türkische Wirtschaftspolitik.

Die Europäisierung orientalischer Wirtschaft.

Von Prof. C. H. Becker (Bonn).

Im Kampfe um ihr Dasein haben Deutschland und die Türkei sich zusammengefunden. Die Schicksalsstunde des Weltkrieges hat die Türkei gelehrt, ihre wahren Freunde von ihren falschen zu unterscheiden. Deutschland, das ihr, im Bunde mit Österreich-Ungarn und Bulgarien, in schwerer Zeit zur Seite gestanden, wird, wenn die Waffen schweigen und der Bestand der Türkei gesichert ist, auch in erster Linie dazu berufen sein, ihr bei ihrer innern Reform, bei ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu helfen. Daß dem politischen Zusammengehen ein verstärkter Güteraustausch, und zwar besonders nach Vollendung der Bagdadbahn, folgen wird, ist selbstverständlich; aber über Umfang und Form dieser künftigen Beziehungen bestehen, dank der großen Beliebtheit, deren sich die Türken in Deutschland erfreuen, doch in weiten Kreisen noch übertriebene, ja geradezu kindliche Vorstellungen. Wer glaubt nicht alles, daß gerade seine Waren oder seine Kenntnisse unentbehrlich seien für die neue Türkei. Wenn nach dem Kriege die Arbeitskräfte Deutschlands wieder frei werden, ist mit einer Hochflut deutscher Unternehmungen in der befreundeten Türkei zu rechnen, in der selben Türkei, die den meisten dieser Pioniere bisher Hekuba war. Wer lernt nicht jetzt schon Türkisch oder Arabisch, und glaubt sich dann genügend ausgerüstet für wirtschaftliche oder erzieherische Arbeit im Orient. Wer den Orient kennt, weiß, daß dieser naive Tätigkeitsdrang, so notwendig und gut er an sich ist, eine ungeheure Gefahr in sich schließt, wenn er unbeaufsichtigt und ungeleitet sich frei entwickeln kann, eine Gefahr für uns, eine Gefahr für die Türkei, und vor allem eine Gefahr für unser politisches Einvernehmen. — Da erscheint zur guten Stunde ein ernster Warner, ein sachverständiger Berater. Hoch über der Flut der volkstümlichen Orientliteratur, welche der Krieg erzeugt hat, steht das umfangreiche Buch von Reinhard Junge, Das Problem der Europäisierung orientalischer Wirtschaft. *) Zum ersten Male wird hier mit packender Schärfe und mit echt deutschem Idealismus das große Problem umrissen, das sich vor Deutschland auftut. Unvermittelt stoßen zwei ganz verschiedene Welten und Wirtschaftsformen aufeinander, der vollkommenste Typus der modern-europäischen, technisch-kapitalistischen Entwicklung und die psychologisch völlig anders geartete, unentwickelte, aber doch reich gegliederte und uralte Wirtschaftsform des Orients, die nur an den Randgebieten von europäischem Einfluß beleckt ist. Wird sich die Berührung und Mischung ohne Gefahr, und wie wird sie sich vollziehen? Um diese Frage zu studieren, ist Junge vor fünf Jahren in den Orient gezogen und hat die Türkei, die bisher nur Geographen und Orientalisten studiert hatten, mit den Augen des gelernten Nationalökonomen angesehen. Noch hatte der europäische Hochdruck in der Türkei nicht eingesetzt, die Bahnbauten waren ein erster Anfang; aber es gab in Asien ein anderes islamisch-türkisches Land, in dem europäischer Kapitalismus die orientalische Wirtschaft bereits durchdrungen hatte — Russisch-Turkestan. Und so ist er dorthin weitergewandert und hat alle die Probleme, die der deutschen Wirtschaftspolitik in der Türkei bevorstehen, in den verwandten Verhältnissen Turkestans studiert. Seine Ergebnisse sind in ihren Grundzügen auch für das Osmanenreich gültig, und in ihren grundsätzlichen Forderungen für alle Gebildeten von Wichtigkeit, da sie unsere ganze türkische Wirtschaftspolitik bestimmen müssen, wenn ein großes Unglück verhindert werden soll.

Wenn eine hochstehende und eine primitive — oder sagen wir kurz europäische und orientalische — Wirtschaft in Berührung treten, so kann die europäische in doppelter Weise verfahren. Im ersten Falle betrachtet sie die orientalische Wirtschaft als etwas ganz Fremdes, das seine eigenen Wege geht, um das sie sich nicht kümmert. Ihr Interesse betätigt sich ausschließlich in rein händlerischen Beziehungen. Das ist die bisher von fast allen europäischen Wirtschaften geübte Praxis. Diese Praxis aber ist auf die Dauer der Ruin des Orients, aber nicht nur des Orients, sondern auch aller der Werte, die von Europa in den Orient gesteckt werden. Der Unterschied im wirtschaftlichen Denken und Handeln zwischen Europa und dem Orient ist größer, als man denkt. Um hier den notwendigen, das Gesamtwohl der Zukunft berücksichtigenden Standpunkt zu finden, ist niemand ungeeigneter als der europäische Händler, der nur sein privates, augenblickliches Interesse im Auge hat und haben kann. Der Orientale umgekehrt, der glaubt, daß ihn nur der Mangel an Kapital und Technik vom Europäer unterscheidet, der sich willig den händlerischen Einflüssen Europas hingibt, ohne darum aus seinem ererbten wirtschaftlichen oder unwirtschaftlichen Denken herauszukommen, kann die gesunde Entwicklung seines eigenen Wirtschaftslebens noch viel weniger leiten. Und der Enderfolg ist, wie Junge an dem Musterbeispiel von Turkestan zeigt, falsche Kapitalversorgung, Überausdehnung der Anbaufläche, Ausbeutung des Bodens, wahllos große Einfuhr bloßer Verbrauchsartikel, Einführung der Mode mit ihrer verhängnisvollen Verhinderung von Kapitalbildung in Eingeborenenkreisen, Ersetzung wertvoller Erzeugnisse orientalischer kunstgewerblicher Erzeugung durch europäische Schundware, ungesunde Kreditgewährung, dadurch Verstrickung des Europäers (besonders durch Warenkredite) in das Schicksal orientalischer Firmen, und schließlich Auspowerung, ja Vernichtung der einheimischen Wirtschaft und schwere Schädigung der europäischen Unternehmer.

Wenn diese Erscheinungen in Turkestan, in gewisser Hinsicht auch in Ägypten, schon eingetreten sind oder noch sich entwickeln, obwohl es sich hier um Gebiete handelt, die unter unmittelbarer Aufsicht kolonialer Mächte stehen, um wieviel schwieriger wird da die deutsch-türkische Wirtschaftsauseinandersetzung werden, bei der sich zwei selbständige Staaten gegenüberstehen! Hier ist die rein händlerische Beeinflussung scheinbar die einzig mögliche, und doch gerade sie enthält den Keim zu den allergrößten wirtschaftlichen Enttäuschungen und damit auch politischen Unstimmigkeiten. Das Videant Consules ist nirgend mehr am Platze als hier.

Es muß eben im beiderseitigen Interesse der andere Weg beschritten werden, der bei der Berührung zweier entgegengesetzter Wirtschaften möglich ist. In unserm Falle kurz gesagt: Die deutsche Wirtschaft muß die türkische so behandeln, als wäre sie ein Teil ihrer selbst. Nicht, als ob sie jene sich assimilieren wollte. Die türkische Wirtschaft soll nicht deutsch werden, sondern türkisch bleiben, d. h. aus sich selber herauswachsen. Ja, das Problem der Europäisierung ist gerade, daß die türkische Wirtschaft sich modernisieren soll, ohne das auf sie gar nicht passende Schema der europäischen Wirtschaft mechanisch zu übernehmen. Deutschland kann nicht daran denken, die türkische Wirtschaft in die deutsche Volkswirtschaft einzubeziehen — vom Politischen ganz zu schweigen —; sie muß aber die Türkei mit ihrem Rat dahin zu bringen versuchen, daß die Türkei in gesunder Weiterentwicklung ihrer Grundlagen sich langsam in die große Wirtschaftsgemeinschaft hineinwächst, von der beide Staaten nicht nur für den Augenblick, sondern für die Dauer den größten Nutzen haben. Es dürfen die deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen also nicht dem Zufall, nicht dem rein händlerischen Instinkt überlassen werden, sondern es muß eine starke und weitsichtige Wirtschaftspolitik einsetzen. Für diese Wirtschaftspolitik fordert nun Junge als Ergebnis seiner Untersuchung die folgenden Maßnahmen, die hier am besten in seiner eigenen Formulierung gegeben seien:

Daß der Kredit, und vor allem der Kleinkredit, weitblickend organisiert und alsdann eine scharfe Wuchergesetzgebung erlassen, daß nicht nur der Außenverkehr, sondern auch das Binnenstraßennetz gründlich ausgebaut, daß über die rationelle Ausdehnung des Anbaues gewacht wird. Daß ferner durch zahlreiche landwirtschaftliche Mustergüter und Versuchsstationen der Gebrauch von gewissen Maschinen und rationeller Düngung, sowie die geeignetste Pflanzenkultur und nach Anstellung großzügiger hydrometrischer Messungen der rationellste Wasserverbrauch eingeführt, daß durch Schutzzölle das übermäßige Eindringen gewisser rein dem Konsum dienender Fabrikmodeware und das Abströmen jeglichen Kapitals, sowie die Einführung schlechter Farben und unkünstlerischer gewerblicher Muster verhindert wird. Man muß, selbst

*) R. Junge, Das Problem der Europäisierung orientalischer Wirtschaft, dargestellt an den Verhältnissen der Sozialwirtschaft von Russisch-Turkestan. 1. Band. Mit vier farbigen Karten und Skizzen. Verlag von Gustav Kiepenheuer, Weimar 1915. XLI; 516 S. Der Band erscheint als 1. außerordentliche Veröffentlichung des „Archivs für Wirtschaftsforschung im Nähern Orient", das Reinhard Junge unter Mitwirkung von: Dr. C. H. Becker, Professor in Bonn, Dr. Ernst Jäckh, Berlin, Dr. A. Philippson, Professor in Bonn, Dr. Hermann Schumacher, Professor in Bonn, Geheimrat M. Sering, Professor in Berlin, demnächst herausgeben wird. Die Notwendigkeit eines solchen Archivs ergibt sich aus obenstehenden Ausführungen auch ohne nähere Begründung.

Volkswirtschaft

und kaufmännische Interessen

Die wirtschaftliche Lage in Bosnien.

Mehr als ein Jahr lang haben feindliche Truppen Teile Bosniens und der Herzegowina besetzt gehalten, und noch heute sind die annektierten Provinzen das unmittelbare Hinterland eines der wichtigsten Kriegsschauplätze. Natürlich hat Bosnien wie jedes Kriegsland wirschaftlich gelitten, erfreulicherweise aber weniger als andere Gebiete der Monarchie, die gleichfalls das Unglück hatten, der Schauplatz großer Kämpfe zu sein. Eine hochgestellte und durch ihre amtliche Stellung mit allen Fragen der bosnisch-herzegowinischen Volkswirtschaft vertraute Persönlichkeit hatte unlängst in Sarajevo die Güte, dem Kriegsberichterstatter der „Zeit" wertvolle Aufschlüsse über die augenblickliche Lage der bosnischen Bevölkerung zu geben, deren Inhalt hier in kurzem wiedergegeben sei:

Bosnien und die Herzegowina (wir wollen der Einfachheit halber weiterhin immer nur „Bosnien" sagen) sind dünnbevölkerte Länder; die Bevölkerungsdichtigkeit beträgt 37 Seelen auf den Quadratkilometer. Natürlich haben auch in Bosnien alle waffenfähigen Männer ihre Scholle verlassen müssen. So wäre mancher Acker unbestellt geblieben, hätte die Regierung nicht mit kräftigen Maßregeln eingegriffen. Sie wußte sich mit Glück eines im slawischen Volksbewußtsein seit Urzeiten festgewurzelten Brauches zu bedienen, der „Moba" genannten dörflichen Arbeitsgemeinschaft. Geriet in früheren Zeiten in Bosnien irgendein bäuerliches Anwesen in Not, starb etwa der Bauer und seine Frau konnte das Feld allein nicht pflügen, oder schien die Ernte gefährdet, dann half nach alter Sitte die ganze Dorfgemeinde nachbarlich aus, stellte gemeinsam Arbeitskräfte, Zugtiere, Geräte und allenfalls Saatgut: das wurde nicht als milde Tat empfunden, sondern jeder Dorfgenosse hatte rechtlichen Anspruch auf solche Hilfe. Diese offenbar auf verschollene kommunistische Zustände zurückweisende Einrichtung hat nun die Landesregierung in größtem Maßstab während des Krieges angewendet. Innerhalb jedes Dorfes wurde alles Vieh, wurden alle Arbeitskräfte, alle Ackergeräte an einem Tage vereinigt, und unter der Aufsicht des Gendarmen begann dann die gemeinsame Bestellung aller vorhandenen Aecker. Nötigenfalls mußte auch ein Dorf dem nächsten mit Saatgut aushelfen, kurz, es wurde das ganze weite Land mit Hilfe der „Moba" als wirtschaftliche Einheit organisiert. Genau in der gleichen Weise wie Aussaat und Ernte wurden alle anderen landwirtschaftlichen Arbeiten gemeinsam versehen; so erhielt etwa ein Dorf den Auftrag, mehrere andere kostenlos mit Brennholz zu versehen. Besonders wichtig ist während des Krieges die bosnische Zwetschkenernte. Unsere Armeen brauchen viele Pflaumen und Pflaumenmus; die deutschen Soldaten bekommen stets gedörrte Pflaumen in die Schützengräben mit und wissen dieses gesunde und durststillende Nahrungsmittel sehr zu schätzen. Nun war der sonst so riesige Zwetschkenexport aus Serbien bisher durch den Krieg unterbunden, und auch kalifornisches Obst gelangte nicht in genügender Menge ins Wirtschaftsgebiet der Zentralmächte. In Bosnien aber, wo so viele gute Zwetschken gedeihen, hätte der Arbeitermangel die Ernte gefährdet, wenn nicht wieder das halbsozialistische System der „Moba" ausgeholfen hätte. In ganz Bosnien errichteten die Behörden genossenschaftliche Dörröfen, das nötige Holz wurde aus den staatlichen Waldungen kostenfrei zur Verfügung gestellt und von den Bauern kostenfrei zugeführt. Die Erträgnisse der Zwetschkenernte waren sehr befriedigend.

Auch der gesamte Lebensmittelverkehr in Bosnien ist während des Krieges in großzügiger Weise zentralisiert worden. Freilich mußte das alles in Bosnien viel leichter und einfacher sein als in wirtschaftlich höher entwickelten Ländern. So gibt es in ganz Bosnien praktisch nur eine Rinderrasse, das kleine Balkanrind, so ziemlich noch die gleiche Art Rind, wie sie vor Urzeiten die Pfahlbauer in ihren Dörfern hegten. Die Qualität des Rindfleisches ist in ganz Bosnien etwa die gleiche — eine etwas schlechtere Qualität als bei uns —, und so konnte die Regierung auch ruhig für das ganze Land Einheitspreise festsetzen. Sie betrugen während der Kriegszeit mindestens 2 Kronen 60 Heller und höchstens 3 Kronen pro Kilogramm, sind also verhältnismäßig billig, ähnlich wie die Preise für Hammelfleisch. Hingegen sind infolge der ungünstigen Transportverhältnisse alle von außen eingeführten Produkte teuer und schwer erhältlich, so Oel, Butter, Reis und — Brot. Man darf nicht vergessen, daß während des letzten Jahres 70.000 Hektar urbaren Bodens in Ostbosnien und der Herzegowina von den Serben und Montenegrinern besetzt waren, daß die wenig zahlreichen Eisenbahnen in erster Linie für militärische Zwecke benützt wurden, und daß die landesüblichen Transportmittel, die Tragtiere, zum großen Teil requiriert worden waren. Dennoch hat Bosnien nicht allzu harte Lebensmittelnot gelitten, obgleich auch die vielen Flüchtlinge aus den vom Feind besetzten oder behördlich evakuierten Gebieten zu verpflegen waren.

Jetzt ist Bosnien von der feindlichen Invasion befreit, aber die Bevölkerung der evakuierten Bezirke darf während des Winters noch nicht in ihre Heimatsgemeinden zurückkehren, da man sie dort schwer verpflegen könnte. Nur die Ortsältesten kehren in die Dörfer und Städtchen zurück, um festzustellen, wie groß der Kriegsschade ist und was dagegen getan werden kann. Die etwa noch vorhandenen Vorräte werden festgestellt — in Cainice zum Beispiel haben die Montenegriner, als sie eiligst abzogen, gefüllte Verpflegsmagazine hinterlassen —, und die Wintermonate werden dazu benützt, Vorräte

92

1915

Neues Wiener Tagblatt 1.1.1916

I

95

Das Wirtschaftsjahr 1915.

Das zu Ende gegangene Jahr hat uns noch nicht den ersehnten Frieden gebracht. Es war von Anfang bis zu Ende vom Krieg ausgefüllt. Es war ein abnormes Jahr, wie es weder in der Weltgeschichte noch in der Geschichte der Volkswirtschaft jemals zuvor anzutreffen war. Finanzielle und wirtschaftliche Probleme von einer Großartigkeit und Großzügigkeit ohnegleichen wurden aufgerollt und drängten nach einer Lösung. Die charakteristischen Merkmale des Jahres, wodurch es sich von allem, was die Vergangenheit aufzuweisen hat, unterscheidet, sind, wenn wir nur die wirtschaftlichen Erscheinungen in Betracht ziehen:

1. Anleihen in bis dahin nie gekanntem Umfange, Milliardenanleihen in allen kriegführenden Staaten.

2. Ein ungeahnter, in Kriegszeiten noch nie beobachteter Aufschwung unsrer sowie der deutschen Industrie nach anfänglicher Stockung, die fast einem Stillstand gleichgekommen war; erstaunliche Beweise der Leistungsfähigkeit unsrer und der deutschen Industrie im Gegensatz zu der feindlichen, welche Amerika zu Hilfe nehmen mußte.

3. Zunehmende Geldflüssigkeit an Stelle der bei Kriegsbeginn hervorgetretenen, durch Verstecken des Bargeldes hervorgerufenen Geldnot und Kreditentziehung, Anhäufung von Geld bei den Sparkassen und Banken, Sinken des Zinsfußes unter den Friedenszinsfuß mancher Jahre.

4. Wirtschaftliche Kriegsmaßnahmen zur Sicherung der Volksernährung, die in der Geschichte ohne Präzedens dastehen, Aushungerungsversuch seitens der Entente, vollständige Vereitelung desselben.

5. In der ganzen Welt, nicht nur in den am Kriege beteiligten Staaten, sondern auch in den meisten neutralen Ländern eine Teuerung von nicht geahnter Intensität, die landwirtschaftlichen Erzeugnisse sowie die industriellen Produkte zu nie dagewesenen Preisen absetzt. Höchstpreise vieler Artikel sogar in Staaten, denen die Seezufuhr offen stand. Der Staat als Kaufmann, als Beschlagnehmer der landwirtschaftlichen Produktion, wie zu den Zeiten des biblischen Josef.

6. Vollständige, wenn auch nach dem Kriege sicher wieder zu behebende Umwälzung auf dem Gebiete des Außenhandels aller Kriegführenden und vieler neutraler Staaten.

7. Infolge dieser Umstände große Anomalien im internationalen Zahlungsverkehr und in den Handels- und Zahlungsbilanzen der Staaten. Je nach Maßgabe der Zahlungsverpflichtungen gegenüber diesem oder jenem Teil des Auslandes Veränderungen in den Valutaverhältnissen, die erst wieder zum Verschwinden kommen können, bis die Ursachen, nämlich die Beschränkungen im Außenhandel, weggefallen sind.

8. Börsensperre während des ganzen Jahres in Wien, Berlin und an einigen andern Börsenplätzen. Freier Effektenverkehr von Bureau zu Bureau innerhalb bestimmter Grenzen.

9. Vollständige Umwälzungen in manchen Industriezweigen, verursacht durch die englischen Absperrungsmaßnahmen gegen die überseeische Rohstoffzufuhr nach dem Gebiete der Mittelmächte. Der technische Erfindungsgeist hat auf diese Weise hervorragend beigetragen, auch in diesem Belang der Aushungerungstaktik eine gründliche Niederlage zu bereiten. Große Perspektiven auf eine ökonomischere Fabrikation eröffnen sich damit für viele wichtige Industrien.

Das zweite Jahr des Weltkrieges erhielt durch diese ganz besonderen Umstände ein von der Vergangenheit verschiedenes Gepräge und wird hiedurch in der Finanzgeschichte aller Zeiten eine eigenartige Stellung einnehmen. Von den hiebei gesammelten Erfahrungen wird manches auch auf die Zeit nach wiederhergestelltem Frieden nicht ohne Einfluß bleiben. Insbesondere hat sowohl das Inland wie auch das Ausland sich jetzt eine ganz andre Ansicht über unsre finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu bilden Gelegenheit gehabt.

Die Kriegsanleihen Oesterreichs, Ungarns und Deutschlands.

Die erste Kriegsanleihe unsrer Monarchie und des uns verbündeten Deutschen Reiches fiel noch in das Jahr 1914. Es war ein Wagnis, welches aber vollständig gelang, während des Krieges Finanzoperationen großen Maßstabes vorzunehmen, nachdem es schon im Frieden nicht leicht gewesen war, viel kleineren Geldbedarf der Staaten zu befriedigen. Der außerordentliche Erfolg der ersten für die Kriegszwecke aufgenommenen Anleihe sollte aber durch die Kriegsanleihen des Jahres 1915 noch weit in den Schatten gestellt werden. Den Anfang machte Deutschland mit seiner zweiten Kriegsanleihe am 27. Februar. Die Subskription dauerte bis zum 19. März. Die zweite österreichische Kriegsanleihe wurde in der Zeit vom 8. bis 29. Mai und die zweite ungarische kurz darauf zur Zeichnung aufgelegt. Es folgte vom 4. bis 22. September die dritte deutsche, vom 7. Oktober bis 6. November die dritte österreichische und vom 18. Oktober bis 17. November die dritte ungarische Kriegsanleihe. Das Ergebnis dieser Anleihen war:

	Oesterreich	Ungarn
	Kronen	
Zweite Kriegsanleihe . .	2696 Mill.	1120 Mill.
Dritte Kriegsanleihe . .	4060 „	2200 „
Dazu Erste von 1914 . .	2200 „	1170 „
Summe . .	8956 Mill.	4490 Mill.

In der Gesamtmonarchie wurden somit bei den drei Kriegsanleihen zusammen 13,446 Millionen Kronen aufgebracht. Von der in Berlin aufgenommenen Valutaanleihe reden wir weiter unten.

	Deutsches Reich
Zweite Kriegsanleihe	9103 Mill. Mark
Dritte Kriegsanleihe	12101 „ „
Dazu Erste von 1914	4460 „ „
Summe . .	25664 Mill. Mark

Von unsern beiden andern Verbündeten hatte Bulgarien schon im Vorjahre, während noch Friede war, mit einem Syndikat deutscher, österreichischer und ungarischer Banken eine Anleihe von 500 Millionen Franken abgeschlossen. Auf diese Anleihe wurde ihm am 5. Februar ein Vorschuß von 150 Millionen gewährt. Am 2. August übte dann das Konsortium die Option auf 250 Millionen dieser Anleihe aus. Die Türkei erhielt am 4. November von Deutschland einen Vorschuß von 6 Millionen türkischen Pfund, nachdem ihr schon vorher verschiedene Kriegsvorschüsse gegeben worden waren. Am 11. Juli emittierte die Türkei 150 Millionen Franken Kassenscheine mit voller Golddeckung.

Die Anlehen der Feinde.

Viel schwieriger als in Deutschland und Oesterreich-Ungarn ging in den Ententeländern die Geldbeschaffung vor sich. Es waren bei ihnen eine ganze Reihe von Mißerfolgen zu verzeichnen. England, das Land der „silbernen Kugeln", und Frankreich, das Land der Rentner, haben bis nach Amerika gehen müssen, um sich 500 Millionen Dollar zu verschaffen, von welchen nur 300 Millionen bei der Subskription vom Publikum aufgenommen wurden, so daß das Garantiesyndikat auf 200 Millionen Dollar sitzen blieb. Wiederholt haben die Finanzminister der Ententemächte in Paris und London Konferenzen abgehalten, wie der besonders in Rußland drängenden Finanznot abzuhelfen sei.

England wagte es anfangs nur mit verhältnismäßig kleinen Teilbeträgen, deren Unterbringung kein besonderes Kunststück war, an den Geldmarkt zu appellieren. Am 15. April gab es kurzfristige Schatzscheine mit nur drei-, sechs- und neunmonatiger Laufzeit heraus. Da diese Beträge bei weitem nicht zur Kriegführung ausreichten, kündigte der englische Schatzkanzler am 21. Juni eine neue englische Kriegsanleihe von unbeschränkter Höhe zu 4½ Prozent an mit gleichzeitiger Hinaufkonvertierung der alten Anlehen, um der neuen Anleihe einen besseren Erfolg zu sichern. Mit Einschluß der konvertierten Anlehen, die an Zahlungs Statt genommen wurden, sollen damals gegen 500 Millionen Pfund zusammengekommen sein. Die neu zur Verfügung gestellten Beträge blieben aber weit unter dieser Ziffer, so daß schon am 15. September abermals eine Kreditvorlage von 250 Millionen Pfund im Unterhause eingebracht werden mußte. Am 11. November folgte ein weiterer Kriegskredit von 400 Millionen Pfund. Nach den eigenen Angaben der Regierung übersteigen die englischen Kriegskosten bereits 5 Millionen Pfund Sterling täglich.

Frankreich hat bis vor kurzem sich mit kurzfristigen Schatzscheinen und mit Kriegsvorschüssen der Bank von Frankreich geholfen. Schon einige Male wurde zu diesem Zweck das Emissionsrecht der Bank von Frankreich erweitert, zuletzt am 10. Mai von 12 auf 15 Milliarden. Der Betrag der auszugebenden kurzfristigen Schatzscheine wurde kontinuierlich erhöht. Mitte Jänner von 2 auf 3 Milliarden. Ende Jänner schon auf 3·5 Milliarden, am 18. März auf 4·5 Milliarden, am 7. Mai auf 6, am 13. Juli auf 7 Milliarden. Selbst diese Obligationen mit kurzer Verfallsfrist hatten nicht den gewünschten vollen Erfolg. So wurden am 4. Jänner auf eine Obligationenanleihe von 2 Milliarden 1½ Milliarden gezeichnet. Am 14. Februar beschloß der französische Ministerrat die Ausgabe von 5prozentigen amortisablen Obligationen der Nationalverteidigung und am 15. August die Emission von Prämienschatzscheinen zu 5 und 20 Franken, die nach einem Jahr mit fünf Prozent Zuschlag zurückzuzahlen sind. Erst am 11. November wurde mit diesem System der Geldbeschaffung gebrochen und in der Kammer eine Vorlage betreffend eine nominell 5prozentige, bis Ende 1930 unkonvertierbare Anleihe in unbeschränktem Umfang eingebracht. Die Subskription auf diese zum Kurs von 88 dem Publikum angebotene Anleihe fand vom 25. November bis 16. Dezember statt. Nach französischen Meldungen sollen auf diese Anleihe 14 Milliarden Franken gezeichnet worden sein. In diese Summe ist aber inbegriffen der Umtausch der kurzfristigen Obligationen gegen die neue Rente, so daß die der französischen Regierung neu zur Verfügung gestellten Beträge nur auf 5 Milliarden zu schätzen sind.

Rußland hat mehrere mißlungene Anleihensversuche gemacht, teils im Julande, teils in London. Wegen dieser Mißerfolge wurde wiederholt eine außerordentliche Vermehrung des Papiergeldumlaufes, jedesmal um eine weitere Milliarde Rubel, beschlossen.

Italien hat schon einige Monate vor seiner Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn, da es eben schon damals zum Kriege entschlossen war, und zwar am 4. Jänner, eine Anleihe von einer Milliarde Lire zur Subskription aufgelegt. Am 18. Juni folgte dann eine Kriegsanleihe von ebenfalls einer Milliarde. Weitere Summen scheint Italien vorläufig als Vorschuß von England und Frankreich erhalten zu haben. Die Verbündeten Englands und Frankreichs sind für sie überhaupt sehr kostspielig. Vor Wochen wurde bereits der Betrag der englischen Vorschüsse an die Alliierten auf 250 Millionen Pfund Sterling angegeben, und in den letzten Ausweise der Bank von Frankreich figuriert eine Post „Vorschüsse an Verbündete" im Betrage von 630 Millionen Franken.

Befruchtung der Industrie durch die Kriegsanleihen.

Während die feindlichen Länder, wie die amtliche Statistik des amerikanischen Außenhandels erweist, Milliarden über den Ozean hinübersenden müssen, um für die Kriegführung notwendige Gegenstände zu bezahlen, die sie sich im eigenen Lande nicht beschaffen können, haben Oesterreich-Ungarn und Deutschland fast alles, was auf die Kriegsanleihen eingezahlt wurde, im Lande behalten. Es kam der eigenen Industrie, der eigenen Landwirtschaft und der eigenen Arbeiterschaft zugute. Infolge dessen haben die verschiedensten Industriezweige, die vor dem Kriege eine der schlechtesten Konjunkturen durchzumachen hatten, durch den Krieg reichliche Beschäftigung gefunden. Das gilt nicht nur von der Waffen- und Munitionsindustrie, sondern von beinahe jeder Industrie. Manche, wie die Textilindustrie, wurde geradezu saniert. Fast der ganze Erlös der Kriegsanleihen floß wieder in die Bevölkerung zurück. Die meisten Branchen der Industrie haben für die zusammengeschrumpften Privatbestellungen zum großen Teil Ersatz in den Militärbestellungen gefunden, sie konnten sich erstaunlich rasch dem Kriege anpassen. So bietet denn unsre heimische und die deutsche Industrie

Neues Wiener Tagblatt
des Wirtschaftsjahr 1915
1/1. 1916
II
96

gegenwärtig ein Bild strotzender Gesundheit und Fortschreitens fast auf allen Gebieten. Noch eines kommt ihr zugute. An die Stelle der Kreditwirtschaft ist die Barwirtschaft getreten. Der Staat, der jetzt der größte Einkäufer ist, zahlt bar, und daher stammt auch die Billigkeit und Flüssigkeit des Geldes an Stelle des befürchteten Kriegszinsfußes. Der Bankdiskont ist niedriger als in vielen Friedensjahren. Er wurde am 10. April auf 5 Prozent herabgesetzt, nachdem die Oesterreichisch-ungarische Bank mit 5½ Prozent, was auch schon eine Ermäßigung des Zinsfußes bedeutete, in das Jahr eingetreten war. Auch der Diskont der Deutschen Reichsbank beträgt gegenwärtig 5 Prozent. Der Privatdiskont war zeitweilig so niedrig, daß er unter 2 Prozent herabgesunken war. Es fehlt eben wegen der meistens bar geleisteten Zahlungen an Wechselmaterial. Die Banken haben im Eskompte nur wenig Verwendung für Barmittel. Jeder solide Geschäftsmann findet trotz des Weltkrieges wieder Geld und Kredit. Der Export und die Exportindustrie sind freilich noch nicht im normalen Geleise, aber auch an Stelle des Exports ist zum großen Teile der Staat mit seinen Aufträgen getreten. Die Exportindustrie hat sich demzufolge meistens auf Artikel geworfen, die im Inlande, speziell für das Heer, gebraucht werden. In jüngster Zeit hat sich übrigens auch der Export wieder gebessert, indem durch die Freilegung des Donauweges nach dem Orient und durch die Gewinnung der direkten Eisenbahnverbindung Wien-Belgrad-Nisch-Sofia die Ausfuhr nach den Balkanländern keinem Hindernisse mehr begegnet.

Die Geschäftslage der wichtigsten Industrien.

Aus fast allen bisher vorliegenden Geschäftsberichten der Industriegesellschaften sowie aus den Berichten kommerzieller Kreise ist klar zu ersehen, daß die heimische Industrie in ihrer großen Majorität die durch den Krieg hervorgerufenen Schwierigkeiten überwunden und zum Teil sogar bessere Erträgnisse als in der vorausgegangenen Friedenszeit aufzuweisen hat. Wenn wir die wichtigsten Industrien überblicken, so finden wir neben den selbstverständlichen Rekorderträgnissen der Waffen- und Munitionsindustrie folgende Ergebnisse:

Die Eisenindustrie konnte, den Eisenpreiserhöhungen in Deutschland folgend, nicht nur gleichfalls die im Vorjahre tief gesunkenen Preise am 20. April und 28. Juni erhöhen, nachdem schon am 29. Jänner die Kampfpreise mit den bis dahin außerhalb des Kartells stehenden zwei böhmischen Eisenwerken hatten aufgelassen werden können, sondern sie hatte auch zu diesen besseren Preisen einen wesentlich stärkeren Absatz. In den elf Monaten, über welche bisher die Absatzziffern vorliegen, ist der Stabeisenabsatz um mehr als eine Million Meterzentner gegen das Vorjahr gestiegen. Auch der Absatz an Grobblechen und Schienen hat sich, besonders in den letzten Monaten, gesteigert, und nur bei den Trägern ist wegen der Stockung der Bautätigkeit noch ein Minus von rund 200,000 Meterzentner zu verzeichnen. Die letztpublizierten Quartalsbilanzen bekräftigten durch die Mehrgewinne, die sie mitteilten, die wesentliche Besserung, die in dieser viele tausende Arbeiter beschäftigenden Industrie eingetreten ist.

Die Kohlenindustrie ist gleichfalls in sehr günstiger Lage. Während Rußland, Italien, Frankreich an Kohlennot leiden und sogar England zwar für sich Kohlen genug hat, aber die Ausfuhr nach den übrigen Ententeländern einschränken muß, haben Oesterreich-Ungarn und Deutschland Kohle und Eisen in mehr als genügender Menge. Die Kohlenwerksunternehmungen werden durchweg günstige Ergebnisse liefern.

Die Maschinenindustrie hat für wegfallende anderweitige Bestellungen zum großen Teile Ersatz in direkten und indirekten Kriegslieferungen gefunden. Der Waggonindustrie wurde Anfang März ein Auftrag zur Lieferung von 5000 Güterwaggons der k. k. Staatsbahnen zuteil. Ende April erfolgten weitere umfangreiche Anschaffungen. Die gesamten Bestellungen der österreichischen Regierung seit Kriegsbeginn bis Ende 1915 umfaßten Fahrbetriebsmittel im Werte von mehr als 130 Millionen Kronen, woran außer den Waggonfabriken auch die Lokomotivfabriken partizipierten.

Ein besonders gutes Jahr hat die Textilindustrie hinter sich, die vor dem Kriege in nichts weniger als angenehmer Situation gewesen ist. Auch bei ihr spielen die Heereslieferungen eine große Rolle. Jedoch haben aus Staatsrücksichten mannigfache Einschränkungen dieser Industrie nicht erspart werden können.

Einer ebenfalls veränderten, aber nichts weniger als verschlechterten Situation sah sich auch die Spiritusindustrie gegenüber. Am 24. Juni erfolgte die Einschränkung der Spirituserzeugung und ein Verbot von Neugründungen in der Spiritusindustrie. Am 1. Juli wurde die Branntweinsteuer um 20 Heller pro Liter Alkohol erhöht. Am 8. September wurde in Ungarn ebenfalls eine Einschränkung der Spirituserzeugung angeordnet. Auch die Brauereien haben mit einer Einschränkung der Bierproduktion zu rechnen. Bei der Zuckerindustrie wurde die Produktion durch die im Interesse des Getreideanbaues vorgenommene Reduktion des Rübenanbaues von selbst eingeschränkt. Bei dem wegfallenden Export, speziell nach dem bisherigen Hauptabsatzgebiete England, hatte die Minderproduktion weniger Bedeutung. Teilweiser Ersatz wurde durch den größeren inländischen Konsum geboten.

Arg sah es eine Zeitlang in der Petroleumindustrie aus. Bis zum 17. Mai war das Petroleumgebiet Galiziens in russischen Händen. Der durch die Invasion angerichtete effektive Schaden war glücklicherweise geringer, als man befürchtet hatte. Nunmehr darf auch diese Industrie eine günstigere Entwicklung erhoffen.

Am meisten durch den Krieg gelitten haben die Zement-, die Ziegel- und die Bauindustrie, die sich dem Krieg weniger anpassen konnten. Doch sind auch sie bei den Militärbestellungen nicht ganz leer ausgegangen; sie fanden bei dem Bau von Gefangenenlagern, Kriegsspitälern und andern Baulichkeiten Beschäftigung.

Die wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen.

Schon im Jahre 1914 war mit Vorkehrungen begonnen worden, um einerseits die Versorgung des Heeres mit allem Notwendigen sicherzustellen und anderseits auch die Zivilbevölkerung davor zu schützen, daß die Aushungerungspolitik der Feinde Erfolg habe. Die eine Gruppe der wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen, welche die Volksernährung im Kriege zum Zwecke hatte, bezog sich auf die Hauptnahrungsmittel: Getreide, Mehl, Zucker, Kartoffeln usw. Um der Verschwendung der Lebensmittel und einem Ueberhandnehmen der Verteuerung zu begegnen, wurden sowohl in Oesterreich-Ungarn als in Deutschland eine ganze Reihe dahin abzielender Verordnungen erlassen. Eine Neuerung war die Einführung der Brotkarte, die am 11. Februar in Berlin und am 27. März in Oesterreich angeordnet wurde. Der 11. April war der erste Tag der Brotkarten in Wien. Der Getreideverkehr wurde in der am 28. Februar gegründeten Oesterreichischen Kriegsgetreideverkehrsanstalt monopolisiert und verstaatlicht. Am 10. Juni wurden Abmachungen zwischen Oesterreich und Ungarn über die Behandlung der künftigen Ernte getroffen, am 17. Juni auch in Budapest eine Kriegsgetreidegesellschaft gegründet und zugleich die künftige ungarische Getreideernte mit Beschlag belegt. Es entstanden eine Gerstezentrale, eine Maiszentrale, eine Spirituszentrale, eine Melassezentrale usw. In Wien wurde die Approvisionierung vielfach von der Gemeinde in die Hand genommen. Die zweite Gruppe der wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen befaßte sich damit, für die Heeresausrüstung, also für die Bewaffnung, Bekleidung usw., auch alles das, was wegen der feindlichen Absperrung nicht zu uns hereingelangen konnte, in den erforderlichen Mengen herbeizuschaffen oder bereitzuhalten. Diesem Zwecke dienten die Verordnungen, die sich auf die Requisition von Metallen, Baumwolle, Schafwolle, Militärschuhen, Chemikalien usw. bezogen. Es war eine Aktion, die von vollem Erfolge begleitet war, und auch die freiwilligen Sammlungen der Bevölkerung, die hiefür volles Verständnis mit patriotischem Sinn gepaart zeigte, hatten die erfreulichsten Ergebnisse aufzuweisen.

Die Moratorien.

Oesterreich war in der glücklichen Lage, im Laufe des Jahres zum vollständigen Abbau des Moratoriums schreiten zu können. Nur in Galizien, der Bukowina, Dalmatien, dem Küstenlande und Südtirol konnte die Stundung der Zahlungen wegen der Nähe des Kriegsschauplatzes noch nicht aufgehoben werden. Am 26. Mai erschien die kaiserliche Verordnung, die den gänzlichen Abbau des Moratoriums nach Ablauf von drei Monaten mit Ausnahme der eben erwähnten Gebiete verfügte. Am 31. August erreichte das Moratorium tatsächlich sein Ende. Nach einer im Dezember gepflogenen Enquete über den Abbau des Moratoriums für Galizien und die Bukowina wurde es bis Ende 1916 verlängert, jedoch fakultativ ein teilweiser Abbau vorgesehen. Für die Gebiete, in denen das Moratorium noch Geltung hat, ist auch die Bilanzierungsfrist bis 30. Juni 1916 ausgedehnt. Ueber die Geschäftsaufsicht sind neue Vorschriften festgesetzt worden. In zahlreichen andern Ländern bestehen noch Moratorien.

Der internationale Handel.

Es gibt keinen Staat, auf dessen Außenhandel der Krieg nicht einen einschneidenden Einfluß geübt hätte. Für die Vereinigten Staaten Amerikas war der ungewöhnliche Aufschwung ihres Exportes ein ganz besonderer Glücksfall. 1410 Milliarden Dollar, das ist bei normaler Relation mehr als 7000 Millionen Kronen, beträgt das amerikanische Handelsaktivum der ersten zehn Monate. Bis zum Jahresschluß dürfte es nach englischer Schätzung 2 Milliarden Dollar, das ist normal 10 Milliarden Kronen, erreicht haben. Der größte Teil der amerikanischen Ausfuhr bewegte sich nach England und Frankreich, ein kleinerer Teil nach Italien und Rußland, ein weiterer Teilbetrag nach einigen neutralen Ländern, während nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn der Export Amerikas ganz ins Stocken geriet. Aus diesem Sachverhalt geht hervor, daß die Einfuhr Englands und Frankreichs, wie es auch ihre Handelsausweise und die an Amerika zu leistenden Zahlungen bestätigen, außerordentlich gestiegen ist, dagegen sank sehr empfindlich in diesen Ländern die Ausfuhr. Ihre Handelsbilanz, die schon im Frieden stark passiv ist, hat demzufolge jetzt ein noch wesentlich vergrößertes Handelspassivum aufzuweisen. In Rußland sind Einfuhr und Ausfuhr auf ein Minimum gesunken, denn nicht nur der Dardanellenweg ist dem Handel des Zarenreiches verschlossen, auch in den Ostseegewässern und über die Grenzen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands kann weder exportiert noch importiert werden. Sehr schlecht in bezug auf den Außenhandel ist auch die Schweiz daran, da sie auf allen Seiten an die kriegführenden Staaten angrenzt. Auch auf den Außenhandel der asiatischen Staaten und selbst Afrikas hat der Weltkrieg einen lähmenden Einfluß ausgeübt.

Daß auch der Außenhandel Oesterreich-Ungarns und Deutschlands durch den Krieg leiden mußte, versteht sich von selbst, da der ganze Handelsverkehr nicht nur mit den überseeischen Ländern, sondern auch mit den feindlichen Staaten vollständig aufhörte. Weder eine Ausfuhr dahin, noch eine Einfuhr von dort war möglich. Das Passivum unsrer Handelsbilanz, welches seit einer Reihe von Jahren auch schon im Frieden vorhanden war, hat sich aber in den drei ersten Quartalen des laufenden Jahres gegenüber dem Vorjahre, in welchem 7 Monate noch der Friedenszeit angehörten, im ganzen doch nur um rund 200 Millionen Kronen erhöht. In Deutschland liegen die Verhältnisse ähnlich. Eine Besserung ist durch die Eröffnung des ungehinderten Verkehres mit der Türkei und den Balkanländern schon angebahnt. Der Außenhandel mit diesen Ländern beginnt sich bereits lebhaft zu regen.

Anomalien im internationalen Zahlungsverkehr.

Der während des Krieges gänzlich umgestaltete Außenhandel hat in allen Ländern, in denen Einfuhr und Ausfuhr im Vergleiche zu früher große Differenzen aufweisen, Veränderungen des Geldwertes bei Zahlungen an das Ausland zur Folge gehabt. Ein Pfund Sterling gilt in New-York gegenwärtig nur 4 Dollar 73½ Cent anstatt 4 Dollar

Vossische Zeitung 2./I.1916. 08

Wirtschaftschronik des Kriegsjahres 1915.

Beilage
zum
Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Münch in Berlin.

Wirtschaftschronik des Kriegsjahres 1915.

Januar.

2. Januar. Die Schweizerische Nationalbank ermäßigt den Zinsfuß von 5auf 4½ pCt. Eisenpreiserhöhungen in Oesterreich.

4. Januar. Der Reichsbankausweis zeigt eine Verschlechterung um 493 272 000 (i. V. 614 941 000) ℳ. Abbau des Moratoriums in der Türkei. Die fälligen Kupons der Buenos-Aires-Provinzialanleihe sind nicht eingelöst worden.

5. Januar. Der Zinsfuß für vorzeitig entrichtete Zölle und Steuern wird vom Bundesrat von 6¼ auf 5¼ pCt. herabgesetzt. Die Mittel für den Einlösungsdienst der 4proz. Lissaboner Stadtanleihen vom Jahre 1886 sind ausgeblieben. Zahlungsschwierigkeiten der Akt.-Ges. Adolf G. Neufeldt in Elbing.

6. Januar. Neue Bundesratsverordnung zur Streckung der Getreidevorräte. Die Schwedische Reichsbank und die Dänische Nationalbank ermäßigen den Zinsfuß von 6 auf 5½ pCt.

7. Januar. Die sichtbaren europäischen Kupfervorräte stellen sich Ende Dezember auf 35 437 To. gegen 36 4274 To. Mitte Dezember. Starke Steigerung des Londoner Mehlpreises.

8. Januar. Japan löst die in Deutschland fälligen Kupons vom 1. Januar 1915 ab ein. Getreideverfütterungsverbot für Oesterreich.

9. Januar. Die Hannoversche Waggonfabrik Akt.-Ges. tritt aus dem Verbande Deutscher Waggonfabriken aus. Starke Steigerung der englischen Paraffin- und Schmierölpreise.

11. Januar. Ueber der Themsemündung erscheinen 16 deutsche Flieger. Verbot des Verkaufs von Wolldecken in Berlin und der Mark Brandenburg.

12. Januar. Siegreiche Kämpfe um Soissons. Fiasko der französischen Anleihe in London. Günstiges Endresultat der zunächst als mißglückt betrachteten holländischen 275-Millionen-Anleihe. Beitritt der Mühlen zur Kriegsgetreide-Gesellschaft (K. G.).

13. Januar. Erdbeben in Mittel-Italien. Auf die italienische 4½proz. innere Nationalanleihe von 1 Milliarde werden 1270 Millionen gezeichnet. Der Deutsche Zinkhüttenverband wird unter der Firma Zinkhüttenvereinigung m. b. H. bis 1. April 1916 neu gegründet.

14. Januar. Rücktritt des österreichischen Ministerpräsidenten Berchtold. Freiherr von Burian wird zu seinem Nachfolger ernannt. Angriff deutscher Unterseeboote auf Dover. Die deutschen Städte überreichen Hindenburg eine Ehrengabe von 2 Mill. ℳ zur Beschaffung von Pelzjoppen für seine Soldaten. Der Versand des Stahlwerkverbands betrug im Dezember 268 189 To. gegen 246 088 im November und 457 472 im Dezember 1914. Preiserhöhungen verschiedener Braunkohlengruben des Helmstedter Reviers.

15. Januar. Der französische Ministerrat beschließt eine Gesetzesvorlage, wonach der Betrag der Nationalverteidigungsscheine auf 3 Milliarden Fr. erhöht wird. Die zu 97½ pCt. am 19. September 1914 aufgelegte Deutsche Kriegsanleihe überschreitet den Parikurs.

16. Januar. Wechsel in der Leitung des **Reichsschatzamts, Prof. Dr. Helfferich,** Direktor der Deutschen Bank, wird Nachfolger des Staatssekretärs Dr. Kühn. Nach Mitteilung des Kohlensyndikats ist die Nachfrage nach allen Brennstoffen im laufenden Monat äußerst lebhaft. Vorverkauf neuer 5proz. preußischer Schatzanweisungen an Stelle der am 1. April fälligen 4proz. Schatzanweisungen.

17. Januar. Die 5proz. schwedische Staatsanleihe von 35 Mill. Kronen wird am ersten Tage vollgezeichnet.

18. Januar. Die der Benz & Co. Akt.-Ges. nahestehende Rheinische Automobil-Gesellschaft Akt.-Ges. verteilt 5 pCt. (i. V. 10 pCt.) Dividende.

19. Januar. Deutschlands Roheisengewinnung im Dezember weist mit 853 881 To. gegen 788 956 To. im November eine weitere Zunahme auf. Die Hermann Schött Akt.-Ges. in Rheydt schlägt 5 pCt. (i. V. 9 pCt.) Dividende vor.

20. Januar. Die Landeshauptkasse der Reichslande wird ermächtigt, bis zu 30 Millionen ℳ Schatzanweisungen auszugeben. Die Roland-Linie Akt.-Ges. in Bremen erklärt als erste der deutschen Reedereien eine Dividende für 1914, und zwar von 4 pCt. gegen 8 pCt. i. V. Die englische Regierung verbietet die Emmission ausländischer Werte in England. Interessengemeinschaft der Ostelbischen Spritwerke mit der Breslauer Spritfabrik durch die Generalversammlung der ersteren beschlossen.

21. Januar. Zeppelin-Angriff auf die englische Ostküste. Die zweite Generalversammlung der Körting's Elektricitätswerke Akt.-Ges. beschließt die Verteilung von 6 pCt. Dividende an Stelle der ursprünglich in Aussicht genommenen 5 pCt. Die Leipziger Wollkämmerei Akt.-Ges. schlägt 8 pCt. Dividende (wie i. V.) vor. Japan zahlt auch in Deutschland seine Anleihezinsen.

22. Januar. Generalmajor Wild von Hohenborn wird Kriegsminister an Stelle des Generalleutnants v. Falkenhayn. Rumänien mobilisiert. Die Oesterreichisch-Ungarische Bank verteilt für 1914 eine Dividende von 7,714 pCt. gegen 9,22 pCt. i. V. Der Landwirtschaftsminister veranlaßt die Hypothekenbanken zur Festlegung einer einheitlichen Dividendenpolitik.

23. Januar. Der Dreiverband beabsichtigt eine gemeinsame Anleihe von 15 Milliarden Frs. Die Bayerische Notenbank schlägt für 1914 9 pCt. Dividende (i. V. 11 pCt.) vor. In der Aufsichtsratssitzung der Phönix-Bergbau und Hütten-Akt.-Ges. wird der Geschäftsgang als befriedigend bezeichnet. Die Betriebe sind zwischen 60 und 70 pCt. ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt. Der Roheisenverband hat im Dezember 52,67 pCt. der Beteiligung abgesetzt. Die Flensburger Schiffahrtsgesellschaft Akt.-Ges. bleibt dividendenlos (i. V. 15 pCt.).

25. Januar. Seeschlacht bei Helgoland. Panzerkreuzer „Blücher" und ein englischer Schlachtkreuzer gesunken. Feststellung des neuen Kohlensyndikatsvertrages.

26. Januar. Beschlagnahme des Brotgetreides zur Vorsorge gegen die Aushungerung Deutschlands. Die Akt.-Ges. für chemische Produkte vormals H. Scheidemandel beabsichtigt eine Sanierung durch Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis von 4 : 1 und Ausgabe von 6 Millionen ℳ neuer Aktien. Die Akt.-Ges. für Strumpfwarenfabrikation vorm. Max Segall schlägt 10 pCt. (i. V. 0 pCt.) Dividende vor.

27. Januar. Zum Nachfolger Helfferichs bei der Deutschen Bank wird Emil Georg Stauß ernannt. Die Hamburger Hypothekenbank verteilt für 1914 eine Dividende von 8 pCt. (10 pCt.). Die Sächsische Cartonnagen-Maschinen-Akt.-Ges. in Dresden schlägt 6 pCt. Dividende (11 pCt.) vor.

28. Januar. Die Einnahmen des Stahltrustes betrugen im Jahre 1914 71,6 Millionen Dollar gegen 137,1 i. V. Auf die Stammaktien wird keine Quartalsdividende (III. Quartal ½ pCt., II. Quartal 1¼ pCt.) verteilt. Der Berliner Kassenverein erklärt 6 pCt. (i. V. 8 pCt.) Dividende. Der Umlauf an Rubelnoten beträgt 3 Milliarden.

29. Januar. Die Leipziger Werkzeugmaschinenfabrik (Pittler) verteilt wieder 25 pCt. Dividende. Die Rheinisch-Westfälische Hypothekenbank verteilt 7 pCt. (gegen 8½ pCt.) Dividende.

30. Januar. Ausfuhrverbot für Kali und Zinnverbindungen. Die Deutsche Hypothekenbank (Berlin) erklärt 7 pCt. (i. V. 8 pCt.) Dividende. Die Glas- und Spiegelmanufaktur in Gelsenkirchen-Schalke schlägt 6 pCt. (12) Dividende vor.

31. Januar. Das Oberkommando verfügt die Bestandsmeldung und Beschlagnahme von Metallen.

Februar.

1. Februar. „U 21" versenkt einige englische Handelsdampfer in der irischen See. Die Hoffmann's Stärkefabriken Akt.-Ges. schlägt 6 (i. V. 10) pCt. Dividende vor.

2. Februar. Der preußische Etat für 1915 bilanziert ohne Anleihe mit 4816,3 Mill. ℳ, das ist gegen das laufende Jahr 29,5 Mill. ℳ weniger. Preiserhöhung von 3 ℳ p. Tonne für luxemburgisches Roheisen. Gründung der Kriegswirtschafts-Akt.-Ges.

3. Februar. Die Kgl. Seehandlung erzielte im Jahre 1914 einen Gewinn von 7 689 472 ℳ gegen 3 231 493 ℳ im Vorjahre. Die Spritbank Akt.-Ges. in Berlin verteilt 23 pCt. Dividende wie i. V. Die Berliner Wäschefabrik Akt.-Ges. vorm. Gebr. Ritter schlägt 9 pCt. Dividende (wie i. V.) vor.

4. Februar. **Erklärung der englischen Küste als Kriegsgebiet durch Deutschland.** Die Vereinsbank in Hamburg erklärt eine Dividende von 7½ pCt. gegen 9 pCt. i. V. Die Deutsche Nationalbank in Bremen verteilt 5 (6½) pCt. Dividende. Die Bank von Frankreich ermäßigt die Dividende für 1914 von 200 Fr. auf 190 Fr.

5. Februar. Die Vereinsbank in Nürnberg schlägt 11 (i. V. 12) pCt. Dividende vor. Die Dividende der Bayerischen Handelsbank wird mit 7 (8,05) pCt. in Aussicht genommen. Der Aufsichtsrat der Exzelsior Fahrradwerke Akt.-Ges. schlägt 10 (25) pCt. Dividende vor.

6. Februar. Die White Star Line und 27 andere englische Schiffahrtsgesellschaften stellen ihre Schiffahrt ein. Die Oberschlesische Eisenbahn-Bedarfs-Akt.-Ges. in Oppeln schlägt 6 (8) pCt. Dividende vor, die Gerb- und Farbstoffwerke H. Renner & Co. Akt.-Ges. in Hamburg 10 (19) pCt. Dividende.

7. Februar. Die Hildesheimer Bank erklärt 7½ (i. V. 9) pCt. Dividende, die Schlesische Boden-Credit-Aktien-Bank 7 (8) pCt., die Kammgarnspinnerei Schledewitz 6 (10) pCt., die Norddeutsche Jutespinnerei und -Weberei in Hamburg 8 (12) pCt. auf die Vorzugs- und 5 (9) pCt. auf die Stammaktien.

8. Februar. Regelung des Zuckerfutter-Verkehrs. Dividendenerklärungen: Hannoversche Bank 6 (i. V. 7½) pCt., Lübecker Privatbank 7 (7½) pCt., Wegelin & Hübner Maschinenfabrik und Eisengießerei in Halle a. S. 6 (9) pCt., Oppelner Portland-Cement-Fabriken vorm. F. W. Grundmann 6 (10) pCt. Der Versand des Stahlwerksverbandes im Januar beträgt 250 000 To. (gegen 268 189 To. im Dezember und 455 191 To. im Januar 1914).

9. Februar. Kriegstagung des preußischen Abgeordnetenhauses. Den neuen Kohlensyndikatsvertrag unterschreiben 46 von 63 Zechen. Die Hüttenwerke C. W. Kayser & Co. Akt.-Ges. in Berlin erklären 10 pCt. Dividende (wie i. V.), die Magdeburger Bergwerks-Akt.-Ges. 22 (38) pCt., die Schlesische Akt.-Ges. für Portland-Cement-Fabrikation zu Groschwitz bei Oppeln 6 (10) pCt.

10. Februar. Rußland erhält von der Morgan-Gruppe eine Anleihe von 5 Mill. Lstr. Wiedereröffnung der Amsterdamer Börse. Die Firma L. Possehl & Co. in Lübeck wird in Gesellschaften m. b. H. mit zusammen 37 Mill. ℳ Kapital aufgeteilt. Dividenden: Preußische Boden-Credit-Aktien-Bank 7 (i. V. 8) pCt., Sächsische Bodencreditanstalt in Dresden 6 (7) pCt., Optische Anstalt C. P. Goerz Akt.-Ges. in Berlin-Friedenau 18 pCt. (wie i. V.), Lederwerke vorm. Th. Jac. Spicharz in Offenbach 12 (5) pCt., Kanadische Pacific-Bahn 2½ pCt. für das IV. Quartal (wie i. d. Vorquartalen).

11. Februar. Die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank verteilt 14 pCt. Dividende (wie i. V.), die Leipziger Immobiliengesellschaft 5 (9) pCt., die Allgemeine Berliner Omnibus-Akt.-Ges. 7½ (9) pCt., die Rheinische Spiegelglasfabrik Erkamp bei Ratingen 10 (16) pCt., die Königsborn Akt.-Ges. 10 (18) pCt., die Portland-Zementfabrik vorm. A. Giesel in Oppeln 8 (11) pCt. Die Mechanische Weberei Sorau bleibt wieder dividendenlos.

12. Februar. Neuer großer Sieg bei den Masurischen Seen. Die Zinsscheine der belgischen Rente werden in Paris nicht eingelöst. Die Preußische Hypotheken-Aktien-Bank verteilt 5½ (i. V. 6) pCt. Dividende. Die Caisse générale in Brüssel bleibt dividendenlos. Die Société générale de Belgique wird zur neuen belgischen Notenbank.

13. Februar. Amerikas Noten an Deutschland und England zum Handelskrieg. Japans Forderungen an China. Die „Globus" Versicherungs-Akt.-Ges. in Hamburg schlägt die Fusion mit der „Freia" Bremen-Berliner Versicherungs-Akt.-Ges. vor.

14. Februar. Die Nationalbank für Deutschland verteilt für 1914 keine Dividende (i. V. 6 pCt.).

15. Februar. **Die neuen 5proz. französischen Nationalverteidigungs-Obligationen** mit 10jähriger Laufzeit werden zu 96,50 pCt. abzüglich Zinsen für das laufende Halbjahr ausgegeben. Der Creditverein Neviges verteilt 5½ (i. V. 6½) pCt. Dividende.

16. Februar. Einschränkung der Biererzeugung. Neue Haferverkehrsvorschriften. Die Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) verteilt 4 (6½) pCt. Dividende. Die Meininger Hypothekenbank schlägt 7 pCt. Dividende wie seit 16 Jahren vor, die Norddeutsche Grund-Credit-Bank 6 pCt. (wie i. V.).

17. Februar. Die Westdeutsche Bodenkredit-Anstalt in Köln schlägt 6 (7½) pCt. Dividende vor, die Preußische Pfandbriefbank in Berlin 7 (8) pCt., die Hubertus Braunkohlen-Akt.-Ges. 5 (8) pCt., die Essener Credit-Anstalt 8 (8½) pCt., die Kieler Bank 4 pCt. (wie i. V.).

18. Februar. Beginn der deutschen Seesperre gegen England. Deutschlands Roheisenerzeugung im Januar betrug 874 000 (i. V. 1 567 000) To. Neue Höchstpreise für Speisekartoffeln. Dividendenerklärungen: Essener Steinkohlenbergwerke 10 pCt. (wie i. V.), Essener Bergwerksverein König Wilhelm 7 bzw. 12 (i. V. 18 bzw. 23) pCt.

19. Februar. Beschränkung des deutschen Landbesitzes in Rußland. Der Märkisch-Westfälische Bergwerksverein erhöht seine Dividende von 6 auf 7 pCt. Die Aluminium-Industrie-Akt.-Ges. in Neuhausen erklärt wieder 20 pCt. Dividende, die Akt.-Ges. Feldmühle, Papier- und Zellstoffwerke 6 (i. V. 12) pCt., die Deutschen Ton- und Steinzeugwerke 5 (i. V. 10) pCt.

20. Februar. Japanisches Ultimatum an China. Kartoffelausfuhrverbot in Holland. Die Generalversammlung des Vereins chemischer Fabriken in Zeitz beschließt die Zusammenlegung des Aktienkapitals von 5 Millionen ℳ auf 3 Millionen ℳ. Die Bergwerks-Akt.-Ges. „Consolidation" beantragt eine Dividende von 15 pCt. gegen 23 pCt. im Vorjahre.

21. Februar. Das Eisenhüttenwerk Thale verteilt 16 pCt. (i. V. 18 pCt.) Dividende. Preiserhöhung für oberschlesisches Walzeisen und Eisenblech um 1 ℳ für 100 kg. Beginn der Brotmarkenausgabe.

Tägliche Rundschau
11./I. 1916

Die volkswirtschaftlichen Ueberraschungen des großen Krieges.

Von Walter Bacmeister,
Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses.

Die klügsten Leute können in diesem Krieg gar viel lernen. Denn es kommt wirklich alles anders, als man denkt. Wie einleuchtend erschien doch damals Norman Angells glatte Beweisführung über die wirtschaftlichen Folgen eines Weltkrieges, und wie ganz anders ist es gekommen. Merkwürdig genug, gerade die Wissenschaft, die am meisten gewohnt ist, mit Tatsachen, Ziffern und sachlichen Unterlagen zu arbeiten, muß jetzt erkennen, daß in diesem Krieg das meiste anders kommt, als man es sich zuvor dachte. Wer hätte geglaubt, daß ein Krieg, an dem fast alle Großmächte Europas beteiligt sind, länger als wenige Monate könnte finanziert werden? Wer hätte eine deutsche Kriegswirtschaft, wie sie uns jetzt umgibt, für möglich gehalten? Wer hätte an den Milliardensegen der deutschen Kriegsanleihen früher gedacht? Und wer hätte für wahrscheinlich gehalten, daß ein von jedem Ueberseehandel und dem größten Teil seines Ueberlandhandels abgeschnittenes Deutsches Reich länger als wenige Monate werde leben und atmen können? Ist nicht die Tatsache, daß die Julieinnahmen der preußischen Staatsbahnen die Julieinnahmen aller vorhergehenden Jahre übertroffen hat, trotzdem nur geringe Einnahmen für Militärtransporte darin enthalten waren, eine der gewaltigsten Ueberraschungen dieses Krieges, die sicher niemand ahnte, als damals, im August 1914, das deutsche Wirtschaftsleben wie mit einem Ruck stillgesetzt zu sein schien?

Aber fast größer noch als die guten Ueberraschungen, die in allen diesen Dingen für uns liegen, sind die niederdrückenden, die England zu gleicher Zeit über sich ergehen lassen muß. England, in seiner ganzen wirtschaftlichen Gestaltung aufgebaut auf dem Gedanken der Einfuhr fremder oder britisch-kolonialer Rohstoffe und die Verarbeitung dieser Rohstoffe in seinen Fabriken hauptsächlich für Ausfuhrzwecke, England, das die Handelsflotte besaß, um die dazu erforderliche riesige Güterbewegung frei von fremden Einflüssen zu lenken, das über die gewaltigste Kriegsflotte der Welt verfügte, um diese Handelsflotte zu schützen, dieses durch keine Landmacht angreifbare und damit überhaupt unangreifbar scheinende England, muß es jetzt erleben, daß volkswirtschaftliche Sorgen es belasten, von deren Größe sich die deutsche Bevölkerung kaum überall eine richtige Vorstellung macht.

Man kann alle diese Sorgen, die sich auf mannigfache Gebiete des öffentlichen Lebens verteilen, zusammenfassen in einer großen Hauptsorge: Wie kann die unumgänglich notwendige Gütererzeugung und Güterbewegung aufrechterhalten werden, ohne daß England und seine Verbündeten den Krieg verlieren?

Es ist keineswegs zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß die Fortführung des Krieges in den bisherigen Formen sowohl die britische Gütererzeugung wie die britische Güterbewegung auf die Dauer bis zur Unerträglichkeit beeinflussen würde.

Es sind zwei Dinge, die eine so unheilvolle Wirkung auf die britische Volkswirtschaft schon ausgeübt haben und weiter ausüben werden, und zwar in wachsendem Maße: Die Entziehung der Arbeitskräfte aus der Waren erzeugenden Industrie und der immer schärfer hervortretende Mangel an Schiffsraum für die notwendige Güterbewegung. Die Ursache für beide Erscheinungen liegt auf der Hand. Der große weltgeschichtliche Fehler ist's, den England machte, als es ohne ausreichenden Scharfblick für die Größe der Aufgabe eines Krieges gegen Deutschland diesen Krieg begann, als es sich in Fortsetzung dieses Fehlers auf eine immer stärker werdende Beteiligung an den kontinentalen Kämpfen, auch auf entfernt liegenden Kriegsschauplätzen, einließ, bis es schließlich die fehlerhafte Politik durch Einführung des Wehrzwanges auf die Spitze zu treiben für richtig befand. Wir in Deutschland können ja namentlich über den letzteren Gegenstand mit

Handel, Industrie und Verkehr

Wien, 26. Jänner

Die wirtschaftlichen Aufgaben der Zukunft.

Von Geh. Justizrat Prof. Dr. Rießer.

Präsident des Hansa-Bundes und des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes.

In der Vereinszeitschrift „Hansa-Bund" beleuchtet Präsident Geh. Justizrat Dr. Rießer die wirtschaftlichen Aufgaben der Zukunft in Deutschland. Diese Darlegung enthält überaus Wertvolles auch für die österreichische Wirtschaftspolitik. Professor Dr. Rießer äußert u. a.:

In diesem Kriege hat endlich einmal jeder Stand auch des anderen Standes Eigenart, auch dessen gleichen Anteil an der Erhaltung des Vaterlandes und auch dessen Anspruch auf gleiche Beachtung, gleichen Schutz und gleiche Stellung im Staate kennen und würdigen gelernt.

Aber gerade die neue Zeit, die nach diesem Kriege beginnen muß, bringt jedem Stande neue Aufgaben und stellt auch das, was an den alten Zielen unvergänglich ist, in neues Licht und unter neue Gesichtspunkte.

Gemäß seinen Richtlinien hat der Hansa-Bund mit aller Kraft dahin zu wirken, daß dem gewerblichen Bürgertum und damit dem Bürgertum überhaupt, die ihm, wie dieser Krieg klar vor Augen geführt hat, gebührende volle Gleichberechtigung in der Verwaltung, Gesetzgebung und Leitung des Staates, wozu auch dessen Vertretung im diplomatischen Dienste gehört, eingeräumt werde, falls sie ihm etwa von irgend einer Seite noch vorenthalten werden sollte, und daß immer mehr Sachverständige in die Parlamente entsandt werden.

Auch die sonstigen ihm schon in seinen Richtlinien vorgeschriebenen Aufgaben sind umfangreicher und verantwortlicher geworden. Sie beziehen sich in kaum übersehbarer Zahl auf:

Die Verkehrspolitik (Organische Verbesserung und möglichste Vereinheitlichung der Verkehrswege, insbesondere der Eisenbahnen und Kanäle).

Die Handelspolitik, die mehr denn je auf einer gerechten Abwägung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Interessen und ihrer verschiedenen Leistungsfähigkeit beruhen muß und in deren Bereich auch die nicht nur im gewerblichen, sondern auch im politischen Interesse wichtige Frage der engeren wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn gehört.

Die Sozialpolitik, welche dringend der Mitarbeit eines Bundes bedarf, der, unter unbedingter Voranstellung der nationalen Interessen, die tunlichste Annäherung der in ihm vertretenen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Richtungen herbeizuführen sich zur Pflicht macht.

Der Hansa-Bund wird aber auch, seinem Programm getreu, vor allem einzutreten haben:

Für die freie Bewegung und Entwicklung von Gewerbe, Handel und Industrie und für die Reform derjenigen Einrichtungen, Gesetze und Verordnungen, mit welchen diese freie Bewegung, die selbstverständlich die durch das Gemeinwohl gezogenen Grenzen zu beachten hat, etwa nicht verträglich ist.

Für die Verminderung und Vereinfachung des Verwaltungsapparates und Schreibwerkes im Staate und in den staatlichen und kommunalen gewerblichen Unternehmungen.

Für größere Selbständigkeit und Unabhängigkeit der kommunalen Selbstverwaltung, die sich in diesem Kriege so glänzend bewährt hat, und

Für die praktische Durchführung des Grundsatzes, daß alle Staatsstellen ausschließlich mit Rücksicht auf die persönliche Tüchtigkeit und Befähigung des Bewerbers vergeben werden.

Der Hansa-Bund wird aber auch für die gesunde und gedeihliche Entwicklung von Gewerbe und Handwerk einzutreten und mit dafür zu sorgen haben, daß die im Kriege im Zusammenhang mit den Kriegsnotwendigkeiten vielfach erfolgte Ausschaltung des Handels im Frieden nicht weitergreife, da der Handel, der die Ware bis in die feinsten Verästelungen dem Verkehr zuführt, ein grundsätzlich unentbehrlicher Vermittler zwischen dem Verbraucher und dem Produzenten ist, dem er neue Absatzquellen und Absatzwege nachweist, und den er rechtzeitig auf die Art, die Richtung und die Höhe des Bedarfes hinweist.

Der Hansa-Bund wird weiter dafür zu sorgen haben, daß neue Monopole, die vielleicht aus steuerlichen Gründen zur Deckung der Kriegskosten nicht ganz zu umgehen sein werden, zur Erhaltung der Initiative und des Wagemutes, die sich nur in Privatbetrieben voll und ganz entwickeln können und die uns in erster Linie wirtschaftlich groß und stark gemacht haben, nicht über die steuerlichen Notwendigkeiten hinaus und nur unter voller Entschädigung der dadurch beseitigten Privatunternehmungen geschaffen werden.

Der Hansa-Bund hat überdies, obgleich ohne Zweifel die Zeit der rein individualistischen Wirtschaft vorüber und ein mehr gemeinwirtschaftliches Wirtschaftssystem unentbehrlich ist, mit dahin zu streben, daß die im Kriege notwendig gewesene und vielleicht auch für einen gewissen Zeitraum nach dem Frieden noch nicht völlig entbehrliche staatssozialistische Richtung in unserer Wirtschaft und unserer Wirtschaftspolitik nicht weiter ausgedehnt werde und nicht länger bestehen bleibe, als dies im Interesse des Gemeinwohls unbedingt erforderlich ist.

Der aus den hier nur angedeuteten Aufgaben naturgemäß erwachsende, für die Entwicklung und den Fortschritt des Staates förderliche und notwendige Streit der Meinungen kann und muß durchgefochten werden im Sinne der in diesem Kriege hoffentlich allgemein durchgedrungenen Ueberzeugung, daß das Wohl des Vaterlandes allen Einzel- und Sonderinteressen voranzustellen ist, und

Pester Lloyd 2./II. 1916

Die wirtschaftliche Kraft Bulgariens.

Von **Dr. Richard v. Leßner-Lukács.**

Budapest, 1. Februar.

Wieder steht Bulgarien im Vordergrunde des Interesses der wirtschaftlich und politisch vertieften Betrachtungen. Erst vor kurzem wandte sich die gespannte Aufmerksamkeit der europäischen Völker ihm zu, als es für die Verwirklichung des Zieles seiner Jahrzehnte hindurch entfalteten fieberhaften Arbeit, für die Verwirklichung seines hervorragendsten Staatszieles: um Makedonien schwungvoll in erschütternd machtvolle, blutige Kämpfe trat.

Kaum daß die mit großer Energie ausgefochtenen Kämpfe verrauscht waren, erscheint Bulgarien gewappnet wieder im Wirbel des Weltkrieges, um mit uns vereint dem Schicksal, das ihm während der Balkankriege nur glänzende militärische Erfolge bescherte, sein politisches und wirtschaftliches Ideal abzuringen, das, seit Bulgarien eine selbständige staatliche Existenz führt, stets sein traditionelles Bestreben war: das Land des Ochridasees.

Diese an gemeinsamen Kämpfen, glänzenden Ergebnissen so reichen Tage veranlassen uns, die Träger der gemeinsamen Bestrebungen, uns besonders mit der Poitik Bulgariens zu beschäftigen, die aus der wirtschaftlichen Fundiertheit und aus der wirtschaftlichen Situation Bulgariens fließt. Natürlich, der Rahmen eines Artikels reicht nicht aus zur Orientierung über die verschiedensten Gesichtspunkte. Ich muß mich deshalb auf die Skizzierung der charakteristischesten Kennzeichen und Daten beschränken, und zwar so, daß diese dennoch getreue Repräsentanten der bulgarischen wirtschaftspolitischen Bestrebungen und der bulgarischen Zustände seien.

Bulgarien verlor am Ende des vierzehnten Jahrhunderts seine staatliche Selbständigkeit und im Jahre 1878, im Berliner Vertrag, gewinnt es sie wieder. Der Präliminarfrieden von San Stefano, der den türkisch-russischen Krieg beendete (3. März 1878), wurde in seinen Bestimmungen, die sich auf Bulgarien bezogen und die Grenzen Bulgariens im Interesse Rußlands festlegten, durch den Berliner Vertrag wesentlich modifiziert. Das Bulgarien des Präliminarfriedens von San Stefano wurde in drei Teile geteilt: erstens das bulgarische Fürstentum, zweitens das autonome Ostrumelien, drittens die makedonischen und thrazischen Provinzen. Doch schon im Jahre 1885 annektierte Bulgarien unter dem Drange von seit jeher wachgehaltenen und entwickelten nationalen Gesichtspunkten, gegen den Willen Europas, Ostrumelien, welches es gegenüber dem eifersüchtigen Serbien mit siegreichen Waffen (1886) behielt. Im Oktober des Jahres 1908 erfolgte die Proklamierung der völligen Unabhängigkeit Bulgariens und seine Erhebung zum Königreich.

Doch diese Jahre, die erfüllt waren von Kriegen und Vorbereitungen für die Kriege, machten auch die Wirtschaftspolitik des jungen Bulgarien reifen.

Bulgarien hatte im Jahre 1910 4,337.513 Einwohner, von denen in den Städten 829.522, in den Dörfern und in der Provinz 3,507.991 (80·88 Prozent) wohnten.

Bulgarien ist ein Agrarland. Der überwiegende Teil der Bevölkerung, 78 Prozent, ist in der Landwirtschaft beschäftigt, bestreitet seinen Lebensbedarf aus dieser Beschäftigung. Das Gebiet des Landes betrug vor den Balkankriegen 96.346 Quadratkilometer (im Jahre 1910). Von diesem Gebiet werden bewirtschaftet: 3·6 Millionen Hektar Ackerland, 1·3 Millionen Hektar Wiese, 2·8 Millionen Hektar Wald, 0·008 Millionen Hektar Rosengärten, 0·09 Millionen Hektar Weinland. Das wirtschaftlich noch nicht brauchbare Gebiet beträgt 1·6 Millionen Hektar. Der Fleiß des bulgarischen Volkes, seine Liebe zum Boden, seine Neigung zur Sparsamkeit und sein zielbewußtes Streben zur Besserung seiner materiellen Lage erobert stets neues Land der Bewirtschaftung. Während im Jahre 1897 das zur Bewirtschaftung unbrauchbare Gebiet 2·2 Millionen Hektar betrug, sank diese Ziffer im Jahre 1908 bereits auf 1·6 Millionen Hektar. Die Verteilung des Besitzes ist sehr günstig. Die wirtschaftlich verwendbaren Gebiete sind zum überwiegenden Teile in der Hand des Mittel- und Kleinbesitzes, Großgrundbesitz ist nur in verschwindend kleinem Zahlenverhältnis vorhanden. Die Bearbeitung des Bodens läßt natürlich noch sehr viel zu wünschen übrig. Doch schon beginnen die Bulgaren sich aus der primitiven Wirtschaft emporzuarbeiten, was einen starken Beweis in dem Umstand findet, daß die Einfuhr landwirtschaftlicher Maschinen im Jahre 1899 310.000 Kilogramm mit 201.000 Francs Wert, im Jahre 1911 auf 4·465 Millionen Kilogramm mit 3·839 Millionen Francs Wert stieg. Gleichzeitig stieg die Einfuhr der landwirtschaftlichen Werkzeuge auf 581.000 Kilogramm im Werte von 476.000 Francs, die der Pflüge neueren Systems und der Bestandteile derselben auf 1,640.000 Kilogramm im Werte von 970.000 Francs. Dieser Vermögenszuwachs ist ein Zeichen des Fortschritts zur sinnreicheren und intensiveren Wirtschaftsweise. Doch die bulgarischen Regierungen haben sich stets mit allen Mitteln der Entwicklung der Landwirtschaft zugewendet durch die Verbesserung des Kreditwesens, durch die Schaffung von Berieselungskanälen, Flußregulierungen, durch die Etablierung volkstümlicher Lehrkurse usw. Das Erträgnis der Landwirtschaft zeigt auch eine beständig aufsteigende Tendenz: es wuchsen im Jahre 1905 pro Hektar 9·7 Meterzentner Weizen, im Jahre 1911 11·7 Meterzentner, 10·3, beziehungsweise 10·4 Meterzentner Roggen, 9·7 Meterzentner, beziehungsweise 12·3 Meterzentner Mais. Der Tierbestand Bulgariens zeigt in Zahl und Qualität den Fortschritt; es wurden z. B. im Jahre 1892 313.446 Pferde, im Jahre 1905 538.271 gezählt; es wurden gezählt im Jahre 1892 1,425.781 Stück Rindvieh, im Jahre 1905 1,695.533 Stück. Im selben Zeitraum stieg die Zahl der Schafe von 6,868.291 auf 8,130.997, des Geflügels von 3,426.657 auf 6,408.252. Die Zahl der Schweine stieg kaum bedeutend von 461.725 Stück bis zum Jahre 1905, seither aber ist auch hier eine Besserung zu konstatieren. Bisher wurde die Entwicklung dadurch gehindert, daß Bulgarien mit dem Viehhandel nicht nach Westen gehen konnte, sondern nur nach der Türkei und nach dem Orient. Jetzt aber sehnte es sich auch nach westlichen Märkten (dieser Umstand hat in dem im Jahre 1912, bisher noch nicht aktivierten Vertrag mit uns, eine konkrete Form angenommen). Die bulgarischen Regierungen haben auch sehr viel zur Verbesserung der Arten und zum Zwecke strenger Veterinär-Sanitätsverfügungen und in deren Durchführung getan. Es ist natürlich also, daß die Schaffung von Verwertungsmöglichkeiten ein wichtiger handelspolitischer Programmpunkt der bulgarischen Regierung war, und zwar schon in der Zeit vor dem Weltkriege. Die wirtschaftliche Fundiertheit Bulgariens ist im ganzen übrigens stets von der jeweiligen Gestaltung der landwirtschaftlichen Produktion, also von dem Quantum und der Qualität des landwirtschaftlichen Ertrages als von seinen Impulsen abhängig. Diese Eigentümlichkeit des bulgarischen Volkswirtschaftswesens wird durch die Statistik seines Außenhandels bestätigt, laut der die landwirtschaftliche Produktion in ihren jeweiligen Ergebnissen das Maß der allgemeinen Erwerbs- und Wohlfahrtsverhältnisse des Landes bietet. Nach Ernten mit reichem Ertrag ist die Ausfuhr stark und auch die Einfuhr; ist die Ernte schlecht, so schließt sich ihr eine verkleinerte Ausfuhr und auch eine verminderte Einfuhr an. Im jetzigen Stadium der wirtschaftlichen Entwicklung Bulgariens zeigt sein ganzer Außenhandel überwiegend die charakteristischen Kennzeichen der Agrarstaaten: es führt Textilwaren, Maschinen und Gegenstände, die in den Kreis der Metallindustrie und der chemischen Industrie gehören, ein. Seine Ausfuhr aber besteht zum größeren Teile aus Getreide (Weizen, Mais, Roggen, Gerste), Mahlprodukten, Tierprodukten (Leder, Eier), Tabak, lebendem Vieh und Rosenöl. So zum Beispiel entfielen von der 184·7 Millionen Francs betragenden Ausfuhr 129·4 Millionen auf Getreide und Mahlprodukte, 8·4 Millionen auf lebendes Vieh, 7·5 Millionen auf Rosenöl, 3·7 Millionen auf Leder und 6·9 Millionen Francs auf Textilwaren. Im Jahre 1911 betrug die Ausfuhr 199·3 Millionen Francs, wovon auf Textilmaterial und Textilwaren 58 Millionen, auf Metalle und Metallindustrieprodukte 23·9 Millionen, auf Maschinen und Apparate 25·7 Millionen, auf Holzindustrieprodukte 8·9 Millionen und auf Leder und Lederindustrieprodukte 12·3 Millionen Francs entfielen. In der bulgarischen Einfuhr haben bisher wir die Führung gehabt, für die bulgarische Ausfuhr bildete die Türkei den ersten Markt.

Dabei aber, daß Bulgarien seine Agrarverhältnisse in den letzten Jahren in besonderer Weise pflegt, hat es bereits am Anfang der Neunzigerjahre eine zweckbewußte Industriepolitik begonnen. Es wurden Industrieförderungsgesetze gebracht, durch die, in den Spuren der ungarischen Gesetze wandelnd, eine ganze Reihe von staatlichen und kommunalen Begünstigungen den Industriegründungen geboten werden. Die staatliche Industrieförderung hat zweifellos wertvolle Ergebnisse. Die Gewerbestatistik vom Jahre 1909 stellt bereits 266 staatlich unterstützte Industrieniederlassungen fest. In den Unternehmungen waren 66 Millionen Francs investiert (im Jahre 1904 nur 30 Millionen Francs). Der Wert des jährlichen Produktes war 78 Millionen Francs (im Jahre 1904 33 Millionen Francs). Die Zahl der Industrieunternehmungen, die an den Begünstigungen des Industrieförderungsgesetzes teilnehmen, betrug im Jahre 1914 schon nahezu 388. Diese Daten zeigen die Möglichkeiten der Entwicklung und gleichzeitig auch die Tatsache, daß die bulgarischen Regierungen die großen, in der Industrie liegenden wirtschaftlichen und kulturellen Werte rechtzeitig erkannt und in den Dienst ihres Landes gestellt haben.

Neben den Industrieförderungsgesetzen hat die Handelspolitik Bulgariens die Sache der heimischen Industrie wirksam gefördert. Erst haben die Zölle die Finanzinteressen des Landes in erster Reihe zu fördern gesucht, doch die spätere Zollgesetzgebung wirkte schon im Dienste der heimischen Produktion zum Schutze der nationalen Arbeit. Doch so bedeutsam auch und in ihren Ergebnissen wertvoll die begonnene Industrialisierung Bulgariens sein mag, es wird noch lange nicht in der Lage sein, die gesteigerten Bedürfnisse des heimischen Landes mit der Inlandsproduktion zu decken, und der dortige Markt verfügt, wie ich mich während meines längeren Aufenthaltes in Bulgarien, da ich mit vielen wertvollen Personen der Politik und des wirtschaftlichen Lebens in Berührung treten konnte, überzeugt habe, über eine zweifellos bedeutende Aufnahmefähigkeit und ist vom Gesichtspunkte der Sicherheit und der Vertrauenswürdigkeit allen Ansprüchen entsprechend. Wir aber haben alle Ursache, unser Teil an der Versorgung Bulgariens mit Industrieartikeln in einem weit gesteigerteren Maße zu nehmen als das bisher geschehen konnte; daß hiezu in den bulgarischen Kreisen die Neigung besteht, das haben mehrere führende bulgarische Persönlichkeiten bereits sehr warm in den Spalten dieses Blattes betont. Es liegt wirklich nur an uns, daß wir in dem nahen und nach dem Friedensschluß noch näheren Bulgarien der ungarischen Industrie ihre Position schaffen, was nur das natürliche Ergebnis ihrer Konkurrenzfähigkeit wäre. Wenn ich noch erwähne, daß die Waldwirtschaft und das Bergwerkswesen in vielversprechender Entfaltung begriffen sind und daß die bulgarischen Staatsbahnen im Jahre 1911 über einen Schienenstrang von 1988 Kilometern Länge, die Staatsstraßen im Jahre 1910 6394·94 Kilometer, die Gemeindewege 2230·90 Kilometer Länge hatten und daß 374 Post- und Tele-

Frankfurter Zeitung 6.II.1916

Wirtschaftsfragen in der Budgetkommission.

N Berlin, 5. Febr. (Priv.-Tel.) Die Staatshaushaltskommission des Abgeordnetenhauses führte die Besprechung der

Ernährungsfrage

im Kriege zu Ende. Der Berichterstatter sprach über die Vermehrung der Produktion und wies auf die zunehmende Bedeutung ihrer Sicherstellung für eine längere Kriegsdauer hin. Es empfehle sich, keinerlei Maßregeln der Ernährungsfürsorge zu treffen, welche einschränkend auf die Produktion einwirken könnten. Das bereits von der Staatsregierung, wie auch von der Reichsregierung beobachtete Verfahren, durch staatliche Beihilfe die Produktionsmöglichkeit zu erweitern, bezw. den Einkaufspreis gewisser Produkte für die Konsumenten in besonderen Fällen herabzusetzen, habe sich bewährt und könne auch weiterhin empfohlen werden. An diese Ausführungen knüpfte sich eine lebhafte Aussprache.

Hierauf wurde der Ausbau des Verkehrs zwischen Produzenten und Konsumenten behandelt. Es wurde von dem Berichterstatter darauf hingewiesen, daß zweifelsohne schon jetzt in der Kriegszeit unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Verhältnisse während der Kriegslage eine bessere Verbindung zwischen Produzentengruppen und Konsumentenkreisen anzustreben sei. Diese Wünsche richteten sich keineswegs auf eine Schwächung des Kleinhandels, dessen Erhaltung notwendig und dessen vorsorgende Betätigung für die Heranschaffung der Lebensmittelbedürfnisse unbedingt anzuerkennen sei. Unter dem Eindruck der Mobilisierung des Großhandels mit Lebensmitteln bestehe doch keine andere Möglichkeit, den Kleinhandel zur Zeit sich erfolgreich betätigen zu lassen, als daß man ihm anempfehle, sich mit Kriegs-Bezugsvereinigungen zusammen zu schließen, welche durch Vermittelung der Kommunalverbände von der Zentraleinkaufsgesellschaft oder anderen monopolistischen Bezugsgesellschaften die zur Verfügung stehenden Vorräte zwecks gerechter Verteilung zu empfangen hätten. Diesen Bezugsvereinigungen würden sich auch die Konsumgenossenschaften jeglicher Art anzuschließen haben. — Aus der Kommission wurde diesen Ausführungen von mehrfacher Seite beigetreten. Die Kommission erörterte sodann in mehreren Sitzungen die

Einwirkung des Krieges auf die Industrie.

Berichterstatter Abg. Hirsch (Essen) führte aus:

So wie im vergangenen Jahre das Gesamtbild von unserer gewerblichen Tätigkeit von ihm dargestellt sei, zeige es sich auch heute noch. Der Krieg habe auch in seinem weiteren Fortgang unsere wirtschaftliche Kraft und Leistungsfähigkeit nicht zu erschüttern vermocht. Wie auf dem Gebiete der Volksernährung, so sei auch auf dem industriellen Gebiete, auf dem Gebiete der Versorgung von Heer und Bevölkerung mit Munition, Ausrüstungsgegenständen und Bedarfsartikeln aller Art dank der Leistungsfähigkeit unserer gewerblichen Tätigkeit keine Lücke eingetreten. Der Versuch Englands, unsere Gewerbstätigkeit durch Abschneiden der Rohstoffzufuhr zum Erliegen und damit Heer und Volk in schwere Bedrängnis und Not zu bringen, sei dank dem deutschen Gewerbfleiß, der, auf Wissenschaft und Technik gestellt, alle Kräfte anspannte, zuschanden geworden. Selbstverständlich: Ohne Schwierigkeiten und Schädigung sei es nicht abgegangen. Mancher Einzelbetrieb, mancher Industriezweig habe schwer gelitten. Die Gewerbezweige aber, auf die es ankomme, hätten sich in ihrer Leistungsfähigkeit für Heer und Volk zu erhalten gewußt. Sie ständen da auf festen wirtschaftlichen Stützen unserer militärischen Kraft, die im Verein mit der Landwirtschaft, der Trägerin unserer Volksernährung, den militärischen Operationen denjenigen Rückhalt geben, der die Durchführung des Krieges bis zum siegreichen Ende verbürgt.

Daß diese Wechselbeziehungen bestehen, daß die möglichst umfassende Aufrechterhaltung unserer wirtschaftlichen Tätigkeit — vornehmlich des Kohlenbergbaues, der Eisenindustrie, der Sprengstoffindustrie, aber auch anderer Industriezweige — in engstem Zusammenhang steht mit der Durchhaltung und dem Erfolg unserer Truppen im Felde, darüber dürfte heute völligeUebereinstimmung herrschen auch in solchen Kreisen, die für diese Auffassung früher weniger zugänglich waren. Wenn dem aber so sei, so ergebe sich daraus mit zwingender Notwendigkeit, daß bei allen Maßnahmen, die zwecks Weiterführung unserer kriegerischen Operationen getroffen werden sollen, erwogen werden müsse, ob sie nicht geeignet erscheinen, die Leistungsfähigkeit oder gar die Aufrechterhaltung derjenigen Industriezweige zu gefährden, die im Interesse der Durchführung unserer militärischen Operationen einerseits und der Bevölkerung hinter der Front andererseits leistungs- und lieferungsfähig bleiben müssen. Mit anderen Worten: Was für die Landwirtschaft gilt, die für die Ernährung von Heer und Volk zu sorgen hat, nämlich daß sie in der Lage bleiben muß, die nötigen Nahrungsmittel pflanzlicher und tierischer Art zu erzeugen, das gilt auch für die Gewerbetätigkeit. Auch hier dürfe es nicht, direkt oder indirekt, unnötig erschwert oder gar unmöglich gemacht werden, die ihr im Rahmen unserer Volks- und Kriegsbildung obliegenden Aufgaben zu erfüllen und dasjenige an Waffen und Munition, an Ausrüstungs- und Bedarfsartikeln aller Art zu erzeugen, was für Heer und Volk notwendig ist. Daß dies alles unter denHauptgesichtspunkt der Erhaltung der Kraft und Schlagfertigkeit unseres Heeres zu stellen sei, bedürfe keine weiteren Auseinandersetzung. Die Dinge, um die es sich vorzugsweise für unsere Gewerbetätigkeit handle, seien Beschaffung der Rohstoffe, Fürsorge für möglichste Aufrechterhaltung des Absatzes, insbesondere auch der Ausfuhr und Rücksichtnahme auf die Verhältnisse der einzelnen, namentlich der für Kriegslieferungen beschäftigten Gewerbezweige bei Einziehung von Mannschaftsersatz.

Der Redner erörtert zunächst die Maßnahmen, welche zwecks sachgemäßer Einziehung und Verteilung der vorhandenen und herbeigeschafften Vorräte an Rohstoffen getroffen sind. Diese Maßnahmen seien in vielen Fällen, namentlich bei den Beschlagnahmen, für die beteiligten Kreise wenig bequem gewesen, hätten aber im großen Ganzen zum Ziele geführt. Technik und Wissenschaft hätten dabei tatkräftig eingegriffen, sodaß man heute sagen könne, daß wir in allen wirklich unentbehrlichen Rohstoffen versorgt seien und auch irgendwie bedenklicher Mangel nicht eintreten könne. Für manche Stoffe sei unter dem Druck der Zwangslage Ersatz geschaffen, der uns in Zukunft in verschiedenen Punkten vom Auslande unabhängiger stellen werde, als wir es vor dem Kriege gewesen sind.

Bei der Beschlagnahme müßten unnötige Härten vermieden werden, insbesondere auch solche, die geeignet erscheinen, die Wiederentfaltung der betreffenden Industriezweige nach dem Kriege zu beeinträchtigen oder gar unmöglich zu machen. Er äußerte ferner den Wunsch, daß bei Beschlagnahmen für militärische Zwecke das Augenmerk in erster Linie gerichtet werden müsse auf feindliche und besetzte Gebietsteile. Rücksichten müssen, wo sie geboten erscheinen, auch im Feindesland geübt werden, aber in keinem Falle auf Kosten des deutschen Volkes.

Bezüglich der Ausfuhr führte Berichterstatter aus, daß wenn auch unser ganzes Wirtschaftsleben sich unter dem Druck der Verhältnisse mehr und mehr auf die Versorgung des Inlandsmarktes unter den Einfluß des Heeres gestellt habe, doch noch mancher Betrieb des Industriezweiges vorhanden sei, für den hinsichtlich seiner Aufrechterhaltung seiner Leistungsfähigkeit, die, wenn auch beschränkte Arbeit für den Auslandsmarkt von Bedeutung sei, von der politischen und finanzpolitischen Bedeutung der Erhaltung der Ausfuhr ganz abgesehen Die Ausfuhrfrage sei nicht einfach damit abgetan, daß man sage, für die Ausfuhr zu arbeiten sei unter den heutigen Verhältnissen nicht notwendig und wer das tue, der zeige damit, daß er noch Arbeiter übrig habe. Aber eines könne man und müsse man sagen: Daß die Ausfuhr der Erzeugnisse der deutschen Gewerbstätigkeit, soweit dadurch nicht dem feindlichen Auslande direkt oder indirekt Kriegsbedarf zugeführt werde, oder eine Beeinträchtigung des Inlandsbedarfes, bezw. eine Verminderung der notwendigen Reservebestände stattfindet, nach Möglichkeit gefördert werden müsse und zwar im Interesse der möglichst umfassenden Erhaltung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sowohl als auch der Besserung unserer notleidenden Valuta. Die Ausfuhr sollte immer unter Beobachtung jener Gesichtspunkte nach Möglichkeit auch da stattfinden, wo sie, wie z. B. bei der Versorgung der Neutralen mit gewissen Waren uns politische Vorteile oder Vorteile allgemeiner Art einbringen. Bezüglich der Erledigung von Ausfuhrgesetzen empfehle er den beteiligten amtlichen Stellen möglichste Beschleunigung.

Im Zusammenhang mit der Ausfuhrfrage verwies Berichterstatter auch auf die Notwendigkeit, auf dem Gebiete der Beschaffung von Transportmitteln ganz außergewöhnliches zu tun, damit die deutsche Gewerbetätigkeit und der deutsche Handel in der Lage seien, den nach dem Kriege herantretenden Ansprüchen zu genügen. Bezüglich der Arbeiterfrage betonte Redner die Notwendigkeit, unbeschadet der Wahrung der rein militärischen Interessen, der Gewerbetätigkeit und insbesondere den Zweigen, die für die Ausrüstung des Heeres, wie für die Ernährung tätig sind, diejenigen Arbeitskräfte zu belassen, die zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit jener Zweige notwendig sind. Hier müsse der Zusammenhang der Dinge, die an der Front vor sich gehen und der Dinge, die hinter der Front sich abspielen, sowie das Verständnis für diesen Zusammenhang immer gewahrt bleiben und das schließe nicht aus, daß scharf geprüft werde, ob nicht Verschwendung mit Menschenkraft stattfinde. Dringlich erforderlich sei sowohl bezüglich der Beschlagnahme, als auch bezüglich der Einziehung von Mannschaften, daß Maßnahmen ergriffen werden, welche Willkürlichkeiten vorbeugen und Einheitlichkeit des Vorgehens in den Bezirken der verschiedenen Generalkommandos verbürgten. Der Berichterstatter besprach alsdann die Verhältnisse in einigen Hauptindustriezweigen, insbesondere in dem Kohlenbergbau und der Eisenindustrie.

An die Ausführungen knüpfte sich eine ausgedehnte Erörterung, in der eine große Reihe von Einzelfragen besprochen wurde. U. a. wurde behandelt: Stand der Förderung und des Absatzes, Aenderung der Zusammensetzung der Belegschaften unter der Einwirkung des Krieges, Beschäftigung von Jugendlichen und weiblichen Arbeitern, Arbeitszeit, Ueber- und Nebenschichten, Selbstkosten-, Preis- und Lohnfragen, Stellungnahme der Arbeiterorganisationen, Wiederaufleben der gewerblichen Tätigkeit nach dem Kriege. An den Erörterungen beteiligten sich Mitglieder sämtlicher Parteien wie auch Vertreter der Regierung. Uebereinstimmend wurde der Ansicht und dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die in der Zeit der kriegerischen Notwendigkeiten zugelassene und durch sie bedingte ausgedehntere Beschäftigung jugendlicher und weiblicher Arbeiter, wie überhaupt die Vorschriften, durch welche die einschränkenden Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Beschäftigung von Arbeitern und Arbeiterinnen gegen früher wesentlich erweitert worden sind, aufgehoben werden möchten, sobald die Ursachen in Fortfall gekommen sein werden.

Kölnische Zeitung 13./II.1916.

Die Kriegswirtschaftsbeschlüsse des preußischen Hauptausschusses.

♀ **Berlin**, 12. Febr. (Telegr.) Gleichwie seinerzeit dem Haushaltsausschusse des Reichstags, so lagen auch dem Haushaltsausschusse des preußischen Abgeordnetenhauses zahlreiche Anträge aller Parteien zur Volksversorgung vor. Die meisten wurden angenommen, zum Teil ineinandergearbeitet und werden, da zumeist Einstimmigkeit darüber besteht, auch vom Plenum des Hauses gebilligt werden. Sie lauten in den verschiedenen Abteilungen der Verhandlung:

Kartoffelversorgung.

Die Regierung wolle ohne Verzug alle geeigneten Maßnahmen treffen, um die Versorgung mit Speisekartoffeln bis zur nächsten Ernte sicherzustellen und insbesondere sorgen, daß 1. die Preisdifferenz, die infolge der Erhöhung der Kartoffelhöchstpreise vor dem Frühjahr eintritt, für die von den Gemeinden auf ihren Bedarfsanteil bis zum Frühjahr angeforderten Kartoffeln auf Staat und Reich zu einem Teil übernommen wird, wobei die Feststellung des Bedarfsanteils nach Maßgabe der nachgeprüften Bevölkerungsziffer zu erfolgen hat; 2. die Spannung zwischen Großhandels- und Produzentenpreis für Kartoffeln bei direkter Anfuhr zum Großhändler auf einen den jeweiligen Verhältnissen entsprechenden Satz für den Doppelzentner festgesetzt wird, und bei direkter Anlieferung der Kartoffeln durch den Kartoffelerzeuger an den Verbraucher der Preis für den Erzeuger der freien Vereinbarung mit dem Verbraucher bis zur Höhe des Höchstpreises für den Kleinhandel unterliegt; 3. der Anbau von Frühkartoffeln durch entsprechende rechtzeitige und angemessene Preisfestsetzung gefördert werde; 4. die grundlegenden Bestimmungen über den Verkehr mit mittelfrühen und Spätkartoffeln nach Anhörung der Sachverständigen unter Berücksichtigung des Bedarfs zu angemessenem Preise bis zum 1. September 1916 bekanntgegeben werden; 5. die feinen Speisekartoffeln unter besonderer Bezeichnung der Sorten wegen der geringern Ertragsfähigkeit zu einem höher gestellten Höchstpreis verkauft werden können. Ein solcher ist gleichzeitig mit dem Höchstpreis für Frühkartoffeln unverzüglich wenigstens hinsichtlich der Preisdifferenz gegenüber andern Kartoffeln anzukündigen. Die Staatsregierung wolle ferner 6. sofort eine Erhebung über die im Lande vorhandenen Kartoffelbestände vornehmen; 7. falls die jetzt getroffenen Maßnahmen sich als ungenügend erweisen sollten, die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln durch rechtzeitige Sicherstellung der erforderlichen Mengen unter Wahrung der Wirtschaftsinteressen der Produzenten gewährleisten.

Gemüseversorgung.

Die Staatsregierung wolle dafür sorgen, daß 1. schon jetzt Organisationen geschaffen werden, die den Gemüseabsatz für das Jahr 1916/17 zu bestimmten angemessenen Preisen ermöglichen und die Konservierung des nicht frisch zu verwendenden Gemüses unter Heranziehung der Konservenfabriken sichern; 2. die Errichtung neuer Dörrgemüseanstalten durch die Gewährung staatlicher Unterstützungen gefördert wird; 3. die Bereitstellung der zur Konservierung des Gemüses erforderlichen Bleche erfolgt.

Fleischversorgung.

Die Staatsregierung wolle die in der Anordnung vom 19. Januar 1916 enthaltenen Normalsatzungen und Ausführungsbestimmungen über die Regelung des Viehverkaufs dahin abändern, daß 1. die Auflösung nach Schluß des Kriegszustandes wesentlich erleichtert wird; 2. das Schreibwerk möglichst eingeschränkt wird; 3. die Interessen der Produzenten, der Gemeinden, des Fleischerhandwerks und des legitimen Handels besser, als in der Normalsatzung geschehen, berücksichtigt werden, und zwar auch durch Gewährung von Sitz und Stimme in den in Aussicht genommenen Viehhandelsverbänden; 4. die von den einzelnen Provinzialorganisationen festzusetzenden Preise unter sich und in bezug auf andere Bundesstaaten so ausgeglichen werden, daß eine unberechtigte Konkurrenz unter den einzelnen Provinzen und Bundesstaaten im Handel mit Schlachtvieh ausgeschlossen wird. Die Staatsregierung wolle ferner 5. die zur Sicherung der Produktion von Mastschweinen notwendigen Preisfestsetzungen für Schlachtvieh, Fleisch und Dauerware im Hinblick auf die durch die Bundesratsverordnung vom 4. November 1915 eingetretene Störung des Marktauftriebs schleunigst vornehmen und dabei zwischen Stall- und Marktpreisen unterscheiden; 6. zur Förderung der Schweinezucht Futtermittel zu mäßigen Preisen zwecks einer ausreichenden Erhaltung von Zuchtsauen an kleinere Wirte durch Gemeinden oder Genossenschaften abgeben; 7. dafür sorgen, daß Darlehen bei besonderer örtlicher Teurung zum Ankauf von Mastferkeln zwecks Gewinnung von Hausschlachtware an Minderbemittelte, insbesondere an Arbeiter durch Vermittlung der Gemeinden verabfolgt werden und zur Durchführung der Mast dieser Ferkel nach Möglichkeit Futtermittel zu mäßigen Preisen angeliefert werden.

Wildabschuß.

Die Staatsregierung wolle dafür Sorge tragen, daß Anordnungen getroffen werden, welche es ermöglichen, in der Kriegszeit auf Eigenjagdbezirken zwangsweisen Abschuß herbeizuführen, wenn dort ein erheblicher Schaden durch Hochwild herbeigeführt wird.

Düngemittel.

Die Staatsregierung wolle dahin wirken, daß die bis zum 1. Juli d. J. in Deutschland hergestellten Mengen Kalkstickstoff und Ammoniak, insofern dieselben zu Heereszwecken in Anspruch genommen sind, der Landwirtschaft zu Düngungszwecken freigegeben werden, soweit dies mit den Aufgaben der Kriegsführung irgendwie vereinbar ist, ferner daß Mischungen von Ammoniak und Superphosphat im Hinblick auf die Knappheit der Stickstoffdüngemittel nicht in den Handel gelangen.

Sicherung der Bestellungs- und Erntearbeit.

Die Staatsregierung wolle bewirken, daß 1. zur Ausführung der bevorstehenden Bestellungs- und Erntearbeiten allen Zweigen der Landwirtschaft die notwendigsten sachkundigen Arbeitskräfte belassen bleiben, welche tunlichst mit den örtlichen Verhältnissen vertraut sein müssen; 2. Beurlaubungen der Betriebsleiter oder Selbstunternehmer nach Möglichkeit zur tatsächlichen Bestell- und Erntezeit erfolgen; 3. die benötigten Heizstoffe für die Motoren in den landwirtschaftlichen Betrieben freigegeben werden; 4. Bindegarn zum Betriebe der Selbstbindemähmaschinen in ausreichendem Maße zur Verfügung steht.

Verteilung der Kleie.

Die Staatsregierung wolle dafür sorgen, daß die Mühlen, welche an die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte zwecks Verteilung Kleie abzuliefern haben, solche von der in Frage kommenden Menge Brotgetreide mindestens mit 12 Prozent von dem vermahlenen Roggen und 14 Prozent von dem vermahlenen Weizen tatsächlich der Bezugsvereinigung zur Verfügung stellen.

Verteilung der Mahlaufträge.

Die Beschäftigung der mittlern und kleinern Mühlen sowohl für die Versorgung der Bevölkerung wie für Heer und Marine möge durch geeignete Verteilung der Mahlaufträge mehr als bisher gesichert werden, um deren wirtschaftliche Schädigung nach Möglichkeit hintanzuhalten.

Haferpreis.

Eine Erhöhung des Haferpreises möge rückwirkende Kraft für den früher aus der diesjährigen Ernte gelieferten Hafer erhalten.

Lebensmittelversorgung durch die Gemeinden.

Die Staatsregierung wolle Sorge tragen, daß im Bedürfnisfalle die Gemeinden und Kommunalverbände der minderbemittelten Bevölkerung unentbehrliche Nahrungsmittel, deren Kaufpreise im Interesse der zur ausreichenden Versorgung des Marktes notwendigen Förderung der Erzeugung aus Rücksicht auf die erheblich gesteigerten Erzeugungskosten nicht soweit herabgesetzt werden können, daß sie im richtigen Verhältnis zu dem Haushalt der minderbemittelten Familien, namentlich der Kriegerfamilien und Kriegerhinterbliebenen, stehen, zu entsprechend herabgesetzten Preisen abgeben, unter Gewährung von prozentualen Zuschüssen durch Staat und Reich zwecks Erleichterung der hierdurch den Gemeinden und Kommunalverbänden entstehenden Kosten.

Lebensmittelversorgung durch Vereine und Genossenschaften.

Die Staatsregierung wolle dahin wirken, daß die Bildung von Vereinen des Kleinhandels zur Verteilung von Lebensmitteln gefördert wird, und daß die Gemeinden mit diesen und den bereits bestehenden derartigen Vereinen oder Genossenschaften zwecks Herbeiführung einer rationellen Verteilung der Nahrungsmittel in vertragliche Beziehungen treten.

Verteilung der Futtermittel.

Die Staatsregierung wolle bei Verteilung einheimischer und fremder Futtermittel in erster Linie die Viehzahl berücksichtigen mit der Maßgabe, daß den Kreiskommunalverbänden mit starker Viehhaltung im Vergleich zu der bewirtschafteten Acker-, Wiesen- und Weidefläche mehr Futtermittel überwiesen werden als den Kreiskommunalverbänden mit schwacher Viehhaltung.

Beförderung von Dünge- und Futtermitteln auf den Eisenbahnen.

Die Staatsregierung wolle dafür Sorge tragen, daß 1. unbeschadet der Inanspruchnahme des Eisenbahnnetzes durch die Heeresleitung zur Vermehrung der landwirtschaftlichen Erzeugung die rechtzeitige Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln und Futtermitteln sichergestellt wird, 2. zu diesem Zwecke namentlich in den Grenzprovinzen sogleich Sonderzüge für Düngemittel und Futtermittel eingestellt werden, die diese landwirtschaftlichen Hilfsstoffe noch rechtzeitig den Bezirken des dringenden Bedarfs zuführen.

Rohstoff-Beschlagnahme.

Die Staatsregierung wolle dahin wirken, daß 1. unbeschadet der Wahrung der militärischen Notwendigkeiten bei der Beschlagnahme von Rohstoffen und Materialien unnötige Härten, die geeignet erscheinen, Lebensinteressen der beteiligten Gewerbezweige und Unternehmungen schwer zu schädigen, vermieden werden, 2. bei der Beschlagnahme von Rohstoffen und Materialien das Augenmerk in erster Linie auf die in den besetzten feindlichen Gebieten etwa vorhandenen Vorräte gerichtet und nicht heimische Interessen hinter den Interessen jener Gebiete zurückgesetzt werden.

Ausfuhr von Erzeugnissen der Gewerbetätigkeit.

Die Staatsregierung wolle bewirken, daß im Interesse der möglichst umfassenden Erhaltung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Besserung unserer Valuta die Ausfuhr von Erzeugnissen der deutschen Gewerbetätigkeit, soweit dadurch nicht dem feindlichen Auslande direkt oder indirekt eine militärische oder wirtschaftliche Stärkung gewährt wird, oder eine Beeinträchtigung des Inlandsbedarf bzw. eine Verminderung der notwendigen Reservebestände stattfindet, nach Möglichkeit gefördert wird.

Berücksichtigung der Gewerbetätigkeit bei der Einziehung von Mannschaften.

Die Regierung wolle bewirken, daß, unbeschadet der notwendigen Erhaltung unserer militärischen Schlagkraft und Leistungsfähigkeit bei weitern Einziehungen von Mannschaften den Verhältnissen besonders in denjenigen Gewerbezweigen, von deren Aufrechterhaltung und Leistungsfähigkeit die Nachhaltigkeit unserer Kriegsführung abhängig ist, in ausreichenden Maße Rechnung getragen wird.

Einheitlichkeit bei Beschlagnahme und Einziehung von Mannschaften.

Die Regierung wolle bewirken, daß seitens der zuständigen Stellen Maßnahmen ergriffen werden, welche die Einheitlichkeit des Vorgehens bei der Beschlagnahme von Materialien und der Einziehung von Arbeitern in den Bezirken der verschiedenen Generalkommandos gewährleisten.

Nachprüfung von Lieferungsverträgen.

Die Regierung wolle bewirken, daß unbeschadet der Einziehung wucherischer Gewinne zugunsten der geschädigten Staatskasse, der etwaigen Rückwärtsrevidierung geschlossener Verträge nicht unter Anwendung unzulässiger Druckmittel vorgegangen, sowie daß bei Nachprüfung der Vertragsbedingungen unter Berücksichtigung aller obwaltenden Verhältnisse verfahren wird, und daß gegebenenfalls Sachverständige, die von den zuständigen Fachvertretungen zu benennen sein würden, gutachtlich gehört werden.

Gewerbliche Frauen- und Kinderarbeit.

Die Regierung wolle bewirken, daß die Gewerbeinspektoren die Erfahrungen mit der durch den Krieg bedingten Vermehrung der weiblichen Arbeitskräfte, der jugendlichen Arbeiter und der Kinderarbeit in der Industrie und im Gewerbe sammeln und darüber berichten, besonders unter Berücksichtigung der Einwirkungen auf Leben und Gesundheit; 2. unmittelbar nach dem Kriege die in den staatlichen und privaten Betrieben während des Krieges eingeführte Frauenarbeit baldmöglichst wieder beseitigen oder auf solche Berufszweige beschränkt werde, die der Eigenart der Frau zuträglich erscheinen.

Arbeiterschutzvorrichtungen.

Die Regierung wolle bewirken, daß nach Beendigung des Krieges baldmöglichst die für bestimmte Industriezweige außer Kraft gesetzten Arbeiterschutzvorschriften, soweit sie auf behördlichen Anordnungen beruhen, wieder in Kraft gesetzt und ihre Durchführung durch verschärfte Aufsicht seitens der Gewerbeinspektoren überwacht werden.

Leitende Stellen bei den Kriegsgesellschaften.

Die Regierung wolle sorgen, daß bei den sogenannten Kriegsgesellschaften, insbesondere bei der Zentraleinkaufsgesellschaft, die leitenden Stellen unter entsprechender Heranziehung der örtlich und sachlich beteiligten kaufmännischen Kreise besetzt werden.

Erleichterung der Einfuhr.

Die Regierung wolle sorgen, daß, nachdem durch die Verordnung vom 20. Januar 1916 der Devisenverkehr geregelt ist, die bis dahin der Einfuhr zugunsten der sogenannten Kriegsgesellschaften auferlegten Beschränkungen möglichst beseitigt werden.

Erleichterung der Ausfuhr.

Die Regierung wolle sorgen, daß die Ausfuhr nach dem neutralen Ausland, soweit es das militärische Interesse erlaubt, vergrößert und erleichtert wird, auch die Erteilung von Ausfuhrbewilligungen vereinfacht und beschleunigt und der Kompensationsverkehr von dem Monopol der Kriegsgesellschaften befreit wird.

Wiederbelebung des deutschen Handels nach dem Kriege.

Die Regierung wolle sorgen, daß schon während des Krieges die nötigen Vorbereitungen getroffen werden, um die volle Wiederbelebung des deutschen Handels sofort nach Friedensschluß zu sichern.

Handwerksfürsorge.

Die Regierung wolle sorgen, daß 1. die als Kriegsverletzte aus dem Kriege zurückkehrenden Handwerker, die infolge ihrer Verletzung zur weitern Ausübung ihres Handwerks untauglich geworden sind, tunlichst der produktiven Tätigkeit in geigneten Wirtschaftszweigen erhalten bleiben; 2. schon während des Krieges, besonders aber nach Friedensschluß, dem Handwerk wieder geeigneter und genügender Lehrlingsersatz zugeführt wird; 3. die Gründung von Lieferungsverbänden im Handwerk gefördert wird; 4. bei Vergebung von öffentlichen Arbeiten die Lieferungsverbände des Handwerks künftig in höherm Maße berücksichtigt werden; 5. die Schaffung vermehrter und lohnender Arbeitsgelegenheit zur vollen Wiedereröffnung der infolge des Krieges ganz oder teilweise stillgelegten Betriebe mit allen Mitteln erstrebt wird.

Entschädigung für Einquartierung.

Die Regierung wird ersucht, die Gewährung einer ausreichenden Entschädigung für Einquartierung so zeitig in die Wege zu leiten, daß erhöhte Entschädigungen noch während des Krieges zur Auszahlung gelangen.

Preßfreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht, Friedensziele.

Die Staatsregierung wolle dahin wirken, daß 1. fortan von den Militärbehörden die Preßfreiheit und das Vereins- und Versammlungsrecht nur soweit beschränkt werden, als dies im Interesse siegreicher Kriegsführung unbedingt geboten ist; 2. insbesondere die Erörterung der allgemeinen Richtlinien unserer Friedensziele tunlichst freigegeben wird; 3. die für die gleichmäßige Handhabung der Zensur getroffenen Einrichtungen wirksamer gestaltet werden; 4. wo von Zivilbehörden eine Einwirkung auf die Handhabung der Zensur geübt wird, dafür wie von dem Minister des Innern von den sonst zuständigen Zentralbehörden die Verantwortung übernommen wird.

Bittschriften.

Die Bittschrift des Landesausschusses für Rheinland und Westfalen, des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes in Essen-Ruhr um gleichmäßige Verteilung von bestimmten Gattungen der Lebensmittel und der Gegenstände des täglichen Gebrauchs der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen; die Bittschriften des Oberbürgermeisters in Köln betr. die in der sogenannten Güterbewegungsstatistik mitgeteilten Zahlen über den Kartoffelempfang der Stadt Köln in den Jahren 1913 bis 1915; die Bittschrift von Hamburger in Frankfurt-Main um Zulassung der Herstellung und des Verkaufs des künstlichen Süßstoffes; die Bittschrift des Pfarrers Arens in Gehren, Kr. Luckau, betr. die zu erstrebenden Friedensbedingungen der Regierung als Material zu überweisen; die Bittschriften aus Ostseebädern um Abwendung der Notlage durch geeignete Kreditmaßnahmen zur Erwägung zu überweisen.

Pester Lloyd 7./III. 1916
168
Volkswirtschaft.

shalle.

itzung.) Anna Csete lebte lichem Haushalte mit dem Ma-. Als letzterer einrücken mußte, Namen der zur Unterstützung nenschrieb, teilte die Haus-rganen der Bezirksvorstehung er legitime Gatte der Anna etztere auf eine Kriegsunter-r Tat erhielt die Anna Csete tützung, bis eines Tages die erhielt. Anna Csete wurde unter Anklage gestellt. Die Verhandlung vor dem Straf-Hausbesorgerin bestätigte, daß näßige Gattin des Alexander richtshof sprach die Angeklagte ätigte heute das freisprechende

naler Alexander Tamás und erich Sirger stahlen ihrem ikanten Moritz Kaledei ein sie dem Schuhoberteilverfer-ben. Mihics machte aus dem einige für sich behielt und den Sirger ausfolgte. Tamás und amaschen. Auch der gleichfalls Samuel Bértes entwendete hergamaschen. Der bestohlene nzeige, zog jedoch später gegen zurück. Der Strafgerichtshof Tamás, Emerich Sirger und erfahren ein, verurteilte jedoch Vergehens der Hehlerei zu ei als mildernd angenommen en infolge Klagezurückziehung eilte appellierte.

der Redaktion.

den nicht berücksichtigt.
nn Briefmarken beigelegt sind,
elle geantwortet.

aß das Wort nicht im Lexikon zu und ist nur die Zusammenziehung ie Bedeutung hat es, wie gesagt, Namens Caius, sondern bloß ein ar gefälliges Wortgebilde.
ire Anfrage wiederholen, der Brief

schieden beendetes Spiel, bei dem

nn der Betreffende in der gemein-ung des ungarischen Staatsbürger-llung.
nicht gezogen.
ch leider nichts tun, da die Schuld en, sondern an jenen des feindlichen Rote Kreuz bietet alles auf, um

haben das ersparte Mehl nicht nd Ihrer Karten auch Mehl kaufen upons zum Brotkaufe verwenden, n Teil zur Beschaffung von Mehl

eine größere Anzahl solcher Zeit-Földmüves" (IX., Köztelekgasse 8) o" (IX., Üllöerstraße 25) Ihren

. Es muß heißen „Az Est" oder

stadt. Die Berechtigung besteht. Übertretungen nicht ein. Gehalts-eres Wissens nicht stempelpflichtig. lche Zeitschrift nicht bekannt.
kács: Beim „Neuen Wiener

OGEN
Kräftigungsmittel für Körper
einen Kräftevorrat, aus dem
r- und Nervenkraft ersetzt
ch für unsere im Felde stehen-
e Möglichkeit zur Erhaltung
skraft. In allen Apotheken
erke Berlin 48 R/7, Friedrich-
aufklärende Schriften über:
äftigungsmittel
nz und
n aller Art
armleiden
d Blutarmut
ten
ungen
ende Mütter und
.
D 5447

Volkswirtschaft.

Das Volkseinkommen Oesterreichs und Ungarns.

— Auszug aus dem Antrittsvortrage an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften am 6. März 1916. —

Von **Dr. Friedrich Fellner,**

a. o. öffentl. Universitätsprofessor, geschäftsführender Direktor der Ungarischen Agrar- und Rentenbank.

Bei der Feststellung des Volkseinkommens Oesterreichs und Ungarns ist unsere Aufgabe, die Gesamtheit der vom Volke beider Staaten, einzeln, jährlich neu hergestellten Güter und Werte, abzüglich der Herstellungskosten, ziffernmäßig zu ermitteln; zu diesem Ergebnis sind die vom Auslande für Zinsen, Renten und unter sonstigen unentgeltlichen Titeln einfließenden Werte hinzurechnen, die unter denselben Titeln jährlich ins Ausland abfließenden Beträge hingegen in Abzug zu bringen. Es sind daher sowohl bei dem ungarischen als auch bei dem österreichischen Volkseinkommen drei Faktoren zu berücksichtigen: 1. die Gesamtheit der im Inlande jährlich neu hergestellten Rohprodukte, d. i. der Ertrag der Urproduktion (Landwirtschaft und Bergbau), unter Abzug der Elementaraufwände; 2. die Werterhöhung, welche den Rohprodukten und den Gütern durch Industrie, Handel und Transport gesichert wird; 3. die vom Auslande jährlich für Zinsen, Renten usw. einfließenden Forderungen, abzüglich der gegenüber dem Auslande bestehenden inländischen Schulden. Das Volkseinkommen werden wir auf Grundlage der unmittelbar dem Kriege vorangehenden, also normalen Verhältnisse feststellen.

I. Der Ertrag der Urproduktion. Das bedeutendste Element des Volkseinkommens in Ungarn liefern die Rohprodukte. In den Jahren 1911 bis 1913 ist der durchschnittliche Wert der jährlichen Ernte 5·085 Milliarden Kronen. Von diesem jährlichen Ernteertrage sind jene Produktionskosten in Abzug zu bringen, welche bei niemandem zu einem Einkommen wurden. Also das Saatgut, der Abnützungskoeffizient der landwirtschaftlichen Maschinen und Werkzeuge, sowie die Herstellungskosten des Düngers und der tierischen Arbeitskraft. Die Arbeitslöhne sind vom Standpunkte der Privatwirtschaft aus Produktionskosten, vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus aber nicht, da sie bei dem Arbeiter ein Einkommen bilden. Wenn der Arbeitslohn mehr oder weniger ist, ändert sich nicht die Höhe des Volkseinkommens, sondern nur dessen Verteilung. Der Saatkornbedarf beträgt jährlich 294·837 Millionen Kronen. Der Wert der landwirtschaftlichen Maschinen und Werkzeuge beträgt 462·352 Millionen Kronen, wovon 10 Prozent, das heißt 46·235 Millionen Kronen für den Abnützungskoeffizienten in Abzug zu bringen sein werden. Die jährliche Düngerproduktion des in den Wirtschaften verwendeten Viehstandes beträgt 560.168 Meterzentner. Auf Grund fachmäßiger Berechnungen kann der Wert des Viehdüngers mit k 1.50 pro Meterzentner veranschlagt werden, so daß die jährliche Düngerproduktion 840·252 Millionen Kronen repräsentiert. Der im landwirtschaftlichen Betriebe verwendete Pferdebestand verzehrt Hafer im Werte von 158·377 Millionen Kronen. Für die Herstellungskosten des Düngers und der tierischen Arbeitskraft sind daher 998·629 Millionen Kronen abzuziehen.

Die Frage ist, wie hoch sich der Ertrag der Viehzucht stellt? Die Viehzucht muß mehr tragen als der Wert der jährlichen Futtermenge ausmacht. Der Nutzen, den die Viehzucht abwirft, kann als Verwertung des Futters betrachtet werden. Der Wert der jährlichen Ernte in Hafer und Futtergewächsen beträgt im Durchschnitt 2·060 Milliarden Kronen. Einen der wichtigsten Teile des Ertrages der Viehzucht bildet die Milchproduktion. Der Kuhbestand von 3·134 Millionen Stück liefert 2·655 Milliarden Liter Milch. Von den 5·229 Millionen Schafen werden 148·5 Millionen Liter Milch gemolken. Die Kuhmilch ab Hof zu 15 Hellern pro Liter, die Schafmilch zu 16 Hellern berechnet, beträgt der Wert der gesamten jährlichen Milchproduktion 422 Millionen Kronen.

Die jährliche Fleischproduktion kann aus der Zahl der für den Gemeinverbrauch geschlachteten Tiere und dem durchschnittlichen Gewichte der Tiere festgestellt werden. Das jährliche Fleischprodukt der häuslichen Nutztiere beträgt 4·188 Millionen Meterzentner im Werte von 645·496 Millionen Kronen. In diesem Ergebnisse ist auch der Wert der Felle und Fette enthalten.

Die jährliche Wollproduktion kann mit 14·533 Millionen Kronen veranschlagt werden.

Zu berücksichtigen ist ferner die Bienenzucht mit einem Ertrage von 3·313 Millionen Kronen und die Produktion der Seidenkokons mit 3·188 Millionen Kronen.

Einen Ertrag von großer Bedeutung liefert die Geflügelzucht. Der Geflügelbestand kann mit 60·780 Millionen Stück veranschlagt werden. Der Jahresertrag der Geflügelzucht (Fleisch, Eier, Federn) vermehrt das Volkseinkommen um 160 Millionen Kronen.

Der Rohertrag der häuslichen Nutztierzucht beläuft sich also (samt dem Werte der Düngerproduktion) auf 2·247 Milliarden Kronen. Hievon ist — da bei der Viehzucht die Futtergewächse, deren Wert wir bei der Feststellung des Ertrages des Ackerbaues bereits in Rechnung gezogen haben, als Produktionskosten erscheinen — behufs Vermeidung der Doppelberechnung der Wert der von dem in der Landwirtschaft befindlichen Viehstande verzehrten (also nicht der sämtlichen) Futtergewächse abzuziehen, was 1·851 Milliarden ausmacht.

Der Rohertrag der Landwirtschaft (Ackerbau und Viehzucht) beträgt 7·332 Milliarden Kronen. Hievon sind für Herstellungskosten 3·190 Milliarden Kronen in Abzug zu bringen. Der Reinertrag beläuft sich also auf 4.141,349.356 Kronen. Da die Landwirtschaft als ein